Wolfgang Schollwer
FDP im Wandel

Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
und in Verbindung mit dem Bundesarchiv
von Wolfgang Benz

Band 15

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Wolfgang Schollwer

FDP im Wandel

Aufzeichnungen 1961–1966

Herausgegeben von
Monika Faßbender

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schollwer, Wolfgang:
FDP im Wandel : Aufzeichnungen 1961 – 1966 / Wolfgang Schollwer. Hrsg. von Monika Fassbender. – München : Oldenbourg, 1994
(Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945 ; Bd. 15)
ISBN 3-486-56003-4
NE: GT

© 1994 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56003-4

Inhalt

Einleitung 7

Tagebuch 1961/62
Koalitionsbildung 15
Erste deutschlandpolitische Studie. Fibag-Affäre 38
Spiegel-Affäre. Kuba-Krise. Koalitionsquerelen 59

Tagebuch 1963
Deutsch-französischer Vertrag. Turbulenzen um die EWG 95
Amerika-Reise 120
Bundesparteitag. Verabschiedung Adenauers 146
Kanzlerwahl. Passierscheinverhandlungen 167

Tagebuch 1964
Erste Wahlvorbereitungen. Interne Streitereien 180
Bundespräsidentenfrage. Passierscheinverhandlungen. Parteitag . 192
Eine neue deutschlandpolitische Studie. Verjährungsdebatte 210

Tagebuch 1965
Streit mit der CDU. Nahost-Politik und Hallstein-Doktrin 235
Deutschlandpolitische Diskussionen. Bundestagswahlkampf 252
Attacken der CSU. Schwierige Koalitionsverhandlungen und Kanzlerwahl 272

Tagebuch 1966
Vietnam. Klausurtagung der FDP 302
Deutschlandpolitik. Redneraustausch mit der DDR 317
Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Ende der Bonner Koalition 325

Kurzbiographien 345
Abkürzungen 371
Personenregister 373

Einleitung

Wolfgang Schollwers zuletzt publiziertes Tagebuch – Liberale Opposition gegen Adenauer – hatte geendet mit der für die FDP so erfolgreichen Bundestagswahl von 1961 und der Hoffnung auf ein Ende der Ära Adenauer und – damit verbunden – auf eine Wende in der Deutschlandpolitik. Die Veränderungen, auf die Schollwer setzte, brauchten indessen mehr Zeit, als er erwartet hatte, und er selber war in diesen Prozessen mehr beteiligt, als er sich im September 1961 ausgerechnet hatte.

Die FDP war in den Bundestagswahlkampf 1961 mit dem Slogan „Mit der CDU – aber ohne Adenauer " gezogen; in den Koalitionsverhandlungen mußte sie eine erneute, wenn auch begrenzte Kanzlerschaft Adenauers akzeptieren, was ihr und vor allem ihrem Parteivorsitzenden Mende den Ruf des „Umfalls" einbrachte. Schollwer schildert recht minutiös die z. T. dramatischen Koalitionsverhandlungen, die begleitet waren von innerparteilichen Streitereien. Er wirft dabei Schlaglichter auf die handelnden Personen, vor allem natürlich auf Erich Mende, mit dem er in diesen Jahren eng zusammenarbeitet. Bei aller Kritik an Mende, die Schollwer auch in den Aufzeichnungen nicht verschweigt, verhielt er sich ihm gegenüber loyal und ließ sich nicht in die innerparteiliche Opposition, die sich gegen den Parteivorsitzenden bildete, verwickeln. Obwohl hauptamtlicher Parteifunktionär, war Schollwer eigenständig, und er tat alles, um sich diese Eigenständigkeit zubewahren.

Seit 1959 war Wolfgang Schollwer Chefredakteur des FDP-Pressedienstes „freie demokratische korrespondenz" (fdk); er hatte zwar 1961 in Karl Moersch einen Vorgesetzten bekommen, doch war es ihm trotzdem – und z. T. mit Rückendeckung durch Moersch – gelungen, den Pressedienst der Partei zu seinem Sprachrohr zu machen. Dies galt vor allem für die Deutschlandpolitik. In der fdk preschte Schollwer vor, wenn ihm die Partei in der Deutschlandpolitik zu langsam war, aber hier „korrigierte" er auch ungeniert Äußerungen von FDP-Politikern, die nicht in sein deutschlandpolitisches Konzept paßten. In den vorliegenden Aufzeichnungen finden sich für beides Beispiele. Seit 1962 war Schollwer zudem Referent für Deutschland- und Außenpolitik in der Bundesgeschäftsstelle, war bei allen entscheidenden Sitzungen dabei und vertrat die Partei auf Versammlungen und in Interviews, wobei er vor allem seine Ansichten, und nicht unbedingt die offiziellen Beschlüsse der FDP, kundtat. Daß Schollwer sich auf diese Weise parteiintern, aber auch in der Öffentlichkeit Einfluß verschafft hatte, mag auch ein Grund dafür gewesen sein, warum er alle Angebote zu einer beruflichen Veränderung abschlug.

In die Zeit dieser Aufzeichnungen fällt die erste „Schollwer-Studie"[1]. In dieser 1962 konzipierten Schrift „Verklammerung und Wiedervereinigung" forderte Schollwer die Anerkennung der DDR, die Aufgabe der Hallstein-Doktrin, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und die Respektierung der bestehenden Ostgrenzen bis zur endgültigen Regelung durch einen Friedensvertrag. Zwei Jahre lang wurden diese Forderungen auf Sitzungen der Führungsgremien der FDP und innerhalb der Fraktion kontrovers diskutiert, 1964 der Illustrierten „Quick" zugespielt und dort veröffentlicht; sie lösten eine heftige Debatte aus. Obwohl sich die Partei umgehend von Schollwers Papier distanzierte, war es nun nicht länger zu verheimlichen, daß breite Kreise in der Partei seinen Gedanken anhingen. Schollwer wiederholte seine Thesen 1966 in einem offiziellen Papier für den Bundesvorstand der FDP. Auch diese Ausführungen wurden einer Illustrierten, dieses Mal dem „Stern" zugespielt und ebenfalls veröffentlicht. Wie bereits die erste „Schollwer"-Studie führte auch diese zu stürmischen Diskussionen in der Öffentlichkeit.

Für die Deutschlandpolitik der FDP sind in den hier vorgelegten Aufzeichnungen Schollwers keine sensationellen Neuigkeiten zu erwarten[2]. Was das vorliegende Buch vielmehr auszeichnet, ist die dichte, spannende Beschreibung desjenigen, der als Zeitgenosse und Beteiligter Jahre des Umbruchs beschreibt. Jeder, der Schollwers bisherige Veröffentlichungen[3] kennt, wird wissen, daß auch sein „Insider-Blick" diskret ist und voyeur-

[1] Die sogenannte 1. Schollwer-Studie ist abgedruckt in: Wolfgang Benz, Günter Plum und Werner Röder, Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978, S. 185–204. An gleicher Stelle abgedruckt findet sich auch die 2. Schollwer-Studie von 1966, und zwar auf den Seiten 208–217. Wiederabgedruckt sind beide Dokumente neuerdings in: Clemens Heitmann, FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP 1966 bis 1972 (Friedrich-Naumann-Stiftung, Liberale Texte), St. Augustin 1989, S. 160–175 und S. 177–188.

[2] Für eine zusammenfassende Interpretation der deutschlandpolitischen Diskussion im behandelten Zeitraum sei auf die beiden Bände der „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" verwiesen und zwar: Hans Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Wiesbaden 1983 und Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Wiesbaden 1984. Zur FDP speziell s. Sebastian J. Glatzeder, Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer, Konzeptionen in Entstehung und Praxis (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Wissenschaftliche Reihe), Baden-Baden 1980 sowie: Hans Wolfgang Rubin, Freiheit, Recht und Einigkeit. Zur Entspannungs- und Deutschlandpolitik der Liberalen (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung, Liberale in Programm und Praxis), Baden-Baden 1980 und: Daniel Koerfer, Die FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966–1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal", Stuttgart 1981.

[3] Wolfgang Schollwer, Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, hg. von Monika Faßbender (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 6), München 1988 und: ders., Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961, hg. von Monika Faßbender (Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 9), München 1991.

haften Gelüsten nach Klatsch nicht Genüge getan wird – bei allen deutlichen Urteilen, die er über einzelne Personen hat.

Ein zweites kommt hinzu: die Motive derer, die Ende der 60er Jahre eine Wende in der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung einleiten werden, treten klarer zutage.

Als Schollwer mit seinen Aufzeichnungen beginnt, ist die Mauer in Berlin wenige Wochen alt. Damit schien die seit 1958 anhaltende Berlin-Krise erst einmal zu einem Stillstand gebracht. Auf dem Boden des status-quo begannen Amerikaner und Briten bereits im September 1961 mit den Russen über die Deutschland- und Berlinproblematik wieder zu verhandeln. Die DDR konnte trotz des Mauerbaus ihre außenpolitische Isolation überwinden; mit dem Besuch Ulbrichts in Ägypten 1965 erreichte ihre „Aufwertung" einen Höhepunkt. Die bundesdeutsche Außenpolitik geriet in Bewegung: infrage gestellt waren Hallstein-Doktrin und Alleinvertretungsanspruch, und es gab darüber hinaus Anzeichen, daß die beiden Großmächte USA und UdSSR auf Kosten der Bundesrepublik Entspannungspolitik treiben könnten. Die Versuche Frankreichs, dem eine eigene Verteidigungspolitik entgegenzusetzen, beurteilte Schollwer eher skeptisch; in seinen Aufzeichnungen wird die Wertschätzung für Schröder und seine antigaullistische Politik an vielen Stellen deutlich.

Da Schollwer erkannte, daß im Zeichen von „Entspannung" und „Konvergenz" die „deutsche Frage" an Bedeutung verloren hatte, suchte er nach Wegen, wie der neuen weltpolitischen Lage entsprochen werden konnte, ohne den deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung aufzugeben. Seit Ende der 50er Jahre hatte er Adenauers Außenpolitik als zu starr, zu doktrinär und auch als zu phantasielos kritisiert: wie viele, deren Wurzeln in der SBZ gelegen hatten, genügte ihm die Wiedervereinigungsrhetorik nicht. Er wollte nicht auf einen Tag X warten, der immer ferner rückte, sondern er wollte im Rahmen des Möglichen eine Politik, die die Menschen in beiden Teilen Deutschlands nicht noch weiter auseinanderbrachte.

Schollwer hat seine Verzweiflung an anderer Stelle selbst so ausgedrückt: es ging „um die Frage, ob eine Politik des Nichtverhandelns, des Abwartens und der prinzipiellen Ablehnung aller Vorschläge der Gegenseite nicht die Bundesrepublik auf die Dauer in eine internationale Isolierung führen, die Lage Berlins zusätzlich erschweren und die Aussichten auf ein befriedigende Lage der deutschen Frage gänzlich zerstören müsse."[4]

Schollwer gehörte zu den Politikern, die nach dem Mauerbau erkannten, daß man mit der DDR verhandeln müsse, wenn man politisch etwas in Richtung Annäherung oder gar Wiedervereinigung bewegen wollte.

[4] Wolfgang Schollwer, Auf der Suche nach neuen Wegen. Die Zeit der Kanzlerschaft Adenauers und Erhards (1949–1966), in: Rubin, a.a.O., S. 111–127; Zitat S. 119.

Seine Partei und der Bundesvorsitzende Mende gingen diese Politik ein Stück weit mit: drei Forderungen waren es, die in der FDP relativ unbestritten waren: 1) ständige Deutschlandkonferenz der Vier Mächte mit gesamtdeutschen Kommissionen; 2) menschliche Erleichterungen, vor allem Verbesserungen im Reise- und Besuchsverkehr; 3) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes. Es gab allerdings auch heftig ausgetragene Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei über Wiedervereinigung und Westintegration bzw. europäische Einigung und es gab die ständig wiederholte Forderung nach einer „Friedenskonferenz". Schollwer schildert all dies ausführlich.

Man erfährt in den vorliegenden Aufzeichnungen viel über die ambivalente Haltung von Erich Mende. Er übernahm Schollwers Gedanken in seinen Artikeln und Reden und vertrat als Gesamtdeutscher Minister die Positionen seiner Partei gegenüber der CDU. Aber er war auch konfliktscheu und distanzierte sich dann von seinen eigenen Äußerungen, wenn ihm das geboten schien. Der Leser wird hierfür in Schollwers Notizen immer wieder Beispiele finden, wobei die generell positive Beurteilung Mendes durch Schollwer nicht infrage zu stellen ist. Er hat dazu später und an anderer Stelle ausgeführt: „Im Gegensatz zu Thomas Dehler war Erich Mende jedoch bereit, seine deutschlandpolitischen Vorstellungen der jeweiligen Entwicklung internationaler und europäischer Politik anzupassen, pragmatisch vorzugehen und bei der Verfolgung des Ziels der deutschen Einheit Taktik nicht zu verschmähen. Bald schon verband sich der Name Mende mit fortschrittlichem Denken in der Deutschlandpolitik, was unvermeidlich auch seiner Partei, der FDP, zugute kam, die er über sein Ministeramt keinen Augenblick aus den Augen verlor."[5] Mende seien die deutschlandpolitischen Vorschläge aus der eigenen Partei erst in dem Augenblick zu weit gegangen, als sich diese mit einer Annäherung an die SPD verbunden und innenpolitisch sozialliberale Ziele hinzugekommen seien. Erst in diesem Augenblick habe Mende eine Revision seiner eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen vollzogen. Zum Bruch mit der FDP kam es dann endgültig über die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

Schollwer sah den Zusammenhang seiner politischen Vorstellungen mit der Entspannungspolitik. „Entspannung" und „Wiedervereinigung" waren für ihn keine Gegensätze, sondern für ihn galt beides: „Entspannung durch Wiedervereinigung" und „Wiedervereinigung durch Entspannung". Als 1963 die Ära Adenauer zuende ging, lagen die Differenzen zwischen Bonn und Washington über die Entspannungspolitik offen zutage; für Schollwer und mit ihm für einen großen Teil der FDP verband sich mit der Regierungsübernahme durch Erhard die Hoffnung auf eine

[5] Liberale Führungspersonen – die Parteivorsitzenden, in: Wolfgang Mischnick (Hg.), Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P., Stuttgart 1989, S. 440–463, Zitat S. 453.

Politik des Ausgleichs mit dem Osten. Aber nicht nur das: auch die Einigung Europas war zu einem Stillstand gekommen und Schollwers Aufzeichnungen belegen deutlich, daß die, die für eine Änderung der Ost- und Deutschlandpolitik waren, die übrigen Konstellationen der bundesdeutschen Politik keineswegs aus den Augen verloren.

Bei allen seinen Analysen hat Schollwer die weltpolitische Konstellation im Blick: Kuba-Krise, Vietnam-Krieg, die Krise der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Konflikte im Nahen Osten – Schollwer nimmt von allem Notiz und er kommentiert es. Die Auswirkungen auf Deutschland und die Veränderungen für die deutsche Politik interessieren ihn dabei naturgemäß am meisten.

Auch innenpolitisch sind die Jahre 1961–1966 äußerst turbulent und alle Parteien waren davon unterschiedlich betroffen. Den wohl größten Modernisierungsschub erlebte 1961 die SPD mit ihrem Godesberger Programm, aber auch in CDU und FDP setzten die programmatischen und personellen Diskussionen mit unterschiedlicher Heftigkeit ein.

In der FDP war Erich Mende seit den Koalitionsverhandlungen 1961 eine umstrittene Figur: in der Öffentlichkeit war er als „Umfaller" etikettiert, man belächelte seine Eitelkeit und sein Pathos. Die FDP setzte diesem Bild wenig entgegen, obwohl alle Gremien – wie man u. a. bei Schollwer nachlesen kann – den Koalitionsbeschluß von 1961 mehrheitlich billigten. Hinzu kam, daß die FDP zunehmend unter dem Damoklesschwert einer „großen Koalition" agieren mußte und ein deutlicher Zug der Wähler zu den großen Parteien zu beobachten war.

Die vorliegenden Aufzeichnungen sind voll von Berichten über Krisen in der Koalition, in der es zeitweise den Anschein hatte, als würden fünf und nicht drei Parteien an einem Tisch sitzen: neben der CSU eine oft uneinige CDU und eine ebenso oft uneinige FDP. Die 1961 mit Mühen zustande gekommene Regierung wurde zudem durch schwere Krisen und Affären erschüttert (Fibag, Spiegel). Während Adenauer als „Kanzler auf Zeit" in einer schwachen Position war, wurden die Hoffnungen auf Erhard bald enttäuscht. Schollwer beschreibt aus FDP-Sicht, was Osterheld[6] kürzlich von innen geschildert hat: einen schwachen und schwer zu berechnenden Kanzler, in dessen Kabinett sich die Minister in jeder Weise zu profilieren suchten und dessen Partei, die CDU, offen nach einem Nachfolger Ausschau hielt. Zum Leidwesen der FDP wuchs dabei die Macht von Franz-Josef Strauß und der CSU.

Nicht nur außenpolitisch, sondern auch innenpolitisch änderten sich mithin die Koordinaten der Politik. Aufmerksam beobachtet Schollwer die politische Diskussion innerhalb der Jugend, wirbt für sein Konzept ebenso bei Burschenschaften wie bei der Parteijugend. Er spürt, daß auf

[6] Horst Osterheld, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992.

allen Gebieten der Politik neue Ideen gefragt sind und seine Hauptkritik an Mende ist die, daß dieser nur taktiert, wo Stellung zu beziehen wäre und daß er – vorwiegend aus opportunistischen Gründen – nicht bereit ist, sich an die Spitze derer zu stellen, die für die FDP eine neue Politik fordern. Schollwer ist loyal genug, sich nicht direkt in die innerparteiliche Opposition gegen Mende verwickeln zu lassen, aber er hält auch mit seiner Kritik nicht zurück.

Dabei hielt er sich – wie eingangs schon angedeutet wurde – fern von den innerparteilichen Oppositionszirkeln um Scheel, Rubin, Schroers, die sich allmählich gegen Mende zu bilden begannen, um ihm den Parteivorsitz streitig zu machen und eine Wende in der Politik der FDP einzuleiten.

Schollwers Aufzeichnungen beginnen mit einer Koalitionsbildung und enden mit dem Austritt der FDP-Minister aus dem Kabinett Erhard. Vordergründig wurde die Koalition wegen eines unausgeglichenen Bundeshaushalts beendet; in Wahrheit ging es aber auch um die Profilierung der FDP als „dritte Kraft". Die Geschichte der Bundesrepublik stand 1965/66 an einem Einschnitt: mit ihrem Godesberger Programm war die SPD administrabel geworden und trat 1966 zum erstenmal in eine Regierungskoalition ein. Die FDP mußte für drei Jahre in die Opposition und fand hier die Kraft für eine grundlegende Erneuerung der Partei. Schollwers Ideen wurden zum Bestandteil der offiziellen Programmatik der FDP; er selbst zog sich aus dem Parteileben heraus und wechselte 1970 ins Auswärtige Amt. Die 1969 zustande gekommene Koalition baute in ihren ostpolitischen Aktivitäten nicht unwesentlich auf dem auf, was Schollwer Jahre vorher konzipiert hatte.

Diese Aufzeichnung schrieb Schollwer in Tagebuchform in den Jahren 1974 und 1977 anhand von Termineintragungen, Notizen, Gesprächsaufzeichnungen, Protokollen, Vermerken, Zeitungsartikeln. Da er eine chronologische Ablage aller schriftlichen Unterlagen pflegte, war es ihm auch nach so vielen Jahren, die zwischen dem berichteten Zeitraum und seiner Niederschrift lagen, möglich, die geschilderten Ereignisse detailliert wiederzugeben.

1991/92 überarbeiteten Verfasser und Herausgeberin die ursprünglich in zwei Bänden vorliegenden Aufzeichnungen und kürzten sie auf die vorliegende Fassung. Die Kürzungen betrafen vor allem seine 1963 unternommene Amerikareise. In der ihn auszeichnenden Genauigkeit hatte Schollwer hier seine vielfältigen Eindrücke von Land und Leuten geschildert. So interessant sein kritischer und skeptischer Blick auf den „american way of life" auch war, so entschlossen wir uns doch, den Bericht über diese Reise bis auf die politischen Passagen im engeren Sinn zu kürzen. Die übrigen Kürzungen im Text betrafen Reflexionen allgemeinerer Art oder Schilderungen von Unfällen, Wetterkatastrophen u. ä., aber auch Wiederholungen in der Beurteilung von politischen Umständen oder Personen.

Die umfangreichen Anmerkungen, die Schollwer seinen Aufzeichnungen angefügt hatte, wurden durch die Herausgeberin gekürzt und ergänzt, z. T. neu formuliert. Neu hinzugekommen sind die Zwischenüberschriften.

Im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Bänden dieser Reihe wurde auf einen Dokumentenanhang verzichtet. Dies schien vertretbar, da wichtige Texte aus dieser Zeit bereits veröffentlicht sind[7]. Für das Verständnis wichtige Textpassagen sind darüber hinaus in den Anmerkungen ausführlich dokumentiert.

Bonn, im Herbst 1993 Monika Faßbender

[7] In der von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Parteien besorgten Edition der Bundesvorstandsprotokolle der FDP ist der Band für den Zeitraum 1961–1967 gerade erschienen.

Tagebuch 1961/62

Koalitionsbildung

Dienstag, den 19. September 1961

Vier Stunden berieten heute vormittag Bundesvorstand und alte wie neue Fraktionsmitglieder die Wahlkonsequenzen. Unter den 109 (!) frohgestimmten Parteifreunden herrschte Einmütigkeit über das weitere Verfahren und Entschlossenheit, Adenauer als Kanzler einer neuen Koalitionsregierung nicht zu akzeptieren. Dessen überraschende Pressekonferenz gestern mittag stärkt bei uns nur den Widerstand gegen eine erneute Kandidatur des rheinischen Patriarchen[1]. Mende und Döring plädierten allerdings dafür, bei Äußerungen über dieses Thema nach außen hin Zurückhaltung zu üben. Mende: „Falsch wäre es zu sagen: der Alte muß weg! Das wäre eine unkluge Parole. Überlassen Sie das klugen Verhandlungen!" Und damit wurde eine siebenköpfige Delegation unter Mendes Leitung beauftragt[2].

Auch für eine Übergangslösung, also einen „Adenauer auf Zeit", sind Vorstand und Fraktion nicht zu haben – weil niemand daran glaubt, daß A. nach der gesetzten Frist auch tatsächlich zurückträte.

Mende hat übrigens in der anschließenden, überfüllten Pressekonferenz im CDU/CSU-Fraktionssaal die verabredete Zurückhaltung in Sachen Adenauer bereits wieder aufgegeben. Auf Müggenburgs Frage, ob denn die Fraktion heute definitiv beschlossen habe, in kein Kabinett einzutreten, dessen Kanzler Adenauer ist, meinte unser Vorsitzender, ohne eine direkte Antwort zu geben, M. liege durchaus richtig mit seiner Frage. Flau war dagegen Mendes Antwort auf eine Frage zur künftigen Ostpolitik einer von uns mitgetragenen Regierung. Hier hätte er m. E. entschiedener auftreten sollen[3].

[1] Am 18. 9. 1961 hatte Adenauer völlig überraschend in einer Pressekonferenz erklärt, daß weiterhin mit seiner Kanzlerschaft zu rechnen sei.

[2] Der Verhandlungsdelegation gehörten neben Mende Edgar Engelhard, Wolfgang Haußmann und Willi Weyer für den Bundesvorstand an. Die Fraktion wurde durch Wolfgang Imle, Oswald Kohut und Siegfried Zoglmann vertreten.

[3] Auf die Frage eines Journalisten, ob die FDP in einer neuen Bundesregierung (ihren Wahlaussagen entsprechend) für die Aufnahme von Beziehungen zu den Ostblockstaaten eintreten werde, meinte Mende lt. Protokoll der Pressekonferenz: „Genau so wenig, wie wir es von der CDU/CSU hinnehmen würden, daß man uns zur Unterwerfung zwingt, so würden wir es der CDU/CSU als dem größeren Partner unsererseits nicht zumuten, sich unseren Auffassungen zu unterwerfen, sondern

Noch immer sind wir begehrte Gesprächspartner von Besuchern aus aller Welt. Gestern mittag besuchte mich ein Mitarbeiter von Vizepräsident Johnson, am Nachmittag kamen vier japanische Parlamentarier sowie Alain Clément. Alle wollen wissen, wie es in Bonn nun weitergeht. Da konnte auch ich nur spekulieren ...

Freitag, den 22. September 1961

Im Jubel über das Wahlergebnis vom Sonntag sollten Entwicklungen nicht übersehen werden, die außerhalb Deutschlands Anlaß zur Sorge geben. Der Tod Hammarskjölds dürfte dabei für uns Deutsche noch am wenigsten problematisch sein, so schlimm er auch für die Weltorganisation sein mag. Beklemmender sind die Folgen des 13. August, die nun allmählich im Kreise der Westmächte deutlich geworden. Zwar attakkierte ich am Mittwoch in der fdk die Konzeptionslosigkeit des Westens in der Berlin- und Deutschlandpolitik, die erneut auf der Außenministerkonferenz in Washington deutlich ist. Doch ist dies nur die eine Seite der Medaille. Denn gleichzeitig mehren sich die Nachrichten über deutschlandpolitische Planspiele, die gegenwärtig bei unseren angelsächsischen Verbündeten angestellt werden[4]. Besonders fatal ist eine Entscheidung des Parteikongresses der britischen Liberalen, der sich für eine de-facto-Anerkennung der Sowjetzonenregierung ausgesprochen hat[5]. Der Irrglaube, daß eine Legalisierung des Ulbricht-Staates einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens darstellen würde, scheint im Westen immer mehr Anhänger zu gewinnen. Daran aber ist die bisherige Bundesregierung nicht ganz unschuldig: ihre völlige Einfallslosigkeit bei den nationalen Fragen unseres Volkes provoziert bei unseren Bundesgenossen geradezu solche Gedankenspielereien.

Die Presse ist inzwischen dazu übergegangen, die FDP vor allzu weitreichenden Forderungen bei den kommenden Koalitionsverhandlungen zu warnen. Offenbar paßt vielen Journalisten das Verlangen der Liberalen nach einer Ablösung Adenauers durch Erhard nicht. Ausländische Gesprächspartner halten sich in dieser Frage zurück. Diplomaten und Jour-

Fortsetzung Fußnote von Seite 15

das ist die Frage der kollegialen Zusammenarbeit, sich für dieses oder jenes zu entscheiden."

[4] Vgl. *Der Spiegel* Nr. 39 vom 20.9.1961, der berichtet, die US-Regierung wolle u.a. grundsätzlich die Hoheitsrechte der DDR über die Zugangswege nach Berlin anerkennen, sowie *RIAS* schließen, wenn die Sowjetunion die Anwesenheit der Westmächte in Berlin sowie freie Zufahrtswege garantiere.

[5] Die britischen Liberalen hatten sich mit Mehrheit dafür ausgesprochen, die DDR de facto anzuerkennen, wenn dafür die Freiheit Berlins und der freie Zugang zur Stadt garantiert werde (ADG 1961, S. 9365).

nalisten aus Osteuropa dagegen verhehlen gelegentlich ihre Genugtuung über den Wahlerfolg der FDP nicht[6].

Montag, den 25. September 1961

Wir müssen aufpassen, daß wir nicht ins Schlittern geraten! Während sich in der Union jene Kräfte durchgesetzt zu haben scheinen, die der FDP den alten Adenauer erneut aufs Auge drücken wollen, rühren die Sozialdemokraten schon fleißig die Trommeln für eine Regierung der „nationalen Konzentration". Auf diesem Wege möchten sich Wehner und seine Leute eine Regierungsbeteiligung erschleichen. Wobei, wie „Onkel Herbert" am Samstag treuherzig versicherte, die Person des künftigen Kanzlers eine „zweitrangige Frage" sei. Also Regierungsbeteiligung der SPD um jeden Preis?[7]

Mende hat nun gestern abend im Rundfunk – und wie mir scheint, ein wenig voreilig – versichert, die FDP werde sich „dem Anruf zu einer Dreiparteien-Zusammenarbeit nicht verschließen" – sofern nur Lübke und diese Bundesregierung dieses wünschten. Offenbar hat unser Vorsitzender nicht mehr allzu viel Hoffnung, bei den Christdemokraten die Kanzlerschaft Erhards noch durchsetzen zu können. Heute abend, vor der Arbeitsgruppe „Regierungsprogramm", machte M. jedenfalls auffallend in Pessimismus. Die Lage sei recht schwierig, die Presse „gekauft" und die Wirtschaft vom Alten auf die FDP angesetzt, um uns zum Umschwenken in der Kanzlerfrage zu veranlassen. Man drohe uns mit einer CDU/SPD-Koalition, und der Kanzler verbreite das Gerücht, es gäbe 20 FDP-Abgeordnete, die Adenauer ihre Stimme geben wollten. Starke hieb in die gleiche Kerbe: Erhard und Strauß wollten keine „Erfüllungspolitiker" werden. Und: „Wir haben keinen Kanzler außer dem, den wir nicht wollen!"[8]

Zuvor war eine von Genscher vorgelegte Arbeitsunterlage für ein gemeinsames Koalitionsprogramm beraten worden. Es sind Mindestforderungen, denen die CDU/CSU – auch in der Außenpolitik – eigentlich ohne Schwierigkeiten zustimmen könnte.[9]

[6] Vgl. *FAZ* vom 21.9.1961, die das Festhalten Adenauers an der Kanzlerschaft begrüßte. Nach einer Notiz Schollwers hatte dagegen der Bonner Korrespondent der jugoslawischen Parteizeitung *Borba* den Wahlerfolg der Liberalen hervorgehoben.

[7] Am 19.9. hatte der CDU-Bundesvorstand einstimmig für eine erneute Kandidatur Adenauers votiert. Der SPD-Pressedienst hatte am 22.9. für eine „Regierung der nationalen Konzentration" plädiert, während Wehner in Reden immer wieder die Bereitschaft seiner Partei angedeutet hatte, u.U. mit der CDU zu koalieren (Vgl. ADG 1961, S. 9052).

[8] Die Äußerungen Mendes in: „Woche in Bonn" vom 24.9.1961 sowie vor der Arbeitsgruppe „Regierungsprogramm". Dieser Arbeitsgruppe gehörten 12 Mitglieder aus Bundesvorstand und Bundestagsfraktion an, und zwar Mende, Kohut, Lenz, Schneider, Rubin, Bucher, Mischnick, Leverenz, Ilk, Döring, Flach und Genscher.

[9] Zu den außenpolitischen Mindestforderungen gehörten u.a. die konsequente Er-

Inzwischen zeigt sich die deutsche Öffentlichkeit über die Nachrichten aus Washington zunehmend alarmiert. *Bild* kam heute mit einer Schlagzeile heraus, die für unsere amerikanischen Bundesgenossen schockierend sein muß. Ob man so gefährlichen Tendenzen bei unseren Verbündeten wirksam begegnen kann? Ich bezweifle das[10].

Donnerstag, den 28. September 1961

Gestern hat sich nun auch die CDU/CSU-Fraktion geschlossen hinter Adenauer gestellt. Erhard, Strauß und Gerstenmaier wollen von ihrer „Rebellion" gegen den Alten nichts mehr wissen. Der Kanzler hat seine Leute wieder fest im Griff, jetzt wird bei den Unionschristen wie in alten Zeiten „Order pariert".

Für die FDP bedeutet dieser Beschluß eine „milde Aufforderung zur Übergabe", meinte heute der *General-Anzeiger*. Dazu versucht uns die Presse, von der *FAZ* bis zur *Welt*, in der Tat seit Tagen zu ermuntern. Was heißt ermuntern? Wir werden zur Zeit unter ein publizistisches Trommelfeuer genommen, als gelte es nicht, einen längst überständigen und die deutschen Interessen nur noch belastenden Politiker in den Ruhestand zu schicken, sondern das Vaterland vor unsittlichen Forderungen der Liberalen zu schützen. Ich bin gespannt, wie morgen Bundesvorstand und Fraktion auf diese Entwicklung reagieren werden.

Samstag, den 30. September 1961

Die Frage: „Zum vierten mal Adenauer?" bewegte am Freitag nachmittag viereinhalb Stunden lang Vorstand und Fraktion auf einer gemeinsamen Sitzung im Bundestag. Mendes Bericht über die Ereignisse seit der letzten Zusammenkunft war ebenso detailliert wie aufschlußreich[11]. Dehler zeigte

Fortsetzung Fußnote von Seite 17

füllung aller von der Bundesrepublik geschlossenen Verträge sowie die Lösung der Deutschland- und Berlinfrage im Rahmen des Grundgesetzes.

[10] Anspielung auf die Schlagzeile der *Bild* vom 25.9.1961: „Alarmierende Berichte aus Washington und Berlin: Wird Deutschland jetzt verkauft?"

[11] Mende stellte die letzten Ereignisse so dar: Am 22.9. sei er bei Lübke gewesen, der ihn gefragt habe, ob die Anti-Adenauer-Entscheidung der FDP definitiv sei. Mende habe geantwortet: kein FDP-Abgeordneter sei bereit, im 1. Wahlgang (sic!) Adenauer die Stimme zu geben. L. habe eine „große Neigung" zur Allparteienregierung gezeigt. – Danach habe es ein 45-Minuten-Gespräch mit Pferdmenges in Mendes Büro gegeben. Pf. habe einen „honorigen Abgang" Adenauers verlangt und behauptet, A. trage sich ohnehin mit dem Gedanken, zu einem früheren Zeitpunkt aus dem Amt auszuscheiden. Mende habe daraufhin die Bildung eines „geheimen Staatsrats" mit A. vorgeschlagen bzw. zu erwägen gegeben, Adenauer als „Altbundeskanzler" Sitz und Stimme im Kabinett zu geben (!). Er, Mende, sei jedoch nicht bereit, unter A. in ein Kabinett einzutreten. – Am 24.9. habe er in Hamburg mit Blumfeld gesprochen. Der habe dringend darum gebeten, daß die FDP an ihrem harten Standpunkt festhält. Die FDP solle sich dabei der Solidarität weiter Kreise

angesichts des gegenwärtig gegen die FDP geführten Nervenkrieges deutliche Wirkung und schob die Verantwortung für Mendes Pressekonferenz am 19. den „Herren von der Pressestelle" zu. Im übrigen sah D. keinen Anlaß, „etwas an unseren Beschlüssen zu ändern".

Auch Weyer suchte die Schuld für die prekäre Lage bei der Pressestelle, Achenbach plädierte für ein Gespräch mit der SPD über ein Allparteienkabinett und Döring stellte fest: mit der CDU/CSU würden wir Adenauer nie wegbekommen – das sei nur durch ein konstruktives Mißtrauensvotum möglich. Adenauer habe gestern Minister Schröder gegenüber erklärt, er werde auf jeden Fall drei Jahre im Amt bleiben, solange, bis ein neuer Bundespräsident gewählt sei. Das Fazit dieser ziemlich verworrenen Sitzung: Bei Koalitionsverhandlungen Sachfragen in den Vordergrund stellen (das hatte vor allem Dehler gefordert), keine Einigung über Adenauer, keine Auskünfte an die Presse, abgesehen von einem nichtssagenden Kommunique[12]. Dieses Verfahren hat heute in den Tageszeitungen vielfältige Spekulationen über den tatsächlichen Verlauf der Sitzung hervorgerufen, zumal sich einige Teilnehmer zu Korrespondenten über die gegenwärtige Haltung der Führungsgremien sehr unterschiedlich geäußert haben sollen. Unter ihnen auch Dehler, der nun hoffentlich das wenig erfreuliche Presseecho nicht wiederum uns Parteijournalisten anlasten wird.

Montag, den 2. Oktober 1961

Ob der Ochse, den wir am Samstag auf der Eltviller Au[13] verzehrten, tatsächlich die „fettriefende Henkersmahlzeit der bundesdeutschen Freidemokraten" war, wie die sozialdemokratische *Freiheit* heute schrieb, ist

Fortsetzung Fußnote von Seite 18

der CDU/CSU sicher sein. – Tags darauf sei er – Mende – in Stuttgart mit Kiesinger und Scheufelen zusammengetroffen; an diesem Gespräch hätten auch Maier und Haußmann teilgenommen. Mende habe erklärt, die FDP habe den Eindruck, daß der Kanzler die Liberalen mit der SPD „überspielen" wolle. Die CDU-Politiker hätten jedoch versichert, eine schwarz-rote Koalition nicht mitmachen zu wollen. Am selben Tage habe sich Wehner in Nürnberg in der bekannten Weise geäußert. – Am 26.9. habe er mit Strauß gesprochen, der erklärt habe: „Adenauer wird Sie fallen lassen, der ist zu allem bereit." – Am 27.9. ein Dreistunden-Gespräch mit Brandt. B. habe für eine Dreiparteien-Regierung plädiert und eine schwarz-rote Koalition nicht völlig ausgeschlossen. – In der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch habe eine „mörderische Stimmung gegenüber der FDP" geherrscht. Gerstenmaier habe erklärt, ein Beschluß, Adenauer zum Kanzler zu nominieren, sei nicht erfolgt. Erhard sei in der Sitzung aufgestanden und habe sich hinter den Vorstandsbeschluß vom 19.9. gestellt, Adenauer zum Kanzler vorzuschlagen. Dennoch hätten Gerstenmaier und Erhard Mende am 28.9. versichert, sie seien bereit, im zweiten Wahlgang zu kandidieren.

[12] Vgl. fdk vom 29.9.1961; hier wird die Kanzlerfrage mit keinem Wort erwähnt.

[13] Am 30.9.1961 trafen sich Mitglieder des Bundesvorstandes, der Bundestagsfraktion und der Wahlkampfkommission zu einer Klausur auf der Rheininsel Eltviller Au, an der zeitweise auch Journalisten teilnahmen.

nach dem, was uns Weyer heute mittag über das vorangegangene Gespräch mit Adenauer und Strauß mitteilte, zumindest noch zweifelhaft. Dabei soll es nämlich – nach W. – zu harten Kontroversen zwischen den beiden christdemokratischen Parteifreunden gekommen sein; zudem habe Strauß oft mehr den Standpunkt der FDP als den Adenauers vertreten[14].

Dennoch war unser Fest auf der Rheininsel so sorglos nicht. Die Stimmung – mehr laut als lustig – erschien mir kennzeichnend für unsere gegenwärtige Gemütsverfassung. Besonders Mende zeigte vor den Kameras und Journalisten nicht nur beim Anschneiden des am Spieße gebratenen Rindviehs so forciert „gute Laune", daß dahinter unschwer ein tief verletztes Selbstbewußtsein auszumachen war. Aber E. M. hat es dieser Tage ja auch „knüppelhageldick" bekommen, nicht nur von deutschen Zeitungen und ihren Karikaturisten, sondern z. T. auch von der Auslandspresse.[15] Wer hätte vor vierzehn Tagen diese Wendung der Dinge geahnt?

Freitag, den 6. Oktober 1961

Noch immer Ungewißheit über den Ausgang des Falles Adenauer. Dafür Sitzungen am laufenden Band: Mittwoch Verhandlungskommission, Donnerstag Außenpolitischer Arbeitskreis und ein neues Gespräch mit Adenauer. Und heute: Programmkommission am Vormittag, gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion nachmittags. Das Ganze nach wie vor begleitet von einer entnervenden Rundfunk- und Presse-Berichterstattung über die Zukunft unserer Partei bzw. unseres Vorsitzenden.

Im Arbeitskreis Beratung eines außenpolitischen Memorandums (Verfasser Flach und Genscher) als Gegenentwurf zu einem uns zugeleiteten, recht unbefriedigenden Papier des Auswärtigen Amtes[16]. Eiertänze bei der Formulierung des Kapitels „NATO und WEU": wie kann die FDP ihre bisherige Haltung in der Frage einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr mit den Wünschen Adenauers, der CDU/CSU und der NATO vereinbaren? Dafür ziemlich nachdrückliche FDP-Formulierungen bei der

[14] Am Montag vormittag (2. 10.) waren Mende und Weyer mit Adenauer und Strauß im Bundeskanzleramt zu einem zweieinhalbstündigen Gespräch zusammengetroffen. In einem gemeinsam herausgegebenen Kommuniqué wurde lediglich mitgeteilt, das Gespräch habe in „sachlicher Atmosphäre" stattgefunden, dabei seien auch „außen- und sicherheitspolitische Fragen" behandelt worden. Nach einem Bericht der *Welt* vom 3. 10. 1961 erklärte einer der Gesprächspartner dazu ergänzend, „daß über die wichtigste personelle Frage, die Person des Regierungschefs, nicht gesprochen worden sei".

[15] So z. B. *NRZ* am 30. 9. 1961 („Erich Mende vollzog den Umfall der FDP in Raten"), der *Tages-Anzeiger* (Zürich) am 29. 9. 1961 („FDP-Chef Mende fällt um"), *Die Tat* am 2. 10. 61 („Mende als Gummilöwe") oder *Bild* vom gleichen Tage („Erich Mende hofft auf ein Wunder – Umfallen – Reinfallen – ausfallen?")

[16] Es handelt sich um ein „vertraulich" gekennzeichnetes Papier von Rauch: „Gedanken zur außenpolitischen Wahlplattform der FDP" (ADL, Nachlaß Dehler, N 1–2852).

„Deutschlandpolitik"[17]. Adenauer soll dem angeblich zugestimmt haben – was Dehler und Schneider heute in der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion zu der Feststellung veranlaßte: diese Postulate hingen doch „im luftleeren Raum", da Adenauer ganz andere Vorstellungen habe, wie solche Prinzipien in die Tat umgesetzt werden könnten. Dehler: Adenauer lüge, wenn er behaupte, daß er diese unsere Prinzipien anerkenne. Flach und Daub wiesen darauf hin, daß unser Papier das Optimum dessen sei, was man sachlich habe herausholen können. Wie weit es die CDU mit ihrer Zustimmung ehrlich meine, das sei eine ganz andere Frage. Grollte Dehler: „Ich bin erstaunt, daß Adenauer zustimmte; das macht mich stutzig!"

Montag, den 9. Oktober 1961

Das jüngste Gespräch zwischen Kennedy und Gromyko hat, wie das US-Außenministerium mitteilte, „noch keine annehmbare Grundlage für Verhandlungen" über Berlin und Deutschland geboten. Der Eindruck fortdauernder Ratlosigkeit auf westlicher Seite bleibt und damit auch die Sorge um die Zukunft dieser Stadt. Mende hat heute morgen in der Abteilungsleiterbesprechung sogar behauptet, die USA würden eine Kontrolle des zivilen Luftverkehrs nach Berlin durch das Zonenregime konzedieren. Flach, Genscher und ich vertraten übereinstimmend die Auffassung, eine solche Entwicklung würde das Ende Berlins bedeuten. M. scheint diesen seinen Eindruck bei einem Gespräch mit Humphrey gewonnen zu haben, der die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages in die USA zu Gesprächen über das Deutschland- und Berlin-Problem eingeladen hatte[18].

Nach einer weiteren Mitteilung unseres Vorsitzenden ist für den 21./22. Oktober die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages oder des Hauptausschusses zur Beratung und Entscheidung über die Koalitions-

[17] Der ursprüngliche, am 5. 10. vorgelegte Entwurf wurde nach den Beratungen des Arbeitskreises, dem am gleichen Tage stattfindenden zweiten Adenauer-Mende-Gespräch sowie nach der Fraktionssitzung am 6. 10. in einigen Punkten abgeändert. Die ursprüngliche Fassung des Flach-Genscher-Entwurfs der Aussage zur atomaren Rüstung lautete: „Das NATO-Bündnis kann gestärkt werden: ... c) durch die waffentechnische Integrierung der NATO-Streitkräfte. Dazu gehört auch die Ausrüstung aller NATO-Partner mit *allen* modernen Träger-Waffen. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich einer Entscheidung der NATO über die Ausdehnung der Verfügungsgewalt über atomare Sprengsätze an die Partner des NATO-Bündnisses nicht widersetzen. Sie hält bei einer Ausdehnung der Verfügungsgewalt die Bildung einer integrierten NATO-Sonder-Truppe, die dem besonderen zentralen Befehlssystem der NATO untersteht, für die beste Lösung." Die Fraktion änderte diesen Passung wie folgt ab: „Die Bundesrepublik Deutschland wird eine Entscheidung der NATO über die Ausdehnung der Verfügungsgewalt über atomare Sprengsätze an die NATO-Partner zur Bildung einer integrierten NATO-Sonder-Truppe annehmen." (Beide Fassungen bei den Handakten Schollwers, ADL, 6952/31).

[18] Senator Hubert H. Humphrey war am 6. 10. 1961 in Bonn mit Mende zusammengetroffen.

frage geplant. M. will begreiflicherweise die Gesamtpartei bei der bevorstehenden schwierigen Entscheidung mit in die Verantwortung nehmen, zumal dieser Tage schon einige Vorstandsmitglieder damit begonnen haben, von Mende und seiner Verhandlungstaktik abzurücken.

Freitag, den 13. Oktober 1961

Die Ungeduld der deutschen Öffentlichkeit über das Fortdauern der Koalitionsverhandlungen ist vielleicht begreiflich – der gegen die FDP erhobene Vorwurf der „Verschleppungstaktik" dagegen ungerechtfertigt. Wir haben bisher kein einziges Gespräch abgesagt und jeden Vorschlag der CDU/CSU in kürzester Frist beantwortet. Seit dem 19. September tagen die Parteigremien sozusagen in Permanenz, die eigentlichen Verhandlungen dauern jetzt gerade zehn Tage. Alle vorangegangenen Regierungsbildungen haben nachweislich wesentlich mehr Zeit beansprucht als die gegenwärtige bis heute. Also, was solls?

Gestern nachmittag wurde auf einer Sitzung der Landesvorsitzenden mehrheitlich die Einberufung des Hauptausschusses für den 21.10. beschlossen. Hamburg und Bremen sprachen sich für einen a.o. Bundesparteitag aus, ebenso Heinrich Schneider. Schleswig-Holstein hat sich sein Votum noch vorbehalten. Doch Mende, der sich inzwischen für den Hauptausschuß entschieden hatte, setzte sich durch.

Inzwischen kommt Störfeuer auch aus der Ecke der CDU. Rasner hielt es gestern für angebracht, die FDP mit der Bemerkung zu provozieren, daß die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung auch in der vierten Legislaturperiode „in allen ihren Elementen unverändert fortgeführt werde[19]. Gottlob wird das Herr Rasner nicht zu entscheiden haben.

Dienstag, den 17. Oktober 1961

Das hatte uns gerade noch gefehlt! Mit unglaublicher Ungeschicklichkeit hat sich die FDP heute nachmittag vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit blamiert. Noch gestern hatte die Fraktion beschlossen, mit der SPD gemeinsam für die Wahl von nur zwei Vizepräsidenten des Bundestages einzutreten. Heute schlug sich die Fraktion zur allgemeinen Überraschung plötzlich auf die Seite der Unionsparteien, die sich seit längerer Zeit für vier „Vizes" stark macht. Das haben wir wohl vor allem Mende zu verdanken, der sich mit forschen Sprüchen über Adenauer bei den Unionsparteien so in die Nesseln setzte, daß er – gestern abend während der Fraktionssitzung zu Krone zitiert – Wiedergutmachung leisten mußte[20]. Aber

[19] Zitiert nach *Frankfurter Rundschau* vom 13.10.1961.

[20] Nach einem Bericht der *Welt* vom 16.10.1961 soll Mende in einem Interview mit der norwegischen Zeitung *Dagbladets* zur Bedingung für eine Koalition mit der CDU/CSU den Rücktritt Adenauers bis spätestens Frühjahr 1963 gemacht und er-

schon zuvor hatte E. M. der Fraktion berichtet, Krone sei über die Absicht der FDP, mit den Sozialdemokraten für die Zweier-Lösung zu stimmen, „tief betroffen" und habe Mende gebeten, den Fraktionsbeschluß zu revidieren. Die Union betrachte ein Festhalten der Freien Demokraten an diesem Beschluß als eine „Brüskierung", als einen Testfall auch für die künftige Zusammenarbeit der Koalitionsparteien.

So bereitete Mende denn schon in der Sitzung den Umfall vor, als er eine Zusammenkunft der Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen für Dienstag zur erneuten Beratung der Vizepräsidentenwahl vorschlug. Als dann heute nach einer halbstündigen Unterbrechung der Bundestagssitzung (vor der Wahl der Vizepräsidenten) die FDP ihre Absicht kundgab, sich dem Votum der CDU/CSU anzuschließen, gab es auf der linken Seite des Hauses schallendes Gelächter. Mende verschlimmerte die ohnehin peinliche Situation noch durch die Bemerkung, die FDP trete aus „Loyalität gegenüber der größten Fraktion des Hauses" für vier Vizepräsidenten ein. Wieso eigentlich haben wir gegenüber den Unionsparteien „Loyalität" zu üben? Sind wir denn schon deren Koalitionsgenossen?

Freitag, den 20. Oktober 1961

Volle sieben Stunden redeten sich heute die Fraktionsmitglieder die Köpfe heiß. Thema: das bisherige Verhandlungsergebnis, die künftige Besetzung des Außenminister-Postens und – noch immer – ob die FDP überhaupt in eine Koalition mit der CDU/CSU unter unbefristeter Kanzlerschaft Adenauers eintreten soll. Schließlich ließ Mende – gegen den Protest von Dehler – geheim darüber abstimmen, ob die Fraktion unter den gegebenen Voraussetzungen koalitionsbereit sei. Das Ergebnis der Abstimmung behielt Mende für sich. Wie Vorstandsmitglieder jedoch unter der Hand mitteilten, hatten 30 Abgeordnete mit Ja, 20 mit Nein gestimmt.

Weitgehende Übereinstimmung herrschte dagegen in dem Wunsche, daß Brentano endlich den Hut nehmen möge. Döring, Dehler und Achenbach plädierten dafür, daß Mende an die Spitze des Auswärtigen Amtes trete. Dieses Ansinnen wies Mende jedoch mit Schärfe zurück – er halte es nicht für zumutbar, unter Adenauer Minister zu werden. Aber anderen Parteifreunden mutet er das durchaus zu.

Sonntag, den 22. Oktober 1961

Die Schlacht ist geschlagen, die Entscheidung gefallen. Nach elfeinhalb Stunden leidenschaftlicher und zermürbender Debatten im Kammermusiksaal der Beethovenhalle billigte die Mehrheit der Delegierten des Bundeshauptausschusses am Samstag abend einen Antrag Mendes. Der emp-

Fortsetzung Fußnote von Seite 22

klärt haben: „Adenauer ist heute so alt wie Hindenburg, als er uns Hitler bescherte."

fiehlt der Bundestagsfraktion, „auf der Grundlage der bisher erzielten Übereinkunft über die personellen Fragen der Beteiligung der FDP an der vierten Bundesregierung weiterzuverhandeln, insbesondere über eine die FDP befriedigende Besetzung des Außenministeriums“[21].

Bis es zu dieser Abstimmung kam, gab es zum Teil knallharte Auseinandersetzungen. Mende referierte zunächst eine Stunde und vierzig Minuten (!); das war eher ein Rechtfertigungsversuch als eine Tatsachenschilderung. Seine Argumente für eine Koalition mit der CDU/CSU unter einer befristeten Kanzlerschaft Adenauers waren zum Teil vernünftig, zum Teil aber auch recht fragwürdig. So, als er die Behauptung aufstellte, mit den Berlin- und Deutschlandfragen sei heute keine Politik mehr zu machen, zudem seien heute die „kältesten Krieger“ Willy Brandt und Herbert Wehner, nicht aber Adenauer. Bei seiner Auseinandersetzung mit der verheerenden Presseberichterstattung über die FDP brüllte Mende fast vor Wut.

Maier, der als erster in der Diskussion das Wort ergriff, hatte ein vorbereitetes Referat mitgebracht, das er an einem extra für ihn aufgebauten Pult verlas. Er unterstützte Mendes Verlangen, die Koalition mit Adenauer zu machen, dabei diskret auf entsprechende Wünsche seines Freundes Heuss verweisend, die Haußmann später artikulierte[22]. Etwa 38 Diskussionsredner meldeten sich zu Wort. Manche sprachen so ausführlich und lange, daß schließlich die Redezeit begrenzt werden mußte. Gegen eine Koalition unter Adenauer erklärten sich u. a. Ehrich, Kohut, Dehler, Engelhard, Daub, Molter, Lüders, Rademacher, Bucher, Bortscheller, Schneider und Müller-Link. Dehlers besonders emotionsgeladener Diskussionbeitrag löste zeitweise Tumulte aus. Doch die Gruppe der Befürworter war zahlreicher, hatte taktisch auch gelegentlich die besseren Argumente. Besonders eindrucksvoll der abgewogene Beitrag Dörings. Er beschönigte nichts, wies sogar manche der haarsträubenden Argumente Mendes zurück, gab dann aber doch zu verstehen, daß nun ein Zurück

[21] Mit 67 gegen 18 Stimmen bei 5 Enthaltungen billigte der Hauptausschuß einen drei Punkte umfassenden Antrag, in dem es unter Pkt. 2 zum Adenauer-Problem hieß: „Die CDU/CSU hat sich der Forderung der FDP versagt, die Verantwortung des Kanzleramtes auf andere Schultern zu legen. Sie hat vielmehr fast einstimmig beschlossen, Dr. Adenauer dem Bundespräsidenten für eine neue Nominierung vorzuschlagen. Dr. Adenauer hat Erklärungen über seine Vorstellungen von der Dauer der Amtszeit abgegeben, die Gegenstand der Koalitionsvereinbarungen sind.“

[22] Haußmann erklärte u. a.: „Ich habe in der letzten Woche Fühlung mit Heuss gehabt. Und er hat am vergangenen Montag mir als das Ergebnis seiner Überlegungen erklärt, im parteiinternen Kreis sozusagen, man möge ihn nicht in die Diskussion öffentlich hineinziehen. Es läßt sich die Auffassung von Heuss dahin zusammenfassen: das Risiko, das darin liegt, daß die Partei sich unter deutschen Gesichtspunkten und vom Standpunkt der FDP der Verantwortung versagt, ist größer als eine Koalition auch mit Adenauer.“

nicht mehr möglich sei, es sei denn, die CDU/CSU halte an ihrem bisherigen Außenminister fest.

Mittwoch, den 25. Oktober 1961

Jetzt geht das ganze Theater noch einmal von vorn los! Gestern noch hatte sich die Fraktion fast sechs Stunden mit unseren Ressortwünschen in der kommenden Bundesregierung beschäftigt. Sie war dabei zwar noch zu keiner Einigung gelangt, jedoch davon ausgegangen, daß wenigstens die Sachfragen zwischen den künftigen Koalitionspartnern endgültig erledigt seien. Das erwies sich jedoch als Trugschluß! Denn inzwischen hat die Union den vom Hauptausschuß gebilligten Koalitionsvertrag erneut in Frage gestellt bzw. wesentliche Änderungswünsche angemeldet[23]. M. hatte, wie er heute nachmittag der Fraktion berichtete, bereits gestern abend dem Bundeskanzler erklärt, daß es nicht möglich sei, „den Wesensgehalt des Koalitionsvertrages anzutasten". Obwohl heute Haußmann für eine Annahme des geänderten Vertragstextes plädierte, stimmten ihm während der stundenlangen Diskussion lediglich Supf und Rieger zu, während alle anderen Adenauers jüngstes Ansinnen mehr oder minder scharf zurückwiesen. Mende, der gestern abend nach Aussagen Zoglmanns[24] für die FDP-Fassung des Vertrages nicht ernsthaft gekämpft haben soll, faßte kurz vor 20 Uhr die Diskussion mit den Worten zusammen: „Die Vertrauensgrundlage ist nicht mehr gegeben. Meine Entscheidung ist gefallen. Ich würde es unter der nicht mehr gegebenen Vertrauensgrundlage niemandem mehr zumuten, ins Kabinett zu gehen." Die Fraktion nahm dann einstimmig eine Entschließung an, in der die von der CDU/CSU nachträglich verlangten Änderungen abgelehnt wurden[25]. Mit diesem Papier und einem entsprechenden Brief Mendes fuhren Flach und

[23] Der Arbeitnehmerflügel der CDU kritisierte die finanzpolitische Seite des Entwurfs. Strittig war auch der Wunsch der FDP, mehr Einfluß auf die Außenpolitik zu nehmen. (Vgl. H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 689).

[24] Zoglmann war anstelle von Engelhard in die Verhandlungskommission eingetreten.

[25] Punkt 1 der Entschließung der FDP-Bundestagsfraktion enthielt den Satz: „Die Bundestagsfraktion sieht sich nicht in der Lage, die von der CDU/CSU nachträglich verlangte Änderung der von den beiden Verhandlungskommissionen am 12.10.1961 grundsätzlich gebilligten und am 20.10.1961 endgültig formulierten Koalitionsvereinbarungen hinzunehmen." Punkt 2 der Entschließung, deren voller Wortlaut übrigens in der fdk nicht abgedruckt worden ist, lautete: „Das am 25.10.1961 vorgetragene Ergebnis der Koalitionsverhandlungen im personellen Bereich läßt der Fraktion der FDP eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Möglichkeit der Übernahme gemeinsamer Verantwortung, insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik, nicht gesichert erscheinen." Im Tagesdienst der fdk wurde lediglich eine allgemeine Mitteilung über den Verlauf der Fraktionssitzung sowie über die Tatsache einer einmütig gebilligten Entschließung veröffentlicht („Mende zu den Koalitionsverhandlungen" in fdk Nr. 164/61 (T) vom 26.10.1961).

ich gegen 23 Uhr nach Kessenich in die Wohnung Krones. K. hatte sich bereits zur Ruhe begeben – eine Haushälterin nahm das Kuvert entgegen, von uns beauftragt, diese Botschaft sogleich dem CDU-Fraktionsvorsitzenden vorzulegen. – Mit der für kommenden Montag vorgesehenen Kanzlerwahl wird es nun wohl nichts werden.

Donnerstag, den 26. Oktober 1961

Da auch das heutige Mittagsgespräch zwischen Adenauer und Mende zu keinem die FDP befriedigenden Ergebnis führte, wurde die Kanzlerwahl vorerst auf unbestimmte Zeit verschoben. Heute morgen hatte – wie Mende der Fraktion mitteilte – Dr. Krone unseren Fraktionsgeschäftsführer Genscher angerufen und um Auskunft darüber gebeten, ob die Punkte 1 und 2 der Fraktionsentschließung von gestern abend für die FDP eine conditio sine qua non seien. Zoglmann wurde von der Fraktion zur Erteilung einer mündlichen Antwort an Krone ermächtigt: keinen Schritt zurück – conditio sine qua non!

Mende hatte Adenauer zunächst unsere gestrige Resolution vorgelesen. Dann sei es zu einem „scharfen Dialog" zwischen den beiden Parteiführern gekommen, an dem sich später auch die anderen Mitglieder der Verhandlungsdelegation beteiligt hätten. Diesmal scheint Mende die Wahrheit gesagt zu haben, denn auch Zoglmann bestätigte, M. habe sich „hervorragend geschlagen". Adenauer habe klarstellen wollen, daß die FDP mit ihm außenpolitisch nicht einig sei. Das habe M. sehr geschickt aufgefangen. „Diese Herren haben zu uns kein Vertrauen, es gibt keine Vertrauensbasis", habe A. erklärt und gefragt: „Was haben Sie gegen Brentano, charakterlich, moralisch etc?" (Nach politischen Qualitäten B.s hat der Kanzler vorsichtshalber gar nicht gefragt, wie sollte er auch). A. sagte: „Sie verlangen einen Staatsminister, Sie verlangen einen Kontrolleur!" Darauf Mende: „Wir gehen in eine furchtbar schwere Lage hinein – wir müssen mitsehen, mithören und mitentscheiden können." Meinte daraufhin der Kanzler (immer nach Zoglmann): „Sie können mir doch keine Daumenschrauben anlegen. Das läuft doch darauf hinaus, daß ich meinen Freund Brentano entlassen muß, damit ich gewählt werde!" – Mendes Resumee: Wir sind in einer guten Verhandlungsposition. Hoffentlich!

Am Vormittag eine längere Diskussion über die Ministerposten. Döring hatte einen detaillierten Vorschlag mitgebracht, der Alternativlösungen vorsieht[26]. Dehler plädierte noch einmal – vergebens – dafür, daß Mende das AA übernimmt. Lenz lehnte aus gesundheitlichen Gründen das Finanzministerium ab. Bucher deutete eine Revision seiner bisherigen Hal-

[26] Dörings Vorschlag sah nach den Notizen Schollwers vor: Innen (Stammberger), Finanzen (Lenz), Entwicklung (Scheel), Vertriebene (Mischnick), Schatz (Dahlgrün), Verkehr (von Kühlmann), Justiz (Bucher), AA (Mende oder Dehler). Außerdem bzw. alternativ für den Posten des Außenministers einen Staatsminister mit Kabinettsrang als Vertreter des AA-Chefs (Achenbach oder Bucher).

tung (in der Koalitionsfrage) an. Und schließlich erklärte sich Mende bereit, gegebenenfalls das Finanzministerium zu übernehmen. Man war sich im übrigen einig: fünf Ministerien für die FDP – und nichts darunter!

Donnerstag, den 2. November 1961

Am Schluß einer achtstündigen Sitzung hat die Fraktion am späten Abend die von Strauß konzipierte und von Mende bereits konzedierte Präambel des Koalitionsvertrages mit großer Mehrheit abgelehnt, da sie den Gehalt der Vereinbarungen praktisch wieder aufhebt[27]. Erst ab 17.15 Uhr (Sitzungsbeginn 15 Uhr) durften wir Mitarbeiter aus Bundesgeschäftsstelle und Fraktion dabei sein, weil angeblich die Fraktion zuvor intern personelle Fragen erörtern wollte. Wie Genscher uns mitteilte, war es fast die ganze Zeit nur um jene ominöse Präambel gegangen. Zehn Diskussionsredner hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt gegen das Strauß-Mende-Opus ausgesprochen, nur drei dafür (u.a. Rieger und Zoglmann). Als wir den Sitzungsraum betraten, war diese Debatte noch in vollem Gange. Die Gegner waren nach wie vor in der Überzahl. Mende versuchte, seine Haltung zu rechtfertigen und das Papier zu retten, indem er den Teufel einer Allparteienregierung an die Wand malte, als Konsequenz des Scheiterns der heutigen Verhandlungen. Lenz, Döring und Haußmann wurden kurz vor 18 Uhr zu Krone mit dem Auftrag geschickt, der CDU/CSU mitzuteilen, daß die Fraktion die in dieser Präambel vorgesehene Erweiterung der Koalitionsgrundlage nicht akzeptiere, an der Koalitionsabsicht indessen festhalte. Um 19.20 Uhr kam Döring zurück und berichtete, Strauß habe behauptet, vor dem 20.10. unsere Koalitionsvereinbarungen nie gesehen zu haben; es sei unmöglich, daß diese Vereinbarungen lediglich auf dem Papier vom 20. Oktober basieren könnten.

Nun gab es ein erneutes Hin und Her. Mende kämpfte weiter für die Präambel, aber der Hinweis Dehlers, daß nach der Strauß-Mende-Formel dann ja auch das unmögliche Papier Brentanos zur Außenpolitik Grundlage der Koalition sein müßte, gab den Ausschlag. Mende ließ abstimmen. Auf die Frage, ob die Fraktion mit der von Strauß vorgeschlagenen Interpretation der Koalitionsgrundlage einverstanden sei, stimmten 50 Abgeordnete mit Nein und acht mit Ja. Mende zu den wartenden Journalisten: „Der Herr Bundespräsident muß nun entscheiden, was er aus dem Ablauf

[27] In dem von Strauß vorgelegten Präambel-Entwurf hieß es: „Gegenstand der Politik der Koalition ist die von den Beauftragten der beiden Parteien gemeinsam redigierte Aufzeichnung vom 20. Oktober 1961. Diese Aufzeichnung stellt zusammen mit den anderen während der Koalitionsverhandlungen vorgelegten Papieren Grundlage und Ziel der gemeinsamen Arbeit dar." Die FDP befürchtete, daß die Unionsparteien sich bei der Koalitionszusammenarbeit ständig auf „während" der Koalitionsverhandlungen vorgelegte Papiere (z.B. der CDU/CSU) berufen würden, die jedoch keineswegs alle Bestandteil der vom FDP-Hauptausschuß gebilligten Koalitionsvereinbarung waren.

des heutigen Tages für Konsequenzen zieht." Morgen kommen wir erneut zusammen. Das Koalitionskarussell dreht sich weiter ...

Samstag, den 4. November 1961

Die Kämpfer sind müde. Am Freitag nachmittag hat die Fraktion in der Frage des Koalitionsvertrages einem Kompromiß zugestimmt und damit den Weg für die Regierungsbildung freigemacht. Die „Vernunftehe" kann nun ihren Anfang nehmen. Es gab noch eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen Döring und Zoglmann über das Verfahren, wie Adenauer sich zu befristeter Kanzlerschaft verpflichtet. Wann muß der Adenauer-Brief in den Händen der FDP sein? Döring war für ganz harte Bedingungen, doch er setzte sich nicht durch. Dann sprach man über die Minister. Stammberger, Starke, Scheel, Lenz und Mischnick wurden vorgeschlagen. Nur Starke hatte einen Gegenkandidaten, Dahlgrün, der aber unterlag.

Am Freitag abend teilte mir Ehrlich (*DPA*) mit, daß der bisher geheimgehaltene Koalitionsvertrag bereits über den „Ticker" laufe, von *UPI* verbreitet und am Samstag in der *FAZ* abgedruckt werde. Mende gab mir den Auftrag, diese Vertragsfassung als bereits überholt herunterzuspielen. Die Presse ist noch immer schlimm, selbst FDP-freundliche Zeitungen machten uns in den letzten Tagen die Hölle heiß[28].

Mittwoch, den 8. November 1961

Habemus Opapam – auf diese kurze, einprägsame Formel brachte Augstein die politische Essenz der Wiederwahl Adenauers zum Bundeskanzler[29]. 51 Tage nach der Bundestagswahl und fünf Wochen nach Beginn der Koalitionsverhandlungen wurde gestern abend das Startzeichen für das neue Kabinett Adenauer gegeben. Als Gerstenmaier um 18.05, eine Stunde nach Beginn des Wahlaktes, das Ergebnis bekanntgab (258 Ja, 206 Nein und 26 Enthaltungen) und Adenauer erklärte, er nehme die Wahl an, applaudierten nur die Abgeordneten der CDU/CSU und einige unserer Fraktionsmitglieder. Von Begeisterung war indessen weit und breit nichts zu spüren. Dazu war allerdings auch kein Anlaß.

In den letzten Tagen vor der Wahl hatte es noch einiges Hin und Her über die Ministerposten gegeben, vor allem, weil Erhard sich mit ungewohnter Tatkraft dafür ins Zeug legte, uns Freie Demokraten vom Entwicklungsministerium wieder abzubringen[30]. Er drohte zeitweilig sogar

[28] Anspielung auf einen Leitartikel von Conrad Ahlers („Ist Bonn Weimar?") in der *Frankurter Rundschau* vom 4.11.1961.

[29] *Der Spiegel* vom 8.11.1961. Der Artikel erschien unter Augsteins Pseudonym Jens Daniel. Dieser Artikel enthielt übrigens den prophetischen Satz, daß Erich Mende eines Tages Mitglied der CDU sein werde.

[30] Nach Schollwers Notizen teilte Mende der Fraktion am 7.11.1961 mit, Erhard habe als Ersatz für das von ihm abgelehnte Entwicklungsministerium das Bundes-

mit seinem Rücktritt. Doch Adenauer, Strauß und Krone unterstützten unser Petitum, so blieb Erhard auf seinen Alternativangeboten schmollend sitzen. Offen ist bisher noch die Besetzung des Innenministeriums, auf das offenbar die CDU/CSU selbst reflektiert. Auch muß noch über die Staatssekretäre, Parlamentarischen Staatssekretäre und höheren Verwaltungsbeamten verhandelt werden.

Ich habe inzwischen auf Wunsch Flachs eine chronologische Darstellung der Ereignisse gefertigt, die zur Bildung der Koalition mit den Unionsparteien geführt haben. Dieses Papier beweist m. E., daß die Schuld für die Irrungen und Wirrungen der vergangenen Wochen keineswegs einseitig bei der FDP liegt. Christdemokraten und Sozialdemokraten sind daran in beachtlichem Maße beteiligt. Nur an uns, den kleinsten, bleibt die Geschichte eben hängen.

Mittwoch, den 15. November 1961

In Hamburg bekam Mende am vergangenen Wochenende einen Vorgeschmack dessen, was sich in der Bevölkerung an Unmut über die FDP in den letzten Wochen angestaut hat. Mende, der durch Buh-Rufe der Versammlungsteilnehmer in der Ernst-Merck-Halle sichtlich irritiert gewesen sein soll, erging sich nach Presseberichten gegenüber seinen Kritikern in einem Maße in verbalen Aggressionen, wie man es selbst bei diesem leicht verletzbaren Mann bisher nicht erlebte. M., seit der Bundestagswahl um Jahre gealtert, ähnelt immer mehr einem schwer angeschlagenen Boxer im Ring: er sucht den „Infight" und schlägt, so oft er kann, unter die Gürtellinie, um sich Luft zu verschaffen.

Am Tage zuvor konnte ich selbst einen ersten Eindruck über die Stimmung bei den Parteifreunden an der Basis gewinnen. Auf einer Mitgliederversammlung in Hachenburg (Westerwald) versuchte ich am Freitag abend anhand meiner Dokumentation Argumente für ihre Diskussionen über die Irr- und Abwege der Regierungsbildung zu liefern. Die hörten mich stumm und geduldig an, gingen dann aber in der Diskussion auf die vorgetragenen Fakten kaum ein. Dafür konfrontierten sie mich mit ihren persönlichen Problemen: der Tatsache, daß man sich am besten gar nicht mehr als Freier Demokrat in der Öffentlichkeit zu erkennen gebe, wenn man nicht beschimpft oder verhöhnt werden wolle. Ganz so schlimm hatte ich mir die Situation draußen im Lande nicht vorgestellt. Hier helfen offenbar keine Argumente, sondern nur noch gute Arbeit in der Regierung. Das aber setzt zumindest ein faires Verhalten unseres Koalitionspartners voraus, dessen Bereitschaft auch, die eigene Politik weiterzuentwickeln.

Fortsetzung Fußnote von Seite 28

ratsministerium oder ein neu zu schaffendes Ministerium für den zivilen Bevölkerungsschutz oder für wissenschaftliche Forschung angeboten.

Das Adenauer-Interview in der Panorama-Sendung am Montag stimmte mich da nicht sehr hoffnungsfroh[31]. Auch gab es inzwischen Ärger über die Berufung Krones ins Bundeskabinett, womit sich dort das Kräfteverhältnis weiterhin zugunsten der Union verschoben hat.

Sonntag, den 19. November 1961

Drei Tage Westberlin: zum ersten Male seit dem 13. August in der alten Reichshauptstadt. Am Freitag abend referierten Marx und ich im Studentenhaus am Steinplatz vor den Berliner LDP-Flüchtlingen. Auch hier Skepsis gegenüber der gegenwärtigen Linie unserer Parteiführung. Am Samstag Besichtigung der „Mauer", ein erschreckendes, deprimierendes Bauwerk politischer Psychopathen. Nahe dem „Checkpoint Charly" noch immer amerikanische Panzer, offenbar in Bereitschaft, erneute Übergriffe der Vopos abzuwehren. Von der Kochstraße her ein Blick auf das Verlagsgebäude des Ost-CDU-Zentralorgans *Neue Zeit* – wie sich so die Kommunisten eine neue Zeit vorstellen, mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl[32]!

Mein fdk-Artikel zur Kanzlerwahl hat das Mißfallen des sozialdemokratischen *Vorwärts* gefunden. In dem dazu erschienenen Leitartikel spricht aus jeder Zeile die Enttäuschung darüber, daß es zu der Allparteienregierung mit SPD-Beteiligung nicht gekommen ist. Das Parteiblatt sieht eine „zielbewußte Konsequenz" der Koalitionsparteien bei der „Ausschaltung der Sozialdemokratie". Das gilt jedoch m.E. nur für Mende und Adenauer, kaum für die übrige Prominenz der Koalitionsparteien.

Doch die Öffentlichkeit beschäftigt gegenwärtig vor allem der „Fall Kroll". Dessen letztes Gespräch mit Chruschtschow soll in der Bundesregierung zu Erwägungen darüber geführt haben, ob der Botschafter nicht von seinem Moskauer Posten abberufen werden müsse. Daß Kroll bei seiner Begegnung mit Ch. eigene Vorstellungen unterbreitete, ist doch wohl vor allem der Bundesregierung anzulasten, die bislang noch keinen ver-

[31] In seinem Interview mit Rüdiger Proske und Gerhard von Paczensky in der Magazin-Sendung *Das Panorama* des Deutschen Fernsehens am 12.11.1961 versicherte Adenauer: „Diese Koalition wird dieselbe Außenpolitik treiben, die bisher getrieben worden ist". Auf eine Frage Proskes, ob Adenauer sich zu dem Brief an Krone bezüglich seiner Amtszeit äußern wolle, erwiderte der Kanzler: „Mir ist davon nichts bekannt".

[32] Der Streit über das Recht der Volkspolizei, Alliierte, die in Zivil die Berliner Sektorengrenze überschritten, zu kontrollieren, begann am 22.10.1961 am Übergang Friedrichstraße und dauerte bis zum 28. Oktober. Am 25.10. wurden die amerikanischen Truppen in Berlin sechs Stunden lang in Kampfbereitschaft versetzt, amerikanische Patrouillen drangen wiederholt auf Ostberliner Gebiet vor, um das Recht der amerikanischen Besatzungstruppen auf freie Bewegung in ganz Berlin unter Beweis zu stellen. Am gleichen Tage rückten zehn amerikanische M-48-Panzer und britische Panzer an die Sektorengrenze vor.

nünftigen Beitrag zur gegenwärtigen Berlin-Diskussion geliefert hat[33]. Erstaunlich ist nur, daß sich Adenauer am vergangenen Donnerstag vor seinen Botschafter gestellt hat. So kamen also die Schüsse gegen Kroll nicht aus dem Kanzleramt, sondern von der Unionsfraktion oder aus dem AA?

Mittwoch. den 22. November 1961

Am Montag, auf einem Informationsabend für die Presse in der Parlamentarischen Gesellschaft, hielt Mende es für angebracht, den Bonner Journalisten zu versichern, es sei nicht so entscheidend, wieviele Stimmen CDU/CSU oder Freie Demokraten bei den Bundestagswahlen 1965 bekämen. Wichtig sei, daß sie zusammen eine ausreichende Mehrheit erhielten, um die SPD auch weiterhin von der Macht fernzuhalten. Als unsere Gäste gegen Mitternacht verschwunden waren, äußerte Flach gegenüber Mende offen seine Bedenken gegen diese Formulierungen. Ob das M. sehr beeindruckt hat, weiß ich nicht.

Zuvor hatten die Landesgeschäftsführer im Bonner Talweg harte Kritik geübt an mangelnden Führungsqualitäten Mendes und am „völligen Versagen" der Partei bei der Besetzung des Unterbaus der von der FDP verwalteten Ressorts. Rieger gab eine drastische Schilderung der Zustände an der Basis: Partei total „ausgelaugt", Versammlungen „miserabel schlecht besucht", eine Anzahl von Gemeindevertretern davongelaufen, einige unter Mitnahme ihres Mandats. Die Partei sei keineswegs in Ordnung, wenn auch inzwischen eine gewisse Beruhigung eingetreten sei.

Mittwoch, den 29. November 1961

Der Auftakt des neuen Kabinetts war wenig beeindruckend. An Stelle Adenauers, der mit einer Grippe zu Bett liegt, trug Erhard heute nachmittag die Regierungserklärung vor. Das war ein ziemlich farbloses Regierungsprogramm, das durch des Vizekanzlers monotones Ablesen noch inhaltsärmer wirkte als es ohnehin war. Die SPD spendete wiederholt ironischen Beifall, besonders für jene Punkte der Erklärung, die auch im sozialdemokratischen Regierungsprogramm enthalten sind. Zwischenrufe, wiederholte Unruhe und Gelächter auf der linken Seite des Hauses kennzeichneten wohl auch die Enttäuschung der Sozialdemokraten, erneut auf die Oppositionsbänke verwiesen worden zu sein. Nur einmal rang sich der

[33] Entgegen der wiederholten, ausdrücklichen Bonner Weisung, zur Zeit kein Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten zu suchen, hatte Kroll Nikita Chruschtschow beim Empfang zum 44. Jahrestag der Oktoberrevolution dringend um eine offizielle Unterredung gebeten. Zwei Tage später entwickelte Kroll im Kreml eigene, originelle Vorstellungen eines Ost-West-Arrangements, die in den Tagen darauf als angeblicher Chruschtschow-Plan, später als Kroll-Plan in verschiedenen Versionen beträchtliches internationales Aufsehen erregten (Arnulf Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! H. v. Brentano im Briefwechsel mit K. Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 378).

Redner einen spröden Witz ab, als die Opposition bei Erhards Ausführungen zur Frage der Bodenpreise besonders enthusiastisch applaudierte. Erhard: „Das verspricht ja eine gute Zusammenarbeit." Ich möchte das bezweifeln.

Letzte Woche traf ich mit Schtscherbakow zusammen. Ich fragte ihn nach dem Kroll-Chruschtschow-Gespräch, doch dazu wollte sich der sowjetische Diplomat nicht äußern. Er habe noch keinen ausführlichen Bericht über diese Begegnung erhalten. Im übrigen hoffe er jedoch, daß sich die Vier Mächte auf eine Formel einigten, die für jede Seite, auch die Bundesrepublik, zumutbar sei. Schtscherbakow deutete in diesem Zusammenhang vier Verhandlungspunkte an:

1. Keine Veränderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin;
2. Eine Vereinbarung über die Verbindungswege zwischen Berlin und dem Westen;
3. Keine Änderung des politischen Systems in Westberlin;
4. Bonn darf keine Administration mehr in Berlin unterhalten, Westberlin erhält eine eigene Verfassung.

Samstag, den 2. Dezember 1961

In den letzten beiden Tagen zwei Rundfunkaufnahmen[34]. Es ging beide Male nicht sehr kontrovers zu, speziell nicht bei der Runde mit Erler, es war eher ein Schattenboxen. Ich wiederholte „meine Theorie" der bedingten Rechtfertigung zunächst auf die Berlin-Frage beschränkter Ost-West-Verhandlungen, der Erler zustimmte. Martin versuchte – nicht ungeschickt – den offensichtlichen Kurswechsel der Union nach Adenauers Washingtoner Gesprächen in dieser Frage zu begründen[35]. Ob die Zuhörer allerdings aus dieser Diskussion klug geworden sind, steht zu bezweifeln.

Zum Thema Berlin hat sich Kennedy dieser Tage in bemerkenswerter Weise gegenüber Adschubej geäußert[36]. K.s Program für Berlin nimmt

[34] Am 30.11. im Bonner Studio des NDR mit Ernst Majonica (CDU) und Franz Barsig (SPD). Thema: Fraktionsgespräch zur Deutschlandfrage und zum Berlin-Problem. – Am 1.12. im Bonner Studio des Südwestfunks mit Fritz Erler (SPD) und Berthold Martin (CDU). Thema: Die außenpolitische Lage der Bundesrepublik.

[35] Adenauer und Kennedy hatten nach bilateralen Gesprächen am 22.11.1961 ein Kommunique veröffentlicht, in dem es hieß, daß eine friedliche Lösung der Berlin-Krise durch Verhandlungen erreicht werden solle, sofern die UdSSR eine „vernünftige Haltung" zeige. Außenminister Schröder hatte ergänzend dazu mitgeteilt, daß die Ablehnung eines neuen Berlin-Abkommens kein Hindernis für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion sei (ADG 1961, S. 9500).

[36] Den vollen Wortlaut des Interviews des amerikanischen Präsidenten vom 25.11.1961 mit dem Chefredakteur des sowjetischen Regierungsblattes *Iswestija* und Chruschtschow-Schwiegersohn, Alexej Adschubej, veröffentlichte die *Welt* am 2.12.1961 („Deutschland – das zentrale Problem"). Danach erklärte Kennedy zur Berlin-Frage u.a.: „Alles, was wir wünschen, ist, eine sehr begrenzte Zahl von Sol-

sich bescheiden aus, insbesondere, wenn Chruschtschow nicht bereit sein sollte (und er ist es wohl auch nicht), mit dem Westen über Berlin hinaus nach einem vernünftigen Arrangement für Gesamtdeutschland zu suchen. Die Sorgen um Deutschlands ehemalige Hauptstadt nehmen kein Ende.

Dienstag, den 5. Dezember 1961

Die Fraktion hat heute – von unwesentlichen Änderungen abgesehen – meinen Entwurf für Mendes morgige Bundestagsrede (außenpolitischer Teil) gebilligt. Selbst Achenbach lobte überraschend das Papier. Habe ich da etwas falsch gemacht? – Wir tagten heute erstmals (zehn Stunden lang!) im neuen Fraktionssaal, was, wie man sieht, die Beratungen auch nicht beschleunigt.

Donnerstag, den 7. Dezember 1961

Die Debatte verlief sachlich. Mende trug seine Rede in der Mittagsstunde vor, wie immer mit etwas zu starken Betonungen, im außenpolitischen Teil vom Beifall der Regierungsparteien begleitet, beim innenpolitischen durch wiederholte Zwischenrufe der SPD gestört. Doch damit kann man bekanntermaßen unseren Vorsitzenden nur aus dem Konzept bringen, wenn die Zwischenrufer ausgesprochen persönlich werden[37]. M. war übrigens von der Resonanz seiner Rede sehr angetan. Besonders der außenpolitische Teil wurde in der heutigen Presse viel und ausführlich zitiert. Dabei stellte man speziell die Berlin-Passagen heraus und auch eine „bemerkenswerte Betonung der Bereitschaft zu europäischen Sicherheitslösungen".

Sonntag, den 10. Dezember 1961

Personelle und organisatorische Fragen beherrschten vorgestern die letzte Bundesvorstandssitzung. Wie Mende berichtete, sind wir bislang mit unseren Staatssekretärskandidaten noch immer nicht zu Pott gekommen. Die Unionsminister scheinen alle Hebel in Bewegung zu setzen, um „FDP-Aufpasser" von ihren Ressorts fernzuhalten[38]..Einen Bundesparteitag in Berlin wird es 1962 nicht geben. Nur Hoppe sprach sich für ein solches

Fortsetzung Fußnote von Seite 32

daten der drei Mächte in Westberlin zu unterhalten – und sie ist sehr begrenzt – und zum Beispiel eine internationale Verwaltung der Autobahn zu haben."

[37] Auf der 6. Sitzung des Deutschen Bundestages fand am 6.12.1961 die Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung vom 29.11. statt. An der Debatte beteiligten sich 10 Abgeordnete (darunter 3 der FDP). Der Bundeskanzler schwieg während der elfstündigen Aussprache.

[38] Nach Auffassung Genschers „bestand immer Klarheit, daß wir fünf Staatssekretäre bekommen" (*Der Spiegel* Nr. 53 vom 27.12.1961). Aus diesem Grunde nominierte die FDP Bucher, Effertz, Sonnenhol, Klaus Dehler und Kienbaum für diesen Posten.

Unternehmen ohne Einschränkungen aus, Lüders und Mende sind dagegen[39]. Ihre Argumente überzeugten. Rubin vertrat eine abwartende Position und behauptete, in Berlin sei die Stimmung für die FDP „ins Rutschen" geraten, weil durch Presseberichte „eine aufgeweichte Haltung der FDP in der Berlin-Frage" zu erkennen sei. Als Ersatz für den nicht stattfindenden Berliner Parteitag ist eine gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion in Westberlin für Februar kommenden Jahres vorgesehen, der Bundesparteitag wird in Düsseldorf sein.

Noch zu den Personalien: M. teilte dem Vorstand mit, daß Flach demnächst aus seinem Amte ausscheiden werde, um den Posten des stellvertretenden Bundespressechefs zu übernehmen. Gentner werde vorläufig die Geschäfte weiterführen.

Donnerstag, den 14. Dezember 1961

Gestern, bei einem Forumgespräch in Herchen, gab es heftige Diskussionen zwischen den Parteienvertretern über Regierungsbildung und Rentenprobleme. Rommerskirchen und vor allem ich hatten einen schweren Stand, uns der vehementen Attacken des Bundestagsneulings und schwäbischen Studienrats Erhard Eppler zu erwehren. Doch die zwielichtige Rolle der SPD während der Koalitionsbildung und die mitgeführte Chronik gaben genügend Stoff für Gegenangriffe. Nur hatte ich den Eindruck, daß das Publikum dem FDP-Sprecher wenig Glauben schenkte.

Am Mittwoch, während der nachmittäglichen Fraktionssitzung, lieferte Mende noch einen interessanten Beitrag zur Geschichte der jüngsten Regierungsbildung: Am Abend des 26. Oktober (an diesem Tag war die Kanzlerwahl auf unbestimmte Zeit verschoben worden) habe Erhard ihm (Mende) gegenüber erklärt, er werde morgen Lübke darüber informieren, daß er nun doch für das Amt des Bundeskanzlers kandidieren wolle. Am nächsten Tag habe Erhard seinen Entschluß wieder umgestoßen mit der Begründung, daß er aus Loyalitätsgründen nicht gegen Adenauer „aufstehen" könne. Inzwischen scheint E. seinen Frieden mit Adenauer so weit zu treiben, daß er die schlägt, die ihn auf den Kanzlerstuhl hieven wollten. Denn das jüngste Auftreten des Bundeswirtschaftsministers war, wie Effertz zu Recht vor der Fraktion feststellte, „eine einzige Spitze gegen die FDP"[40].

Montag, den 18. Dezember 1961

Wenige Tage vor dem Herbstende brach der Winter aus. Klares, sonniges Frostwetter auch in Bonn. Das belebt den Geist und beflügelte samstags meine Arbeit an der neuesten Mende-Rede. Da fiel mir einiges zum

[39] Frau Lüders wandte sich gegen einen FDP-Parteitag in Berlin u. a. mit dem Argument, daß dieser vom Osten „generell als eine Demonstration" gewertet würde.
[40] Vgl. *Der Spiegel* Nr. 52 vom 20. 12. 1961: „Erhard – Scharfe Optik".

Thema „Probleme in Ost und West" ein, was M. hoffentlich am 6. verwenden wird[41].

Freitag, den 29. Dezember 1961

Das alte Jahr tut bald seinen letzten Schnaufer. Ich weine ihm keine Träne nach. Es war überwiegend mies, brachte mehr Böses als Gutes, politisch und zum Teil freilich auch persönlich. Mit Moersch komme ich gut zurecht, mit Mende sind die Beziehungen wechselhaft (gegenwärtig bin ich wegen meines Entwurfs für seine Bundestagsrede persona gratissima, doch morgen kann's schon wieder ganz anders sein).

Gespannt schauen wir Liberalen den kommenden Landtagswahlen entgegen. Wie werden unsere Wähler vom 17. September dann votieren? Auch in Mendes Weihnachtsrundschreiben klingen hier vorsichtig Zweifel an.

Und wie wird es mit Berlin weitergehen? Wehners Weihnachtsspruch „Die Mauer überwinden" ist gut und schön – aber was tun?

Samstag, den 6. Januar 1962

Das neue Jahr beginnt mit einer deutsch-amerikanischen Verstimmung. Streitobjekt ist Botschafter Kroll, dem unzulässiges Eingreifen in die Thompson-Gromyko-Gespräche vorgeworfen wird[42]. Wie weit in diese Intrige auch persönliche Gegner Krolls im Auswärtigen Amt verwickelt sind, ist zur Stunde undurchsichtig. Die Verteidigung der Tätigkeit des Botschafters durch die fdk dürfte einige westliche Kommentatoren zu erneuten Attacken gegen die FDP animieren. Ein von mir zu Beginn der Woche zusammengestellter Spiegel der Auslandspresse ist für unsere Partei noch immer bedrückend negativ. Am schlimmsten ist Lawson vom *Daily Express.* Was der so über uns schreibt, ist mit Verleumdung noch höchst unzureichend gekennzeichnet[43].

[41] Auf der Schlußkundgebung der 10. Tagung der Deutschen Burschenschaft setzte sich Mende kritisch mit der westlichen Berlin-Politik auseinander und gab eine vergleichsweise differenzierte Darstellung der sowjetischen Außenpolitik.

[42] Am 2.1.1962 hatten in Moskau zwischen US-Botschafter Llewellyn Thompson und dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko Sondierungsgespräche über Berlin begonnen. Sechs Tage zuvor, am 27.12.1961, hatte sich Botschafter Kroll auf sowjetischen Wunsch ins Außenministerium der UdSSR zu einer Besprechung mit höheren sowjetischen Beamten begeben. Bei dieser Gelegenheit war dem Botschafter eine Denkschrift zur Deutschland- und Berlin-Frage übergeben worden. Westliche Presseorgane hatten daraufhin gegen Kroll den Vorwurf erhoben, er habe unzulässigerweise in die von den USA geführten Berlin-Gespräche eingegriffen. Diesen Vorwurf wies die Bundesregierung am 4.1.1962 zurück.

[43] Der damalige Bonner Korrespondent des *Daily Express,* Colin Lawson, hatte am 3.1.1962 in seiner Zeitung Erich Mende unterstellt, er wolle „mit den Mitteln der Geheimdiplomatie einen Pakt mit der Sowjetunion eingehen". Außerdem sei der FDP-Vorsitzende „für eine Konförderation mit Pankow" und werde über kurz

Dienstag, den 9. Januar 1962

Bei einem Mittagessen mit Sweet und Mouser bekamen Flach und ich heute deutlich das Mißtrauen der Amerikaner über Krolls Moskauer Aktivitäten zu spüren, das durch das heute veröffentlichte Sowjetmemorandum nur noch verstärkt zu sein scheint. Wir hatten den Eindruck, daß inzwischen auch unsere amerikanischen Gesprächspartner vom Rapallo-Komplex befallen sind. Aber auch die Franzosen haben „Bauchschmerzen": ihre Sorge gilt jedoch im Augenblick mehr der EWG-Politik der FDP, wie Monsieur Jacques mir gegenüber gestern durchblicken ließ[44].

Donnerstag, den 11. Januar 1962

Vergeblich bemühte ich mich heute, Schtscherbakow zur Erläuterung des jüngsten Sowjetmemorandums zu veranlassen. Besonders darüber, wie die dort zum Ausdruck kommende Doppelzüngigkeit sowjetischer Deutschlandpolitik zu verstehen sei. Unser Gesprächsklima war heute ausgesprochen frostig. Offenbar ärgern sich die Sowjets über die sehr negative Reaktion des Westens einschließlich Bonns auf das jüngste propagandistische Machwerk aus Moskau. Aber haben sie wirklich etwas anderes erwarten können?

Samstag, den 13. Januar 1962

Flach geht nun doch nicht ins BPA. Wie Mende gestern nachmittag auf einer Landesgeschäftsführertagung im Bonner Talweg mitteilte, könne in Bonn niemand Ministerialrat werden, bevor er 35 Jahre zähle. Darum hätte Flach auf einen Regierungsposten verzichtet[45]. Nun müsse man also nach einem anderen „dritten Mann" im Bundespresseamt Ausschau halten. Mende kritisierte scharf Weirauchs Initiative, mit der Druck auf die Parteiführung ausgeübt werden sollte. Es sei „schrecklich", daß 46 FDP-Beamte in Bonn zusammengekommen seien und man danach alles in PPP

Fortsetzung Fußnote von Seite 35

oder lang auf Verhandlungen darüber dringen, daß die Sowjets Ostdeutschland verlassen und die Bundesrepublik aus der NATO ausscheidet.

[44] Im Zusammenhang mit den Verhandlungen des EWG-Ministerrats über den Übergang zur zweiten Stufe des Gemeinsamen Marktes hatte sich die FDP entschieden gegen das französische Verlangen ausgesprochen, diesen Schritt davon abhängig zu machen, daß zuvor die künftige gemeinsame Marktpolitik für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse endgültig festgelegt werden müsse. Die Freien Demokraten waren der Meinung, diese Forderung Frankreichs laufe praktisch auf eine Vertragsänderung hinaus.

[45] Vgl. die Darstellung des gleichen Vorganges bei Erich Mende. Die FDP. Daten, Fakten, Hintergründe, Stuttgart 1972, S. 182.

und im *Spiegel* habe nachlesen können[46]. W. habe sich damit keinen Gefallen getan.

Brentano, so berichtete M. weiter, habe am Freitag in der Sache Ausschußvorsitz Mende (Außenpolitischer Ausschuß) einen Brief an den FDP-Vorsitzenden geschrieben und darin über ein Gespräch mit Ollenhauer berichtet. Für O. sei der Anspruch der SPD auf diesen Ausschuß eine Grundsatzfrage und darum keine Änderung in der Haltung seiner Fraktion möglich. Die FDP wolle sich gegebenenfalls mit dem wirtschaftspolitischen Ausschuß zufriedengeben, meinte M.

Relativ optimistisch äußerte sich M. zur Deutschland- und Berlin-Frage. Zwar sei man bei den Thompson-Gromyko-Gesprächen noch nicht viel weitergekommen, doch habe die Sowjetunion in ihrem jüngsten Memorandum erstmals politische Verbindungen zwischen Bonn und Westberlin konzediert[47]. Im Rahmen der Berlin-Verhandlungen seien Bemühungen, „Ulbricht loszuwerden", bereits im Gange; es deute vieles daraufhin, daß Ulbricht verschwinde. Dagegen liefen die EWG-Verhandlungen in Paris schlecht. Die Franzosen verlangten weitgehende Konzessionen. Wenn Starke nicht am 27. Dezember im Kabinett entsprechende Beschlüsse durchgesetzt hätte, wären die Verhandlungen in Brüssel bisher nicht im Sinne der deutschen Landwirtschaft verlaufen. Die FDP sei nicht bereit, am EWG-Vertrag etwas zu Ungunsten der deutschen Landwirtschaft zu ändern. Doch die Tage de Gaulles seien so oder so gezählt. Man rechne mit einem Putsch. Darum müsse eine engere Zusammenarbeit zwischen England und Deutschland vereinbart werden.

Donnerstag, den 18. Januar 1962, Igls/Tirol

Seit drei Tagen zum Winterurlaub in Tirol: wolkenloser Himmel, leichter Frost und wenig Schnee. Aus Bonn gute – und noch mehr schlechte Nachrichten. Eine Brandkatastrophe in Nürnberg, das Scheitern unserer Bemü-

[46] Nach einem Bericht des *Spiegel* Nr. 53 vom 27.12.1961 hatten sich in der Adventszeit im Bahnhofshotel Müller in Bonn „vier Dutzend Herren und eine Dame aus der bundeshauptstädtischen Ministerialbürokratie versammelt, sämtlich Mitglieder der Freien Demokratischen Partei Erich Mendes". Die FDP-Kreisvorstände Bonn-Stadt und Bonn-Land hätten dieses Treffen arrangiert, „um dem Unmut ihrer staatsbediensteten Parteibuchträger ein Ventil zu öffnen". Der Initiator dieses Treffens, Ministerialdirigent Lothar Weirauch, hatte lt. *Spiegel* bei dieser Gelegenheit gefordert, bei den Stellenbesetzungen „müssen FDP-Mitglieder so stark berücksichtigt werden, daß in den Bonner Ministerien die Gleichwertigkeit mit den Beamten der CDU erreicht wird".

[47] Das Sowjetmemorandum vom 27.12.1961 enthielt zum Berlin-Problem folgende Passage: „Wir haben nichts gegen regste Verbindungen der Bundesrepublik Deutschland mit West-Berlin auf wirtschaftlichem, *politischem* und kulturellem Gebiet. Diese Verbindungen aber müssen auf entsprechender rechtlicher Grundlage aufgebaut werden, unter Respektierung der Souveränität und der Rechte anderer Staaten, unabhängig von dem Charakter der Beziehungen, die sich bei der Bundesrepublik zu ihnen herausgebildet haben."

hungen um den Vorsitz im Außenpolitischen Ausschuß und die Resignation Klaus Dehlers in der Staatssekretärsfrage gehören zur zweiten Kategorie, die Einigung der EWG-Staaten auf eine gemeinsame Agrarpolitik, aber auch Schneiders Rücktritt vom Amt des Landesvorsitzenden zur ersten[48].

Sonntag, den 28. Januar 1962, Igls/Tirol

Heute fuhren wir zusamen mit einem jungen französischen Ehepaar im Mietwagen nach Brixen. Bei der Rückfahrt Kaffeepause in Sterzing. Dort kam es zu einem peinlichen Zwischenfall. Ein offensichtlich betrunkener Südtiroler setzte sich an unseren Tisch und schilderte lautstart und in seinem schwer verständlichen Dialekt die Drangsalierungen, denen seine Leute durch die Italiener ausgesetzt seien. Am Schluß trug mir der Mann auch noch eine ebenso unverständliche Botschaft an Adenauer auf (!). Dieser Ausbruch reflektiert wohl die gegenwärtig auf hoher Ebene zwischen Wien und Rom laufende heftige Auseinandersetzung um makabre Zustände in Südtiroler Gefängnissen[49].

Die Presse berichtet über einen Vorschlag Mendes, Bonn solle diplomatische Gespräche mit Moskau führen. Warum eigentlich nicht? Doch die Bundesregierung scheint da anderer Meinung zu sein, wie einer Sprechererklärung zu entnehmen ist. Aus Bonn also immer noch nichts wirklich Neues ...

Montag, den 5. Februar 1962

Gestern am späten Abend nach Bonn zurückgekehrt. Die Bundeshauptstadt hat ein neues Thema: nach Mende und seiner ostpolitischen Initiative jetzt F. J. Strauß und dessen „Fibag"-Geschäfte. Ein dicker Hund, wenn das stimmt, was der *Spiegel* berichtet[50].

Erste deutschlandpolitische Studie. Fibag-Affäre

Dienstag, den 13. Februar 1962

Seit gestern wieder im Dienst. Im Bonner Talweg gibt's zur Zeit nur kleine Besetzung. Viele meiner Kollegen sind in Berlin zur bereits im Dezember verabredeten gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion. In den Nachrichten wird von einer neuen Forderung der Freien Demokraten

[48] Am 15.1. hatte Heinrich Schneider sein Amt als Vorsitzender der Demokratischen Partei Saar niedergelegt.

[49] In Bozener Gefängnissen waren auf ungeklärte Weise zwei Südtiroler gestorben. Zusammen mit Vorwürfen gegenüber italienischen Soldaten, Südtiroler zu foltern, hatte dies zu Verstimmungen zwischen Rom und Wien geführt (vgl. ADG 1962, S. 9649 ff.).

[50] Vgl. *Der Spiegel* Nr. 5 vom 31.1.1962.

nach Friedensverhandlungen gesprochen. Brentano hat dieses Ansinnen bereits barsch zurückgewiesen. Der Koalitionsvertrag scheint seine Tücken zu haben[1]!

Montag, den 19. Februar 1962

Mindestens 250 Todesopfer hat die Flutkatastrophe in Hamburg bisher gefordert, 40000 Menschen sind obdachlos. Wie in Völklingen wird nun auch in Hamburg sofort nach den „Schuldigen" gesucht. Der Ruf nach einem wirksamen Katastrophenschutz wird laut. Mende hat am Wochenende auf einer FDP-Kundgebung in Mönchengladbach behauptet, in der Bundesrepublik seien die primitivsten Voraussetzungen für die Abwehr von Katastrophenfällen nicht gegeben. Die Antwort der Verantwortlichen wird wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Ungeachtet der einstweiligen Verfügung hat Augstein heute in seinem Magazin die Enthüllungen über Strauß und die Fibag-Affäre fortgesetzt – diesmal sogar als Titelgeschichte. Was der *Spiegel* da auf 16 Seiten an Dokumenten anbietet, ist beeindruckend. Nach diesem Schuß wird es Strauß schwerfallen, weiterhin den gänzlich Unschuldigen zu spielen[2].

Die FDP erhielt inzwischen unerwartete Schützenhilfe aus Großbritannien. Am 13. Februar hatte – Rundfunkmeldungen zufolge – der britische Außenminister Lord Home unserem Botschafter mitgeteilt, seine Regierung habe nichts gegen deutsch-sowjetische Kontakte einzuwenden[3]. Na also!

In unserer neuesten Zusammenstellung über das Echo der FDP-Politik in der Auslandspresse spiegelt sich deutlich die Unsicherheit der mit uns verbündeten sowie der neutralen Länder hinsichtlich der weiteren Behandlung der deutschen Frage wieder. Die östliche Reaktion zeichnet sich nach wie vor durch die bekannte Schwarz-Weiß-Malerei aus. Erst Sondierungen auf diplomatischer Ebene werden zeigen, ob vorsichtige Zustimmung Moskaus zu unserem jüngsten Schritt in der Deutschlandfrage mehr ist als der Versuch, das im westlichen Ausland noch immer vorhandene Mißtrauen gegenüber solchen Aktivitäten wachzuhalten – oder noch zu steigern.

Donnerstag, den 22. Februar 1962

Nun hat – Presseberichten zufolge – auch Kennedy gestern Botschafter Grewe mitgeteilt, daß die USA deutsch-sowjetischen Gesprächen grünes Licht geben werden. Damit sollten die von der Bundesregierung geäußer-

[1] Am 13.2. hatte der in Berlin tagende Bundesvorstand eine Presseerklärung herausgegeben, deren entscheidender Satz lautete: „Die Bundesregierung muß versuchen, die Initiative für die Deutschlandpolitik für sich und den Westen zu gewinnen und die Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage durch Friedensverhandlungen für ganz Deutschland anzustreben".

[2] Vgl. *Der Spiegel* Nr. 8 vom 21.2. 1962.

[3] Schollwer bezieht sich hier auf eine Meldung des NDR/WDR-Korrespondenten in London vom 14.12. 1962.

ten Befürchtungen eigentlich aus dem Weg geräumt sein. Auch die Attaken Brentanos, die unser *Tagesdienst* bereits in der vergangenen Woche detailliert zurückwies, erweisen sich als abwegig. Denn unsere Führungsgremien zitierten lediglich den Wortlaut des Koalitionsvertrages sowie die gemeinsame Entschließung des Bundestages vom Oktober 1958. Der *Spiegel* bemerkt dazu in seiner neuesten Ausgabe zutreffend, das einzig Neue an der Berliner Entschließung sei die Feststellung gewesen, es genüge nicht, die Forderung zu stellen: Die Mauer muß weg! Das scheint die Christdemokraten tief getroffen zu haben, was ein bezeichnendes Licht auf ihre Deutschlandpolitik wirft.

Dienstag, den 27. Februar 1962

Ob mein heutiger Versuch, die in Rengsdorf versammelten Parteifreunde zum Nachdenken über unsere Deutschlandpolitik anzuregen, gelungen ist? Die Zuhörer nahmen meine vorsichtigen „Ketzereien" relativ gelassen auf, gingen zumeist auf die von mir gestellten Fragen nicht direkt ein oder machten mir – wie Kaschke – sogar den leisen Vorwurf, daß Flach noch weiter gegangen sei als ich: der habe sogar eine Konföderation gefordert. Nur ein Augsburger Parteifreund bezeichnete einige meiner Formulierungen als „gefährlich oder gar abwegig". – Immerhin bewies die Diskussion, daß man heute schon in der Deutschlandpolitik eingetretene Pfade verlassen kann, ohne damit sofort unter Parteifreunden Proteste auszulösen[4].

Gestern informierte ich Vorstand und Fraktion mit einem neuen Auslands-Pressespiegel über Kommentare zu Mendes Vorschlag für deutsch-sowjetische Verhandlungen. In Großbritannien mehren sich die Stimmen,

[4] Schollwer hatte die Frage gestellt, ob man angesichts der Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung in absehbarer Zeit „nicht wenigstens versuchen sollte, die Situation in der Zone etwas aufzulockern und damit zugleich auch Fakten zu schaffen, die eine weitere Entfremdung der beiden deutschen Teilstaaten verhindern, also Ansatzpunkte zu einer allmählichen Wiedervereinigung zu einem späteren, günstigeren Zeitpunkt schaffen ... Wir kommen heute nicht mehr mit den alten, liebgewordenen Begriffen und Vorstellungen aus ... Wir können nicht länger davon träumen, ein großes Heer, Atomwaffen und mächtige Verbündete zu unserer Sicherheit, einen noch nie dagewesenen Lebensstandard zu unserem Wohlleben und dann noch dazu ein einiges Deutschland von der Maas bis an die Memel unser eigen zu nennen ... Wir werden .. die Frage zu beantworten haben, die heute uns Deutschen gestellt ist: Die Frage nach dem Preis für die Sicherheit und Lebensfähigkeit West-Berlins und die Frage nach dem Preis für die Humanisierung der Lebensverhältnisse von 17 Millionen Landsleuten jenseits der Zonengrenze ... Werden wir .. weiterhin darauf beharren, daß, was auch immer dafür geboten werden mag, eine Anerkennung der Zone als eines selbständigen Staates unmöglich sei – auch wenn sich dafür die Zuchthäuser der „DDR" öffnen, die Menschen in Leipzig, Erfurt und Rostock frei leben, die Verwandten und Freunde aus beiden Teilen Deutschlands sich wieder treffen dürften und – nicht zu vergessen – Berlin mit garantierten Zugangswegen nach dem Westen einer Epoche relativer Sicherheit entgegengehen könnte?"

die sich offen für direkte deutsch-sowjetische Gespräche aussprechen. Doch auch in anderen westlichen Hauptstädten wird die Reaktion allmählich positiver. Da war unsere Bonner Presse und vor allem die Bundesregierung mit ihren Warnungen offenbar wieder einmal etwas voreilig.

Samstag, den 3. März 1962

Wieder Wirbel um Kroll. Abenteuerliche Pressemeldungen über angebliche Deutschlandpläne des Botschafters und heftige, ziemlich undiplomatische Reaktionen des Angegriffenen haben zu einem Eklat geführt, der Kroll nun wohl den Posten in Moskau kosten wird. Jedenfalls hat Adenauer gestern unseren Mann in Moskau nach Bonn zurückgerufen, damit er sich hier verantworten kann. Die Presse hält es heute für höchst unwahrscheinlich, daß K. noch eine Rückfahrkarte in die sowjetische Hauptstadt bekommt. Zumal das Auswärtige Amt mit seinem Spitzenbeamten „fertig" zu sein scheint. Das ganze sieht freilich eher nach einer Bonner Intrige aus, mit der direkte deutsch-sowjetische Kontakte verhindert werden sollen. Dabei haben die Thompson-Gromyko-Gespräche bisher offenbar noch zu keinem Fortschritt geführt[5].

Am Donnerstag, bei einem ausgedehnten Essen mit Monsieur Jacques und einem jüngeren Herrn der britischen Botschaft, trug ich meine jüngsten Überlegungen zur Deutschland- und Ostpolitik vor und fand bei meinen Gesprächspartnern lebhafte Zustimmung.

Freitag, den 9. März 1962

Was unser Public-Relation-Berater heute auf einer Klausurtagung in Hainbuchennest über das gegenwärtige miese Erscheinungsbild der FDP in der deutschen Öffentlichkeit berichtete, hat wohl nicht nur Mende schockiert. Das Sympathiebarometer für die FDP habe noch niemals so tief gestanden wie in diesen Tagen, und Mende sei gegenwärtig der unbeliebteste Politiker (!). Die Wähler seien enttäuscht, man diskutiere nicht mehr mit den Freien Demokraten, „man lächelt und winkt ab". Man nehme in der Wählerschaft „die Dinge nicht mehr ernst". Die FDP sei Mende und Mende die FDP. Darin liege Macht und Gefahr zugleich. Die persönlichen Angriffe gegen Mende hätten das Ziel, den Parteivorsitzenden lächerlich zu machen. Dabei täten sich insbesondere Nannen und der *Spiegel* hervor. Verheerende Wirkungen habe auch das Fernsehen, so z. B. bei der Übertragung des Mainzer Karnevals, als man den „Umfall-Mende" auf die Schippe nahm.

Dieser Analyse entspricht leider auch das Ergebnis der letzten Emnid-Umfrage: lag unsere Partei im Dezember noch bei 11%, so ist sie jetzt auf 7 abgerutscht. Flach, der für diese Klausurtagung und die nächste Anfang

[5] Vgl. ADG 1962, S. 9711.

April ein Positionspapier vorgelegt hatte, plädierte dafür, jeder Drohung mit einer schwarz-roten Koalition durch eine Koalition mit der SPD zuvorzukommen. Es sei falsch, unser Verhältnis zu den Sozialdemokraten sich ständig verschlechtern zu lassen, während die CDU/CSU ihre Kontakte zur SPD dauernd verbessere. Flachs Papier enthält noch weitere, m. E. durchaus beherzigenswerte Feststellungen, insbesondere über das Selbstverständnis der FDP. Es schlägt eine „gründliche Überprüfung und Weiterentwicklung der außenpolitischen Konzeption der FDP", die Präzisierung unseres gesellschaftspolitischen Programms sowie eine Profilierung unserer Kulturpolitik vor. Darüber wird dann auf der nächsten Klausur zu sprechen sein.

Dienstag, den 13. März 1962

Was Dehler gestern abend im Fernsehen bot, war bestürzend. Durch Journalistenfragen offensichtlich gereizt, erging sich unser Parteifreund in wilden Anklagen. Sein Wort vom „dreißigjährigen Krieg Deutschlands gegen die Sowjetunion"[6] schlug inzwischen in der Presse haushohe Wellen. Nicht minder stürmisch ging es heute in der Fraktion zu. Doch Dehler zeigte sich wenig einsichtig. So wird uns der Fall wohl noch weiter beschäftigen.

Beim Mittagessen mit Schtscherbakow stand als Gesprächsthema der andere „Fall" im Mittelpunkt: die Affäre um Kroll. Diese scheint die Sowjets verstimmt zu haben, dennoch war den Bemerkungen des Botschaftssekretärs zu entnehmen, daß zumindest die Botschaft in Bonn der Rückberufung Krolls keine dramatische Bedeutung zumißt. Schtscherbakow zeigte vielmehr offensichtliches Interesse an dem z. Zt. in der deutschen Öffentlichkeit diskutierten Plan, Botschafter Lahr nach Moskau zu schikken. Dieser Mann habe zweifellos einige Erfahrungen auf dem Gebiet der deutsch-sowjetischen Beziehungen[7]. Mein vorsichtiges Sondieren, wieweit bzw. unter welchen Bedingungen Moskau bereit wäre, eine Wiederherstellung der Freizügigkeit zwischen beiden Teilen Deutschlands sowie eine Normalisierung der politischen Verhältnisse auch in der Zone zuzulassen, meinte der Diplomat, das hätte eine Verbesserung der deutsch-sowjeti-

[6] „Unter uns gesagt" am 12.3.1962, 21,35 Uhr. Unter dem Thema „Zwischen Washington und Moskau – Die Politik in Bonn" wurde Thomas Dehler von Moderator Kurt Wessel sowie den Journalisten Conrad Ahlers, Jens Feddersen und Jürgen Reiss befragt. Nachdem Dehlers These, das neue Sowjetmemorandum enthalte die Bereitschaft Moskaus, „Schritt für Schritt ... die deutsche Frage zu behandeln", von den Journalisten bezweifelt worden war, erklärte Dehler, damit zugleich ein Wort des sowjetischen Botschafters Smirnow bestätigend: „Seit dreißig Jahren führt Deutschland den Krieg – heißen und kalten Krieg – gegen Rußland. Das ist doch die Tatsache."

[7] Nachfolger Krolls wurde im Oktober 1962 Horst Groepper.

schen Beziehungen sowie die Anerkennung der Zweiteilung Deutschlands durch Bonn zur Voraussetzung.

Freitag, den 16. März 1962

Hitzig ging es heute im Bundesvorstand bei der Debatte über Dehlers Fernsehauftritt zu. Das stand zwar nicht auf der Tagesordnung, und sogar Mende hatte in seinem Einleitungsbericht darauf verzichtet, diesen Vorfall anzuschneiden. Aber auf Haußmanns Verlangen wurde dann doch des langen und breiten darüber diskutiert. Döring, der sich zunächst von Dehlers Thesen distanzierte, wies auf dessen erfolgte „Klarstellung" in der Presse hin, so daß „die Sache jetzt an sich erledigt" sei. Zumal die CDU auf ihre Forderung nach einem Rücktritt D.s als Bundestagsvizepräsident nicht zurückkommen werde. – Nun aber kam Mende auf das Telegramm Dehlers an Kiesinger zu sprechen und goß damit neues Öl ins Feuer[8]. Mende: „Dieses Telegramm hat eine Härte, die ich in dieser Form für ungehörig halte." Als dann Haußmann auch noch Kiesinger verteidigte und berichtete, Baden-Württemberg habe K. gegenüber das Bedauern des Landesverbandes über Dehlers Attacke ausgesprochen, verlor Dehler seine Selbstbeherrschung. Er überschüttete Haußmann mit Vorwürfen und drohte, bei weiteren „Kränkungen" die Sitzung zu verlassen. Leuze und von Berghes konnten den Erzürnten schließlich zum Bleiben überreden.

Morgen fliegt Mende mit Flach und Genscher in die USA. Er wird dort voraussichtlich auch Gelegenheit haben, mit Kennedy zusammenzutreffen. Da paßt ihm Dehlers außenpolitisch äußerst brisanter Fernsehbeitrag begreiflicherweise überhaupt nicht ins Konzept. Ich habe für Mendes Auftritte in Amerika ein Standard-Referat entworfen, das dazu beitragen soll, das schiefe Bild unserer Partei in den USA wieder etwas gerader zu rücken.

Zu Beginn der Woche brachte der „Rote Dienst" der *DPA* eine interessante Analyse der Moskauer Berlin- und Deutschlandpolitik, die in etwa das bestätigt, was mir auch Schtscherbakow dieser Tage sagte. Die Analyse läßt auch den vom *Observer* im vergangenen Monat veröffentlichten angeblichen Berlin- und Deutschlandplan Moskaus in neuem Licht er-

[8] Nach einem Bericht der *Stuttgarter Nachrichten* vom 19.3.1962 hatte Ministerpräsident Kiesinger am 14.3. vor der Landespressekonferenz die Äußerungen Dehlers im Fernsehen als ein „nationales Unglück" gewertet und hinzugefügt, Dehler habe sich damit selbst disqualifiziert. Dehler wies diese Kritik in einem Telegramm als „ungerechten und unritterlichen Angriff" zurück und betonte, er habe dem Volk und der deutschen freiheitlichen Demokratie ein Leben lang nach Kräften gedient, „auch in einer Zeit, in der Sie sich auf die Seite der Todfeinde der Freiheit und unserer Nation gestellt hatten."

scheinen. Wäre es nicht an der Zeit, diese Signale auf ihre politische Substanz hin einmal gründlich zu prüfen?[9]

Montag, den 19. März 1962

Mende hat am Samstag, kurz vor seinem Abflug in die USA, Dehler noch schnell als Außenseiter der Partei abqualifiziert. Dieser Angriff hat D. wiederum zu der zweifellos unzutreffenden Feststellung veranlaßt, die Fraktion habe seine Fernseh-Auslassungen gebilligt. Schwere Tage für Pressefunktionäre dieser Partei![10]

Angesprochen auf eine mögliche Wiedervereinigung erwiderte Faix in einem Gespräch heute: natürlich seien Fortschritte auf diesem Wege nicht zu erwarten, solange Adenauer und „vielleicht auch Ulbricht" regierten. Der Weg zur Einheit gehe nur über die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands und über die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Bevor ich Faix in meinem Büro empfing, begann ich mit einer schriftlichen Fixierung meiner Gedanken zur Deutschlandpolitik der FDP. Es wird eine umfänglichere Bestandsaufnahme und Analyse mit Optionen. Das Papier soll bis spätestens Ende dieses Monats fertig sein.[11]

[9] „Moskauer Berlin- und Deutschlandpolitik" im „Roten Dienst" der *DPA* vom 12.3.1962, Nr. 255. Darin hieß es u.a.: „Ein Hauptgedanke Chruschtschows in seinem Bestreben nach einem zweiseitigen Gespräch mit der Bundesrepublik ist die Dauerhaftigkeit einer Lösung, die nicht dadurch gegeben erscheint, daß den Deutschen über ihren Kopf hinweg alliierte Lösungen aufgezwungen werden ... Für politische Beobachter in Moskau scheint es auf der Hand zu liegen, daß Möglichkeiten, die sich unter dem Stichwort ‚Annäherung beider Teile Deutschlands' zusammenfassen ließen, von den Sowjets aufgegriffen würden." Dieser vom Moskauer *DPA*-Korrespondenten Igor Witsinos verfaßte und der Bundestagsfraktion sowie den Mitgliedern des Außenpolitischen Arbeitskreises vom Verfasser zugeleitete Bericht gab den letzten Anstoß für die erste Deutschlandstudie vom März 1962.

Am 25.2.1962 veröffentlichte die britische Zeitung *Observer* einen angeblichen Berlin- und Deutschlandplan Moskaus, in dem für eine Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands durch Bonn u.a. die Abberufung Ulbrichts, eine Liberalisierung des politischen Systems in der DDR sowie die teilweise Wiederherstellung der Freizügigkeit in Deutschland und Berlin angeboten wurde.

[10] Mende erklärte am 17.3. auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt, Dehler sei nach Art. 38 des Grundgesetzes nur seinem eigenen Gewissen verantwortlich, jedoch weder Sprecher der Fraktion noch eines Arbeitskreises der FDP; er trage für seine Äußerungen ausschließlich die persönliche Verantwortung. In einem Zeitungsinterview erklärte Dehler: „Die FDP-Fraktion hat meine Ausführungen über die sterile deutsche Außenpolitik, die ich vor der Fernsehkamera gemacht habe, gebilligt". (Beide Zitate aus *Die Zeit* vom 19.3.1962)

[11] „Gedanken zur Deutschlandpolitik der Freien Demokraten", 19 Seiten, datiert vom 21.3.1962 („abgeschlossen am 22. März 1962"). Dieser erste Entwurf war auf einem Zehnerblock geschrieben und diente als Unterlage für die Klausurtagung am 9.4. Die Gedankenskizze wurde später überarbeitet und Mitte Juni 1962 unter dem Titel „Verklammerung und Wiedervereinigung – Denkschrift zur deutschen Frage"

Donnerstag, den 22. März 1962

Am späten Abend des Mittwoch eine recht unbefriedigende Arbeitskreis-Sitzung. Rauch referierte wenig differenziert über das Thema „Aktualisierung des Deutschland-Plans der FDP"[12]. Im Grunde ein Festhalten an der alten Linie des Winters 1958/59, nur ein paar kosmetische Korrekturen. Und dann auch noch die verblüffende Feststellung, dieser Plan habe reale Chancen, von der Sowjetunion akzeptiert zu werden. Ist das etwa auch die Meinung des Auswärtigen Amtes? Auch in der anschließenden Diskussion keine neuen Gedanken, die veränderte Lage wird nicht zur Kenntnis genommen.

Heute nachmittag meine Arbeit am Deutschlandpapier beendet. Ich werde morgen das Elaborat erst einmal Mende zuleiten, der mag entscheiden, was damit weiter geschehen soll. Aus den USA hört man noch nicht viel über die Gespräche des Vorsitzenden, nur ganz kurze Berichte über seine Begegnung mit Kennedy. Dafür schmückte gestern den *General-Anzeiger* ein dreispaltiges Foto des Präsidenten und seines deutschen Gastes. Es soll ein „sehr gutes Gespräch" (Mende) gewesen sein.

Montag, den 26. März 1962

Gestern abend erlebte das deutsche Fernsehpublikum ein seltenes Schauspiel: die Versöhnung zweier arg zerstrittener Politiker vor der Fernsehkamera. Unter behutsamer Moderation von Eugen Kogon machten sich Dehler und Kiesinger gegenseitig – sichtlich gerührt – Komplimente. Die Initiative zu dieser spektakulären Aussöhnung hatte D. ergriffen.

Ärgern wird sich Mende über das Echo, das seine Reise bisher bei den Sozialdemokraten gehabt hat. Der SPD-Pressedienst hat ihn am vergangenen Mittwoch gehörig angepinkelt. Daraufhin hat Moersch diese Rüpeleien im Pressedienst gleich zweimal zurückgewiesen. Nach allem, was bisher aus den USA zu erfahren war, ist diese Kritik auch keineswegs berechtigt. Mende scheint drüben „gut angekommen" zu sein, so berichten jedenfalls die Washingtoner Korrespondenten deutscher Zeitungen. Das paßt offenbar der Opposition nicht in den Kram.[13]

Inzwischen sind in Genf die Verhandlungen über die Einstellung von

Fortsetzung Fußnote von Seite 44

in 50 numerierten Exemplaren einzelnen Parteimitgliedern, später auch einigen Diplomaten als persönliches Papier des Verfassers zur Verfügung gestellt.

[12] Ruprecht Rauch kam in seinem Referat vor dem Arbeitskreis zu dem Schluß, der alte Deutschlandplan der FDP sei „inhaltlich noch voll anwendbar, aber in der Form revisionsbedürftig". Dem widersprach im Arbeitskreis niemand.

[13] Der SPD-Pressedienst hatte am 21.3. behauptet, Mende sei in den USA ausgelacht worden, als er die großartige Verhandlungstaktik Adenauers lobte. Brentano sei ausersehen, seine guten Beziehungen in den USA einzusetzen, um den verheerenden Eindruck zu beseitigen, der durch die Reisen Mendes entstanden sei („SPD: Mende wurde ausgelacht" in *Düsseldorfer Nachrichten* vom 22.3.1962).

Kernwaffenversuchen gescheitert – offensichtlich an der Weigerung Moskaus, internationale Kontrollen zuzulassen. Auch die am Rande der Konferenz geführten Berlin-Gespräche haben nicht weitergeführt. Diese Gelegenheit hat Ulbricht zu einem neuerlichen wenig originellen Vorstoß in der Berlin- und Deutschlandfrage genutzt. Auch da bewegt sich noch immer nichts, genau so wie bei uns.

Donnerstag, den 5. April 1962

Poljanows Artikel in der *Iswestija*[14] gab heute beim Mittagessen mit Schtscherbakow reichlichen Gesprächsstoff. Meine Bemerkungen über die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lebensverhältnisse in der Zone mißverstand der Diplomat als Aufforderung an die Sowjetunion, der DDR materielle Hilfe zukommen zu lassen. Die Sowjetunion sei nicht in der Lage, ihrem deutschen Staat die gleiche Hilfe zu leisten, die seinerzeit die USA der Bundesrepublik zukommen ließ. Als ich entgegnete, ich meinte die politischen, nicht die materiellen Verhältnisse in der Zone, erklärte Schtscherbakow ausweichend, im Frühstadium einer revolutionären Entwicklung seien bestimmte politische Erscheinungsformen unvermeidlich. Doch ließ er vorsichtig durchblicken, daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse im Ulbricht-Staat nicht unveränderbar seien. Ich warnte meinen sowjetischen Gesprächspartner davor, den Faktor Stalinismus in der DDR bei den deutsch-sowjetischen Verhandlungen zu unterschätzen, d. h. zu glauben, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion trotz der Ulbrichtschen Politik verbessert werden könnten. Schtscherbakow lakonisch: es sei sicherlich gut, harte Wahrheiten auszusprechen.

Sonntag, den 8. April 1962

Am Abend ein Anruf von Gentner: Mende bitte mich für Montag zur Klausurtagung des Fraktionsvorstandes. Ich solle dort mein Deutschlandpapier vortragen! Das hätte ich Mende gar nicht zugetraut. Wie aber werden wohl die hohen Herren auf meine häretischen Überlegungen reagieren?

Montag, den 9. April 1962

Mit zwiespältigen Gefühlen von der Klausurtagung zurück. Mein morgendlicher Auftritt vor dem Fraktionsvorstand brachte keine Klarheit, ob und wieweit die Fraktionsführung überhaupt bereit ist, meinen Gedankengängen zu folgen. Kühlmann, der als erster nach meinem Vortrag das

[14] Nikolaj Poljanow: „Der Wahrheit ins Gesicht" in *Iswestija* vom 30. 3. 1962. Darin hatte der Verfasser scharf gegen die Tendenz in der Bundesrepublik polemisiert, die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau von den politischen Zuständen in der DDR abhängig zu machen.

Wort ergriff, stellte nur Fragen. Dehler bekannte, was ich vorgetragen habe, gehe „an den Nerv". Er habe ernste verfassungsrechtliche Bedenken gegen mein Konzept. Diese hatte auch Mende, stimmte jedoch darüber hinaus meinen Überlegungen „im Prinzip" zu. Aber: natürlich könne man nicht „deutlich werden lassen, was Schollwer gesagt habe".

Danach Döring. Erst eine kurze Lageanalyse aus seiner Sicht (niemand im Westen hält eine Wiedervereinigung für möglich – was in Berlin gegenwärtig geschehe, sei eine Kapitulation in Raten). Dann: eine Wiedervereinigung sei heute überhaupt nur noch über eine Konföderation möglich. Was in der Verfassung stehe, interessiere um uns herum im Grunde keinen Menschen. Er schlüge eine gemeinsame Analyse der Lage mit dem Koalitionspartner vor. Darüber hinaus müsse die FDP versuchen, in der Bundesrepublik ein größerer Machtfaktor zu werden. Bis dahin sei es zweckmäßig, an unserer alten „Schachteltheorie" (Deutschlandplan von 1959) festzuhalten. – Also Verschieben der Diskussion?

Nun erging sich Scheel in längeren Betrachtungen über den Stand der Europa-Politik und legte dabei ein klares Bekenntnis zur Westintegration ab. Im übrigen sei es abwegig, Politik auf eine Verfassung „im Jahre X" hin zu machen. Wichtig sei, daß man vor zweiseitigen Gesprächen mit Moskau erst einmal selbst wisse, was man eigentlich wolle. Nachdem sich Dehler – wie immer temperamentvoll – gegen Scheels Plädoyer für eine Europa-Politik gewandt hatte („Es ist eine Illusion zu glauben, daß die Europa-Politik für die Wiedervereinigung günstig sein könne"), bekräftigte Flach die Notwendigkeit dieser Diskussion, weil sich CDU und SPD „in einem Zustand des geistigen Verfalls" befänden und wir seit dem vergangenen Herbst Mitglied einer CDU-Regierung („mitgefangen – mitgehangen") seien. Zur Verklammerung der beiden Teile Deutschlands sprach sich Flach für einen „gesamtdeutschen Zweckverband" aus und lehnte – aus völkerrechtlichen Gründen – eine Konföderation ab. – Dann begab man sich zu Tisch. Am Nachmittag wurde über Organisationsfragen gesprochen.

Mendes Verhalten und seinem Auftrag, den abwesenden Vorstandsmitgliedern bzw. Ministern ein Exemplar meiner Studie (streng vertraulich – persönlich) zuzuleiten, entnehme ich, daß mit dieser Runde die Diskussion über mein Deutschlandpapier noch nicht beendet ist. Das wäre mehr, als ich zu hoffen wagte.[15]

[15] An der Vormittagssitzung nahmen teil: Der Fraktionsvorsitzende Mende, die stellv. Vorsitzenden Bucher, Döring und von Kühlmann-Stumm, die Parlamentarischen Geschäftsführer Zoglmann und Dürr, Dr. Dehler als Bundestagsvizepräsident sowie die Bundesminister Lenz und Scheel. Außerdem die Mitarbeiter von Partei und Fraktion: Brodesser, Flach, Genscher, Gentner und Schollwer.

Die FDP-Bundesminister Mischnick, Stammberger und Starke, die an der Klausurtagung nicht teilnehmen konnten, erhielten mit Schreiben vom 10.4.1962 je ein Exemplar der Urfassung der Deutschlandstudie des Verf. Am gleichen Tage übri-

Freitag, den 13. April 1962

Am Nachmittag gab Mende vor dem Bundesvorstand einen ausführlichen Bericht über seine Amerika-Reise. Die USA richte sich auf Erhaltung des Status quo ein, denn die Wiedervereinigung sei für Washington keine in überschaubarer Zeit lösbare Frage. Man bemühe sich jedoch um neue vertragliche Grundlagen für Berlin und um eine Stärkung Europas. Die Amerikaner seien dabei, den Sowjets Vorschläge für eine Internationalisierung der Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Berlin zu machen. Dabei müßten freilich die originären Rechte der Westmächte unberührt bleiben. Danach machte Mende einige Bemerkungen, die wohl nicht nur mich aufhorchen ließen: Nach amerikanischen Vorstellungen sollten in einer internationalen Behörde auch DDR-Vertreter sitzen. Für die USA sei sogar die de-facto-Anerkennung der DDR entschieden im Sinne „der Notwendigkeit der Hinnahme dieses Faktums", wie Mende sich ausdrückte. In Washington habe man sich auch mit einem separaten Friedensvertrag zwischen Pankow und Moskau abgefunden. Auf der anderen Seite sei Amerika bereit zu einer ständigen Deutschlandkonferenz der Vier Mächte, mit drei Kommissionen im Botschafterrang. Weder im State Department noch im Pentagon denke man daran, amerikanische Positionen in Europa aufzugeben, auch nicht um den Preis einer Wiedervereinigung Deutschlands. In den USA gebe es indessen auch keine Mehrheit für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Man sei vielmehr sogar bereit, sich gegenüber Moskau zu verpflichten, den Deutschen keine Atomwaffen zu geben.

Leider machte M. keine näheren Angaben darüber, welcher seiner amerikanischen Gesprächspartner was gesagt hatte. Dennoch sind seine Ausführungen für mich eine unerwartete Bestätigung dessen, was ich jüngst dem Fraktionsvorstand als notwendige Konsequenz der sich verändernden weltpolitischen Lage vortrug.

Vor Beginn der Tagung rief mich Döring zu sich, um mir Anerkennendes über meine Studie zu sagen und seine völlige Übereinstimmung mit meinen Auffassungen kundzutun. Während der Aussprache über Mendes Lagebericht äußerte sich D. dahingehend, daß nach einem Scheitern neuer Deutschlandverhandlungen eine neue Wiedervereinigungspolitik notwendig werden könnte; dabei schaute Döring Zustimmung heischend zu mir herüber. Ähnlich argumentierte auch Mende.

Nachdem die Abberufung General Clays aus Berlin die veröffentlichte Meinung in der vergangenen Woche bereits mächtig bewegt hatte, geriet die Presse am Wochenende völlig aus dem Häuschen. Was Mende noch

Fortsetzung Fußnote von Seite 47

gens auch Döring mit der Bitte, die Studie nach Einsichtnahme „an die anderen Herren des Fraktionsvorstandes weiterzureichen". Auf Wunsch Mendes war das Papier während der Klausurtagung an die Teilnehmer nicht verteilt worden.

am Freitag dem Vorstand vertraulich mitteilte, formt sich jetzt zur offiziösen Planung Washingtons für Berlin, durch eine Indiskretion in die deutsche Presse lanciert. Da ist alles wieder da: eine internationale Kontrollbehörde für den Berlinverkehr, Kommissionen aus Vertretern der Bundesrepublik und der DDR, Garantie des Status quo in Mitteleuropa und keine Weitergabe von Atomwaffen an die Bundesrepublik. Die amerikanische Regierung soll wütend sein auf Bonn, weil es diese Pläne ausplauderte. Bonn bestreitet indessen energisch, daß diese Indiskretionen von Regierungsseite in der Bundeshauptstadt kommen.

In der FDP herrscht die Ansicht vor, daß die bekanntgewordenen amerikanischen Vorschläge weitgehend den Erfordernissen der Lage entsprechen und zu den deutschen Interessen nicht im Widerspruch stehen. Um so schlimmer, daß exponierte Persönlichkeiten in der Bundesrepublik offenbar daran interessiert waren, einen konstruktiven Beitrag des Westens zur Deutschlandpolitik durch vorzeitige Bekanntgabe zum Scheitern zu bringen.

Mittwoch, den 25. April 1962

Während in Moskau und Washington verhaltener Optimismus hinsichtlich der weiteren Behandlung der Berlin-Frage laut wird, gerät Ostberlin bei dem Gedanken an eine Ost-West-Einigung über Berlin mehr und mehr in Panik. Insbesondere die von Washington in Erwägung gezogene Kontrollbehörde zur Überwachung der Zugangswege läßt die Funktionäre drüben ihre Fassung verlieren. Diese Idee wird von der SED in Grund und Boden verdammt und die Bundesrepublik wieder einmal mit Beschimpfungen überschüttet, hinter denen sich m. E. nackte Angst vor Lösungen zulasten des Ulbricht-Staates nur mühsam verbirgt.

In der Bundesregierung werden alle Gerüchte über dramatische Entwicklungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen nachdrücklich dementiert. Doch ist das Schweigen der Regierung zu Meldungen auffällig, Bonn habe sich gegen die Vorstellung Washingtons gewandt, eine solche Kontrollbehörde mit Beteiligung der Bundesrepublik und des Zonenregimes zu errichten. Auch ist die Rolle Friedensburgs bei seiner Reise nach Washington nicht ganz klar: Emissär des Kanzlers zur Abwehr der amerikanischen Berlin-Pläne oder Eigeninitiative mit gleicher Zielsetzung[16]? So scheint denn die FDP – neben einigen Sozialdemokraten – die einzige Gruppierung in ganz Deutschland zu sein, die den gegenwärtigen Bemühungen Washingtons zur Beilegung der Berlin-Krise Sympathien entgegenbringt.

[16] Ferdinand Friedensburg, Bundestagsabgeordneter der CDU, hatte vor der Presse erklärt, er sei auf Bitten Adenauers nach Washington gereist, um dort die deutsche Kritik an der zu milden Reaktion der USA auf den Mauerbau zu überbringen (*General-Anzeiger* vom 25. 4. 1962).

Mittwoch, den 2. Mai 1962

Begrüßung eines neuen Kollegen in unserer Pressestelle und Abschied von Flach. F. beendet seine Tätigkeit offiziell erst in zwölf Tagen, doch wird er bis dahin nicht mehr amtieren. Von seiner neuen Tätigkeit als innenpolitischer Ressortchef bei der *Frankfurter Rundschau* versprechen wir uns viel – wir haben so wenig zuverlässige Freunde bei der Presse. Am Samstag wird der Bundesvorstand erneut über das Thema „neuer Bundesgeschäftsführer" zu beraten haben, es ist bereits der dritte Anlauf. Da müßte es nun eigentlich klappen.

Samstag, den 5. Mai 1962

In Bonn herrscht jetzt spürbare Erleichterung, nachdem Schröder nach einem zweistündigen Gespräch mit Rusk hat mitteilen können, die USA würden keinen der bereits in der Öffentlichkeit erörterten Vorschläge den Sowjets unterbreiten, ohne zuvor die Zustimmung der Bundesregierung gefunden zu haben[17]. So sehr man die Genugtuung unserer Regierung über dieses Gesprächsergebnis verstehen kann, so unbestreitbar ist andererseits die beklagenswerte Tatsache, daß die Meinungen im westlichen Lager über die richtige Strategie und Taktik in der Berlin- und Deutschlandpolitik noch weit auseinanderklaffen.

Mittwoch, den 9. Mai 1962

Am Morgen zum Lehrgang nach Rengsdorf. Wieder sehr sachliche Diskussionen über die Deutschland- und Berlinpolitik. Meine positive Beurteilung der amerikanischen Berlin-Politik fand Zustimmung.

Am Sonntag kam es auf dem Landesparteitag der DPS/FDP in Saarbrücken in Anwesenheit Mendes zu teilweise tumultarischen Szenen. Die Saardemokraten reagierten empfindlich auf den Hinweis eines Delegierten, die FDP sei 1961 im Bundestagswahlkampf durch Horten finanziert worden. Damit schien für unsere Parteifreunde erwiesen, daß der „Umfall" Mendes in der Kanzlerfrage mit diesem Finanzgeschäft zusammenhängt. M. hatte Mühe, die Parteifreunde durch ein – teilweises – Offenlegen der Wahlgelder und die Bemerkung zu beruhigen, Horten habe nur „einen Bruchteil" dessen gespendet, was der Landesverband von der Bundespartei für diesen Wahlkampf bekommen habe[18].

[17] Am 3.5. hatten Schröder und Dean Rusk sich am Rande der NATO-Ministerratstagung in Athen getroffen (ADG 1962, S. 9846).

[18] Vgl. Rundschreiben des Parteivorsitzenden Nr. BV 68/62 vom 9.5.1962. Bei dem Delegierten, der den „Fall Horten" in die Diskussion warf, handelte es sich lt. o.a. Rundschreiben um einen Rechtsanwalt, der gleichzeitig Sozius in der Anwaltspraxis von Heinrich Schneider war.

Sonntag, den 13. Mai 1962

Drei Tage Berlin. Am Vorabend des Landesparteitages eine Veranstaltung der LDP-Flüchtlinge am Fehrbelliner Platz. Mein Referat über das Berlin-Problem im Sinne der jüngsten fdk-Veröffentlichungen schien Hucklenbroich in seinen nachfolgenden Ausführungen zu noch heftigeren Attaken gegen die westliche Berlin-Politik inspiriert zu haben. Er drosch in einer Weise auf die Amerikaner ein, daß einem angst und bange werden konnte. Die Berliner haben sich vom Mauerschock noch längst nicht erholt und seit dem 13. August ein wenig den Blick für politische Proportionen verloren. Die LDP-Freunde waren von dieser forschen Rede jedoch offensichtlich angetan. Wenn die wüßten, was der Vorredner inzwischen konzipierte, und was der Arbeitskreis morgen abend beraten soll ...

Wohltuend sachlich dagegen die Rede Hoppes am Samstag auf dem Parteitag im „Haus der Kaufleute". Am Schluß seiner etwa halbstündigen Ausführungen auch einige Bemerkungen zur Koalitionspolitik der FDP, die aufhorchen ließen. Auch das ist Berlin[19]!

Mittwoch, den 16. Mai 1962

Die erste außenpolitische Aussprache der Fraktion seit der Bundestagswahl machte eine gewisse Ratlosigkeit und Verwirrung angesichts der jüngsten Entwicklungen in der Berlin- und Deutschlandpolitik deutlich. Während der etwa zweieinhalbstündigen Debatte gestern abend schälte sich noch kein brauchbares Konzept für die Bewältigung aktueller Probleme heraus. Weder Kohuts Zwischenruf „Wir brauchen ein neues Rapallo!" wie von Mühlens ebenso unzutreffende wie banale Feststellung über das Ergebnis der vorangegangenen Arbeitskreissitzung: „Wir sind übereingekommen, daß das oberste Ziel die Wiedervereinigung ist" konnten jene beruhigen, die wie Rieger zu der Erkenntnis gelangt sind, daß wir jetzt „auf den Trümmern einer zwölfjährigen falschen Außenpolitik" stehen.

Doch gab es auch nüchterne, realistische Diskussionsbeiträge: Bucher zum Beispiel und Scheel, vor allem aber Mende trugen mit ihren Äußerungen dazu bei, verwirrte Parteifreunde wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen. Der Parteivorsitzende war gestern gut in Form. Seine desillusionierenden Bemerkungen zur Deutschlandpolitik lassen hoffen, daß die Diskussion über mein Deutschlandpapier trotz der unglücklichen Arbeitskreissitzung vorgestern doch noch nicht beendet ist.

[19] Hoppe erklärte wörtlich: „Wenn wir uns zum Dreiparteien-System bekennen, so müssen wir auch gleichzeitig anerkennen, daß es auf die Dauer nur dann lebensfähig ist, wenn alle drei Parteien unabhängig und nach allen Seiten hin koalitionsfähig sind. Gerade die Freien Demokraten dürfen sich die Bewegungsfähigkeit nicht rauben lassen oder gar durch einseitige Festlegungen selbst verbauen. Die Freiheit des Entschlusses bei der Bildung politischer Zweckgemeinschaften auf Zeit schließt auf der anderen Seite die unbedingte Loyalität zu dem gewählten Koalitionspartner ein."

Denn als ich am späten Montagabend das Bundeshaus verließ, schien der Vorstoß für neue deutschlandpolitische Überlegungen bereits gescheitert. Mein Einleitungsreferat vor dem Arbeitskreis über die Deutschland- und Europapolitik hatte im wesentlichen nur eine Konsequenz: einen wilden Zornesausbruch Dehlers, der mich minutenlang mit Vorwürfen und Anklagen geradezu überschüttete. Kleinmut, Übernahme der Außenpolitik Adenauers – das waren noch die mildesten Charakterisierungen meiner Ausführungen. Während Herr von Mühlen Dehler sofort „hundertprozentig" zustimmte und empfahl, meine „Resignationsthesen" (sic!) nicht zu diskutieren, nahmen mich Bucher, Starke, Lüders und Sonnenhol gegen die Beschuldigungen Dehlers in Schutz. Dörings Haltung blieb undurchsichtig, auch gestern in der Fraktion. Er taktiert und laviert „zwischen den Fronten", vielleicht, weil er meine Chancen – wohl zu Recht – sehr gering einschätzt. Gestern während der Fraktionssitzung lobten Kreitmeyer, Borm und Supf unter vier Augen meinen Vortrag im Arbeitskreis, nicht ohne jedoch zugleich ernste Zweifel an der Verwirklichung meiner Vorstellungen sowie deren Nutzen für die Partei anzumelden[20].

Zu Beginn der Fraktionssitzung hatte Mende über sein Gespräch mit Adenauer am 11. Mai berichtet. Dabei sprach man auch über die in der CDU erkennbaren Bestrebungen, eine Allparteienregierung zu bilden. Adenauer soll sich zu diesen Plänen sehr drastisch geäußert und Mende versichert haben, er sei in dieser Frage „Verbündeter der FDP". A., der übrigens die Koalitionszusammenarbeit recht positiv bewerte, wolle mit der FDP demnächst die Neuorganisation des Bundespresseamts besprechen. Dafür aber dürfte es nun nach dem Weggang Flachs eigentlich schon zu spät sein. Oder glaubt Mende, daß bei der bevorstehenden Wachablösung an der Spitze des Amtes für uns noch etwas „drin" ist[21]?

Freitag, den 18. Mai 1962

Am späteren Abend zu Sonnenhol in dessen Godesberger Wohnung. Wir erörtern das von der Fraktion beschlossene Berlin-Papier – völlige Übereinstimmung im Grundsätzlichen. Übers Wochenende werde ich einen Vorentwurf fertigen[22].

[20] Döring behauptete zwar, weitgehend mit der Lagebeurteilung übereinzustimmen, fügte jedoch hinzu: „Hat sich eine politische Entwicklung ergeben, die uns zwingt, unsere bisherige außenpolitische Linie zu verlassen? Ich möchte diese Frage verneinen". D. forderte, den Gedanken einer Deutschlandkonferenz der vier Mächte „erneut zu forcieren". Damit hatte er sich – zumindest taktisch – auf die Position Dehlers begeben.

[21] Mende teilte in diesem Zusammenhang mit, daß der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, von Hase, als Nachfolger Felix von Eckardts in der Leitung des BPA vorgesehen sei und sein Amt am 1.7. antreten werde.

[22] Die FDP-Bundestagsfraktion hatte am 15.5. nach ihrer außenpolitischen Debatte die Bildung eines kleinen Gremiums beschlossen, dem Scheel, Sonnenhol,

Samstag, den 19. Mai 1962

Flach hat heute in der *Rundschau* seinen ersten Artikel veröffentlicht, er heißt „Kanzlerdämmerung". F. beschreibt Adenauers Spätphase so, wie es nur ein unabhängiger Journalist tun darf, ohne Floskeln, Verzierungen und parteitaktische Rücksichtnahme. Der Schlußabsatz enthält eine deutliche Warnung an die eigene Partei. Mende wird es bald bereuen, Flach nicht im BPA untergebracht zu haben.

Das Berlin-Memorandum ist geschrieben. Nach dem Parteitag werde ich es auf den Weg bringen, damit es in dem kleinen, von der Fraktion beschlossenen Gremium beraten werden kann[23]. Nach einer heute bekanntgewordenen Meinungsumfrage steht für die Bevölkerung der Bundesrepublik und Westberlins die Wiedervereinigung zwar eindeutig im Vordergrund aller Probleme, zugeich aber halten 63% der Befragten deren Aussichten für schlecht oder sehr schlecht. Erstaunlicherweise waren fast ebenso viele für direkte Beziehungen der Bundesregierung zur Zonenregierung. Das sollte eigentlich unseren Parteitaktikern zu denken geben und ihre panische Angst, das „Undenkbare" zu denken, etwas mildern.

Freitag, 25. Mai 1962

Der 13. Bundesparteitag der FDP verlief ohne dramatische Höhepunkte, spannungsarm und auch ein bißchen langweilig. Die Partei wollte durch Geschlossenheit und Sachlichkeit verdrossene Wähler zurückgewinnen.

Mende insbesondere konnte mit dieser mehr einer Kundgebung als einem Parteitag ähnelnden Veranstaltung zufrieden sein. Das Ergebnis der Vorstandswahlen vom Donnerstag vormittag war für Mende überraschend günstig, wenn auch Lenz und Leverenz noch etwas besser abschnitten[24]. Die freundlich aufgenommene Eröffnungsrede des Parteivor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 52

Rauch und Schollwer angehören sollten und das u.a. die Aufgabe hatte, FDP-Vorschläge zur Berlinpolitik zu erarbeiten.

[23] „Vorentwurf für ein Memorandum der FDP zur Berlin-Frage" (ohne Datum), 10 Seiten. Das Papier nimmt ausdrücklich bezug auf den von der US-Regierung am 8.5. geäußerten Wunsch nach konkreten Gegen- und Ergänzungsvorschlägen zum amerikanischen Berlin-Plan. Es unterbreitet Ergänzungs- bzw. Abänderungsvorschläge zu folgenden Punkten: Zur Kompetenz und Zusammensetzung einer internationalen Zugangsbehörde; zur Idee des Austauschs von Nichtangriffserklärungen zwischen NATO und Warschauer Pakt; zur Nichtweitergabe von Atomwaffen an Drittländer. Zusätzlich schlug der Verf. eine „Wirtschaftshilfe für die Sowjetzone mit politischen Bedingungen" sowie den Ausbau Gesamt-Berlins zur „Welthauptstadt der Wissenschaften" vor. Am 1.6.1962 übersandte Schollwer je ein Exemplar dieses Entwurfs an Mende, Scheel, Sonnenhol und Rauch.

[24] Bei den Vorstandswahlen erhielt Mende 242 Stimmen bei 11 Nein-Stimmen und 25 Enthaltungen. Mendes Stellvertreter erzielten folgende Ergebnisse: Lenz 271:6:17, Leverenz 265:10:17 und Döring 242:13:30.

sitzenden war in ihren Rückblicken auf die Koalitionsverhandlungen etwas lang geraten, fand in ihrem außenpolitischen Teil dafür um so mehr meine Zustimmung: M. hatte meinen Entwurf ohne jede Kürzung übernommen. Die Schlagzeilen am Donnerstag drückten das aus, was mit diesem Teil der Rede beabsichtigt war: Vertrauen der FDP zu den USA in der Berlin-Politik, aber auch neue Wege in der Deutschlandpolitik (wenn auch zunächst nur vorsichtig angedeutet).

Nicht nur via Mende gelang es in Düsseldorf, neue Akzente in der Deutschland- und Außenpolitik zu setzen. Auch auf der Tagung des außenpolitischen Arbeitskreises am Donnerstag nachmittag waren Formulierungen zu hören, die hoffen lassen. Sonnenhol hatte Scheel in dessen Referat einige deutschlandpolitische Passagen hineingeschrieben, die mit meinem Deutschlandpapier durchaus harmonieren. Dafür schien mir anderes in dieser Rede eher fragwürdig zu sein, insbesondere Scheels so völlig vorbehaltloses Bekenntnis zur Westeuropa-Politik[25]. Es wurde freilich von den meisten Parteifreunden beifällig aufgenommen. Achenbach hatte zur Sitzung eine elfseitige „außenpolitische Bestandsaufnahme" vorgelegt, die nur einen einzigen konkreten Punkt enthielt: die Forderung nach neuen Viermächte- und Friedensverhandlungen.

Montag, den 4. Juni 1962

„Deutschland, Europa und die freie Welt", so hieß das Referat, das Außenminister Schröder heute nachmittag in Dortmund hielt. Im Silbersaal der Westfalenhalle tagte der gleichnamige Arbeitskreis des 11. CDU-Bundesparteitages. Was Schröder etwa 200 Delegierten und Journalisten vortrug, war ganz akzeptabel: eine vernünftige (wenn auch nicht sehr tiefschürfende) Analyse der weltpolitischen Lage und vor allem gegen Ende der Rede einige Passagen zur Ostpolitik, die aufhorchen ließen[26]. Während jedoch Gradl und Blumenfeld in die gleiche Kerbe hieben, gaben Marx, Guttenberg und vor allem Brentano ihrem Mißfallen an der politischen Tendenz dieser Rede deutlichen Ausdruck. Marx plädierte – unter Beifall – erneut für die von den Amis längst begrabene Roll-back-Politik; Guttenberg kritisierte indirekt den amerikanischen Berlin-Kurs und sprach sich für eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus. Besonders lauten Beifall erhielt jedoch Schröders Vorgänger Heinrich von Brentano

[25] Vgl. ADL A 1–197, Bestand Bundesparteitag: Scheel leitete vor dem außenpolitischen Arbeitskreis des Parteitages einen Kurswechsel in der Europapolitik der FDP ein, die von der bis dahin skeptischen bis ablehnenden Einstellung zur eindeutigen Bejahung der westeuropäischen Integrationspolitik auf der Basis der römischen Verträge führte.

[26] Vom 2. bis 5.6. fand in Dortmund der 11. Bundesparteitag der CDU statt. In der von Schollwer erwähnten Passage hatte Schröder die Notwendigkeit der geistigen Auseinandersetzung und des kulturellen und wirtschaftlichen Austausches mit den Staaten Osteuropas betont.

für seine bestürzenden Tiraden gegen jegliche wirtschaftliche Beziehung zu Mitteldeutschland, solange dort die Kommunisten herrschen.

Freitag, den 8. Juni 1962

Die Frage eines Milliardenkredits für die Zone ist für mich nicht die Sanierung eines stalinistischen Regimes. Denn ein solcher Kredit müßte selbstverständlich mit politischen Auflagen verbunden sein, die der Sicherung des Friedens und der Stärkung der Freiheit in Deutschland dienen. Wenn das SED-Regime ein solches Geschäft ablehnt, so sind wir jedenfalls aus dem obligo. Die Haltung von Bundesregierung und CDU/CSU jedoch, solche Verhandlungen über einen von Ostberlin gewünschten Kredit von vornherein abzulehnen, zeugt nicht von einem klaren politischen Willen zur Änderung der Situation im geteilten Deutschland.

Mittwoch, den 13. Juni 1962

Die Forderung der Beamten nach höheren Gehältern hat in der Koalition einen Konflikt heraufbeschworen. Während Adenauer dazu neigt, den Wünschen von Beamtenbund und Gewerkschaften nach Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst zu Lasten anderer Haushaltspositionen nachzugeben, vertrat Starke mit der FDP bisher den m. E. gerechtfertigten Standpunkt, daß dieses Verfahren unakzeptabel und eine Tariferhöhung wegen der augenblicklichen Währungssituation vor dem 1. Januar 1963 nicht möglich sei. Gestern nachmittag hat nun die Fraktion gemeinsam mit dem Bundesvorstand stundenlang die prekäre Lage beraten – prekär für eine Partei, die auf Beamtenwähler angeblich angewiesen ist. Starke setzte sich, gemeinsam mit Döring, Bucher, Atzenroth u. a. noch einmal entschieden dafür ein, Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst zu diesem Zeitpunkt abzulehnen. Nur unser Beamten-Lobbyist Mießner plädierte für sechs Prozent. Jedoch Mende, der zuvor von Reinhold Maier „geimpft" worden war, machte sich zusammen mit Achenbach und Zoglmann bereits für einen Kompromiß stark. Gegen neun Uhr am Abend gab es dann eine heftige Diskussion wegen der angeblich „weichen Haltung" der Kabinettsmitglieder. Starke, wie üblich ständig im Sitzungssaal hin- und herlaufend, wies – gemeinsam mit Mende – diese Vorwürfe temperament- und eindrucksvoll zurück. Mende: die FDP habe ein Gespräch mit Adenauer noch vor der Kabinetts-Sitzung verlangt, das nach einigem Zögern vom Kanzler auch für Mittwoch vormittag konzediert worden sei. Adenauer habe Journalisten erzählt, das Kabinett sei sich in dieser Frage völlig einig und er – der Kanzler – habe sich auch bereits mit Starke abgestimmt.

Die Fraktion stellte abschließend für die heutigen Verhandlungen mit dem Kanzler fest, seit dem 15. März sei kein neues Argument hinzugekommen, das geeignet sei, die damals beschlossene Haltung im Koalitionsausschuß zur Frage der Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst zu

verändern. In einer Pressemitteilung der Fraktion ist dieser Standpunkt heute noch einmal vorsichtig bekräftigt worden mit dem Hinweis, daß die FDP-Minister bei dem Kabinettsbeschluß „der jetzt durch Streikdrohung im Öffentlichen Dienst erzwungenen Mehrausgaben" überstimmt worden seien. Wer schaut da noch völlig durch? Ich nicht.[27]

Freitag, den 15. Juni 1962

Dem Bundesvorstand berichtete Erich Mende vor Eintritt in die Tagesordnung heute nachmittag über sein Gespräch mit Smirnow am 4.d.M. Die Einladung zu diesem Gespräch erhielt Mende durch Wladimirow. Dieser habe erklärt, der Botschafter habe dem FDP-Vorsitzenden wichtige Mitteilungen zu machen, die dieser an Adenauer weiterleiten solle. Der Kanzler habe gegenwärtig keine Zeit und kein Interesse an einem solchen Gespräch. – Während des dreistündigen Mittagessens habe Smirnow erneut mit dem Abschluß eines Separatfriedensvertrages mit der „DDR" gedroht, der nicht mehr lange hinausgeschoben werden soll.

Die Gespräche zwischen der Sowjetunion und den USA über Berlin hätten sich festgefahren. Moskau sehe in der Idee internationaler Zugangswege nach Berlin eine Kompromißlösung und lehne die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage ab. – M. sah sich zu diesem Bericht genötigt, weil *UPI* heute mittag mit einer Meldung über das Mende-Smirnow-Gespräch herausgekommen war.

Döring informierte den Vorstand über den Tarifkampf und die Streikdrohung im Öffentlichen Dienst. Die Entwicklung treibe nun auf eine Steuererhöhung zu. Döring: diese Regierung ist im Augenblick nicht stabil, sie schwankt permanent, weil der Kampf in der CDU um die Nachfolge Adenauers voll entbrannt ist. Es sei ein Kampf „aller gegen alle". Die FDP sei jetzt „der einzige stabile Faktor in der Koalition überhaupt", sie sei jedoch zugleich auch „Leidtragende dieser Entwicklung". Diese Ansicht vertrat auch Hoppe: Es gebe nur noch Entscheidungen gegen die FDP. Allmählich bilde sich im Parlament faktisch eine Koalition CDU/SPD, um die Regierungsbildung nach Adenauer vorwegzunehmen. Die FDP jedoch lasse sich durch diese schwarz-rote Koalition erpressen. Während Leuze abwiegelte und behauptete, die Partei habe „an sich" eine gute Position, ging Leverenz mit Starke scharf ins Gericht, rügte dessen „taktisches Ungeschick" und seine Neigung, sich alle Tage nach vorn zu schieben und zuviel zu „tönen". Doch ist es m.E. nicht ganz gerecht, Starke die

[27] Am 15.3.1962 hatte der Koalitionsausschuß den grundsätzlichen Beschluß gefaßt, Besoldungserhöhungen auf 1963 zu verschieben. Im Mai hatte dann der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, eine Erhöhung der Beamtengehälter um 7,7% gefordert. Gegen die Stimmen der FDP-Minister hatte das Bundeskabinett am 13.6. eine sechsprozentige Gehaltserhöhung für Arbeiter und Angestellte im Öffentlichen Dienst beschlossen. Die von Schollwer erwähnte Presseerklärung in fdk (T) Nr. 71/62.

Alleinschuld für die derzeitigen Fehler der FDP anzukreiden. Wir sind wohl insgesamt mal wieder ein wenig aus dem Tritt geraten.

Am Mittwoch, bei einem Essen mit Sweet im amerikanischen Club, lud mich der Professor offiziell zu einem Besuch der USA im Herbst ein.

Mittwoch, den 20. Juni 1962

Am Wochenende bei den Coburger Jungdemokraten. Ich referierte über Rapacki-Plan und Disengagement, danach sehr lebhafte und vorurteilsfreie Diskussion über die deutschen Probleme. Ähnliche Erfahrungen gestern in der Kölner Uni. Die Reaktion der Studenten, die sich Ost- und Westpreussen verbunden fühlen, war verblüffend positiv[28]. Offenbar sind die (jungen) Menschen in unserem Lande sehr viel vernünftiger, als wir Politiker in Bonn ahnen.

Heute mittag Aufnahme einer Rundfunkdiskussion mit Gradl und Sänger über die sowjetisch-amerikanischen Berlin-Verhandlungen. Das Gespräch war etwas zäh, weil wir alle im Grunde einer Meinung waren. Aber Gradl ist halt nicht die CDU, insbesondere kein Adenauer.

Samstag, den 23. Juni 1962

Das schmähliche Ende des Fibag-Untersuchungsausschusses hat Rutschke zu einem vertraulichen Rundschreiben an die Fraktionsmitglieder veranlaßt. Darin wird die Fragwürdigkeit dieses Beschlusses detailliert nachgewiesen (Beweisaufnahme nicht abgeschlossen, keine Gegenüberstellung oder Vereidigung von Zeugen, Beweiswürdigung nur im engsten Kreis unter Ausschluß der anderen Ausschußmitglieder usw.). Leider hängt auch Dahlgrün mit drin[29]. Nach unserer nicht gerade eindrucksvollen Vorstellung in der Tariffrage nun auch das noch. Wir kommen immer mehr ins Schlittern.

Dienstag, den 26. Juni 1962

Die Malaise der Koalition und das gegenwärtige Formtief der FDP waren gestern in der Bundestagsfraktion Gegenstand erregter Debatten. Die Ta-

[28] Vor der „Vereinigung Ostpreußischer Studenten" und der „Gemeinschaft Danzig-Westpreußischer Studenten" an der Universität zu Köln sprach Schollwer am 19.6. zum Thema „Die Politik der Wiedervereinigung Deutschlands – gestern und heute". Auch in diesem Referat plädierte er für eine De-facto-Anerkennung der DDR.

[29] Dahlgrün hatte als ordentliches Mitglied des Ausschusses mit den CDU-Mitgliedern für die Einstellung der Arbeit gestimmt. D. war auch der Berichterstatter des Ausschusses. Zur Haltung Dahlgrüns und Rutschkes in dieser Affäre siehe *Der Spiegel* Nr. 27 vom 4.7.1962 („Bonn – Strauß – Kalt genießen" und „So grün war mein Dahl").

rifsituation im Bergbau bildete den Ausgangspunkt der Aussprache[30]. Wiederum ist die CDU/CSU nicht bereit, den währungspolitischen Vorstellungen der FDP und ihres Finanzministers Starke auch nur einen Schritt entgegenzukommen. Erneut stehen wir vor der fatalen Alternative: nachgeben oder die Koalition verlassen. Einige Abgeordnete sprachen sich deutlich für die Beendigung der Koalition aus und geißelten das „dauernde Umfallen" der FDP in Fragen der Währungsstabilität (Rutschke). Wenn wir das so weitermachten, werde bald kein Hund mehr ein Stück Brot von uns nehmen, meinte Mertes. Bucher stellte bitter fest, nach unserem „ersten Sündenfall" (Öffentlicher Dienst) habe die Union erkannt, daß sie „das mit uns machen kann". Wenn wir jetzt die Koalition nicht verließen, müßten wir uns überlegen, was wir künftig noch alles mitmachen wollten (ironische Zurufe: „Alles, alles!"). Als dann Dörinkel prophezeite, Starke werde schließlich auch noch Steuererhöhungen zustimmen, versuchten Lenz und Mende den Aufruhr mit der Beschwörung unseres traditionellen Schreckgespenstes zu ersticken: der „schwarz-roten Koalition". Schließlich warnte auch Döring davor, jetzt aus dem Regierungsbündnis auszusteigen. Es werde dann eine Minderheitenregierung unter Adenauer geben, die einen Streik verhindern werde. So schluckte man schließlich seinen Zorn hinunter und beschloß, trotz allem weiterzumachen.

Donnerstag, den 28. Juni 1962

Am Vormittag hat die Fraktion ihren momentanen Schwächeanfall in der Fibag-Geschichte wieder gutgemacht. Ihr Antrag, den Dahlgrün-Bericht an den Untersuchungsausschuß zurückzuverweisen, ging mit zwei Stimmen Mehrheit gegen die Voten der Unionsabgeordneten durch. Damit ist die FDP rehabilitiert, Dahlgrün indessen blamiert. Vor allem aber haben wir uns den Zorn unseres ungeliebten Koalitionspartners zugezogen. So fragte mich denn auch heute Schtscherbakow beim Mittagessen interessiert, welche Folgen die heutige Bundestagssitzung wohl für die Koalition und Strauß haben werde. Wenn man das wüßte ...

Mich interessierte, von dem sowjetischen Diplomaten zu erfahren, ob Ulbrichts Erklärung vom Mittwoch als eine vorweggenommene Antwort der Sowjetunion auf die letzten Berlin-Noten des Westens zu betrachten

[30] Nachdem das Kabinett gegen die Stimmen der FDP-Minister einer Lohn- und Gehaltserhöhung im Öffentlichen Dienst zugestimmt hatte, verlangte nun auch die IG Bergbau höhere Löhne. In einer Urabstimmung beschloß die Gewerkschaft, ihren Forderungen durch den Beschluß, ab 27.6. zu streiken, Nachdruck zu verleihen. Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen an Rhein und Ruhr beschloß Starke, 200 Mio. DM für eine „Rationalisierungshilfe" an den Bergbau zur Verfügung zu stellen. Daraufhin zog die IG Bergbau ihre Streikdrohung zurück. (Siehe dazu: *Der Spiegel* Nr. 29 vom 18.7.1962: „Bonn – Koalition – Kleine Brötchen").

seien[31]. Schtsch. bestätigte meine Vermutung indirekt. Seine Regierung werde Vier-Mächte-Verhandlungen über die Mauer vermutlich ablehnen und die Amerikaner direkt an Pankow verweisen. Im übrigen böte sich ja für die westlichen Außenminister demnächst in Genf Gelegenheit, über das Berlin-Problem zu sprechen. Die Sowjetregierung sei nach wie vor bereit, die Berlin-Frage zu lösen. –

Dehler bat mich, ihm Einblick in meinen Briefwechsel mit Rauch über die Berlin- und Deutschlandpolitik zu geben. Rauch hatte sich in einem längeren Schreiben kritisch zu meinem Berlin-Memorandum wie auch zum Deutschlandpapier geäußert. Seine Darlegungen offenbaren einen erschreckenden Mangel an Realitätssinn (z. B. seine Idee, heute noch EWG und NATO als Kaufpreis für eine Wiedervereinigung einsetzen zu können). Doch werden Dehler solche Illusionen gewiß mehr behagen als meine „resignierenden" Gedanken über ein Minimal-Programm.

Montag, den 2. Juli 1962

Die Fibag-Abstimmung im Bundestag macht noch immer Furore. Insbesondere Strauß zeigt sich als miserabler Verlierer. Die Rückverweisung des Dahlgrün-Berichtes an den Untersuchungsausschuß ist für unseren Verteidigungsminister das Resultat einer vom Osten ferngesteuerten Diffamierungskampagne. Daß wir darauf noch nicht gekommen sind! Leider erwies sich inzwischen, daß die Haltung der FDP in der Fibag-Abstimmung doch nicht ganz so überzeugend war, wie es zunächst schien. Zehn Abgeordnete fehlten oder enthielten sich der Stimme[32].

Spiegel-Affäre. Kuba-Krise. Koalitionsquerelen

Montag, den 9. Juli 1962

Am Sonntag erhielten wir in Nordrhein-Westfalen die Quittung für unsere tarifpolitischen Eiertänze während der letzten Wochen: Fünf Prozent unserer Wähler haben uns dort seit dem 17. September den Rücken gekehrt und sind offenbar zu den Sozialdemokraten übergelaufen[33]. Diese Ansicht vertrat heute nachmittag auch Mende vor dem Bundesvorstand. Döring

[31] Am 25.6. hatten die drei Westmächte der Sowjetunion Viermächte-Verhandlungen der Stadtkommandanten zur Verhinderung weiterer Schießereien an der Mauer vorgeschlagen (ADG, S. 9, 944f.).

[32] Die FDP-Minister Mischnick, Starke und Scheel waren der Abstimmung ebenso ferngeblieben wie ein großer Teil der FDP-Abgeordneten. Lenz und Stammberger stimmten für die Zurückweisung des Antrages.

[33] Bei den Landtagswahlen in NRW am 8.7.1962 erhielt die FDP 6,9% der Stimmen gegenüber 7,1 im Jahre 1958 und 11,8 bei der letzten Bundestagswahl. Die SPD bekam 43,3% (39,2; 37,3) und die CDU 46,4% (50,5; 47,6). Die CDU verlor ihre absolute Mehrheit und einigte sich am 12. Juli mit der FDP über eine Koalition unter Ministerpräsident Franz Meyers.

fügte hinzu, daß man uns wohl ebenso die Vorgänge um die Regierungsbildung im Herbst nicht vergessen habe („Haltungswechsel in der Kanzlerfrage"). Kritik übte D. allerdings auch an Mende, der durch sein *Bild*-Interview (die „dummen Wähler") die Verdrossenheit des Wahlvolkes gegenüber der FDP noch verstärkt habe[1]. Zudem müsse man sich fragen, ob eine kleine Partei wie die unsere eine solche Finanzpolitik machen könne, wie Starke sie praktiziere, ohne Rückschläge zu erleiden.

Dann unterhielt man sich über die Konsequenzen. Die Ansicht überwog, daß man zwar durch das Eindringen der SPD in bürgerliche Wählerschichten für Koalitionsverhandlungen künftig mehr Bewegungsfreiheit habe, dennoch in Düsseldorf wiederum eine bürgerliche Koalition anstreben sollte. Einige (z. B. Bucher und Kastenmeyer) plädierten für ernsthafte Überlegungen in Richtung auf eine SPD/FDP-Koalition an Rhein und Ruhr; auch Achenbach, der im übrigen wieder seine alte Platte mit der „Friedensinitiative" spielte, scheint mit solchen Ideen zu liebäugeln. Doch solche Ansichten setzten sich im Vorstand nicht durch.

Dem schloß sich eine allgemeine Manöverkritik an der Koalition in Bonn an: sie war überwiegend negativ. Aufhänger war Adenauers Europa-Politik und des Kanzlers jüngste Paris-Reise[2]. Mende äußerte sich verbittert über die CDU-Methode, ihre Nachfolge-Probleme „auf dem Rücken" der FDP auszutragen. Er habe mit seiner öffentlichen Erklärung zur Koalitionssituation am Freitag erreichen wollen, daß CDU/CSU und FDP in nächster Zeit zu einer gemeinsamen Planung ihrer Regierungsarbeit kommen[3]. Entweder bekämen wir in den nächsten acht Tagen eine entsprechende klare Entscheidung der CDU oder die Koalition müsse aufgelöst werden. Mende: „Ich würde keinen Finger rühren, wie ich es noch 1961 getan habe; die Partei ist mir wichtiger als die Koalition".

Starke unterstützte Mendes Absichten. Er klagte, die Regierung sei führerlos geworden, die CDU wisse nicht mehr, was sie wolle. Die „Diado-

[1] Sechs Wochen vor der Landtagswahl hatte sich Mende gegenüber der *Bild*-Zeitung wie folgt geäußert: „Wer die FDP nur gewählt hat, damit wir Adenauer abschießen, der hat dumm gewählt. Auf dumme Wähler verzichte ich gern". (*Der Spiegel* Nr. 29 vom 18.7.1962: „Bonn – Koalition – Kleine Brötchen").

[2] In der Sorge, Adenauer könne sich bei seiner Parisreise (3.–8.7.) allzusehr vor den Karren de Gaulles spannen lassen, besonders bei dessen Politik gegenüber Großbritannien und der NATO, hatte die FDP-Bundestagsfraktion am 29. Juni dem Kanzler einen Brief zugeleitet, in dem sie noch einmal ihren Standpunkt zu den genannten Problemen erläuterte. Vgl. fdk 13/51 vom 3.7.1962, W. Schollwer: „Rückenstärkung".

[3] Vor der Presse in Düsseldorf hatte Mende am 6.7. das Klima in der Bonner Koalition als „unerträglich" bezeichnet und erklärt, die Bundesregierung befinde sich in einer schweren Koalitionskrise, in der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht mehr möglich sei. Er begründete seine Äußerungen u. a. mit dem Versuch des Ministerpräsidenten Meyers, Minister Starke für einen Bergarbeiterstreik an der Ruhr verantwortlich zu machen, und der Erklärung Würmelings, die Kritiker von Strauß in der Fibag-Affäre seien „Bolschewistenknechte".

chenkämpfe" der Union würden durch den Finanzminister bezahlt. Bis zum September müsse ein Arbeitsprogramm fertig sein, damit der Haushalt aufgestellt werden könne. Neun Milliarden DM stünden an, die nicht bezahlt werden könnten; selbst 6 Milliarden wären nicht zu verkraften. Die FDP müsse entweder aus der Koalition heraus oder mit Härte einen festen Standpunkt vertreten.

Döring zeigte sich gleichfalls pessimistisch. Er habe große Sorge, daß die FDP ihren sozialpolitischen Kurs nicht durchhalten werde. Die Angst der CDU vor der SPD sei ungeheuer gewachsen. Sie werde darum versuchen, den Sozialdemokraten in der Sozialpolitik den Rang abzulaufen: „Entweder verrät die FDP ihre Wähler oder sie läuft von Gesetzentwurf zu Gesetzentwurf hinterher". Diese Zerreißprobe, meinte D., hielten wir auf die Dauer nicht durch. Er warnte davor, mit großen Illusionen in das Mittwoch-Gespräch hineinzugehen[4]. Adenauer werde dort Versprechungen machen, und in vierzehn Tagen komme dann ein neuer Gesetzentwurf auf den Tisch mit Blick auf die bayerischen Wahlen. „Mit diesem Kanzler, der so operiert, sind keine Vereinbarungen möglich – er wird uns immer im Stich lassen. Das ist meine persönliche Überzeugung!"

Darauf Mende: jetzt sind wir an dem entscheidenden Punkt. Entweder nachgeben oder festbleiben – und dann zu einem ungünstigen Zeitpunkt ausscheiden. Es sei die Frage, ob wir von Monat zu Monat in eine neue Koalitionskrise stolpern werden. Er sage: lieber ein Ende mit Schrecken als eine latente Krise! – Doch auf diese dramatischen Sätze gingen die nachfolgenden Diskussionsteilnehmer nicht ein. Die Aussprache verflachte, man spürte die Unlust zu dramatischen Entscheidungen. So lenkte Mende schließlich selbst mit der Bemerkung ein, er denke nicht daran, die Koalition „leichtfertig aufzukündigen". Das obliege im übrigen der Entscheidung des Hauptausschusses. Vielleicht wolle auch die CDU die Regierung umbilden. Und Döring fügte hinzu: wir sollten am Mittwoch ganz offen sagen, daß wir einem Kanzlerwechsel nicht im Wege stünden. Je schneller dieser Wechsel komme, um so besser. – Also warten wir auf den Mittwoch!

Am Schluß der Vorstandssitzung noch eine kleine interne Kontroverse: Mende verlas eine vom engeren Vorstand ausgearbeitete Liste der neuen Ausschußvorsitzenden. Danach soll Mende künftig selbst den Außenpolitischen Ausschuß übernehmen. Achenbach protestierte: Bisher seien außenpolitischer Arbeitskreis und Ausschuß identisch gewesen. Mende entgegnete, der Schwerpunkt der Außenpolitik liege nach Meinung der

[4] Für den 11. Juli nachmittags war im Bundeskanzleramt ein Koalitionsgespräch unter Leitung Adenauers zur Beilegung der koalitionsinternen Streitigkeiten verabredet. Über den Verlauf dieses Gesprächs siehe *Der Spiegel* Nr. 29 vom 18.7.1962 (Titelgeschichte).

Partei zu sehr bei der Fraktion. Auch solle die Ausschußarbeit mehr aktiviert werden[5]. Die Entscheidung wurde vorerst zurückgestellt.

Donnerstag, den 12. Juli 1962

Döring hat Recht behalten: die gestrige „Friedenskonferenz" der beiden Koalitionsparteien im Palais Schaumburg brachte die erwartete „Versöhnung"[6]. Wie lange sie andauern wird, weiß jedoch kein Mensch.

Samstag, den 14. Juli 1962

Obwohl der erweiterte außenpolitische Arbeitskreis am 12. Juni auf Vorschlag Dehlers beschlossen hatte, auf der heutigen Sitzung Rauch und mich zur Deutschland- und Berlin-Politik zu hören, erteilte Achenbach lediglich R. das Wort und übersah in der anschließenden Diskussion geflissentlich alle meine Wortmeldungen. Rauch lag wiederum völlig auf der Achenbach'schen Linie, stellte den Abschluß eines Friedensvertrages in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen und gab Einzelheiten kund über den von ihm erdachten „Wiedervereinigungs-Verlauf". Glücklicherweise nahm Mende zeitweilig an der Sitzung teil. Er wies die Ausführungen Rauchs als illusionär zurück und plädierte für ein zeitliches „Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten". Die einzige Möglichkeit einer Wiedervereinigung ergebe sich „durch wechselseitiges Zurückziehen gewisser Exponenten wie Adenauer und Ulbricht". Döring meinte, es stelle sich die Frage, ob die Vorstellungen und Methoden, die wir vor fünf Jahren hatten, heute noch realistisch seien und stimmte im übrigen Mende zu. Diese Interventionen sowie ein bemerkenswerter Beitrag von Parteifreund Sommerlatte brachten Dehler in Rage: „Ich pfeife auf die FDP, wenn wir so weit sind ... Mit meinem Namen wird diese Politik nicht gedeckt!" Schon zu Beginn der Aussprache hatte sich D. gegen die West-Integrationspolitik gewandt und dann auch mich noch einmal auf die Hörner genommen. Mende blieb jedoch bei seinen Auffassungen (langfristige Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pankow zum Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands), die auch der Ansicht der Mehrheit des Arbeitskreises zu entsprechen scheint. Dehler hatte inzwischen grollend den Raum verlassen[7].

[5] Praktisch hatte der Außenpolitische Ausschuß in den letzten Jahren nur noch auf dem Papier existiert; er war zu keiner Sitzung mehr einberufen worden. Damit hatte sich die außenpolitische Tätigkeit der Partei völlig auf die Fraktion und ihren Arbeitskreis verlagert, dem Achenbach vorstand.

[6] In einem Kommuniqué der Koalitionsparteien wurde vereinbart, daß Bundeskanzler Adenauer in regelmäßigen Abständen Koalitionsbesprechungen abhalten sollte, weil der sog. Koalitionsausschuß die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt habe.

[7] Aus Schollwers Notizen geht hervor, daß sich Sommerlatte „als Wirtschaftler sehr nachdrücklich" für die europäische Integration ausgesprochen hatte. Dehlers

Mittwoch, den 25. Juni 1962

Am späten Nachmittag war Rauch bei mir, zu einem „Friedensgespräch", wie er sagte. Offenbar hat ihn nun doch die Kritik Mendes und Dörings beeindruckt. Er trug mir jedenfalls einen Alternativplan zu seinem am 14. d. M. vorgelegten Maximalprogramm vor, der eine auffallende Ähnlichkeit mit den Tendenzen meines bisher von ihm bekämpften Deutschland-Konzepts hat. Man soll die Hoffnung doch niemals aufgeben ...

Achenbach läuft indessen noch immer auf der alten Schiene. In recht großzügiger Interpretation des Ausgangs unserer letzten Arbeitskreis-Sitzung leitete er dem Bundesaußenminister inzwischen eine Aide memoire zu, das nur einen konkreten, dafür aber nicht neuen Vorschlag enthielt: den Wiederzusammentritt der 1959 „nur unterbrochenen" Außenministerkonferenz.

Freitag, den 27. Juli 1962

Die heutige Bundesvorstandssitzung fand unter zeitweiligem Ausschluß der Mitarbeiter statt. Man befürchtete neue Indiskretionen wie die nach der letzten Tagung des Vorstandes. Dabei ist die undichte Stelle mit Sicherheit nicht in der Bundesgeschäftsstelle zu finden.

Mende unterrichtete den Vorstand über das „Friedensgespräch" am 11. Juli. Er habe zu Adenauer gesagt, seit dem Wahlsonntag fürchte die FDP die Drohung mit dem Mehrheitswahlrecht nicht mehr. Nachdem die SPD die CDU-Wahlkreise erobert habe, dürfte ein solches Wahlsystem Adenauers Partei mehr schaden als der FDP. Die (auch vom *Spiegel* verbreitete) These, die FDP setze alles daran, um Adenauer zu halten, selbst über den Herbst 1963 hinaus, sei eine glatte Erfindung, sagte Mende. Sollte die Union nicht bereit sein, zu diesem Zeitpunkt Adenauer zurückzuziehen, so müsse unsere Partei ihre fünf Minister aus dem Kabinett zurückziehen. Der späteste Termin sei Herbst 1963. „Lieber eine schwarzrote Koalition als sich zum zweiten Male durch Adenauer unter das Joch beugen lassen" (Beifall).

Döring meinte, Adenauer müsse bereits bis Mitte 1963 zurücktreten, und im Herbst dieses Jahres sollten entsprechende Verhandlungen darüber mit den Unionsparteien beginnen. Adenauer denke jedoch überhaupt nicht daran, freiwillig das Feld zu räumen. Dufhues habe Döring erklärt, bis 1965 werde von der CDU kein anderer Kandidat als Erhard präsentiert werden; E. sei jedoch nur ein Übergangskandidat (!).

Kühlmann übte scharfe Kritik am Fraktionsvorstand, weil er seinen

Fortsetzung Fußnote von Seite 62

Replik dazu wurde ebenfalls von Schollwer mitgeschrieben: „Jeder Tag der europäischen Integration nimmt uns die Chance einer deutschen Integration ... Kollege Schollwer hat auf Wunsch Mendes bereits einmal ein Konzept vorgetragen, das völlige Resignation bedeutet".

Vorschlag zurückgewiesen habe, auf der „Friedenskonferenz" einen Termin für den Rücktritt Adenauers zu fordern. Mende konterte, der Vorstand habe diesen Vorschlag abgelehnt, weil er ihn für taktisch unklug hielt.

Auch während dieser Sitzung war das Unbehagen der Vorstandsmitglieder über die mangelhafte Führung der Partei wieder deutlich spürbar. Was freilich zahlreiche Parteifreunde nicht davon abhielt, die Sitzung vorzeitig zu verlassen. – Am Rande der Tagung erfuhr ich, daß mein Berlin-Artikel vom Dienstag am Tag darauf Diskussionsgegenstand bei einer Unterredung zwischen Schröder und Vertretern der drei Bundestagsparteien war. Carstens habe die Tendenz meines Kommentars nachdrücklich zurückgewiesen. Dieser Artikel hatte auch in der Presse etwas Furore gemacht und damit seine Aufgabe erfüllt.

Montag, den 13. August 1962

Am Wochenende mit Mende in Berlin. Zum Jahrestag der Mauer unterrichtete sich der Parteivorsitzende an Ort und Stelle über den gegenwärtigen Stand des Berlin-Problems. Freitag vormittag ein einstündiges Gespräch mit Bürgermeister Amrehn im Schöneberger Rathaus. A. lobte die Tätigkeit Leopolds (Treuhandstelle für Interzonenhandel) und wünscht dessen stärkere Einschaltung. Andererseits lehnte der CDU-Politiker jede Verhandlungsinitiative des Westens in der Berlin- und Deutschlandfrage ab. Die Sowjets, so Amrehn, würden dadurch nur Hoffnung schöpfen, doch noch mit ihren Plänen durchzukommen. Es sei jetzt eine harte Haltung des Westens nötig, die Kennedy-Regierung sei viel zu nachgiebig. Jeder Versuch des Ostens, eine Aufwertung der DDR zum Beispiel durch Austausch irgendwelcher Schriftstücke zwischen den deutschen Verwaltungen (mit „verfänglichen Formulierungen" und damit eine De-facto-Anerkennung) zu erschleichen, müsse abgewehrt werden. A. lehnte Friedenskonferenzen ebenso ab wie ständige Deutschlandkonferenzen mit gesamtdeutschen Kommissionen. Er hält dafür einen separaten Friedensvertrag zwischen Moskau und Pankow offenbar für unvermeidbar.

Mende – und auch Borm, der an dem Gespräch teilnahm – waren wie ich von der politischen Einfallslosigkeit dieses Berliner Spitzenpolitikers beeindruckt. Daß der Berliner Senat die Amrehnschen Auffassungen wohl nicht ganz teilt, verrieten Äußerungen von SPD-Senatsdirektor Klein, der uns am Freitag morgen vom Flugplatz abholte. K. unterrichtete Mende über ein Gespräch mit dem sowjetischen Diplomaten Michailow, bei dem sich interessante Ansätze für eine allmähliche Entspannung in Berlin sowie für eine spätere Lösung auch des deutschen Problems ergeben hätten. Die Sowjets seien über die Mißerfolge Ulbrichts und seines Regimes sehr ungehalten. Wenn die Bundesregierung bereit wäre, Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion für Schäden aus dem 2. Weltkrieg in gro-

ßem Umfange zu leisten (Kredite, Warenlieferungen etc.), so werde die Sowjetunion zu einer Korrektur ihrer Deutschlandpolitik bereit sein. Sogar die Frage der Oder/Neiße-Grenze sei dann noch nicht völlig aus der Diskussion. – So Michailow angeblich zu Klein.

Samstag früh war Mende allein bei von Eckardt. Anschließend ein Pressegespräch mit den Berliner Chefredakteuren im Hotel Kempinski. M. teilte einige Einzelheiten seiner Gespräche mit Smirnow, Rusk und Lord Home mit. Danach sei im Herbst dieses Jahres oder im kommenden Frühjahr mit dem Abschluß eines Separatvertrages zwischen Moskau und Pankow zu rechnen. Bei dieser Gelegenheit wandte sich M. u. a. gegen die Äußerung Schröders, ein solcher Vertrag werde juristisch ein „Nullum" sein. Ich hörte das mit Vergnügen, nachdem mich Mende während unseres Fluges nach Berlin auf Bitzers Bericht in der *FAZ* vom gleichen Tage über die Reaktion der FDP auf Äußerungen des Außenministers zum Separatvertrag angesprochen hatte. Als ich bekannte, der Urheber dieser Meldung zu sein, meinte M. etwas nervös, ob es denn nötig gewesen sei, diese Sache so hoch zu spielen. Nun spielt er vor der Presse selbst mit[8].

Am frühen Samstag nachmittag Mauerfahrt mit Mende in einem Senatswagen: Potsdamer Platz, Brandenburger Tor, Reichstag, Bernauer Straße. Dort in einer Nebenstraße die Eingeschlossenen aus den Fenstern in Richtung Westberlin schauend, politische Gefangene ohne Hoffnung auf baldige Befreiung. Wer wollte angesichts solchen Elends noch immer glauben, man könne die Berlin- und Deutschlandfrage „auf Eis" legen und abwarten, bis für den Westen und seine Ziele einmal bessere Zeiten kommen? Am Freitag abend auf einer FDP-Mitgliederversammlung im Studentenhaus am Steinplatz forderte Mende den Ausbau Berlins zu einem Zentrum der internationalen Wissenschaft und die Einsetzung gesamtdeutscher Kommissionen unter einem Viermächtedach. Auf die Frage Kruspis, ob denn die FDP nicht die Koalition verlassen müsse, wenn die CDU nicht bereit sei, ihren Immobilismus in der Berlin- und Deutschlandpolitik aufzugeben, gab der Parteivorsitzende freilich keine Antwort. Er wußte warum...

[8] „FDP über die Äußerungen Schröders verstimmt – Mende will mit dem Kanzler sprechen – Vorbehalte gegen Hallstein-Doktrin" in *FAZ* vom 10.8.1962. Eberhard Bitzer, Bonner *FAZ*-Korrespondent, hatte mit dem Verf. am 9.8. ein längeres Telefongespräch über die Reaktionen der FDP auf Schröders Vorstoß geführt. Der Bundesaußenminister und der CDU-Abgeordnete Majonica hatten an dritte Staaten die Warnung gerichtet, nicht den angekündigten Separatvertrag mit der DDR zu unterschreiben, weil andernfalls die Bundesregierung diplomatische und wirtschaftliche Konsequenzen ziehen müsse. Der Verf. hatte wegen zu erwartender negativer Folgen für die Außenpolitik Bonns vor einem solchen Verfahren gewarnt. Diese Warnung wiederholte Mende in Berlin, indem er vor der Presse erklärte: „Wir haben ... mit gewissem Unbehagen gesehen, daß der Bundesaußenminister in der Öffentlichkeit eine Drohung gegenüber neutralen und Entwicklungsländern ausgesprochen hat, falls sie den Separatvertrag mitmachen sollten".

Freitag, den 17. August 1962

Heute nachmittag ist wieder ein Flüchtling an der Mauer verblutet. Vopos verhinderten mit Rauch- und Tränengas, daß westliche Passanten dem schwerverletzten jungen Mann zu Hilfe eilten. Welche Barbarei[9]!

Mittagessen mit Schtscherbakow. Der rechnet vorerst mit keinem neuen Gesprächsangebot Moskaus an Bonn wegen dessen ablehnender Haltung. Am Mittwoch, als ich Sweet im Club auf die Notwendigkeit solcher Gespräche hinwies, hatte ich den Eindruck, daß die Amerikaner diesem Gedanken keineswegs völlig ablehnend gegenüberstehen. Bei dieser Gelegenheit gab ich dem amerikanischen Diplomaten meine Studie zur vertraulichen Lektüre.

Dienstag, den 21. August 1962, De Koog (Texel)

Wegen des Flüchtlingsmordes soll es in Westberlin zu Demonstrationen gegen das Ulbricht-Regime gekommen sein. Daß den Berlinern allmählich der Kragen platzt, wer wollte es ihnen verübeln?

Samstag, den 25. August 1962, De Koog (Texel)

Berlin ist nach wie vor in den Schlagzeilen. Die *Welt* berichtet über die neuerliche Forderung der Westmächte nach einer Viererkonferenz über Berlin. Werden die Sowjets dieses Mal zustimmen? Die CDU hat z. Zt. offenbar ganz andere Sorgen: Brentano forderte in Lübeck ein reines Mehrheits-Wahlsystem, weil jede Koalition „von Übel" sei[10]. Das ist wohl die Rache für seinen Sturz im vergangenen Herbst.

Sonntag, den 2. September 1962

Nach Alkmaarer Käsemarkt und Amsterdamer Rijksmuseum wieder in Bonn. Hier macht zur Zeit ein Fernseh-Interview des Kanzlers Furore. Nun wissen es die Briten ganz genau: unser „großer Europäer" möchte England nicht in der geplanten politischen Union Europas haben. Die britische Regierung hat sogleich Adenauers Behauptung zurückgewiesen, Großbritannien wolle sich ja auch selbst gar nicht in Europa politisch engagieren. Auch Schröder hat seinem Kanzler bereits öffentlich widersprochen. Nur General de Gaulle dürfte mit seinem alten Freund Konrad sehr zufrieden sein. Ein passender Auftakt für den Staatsbesuch[11].

[9] Bei dem Flüchtling handelte es sich um Peter Fechter.

[10] „Brentano: Jede Koalition ist von Übel" in: *Die Welt* vom 25.8.1962.

[11] De Gaulle besuchte vom 4. – 9. 9. die Bundesrepublik. Die erwähnten Äußerungen Adenauers fielen am 28.8. im Rahmen einer Pressekonferenz des *SFB*.

Dienstag, den 11. September 1962

De Gaulles Triumphzug durch die Bundesrepublik hat sicherlich nicht nur im Osten unbehagliche Gefühle hervorgerufen. Auch bei einigen unserer westlichen Nachbarn dürfte die demonstrative Herausstellung der Sonderbeziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik die Sorge einer deutsch-französischen Vormachtstellung in Europa belebt haben. Hinzu kommt, daß – nach meinem Geschmack – der Jubel unserer Bevölkerung über die politischen Platitüden des langen Generals und seine Lobhudeleien eher peinlich wirkte.

Samstag, den 15. September 1962

Peter Hopen hat mit seinem heutigen Aufmacher im *Mittag* einen großen Wirbel verursacht[12]. Bis zum frühen Nachmittag hatte ich in der Geschäftsstelle und im Bundeshaus zu tun, um die Reaktionen auf den Knüller abzufangen. Die angebliche Forderung der FDP nach schneller Ablösung Adenauers schon vor dem Herbst 1963 hat die Parteiführung vermutlich weniger aufgeschreckt als Hopens Berichte über Erwägungen in der Bundestagsfraktion, Mende als Fraktionsvorsitzenden abzulösen und durch Döring zu ersetzen.

Genscher bestätigte mir gegenüber diese Version. Auf der heutigen Landesausschußsitzung in Bochum sei Mende heftig angegriffen worden. Man habe dort auch Überlegungen angestellt, ob man E. M. auf einen Minister- oder Botschafterposten abschieben könne. Mendes mangelnde Führungskunst läßt solche Reaktionen begreiflich erscheinen. Darum hat Hopen nicht recht, wenn er schreibt, daß die Person Mendes „vorläufig außerhalb der Debatte" sei. – Wir haben noch am späten Vormittag eine Stellungnahme Dörings zum Adenauer-Komplex (nicht zum Mende-Problem!) herausgegeben, die den *Mittag*-Bericht weder bestätigt noch dementiert, dafür jedoch die völlige Einigkeit der FDP in dieser Frage beteuert[13]. Das muß wohl so sein.

[12] „FDP fordert schnelle Ablösung Konrad Adenauers – Der Kanzler lehnte schon ‚mit Nachdruck' ab" in: *Der Mittag* vom 15.9.1962. Diesem Bericht zufolge soll Döring „vor etwa 10 Tagen" diese Forderung dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Brentano vorgetragen haben. Wenige Tage später habe B. erklärt, Adenauer werde und könne solange im Amt bleiben, wie er wolle. Weiter hieß es in dem Hopen-Bericht: „Mit der Verbitterung über Adenauer war überdies auch Unmut über den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Erich Mende verbunden. Die ‚Rebellen' diskutieren bereits die Möglichkeit, Mende als Fraktionsvorsitzenden abzuwählen und durch Döring zu ersetzen".

[13] Diese Stellungnahme Dörings wurde in der fdk nicht abgedruckt, sondern von der FDP-Pressestelle nur per Zehnerblock am 15.9. an die Agenturen verteilt. In der Bochumer Erklärung Dörings hieß es u. a.: „Die Frage der Nachfolge im Bundeskanzleramt wird in beiden Koalitionsfraktionen erörtert. Diese Erörterung wurde nicht zuletzt durch die unrichtige Behauptung des stellv. CDU-Vorsitzenden ... von Hassel ausgelöst, die FDP wolle Konrad Adenauer länger als die CDU im Amt be-

Freitag, den 21. September 1962

Nun hat auch die CDU in der Frage der Adenauer-Nachfolge Klarheit geschaffen. Dufhues und von Hassel teilten gestern mit, Adenauer werde im kommenden Jahr zurücktreten. Diese Aussage erfolgte nicht ganz freiwillig, denn das Thema hat in dem jetzt zu Ende gehenden Wahlkampf in Schleswig-Holstein eine gewisse Rolle gespielt. Die Union fürchtet wohl Stimmenverluste am Sonntag, falls das Brentanowort von der unbefristeten Tätigkeit des Kanzlers Adenauer im Raum stehen bleibt. Nachfolger Adenauers soll nach einer Mitteilung Majonicas Ludwig Erhard werden. Damit wäre den Wünschen der FDP endlich Rechnung getragen.

Neuerliche Indiskretionen über die sowjetisch-amerikanischen Berlingespräche haben die Bundesregierung alarmiert. Der Epstein-Bericht scheint auf undichte Stellen in unserer Washingtoner Botschaft hinzuweisen[14]. Norbert Tönnies meinte heute im *General-Anzeiger*, es habe den Anschein, „als ob einige bundesrepublikanische Diplomaten den staatsrechtlichen Status der Bundesrepublik, nämlich den Status der Freiheit, verwechseln mit persönlichem Geltungsbedürfnis". Dem ist nichts hinzuzufügen.

Montag, den 24. September 1962

Auch in Schleswig-Holstein bekamen wir den Unmut unserer Bundestagswähler zu spüren: fast 6% Verlust gegenüber 1961[15]. Immerhin konnten unsere Parteifreunde im Norden gegenüber den letzten Landtagswahlen einige Punkte gutmachen und zwei Sitze hinzugewinnen. So sind wir – wie Moersch es heute abend in der Wessel-Runde so hübsch ausdrückte – „mit einem kleinen blauen Auge davongekommen".

Dieses „Unter uns gesagt" mit Zimmermann, Barsig, Moersch und drei Journalisten brachte nur eine interessante Feststellung: die Entschlossenheit der SPD, via Große Koalition so bald wie möglich an die Macht zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 67

lassen. Wie abwegig eine solche Behauptung ist, ergibt sich schon daraus, daß von anderer Seite der FDP vorgeworfen wird, sie wolle jetzt Adenauer stürzen" (Text in: Handakten Schollwer, ADL 6953/36).

[14] Am 31.8.1962 hatte der amerikanische Publizist Epstein im *Rheinischen Merkur* einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich auf Grund bisher unveröffentlichter Dokumente mit den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen der USA und Großbritanniens einerseits und der Bundesregierung andererseits über die Deutschlandfrage beschäftigte. Bundesaußenminister Schröder veranlaßte am 12.9. die Bundesanwaltschaft zur Untersuchung der Frage, ob die Epstein-Veröffentlichung, die vom *Spiegel* in seiner Nr. 37 vom 12.9. ebenfalls publiziert worden war, auf Materialien beruhe, die dem Verfasser durch Indiskretion deutscher Stellen zugänglich geworden sei.

[15] Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 23.9.1962 erhielten die CDU 45,0 (1958: 44,4; 1961: 41,8), die SPD 39,2 (35,9; 36,4) und die FDP 7,9 (5,9; 13,8) Prozent der Stimmen.

gelangen. Allerdings schränkte der wieder einmal recht grobschlächtig argumentierende Barsig das sozialdemokratische Streben nach Regierungsämtern mit der Bemerkung ein: „Mit der Spitze Adenauer nicht". Gegenteilige Äußerungen Wehners in Nürnberg seien ein „grauenhafter Irrtum". Wessel ließ es sich nicht nehmen, der FDP einiges auszuwischen und durch Brüskierung Moerschs seine unveränderte Abneigung gegen die Liberalen zum Ausdruck zu bringen[16]. M. hat sich im Rahmen des Möglichen trotzdem sehr gut geschlagen.

Montag, den 1. Oktober 1962

Heute vormittag Referat vor dem Rengsdorfer Seminar. Ich hatte bereits für Münster ein neues Manuskript ausgearbeitet, in dem alle die Fakten aufgeführt werden, die mich zum Überdenken unserer Deutschlandpolitik veranlaßten. Die anschließende Diskussion verlief sehr sachlich, sie war zudem relativ kurz. Kuschnitzky unterstützte vorsichtig meine Ansichten und behauptete ein „festes Interesse Rußlands, sich mit Deutschland über seine Zukunft zu einigen". Das glaube ich auch.

Der *Spiegel* fährt heute fort, in der neuesten Strauß-Affäre herumzustochern. Nachdem der Minister seine Absicht, Regierungschef in Bayern zu werden, aufgegeben hat, scheint Augstein entschlossen, durch die Aufdekkung von höchst undelikaten Rüstungsgeschäften Herrn Strauß doch noch zur Strecke zu bringen[17]. Die Fibag-Geschichte hat sich ja leider im Sande verlaufen.

Mittwoch, den 3. Oktober 1962

Auf einer vielstündigen außenpolitischen Klausurtagung der Fraktion sind gestern keine wirklichen Fortschritte im Sinne eines aktuellen, realistischen Deutschlandkonzepts erzielt worden. Die wenig überzeugende Formel Achenbachs, daß die Genfer Konferenz nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen sei, bestimmte das Denken der meisten Abgeordneten. Immerhin fand Achenbachs Lieblingskind, die „Friedenskonferenz", keine breite Zustimmung. Insbesondere Mende meldete erneut Bedenken an (aus Friedenskonferenz könne sich leicht eine Reparationskonferenz entwickeln). Dehler, der Achenbach in nahezu allen Punkten seines Einleitungsreferates zustimmte, stieß sich lediglich an der europäischen „Verpackung" der Vorschläge des AK-Vorsitzenden. Zweifel wurden

[16] Kurt Wessel sagte zu Moersch, der für ein Vorstandsmitglied eingesprungen war, er schätze ihn (den FDP-Pressechef – d. Ver.) zwar sehr, wisse aber eines nicht: „Machen Sie die Politik der FDP oder ist es nicht Ihre Aufgabe ..., allein für die Propagierung und Verbreitung der FDP-Politik zu sorgen?".

[17] Nach einem Bericht des *Spiegel* (Nr. 39 vom 26.9.1962) hatte Strauß zwei Monate lang den Gedanken erwogen, sich nach Bayern zurückzuziehen und dort das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen. Nach einigem Hin und Her – auch in seiner eigenen Partei – beschloß Strauß jedoch am 17.9. in Bonn zu bleiben.

auch laut über Achenbachs recht gewagten Vergleich der gegenwärtigen Situation mit der von 1939[18]. Strittig blieb, ob ein neuer Vorstoß der FDP in Richtung Viermächte-Verhandlungen trotz jüngster Gradl-Äußerungen in der Koalition wirklich Chancen habe. Bucher meinte sogar, ein Gespräch mit der CDU über solche deutschlandpolitischen Initiativen sei „verlorene Liebesmüh", solange der Bundeskanzler Konrad Adenauer heißt.

Kühlmanns überraschender Vorschlag, von meiner Studie auszugehen und „das noch mal zu Ende zu diskutieren", wurde von der Fraktion überhört. Nur Dehler fühlte sich offenbar alarmiert: er attackierte Kühlmann und behauptete, „wir haben den Plan Schollwers nicht behandelt, weil wir übereinstimmend sagten, das ist ein Plan der Resignation". Meinte Hermann Dürr, zu mir gewandt: „Ich hatte nicht den Eindruck, daß Sie damals so durchgeflogen sind!" Ich auch nicht.

Freitag, den 5. Oktober 1962

Schtscherbakow stellte mir gestern seinen Nachfolger vor: Albert Dimitrijew, einen Mann Mitte dreißig, der schon einmal in der Bundesrepublik Dienst getan hat. Beim gemeinsamen Mittagsmahl im „Asia" wurde diesmal wenig politisiert. Interessant die Reaktion Schtscherbakows auf meine Frage nach der Beurteilung des Botschafterwechsels in Moskau. Schtsch. zeigte sich demonstrativ uninteressiert: man wisse nicht, ob Groepper bereits in Moskau sei bzw. wann er komme; G. sei ein so unbekannter Mann. Ich hatte den Eindruck, die Sowjets sind gekränkt, daß man sie nach einem Mann wie Kroll nun mit einem wenig profilierten Diplomaten abspeist.

Mittwoch, den 10. Oktober 1962

Heute den ganzen Tag im Bundeshaus, vormittags im Arbeitskreis, am Nachmittag zur Fraktionssitzung. In beiden Gremien große Verbitterung über Adenauers gestrige Regierungserklärung. Achenbach sprach vom „Bruch des Koalitionsabkommens" und Mende beklagte, daß der Kanzler es abgelehnt habe, die FDP zuvor über den Inhalt seiner Erklärung zu informieren. Auch die von der FDP vorgetragenen speziellen Wünsche wurden nicht berücksichtigt[19]. Man war sich schließlich im Arbeitskreis

[18] A. erklärte, er habe im Außenpolitischen Ausschuß an 1939 erinnert, als Hitler sagte, der Westen sei knieweich und tue nichts. Die Folge sei gewesen, „daß der Westen schoß". Eine Parellele zu 1939 sei jetzt gegeben. „Wenn nichts geschieht, müssen wir in den nächsten Monaten mit dem Krieg oder mit einer schimpflichen Kapitulation rechnen".

[19] Mende hatte, wie er dem Arbeitskreis berichtete, Adenauer u. a. aufgefordert, zur Wiedervereinigung und Selbstbestimmung Stellung zu nehmen. Der Kanzler habe das zugesagt, dann aber doch nicht Wort gehalten. Mende habe ferner Ade-

darüber einig, daß Mende morgen in der Debatte auf die Erklärung des Regierungschefs nicht eingehen, sondern lediglich den Standpunkt der FDP vortragen solle. Bei dieser Gelegenheit soll sich M. auch noch gleich von den fragwürdigen Äußerungen Brandts zur Berlin-Frage „staatsmännisch distanzieren"[20]. Döring machte sehr pessimistische Äußerungen über die Zukunft dieser Koalition und Sonnenhol, der Scheel in die USA begleitet hatte, wußte Alarmierendes aus Washington zu berichten: die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien auf einem bisher nie erreichten Tiefpunkt angekommen. Die USA hätten „das Theater, das seit einem Jahr gespielt wird, zutiefst satt", seien aber für jeden vernünftigen Vorschlag Bonns aufgeschlossen. Für Washington stehe im übrigen jetzt Kuba im Vordergrund. Sollten die Russen dort Raketen landen, so könnten wir damit rechnen, „daß es bumst". – Mein Entwurf für den außenpolitischen Teil der Mende-Rede wurde mit einigen Ergänzungen und Verbesserungen akzeptiert. Schärfster Kritiker war Dehler (diesmal wohl zu Recht), der es sich im übrigen nicht verkneifen konnte, mich wegen der Adenauerschen Regierungserklärung in nicht ganz fairer Weise anzupflaumen.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Kuba wirkt der Bericht des *Spiegel* über das Resultat der Stabsrahmenübung der NATO („Fallex 62") doppelt beunruhigend. Wenn das alles stimmt, hat diese Bundesregierung die Bevölkerung über die wahre Sicherheitslage unseres Landes bisher bewußt getäuscht. Um so unverständlicher die markigen Sprüche unserer Unionschristen. Aber vielleicht gleichen sie nur dem Pfeifen ängstlicher Kinder im dunklen Wald[21]?

Freitag, den 12. Oktober 1962

Die zweitägige außenpolitische Debatte hat heute eine Koalitionsentschließung gezeitigt, in der eine gemeinsame ständige Konferenz zur Lösung der deutschen Frage gefordert wurde. Damit ist der Dissens allerdings nur scheinbar zugedeckt, der sich in der Deutschlandpolitik zwischen dem Kanzler auf der einen sowie der FDP und einigen CDU-Abgeordneten auf der anderen Seite in den letzten Tagen erneut aufgetan hat.

Fortsetzung Fußnote von Seite 70

nauer gebeten, etwas über die Viermächteverantwortung für Deutschland zu sagen. Daraufhin soll A. erklärt haben: „Wollen Sie wieder wie in Genf dasselbe? Das war doch blamabel – wir an den Katzentischen!"

[20] Brandt hatte am 8. Oktober in Berlin über seine zwei Tage zuvor beendete Amerika-Reise berichtet und erklärt, es müsse den Sowjets klar sein, daß die Preisgabe Berlins kein Preis für die Erhaltung des Friedens sei. Die USA hätten ihr Schicksal mit Entschlossenheit an das der Berliner gebunden. Wenn Chruschtschow den Konflikt haben wolle, werde er ihn bekommen". (ADG, S. 10175).

[21] Anspielung auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 9.10.1962, in der er die Hallstein-Doktrin erneut bekräftigt hatte (vgl. ADG 1962, S. 10171 ff.).

Solche Diskussionen dienen mehr der Verschleierung als der Aufdeckung harter politischer Fakten. Aber wir haben wenigstens unser Gesicht dabei gewahrt – hoffentlich!

Wie stark der Ärger der FDP-Führung über Adenauers Verhalten in dieser Woche ist, zeigte sich heute nachmittag im Bundesvorstand. Im Zusammenhang mit einer leicht gereizten Diskussion über die nach wie vor offenbar ungeklärte Frage, ob Scheel nun stellvertretender Außenminister sei oder nicht (Scheel: eine solche Position habe es nie gegeben), meinte Döring, wenn es uns nicht gelänge, innnerhalb der nächsten vier bis sechs Monate eine entsprechende Lösung dieses Problems mit Adenauer zu vereinbaren, „bin ich überzeugt, daß es in der Koalition zum Knall kommen muß". Mende habe gestern in seiner Rede unsere außenpolitischen Grundsätze festgelegt, die im „eklatanten Widerspruch zur Haltung der CDU" gestanden hätten[22]. – Sie fanden denn auch ein breites Presseecho, wobei in den heutigen Ausgaben der Blätter die Kommentierungen freilich noch fehlen. Im Plenum selbst hatte Mende leider kein sehr aufmerksames Auditorium.

Freitag, den 19. Oktober 1962

Die jüngste Bundestagsentschließung, in der die Einsetzung einer ständigen Konferenz der Vier zur Lösung der deutschen Frage gefordert worden war, hat in Washington und Moskau ein recht unterschiedliches Echo gefunden. Kennedys Sicherheitsbeauftragter Bundy nannte am vergangenen Sonntag die Forderung des Parlaments einen „vernünftigen Vorschlag", der genau geprüft werden solle. Die *Iswestija* schrieb dagegen gestern, dieser Vorschlag sei „unannehmbar". Er habe lediglich den Zweck, die westdeutsche „Obstruktion" gegen jede Regelung der Berlin-Frage zu tarnen. Damit hat sich Moskau nun schon zum zweiten Male negativ zur Resolution geäußert. So kommen wir offenbar nicht weiter.

Am Dienstag abend gab der Presseclub dem Fraktionsvorstand ein Essen, zu dem auch ich geladen war. Rapp hielt eine ironische Begrüßungsrede, in der die Skepsis des Bonner *FAZ*-Bürochefs gegenüber dem gegenwärtigen Kurs Mendes klar zum Ausdruck kam. Unser Vorsitzender hob sofort – sichtlich irritiert – zu einer langen Verteidigungsrede an, mit viel Pathos und einer Fülle deutscher und lateinischer Zitate. Adenauers jüngstes Bekenntnis zur Alleinvertretungsdoktrin erwies sich inzwischen als ein Rohrkrepierer. Damaskus jedenfalls hat jetzt den Spieß umgekehrt und versucht, uns mit der Drohung einer Anerkennung der „DDR" zu

[22] Auf der Abteilungsleiter-Besprechung am 15.10. meinte Mende, der außenpolitische Teil seiner Rede sei für ihn ein „Slalomlauf" gewesen. Minister Lemmer habe ihm anschließend gesagt: „Das war immer an der Grenze, aber ausgezeichnet differenziert".

erpressen[23]. Genau dieses haben wir ja immer befürchtet. Nun bleibt Bonn offenbar nichts anderes übrig, als der Erpressung nachzugeben. Wenn das Schule macht ...

Dienstag, den 23. Oktober 1962

Wir stehen am Rande eines Krieges. Die sowjetische Kuba-Politik hat Kennedy in der vergangenen Nacht zu einem dramatischen Schritt veranlaßt: Er gab eine Blockade gegen die Zuckerinsel und die Entschlossenheit der USA bekannt, jede von Kuba abgefeuerte Rakete auf eine Nation der westlichen Hemisphäre als Angriff der Sowjetunion auf die Vereinigten Staaten zu betrachten und entsprechend zu vergelten[24].

Die Lage in der Karibik hatte sich in den letzten Tagen verschärft, nachdem bekannt geworden war, daß die Sowjets auf Kuba eine Reihe von offensiven Raketenbasen errichten. Chruschtschow scheint dabei die Toleranzgrenze der Amerikaner völlig falsch eingeschätzt zu haben. So brachte er Kennedy in einen unvermeidlichen Zugzwang. Beide Weltmächte kämpfen um ihr Prestige. Hoffentlich gibt es noch einen Ausweg aus diesem Dilemma, sonst droht uns ein Dritter Weltkrieg und mit ihm das atomare Chaos.

Die Bonner Reaktion auf diese jüngste und vielleicht gefährlichste Krise der Nachkriegszeit ist nur nach außen hin gelassen. Im Arbeitskreis der Fraktion gab es heute vormittag eine ziemlich konfuse Diskussion darüber, wie man die durch die Kuba-Krise entstandene zusätzliche Gefährdung von Westberlin politisch abwehren könne. Achenbach rief prompt wieder nach seiner „Friedenskonferenz". Mende meinte dagegen, ein solches Unternehmen würde zu diesem Zeitpunkt die deutsch-amerikanischen Beziehungen „schwer belasten". Kreitmeyer forderte schließlich die FDP auf, Minister Schröder zu fragen, was geschehe, falls „die Sowjets in Berlin das gleiche tun wie die Amerikaner in Kuba". Sein Vorschlag: notfalls müßten wir „Adenauer und Schröder zum Teufel jagen". Doch dazu zeigten sich die anderen Parteifreunde wenig geneigt. Es erwies sich erneut, daß unser bisheriges Instrumentarium in der Berlin- und Deutschlandpolitik zumindest in solchen Situationen nicht ausreicht. – Im übrigen aber beschäftigte sich die Fraktion vor allem mit Themen wie Lohnfortzahlung und dem Sozialpaket.

[23] In der syrischen Presse war die Behauptung lanciert worden, Syrien wolle die DDR anerkennen, falls die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Syrien über die Finanzierung des Euphrat-Staudammes scheitern sollten. Daraufhin erklärte die Bundesregierung am 17.10. ihre Bereitschaft, die Verhandlungen mit Damaskus über den gewünschten Kredit fortzusetzen (Vgl. ADG 1962, S. 10183).

[24] Vgl. ADG 1962, S. 10193ff., hier auch Dokumentation der Kennedyrede.

Donnerstag, den 25. Oktober 1962

Zwei Tage waren die beiden Supermächte stramm auf Kollisionskurs, seit gestern abend hat sich die Krise leicht entspannt. Ein Teil der mit Raketen beladenen Sowjetfrachter soll seinen Kurs geändert haben und nun nicht mehr in Richtung Kuba laufen. So könnte der allseits gefürchtete Zusammenstoß zwischen Sowjets und Amerikanern in der Karibik vielleicht doch noch vermieden werden.

Dennoch bleibt die Lage ernst. Auch Dimitrijew, mit dem ich heute ein erstes längeres, politisches Gespräch hatte, äußerte sich zwar sehr zurückhaltend zu dem sowjetisch-amerikanischen Konflikt, bezeichnete aber andererseits die Situation als unverändert „sehr ernst"; er hoffe jedoch, daß eine friedliche Lösung dieser Frage erreicht werde.

Im Gegensatz zur Koalitionsentschließung scheint Mendes Rede im Bundestag von den Sowjets positiv aufgenommen worden zu sein. Auf jeden Fall von der Botschaft in Bonn, was heute Dimitrijew bestätigte. Insbesondere die Äußerungen M.s zu der Berlin-Erklärung von Brandt sei in Rolandseck zustimmend vermerkt worden. Die FDP sei die einzige Partei in der Bundesrepublik, die all die Jahre hindurch eine konsequente außenpolitische Linie vertreten haben, meinte der sowjetische Diplomat.

Montag, den 29. Oktober 1962

Während die Welt mit Erleichterung die Nachricht hörte, daß Chruschtschow sich in letzter Minute entschlossen habe, Kuba wieder zu räumen, wird die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik durch Meldungen alarmiert, wonach die westdeutsche Justiz in einer großangelegten Aktion Augstein und zwei leitende Redakteure des *Spiegel* verhaftet und die Hamburger Zentralredaktion des Nachrichtenmagazins besetzt hat. Zahlreiche Unterlagen der Redaktionen in Bonn und Hamburg sind beschlagnahmt worden. Die Verhafteten stehen unter dem Verdacht des Landesverrates und der aktiven Bestechung. Anlaß dieses befremdlichen Vorgehens der Bundesanwaltschaft sowie der Bonner Sicherungsgruppe soll der fast drei Wochen zurückliegende *Spiegel*-Bericht über die NATO-Übung sein. In Bonn läuft bereits das Gerücht um, Strauß sei in die Aktion eingeweiht gewesen; man munkelt sogar, dies sei die Rache des Bundesverteidigungsministers für Fibag und „Onkel Aloys"[25].

Mittwoch, den 31. Oktober 1962

Seit Mittag tagt der Fraktionsvorstand hinter geschlossenen Türen. Stammberger hat heute die Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß er als für Justizaktionen verantwortlicher Minister erst mit großer Verspä-

[25] Den Quellen-und Forschungsstand zur „Spiegel-Affäre" faßt zusammen: H.-P. Schwarz, Die Ära Adenauer 1957–1963 (Geschichte der Bundesrepublik Bd. 3), Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 261 ff.

tung über die gegen das Nachrichtenmagazin eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet wurde: er hat seinen Rücktritt angeboten[26].

Freitag, den 2. November 1962

Sieben Stunden tagten heute Bundesvorstand und Fraktion gemeinsam im Bundeshaus, um die nächsten Schritte der FDP in der *Spiegel*-Sache zu beraten. Den Beratungen lag u. a. ein Schreiben Adenauers zum Rücktritt Stammbergers zugrunde[27]. Stammberger, Döring und Weyer berichteten ausführlich über die *Spiegel*-Affäre sowie über die Lage in der Koalition[28]. Adenauer, von den Freien Demokraten gestellt, schlägt wie üblich Haken, bläst Nebel ab und verweist mal wieder auf den Ernst der Lage, die natürlich einen Rücktritt des Verteidigungsministers gar nicht zulasse.

Die Stimmung war gereizt; Stammberger zankte sich mit Kohut, der durch seine Fragen Stammbergers Anwesenheit im Parlament während der kommenden Fragestunde notwendig macht, obwohl er – St. – sich dringend in ärztliche Behandlung begeben müsse[29]. Auch sonst verlief die

[26] Mende gab Vorstand, Fraktion und Parteiverbänden der FDP am 31.10. mit Eilrundschreiben bekannt, daß Stammberger „heute den Fraktionsvorstand darüber unterrichtet (habe), daß er dem Bundeskanzler seinen Rücktritt erklärt habe". Der Fraktionsvorstand habe sich lt. Mende nicht in der Lage gesehen, „dem Bundesjustizminister zu einer Überprüfung dieser Entscheidung zu raten, bevor nicht die Verantwortlichen für die Nichtunterrichtung des Bundesjustizministers über die gegen das Nachrichtenmagazin ‚*Der Spiegel*' geplanten Maßnahmen zur Verantwortung gezogen sind". – Stammberger erfuhr erst zwölf Stunden nach Beginn der *Spiegel*-Aktion durch Pressemeldungen, daß etwas gegen das Nachrichtenmagazin im Gange war. Sein Staatssekretär Walter Strauß (CDU) hatte ihn nicht unterrichtet, weil der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Volkmar Hopf, ihn angewiesen hatte, die Aktion völlig geheimzuhalten. Siehe dazu: „Was da passiert ist", in: *Der Spiegel* Nr. 45 vom 7.11.1962.

[27] Wie Mende berichtete, soll Adenauer am Abend des 1. Nov. in einem Brief an die FDP erklärt haben, er halte es für ungerecht, den Staatssekretär Strauß in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen; er sei auch nicht in der Lage, die Entlassung Stammbergers aus dem Amt des Justizministers zu genehmigen. Mende solle diesen seinen (Adenauers) Standpunkt gegenüber seinen FDP-Parteifreunden vertreten. Auch habe der Kanzler dem FDP-Vorsitzenden mitteilen lassen, US-Botschafter Dowling habe Adenauer gegenüber erklärt, in dieser schwierigen Zeit sei eine solche Entwicklung „schädlich". Siehe auch: H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 785f.

[28] Döring informierte u.a. über das Verfahren Adenauers, die Abwesenheit der FDP-Minister im Kabinett am Mittwoch zu benutzen, um das zwischen den Koalitionsparteien umstrittene sog. „Sozialpaket" schnell zu verabschieden. Gegen ihn, Döring, sei inzwischen eine Aktion via *DPA* gestartet worden: dort habe man ihn am Mittwoch beschuldigt, geheime Informationen an den *Spiegel* gegeben und damit Landesverrat begangen zu haben. Wie Moersch dem Verf. damals berichtete, soll diese Meldung von *DPA*-Korrespondent Franz Hange stammen, dem sie von einer der FDP unbekannten Seite zugespielt wurde.

[29] Stammberger hatte einige Wochen zuvor einen schweren Autounfall gehabt und seine dabei erlittenen Verletzungen nicht auskuriert. Am Abend vor der Frage-

Diskussion ziemlich wirr. Viele Vorstands- und Fraktionsmitglieder hatten offensichtlich Schwierigkeiten, sich auf das Kernproblem (rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik) zu konzentrieren und verbissen sich immer wieder in Einzel- und Nebenfragen. Obwohl Mende diesmal zu Beginn den richtigen Diskussionsleitfaden gegeben hatte. Im Laufe der Stunden lief die Meinungsbildung in den Führungsgremien immer mehr auf die Forderung nach Rücktritt der beiden in die Affäre verwickelten Staatssekretäre Strauß und Hopf hinaus. Nur wenige, wie Eisenmann, Döring, Ertl und Schultz, forderten härtere Konsequenzen. Besonders Maier und Imle warnten vor einer Identifizierung der FDP mit den *Spiegel*-Leuten und dementsprechend vor einem harten Kurs. Gegen 19 Uhr verlas Mende die inzwischen vorbereitete Stellungnahme der Partei, welche die konkreten, an Adenauer gestellten Forderungen nicht erwähnt und darum recht nichtssagend ausgefallen ist[30]. Als Moersch wenig später das Resultat unserer Bemühungen den wartenden Journalisten bekanntgab, quittierten die das äußerst diplomatisch formulierte Statement „mit brüllendem Gelächter" (Dorn). Danach telefonierte Zoglmann mit seinem Jagdfreund Gerstenmaier. G. soll – wie Zoglmann uns berichtete – von dessen Argumenten „sehr beeindruckt" gewesen sein. G. habe dem CDU-Präsidium, das zur gleichen Zeit tagte, dargelegt, was geschähe, wenn sich die anderen FDP-Minister Stammberger anschlössen. Dann käme eine Minderheitenregierung und/oder ein konstruktives Mißtrauensvotum der FDP, dem die SPD beitreten werde. G. habe wissen wollen, ob die FDP mit ihren Schritten den Kanzlerwechsel erzwingen wolle; er, Zoglmann, habe diese Frage verneint. Z. schlug nun vor, den Brief an Adenauer in Durchschrift auch den Mitgliedern des CDU-Präsidiums bekanntzumachen, damit der Alte seine Leute nicht erneut hinters Licht führen könne[31].

Die Diskussion begann nun zu zerflattern. Starke äußerte sich resigniert über die Zukunft dieser Koalition („Vertrauensgrundlage ist weitgehend weg"), Mende bekannte zum wiederholten Male, nicht an dieser Koalition zu hängen, Kreitmeyer sprach wie üblich über die verfehlte Wehrpolitik von Strauß und Mende warnte vor der Großen Koalition. Schließlich verlas Mende um 21.30 Uhr den Brief an Adenauer, der bis auf eine Ausnahme keinen Widerspruch fand.

Fortsetzung Fußnote von Seite 75

stunde, am 6.11., erlitt er einen Kreislaufkollaps und mußte sich deshalb am nächsten Tag im Parlament durch Höcherl vertreten lassen.

[30] Diese Stellungnahme findet sich in der fdk (Bundestagsfraktions-Pressestelle) vom 2.11.1962. Darin wird im wesentlichen nur mitgeteilt, daß die Führungsgremien von dem Schreiben Adenauers an Mende „nicht befriedigt" seien und dem Kanzler „noch heute abend eine schriftliche Antwort" zuleiten würden.

[31] Adenauer hatte – wie Zoglmann nach seinem Telefonat mit Gerstenmaier berichtete – dem Präsidium seinen Brief an die FDP vorgelesen. Z. habe G. darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Brief Unwahrheiten enthalte. G. habe daraufhin erklärt, bis zum Beweis des Gegenteils müsse er – Gerstenmaier – die Äußerungen des Kanzlers als wahr unterstellen.

Dienstag, den 6. November 1962

Nachdem angekündigt worden ist, daß Hopf und Staatssekretär Strauß aus ihren Ämtern scheiden, hat Stammberger gestern sein Rücktrittsverlangen zurückgezogen. Dabei ist Hopf lediglich beurlaubt worden. Mit ihm ist – so Mende vor der Fraktion – auch nach Gerstenmaiers Auffassung möglicherweise der Falsche getroffen worden. Döring ergänzte: Krone und Gerstenmaier hätten gestern bei einem Gespräch mit ihm und Zoglmann im Bundeskanzleramt prophezeit, daß voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche „der eigentlich Verantwortliche" vor die Flinte komme, und zwar im Zusammenhang mit den Vorgängen um Ahlers in Spanien. Dennoch habe er – Döring – diesem Kompromiß zugestimmt, weil sonst behauptet worden wäre, die Koalition wäre an der Haltung des Augsteinfreundes „in die Luft geflogen". Man war sich einig, daß der Hauptverantwortliche Franz Josef Strauß sei (Mertes: „Strauß guckt gerade noch aus dem Sumpf heraus, und schon reißt er das Maul wieder auf, obwohl er es voller Dreck hat ..."). Doch in der Bewertung der gegen den *Spiegel* erhobenen Vorwürfe wie auch des neuen „Friedensschlusses" zwischen CDU/CSU und FDP gingen die Meinungen auseinander. Insbesondere Stammberger erhob massive Vorwürfe gegen das Nachrichtenmagazin und warnte die Fraktion davor, Verteidiger des *Spiegel* zu sein[32]. Mende und Kühlmann plädierten dafür, fortan das Wort Krise nicht mehr zu verwenden, und Kohut verließ schließlich unter Protest den Sitzungssaal mit dem Ausruf: „Ich schäme mich, in der FDP zu sein!". Am Ende der Debatte sprach sich Mertes gegen eine Abstimmung über das Verhandlungsergebnis von gestern aus, um in der Öffentlichkeit keinen Anlaß zu Mißdeutungen zu geben.

Donnerstag, den 8. November 1962

Nicht Adenauers skandalöse Rede im Bundestag am Mittwoch, auch nicht Dörings eindrucksvolle Replik beschäftigte heute die Fraktion auf ihrer Vormittagssitzung, sondern Oswald Kohut[33]. Seine Bemerkungen zur SS-Zugehörigkeit von Gutachtern in der gestrigen Fragestunde erregten die Gemüter. Was hier an Argumenten vorgebracht wurde, war teilweise so schlimm, daß es besser ist, darüber zu schweigen. Besonders fatal die Lektion eines Kabinettsmitgliedes: sie lief praktisch auf eine völlige Entmündigung von Koalitionsabgeordneten und den Rausschmiß Kohuts aus der

[32] Stammberger: „Wenn Sie die Dinge kennen würden, wären Sie erschüttert. Was man alles beim *Spiegel* gefunden hat, man langt sich an den Kopf". Später räumte Stammberger freilich ein, daß man einen konkreten Verdacht der aktiven Bestechung durch *Spiegel*-Journalisten „bis zur Stunde" nicht habe.

[33] Kohut hatte in der Fragestunde am 7.11. Strauß um Auskunft darüber gebeten, ob es stimme, daß der Gutachter, der das *Spiegel*-Gutachten für die Bundesstaatsanwaltschaft bearbeitet habe, einen hohen Rang in der SS bekleidet habe.

Fraktion hinaus. Das alarmierte Mende. Er warnte davor, in diesem Stil weiter zu argumentieren, denn: „In dem Augenblick, in dem Kohut uns verläßt, stünde in der ganzen Auslandspresse: FDP trennt sich von Kohut, weil er sich gegen die SS ausgesprochen hat – FDP schließt einen *Antinazi aus*!" Das wirkte. Nun verlegte man sich auf Beschwörungen, die Kohut schließlich zum Einlenken, zum „pater peccavi" veranlaßten.

Ein zweites Thema: Der Bericht der *Frankfurter Rundschau* und Flachs über die angebliche Reaktion Mendes auf Dörings gestrige Bundestagsrede. M. wies diese Darstellung als „völlig aus der Luft gegriffen" zurück. „Ich habe Döring nur gesagt: nichts über die Nachrichtendienste aussagen. Ich habe gesagt: Wolfgang, kein Wort über das, was Du weißt!" Döring bestätigte Mendes Version. Er werde heute noch dem Blatt mitteilen, daß seine Darstellung nicht den Tatsachen entspreche.

Samstag, den 10. November 1962

Am dritten Tage der *Spiegel*-Debatte wurde es endlich offenbar. Auf Erlers Fragen mußte Strauß zugeben, im Falle Ahlers persönlich tätig geworden zu sein. Die SPD hat daraufhin den Rücktritt des Ministers gefordert und Schröder den Madrider Botschafter von Welck aufgefordert, sofort seinen Urlaub abzubrechen. Allmählich beginnt sich der Nebel zu lichten.

Mittwoch, den 14. November 1962

Der jüngste Affront Adenauers (Rückkehr von Hopf in das Bundesverteidigungsministerium) hat die Fraktion in helle Aufregung versetzt. Selbst Mende sprach von „ganz toller Provokation". Des Kanzlers Ankündigung kurz vor Antritt seiner Amerikareise erfolgte ohne Wissen und Zustimmung der Kabinettsmitglieder. Mende schlug gestern nachmittag in der Fraktionssitzung vor, auf Grund der neuen Entwicklung nach Rückkehr Adenauers alle FDP-Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen, um eine Regierungsumbildung zu ermöglichen. Die Meinung im Fraktionsvorstand zu diesem Vorschlag sei allerdings geteilt: einige fürchteten für diesen Fall eine Allparteienregierung. Er habe aber die Sorge, daß „allzu bescheidene Forderungen der FDP an Adenauer die Verwirrung in der Partei noch vergrößern würden. Sollen wir wieder nachgeben? Diesmal ohne mich!" (Beifall).

Döring stimmte Mende zu, machte jedoch darauf aufmerksam, daß man im Falle einer Regierungsumbildung dann nicht Adenauer in einem halben Jahr schon „den Wechsel präsentieren" könne. Auch die CDU habe „schreckliche Angst" vor einer Lösung, die die Stellung des Kanzlers zementiere. Sie hoffe auf einen Anstoß seitens der FDP.

In der anschließenden Diskussion wurde überwiegend der sofortige Rücktritt von Strauß gefordert. Aber soll man diese Forderung schon jetzt erheben, während der Abwesenheit des Kanzlers („Burgfrieden")? Unschlüssigkeit machte sich wieder breit, zumal die Hauptbetroffenen, unsere Kabinettsmitglieder, lange Zeit beharrlich schwiegen.

Als Starke schließlich, von Eisenmann dazu aufgefordert, das Wort ergriff, trug sein Beitrag zunächst eher zur Verwirrung als zur Klärung der Lage bei. Doch zum Schluß schien es, als bevorzuge St. sogar eine härtere Reaktion als die von Mende empfohlene: nicht nur Minister zurückziehen, sondern Koalition aufkündigen, falls Strauß nicht zurücktritt. Doch dafür war kaum ein Abgeordneter. Auch Dehler plädierte nachdrücklich gegen ein solches Verfahren; ihm schloß sich Scheel an. Mende schlug sich auf die Seite der Falken: Wenn unsere Forderung nach Rücktritt von Strauß nicht erfüllt werde, dann gebe es nur eine einzige Konsequenz – den Austritt aus der 4. Bundesregierung!

Merkwürdig unschlüssig zeigte sich Döring. Er trug wiederholt Bedenken gegen so ziemlich alle vorgeschlagenen Lösungen vor, pendelte sich aber endlich weitgehend auf die behutsame Dehler-Linie ein[34]. Nach 68 (!) Wortmeldungen verabschiedete die Fraktion ein Kommuniqué, das mit Rücksicht auf Adenauers Auslandsreise die Positionen der Partei nur vorsichtig andeutet. Als die Fraktion kurz vor 23.30 Uhr auseinanderging, hatte man die Entscheidung auf den kommenden Montag in Nürnberg vertagt.

Das Hintergründige am *Spiegel*-Fall offenbart eine Information, die Döring gestern der Fraktion gab: am Montag abend habe Höcherl beim Stammtisch Bonde-Henriksens zugegeben, daß man die *Spiegel*-Aktion aus militärpolitischen Gründen bewußt während der Kuba-Krise begonnen habe. So ist es wohl auch verständlich, wenn der Fahndungseifer gewisser Leute und deren Suche nach dem wirklich Verantwortlichen den Unionspolitikern allmählich auf die Nerven fällt. Genscher berichtete heute morgen in der Referentenbesprechung über ein Gespräch zwischen Zoglmann und dem CSU-MdB Wacher. Der habe sich bei Z. über meinen *Spiegel*-Artikel vom Freitag vergangener Woche beschwert, weil die Presse insbesondere von dem letzten Absatz meines Kommentars „negativ beeinflußt" worden sei. Zoglmann habe Wacher daraufhin gefragt, warum sich die CSU denn diesen Schuh anziehe.

[34] Gegen Ende der Fraktionssitzung äußerte sich Döring zum weiteren Verfahren wie folgt: „Wir sind uns über zwei Dinge einig: Der Strauß soll gleich weg, der Kanzler etwas später". Aber die CDU/CSU werde nicht bereit sein, der FDP-Forderung nach Rücktritt von Strauß nachzukommen, da dieser Parteivorsitzender sei. Die FDP solle darum weder von Strauß noch von Adenauer reden. „Wer glaubt, daß der Weg, Strauß zu beseitigen, der leichtere ist, der irrt. Dieser Weg geht in das eigene Auge. Wir verhandeln dann mit der CDU/CSU bis nach den bayerischen Wahlen".

Dienstag, den 20. November 1962

Der Weg zur Regierungsumbildung ist frei. Der in Nürnberg fast einstimmig beschlossene Rücktritt unserer Kabinettsmitglieder zwingt Adenauer zur Initiative. Wie das aussehen wird, ist nach einem zweistündigen Gespräch der Fraktionsführung mit dem Kanzler am vergangenen Samstag nicht mehr zweifelhaft. Wie Genscher per Telefon gegen 16 Uhr nach Regensburg durchgab, zeigte sich Adenauer bei diesem Treffen über die FDP-Forderung nach dem Rücktritt von Strauß keineswegs überrascht und habe sie praktisch akzeptiert. So erfährt meine etwas vorwitzige Bemerkung gegenüber der *Abendpost* vom Montag voriger Woche noch nachträglich ihre Bestätigung[35].

Die gemeinsame Sitzung von Vorstand und Fraktion im Nürnberger Grand-Hotel ging früher zu Ende als geplant. Sieben Stunden waren für die Beratungen vorgesehen, aber schon nach knappen drei war man sich einig. Genscher hatte ein Kommuniqué vorbereitet, das vom Fraktionsvorstand am Montag morgen bereits gebilligt worden war. Es ist wesentlich milder formuliert als mein Entwurf und darum wohl auch geeigneter, der Union zu gestatten, ohne Gesichtsverlust das Notwendige zu tun. Die apodiktische Feststellung im Genscher-Entwurf „... die der Freien Demokratischen Partei angehörenden Bundesminister sind heute zurückgetreten" stieß bei einigen Teilnehmern zunächst auf Widerspruch. Mende polemisierte – unter Zitierung angeblicher amerikanischer Stimmen – am lebhaftesten dagegen. Haußmann wollte sich mal wieder ein Hintertürchen offenlassen und Leuze sorgte sich um das Ansehen unserer Kabinettsmitglieder (als ob ein Ministerrücktritt etwas Unehrenhaftes wäre!). Dagegen war Starke der Rücktritt noch nicht genug: er lehnte sogar zeitweilig die weitere Geschäftsführung seines Ministeriums ab.

Aber Mende hatte einen guten Tag, und Reinhold Maier zog diesmal mit[36]. Kaum jemand schien sich von den umlaufenden, vielfältigen Ge-

[35] „Adenauer holt den Sündenbock zurück – FDP-Sprecher: Hat er vielleicht beschlossen, Strauß abzuschießen?" in *Abendpost* vom 13.11.1962. Unter dieser Schlagzeile hieß es: „Die über Adenauers überraschende Wendung gestern höchst erstaunten Freien Demokraten zur jüngsten Lage (FDP-Pressechef Schollwer): möglicherweise sei Adenauer zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich bei Verteidigungsminister Strauß um den Alleinschuldigen handele. Schollwer wörtlich: ‚Vielleicht hat Adenauer inzwischen beschlossen, Minister Strauß abzuschießen.'

[36] Mende hatte bereits am Vorabend der Nürnberger Tagung vor der Presse angekündigt, daß er am anderen Tage den Führungsgremien der Partei vorschlagen werde, die fünf der FDP angehörenden Minister aus dem Kabinett Adenauer zurückzuziehen. Damit hatte M. die FDP praktisch festgelegt und die Entscheidung vom 19.11. präjudiziert. Dementsprechend agierte der FDP-Vorsitzende auch auf der Nürnberger Tagung. – Maier stimmte zwar mit Mendes Konzept überein, wünschte allerdings eine Neuformulierung des entscheidenden Satzes im Kommuniqué, wonach die FDP-Minister „unverzüglich zurücktreten werden". Es müsse

rüchten beeindrucken zu lassen[37]. Als kurz vor 14 Uhr zum zweiten Male über das Kommuniqué abgestimmt wurde, enthielt sich nur noch Leuze der Stimme. In der anschließenden Pressekonferenz, die Moersch in einem viel zu kleinen Sitzungszimmer des Hotels geben mußte, versuchten die Journalisten unseren Pressechef über die Formulierungen des Kommuniqués hinaus festzulegen. Natürlich fiel auf, daß unsere Mitteilung den Namen Strauß nicht enthält. Doch das hat nur taktische, keine prinzipiellen Gründe.

Allerdings ist damit die Schlacht noch nicht geschlagen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorstand hat heute in einer Erklärung die FDP sehr massiv angegriffen, zugleich aber auch die Rücktrittsbereitschaft der Unionsminister mitgeteilt, um die Voraussetzungen „für eine Wiederherstellung der Koalition zu erleichtern". Nach Angaben des *Deutschland-Union-Dienstes* soll der Vorschlag zu diesem Schritt nicht nur von Dufhues, sondern auch von F. J. Strauß gekommen sein. Flucht nach vorn oder ein neuer taktischer Winkelzug unseres bayerischen „Staatsmannes"?

Dienstag, den 27. November 1962

Der Ausgang der bayerischen Landtagswahlen war für uns etwas enttäuschend. Offensichtlich hat die demagogische Propaganda der CSU ihre Wirkung auf die Wähler im südlichsten Bundesland nicht ganz verfehlt. Immerhin: in den Großstädten, beim aufgeklärteren Publikum, wurde unsere Haltung in der Strauß-Affäre – wenn auch in bescheidenem Maße – honoriert[38].

Mende sprach sich heute vor der Fraktion unter dem Beifall der Abgeordneten gegen eine Koalition mit der CSU in Bayern aus.

Sein Bericht über den Stand der Koalitionsgespräche zeigte, daß der Fall des Bundesministers Strauß nach wie vor in der Schwebe ist. Adenauer laviert, verweist die Freien Demokraten stereotyp auf den „Ernst der Lage" und scheint vor allem zu befürchten, daß die Ziele der FDP weitgesteckter sind als nur bis zum Sturz des Verteidigungsministers. Zudem droht der Alte indirekt mit dem Hinweis auf angebliche Absichten seiner Parteifreunde, die SPD zum Koalitionspartner zu gewinnen[39].

Fortsetzung Fußnote von Seite 80

die äußere Form gewahrt werden. Mit dieser Ansicht konnte sich Maier jedoch nicht durchsetzen.

[37] Gemeint sind Gerüchte über die Bildung einer Großen Koalition.

[38] Bei den Landtagswahlen in Bayern am 25.11. erhielt die FDP 5,9% der Stimmen gegenüber 5,6% bei den Landtagswahlen 1958 und 8,8% bei den Bundestagswahlen 1961.

[39] In der Zeit vom 26.11. bis 6.12.1962 verhandelten tatsächlich Vertreter der CDU/CSU und der SPD über die Bildung einer Großen Koalition. Diese Runde endete mit einem Gespräch zwischen Adenauer und Ollenhauer am 6.12. Die SPD-Bundestagsfraktion zeigte sich nach einigem Hin und Her jedoch nicht bereit, unter

Das führte zu einer längeren Diskussion über unsere weitere Koalitionstaktik und -strategie. Achenbach plädierte erneut für eine Allparteien-Regierung, Aschoff war für den Fall eines Scheiterns der gegenwärtigen Verhandlungen eher für ein Gespräch mit der SPD. Mende versuchte die Fraktion mit einem Stimmungsbericht aus Wirtschaftskreisen zu beeindrucken, die einer Großen Koalition zuneigten und unsere negative Meinung über Strauß nicht teilten. Als M. sich dafür aussprach zu prüfen, ob wir Strauß nur als Verteidigungsminister oder überhaupt nicht mehr im Kabinett haben wollten, entstand erhebliche Unruhe. Rutschke, Mischnick, sogar Zoglmann forderten, wir sollten uns eine Tür für Koalitionsverhandlungen mit der SPD offenhalten. Döring bremste jedoch und warnte davor, schon jetzt „Planspiele" zu veranstalten (er kennt die Labilität unseres Vereins!). Die Unsicherheit über das weitere Vorgehen drückte sich schließlich in einer längeren, erregten Debatte über die Formulierung unseres Sitzungskommuniqués aus. Einige Parteifreunde wollten der CSU dabei gerne heimzahlen, daß sie in ihrer heutigen Presseerklärung (Döring: „Eine schlichte Unverschämtheit") unsere Partei erneut in übelster Weise attackierte. Aber die Besonnenen setzen sich schließlich durch. Moerschs ausgewogener, im Grunde freilich auch nichtssagender Entwurf wurde schließlich akzeptiert. Damit haben wir unsere Handlungsfreiheit voll erhalten – jedenfalls hoffen wir das.

Donnerstag, den 29. November 1962

Was Mende uns am Montag im „Team" bereits ankündigte, hat er heute vor den Landesgeschäftsführern der Partei noch einmal bekräftigt: seine Absicht, in das Kabinett Adenauer einzutreten. Im übrigen war der Lagebericht ziemlich dramatisch: In der CDU/CSU-Fraktion sei es gestern zu schweren Auseinandersetzungen mit „Radau- und Brüllszenen" gekommen. Die CSU habe damit gedroht, eine CDU-FDP-Regierung lediglich tolerieren und die Kanzlerfrage stellen zu wollen. Nach Rückkehr Lübkes aus Asien werde wahrscheinlich die Wende zur Allparteienregierung kommen. In dem Augenblick, da Adenauer den SPD-Vorsitzenden zu sich bäte, werde die FDP „am nächsten Tag" Verhandlungen mit der SPD aufnehmen. Es sei zu erwarten, daß Stammberger von sich aus (aus gesundheitlichen Gründen) auf ein Ministeramt verzichte. „Ich könnte mir denken, daß Thomas Dehler das Justizministerium übernimmt"[40]. Starke habe zwar „außerordentliche Verdienste", doch zwänge ihn die Ausweitung des Haushaltes auf 60 Milliarden zu der Entscheidung, ob er das noch mitmachen wolle. Man müsse sich fragen, ob wir überhaupt das Finanzministe-

Fortsetzung Fußnote von Seite 81

einer Kanzlerschaft Adenauers in die Regierung zu gehen sowie der von den Unionsparteien vorgesehenen Wahlrechtsänderung zuzustimmen.

[40] Mende teilte im Laufe der Sitzung weiterhin mit, daß Ewald Bucher und Bernhard Leverenz ebenfalls denkbare Kandidaten für dieses Amt seien.

rium behalten sollten. Mende gab zu erwägen, statt dessen das Innenministerium zu übernehmen. Das Vertriebenen- solle mit dem Gesamtdeutschen Ministerium zusammengelegt werden. Mit dem Entwicklungsressort sei nicht viel zu gewinnen: Scheel könne vielleicht Verkehrsminister werden.

In der Sache Adenauer machte sich Mende stark: eine Verlängerung der Amtszeit des derzeitigen Bundeskanzlers sei „völlig ausgeschlossen"; es komme höchstens eine Verkürzung in Frage. Die CDU drohe nun mit Neuwahlen – das aber sei für uns nicht günstig. Aber wie könne man das verhindern? Vielleicht durch ein konstruktives Mißtrauensvotum?

In der Diskussion warnte Rieger davor, den Fall Strauß auf Adenauer auszudehnen („sonst werden wir als maßlos angesehen"). Dieses Problem solle die CDU gefälligst allein lösen. Jede Regierungsbeteiligung der SPD werde übrigens allein die Sozialdemokraten aufwerten.

Interessante Debattenbeiträge gab es zum Selbstverständnis der FDP. Mende hatte sie durch seine überraschende Bemerkung ausgelöst, wir müßten „weniger sozialreaktionär und weniger mittelstandsfreundlich" sein, weniger Interessenpolitik und dafür eine bessere Sozialpolitik treiben. In die gleiche Kerbe hieben auch Döring, Rieger und Hummel. Der letzte attackierte den Mittelstand besonders heftig, da er für die FDP keinen Nutzen bringe. Was der Franz Joseph Strauß und die bayerischen Wähler so alles zuwege bringen!

Gestern nachmittag, bei einem Treffen mit Dimitrijew, sprach mich der sowjetische Diplomat auf Mendes Vorschlag an, General Foertsch zum Nachfolger von Strauß zu machen. D. gab zu verstehen, daß man in Rolandseck gegen diese Lösung Bedenken habe. Wir haben sie auch – Mende ist bereits in der Fraktion mit diesem Plan völlig aufgelaufen[41]. – Dann sprachen wir über Chruschtschows Rede vor dem Plenum des ZK der KPdSU. D. meinte, die Partei werde sich künftig fast ausschließlich mit ökonomischen Fragen zu beschäftigen haben. Auf meine Frage, was aus den Wirtschaftsthesen des Charkower Professors Liberman werde, gab D. als seine ganz persönliche Meinung kund: Diese Theorien seien zwar von Liberman zuerst aufgestellt, von vielen anderen jedoch inzwischen diskutiert worden. Er glaube, daß man in einer späteren Phase der ökonomischen Entwicklung noch auf Liberman zurückkommen werde. Zunächst müsse man jedoch erst einmal sehen, wie die nach ökonomischen Gesichtspunkten ausgerichtete Parteiorganisation funktioniere[42].

[41] Schollwer bezieht sich hier auf eine Bemerkung Dörings in der Fraktionssitzung vom 27.11., in der dieser nach den Notizen Schollwers erklärt hatte: „Es ist die klare Auffassung des Fraktionsvorstandes: Verteidigungsminister kann nur ein Zivilist und ein Parlamentarier sein."

[42] Am 19.11.1962 hatte Chruschtschow vor dem Plenum des ZK der KPdSU über das Thema „Die Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR und die Anleitung der Volkswirtschaft durch die Partei" referiert und dabei einen grundlegenden Umbau

Samstag, den 1. Dezember 1962

Gestern unterrichtete uns Genscher bei einer Redaktionskonferenz über die Absicht des Fraktionsvorstandes, Mende als Innenminister ins Adenauer-Kabinett zu entsenden, falls bei den gegenwärtigen Koalitionsverhandlungen eine Vereinbarung über den genauen Rücktrittstermin Adenauers nicht möglich sei. Bökel, Aldenhoven und ich äußerten Bedenken. Denn ein solcher Schritt würde nur die Zweifel an unserer Standfestigkeit und Glaubwürdigkeit verstärken[43].

Obwohl Strauß gestern endlich auf ein Ministeramt verzichtet hat, halten die Spannungen zwischen der CDU/CSU und uns offenbar unvermindert an. Das verpatzte Abendessen am Donnerstag wirft ein bezeichnendes Licht auf das menschliche Klima in der alten Koalition. Ihre Erneuerung scheint immer problematischer[44].

Dienstag, den 4. Dezember 1962

Das Koalitionsgemauschele der Union mit der SPD, in das sich nun auch Adenauer einschaltet, beherrschte heute nachmittag die Beratungen der Fraktion[45]. „Sie haben eine sehr ernste Lage zu verhandeln und zu entscheiden", begann Mende kurz nach 15 Uhr seinen Bericht über die innenpolitische Lage. A. will nicht mehr mit Starke zusammenarbeiten, dagegen bezeichnete er Dehler am Donnerstag abend als einen „juten Mann" und, wie Moersch berichtete, Döring als „Nazi" und „Chef des britischen Geheimdienstes". Kein Wort Adenauers zu Mende über das Gespräch, das er am Montag mit Lücke über die Verhandlungen mit der SPD geführt hat. Mende: „Die CDU/CSU ist ernsthaft gewillt, mit der SPD eine Koalition zu schließen". Wehner und Erler hätten nicht nur die Bereitschaft der SPD zur unbefristeten Kanzlerschaft Adenauers, sondern auch zur Änderung des Wahlgesetzes erkennen lassen[46]. Die SPD-Füh-

Fortsetzung Fußnote von Seite 83

der Wirtschaftsstruktur gefordert. Der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Prof. Jewgej Liberman hatte am 9.9.1962 in der *Prawda* die sowjetische Planwirtschaft attackiert („Plan, Gewinn, Prämie") und mehr Entscheidungsfreiheit für die Chefs und Direktoren vor allem in der sowjetischen Industrie verlangt.

[43] In einem Rundschreiben des Landesverbandes NRW der FDP (A 57/62) vom 3.12.1962 wurde ein Fernschreiben des Bundesvorsitzenden mitgeteilt, in dem es unter Pkt. 3 hieß: „Meldungen, der Bundesvorsitzende beabsichtige, in ein Kabinett Adenauer einzutreten, entbehren ... jeglicher Grundlage".

[44] Anläßlich des ersten Koalitionsgespräches nach dem Rücktritt der FDP-Minister am 29.11. hatte die FDP eine Einladung Adenauers zu einem Abendessen wegen der Teilnahme von Strauß ausgeschlagen. Das führte zu einer sehr scharfen Reaktion der CDU/CSU-Fraktion.

[45] Am 4.12. verhandelte Adenauer am Vormittag zwei Stunden lang mit den SPD-Politikern Ollenhauer, Wehner und Erler. Nachmittags empfing er die FDP.

[46] Für diese Behauptung Mendes gibt es keine konkreten Anhaltspunkte. Sowohl nachfolgende, ganz anders lautende Äußerungen Dörings als auch entsprechende

rung sei dabei, ihre Partei zu verraten, vor allem aber die FDP, indem sie sich gegen uns einspannen lasse. Einige CDU-Leute sagten voraus, daß die heutigen Verhandlungen Adenauers mit der SPD nur kurz sein würden, da A. uns „abservieren" wolle. Aber es gäbe auch Stimmen, die nach wie vor für eine CDU/FDP-Koaltion einträten. Wenn der Kanzler jetzt mit der SPD verhandele, dann sei das eine Regierungsneubildung – und dann sei auch die FDP frei, mit der SPD zu verhandeln. „Ich bin der letzte, der eine SPD/FDP-Koalition wünscht. Wenn die FDP aber vor einer Wahlrechtsänderung steht, dann nicht ohne Kampf! Dann nur nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten! Zug um Zug Pression mit Pression, Pokerspiel mit Pokerspiel beantworten!"

Nach diesen markigen Worten unseres Vorsitzenden meldete sich Döring zu Wort. Er gab eine wesentlich präzisere Darstellung des Donnerstag-Gesprächs mit dem Alten. Alle Behauptungen, er (Döring) habe A. in unziemlicher Weise angegangen, seien falsch. Der Kanzler erregte sich nicht über die Form, sondern über die Sache. Er gab sein „übliches außenpolitisches Panorama" (Kuba-Raketen, Indien usw.). Die Bundesrepublik brauche eine handlungsfähige Regierung. Dann Darlegungen der koalitionspolitischen Situation „mit einer großen Tirade gegen unseren Fraktionskollegen Starke. Ein Lamento, das darin gipfelte, man müsse eine Änderung herbeiführen und Scheel und Vialon mit der Führung dieses Ministeriums betrauen". Darauf habe Döring den Kanzler gefragt: Wie stellen Sie sich zu dem Kommuniqué Ihrer Fraktion (Verhandlungen nach beiden Seiten)[47]? Ihr Verhältnis zu uns ist ein anderes als zur SPD. Da sei Adenauer das erste Mal hochgegangen. Diese Fragen wolle er nicht beantworten, die FDP wolle ihm nur „die Daumenschrauben ansetzen", dann habe er keinen Spielraum mehr. Weitere Frage an A.: Wie stehen Sie zu den Äußerungen von Dufhues in Berlin, daß die Koalition beendet sei und alle Vereinbarungen damit hinfällig? Bezieht sich das auch auf die Koalitionsvereinbarung? Meine Dufhues damit auch das Agreement zwischen FDP und CDU über Adenauer selbst? Adenauer: Natürlich sei damit die Vereinbarung hinfällig; diese Frage sei taktlos. Döring: „Er wurde ganz wütend: Meine Herren, ich bin Bundeskanzler, und dann versuchen Sie mich doch mal mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum mit der SPD wegzuwählen, und sehen Sie dann, wie Ihre Wähler das honorieren werden!" – Erhard habe heute zu Döring gesagt, eine CDU/SPD-Koalition sei noch eine offene Frage. Die CDU sei allein deshalb dafür, um das Mehrheitswahlrecht einzuführen. Erhard habe davor gewarnt, Adenauer zu provozieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 84

Presseberichte lassen vermuten, daß Mende mit solchen Unterstellungen lediglich die in der Fraktion wachsende Tendenz zu Koalitionsverhandlungen mit der SPD konterkarieren wollte.

[47] Gemeint ist der Beschluß der Führungsgremien der CDU vom 3.12., offizielle Koalitionsverhandlungen mit der SPD aufzunehmen.

In einem weiteren Diskussionsbeitrag korrigierte Döring die Äußerungen Mendes über die SPD-Absichten. Er habe mit Wehner und Erler gesprochen und beide hätten erklärt, für die SPD komme nur eine Allparteienregierung in Frage.

Man sprach nun ausgiebig darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen die FDP mit der SPD verhandeln solle. Es zeigte sich, daß offenbar beide Seiten darauf bedacht sind, nicht den ersten Schritt zu Verhandlungen machen zu müssen. Soll unsere Delegation für Verhandlungen nach beiden Seiten Generalvollmacht bekommen, wie Scheel es wünscht, oder doch lieber nicht, wie Dehler vorschlug. Schließlich beschloß man, die Delegation solle von der CDU verlangen: keine Gespräche mit der SPD, solange zwischen CDU und FDP verhandelt werde. Mit dieser Weisung ging unsere Verhandlungsdelegation um 17 Uhr zu Adenauer[48]. – Die Fraktion setzte inzwischen ihre Beratungen fort, da Mende die Verhandlungsdauer beim Kanzler auf 30 Minuten bis höchstens eine Stunde geschätzt hatte. Als die Herren nach drei Stunden noch immer nicht zurückgekehrt waren, vertagte man sich. Morgen werden wir im Vorstand weitersehen.

Mittwoch, den 5. Dezember 1962

Die *Bild*-Zeitung jubelt: „Wir stehen an einem Wendepunkt!" Endlich zeichne sich eine Große Koalition ab. *Bild*-Leser dürfen abstimmen, ob sie das schwarz-rote Bündnis haben wollen oder nicht. So manipuliert man die öffentliche Meinung.

Heute morgen vor dem Bundesvorstand behauptete Mende, die SPD kenne keine Grenzen ihrer Koalitionsbereitschaft. Sie sei sogar bereit, Strauß als Minister zu akzeptieren. Dafür scheint zu sprechen, daß die Sozialdemokraten gestern darauf verzichtet haben, ihren Antrag auf Entlassung von Strauß auf die Tagesordnung der nächsten Bundestagssitzung zu setzen. Mommer zur Begründung dieser überraschenden Entscheidung: „Die Landschaft hat sich so verändert, daß der Antrag im Augenblick nicht hineinpaßt".

Dann berichtete M. über die Verhandlungen mit Adenauer gestern abend. Sie dauerten vier Stunden. Adenauer begann wie üblich mit Vorwürfen gegen die FDP, vor allem gegen Döring. A. habe erklärt, von Lükkes Verhandlungen mit der SPD gar nichts gewußt und erst im zweiten Teil dieser Gespräche informiert worden zu sein. Wenn diese Koalition fortgeführt werden solle, meinte A., dann müßten wir versuchen, künftig Krisen zu vermeiden. Er, Mende, habe das ihm von der Fraktion aufgetragene Konzept des „Entweder – oder" nicht vertreten können, sonst wären die Verhandlungen „nach fünf Minuten beendet gewesen". Döring ergänzte; es habe gestern abend drei kritische Punkte gegeben: 1. Adenauer

[48] Dieser Delegation gehörten an: Mende, Döring, von Kühlmann, Bucher, Dürr und Zoglmann.

habe Mendes Verlangen, die Verhandlungen mit der SPD abzubrechen, abgelehnt. 2. Die Dufhues-Erklärung in Berlin, daß nun alle Vereinbarungen mit der FDP hinfällig seien, wäre nichtig. 3. „Starke ist ein casus belli". Bei dem CDU/SPD-Gespräch am Dienstag habe Adenauer erklärt, die FDP sei völlig unzuverlässig. Man müsse im Interesse des Staates an eine Große Koaltion denken. Die SPD habe dagegen für eine Allparteienregierung plädiert, was von der CDU abgelehnt worden sei. Die SPD wolle in die Regierung eintreten, am liebsten jedoch ohne Adenauer. Sie wolle aber die gleichen Bedingungen stellen, auf die sich A. gegenüber der FDP eingelassen habe. Dazu der Kanzler: der Rücktrittsbrief, den er an Krone geschrieben habe, gelte auch für die SPD. Erler und Leber hätten gestern abend zu Döring gesagt, sie lehnten eine Wahlrechtsänderung ab. An der Forderung, das Wahlrecht zu ändern, würde der Plan einer CDU/SPD-Regierung scheitern. Die SPD wäre sicher bereit, eine Koalition mit der FDP ins Auge zu fassen, sie habe aber Bedenken, ob wir das durchhielten. Döring warnte vor der Fortsetzung der Koalition „unter diesem Kanzler Adenauer" – sie hielte „vier Wochen und nicht länger!".

Es folgte eine kleine Kontroverse zwischen Mende und Döring darüber, wie das Verhalten der SPD zu beurteilen sei. Rubin unterstützte temperamentvoll Dörings Thesen: „Wir werden mit Adenauer pausenlos von einer Krise in die andere stürzen! Wer das nicht begreift, der versündigt sich an der Partei und am Staat!". Weyer sprach sich für eine Allparteienregierung aus, Dehler warf der Parteiführung (sprich Mende) Versagen vor, lehnte aber Verhandlungen mit der SPD ab. Einige verteidigten die Haltung der Sozialdemokraten: Weyer, Engelhard. Achenbachs Alternative: Entweder Allparteienregierung unter einem anderen Bundeskanzler oder SPD/FDP-Koalition. „Die Meinungen gehen weit auseinander", stellte Mende fest, als man zum Mittagessen auseinanderging.

Am Nachmittag dann eine gemeinsame Sitzung mit der Fraktion. Wieder Mendes Lagebericht, ergänzt durch eine interessante Information über das Gespräch mit Erler, Brandt und Schöttle heute nachmittag. Mende: er habe erklärt, auch für die FDP sei nun das „Ende eines Tabus" gekommen. Er sei für wechselseitige loyale Information, um zu verhindern, daß der eine gegen den anderen ausgespielt werde. Er habe zwei Fragen an die SPD: „Warum akzeptieren Sie Adenauer unbefristet, nachdem Sie uns 1961 Vorwürfe machten wegen der befristeten Kanzlerschaft Adenauers?" Und die zweite Frage: Jaeger habe erklärt, Bedingung für eine SPD/CDU-Koalition sei die Zustimmung der SPD zur Wahlrechtsänderung.

Erler zur ersten Frage: die SPD wolle einen honorigen Abgang für A. Er (Erler) sei deshalb bereits in der eigenen Fraktion beschimpft worden. Es „sträube sich etwas bei der SPD", A. so gehen zu lassen. Die Vereinbarungen über den Rücktritt des Kanzlers seien genau so präzise wie die der FDP (ob das ironisch gemeint war?). Man wolle die FDP-Vereinbarung übernehmen. Mende habe eingeworfen, die FDP-Vereinbarung betraf den

Herbst 1963, den Zeitpunkt nach der Sommerpause. Das sei für die SPD interessant gewesen, denn sie hätte sich mit der CDU nur auf die im Brief an Krone schriftlich niedergelegte Version verständigt[49].

Erler zur zweiten Frage: die SPD werde sich nicht mißbrauchen lassen, um die FDP zu erpressen. Das Wahlrecht sei für die SPD nicht tabu; aber wenn eine Änderung, dann müsse sie 1965 für 1969 entschieden werden. Das sei auch keine Bedingung für den Koalitionseintritt.

Erler habe Mende gefragt, wie er die Möglichkeit einer Allparteienregierung beurteile. Antwort: Nur ohne Adenauer. Dafür habe die SPD Verständnis gezeigt.

Dann sei man auf das Thema konstruktives Mißtrauensvotum gekommen. M. habe erklärt, die FDP prüfe zur Zeit diese Möglichkeit. Erler habe gefragt: „Glauben Sie, daß wir drei Jahre zusammenbleiben können?". Mende: Erler halte die Anwendung des Artikels 67 noch für möglich, nicht aber eine Zusammenarbeit mit der FDP[50]. Es sei ein „loyales, sachliches, ein sehr sauberes Gespräch" gewesen.

Döring ergänzte: Erler habe wissen wollen, wie man bei der FDP die Prioritäten für mögliche Koalitionen sähe. D.: eine CDU/FDP-Koalition ohne Adenauer werde am leichtesten zu verkraften sein. Eine CDU/SPD-Regierung mit Adenauer wäre für uns am zweitgünstigsten; die drittbeste Lösung sei eine FDP/SPD-Koalition, gegen die es sowohl bei den Wählern als auch in der Partei Bedenken gäbe. Vierte Möglichkeit: eine Allparteienregierung.

Nun wiederholte sich – in extenso – im wesentlichen noch einmal die Diskussion vom Vormittag. Wieder wurde bei einer Anzahl von Parteifreunden die Neigung zur Allparteienregierung deutlich. Dagegen sprachen sich vor allem Müller-Link, Diemer-Nicolaus und Borm aus, indirekt aber auch Mende und Sander, da sie die Fortsetzung unserer Koalition mit der CDU forderten. Mende schien die Unentschlossenheit der Führungsgremien ganz genehm. Er wandte sich gegen „voreilige Entscheidungen" und „ultimative Forderungen".

Als Mende dann gegen 19.25 Uhr den weiteren Verlauf der Verhandlungen zwischen CDU und SPD schilderte, war ein großer Teil der Vorstands- und Fraktionsmitglieder bereits gegangen (!). Mende: Erhard sagte mir, es gäbe noch eine Chance für die CDU/FDP-Koalition. Morgen nachmittag will man die Beratungen in der Fraktion fortsetzen. Eine Erklärung wurde nicht abgegeben, nur intern von Döring. Der wieder-

[49] Adenauer hatte sich im Herbst 1961 in einem Brief an Krone zu einer Formulierung bereitgefunden, die ein vorzeitiges Ausscheiden des Kanzlers aus seinem Amte noch während der Legislaturperiode beinhaltete. Ein genaues Datum war jedoch nicht gesetzt. Siehe auch die Darstellung bei H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann a.a.O., S. 673 ff.

[50] Artikel 67 des Grundgesetzes regelt das sogenannte konstruktive Mißtrauensvotum.

holte am Schluß der Sitzung seine Auffassung, daß die Fortsetzung der Koalition mit Adenauer unmöglich sei. Kurz vor 20 Uhr verließen wir nach fast elfstündigen Beratungen erschöpft das Bundeshaus.

Donnerstag, den 6. Dezember 1962

Am Nikolaustag drei Stunden Fraktionssitzung. Es gab eigentlich keinen neuen Gedanken, sondern lediglich eine Fortsetzung der gestrigen, ganztägigen Diskussion. Mende ließ das Palaver wieder laufen. Ist das System? Nach 33 Diskussionsbeiträgen faßte der Vorsitzende zusammen: Er werde heute Lübke mitteilen, daß eine Allparteienregierung unter Adenauer für die FDP nicht in Frage komme. Und eine solche ohne Adenauer sei gegenwärtig nicht aktuell[51]. Als Mende erklärte, die bisherige Koalition mit der CDU solle gemäß den Beschlüssen der FDP-Führungsgremien fortgesetzt werden, meldeten Opitz, Dorn, Schneider und Kohut Widerspruch an. Auch Dehler protestierte, jedoch nur gegen die Absicht Mendes, einer Zusammenlegung von Ministerien zu Lasten der Partei nicht zu widersprechen. Was die Adenauer-Frage anbetreffe, so sei die FDP damit einverstanden, daß dies die Angelegenheit der CDU sei, meinte Mende. Doch habe die Verhandlungsdelegation die CDU-Politiker darauf hingewiesen, daß die FDP ihren Eintritt in die Regierung von einer entsprechenden Regelung abhängig mache. Er, Mende, denke an einen Brief an Gerstenmaier mit dem Vorschlag, einen Termin für die Neuwahl des Bundeskanzlers festzulegen.

Samstag, den 8. Dezember 1962

Mende scheint Recht zu behalten: die Aussichten für eine Fortsetzung der bisherigen Bonner Koalition zwischen CDU und FDP haben sich seit Donnerstag spürbar verbessert. Wie der *General-Anzeiger* gestern berichtete, soll sich bei der SPD inzwischen eine klare Mehrheit gegen die Zusammenarbeit mit Adenauer herausgebildet haben. Hierin hatte Mende also Unrecht.

Heute wiederum eine mehr als siebenstündige Beratung der Koalitionsprobleme durch Vorstand und Fraktion. Gleich zu Beginn der Sitzung wurden die Referenten und Abteilungsleiter ausgeschlossen. Nur Moersch und ich hatten das Vergnügen, den wie immer recht unkonzentriert diskutierenden Parteifreunden zu lauschen. Das geschah diesmal so ziel- und

[51] Am 8.12. berichtete Mende auf der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion über dieses Gespräch mit dem Bundespräsidenten u.a. so: Lübke ließ erkennen, daß er nach wie vor Anhänger einer Allparteienregierung ist. Er, Mende, habe erklärt, eine solche Koalition unter Adenauer sei für die FDP ausgeschlossen, über eine Allparteienregierung ohne Adenauer habe die FDP noch nicht entschieden. Lübke habe durchblicken lassen, daß er bei Zuspitzung der außenpolitischen Lage dennoch eine Allparteienregierung versuchen werde, eventuell bei dem für Herbst 1963 vorgesehenen Kanzlerwechsel.

planlos, daß Döring nach etwa einer Stunde der Kragen platzte. Er schlug vor, die Debatte lieber ganz zu beenden als in diesem Stil fortzufahren. Zugleich versuchte D., der Aussprache Struktur zu geben[52]. Es gelang jedoch nur unvollkommen. Am Ende kam es zum Eklat, der unsere Verhandlungsdelegation zu sprengen drohte.

Der Grund für diese überraschende Entwicklung war Starke bzw. die von Adenauer überdeutlich aufgeworfene Frage nach der Zweckmäßigkeit einer weiteren Tätigkeit unseres Parteifreundes als Finanzminister. Mende, der offensichtlich Adenauers Abneigung gegen Starke teilt, zumindest aber an dieser Frage die schnelle Wiederherstellung der alten Koalition auf keinen Fall scheitern lassen will, berichtete genüßlich (wie mir schien) über des Kanzlers Starke-Schelte[53]. Das war übrigens auch der Grund für den Ausschluß der Mitarbeiter aus der Sitzung. Mendes Darstellung führte zu einer stundenlangen Diskussion darüber, ob und in welcher Form die Partei sich hinter bzw. vor Starke stellen und dessen Wiederberufung als Finanzminister zur conditio sine qua non machen sollte. Als schließlich Bucher nach langen Debatten einen Antrag vorlegte, in dem Starke ausdrücklich das Vertrauen der Fraktion ausgesprochen wurde[54], ging Mende wie eine Rakete in die Luft. Er forderte von Starke und Stammberger (den A. ebenfalls nicht mehr haben will), sie sollten eine Erklärung abgeben, daß die Verhandlungen mit der CDU an Personenfragen nicht scheitern dürften. Wenn schon Vertrauenserklärung, dann bitte für alle fünf Minister. Da meldete sich Kühlmann zu Wort und verlas einen weiteren Antrag, in dem die Verhandlungsdelegation aufgefordert wurde, mit dem Ziel weiterzuverhandeln, Starke in seinem Ressort zu belassen[55]. Auch dagegen votierte Mende lebhaft. Döring, der in einem län-

[52] Döring wies darauf hin, daß die FDP zwischen drei Möglichkeiten zu wählen habe: 1. Fortsetzung der CDU/FDP-Regierung; 2. eine SPD/FDP-Regierung und 3. eine Allparteienregierung. In diesem Zusammenhang erklärte D. wörtlich: „Diese Koalition (CDU/FDP – der Verf.) ist nicht nach meinem Geschmack, aber ich gehe nicht mehr am Dienstag (zu den abschließenden Verhandlungen mit der CDU – der Verf.) in irgendein Abenteuer. Ich bin bereit zur Koalition mit der SPD und zur Opposition. Aber ich habe Bedenken, ob man einen solchen Weg gehen kann, ob wir eine SPD/FDP-Koalition durchhalten".

[53] Laut Aussagen Mendes vom 8. 12. soll sich Adenauer am Tage zuvor gegenüber dem FDP-Vorsitzenden über Finanzminister Starke u. a. wie folgt geäußert haben: Er habe sehr große Bedenken gegen die „Amtsführung persönlicher Art" Starkes. Die Zustände im Bundesfinanzministerium seien „unerträglich" geworden, niemand wolle mehr Staatssekretär werden. Auf Grund der schlechten Gesundheit und der Kontaktarmut Starkes sei ein Weiteramtieren des Ministers nicht mehr möglich.

[54] Bucher stellte folgenden Antrag: Die Fraktion stellt fest: Grundlage für die Gespräche mit Adenauer ist eine Konfliktsituation, die darin besteht, daß Dr. Starke das Vertrauen der Fraktion besitzt, offenbar jedoch nicht das Vertrauen Dr. Adenauers. – Dieser Antrag wurde bei zwei Stimmenthaltungen (Starke, Zoglmann) angenommen.

[55] Kühlmann stellte den Antrag, die Fraktion solle beschließen, daß weiter mit dem Ziel verhandelt werde, Starke in seinem Ressort zu belassen. Zweitens solle die

geren Beitrag selbst vor dem Beschluß „Starke bleibt – und nichts anderes" gewarnt hatte, war inzwischen aus dem Sitzungsraum verschwunden. Mende teilte der Versammlung mit, daß D. aus der Verhandlungsdelegation entlassen werden wolle. „Ich schließe mich an", rief Zoglmann sogleich in den Saal. So endete das siebenstündige Palaver in Unfrieden. Trotz der Abstimmungen über die beiden Anträge blieben viele Fragen offen: Soll Mende nun ins Kabinett oder nicht, was wird mit Stammberger, wie wird die Wahlrechtsfrage in einer neuen Koalitionsvereinbarung geregelt usw.[56]. Die Partei macht zur Zeit einen beängstigend verwirrten Eindruck.

Dienstag, den 11. Dezember 1962

Sieben Stunden saßen gestern die Verhandlungsdelegationen von FDP und CDU zusammen, bis man eine grundsätzliche Einigung über die Bildung des fünften Kabinetts Adenauer erzielte. Auch heute wurde noch einmal vier Stunden lang getagt: es ging um die Verteilung der Kabinettsposten. Bucher wird nun Stammberger, Dahlgrün wird Starke ablösen. Mende war an sich dagegen, daß die FDP wieder das Finanzministerium übernahm, aber die Fraktion hat es so gewollt.

Kurz nach 16 Uhr berichtete M. über den Stand der Koalitionsverhandlungen. Er habe Adenauer noch einmal auf das Thema Wahlrechtsänderung angesprochen, nachdem Lücke am vergangenen Freitag in Wesel dazu provokante Bemerkungen gemacht hatte[57]. A. flunkerte, solche Äußerungen seien (entgegen Presseberichten) nicht gefallen. Solange die Koalition bestehe, werde selbstverständlich über das Wahlrecht nicht gesprochen. Dann habe A. seine Bedenken gegen Starke wiederholt.

Die Ministerliste umfaßt sieben neue Namen[58], wobei einige Kanidaturen offenbar noch nicht endgültig geklärt sind. Auch Mischnick scheint zur Zeit noch keineswegs entschlossen, ins Kabinett zurückzukehren. Er

Fortsetzung Fußnote von Seite 90

Verhandlungsdelegation ermächtigt werden, der CDU mitzuteilen, daß die FDP keine Einwendungen gegen die Besetzung der den Unionsparteien zufallenden Ressorts machen werde. Der erste Teil dieses Antrags wurde gegen die Stimmen von Mende, Weyer, Emde und drei weiteren Vorstands- bzw. Fraktionsmitgliedern angenommen. Der zweite Teil wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

[56] Eine Reihe der Vorstandsmitglieder und Abgeordneten drängte darauf, die Wahlrechtsfrage in eine neue Koalitionsvereinbarung mit der CDU hineinzunehmen. Andere meinten, dies sei nicht erforderlich, weil ein Wiederaufgreifen dieser Frage durch die CDU die Koalition ohnehin beenden würde.

[57] Auf dem rheinischen CDU-Parteitag in Wesel hatte Bundesminister Lücke am 7.12. die FDP heftig attackiert und u.a. erklärt: „Die Schlacht um das Mehrheitswahlrecht ist nicht verloren, sie ist nur noch nicht gewonnen" („Lücke: FDP ist nicht koalitionsfähig" in *General-Anzeiger* vom 8./9.12.1962).

[58] Neu auf der Kabinettsliste waren die FDP-Politiker Bucher und Dahlgrün sowie die CDU-Politiker Barzel, Dollinger, von Hassell, Heck und Niederalt.

verlangt zuvor eine eindeutige Erklärung, wie die Flüchtlingsgesetzgebung finanziert werden soll[59].

In der Fraktion herrscht teilweise Verstimmung darüber, daß unsere Delegation unter Mißachtung der Fraktionsmeinung bereits eine Kabinettsliste vorlegte. Starke zeigte sich relativ gefaßt, wies Adenauers Vorwürfe erneut zurück und erklärte: „Für mich ist eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Dr. Adenauer nach dem, was er gesagt hat, nicht möglich... Sie wissen, ich bin kein Sozialfall. Ich bin bereit, Sie zu unterstützen". Ihm schloß sich Stammberger an, das zweite Opfer dieses Koalitionshandels.

Döring erläuterte die gewundenen Wege der FDP-Verhandlungsdelegation in diesen letzten Sitzungen, machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und versuchte, den Blick der Abgeordneten nach vorn zu richten. Später kam von seiner Seite eine Bemerkung, die aufhorchen ließ: Wenn er dem Fraktionsvorstand einen Fehler vorzuwerfen habe, dann den, daß „aus persönlicher Rücksichtnahme" nicht das der Fraktion vorgetragen worden sei, was man seit Beginn der *Spiegel*-Aktion im Fraktionszimmer besprochen habe. „Darüber müssen wir noch einmal im Fraktionsvorstand sprechen und dann der Fraktion in einer Geheimsitzung vortragen". Es gab ratlose und betretene Gesichter. Mende versprach, die Fraktion über „Fragen allerpersönlichster Art" zu unterrichten, die angeblich im Zusammenhang mit Stammberger stehen sollen.

Bei der Schlußabstimmung über den Bericht der Verhandlungsdelegation und seine Billigung votierten Schmidt, Ertl, Kohut, Weber und Dorn mit Nein, sechs Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Das von Moersch vorbereitete Pressekommuniqué, in dem Starke und Stammberger noch einmal „Dank und Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit" ausgesprochen wurde, wurde bei nur einer Gegenstimme und drei Enthaltungen gebilligt.

Am Freitag soll das neue Kabinett vereidigt werden. Wie lange wird der Kitt halten? Wie sagte doch Margulies heute so richtig? „Solange Adenauer Kanzler ist, werden wir mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen haben wie bisher".

Samstag, den 15. Dezember 1962

Dahlgrün wird zur Amtseinführung gleich mit unangenehmen Forderungen unserer amerikanischen Freunde konfrontiert. McNamara hat gestern in Paris die europäischen Verbündeten zu größeren Rüstungsanstrengun-

[59] Dies war wohl nicht der einzige Grund für Mischnicks Zögern. An anderer Stelle der Debatte erklärte M. nämlich, er sei nicht der Auffassung, daß es für die FDP nützlich wäre, dieses Ministerium zu behalten: „Es wäre besser, das Ressort aufzugeben und mich wieder in der Fraktion arbeiten zu lassen". M. übernahm dennoch wieder sein altes Ressort, machte dann allerdings Mende Platz, der am 15.10.1963, nach dem Rücktritt Adenauers, Minister wurde.

gen aufgerufen. Während die meisten NATO-Staaten Europas auf diese Anzapfung mit Zurückhaltung reagierten, hat die Bundesregierung den Verteidigungshaushalt bereits um 1,1 Milliarden DM erhöht. Das geschah – wenn man der SPD Glauben schenken darf – am Parlament vorbei. Kein guter Start des neuen Adenauer-Kabinetts.

Im Frühjahr werde ich nach Amerika reisen. Die Dinge sind mit der Botschaft und mit der Parteileitung soweit abgeklärt, wenn auch die formelle Genehmigung Mendes bzw. Genschers noch aussteht. Mit Sweet besprach ich am Donnerstag bei einem Essen bereits Details meines USA-Trips. Eine wirkliche Vorfreude auf meine erste Reise über den Atlantik will sich jedoch vorerst nicht einstellen.

Sonntag, den 23. Dezember 1962

Adenauer und Strauß dürften Schwierigkeiten haben, in die richtige Weihnachtsstimmung zu kommen. Nach den Aufregungen der letzten Monate haben sie offenbar Nachrichten aus den USA irritiert, denen zufolge Kennedy in einer vorweihnachtlichen Konferenz mit Macmillan die Grundlagen für eine multilaterale Kernwaffenstreitmacht der NATO gelegt hat. Der Entschluß der USA aber, „in der Frage der atomaren Zuständigkeit völlig klare Verhältnisse zu schaffen" (*General-Anzeiger*), indem sie zunächst die Briten, später vielleicht auch noch die Franzosen mit ihrem atomaren Potential unter amerikanisches Oberkommando stellen, läßt für die atomaren Träume unseres Kanzlers und seines immer noch amtierenden Verteidigungsministers keinen Raum. A. soll die Absicht haben, sich dieserhalb umgehend mit dem amerikanischen Präsidenten in Verbindung zu setzen. Ob der ihm doch noch ein Atomraketchen als Spielzeug geben wird?

Freitag, den 28. Dezember 1962

Noch drei Tage, dann geht eines der turbulentesten Jahre seit dem Kriege zuende. Überall in der Welt, auch bei uns, ist die Politik in Bewegung geraten. In der Deutschlandpolitik setzt sich mehr und mehr eine realistische Betrachtungsweise über Wege zur Überwindung der Spaltung durch. Die Bundesregierung beginnt sich endlich auf die amerikanische Berlinpolitik einzustellen. Und im Osten schreitet die Entstalinisierung rasch voran.

Was sich in Bonn im letzten Viertel des alten Jahres abspielte, dürfte für die deutsche Innenpolitik weitreichende Folgen haben. 1963 ist das letzte Adenauer-Jahr. Auch hier ist ein Wendepunkt erreicht. Die FDP wird zu strampeln haben, um nach ihren beiden Schwächeperioden 1961 und 1962 wieder ganz in Form zu kommen. Mendes Ansehen in der Partei hat zweifellos gelitten, Dörings Renommé dagegen zugenommen.

Meine eigene Position hat sich wieder gefestigt. Die Zusammenarbeit mit Moersch klappt reibungslos, auch mit Mende gibt es gegenwärtig

keine Schwierigkeiten. Das hat zur Folge, daß ich mich für Stellungsangebote von dritter Seite nicht recht erwärmen kann. Aber vielleicht zwingen mich die Ereignisse des kommenden Jahres, doch noch mit meiner gegenwärtigen Tätigkeit Schluß zu machen?

Tagebuch 1963

Deutsch-französischer Vertrag. Turbulenzen um die EWG

Donnerstag, den 3. Januar 1963

Ein sehr abgewogenes Interview, das Döring dem *Mittag* gab, dürfte wegen seiner großen Aufmachung unserem Vorsitzenden kaum schmecken. Insbesondere Dörings Bemerkungen zu den Konsequenzen („positiven Begleiterscheinungen") der Verhandlungen zwischen CDU und SPD für die Freien Demokraten werden wohl bei manchen „bürgerlichen" Parteifreunden Unbehagen hervorrufen[1]. Aber auch hier geht der ehemalige Jungtürke sofort diplomatisch auf Distanz – zur SPD. Ein kleines Kunstwerk der Positionsbestimmung für eine liberale Partei.

Montag, den 7. Januar 1963

Für meinen jüngsten Artikel zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen scheint es bei den Sowjets noch keine einheitliche Sprachregelung zu geben. Während Sacharow am Freitag den Aufsatz im Radio Moskau überraschend positiv kommentierte, zeigte sich Dimitrijew heute bei einem Mittagessen von seiner „Schärfe" überrascht[2]. D. kritisierte insbesondere die darin zum Ausdruck gekommene Ansicht, es lohne sich nicht, auf Chruschtschows antideutsche Polemik einzugehen. Ich hatte geschrieben, daß Chr. in mehreren Verlautbarungen in jüngster Zeit „einen Grad der Verständnislosigkeit gegenüber den nationalen Problemen unseres Volkes" gezeigt habe, der kaum noch zu überbieten sei.

[1] Döring erklärte in diesem Zusammenhang: „Die Regierungskrise der letzten Wochen hat als eine von mir positiv beurteilte Begleiterscheinung die Beseitigung der Zwangsvorstellung gebracht, man müsse immer und in jedem Falle eine Regierungsbeteiligung der SPD verhindern. Wir haben im Bundestag drei unabhängige Parteien. Wenn die parlamentarische Demokratie funktionieren soll, muß zwischen diesen Parteien jede Mehrheitsbildung, das heißt jede Form der Regierungsbildung möglich sein." (Wortlaut des Interviews bei den Handakten Schollwers)

[2] Schollwer hatte in der fdk vom 3.1.1963 unter der Überschrift: „Ein Haupthindernis für bessere deutsch-sowjetische Beziehungen" einen Artikel verfaßt, den Radio Moskau am 4.1. wie folgt kommentierte: (Im FDP-Pressedienst) kam die Unzufriedenheit einer der Regierungsparteien über den heutigen Zustand (der deutsch-sowjetischen Beziehungen) zum Ausdruck ... Man muß mit dem Pressedienst einverstanden sein, daß man nicht auf Worte, sondern nur auf Taten etwas geben müsse ... Wenn der Pressedienst tatsächlich das Bestreben der Parteileitung widerspiegelt, einen Schlußstrich unter die bittere Vergangenheit zu ziehen und einen neuen Anfang zu machen, so könnte sie in dieser Richtung viel tun. (Zitiert nach BPA-Ostinformation.)

D. wies diese Feststellungen mit der Bemerkung zurück, die Sowjetunion habe das größte Verständnis für die deutschen Probleme. Schon Stalin habe das in seinem berühmten Ausspruch bekundet: „Die Hitler kommen und gehen ...". Meinem Satz, „daß ... ohne die Brechung des Terrors in dem von Moskau kontrollierten Deutschland eine Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen undenkbar" sei, trat D. mit der Behauptung entgegen, in der DDR sei von Terror keine Rede. Er sei selbst dort gewesen und habe mit zahllosen Arbeitern, Intellektuellen und Funktionären gesprochen, die ihm alle versichert hätten, mit den politischen Verhältnissen zufrieden zu sein. (Was hätten sie wohl einem Sowjetdiplomaten gegenüber anderes äußern können?) Die FDP fordere also genau wie alle anderen Parteien die Liquidierung des Gesellschaftssystems in der DDR als Voraussetzung für bessere Beziehungen zu Osteuropa. –

Mittwoch, den 9. Januar 1963

Margulies hat gestern vor der Fraktion auf das Dilemma hingewiesen, daß durch unsere Westeuropa-Politik eine Wiedervereinigung Deutschlands immer schwieriger werde. Nach seiner Auffassung sei es heute nicht mehr möglich, die Bevölkerung für die Wiedervereinigungspolitik zu interessieren, für die Europa-Politik indessen umso mehr. Die FDP habe sich bisher zu wenig mit den Konsequenzen der Europa-Politik beschäftigt. Die Verträge seien rechtens, wir hätten keine Möglichkeit, ihre Erfüllung zu verweigern. Immer mehr nationalstaatliche Funktionen gingen auf die Gemeinschaft über. – Aschoff zog aus diesem Vortrag die Schlußfolgerung, die FDP müsse ihre Europa-Konzeption überprüfen. Kohut meinte, wir hätten jetzt zum ersten Male aus dem Mund von Margulies gehört, daß wir zwischen Europa und der Wiedervereinigung wählen müßten. Als Mende diese Bemerkung Kohuts mit der Feststellung konterte, Europa-Politik und Wiedervereinigung schlössen sich nicht aus, sondern bedingten sich gegenseitig – das sei auch Wehners Meinung – rief Dehler gereizt: „Es scheint mir grotesk, daß Sie Wehner als Kronzeugen in unserer Fraktion anrufen!" Gab Mende zurück: „Sie haben mehr Verbindung zu Wehner als ich!" – „Das ist skandalös", donnerte Dehler. Am 21. Januar wird sich die Fraktion in einer vertraulichen Sitzung mit außenpolitischen Fragen, dabei speziell auch mit diesem Problem, beschäftigen.

Freitag, den 11. Januar 1963

Dehlers Feststellung, wer der europäischen Integration das Wort rede, habe kein Recht mehr, von der Wiedervereinigung zu sprechen, veranlaßte die *Politisch-soziale-Korrespondenz* (PSK) zu einer heftigen Attacke gegen unseren Parteifreund. Auf der heutigen Redaktionskonferenz in der Parteileitung wurde beschlossen, diesen Angriff der Union zunächst zu

ignorieren, gegebenenfalls aber auf eine gegenteilige Mende-Äußerung vom 5. Januar im Hessischen Rundfunk hinzuweisen[3].

Heute ist George Ball beim Kanzler. Sein Auftrag: Adenauer die amerikanischen Pläne über den Aufbau einer multilateralen Atomstreitmacht in der NATO zu erläutern sowie den Streit zwischen den Verbündeten über die westliche Verteidigungskonzeption zu beenden. Das erscheint dringend notwendig, denn die Konfusion über die Pläne Washingtons ist mittlerweile vollkommen.

Montag, den 14. Januar 1963

Bei einem Essen mit dem Leiter der jugoslawischen Mission, Georgijewicz, kündigte dieser seine Absicht an, in den nächsten Tagen mit der FDP-Führung aktuelle Probleme deutsch-jugoslawischer Beziehungen zu erörtern. Dabei dürfte es sich vor allem um folgende Themen handeln: Die Tätigkeit jugoslawischer Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik, die Ignorierung des jugoslawischen Regimes und seiner Grenzen durch Bonn sowie die Entschädigung für die Nazi-Opfer in Jugoslawien. G. bedauerte die Gewohnheit verantwortlicher Stellen in der Bundesrepublik, Jugoslawien mit der Deutschlandpolitik Moskaus zu identifizieren, ja dieses Land sogar dem Ostblock zuzuordnen. Der Diplomat behauptete, Belgrad habe seinerzeit diplomatische Beziehungen zur DDR nicht zuletzt mit der Absicht aufgenommen, die Möglichkeiten eines politischen Einflusses auf die DDR zu erhalten. Jugoslawien bejahe insofern auch den Bau der Mauer am 13. August, weil Belgrad kein Interesse an einer fortwährenden Abwanderung der Deutschen aus diesem Gebiet habe (sic!).

Döring hat auf seine Augstein-Rede im Bundestag ca. 300 Briefe bekommen, überwiegend zustimmend und häufig auch mit scharfen Angriffen gegen Mende gespickt. Wie mir ein Kollege aus der Parteileitung dieser Tage berichtete, darf Mende nur die Post vorgelegt werden, die sich zustimmend zu seiner Politik äußert. Ich möchte das nicht glauben.

Mittwoch, den 16. Januar 1963

Mende berichtete heute abend der Fraktion über das Gespräch der Fraktionsvorsitzenden mit George Ball am Montag. Dieser habe sich sehr zufrieden über seine Begegnung mit Adenauer geäußert und behauptet, Bonn habe sich jetzt voll den amerikanischen Vorstellungen über eine

[3] In einem Gespräch zwischen Herbert Wehner, Ernst Majonica und Erich Mende im Hessischen Rundfunk am 6. 1. 1963 hatte letzterer abgestritten, daß es einen Gegensatz zwischen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Integration gebe und betont, daß beide Prozesse parallel laufen müßten. (Wortlaut des Interviews in ADL, Bestand Mende, A 31–297.)

multilaterale Atomstreitmacht angeschlossen. Dagegen sei B. sehr betroffen über de Gaulles Pressekonferenz gewesen[4]. Er bezeichnete sie als Affront gegen Kennedy, der am gleichen Tage seine Botschaft an die Nation richtete. Jedoch wäre man von de Gaulles atomaren Plänen nicht überrascht worden – die Zeit werde den französischen Präsidenten schon von seinen Plänen wieder abbringen, meinte Ball. Weit schwerwiegender seien die Äußerungen des Generals zur EWG. Sie könnten dazu führen, daß Macmillans Position außerordentlich prekär werde[5]. – Ball habe dann von Brentano, Erler und Mende wissen wollen, wie die Fraktionen sich zu verhalten gedächten. Brentano habe erklärt, die Bundesrepublik werde selbstverständlich an ihrem bisherigen Standpunkt (Bejahung des Beitritts Englands) festhalten. Schröder habe bereits sehr scharf gegen de Gaulle Stellung genommen. Auf Weisung Adenauers mußte allerdings – so Mende – eine Agentur die entsprechende Meldung abschwächen („Bruch zwischen Bonn und Paris"). Mende: Entweder werde man Adenauer auf die Linie des Bundestages zwingen – oder eine Vordatierung des Termins! –

Ball habe die Ausführungen de Gaulles als so schwerwiegend bewertet, daß er Kennedy gebeten habe, ihm noch am gleichen Abend für eine Berichterstattung zur Verfügung zu stehen. Ergänzend teilte Mende mit, die drei Fraktionsvorsitzenden beabsichtigten, wegen des de Gaulle-Interviews vom Montag Adenauer einen Brief zu schicken und ihn zu bitten, sich entsprechend dem Bundestagsbeschluß bei seinem Freund in Paris für die Hereinnahme Englands in die EWG einzusetzen.

Dehlers Voreingenommenheit mir gegenüber nimmt allmählich groteske Formen an. Gestern behauptete er allen Ernstes, ich hätte die Europa-Politik de Gaulles zu meiner eigenen gemacht. D. hat dafür nicht die Andeutung eines Beweises. Ich denke, er redet nur so daher, um sich dafür zu revanchieren, daß ich ihn vor einem Jahr mit meiner Analyse zur Deutschlandpolitik so verstört habe.

[4] Am 14. 1. äußerte sich General de Gaulle auf einer Pressekonferenz in Paris zum Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt. Der französische Staatschef brachte dabei zum Ausdruck, daß die von ihm näher spezifizierten Voraussetzungen für diesen Beitritt nicht gegeben seien. De Gaulle schlug einen Assoziierungsvertrag zwischen Großbritannien und der Gemeinschaft vor (ADG 1963, S. 10357f.).

[5] Diese Äußerungen Balls scheinen wesentlich von einem Zweckoptimismus bestimmt gewesen zu sein. Was sich tatsächlich hinter de Gaulles Nein zu Englands Beitritt zur EWG verbarg, enthüllte *Le Monde* am 10. 1. mit der Feststellung, das Abkommen von Nassau habe die „speziellen Bindungen zwischen London und Washington noch verstärkt". Bei einem Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft werde „in stets vermehrtem Maße das Tor des Eindringens eines trojanischen: sprich amerikanischen Pferdes offener" (ADG 1963, S. 10351).

Donnerstag, den 17. Januar 1963

Wolfgang Döring ist tot! Er brach heute nacht auf der Heimfahrt von einer Besprechung bei Brentano zusammen und starb später in einer Düsseldorfer Klinik an einem Herzinfarkt.

Ich erfuhr die Schreckensnachricht heute morgen gegen 9 Uhr. Die Sekretärin der Fraktionspressestelle rief an und fragte, ob ich den Tod Dörings bestätigen könne. Kurz darauf kam Genscher, völlig verstört, in mein Büro und bestätigte die Hiobsbotschaft. Mittags trat die Fraktion zu einer Sondersitzung zusammen. Mende wollte ursprünglich trotz dieses Ereignisses nach Köln fahren, um an einer Tagung des Rundfunkrates des WDR teilzunehmen. Genscher machte ihm jedoch klar, daß er sich als Partei- und Fraktionsvorsitzender der Aufgabe nicht entziehen könne, die Gedenksitzung der Fraktion zu leiten. M. sprach lange und obenhin vor den erschütterten Abgeordneten („Wir gedenken des Wortes von Hemingway: Wem die Stunde schlägt" ... „trotz sachlicher Meinungsverschiedenheiten mit Döring" usw.). Danach bat Dehler ums Wort. Tiefbewegt, mit den Tränen kämpfend, würdigte er den Verstorbenen als einen Mann, der es wie kein anderer verstanden habe, Menschen um sich zu versammeln und an sich zu binden (das ging offensichtlich gegen M.!). Am frühen Nachmittag eine Betriebsversammlung in der Parteileitung. Genscher erwähnte nur die Worte Dehlers und forderte die Mitarbeiter auf, „im Geiste Dörings" die Arbeit fortzusetzen. Das werden wir gerne tun.

Die Kältewelle hält noch immer an. Milderung kommt kurioserweise z. Z. nur aus Ostberlin. Dort hat Chruschtschow vor dem SED-Parteitag am Mittwoch „milde Töne" gegenüber seinen ideologischen Gegnern im Ostblock wie gegenüber dem Westen angeschlagen[6]. Ist nun wieder einmal politisches „Tauwetter" zu erwarten?

Freitag, den 18. Januar 1963

Das heutige Pressebild wird von den Meldungen über Dörings Tod, von Nachrufen sowie von Fotos des Verstorbenen beherrscht. Die *Abendpost* nennt D. den „dynamischsten Mann der FDP", und Norbert Tönnies bringt in seinem Kommentar interessante Einzelheiten über die letzte Unterredung Dörings mit Brentano.

Inzwischen hat ein Streit darüber begonnen, ob Döring ein Opfer bürokratischer Aufnahmemethoden in den Städtischen Krankenanstalten Düsseldorfs geworden ist. Das *Neue Deutschland* und der Ostberliner Rundfunk geben sich damit freilich nicht zufrieden: sie erfanden flugs die Le-

[6] Chruschtschow hatte vor dem VI. SED-Parteitag nicht nur auf neue Attacken gegen den Westen verzichtet, sondern auch einen „Burgfrieden" mit der Volksrepublik China vorgeschlagen.

gende, Döring sei durch einen Bonner Geheimdienst ermordet worden[7]. Diese Leute haben eine erschreckend schmutzige Phantasie, oder sprechen sie etwa aus DDR-Erfahrung?

Am Vormittag ein Anruf von Dehler. Er äußerte sich erschüttert über Mendes gestrigen Nachruf auf Döring; drastische Worte als Ausdruck einer echten Empörung. Dehler sagte, er sei sehr bekümmert über die Folgen dieses Verlustes für die Partei. Ich konnte ihm da nicht widersprechen.

Am Mittag ein Gespräch mit Mende. Er berichtet, Döring habe ihm in die Hand versprochen gehabt, im kommenden Jahr auf dem Parteitag nicht gegen ihn (Mende) für das Amt des Bundesvorsitzenden zu kandidieren. Ich hatte das Gefühl, der Vorsitzende ist zur Zeit vor allem damit beschäftigt, die Vor- und Nachteile des plötzlichen Todes von Döring für seine Person abzuwägen.

Später war Mr. Johnson von der US-Botschaft bei mir. Ein Bericht aus Paris besage, daß de Gaulle gestern einem britischen Minister erklärt habe, mit den „Mendes, Schröders und Strauß" sei nichts anzufangen. Der General habe große Sorgen vor der Nach-Adenauer-Zeit und wolle jetzt vollendete Tatsachen schaffen. Mir scheint, er ist schon fest dabei. Zunächst einmal hat er bereits gestern eine Vertagung der Brüsseler Verhandlungen über den Beitritt Englands zur EWG verlangt und damit die Gemeinschaft in eine schwere Krise gestürzt.

Dienstag, den 22. Januar 1963

Gestern mittag Beisetzung Dörings auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof. Eine unübersehbare Menschenmenge hatte sich eingefunden, um D. an diesem sonnigen, klaren Tag bei leichtem Frost zur letzten Ruhe zu geleiten. Dehler und Weyer sprachen Abschiedsworte an der Gruft, eine Militärkapelle spielte das Lied vom guten Kameraden.

Der Beisetzung war eine Trauerfeier im Robert-Schumann-Saal vorausgegangen, auf der Landeskirchenrat Doehring, Gerstenmaier, Blank und zuletzt Erich Mende sprachen. Letzterer, wie gewohnt, mit vielen Zitaten, Fremdwörtern und Phrasen (res publica, res privata, adieu, griechisches Zitat, Dörings letzter Terminkalender).

Die Beisetzung Dörings war übrigens von einigen Zwischenfällen begleitet: Gerstenmaier überstand auf der Rückfahrt nach Bonn unverletzt einen schweren Verkehrsunfall. Und während der Trauerfeier im Schumann-Saal wurde auf den Sitzen der Trauergäste ein wirres Pamphlet eines offenbar psychisch Gestörten aus Wiesbaden gefunden, der sich nicht nur die abstruse Mordtheorie der SED im Falle Döring zueigen machte, sondern auch noch den SPD-Professor Nölting zum Opfer obskurer Geheimdienste erklärte.

[7] Diese Version hat Erich Mende in seinen Erinnerungen wieder aufgegriffen: Erich Mende, Von Wende zu Wende, München 1986.

Am späten Montag nachmittag dann die seit längerem geplante außenpolitische Klausurtagung der Fraktion. Sie begann mit einem guten Referat Sonnenhols zur Außen- und Deutschlandpolitik, dem ein schlechtes des Generals Munzel über die Verteidigungspolitik folgte[8]. Der General jedoch bekam viel Zustimmung, während Sonnenhol – vor allem von Dehler – schärfste Kritik erfuhr. Das war zu erwarten, nachdem S. mir schon vor Beginn der Sitzung mitgeteilt hatte, er wolle meine Gedanken aus der Deutschland-Studie vortragen („Wir kommen von verschiedener Seite zum gleichen Ergebnis"). Unter der Devise, nichts wäre tödlicher als eine Fortsetzung der Politik der halben Wahrheiten, der Feigheit und der Unaufrichtigkeit, gab dann S. ein tatsächlich desillusionierendes Bild der internationalen Lage. Das war gewiß provozierend, wenn auch unbestreitbar zutreffend. Nicht weniger die Schlußfolgerungen Sonnenhols, die sich mit den meinen weitgehend decken[9]. Als es schließlich S. auch noch für notwendig hielt, auf meine Arbeit hinzuweisen, die er zur Grundlage seines Referates gemacht habe, hatte er – bis auf wenige Ausnahmen – die Fraktion gegen sich. Rahn meldete als erster „lebhafte Opposition" an. Achenbach forderte – was wohl? – seine Friedenskonferenz, und Dehler meinte, wenn wir das täten, was Sonnenhol (und ich) verlangen, dann seien „Pfleiderer, Ungeheuer und Döring umsonst gestorben" (von Dörings Zustimmung zu meinem Papier weiß D. offenbar nichts). Herr Rauch fabulierte von Faustpfändern des Westens in der Wiedervereinigungsfrage und spekulierte frohgemut auf die Angst der Sowjetunion vor Deutschland, die es dabei zu nutzen gelte. Mende hielt sich zurück, gab jedoch eher S. als seinen Kritikern recht; und sogar Zoglmann erklärte sich mit Sonnenhols Analyse einverstanden, jedoch nicht mit seinen Vorschlägen. So ging das fort bis kurz vor Mitternacht. Wie lange wird wohl die Fraktion noch neben den Tatsachen herdiskutieren?

Samstag, den 26. Januar 1963

Draußen schneit es heftig bei Temperaturen um Null. Ich lese im *Monat* einen bemerkenswerten Beitrag von K. P. Schulz über die deutsch-polnischen Beziehungen. Er bestätigt letztlich meine Ansicht, daß das Verharren auf dem Dehler-Kurs der außenpolitischen Illusionen die FDP eines Tages noch völlig um ihr Renommee bringen wird, auf dem Gebiet der

[8] An diesem Referat mißfiel Schollwer u. a. Munzels Forderung, den militärischen Oberbefehl in der Bundeswehr beim Bundespräsidenten anzusiedeln. Eine Kurzfassung von Munzels Referat bei den Handakten des Verfassers, ADL 6953/39.

[9] Sonnenhol forderte eine „offensive Politik", taktisch ausgehend von einem modifizierten Herter-Plan, unter Anerkennung der de-facto-Lage; eine „provisorische Deutschlandregelung" für die Dauer von 15 Jahren, einschließlich Friedensvertrag mit der DDR. Dazu im einzelnen: Groß-Berlin den Vereinten Nationen unterstellen, die DDR de facto anerkennen gegen eine Liberalisierung des Regimes, DDR und Bundesrepublik sollten in ihren Paktsystemen verbleiben.

Ost- und Deutschlandpolitik die undoktrinärste und fortschrittlichste Partei zu sein. Nach Dörings Tod sind die Chancen geringer denn je, daß sich die FDP hier zu einer zeitgemäßen Politik durchringt. Und das trotz der Tatsache, daß Mende meinen Auffassungen weitgehend zustimmt. Denn M. ist für die Partei in politischen Fragen keine Autorität mehr.

Dienstag, den 29. Januar 1963

Das Wunder, auf das führende europäische Diplomaten angeblich hofften, ist nicht eingetreten. Frankreich besteht auf einer Vertagung der Brüsseler Verhandlungen, der Weg nach Europa bleibt Großbritannien versperrt[10]. Heute morgen, noch vor dem Abbruch der Verhandlungen, war es uns in der Abteilungsleiter-Besprechung gelungen, Mende von seiner allzu optimistischen Einschätzung des deutsch-französischen Vertragswerkes sowie der Folgen des Nichtbeitritts Englands zur EWG abzubringen. Zu diesem Zeitpunkt glaubte M. noch an Adenauers Versprechen, es werde in Brüssel zu keinem Abbruch der Verhandlungen kommen. Er hat, scheint mir, Adenauer noch immer nicht begriffen, der seit langem doch nur die Karte de Gaulles spielt, was dieser Tage auch Kennedy zu neuerlichen Unmutsäußerungen gegenüber Bonn veranlaßt haben soll.

Am Abend gab dann Mende, wenige Stunden nach dem Zusammenbruch der Beitrittsverhandlungen, für die FDP die schärfste Stellungnahme aller Parteien ab.

In Berlin streitet man sich noch immer um Sinn und Unsinn der von Brandt ursprünglich geplanten, dann aber an einem CDU-Ultimatum gescheiterten Begegnung mit Chruschtschow. Die Rechtfertigung der Berliner CDU für ihren dramatischen Schritt zur Verhinderung des Treffens klingt ziemlich hohl[11].

Mittwoch, den 30. Januar 1963

Die Bestürzung über de Gaulles Nein zum England-Beitritt hält an. Heute suchten mich Mouser und Johnson auf, um zu erfahren, was nach Ansicht

[10] Die Verhandlungen zwischen dem Ministerrat der EWG und Großbritannien, die am 10.10.1961 aufgenommen worden waren, scheiterten am 29.1.1963, weil Frankreich im Gegensatz zu den anderen fünf EWG-Staaten die Auffassung vertrat, daß Großbritannien gegenwärtig nicht bereit sei, wesentliche Bestimmungen der römischen Verträge zu akzeptieren (ADG 1963, S. 10386).

[11] Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, verzichtete am 17.1. auf ein schon vereinbartes Gespräch mit Chruschtschow, das noch am gleichen Abend stattfinden sollte. Die Absage erfolgte wegen einer ultimativen Drohung der Berliner CDU, die Koalition mit der SPD in Berlin zu lösen, falls Brandt das Gespräch führen sollte. Auf die Bemerkung Brandts, wenn Chruschtschow „uns tatsächlich Passierscheine angeboten hätte, dann hätte ich sie selbstverständlich genommen", erklärte der Berliner CDU-Vorsitzende Amrehn: „Wir haben während der Blokkade lieber gehungert und gefroren als von den Kommunisten Lebensmittel und Kohlen angenommen". (Zitiert nach: *Bonner Generalanzeiger* vom 30.1.1963.)

der FDP nach dem Brüsseler Debakel zu tun sei. Ich argumentierte auf der Grundlage meines gestrigen fdk-Artikels, der freilich auch noch keine konkreten Auswege weist (wie könnte er auch?). Nach Auffassung der amerikanischen Diplomaten hat Erhard in Brüssel vor allem bei den Engländern einen guten Eindruck hinterlassen. Kobayashi, der mich anschließend in der gleichen Sache besucht, meinte, Japan sei über diesen Ausgang nicht traurig. Er fügte lächelnd hinzu: aus handelspolitischen Gründen.

Sonntag, den 3. Februar 1963

Drei Tage in Westberlin: LDP-Bundesbeirat, Bundesvorstand und Bundeshauptausschuß. Der Beirat scheint inzwischen völlig entpolitisiert, kein Wort über den SED-Parteitag, die Lage in der Zone oder die Entwicklung im Ostblock. Nur ein paar Stichworte Mischnicks zur allgemeinen Außenpolitik, ansonsten: Flüchtlingsgesetzgebung. Ich bin beinahe eingeschlafen. Am Freitag nachmittag, auf der Vorstandssitzung, ging wenigstens Mende auf den Parteitag der SED ein: die Hoffnungen auf Entstalinisierung hätten sich nicht erfüllt, doch gäbe es wirtschaftspolitische Änderungen. Auch sei Chruschtschows Rede maßvoller gewesen als erwartet. Zur beabsichtigten Begegnung zwischen Brandt und Chruschtschow: Gespräche auch mit minimalsten Erfolgschancen sollten gesucht werden. Die Art der Absage zeige „staatspolitische Unreife deutscher Politiker". Brandt hätte die Passierscheinfrage mit Chruschtschow unter Ausschaltung Ulbrichts erörtern können. Die Sowjets hätten auch bei der FDP vorgefühlt, ob sie eine Einladung Chruschtschows annehmen würde. Mende habe jedoch erklärt, er werde nur gemeinsam mit den anderen Parteien handeln (offenbar haben die anderen Parteien negativ reagiert).

Zum deutsch-französischen Vertrag: Adenauer habe die Fraktionsvorsitzenden vor seiner Reise nach Paris über den Vertrag informiert[12]. Diese hätten A. auf den ungünstigen Zeitpunkt (Brüsseler Verhandlungen) hingewiesen. Darauf habe A. erklärt, er werde alles tun, um de Gaulle von seinem Standpunkt abzubringen. Gerstenmaier habe dem Kanzler gesagt, die Ratifizierung des Vertrages sei nicht gesichert, wenn sich daraus eine Kluft zwischen Bonn und London ergeben müßte[13]. Als A. dann von Paris zurückgekehrt sei, habe er a) die Frage nach einem Geheimabkommen

[12] Staatspräsident de Gaulle und Adenauer hatten am 22. 1. im Elysée-Palast in Paris eine gemeinsame Erklärung und einen Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit unterzeichnet. (Wortlaut des Vertrages siehe ADG 1963, S. 10375 f.)

[13] Am 18. Januar empfing Adenauer vor seiner Paris-Reise den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier sowie die Vorsitzenden der drei Bundestagsfraktionen. Diese hatten dem Kanzler die Befürchtungen ihrer Fraktionen über einen von Frankreich bewirkten Ausschluß Großbritanniens vom Gemeinsamen Markt zum Ausdruck gebracht und Adenauer gebeten, bei de Gaulle zu intervenieren, damit dieser mehr Verständnis für Großbritannien zeige. A. gelang es jedoch nur, eine Vertagung der Entscheidung über den Abbruch der EWG-Verhandlungen mit Großbritannien zu erreichen, der für den 28. Januar vorgesehen war (ADG 1963, S. 10377).

verneint und b) behauptet, die Verhandlungen in Brüssel würden nicht abgebrochen, sondern nur vertagt. De Gaulle sei bereit, eine Kompromißformel anzunehmen,.

Inzwischen hätten sich aber sowohl der Gesandte Morris als auch Botschafter Steel sehr besorgt darüber geäußert, daß sich das Scheitern der Verhandlungen negativ auf WEU und NATO auswirken könnte. Fazit Mendes: Bonn muß alles tun, um nicht zwischen Washington und Paris wählen zu müssen – „wir lassen uns in eine solche Situation nicht bringen!" (Zwischenruf: „Da sind wir schon drin!").

In der nachfolgenden Diskussion klafften die Meinungen über den Wert des deutsch-französischen Vertrages recht weit auseinander. Kühlmann vertrat die Ansicht, Adenauer hätte gar nicht nach Paris fahren dürfen, auch könne man dem Kanzler einen „gewissen bösen Willen" nicht absprechen. Müller-Link wies auf die Problematik dieses Sonderbündnisses innerhalb der EWG hin und Dehler bezweifelte eine Vereinbarkeit des Vertrages mit Deutschlandvertrag, EWG und NATO.

Scheel dagegen sprach von einem „Meisterstück der Diplomatie" und Achenbach warnte vor „kleinbürgerlichen" Reaktionen, d.h. einer Verweigerung der Ratifizierung („dann wird Paris sagen, mit Deutschland ist Freundschaft auch nicht möglich").

Nachdem Bortscheller über eine Entschließung des a.o. Landesparteitages in Bremen berichtet hatte, wonach eine Ratifizierung bis zur Änderung der Haltung de Gaulles gegenüber Großbritannien auszusetzen sei, meldete sich Scheel erneut zu Wort und erklärte: In Wahrheit habe Paris eine „gewaltige Richtungsänderung" vorgenommen. Das Protokoll sei das Ergebnis einjährigen Aushandelns zwischen Bonn und Paris. In Bonn sei Schröder und nicht Adenauer dafür verantwortlich gewesen. A. habe Schröder jetzt im Kabinett sogar vorgeworfen, daß dieser ihn nicht über den Inhalt des Vertrages und den Zeitpunkt der Reise nach Paris unterrichtet habe. Aber in der ganzen Zeit sei das Protokoll mit dem Kabinett abgestimmt worden[14]. – Zum Hintergrund des Brüsseler Desasters meinte Scheel: De Gaulle hege bereits seit dem Kriege eine Abneigung gegen Großbritannien. Das Nein zu England sei kein wirtschaftliches, sondern für de Gaulle ein essentielles politisches Problem: die Frage nämlich, wer die europäische Politik machen werde. Die Bundesrepublik jedenfalls nicht, sondern entweder Frankreich oder die USA. Der Kampf habe begonnen über die Bestimmung der langfristigen europäischen Politik. Wir müßten uns nun fragen, wie unsere Wiedervereinigungsprobleme aus-

[14] Darüber äußerte sich Scheel am folgenden Tage vor dem Bundeshauptausschuß ergänzend wie folgt: Schröder habe mit Paris den Termin für ein Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle vereinbart. Diese Äußerung gelangte in die Presse, Paris dementierte: über einen solchen Termin sei dort nichts bekannt. Erst am folgenden Tage sei in Bonn eine Einladung aus Paris zu dem vorgenannten Treffen eingelangt.

sehen bei einer Europa-Politik Frankreichs oder der USA? Für die USA sei Berlin ein amerikanisches Problem, doch habe Washington „keinen Kontakt mehr zur Wiedervereinigungsfrage". Die französische Meinung sei ihm – Scheel – unbekannt (!).

Achenbach ergänzte in der ihm eigenen, wenig differenzierten Weise. „Wenn wir uns die Franzosen auf den Hals laden, dann arbeiten wir gegen die Wiedervereinigung und gegen Berlin!". Gegen die Wiedervereinigung werde man bei Frankreich, wenn man mit ihm „gut Freund" sei, nichts hören. Die Engländer dagegen wollten uns die Zweistaatentheorie aufschwatzen, den Holländern und Belgiern sei die Wiedervereinigung „völlig gleichgültig". Fazit: Wenn wir die Wiedervereinigung wollten, dann dürften wir die „französische Linie" nicht aufgeben.

Am Samstag, vor dem Bundeshauptausschuß, gab Hucklenbroich eine recht sachliche Darstellung der Berliner Situation. H. attackierte die CDU wegen ihrer Erpressungsmanöver gegen Brandt, kritisierte aber auch den Berliner Bürgermeister, weil er vor den Pressionen seines Koalitionspartners zurückwich und somit nicht als Staatsmann gehandelt habe. Mendes Berlin-Panorama, zu Beginn der Sitzung als politischer Lagebericht gegeben, geriet recht buntscheckig. M. forderte, daß der Bundestag nach dreijähriger Pause noch vor den Sommerferien nach Berlin gehe und dort das deutsch-französische Vertragswerk ratifiziere (Beifall!). Danach die Wiederholung seiner Prophezeiung, daß mit dem Weggang Adenauers „auch die Tage Ulbrichts möglicherweise zuende gehen". Und schließlich einige Sätze zu Brüssel: Kritik an Frankreichs militärischem Größenwahn.

Margulies wiederholte vor dem Hauptausschuß im wesentlichen seine europäischen Bekenntnisse vom 9. Januar, ebenso, wenn auch etwas abgemildert, seine jüngsten Mannheimer Attacken gegen Adenauer; Mende hatte sie inzwischen öffentlich gerügt[15]. Nach Margulies ist die Einigung der europäischen Staaten „die einzige geschichtsträchtige Entwicklung der Nachkriegszeit". Hier allein lägen die Möglichkeiten zur Lösung all der Fragen, „die uns heute noch drücken". Zum deutsch-französischen Vertrag: „Wir werden das Abkommen letzten Endes ratifizieren. Es gibt keine Möglichkeit, es abzulehnen. Das würde eine Revolte auslösen". Es sei jedoch auf die Dauer unmöglich, daß Adenauer gegen das Auswärtige Amt, die Minister und den Bundestag Politik mache. Eine Ablösung Adenauers sei darum notwendig.

Dehler bekannte, nach den jüngsten Ereignissen „noch skeptischer gegenüber der EWG geworden" zu sein als bisher. Aschoff bezeichnete den

[15] „Mende kontra Margulies" – in *General-Anzeiger* vom 2.2.1963. Danach soll Margulies in einer Versammlung des FDP-Stadtverbandes Mannheim erklärt haben: „Es wäre unverantwortlich, wenn Adenauer auch nur einen Tag länger an der Regierungsspitze bleiben würde. Was uns der alte Herr in Bonn eingebrockt hat, läuft uns kalt den Rücken hinunter (sic!)". Dazu Mende: Margulies sei in keiner Weise befugt, verbindliche Erklärungen für die FDP abzugeben.

Zeitpunkt des Vertrages als eine „Ohrfeige": Bonn sei schlecht beraten gewesen und dumm, in diesem Moment diesen Vertrag abzuschließen. Achenbach buchstabierte zum hundertsten Male seine „Friedensregelung", kündigte die Absicht de Gaulles an, sich mit uns über die Ostfragen abzustimmen (?) und forderte den Hauptausschuß auf, die Bundestagsentschließung vom Oktober 1962 erneut zu bekräftigen. Was das wohl nützen soll ...

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprach Scheel. Sein Beitrag war ein neuerliches Plädoyer für die Politik des französischen Generalissimus. Scheels Version der Entstehungsgeschichte des Vertrages verblüffte selbst die Abgeordneten. Alle seien am Vertragstext direkt und seit langem („über ein Jahr") beteiligt: Bundesregierung, Außenpolitischer Ausschuß des Bundestages, ja sogar unsere Fraktion (Widerspruch Dehlers und Mendes, weil das nicht zutrifft). Dagegen habe Adenauer am Vertragstext nicht mitgearbeitet, Schröder habe den Vertrag konzipiert. Scheel verteidigte sodann die Haltung de Gaulles gegenüber Großbritannien, behauptete wie am Tage zuvor amerikanisches Desinteresse an der Wiedervereinigung, ließ aber auch jetzt wieder gewitzt die Frage offen, ob denn Frankreich in dieser Hinsicht ein besserer Weggenosse sei.

Ihm widersprach vor allem Starke. Die Rolle Schröders sehe er anders: Schröder habe lediglich versucht, den Text des Vertrages abzuschwächen. Adenauer habe nie behauptet, daß de Gaulle für eine Wiedervereinigung sei. Niemand wisse übrigens, was de Gaulle in dieser Sache wirklich wolle, auch das Kabinett nicht. Darum solle man nicht „auf Biegen und Brechen" den Vertrag ratifizieren, wie Scheel es fordere. Das sei jedenfalls nicht die Meinung des Hauptausschusses. Dieser Ansicht war auch Mende. Er faßte die Diskussion so zusammen: der Vertrag müsse noch genau geprüft werden, der Bundestag werde frühestens im Mai dazu Stellung nehmen können.

Auf der mittäglichen Pressekonferenz, die lebhaft und von zahlreichen Heiterkeitsausbrüchen begleitet war, kam der „Fall Schwennicke" hoch. Die Journalisten hatten beobachtet, daß sich Mende mit dem ehemaligen Berliner Landesvorsitzenden der FDP im Kempinski getroffen hatte. Mende, dem in Hinblick auf die kommenden Wahlen in Berlin diese „Entlarvung" ausgesprochen angenehm war, äußerte sich dennoch zurückhaltend zu der Frage, ob Schw. wieder Mitglied der FDP werden wolle[16]. Merkwürdigerweise spielte die Frage der FDP-Wahlchancen in

[16] Dazu Mende am 1.2. vor dem FDP-Bundesvorstand: Er habe am Tage zuvor Schwennicke getroffen, der auf Wunsch Adenauers seine Freunde aufrufen sollte, am 17.2. CDU zu wählen. Schwennicke habe das abgelehnt. Er werde am 4.2. seine Freunde auffordern, ihre Stimme der FDP zu geben. Schw. habe jedoch nicht die Absicht, in Berlin wieder aktiv zu werden. Er strebe vielmehr an, „bundesunmittelbares Mitglied" in Bonn zu werden und der Partei in Tariffragen zur Verfügung zu stehen. Vor der Presse äußerte sich Mende so: „Ich glaube nicht, daß Schwennicke

Berlin weder auf der Pressekonferenz noch während der Parteitagungen eine besondere Rolle. Unser Münchner Landesgeschäftsführer, den Marx und ich am späten Donnerstag abend in einem Nachtlokal nahe dem Kudamm trafen, berichtete düster, Intermarket habe bei der letzten Umfrage für die Berliner Freien Demokraten ganze 3,7% errechnet. Mende dagegen äußerte vor dem Vorstand seine Überzeugung, daß die FDP am 17. Februar wieder ins Abgeordnetenhaus zurückkehren werde.

Dienstag, den 5. Februar 1963

Ludwig Erhard hat an seinem 66. Geburtstag dem Kanzler überraschend einen Fehdehandschuh vor die Füße geworfen. Der Anlaß: die gescheiterte Brüsseler Konferenz und Adenauers zwielichtige Haltung in der Beitrittsfrage. Erhards Warnung vor „kleineuropäischer Sonderbündelei" und seine Feststellung, er sei bereit, „einem Ruf als Bundeskanzler zu folgen", spiegeln Wut und Enttäuschung der Atlantiker in den Unionsparteien über das Adenauer–de Gaulle-Komplott gegen die Briten und nicht zuletzt auch gegen die Amerikaner.

Wie berechtigt Erhards Sorgen über den gegenwärtigen außenpolitischen Kurs der Bundesregierung sind, bewies mir ein Gespräch mit Prof. Sweet am Montag. Zwar brauche man – so der amerikanische Diplomat – die gegenwärtige Verstimmung zwischen den Regierungen in Washington und Bonn nicht besonders ernst zu nehmen, doch sei es durchaus möglich, daß es zu einem Stimmungsumschwung in der amerikanischen Öffentlichkeit komme. Der könne zu der Ansicht führen, Paris und Bonn sollten doch selbst für die Sicherheit Berlins aufkommen (!), wenn sie unbedingt die de Gaullesche Militärpolitik treiben sollten. Sweet: die Amerikaner können es nicht verstehen, weshalb viele Deutsche Frankreich als einen besonders zuverlässigen Verbündeten hinsichtlich der Sicherheit Berlins betrachteten. Bisher habe Paris doch für die Sicherheit der Stadt so gut wie nichts getan und sich in der Ablehnung irgend welcher Maßnahmen erschöpft.

Aber auch innenpolitisch gibt es wieder Ärger. Der nun endlich von der Bundesregierung vorgelegte *Spiegel*-Bericht enthält erhebliche Widersprüche der an der Abfassung beteiligten Ministerien. Die SPD sieht in diesem Bericht einen erneuten Versuch der Bundesregierung, die Öffentlichkeit irrezuführen. Ich auch.

Fortsetzung Fußnote von Seite 106

in Berlin wieder in die FDP eintritt. Es wird ihm jedoch die Möglichkeit gegeben, mit dem Bundesvorsitzenden und dem Bundesvorstand enger zusammenzuarbeiten. Er ist der Sachkenner in Tariffragen und wird von uns konsultiert."

Mittwoch, den 6. Februar 1963

Ein vielzitierter Artikel gegen de Gaulles neue Ostpolitik hat mir bei einigen prominenten Parteifreunden Kritik eingebracht. Scheel behauptete, ich sei mit meinen Darlegungen zum Anhänger des „Immobilismus" geworden. Schärfer noch kritisierte mich Achenbach, der sich zugleich darüber beklagte, daß seine Artikel angeblich in der fdk nicht veröffentlicht werden dürften. Es müsse endlich geklärt werden, ob die fdk ein parteioffizieller Pressedienst sei oder nicht[17].

Auch Erhard hat inzwischen Klassenkeile bekommen. 24 Stunden nach seinem „mutigen Inverview" (*General-Anzeiger* von heute) mußte der Bundeswirtschaftsminister vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herbe Kritik durch Brentano hinnehmen, während der Kanzler den Sünder keines Wortes würdigte. Erhard hat sein überraschender Vorstoß offenbar in den eigenen Reihen viel Sympathien gekostet, so daß man jetzt in Bonn seine Chancen, Kanzler zu werden, geringer veranschlagt.

Freitag, den 8. Februar 1963

Der Versuch von Staatssekretär Carstens, in Washington für Bonn wieder gut Wetter zu machen, scheint nicht voll gelungen zu sein. Nach Presseberichten ist das amerikanische Mißtrauen gegenüber der deutsch-französischen Sonderbündelei zu Lasten des atlantischen Bündnisses noch keineswegs geschwunden – wie könnte es auch[18]! Kennedy hat gestern eine Kluft zwischen Amerika und Europa als eine Katastrophe für die NATO bezeichnet. Die lustlose Regierungserklärung Adenauers vom Mittwoch, die jene von den USA gewünschte Klarheit in der Abgrenzung zur Politik des französischen Staatspräsidenten vermissen ließ, hat diese dramatischen Äußerungen Kennedys offenbar zusätzlich provoziert. Immerhin sollte die Amerikaner beruhigen, daß der Bundestag gestern den deutsch-französischen Vertrag auf allen Seiten des Hauses – wie der *General-Anzeiger* schrieb – „mit kühler Distanz" behandelte. Aber das Parlament macht bekanntlich die Außenpolitik nicht, sondern die Bundesregierung. Und hier eigentlich nur ein einziger Mann: Adenauer.

[17] Der Vorwurf Achenbachs war übrigens nicht unberechtigt. In der Tat war Schollwer bemüht, eine Veröffentlichung von Achenbach-Artikeln über dessen recht eigenwillige deutschlandpolitische Vorstellungen zu verhindern. Auch stimmte Schollwer selbst seine Artikel nur in den seltensten Fällen mit der Parteispitze ab, wohl wissend, daß er sonst Mühe gehabt hätte, rechtzeitig oder überhaupt ein Placet für seine Kommentare zu erhalten.

[18] Carstens war als Sonderbotschafter nach Washington entsandt worden, um die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, daß Bonn trotz des neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrages unvermindert an der gemeinsamen Politik der westlichen Allianz weiterarbeiten wird. Die amerikanische Seite äußerte den Wunsch, daß der Bundestag bei der Ratifizierung des Vertrages eine Entschließung verabschiedet, in der eindeutig festgestellt wird, daß die Bundesrepublik unverändert an Inhalt und Geist des Nordatlantikpaktes festhalte (ADG 1963, S. 10411).

In den Sitzungen des Außenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion macht sich mehr und mehr eine allgemeine Unsicherheit über den weiteren außenpolitischen Kurs der FDP bemerkbar. Die Gegensätze, vor allem in der Europa- und Deutschlandpolitik, verschärfen sich. Eine gründliche Bestandsaufnahme scheint mir dringend geboten, damit endlich zeitgemäße Positionen in der NATO-, Europa-, Berlin- und Deutschlandpolitik erarbeitet werden können. Ich habe deshalb Mende und Genscher heute die Bildung einer kleinen Studiengruppe vorgeschlagen, die diese Aufgabe angehen sollte. Mein Vorschlag wird durch eine Themenliste ergänzt, die noch erweitert werden könnte. Wir müssen endlich weg von dem sinnlosen Geschwafel im Arbeitskreis, das doch zu nichts anderem führt als zu neuerlichen Irritationen unter den Abgeordneten.

Daß eine weniger gaullistische Haltung der deutschen Politik selbst in Frankreich auf gewisse Sympathien stoßen würde, wurde mir heute mittag bei einem Essen mit Monsieur Jacques klar. Der französische Diplomat zeigte Verständnis für die Haltung der FDP in der Europa-Krise und betonte die guten Beziehungen zwischen Schröder und Couve de Murville. Letzterer sei bereit gewesen, den Vermittlungsvorschlag des deutschen Außenministers in Brüssel zu akzeptieren, bevor er von de Gaulle auf ein absolutes *Non* festgelegt wurde. Auch sonst waren wir uns bei der Beurteilung der „Weltlage" weitgehend einig.

Montag, den 11. Februar 1963

Mende berichtete heute morgen dem Team, die SPD bemühe sich gegenwärtig, eine Allparteienregierung unter Schröder zustandezubringen. Dabei gehe sie von der Erwartung aus, daß die FDP diesem Unternehmen fernbleiben werde. Später erfuhr ich die Genugtuung, daß Mende, Genscher und die anderen Teilnehmer der Sitzung meinen von Scheel und Achenbach so heftig gerügten Artikel vom vergangenen Dienstag nachdrücklich lobten. Genscher vertrat die Ansicht, der Kommentar habe genau die Stimmung im Vorstand und Hauptausschuß wiedergegeben. Wenn das unser außenpolitischer Sprecher wüßte ...

Samstag, den 16. Februar 1963

Ich lese in Altmanns „Das deutsche Risiko": „Das Schicksal Europas wird in der Begegnung mit slawischen Nationen geformt werden". Das erinnert ein wenig an den Satz Pfleiderers: „Die Grundfrage aller Demokratie in Deutschland liegt im Verhältnis zum Osten, in der nationalen, geistigen und vor allem willensmäßigen Auseinandersetzung mit den Volksdemokratien und der hinter ihnen stehenden Sowjetunion". Zwischen der Feststellung Pfleiderers und der Formulierung Altmanns liegen genau zehn Jahre, in denen in der Ostpolitik wenig geschah. Übrigens: Altmanns Schlußfolgerungen aus seiner außenpolitischen Analyse decken sich fast

genau mit den meinigen in der Denkschrift vom März vergangenen Jahres. Frage: Wird die Gedankenarbeit der Altmann, Bender, Dönhoff, Leonhard, Mann u.a. jemals in die politische Praxis umgesetzt werden können[19]?

Am Donnerstag aß ich mit Georgijewicz im Königshof. G. klagte erneut über die betont unfreundliche Haltung deutscher Stellen gegenüber Jugoslawien. Zugleich äußerte er sich aber bemerkenswert optimistisch über die ostpolitischen Absichten Schröders, falls dieser einmal Kanzler werden sollte. Erhard wird offenbar an der diplomatischen Börse nicht mehr gehandelt.

Montag, den 18. Februar 1963

Die FDP ist tatsächlich wieder im Berliner Abgeordnetenhaus. Sie bekam gestern 7,9%. Dafür erlitten CDU und SED – die beiden Parteien des Kalten Krieges – eine schwere (und verdiente) Niederlage. Das war uns drei FDP-Funktionären am Sonntag abend beim Wahldienst im Bundeshaus eine Flasche Sekt wert[20].

Heute informierte Mende das Team über ein Gespräch mit Krone. Danach soll die CDU angeblich nicht bereit sein, vor 1965 mit der SPD zu koalieren. Ist das nicht eigentlich selbstverständlich? Moersch, der mit Mommer gesprochen hatte, wußte zu berichten, daß in der SPD heftige Kämpfe un dem „Wehner-Kurs" im Gange seien. Angeblich sollen führende Sozialdemokraten in der FDP den künftigen Koalitionspartner sehen. Mende meinte, er kenne eine ähnliche Äußerung von Brandt, der am liebsten mit den Freien Demokraten koalieren würde, aber wegen der „Baracke" nicht Herr seiner Entschlüsse sei. –

Mittwoch, den 20. Februar 1963

Gestern vormittag beschäftigte sich der Arbeitskreis drei Stunden lang mit dem deutsch-französischen Vertrag. Ministerialdirektor Jansen vom Auswärtigen Amt berichtete über die Vorgeschichte und einige Details des Abkommens[21]. Interessant seine Bemerkung, man habe zwar ursprünglich

[19] Golo Mann: „Schafft polnische Zustände", in: *Der Spiegel* Nr. 36 vom 30.8.1961. Die Artikel der genannten Autoren haben Schollwer nach eigenen Angaben sehr beeinflußt.

[20] Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17.2.1963 erhielt die SPD 61,9 (1958: 52,6), die CDU 28,9 (37,7) und die SED 1,3 (1,9) Prozent der abgegebenen Stimmen.

[21] Zur Vorgeschichte des Vertrages bemerkte Jansen u.a.: Nach dem im Juli 1962 gescheiterten Versuch, im Kreise der Sechs zu einer Politischen Union zu kommen, habe de Gaulle dem Bundeskanzler vorgeschlagen, nun sollten die Bundesrepublik und Frankreich den Anfang machen. Danach habe der Präsident ein Memorandum nach Bonn geschickt; dort fertigte man einen Gegenentwurf. Am 17.11. hätten die Außenminister Schröder und Couve in Paris die Entwürfe erörtert und Jansen so-

Formulierungen gewählt, die sich auf die NATO bezogen. Doch dann habe Bonn selbst diesen Passus fallen lassen: de Gaulle habe sich schließlich zur atlantischen Gemeinschaft bekannt, darum sei das „überflüssig" (!). J. behauptete, der Vertrag gebe der Bundesrepublik „eine echte Möglichkeit, auf Paris einzuwirken". Rauch, der den Vortag seines AA-Kollegen über den grünen Klee lobte, verlangte eine Vertragsänderung, um die Bezüge zur Wiedervereinigung wieder in den Text hineinzubringen („Punkt 1: die Republik Frankreich stellt sich auf den Boden der Deutschlandpolitik der BRD"). Achenbach meinte, das genüge nicht: da müsse auch noch die „Friedenskonferenz" mit hinein (!). Ob die beiden nicht die Rechnung ohne den Wirt Charles machen?

Am Nachmittag diskutierte die Fraktion dann die Frage der Röhrenlieferungen an die UdSSR durch Bonn. Die Abgeordneten scheinen nicht bereit, sich dem amerikanischen Druck zu beugen und gegenüber der Sowjetunion vertragsbrüchig zu werden[22].

Freitag, den 22. Februar 1963

Mende hat heute dem Bundesvorstand empfohlen, sich nicht in die Diskussion über die Kanzlernachfolge einzuschalten; gegenwärtig sei Erhard noch Favorit. Die Diskussion über ein neues Wahlgesetz sei nach der Berliner Pleite bei der CDU beendet, die Chance einer schwarz-roten Koalition gesunken. Adenauer (nach Mende) vor dem CDU-Parteipräsidium: „Wer mit der SPD koaliert, der verliert!". Nur Lübke halte noch an seiner Lieblingsidee fest.

Fortsetzung Fußnote von Seite 110

wie einen Vertreter des Quay d'Orsai den Auftrag erteilt, einen neuen, gemeinsamen Text zu entwerfen. Es wurde verabredet, sich am 22. Januar erneut in Paris zu treffen. Eine Woche vor diesem Termin stellten die Juristen des AA fest, nach Art. 59 des Grundgesetzes müsse dieses Protokoll durch den Bundestag ratifiziert werden. Jansen habe dagegen Einwände erhoben, weil ein solches Verfahren zu „feierlich" sei; doch sei man schließlich den Juristen unterlegen. Zwei Tage vor dem Bundeskanzler sei J. dann nach Paris gefahren. Dort habe sich auch de Gaulle bereiterklärt, das Protokoll ratifizieren zu lassen.

[22] Der ständige NATO-Rat hatte auf Grund eines Gutachtens amerikanischer Erdölfirmen auf amerikanische Initiative am 21.11.1962 eine Empfehlung verabschiedet, die Mitgliedstaaten sollten den Verkauf von Pipeline-Röhren großen Durchmessers an die Sowjetunion einstellen. Daraufhin beschloß das Bundeskabinett am 18.12. eine Rechtsverordnung, durch die Stahlrohre großen Durchmessers vom Export in die UdSSR und die übrigen Ostblockstaaten ausgeschlossen wurden. Durch diese Verordnung wurde auch die Auslieferung von insgesamt 163000 t Großrohren betroffen, deren Herstellung am 5.10.1962 vereinbart worden war. Die betr. Verträge enthielten eine Vorbehaltsklausel, in der auf die Notwendigkeit einer Zustimmung seitens der Behörden der BRD hingewiesen wurde. Das Auswärtige Amt legte diese Klausel so aus, daß durch sie die Verträge bis zur Gewährung eben dieser Zustimmung „schwebend unwirksam" seien (ADG 1963, S. 10485).

Zum deutsch-französischen Vertrag: Morris (Vertreter von Dowling) und Ross (Vertreter von Steel) haben gegenüber M. ihre Besorgnis über die künftige Zusammenarbeit in der NATO geäußert. Maurice Faure habe dagegen im Gespräch mit Mende die Freien Demokraten davor gewarnt, „englischer zu sein als die Engländer". Die jetzige Europapolitik Frankreichs sei nur eine „temporäre Angelegenheit". Durch sie trete in der europäischen Einigung lediglich eine Verzögerung von etwa drei Jahren ein.

Auch Achenbach verteidigte den Vertrag, entschiedener noch als Mende. Er bagatellisierte sogar alle bisher vorgetragenen Bedenken und gab bekannt, der Fraktionsassistent Emig habe die Vereinbarkeit mit den anderen Verträgen geprüft und sei zu einem positiven Ergebnis gekommen. Schultz meinte dagegen, vom verteidigungspolitischen Standpunkt aus sei dieser Vertrag „eigentlich unnötig". Dehler ging – wie üblich – noch einen Schritt weiter: „Dieser Vertrag ist so überflüssig wie ein bayerischer Kropf!" Amerika und England seien „äußerst gekränkt" über diese Angelegenheit.

Starke kam auf den deutschlandpolitischen Aspekt dieses Abkommens zu sprechen und fragte, wo es denn „gemeinsame Interessen mit de Gaulle in den Fragen der Wiedervereinigung" gäbe? Er bestreite solche gemeinsamen Interessen. Die Bundesrepublik wolle zudem die atlantische Gemeinschaft, de Gaulle wolle sie nicht (Widerspruch von Achenbach). Es sei auch nicht sicher, daß de Gaulle – wie vorgesehen – uns konsultiere. Wenn er das überhaupt täte, dann sicher nur in Fragen, die uns in einen Gegensatz zu den USA bringen sollten.

Dem widersprach Sonnenhol, der sich übrigens seiner guten Beziehungen zu den Gaullisten rühmte, in so ziemlich allen Punkten. Er warnte davor zu glauben, die de Gaullsche Politik artikuliere allein die Auffassungen des Generals; es sei vielmehr die Politik ganz Frankreichs. Im übrigen habe de Gaulle der FDP einen großen Dienst erwiesen, indem er die Beitrittsverhandlungen auffliegen ließ. Denn sonst hätte unsere Partei Farbe in der Landwirtschaftspolitik zeigen müssen.

Zum Verhalten der Fraktionen in dieser Sache (deutsch-französischer Vertrag) teilte Mende schließlich auf Fragen folgendes mit: Am 18. Januar seien die Fraktionsvorsitzenden im Kanzleramt mit Adenauer zusammengetroffen. Zunächst habe man sich darüber unterhalten, ob Adenauer nach Paris reisen solle. Erler sei dagegen gewesen, Mende habe auf die Gefahren einer solchen Reise hingewiesen und zu erwägen gegeben, Erlers Votum zuzustimmen. Diese Angaben Mendes stimmen freilich mit seinen früheren Aussagen in der Abteilungsleiterbesprechung nicht überein, denen zufolge er zusammen mit Brentano für die Paris-Reise plädiert habe. Mende weiter: Adenauer habe erklärt, er wolle nach Paris fahren, um Frankreich für einen Beitritt Englands zur EWG zu gewinnen. Daraufhin sei das bekannte, im Tagesdienst erschienene Kommuniqué herausgegeben worden.

Gegen 19 Uhr ging der Vorstand ohne Beschluß auseinander. Der bleibt einer späteren Hauptausschußsitzung vorbehalten.

Aschermittwoch, den 27. Februar 1963

Einige westeuropäische Staaaten haben de Gaulle gestern die Quittung für seine jüngsten außenpolitischen Kraftakte präsentiert: die Unterzeichnung des vor allem für Frankreich so wichtigen Assoziierungsabkommens mit 18 afrikanischen Staaten wurde vertagt. Die Krise der EWG nimmt bedrohliche Ausmaße an – nichts geht mehr! Den Nutzen dieser antifranzösischen Demonstration hat vor allem der Osten. Doch darf man hier natürlich nicht Ursache und Wirkung verwechseln.

Genscher hat jetzt meinen Dienstreiseantrag für die USA abgezeichnet. Am Nachmittag rief Sweet an, er braucht noch einige persönliche Daten für Washington: berufliche Tätigkeit, Religion, Wehrdienst, Dienstgrad usw. Die Gastgeber scheinen es sehr genau zu nehmen.

Auch beim Mittagessen mit Dimitrijew war meine bevorstehende Amerika-Reise Gesprächsthema. D. zeigte sich außerordentlich interessiert und fragte: „Wann kommen Sie nach Moskau?". Ich fragte zurück, ob denn die UdSSR mich einladen wollte. Darauf wußte er keine Antwort.

Montag, den 4. März 1963

Der *General-Anzeiger*-Aufmacher vom heutigen Tage („Mende: FDP-Unterstützung Erhards bei Kanzlerwahl fraglich") beschäftigte naturgemäß auch unsere Montagsrunde. Mende und Maurer, die beide am Landesparteitag in Bad Kreuznach teilgenommen haben, auf dem unser Vorsitzender die Zustimmung zur Kanzlerschaft Erhards in Frage gestellt haben soll, bestritten energisch diese Version[23]. Aber nicht nur Mende-Freund Tönnies hat ihn so verstanden, sondern auch Blätter wie die *Neue Rhein-Zeitung* und die *FAZ* (Rapp) sowie *AP*. Sie alle berichten übereinstimmend, daß wir Freien Demokraten hinsichtlich Erhards „schwankend" geworden seien. Ein seltsamer Zufall – oder? Mende mag dieses Pressebild peinlich sein, denn solche Äußerungen widersprechen eklatant der von ihm selbst am 22. Februar empfohlenen Taktik, uns aus dem wilden Nachfolgestreit der Unionsparteien herauszuhalten. Im übrigen bewegte

[23] Laut *General-Anzeiger* vom 4.3. soll Mende diese Haltung der Freien Demokraten „beim Landesparteitag der rheinland-pfälzischen FDP" am 3.3. mit der „Handlungsweise und mangelnden Standfestigkeit des Bundeswirtschaftsministers in den letzten Monaten" begründet haben. Erhard wären nach Meinung Mendes wahrscheinlich manche „Abwertungen" erspart geblieben, wenn er sich bereitgefunden hätte, nach der Bundestagswahl 1961 für den Kanzlerposten zu kandidieren. – Daß auch Maurer die Presseberichte als unzutreffend bezeichnete, könnte damit zusammenhängen, daß der FDP-Vorsitzende seine Äußerungen nicht vor dem Parteitag, sondern – in Abwesenheit von Maurer – am Rande der Veranstaltung gegenüber Korrespondenten gemacht hat.

Mende heute viel mehr die Nachricht, daß Adenauer die Absicht habe, Krone zum Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates zu machen. Denn auf diesen Posten erhebt er selbst Anspruch, wenn er im Herbst ins Kabinett eintritt.

Nicht nur die FDP hat – vermeintlich oder tatsächlich – Unfreundliches über Erhard verbreitet. Auch zwischen dem Vizekanzler und Adenauer gab es wieder einmal Kniest. Durch gezielte Indiskretionen wurde am Wochenende bekannt, daß A. seinen Wirtschaftsminister brieflich „mit Vorwürfen überhäuft" habe. Diese betreffen vor allem Erhards Brüsseler Gespräche in den letzten Februartagen und Erhards Energie-Vorlage. In der CDU/CSU herrscht über diesen Kanzlerbrief große Verärgerung. Die Verluste der jüngsten Landtagswahlen scheinen sich verheerend auf den Zustand der „Union" auszuwirken[24].

Donnerstag, den 7. März 1963

Zwischen Adenauer und Erhard ist der Streit vorläufig beigelegt. Nun sollen über den Nachfolger des Kanzlers erneut klärende Gespräche im engen Kreise stattfinden. Das Gezerre um diese Frage wird allmählich unerträglich. Jede neue Kanzlerkrise in der Union ist eine nachträgliche Rechtfertigung der zähen, wenn leider auch erfolglosen Bemühungen der FDP im Herbst 1961, den alten Mann in Pension zu schicken. Wie hat man uns damals deswegen gescholten!

Gestern war Monsieur Jacques eine Stunde bei mir. Wir tauschten unsere Meinungen über CDU- und Kanzlerkrise aus. J. möchte, wie er sagt, wenigstens noch so lange in Bonn bleiben, bis Adenauer geht. Schade, daß dieser gescheite und liebenswürdige junge Diplomat in diesem Jahr Bonn schon wieder verlassen muß.

Montag, den 11. März 1963

Nach einer Meldung der *Welt am Sonntag* soll Mende Botschafter Kroll die Zusage gemacht haben, künftig Ostberater der FDP zu werden. Der Himmel soll uns bewahren! In der Partei sind auf diesem Gebiet bereits genügend Egozentriker und Polit-Diven tätig. Mit Kroll würde unsere Ostpolitik nur noch hektischer und unberechenbarer.

Gestern meldete *DPA*, Chruschtschow habe den toten Staatssicherheitsminister Berija beschuldigt, er habe die DDR als „sozialistischen Staat" liquidieren wollen. Wer hätte dem Henker von Hunderttausenden von Russen einen so lichten Moment zugetraut?

Aus Bonn mal eine gute Nachricht: am vergangenen Donnerstag wurde mit Polen die Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau sowie die Erweiterung des deutsch-polnischen Handels verein-

[24] S. hierzu die Darstellung bei H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, a.a.O., S. 826–839.

bart. Ähnliche Abkommen sollen auch mit anderen Ostblockstaaten vorgesehen sein. So hat der Vorstoß von SPD und FDP in Sachen Polen vom Frühjahr 1958 nach fünf Jahren doch noch einen – wenn auch begrenzten – Erfolg gezeitigt[25]. Dagegen sind die deutsch-sowjetischen Beziehungen offenbar an einem neuen Tiefpunkt angelangt. Im Zeitraum von einer knappen Woche hat der Kreml nicht weniger als viermal einen gegen die Bundesrepublik gerichteten Schritt unternommen. Auf der anderen Seite dürfte die Neigung der Bundesregierung, auf Grund einer NATO-Empfehlung (an die sich außer uns kein anderer NATO-Staat zu halten gedenkt) beim Röhrenabkommen vertragsbrüchig zu werden, unsere Beziehungen zu Moskau noch zusätzlich belasten.

Dienstag, den 12. März 1963

Vor dem Arbeitskreis der Fraktion hat Achenbach heute zum Röhrenembargo die Forderung erhoben, die Bundesregierung solle die Alliierten um Genehmigung für unser Geschäft mit der Sowjetunion ersuchen. Im übrigen plädierte A. grundsätzlich für die Aufhebung der Embargo-Politik. Man könne entweder Außenpolitik machen oder reine Militärpolitik. In diesem Fall bin ich mit A. einmal voll einverstanden.

Samstag, den 16. März 1963

Auf der ersten vorbereitenden Sitzung des Arbeitskreises III für München prallten heute die Meinungen in der Europa-Politik hart aufeinander. Das kann auf dem Parteitag lustig werden. Ob man die nach wie vor bestehenden Meinungsverschiedenheiten durch technisch-organisatorische Kniffe noch in den Griff bekommt, bleibt abzuwarten[26].

Mende berichtete während der Sitzung über einen geheimen Briefwechsel zwischen Schröder und dem amtierenden polnischen Außenminister. Darin sei festgelegt worden, daß die Mitglieder der deutschen und der polnischen Handelsmission „quasi konsularischen und diplomatischen Status" haben sollen. Auch habe sich Schröder geweigert, das deutsch-pol-

[25] Die Fraktionen der SPD und FDP hatten am 23.1.1958 einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung ersucht wurde, „mit der polnischen Regierung in Besprechungen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen einzutreten". Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit an den Außenpolitischen Ausschuß überwiesen und in Beratungen mit einbezogen, deren Ergebnis dreieinhalb Jahre später, am 14.6.1961, dem Parlament vorgelegt wurde. Aber erst im Jahre 1972 wurden zwischen Bonn und Warschau Botschafter ausgetauscht.

[26] Es wurde darüber debattiert, ob auf dem Parteitag in München im Arbeitskreis neben einem einführenden Bericht über die Lage in der Gemeinschaft ein oder zwei Hauptreferate über die Europa-, Berlin und Deutschlandpolitik gehalten werden sollten. In der Arbeitsgruppe setzen sich die Vertreter einer getrennten Behandlung von Europa- und Deutschlandpolitik in München durch. Damit wurde die Möglichkeit gegeben, den Widerspruch zwischen der Deutschland- und der Europapolitik der FDP durch Thementrennung gewissermaßen auszuklammern.

nische Handelsabkommen vor dem außenpolitischen Arbeitskreis der CDU zu diskutieren, damit Brentano und Majonica die Verhandlungen nicht kaputtmachen konnten.

Am Montag wird sich der Bundestag mit dem fatalen Röhrenembargo zu beschäftigen haben, nachdem das Bundeskabinett am Freitag beschlossen hat, an dem Ausfuhrverbot für Stahlröhren nach der Sowjetunion festzuhalten.

Dieser Tage hat übrigens Acheson in Aufsehen erregender Weise zur deutschen Frage Stellung genommen. Nachdem der ehemalige Außenminister bereits früher wiederholt auf die Gefahren eines Fortdauerns der deutschen Teilung hingewiesen hatte, meinte er nun am Mittwoch in Berkeley, die Beziehungen der USA zur Bundesrepublik seien belastet, weil die Kennedy-Regierung keine eindeutige Mitteleuropa-Politik treibe. Während die fdk die Acheson-Reden am Donnerstag kommentierte, hüllte sich das amtliche Bonn in Schweigen. Die Londoner *Times* meinte allerdings, Adenauer trete noch immer für eine Politik der Stärke ein, „die sich im ganzen als steril erwiesen" habe.

Sonntag, den 17. März 1963

Am Abend rief überraschend Prof. Sweet in meiner Wohnung an. Er wollte sich über die Haltung der FDP bei der morgigen Röhren-Debatte im Bundestag informieren. Ein prominenter deutscher Journalist habe ihm – Sweet – eine neue Koalitionskrise im Zusammenhang mit der Embargo-Affäre angekündigt. Er wollte nun wissen, ob er Washington telegrafisch von dem möglichen Zusammenbruch der Koalition unterrichten solle. Ich wies ihn darauf hin, daß die FDP die Koalition nicht zu sprengen beabsichtige. Ich erläuterte noch einmal die Haltung der Partei und verwies im übrigen auf die Sitzung morgen nachmittag. Dann wird die Fraktion mit Schröder zusammentreffen, und davon wird letztlich die Entscheidung abhängen.

Sweet brachte mehrfach seine große Besorgnis über die Auswirkungen zum Ausdruck, die eine Nichterfüllung des NATO-Auftrages durch Bonn auf die amerikanische Regierung und die Öffentlichkeit seines Landes haben würde. Daran könne auch eine dilatorische Behandlung der Empfehlung durch andere NATO-Staaten wie England und Italien nichts ändern. Denn die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte gerade von der Bundesrepublik absolute Loyalität und Korrektheit bei der Erfüllung der Empfehlung (!). Westdeutschland sei insofern ein Sonderfall, als Truppen der Vereinigten Staaten die Sicherheit seines Territoriums und Berlins garantierten. Darum würde in Washington die Ausfuhr strategischer Güter in den Osten auf keinerlei Verständnis stoßen. Sweet, dessen Stimme ungewohnt erregt klang, drückte sein Bedauern darüber aus, daß ausgerechnet die Freunde der USA (er meinte offensichtlich FDP und SPD) in die-

ser Frage eine Haltung einnähmen, die in den USA auf Unverständnis stoßen müßte.

Dienstag, den 19. März 1963

Durch einen üblen Trick hat Rasner gestern die Abstimmung über das Röhrenembargo und damit ein Außerkraftsetzen der entsprechenden Regierungsverordnung verhindert. An diesem Montag abend hat die parlamentarische Demokratie in Deutschland eine Schlappe erlitten. Dazu kommt das lädierte Ansehen des freien Deutschland als Handelspartner für Osteuropa. Faix prophezeite heute bereits „sehr nachteilige Folgen" für die Ostbeziehungen der Bundesrepublik[27].

Zunächst schien alles so klar. Mende hatte am Vormittag in der Abteilungsleiterbesprechung erneut den Standpunkt der Partei in der Röhrenfrage bekräftigt. Auch die überraschende Intervention des amerikanischen Gesandten Morris beim Parteivorsitzenden hatte keinen Erfolg gehabt[28]. Die Seelenmassage von Schröder und Erhard am Nachmittag vor der Fraktion verfehlte ebenfalls ihre Wirkung. Der Außenminister gab sich verständnisvoll („Wir sind in einer ekligen Lage, das muß ich zugeben" und „mit dem Herzen bei der deutschen Stahlindustrie"). Dann verlas er den geheimen NATO-Beschluß und plädierte dafür, in diesem Falle nicht den Interessen der Wirtschaft, sondern außenpolitischen Erwägungen den Vorrang zu geben. Genau das aber tun SPD und FDP mit ihrem Votum gegen eine Embargo-Politik[29]. Die anschließende Diskussion brachte darum auch keine Annäherung der Standpunkte. Selbst Schröders Warnung, daß eine Nichtdurchführung der NATO-Beschlüsse die Amerikaner verärgern könne, verfing nicht. Scheel, Bucher und Dehler empfahlen lediglich, die FDP-Minister sollten Adenauer vorher mitteilen, daß sie gegen die Regierung stimmen wollten.

Später erschien Erhard, der eine andere Platte laufen ließ: wir sollten doch nicht die Koalition gefährden. Er gäbe zwar zu, „daß bei der Öloffensive auch amerikanische Interessen mitspielen". Doch stünde die Bundesrepublik ohnehin unter dem Verdacht, de Gaulle Vorschub geleistet zu

[27] Der Bundestag sollte durch Hammelsprung über den Antrag auf Ablehnung der Röhrenembargo-Verordnung abstimmen, doch blockierte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU die Abstimmung, indem er die „Nein"-Tür verschloß. Durch die Beschlußunfähigkeit des Parlaments wurde der Antrag wegen Verfalls der Einspruchsfrist unwirksam und die Rechtsverordnung der Regierung konnte nicht in Kraft treten (vgl. ADG 1963, S. 10485).

[28] Der Gesandte Morris erschien an diesem Tage um 11.30 Uhr bei Mende, um diesem den Standpunkt seiner Regierung zur Frage eines Röhren-Embargos noch einmal darzulegen. Wie Schollwer am 20.3. bei einem Gespräch in der Politischen Abteilung der Amerikanischen Botschaft in Bonn erfuhr, soll diese Demarche auf Anregung des Auswärtigen Amtes erfolgt sein.

[29] Das Röhrenembargo wurde von Bonn erst 1968 formell wieder aufgehoben, nachdem der NATO-Rat schon 1966 seine Aufhebung empfohlen hatte.

haben. Wenn man jetzt auch noch die Röhren liefern würde, „das würde man uns nicht verzeihen". Erhard kündigte für diesen Fall „Schwierigkeiten über Schwierigkeiten" an und bat schließlich die Fraktion, sich die Sache „außenpolitisch und koalitionspolitisch" noch einmal zu überlegen.

Aber das war vergebliche Liebesmüh. Als dann auch noch Zoglmann über angebliche finstere Drohungen des Kanzlers berichtete, war der Fall für die Fraktion entschieden. Sie ahnte freilich nicht, daß Adenauer und sein Gehilfe Rasner wenige Stunden später die nun unvermeidliche Regierungsniederlage durch undemokratische Machenschaften noch im letzten Augenblick verhindern würden.

Sonntag, den 24. März 1963

Der Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz war Anlaß für die gestrige Vorstandssitzung in Neustadt an der Weinstraße. Viele unserer Vorstandsmitglieder waren freilich nicht gekommen – nur knapp die Hälfte. Nordrhein-Westfalen war überhaupt nicht vertreten. So schien die einleitende Bemerkung eines Vertreters des zuständigen Bezirksverbandes, die Parteifreunde genössen eine „hervorragende Unterstützung" durch Vorstand und Fraktion, nur zur Hälfte berechtigt. Bleibt zu hoffen, daß die vom gleichen Redner gestellte gute Wahlprognose fundierter ist.

Mende berichtete zunächst über die leidige Adenauer-Nachfolge. Die FDP habe mit der CDU/CSU hierzu offiziell Verbindungen aufgenommen. Adenauer favorisiere seinen Freund Krone, der aber lehne – vorläufig – ab. Ein Teil der CDU wolle Schröder, der jedoch kein Übergangskanzler sein wolle. Wieder andere unterstützten die Kandidatur Erhards. Vermutlich schon im April sei eine Information der FDP über die Nachfolge Adenauers zu erwarten. Der Kanzler werde spätestens am 1. Oktober sein Amt niedergelegt haben.

Zum Röhren-Embargo meinte M., die Entwicklung der Affäre sei „rückläufig für die CDU" und günstig für die FDP. Unsere Partei hätte bei ihrer Haltung an Handelsabkommen mit Ostblockstaaten sowie an Rückwirkungen auf die deutsche Industrie gedacht. Wäre die FDP allerdings frühzeitig über die Vorstellungen der USA informiert worden, dann „hätten wir unsere Haltung im Sinne der deutsch-amerikanischen Beziehungen möglicherweise überprüft".

Zur Morris-Demarche meinte der Vorsitzende, das Wort „Intervention" sei zu hart. Im übrigen habe Chruschtschow an Präsident Kennedy einen Brief geschrieben, K. möge die Röhrenlieferungen nicht behindern. Daraus habe Washington den Schluß gezogen, daß es sich hier um eine „unerhört wichtige und politische Frage" handele.

Was den deutsch-französischen Vertrag anbetreffe, so seien die durch ihn entstandenen Schwierigkeiten noch nicht ausgeräumt. De Gaulle habe ganz andere Vorstellungen über den Sinn des Vertrages als wir. „Der Ge-

danke einer Dritten Kraft zwischen den USA und der UdSSR ist – gelinde gesagt – eine Illusion". Der Bundesrat wolle eine Entschließung zur Verdeutlichung des Vertrages, ebenso wie der Bundesvorstand; die Fraktion neige eher zu einer Präambel. Kopf, Furler und Majonica verlangten sogar Präambel *und* Entschließung. Die Ablehnung des Vertrages durch einen Koalitionspartner sei unmöglich, man dürfe ihn nicht zur Grundsatzfrage der Koalition machen.

Dehler bekannte sofort, er werde gegen den Vertrag stimmen. Im übrigen sei für ihn der Vorgang beim Röhrenembargo „genau so schlimm wie die Strauß-Geschichte". Der Bundestag sei bewußt getäuscht worden. – Schultz äußerte Bedenken gegen die von Kennedy vorgeschlagene multilaterale oder multinationale Atommacht. Dieses Projekt solle jährlich 2 Milliarden kosten, davon müsse Bonn 30 bis 40% tragen – und das zehn Jahre hindurch. Militärisch gesehen sei dieses Unternehmen wenig erfolgversprechend. Als Schultz hinzufügte, obwohl der amerikanische Vorschlag militärisch nicht sinnvoll sei, könne man ihn doch nicht ablehnen, meinte Mende beruhigend: „Gottlob werden nicht alle Pläne Washingtons realisiert" – womit er wohl recht hat.

Nach einigem Hin und Her über die Frage Präambel oder Entschließung, ob eine Präambel etwas am Vertragsinhalt ändern könne oder nicht, kam Mende erneut auf die Vorgeschichte des Vertrages. Diesmal berichtete er wiederum etwas anderes als beim ersten und zweiten Male[30].

Nach dem Essen noch einige Referate, die aber bis auf den Bericht Mendes über ein Gespräch mit der DGB-Führung wenig Neues brachten. Ob diese Begegnung wirklich so positiv verlaufen ist, wie unser Vorsitzender schilderte, bleibt dahingestellt. Immerhin widersprach Dehler der überraschenden Wertung Mendes nicht[31].

Um 17 Uhr Pressekonferenz: Hauptthema Röhrenembargo. Mende behauptete nun sogar, den Morris-Besuch nur als „freundschaftliche Information" empfunden zu haben. Erst bei dieser Gelegenheit seien ihm auch die geheimen NATO-Empfehlungen bekanntgeworden.

[30] Mende: „Am 18. 2. hat Adenauer uns mitgeteilt, daß er nach Paris wolle, um den Vertrag zu paraphieren". Schröder habe „in sehr großzügigem Stil" über den Vertrag informiert. Bedenken gegen den Termin seien durch Erler, Mende und Gerstenmaier geäußert worden. Daraufhin habe A. erklärt, er sei sehr erschüttert: ob man denn die deutsch-französische Freundschaft ablehnen wolle? Nach 3 Stunden habe man dem Kanzler empfohlen, nach Paris mit dem ausdrücklichen Auftrag zu fahren, sich für den Beitritt Großbritanniens zur EWG einzusetzen. – Die Vorstandsdiskussion über den Vertrag endete mit der Bemerkung Mendes, die Verhandlungen zwischen den Parteien liefen noch, die FDP solle sich darum nicht zu früh festlegen.

[31] Dehler sprach – laut Notizen Schollwers – von einer „ausgezeichneten Atmosphäre" und davon, daß das Gespräch mit den Vertretern des DGB-Bundesvorstandes „sachlich höchst effektiv" gewesen sei.

Mittwoch, den 27. März 1963

Am Montag abend, bei einem Diplomatenessen im französischen Gästehaus in Bad Godesberg, wurden an meinem Tisch so ziemlich alle interessanten politischen Themen angeschnitten, nur nicht das heute stattfindende sowjetisch-amerikanische Sondierungsgespräch über Berlin. Vielleicht geschah das mit Rücksicht auf die Gastgeber, die bekanntlich von solchem Palaver nichts halten. Am gesprächigsten war Siegfried Zoglmann, er redete wie ein Wasserfall. Doch waren seine Ansichten im allgemeinen erstaunlich vernünftig.

Sonntag, den 31. März 1963

Auf der gestrigen Arbeitskreissitzung wurde ich wiederholt auf meine kommende Amerikareise angesprochen. Man erteilte mir Ratschläge, und ich wurde eingeladen, nach meiner Rückkehr in Brüssel vor liberalen Beamten und Journalisten über meine Abenteuer im Wilden Westen zu berichten.

Heute gab mir auch Mende noch einige Verhaltensregeln mit auf den Weg, z. B. wie ich mich vor Darmerkrankungen, Erkältungen oder zu hohen Getränkepreisen schützen könne. Auch legte er mir insbesondere Botschaftsrat Strätling von unserer Washingtoner Vertretung als Gesprächspartner ans Herz; der könne mir gute Verbindungen schaffen. Gestern noch hatte mir Sonnenhol davon abgeraten, mit diesem Herrn Kontakt aufzunehmen.

Amerika-Reise

Dienstag, den 2. April 1963, Washington

Seit gestern in Washington zu Gast der amerikanischen Regierung. Nach dem Frühstück (Cafeteria) mit meinem Dolmetscher zum State Department. Dort erledigen wir einen Höflichkeitsbesuch bei dem für meine Studienreise zuständigen Beamten. Das Außenministerium ist ein imposanter Bau mit endlosen Fluren, einem großen, gut gepflegten Innenhof und einer riesigen Eingangshalle, in der die Fahnen aller Staaten hängen, mit denen die USA diplomatische Beziehungen unterhalten. Die Fahnen hängen in alphabetischer Reihenfolge, damit sich niemand zurückgesetzt fühlt. Pikanterweise ist das Schwarz der deutschen Flagge stark ausgebleicht und geht ins Grau-Bräunliche über ...

Am Nachmittag ins Capitol. Wir besuchten Sitzungen des Repräsentantenhauses und des Senats. Ersteres beschäftigte sich bei unserem Eintritt mit dem Thema „Vogelschutzgebiete", entsprechend waren Teilnahme und Aufmerksamkeit der Congress-Men. Wir saßen auf der Zuschauertribüne in der ersten Reihe, und mein Dolmetscher wurde von einem Kon-

trollbeamten ermahnt, nicht die Hände auf die Brüstung zu legen. Das ist verboten, seitdem vor einiger Zeit ein Puertoricaner auf diese Art eine Pistole unter seinen Händen verbarg, mit der er später in das Plenum feuerte. Der Senat debattierte darüber, ob der Bund – wie es die Demokraten wünschen – das Recht zur Regelung bestimmter Verkehrsprobleme in den Städten der USA haben solle. Die Republikaner sind (selbstverständlich) dagegen. Im Senat fiel mir vor allem Mike Mansfield auf, eine beeindruckende Persönlichkeit.

Am Abend in der Hotelbar eine Diskussion über südamerikanische Probleme, zu denen mein Begleiter sehr dezidierte und außerordentlich kritische Ansichten vertrat. Auf deutsche Probleme eingehend äußert sich Mr. G. voller Mißtrauen gegenüber der angeblich wankelmütigen deutschen Ostpolitik.

Mittwoch, den 3. April 1963, Washington

Am späten Vormittag ein interessantes Gespräch mit Mr. Marcy, dem „Staff Director" (Assistenten) des Außenpolitischen Ausschusses des Senats. M., ein mittelgroßer, grauhaariger, etwa 50 Jahre alter Herr mit breitem Schädel, bittet um Entschuldigung, kein deutschlandpolitischer Fachmann zu sein. Er könne zudem nur seine persönliche Auffassung vortragen, nicht aber die seines Ausschusses, in dem bekanntlich Republikaner *und* Demokraten säßen. Ich fragte M., was er von der Ansicht vieler Deutscher halte, nicht die Bundesrepublik, sondern allein die USA seien imstande, die durch de Gaulle hervorgerufene europäische Krise zu überwinden. Marcy: In der amerikanischen Politik gäbe es gegenwärtig zwei Strömungen: die eine fordere, man solle auf die Europäer Druck ausüben, die andere, den Europäern solle die Lösung ihrer Probleme selbst überlassen bleiben. In den USA läge der Isolationismus nur unter einer „dünnen Decke". M. hebt die Bedeutung der Bundesrepublik in Europa hervor und läßt die Ansicht durchblicken, daß einzig Deutschland dazu imstande sei, eine führende Rolle in Europa zu übernehmen. Später erklärte er jedoch (zu meiner Erleichterung), daß die USA keine deutsche Vorherrschaft in Europa wünschten.

Das Gespräch sprang dann zur Frage einer multilateralen Atommacht über. Marcy: „Was denken Sie, soll Merchant noch einmal nach Europa zurückgehen?[1]". Ich erwiderte, für uns werfe dieses Projekt drei Probleme auf: erstens wüßten wir, daß die Sowjets jede Form direkter oder indirek-

[1] Livingston R. Merchant war von Präsident Kennedy zum Hauptverhandler einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO ernannt worden. M. besuchte vom 27.2. bis 12.3. sowie vom 15. bis 25.4. Europa. Bei seinen Sondierungsgesprächen mit den europäischen Verbündeten stellte sich heraus, daß lediglich Bonn und Ankara großes Interesse an der Schaffung einer solchen Macht äußerten, während die übrigen Regierungen lediglich die Bereitschaft zur Unterstützung des Projektes bekundeten (ADG 1963, S. 10374, 10436 und 10545).

ter atomarer Bewaffnung Deutschlands als eine Bedrohung ihrer Sicherheit betrachteten und mit den Mitteln des politischen und militärischen Drucks versuchen würden, dieses zu verhindern. Zweitens sei eine solche Streitmacht in Europa schon deshalb nicht populär, weil die Europäer glaubten, sie sollten dadurch selbst am Besitz dieser Waffen gehindert werden. Und drittens wagten die Deutschen gegenwärtig nicht, ihre Bedenken über dieses Projekt zu äußern, weil sie fürchteten, nach dem deutsch-französischen Vertrag die Amerikaner erneut zu erzürnen.

M. nahm diese Bemerkungen schweigend zur Kenntnis und fragte schließlich, was man denn jetzt überhaupt für Europa tun könne. Der einzige Weg sei, so erwiderte ich, der Versuch, über die noch bestehenden gemeinsamen Gremien der Verbündeten Kontakt zu halten und die Zeit bis zum Abtritt de Gaulles schlecht und recht zu überbrücken. Solange de Gaulle an der Spitze Frankreichs stehe, werde es im europäischen und atlantischen Bereich keine Fortschritte geben, und jeder von den USA ausgeübte Druck werde nur den Widerstand des Generals verstärken. Marcy nickte zustimmend.

Um drei Uhr wieder im State Department. In Zimmer 6221 empfing uns Mr. Grant Parr. Er war früher fünf Jahre im amerikanischen Generalkonsulat in Hamburg und ist jetzt für die Public-relation-Arbeit der Deutschlandabteilung zuständig, also eine Art Pressesprecher. Er sieht aus wie der britische Schauspieler James Mason und spricht nur sehr gebrochen deutsch. Nach einem kurzen Gespräch brachte er uns zum Berlin-Referenten der Deutschlandabteilung, Mr. Williams. W. saß in einem Rollstuhl, in sich zusammengekrümmt, das schmale, kluge Gesicht von Schmerzen gezeichnet. Der Diplomat leidet seit Jahren an einer Virenerkrankung, die zum totalen Muskelschwund führt. Nur die rechte Hand kann er noch etwas bewegen – er streckte sie mir schlaff entgegen. Mr. Williams erscheint mir einen Augenblick wie ein Symbol der westlichen Berlin-Politik, doch das Gespräch zeigt einen Mann mit beachtlichen intellektuellen Fähigkeiten und kühler Energie.

Nach einigen Einleitungsfloskeln und Darstellung meiner Aufgaben in Bonn lenkte ich das Gespräch auf die sowjetisch-amerikanischen Berlin-Sondierungen sowie auf das Rusk-Paket vom Frühjahr 1962. Nach meiner Ansicht sei dieser Vorstoß des amerikanischen Außenministers zu begrüßen, weil er den Zusammenhang zwischen der Berlin-, der Deutschlandfrage und der Abrüstung wiederherstelle. Williams stimmte mir zu, wies jedoch darauf hin, daß die Sowjets versucht hätten, dieses Paket wieder auseinanderzureißen. Ich fragte Williams, was es mit einer Meldung Herbert von Borchs aus Washington auf sich habe, daß die USA im Falle eines Scheitern der neuerlichen Sondierungen den Herter-Plan von 1959 erneut vorlegen wollten. W. meinte vorsichtig, „Herbert" habe zweifellos sehr gute Verbindungen zum State Department; dort möge er „irgend welche drei Punkte" erfahren haben, die er dann zu einem einzigen zusam-

mengezogen habe. Von einem solchen offiziellen Plan seines Hauses sei ihm, Williams, jedenfalls nichts bekannt. Wir hätten, so entgegnete ich, dieser Meldung vielleicht schon deshalb mehr Bedeutung zugemessen, weil kurz zuvor Dean Acheson in einer Rede in Deutschland viel beachtete Ausführungen zur Deutschlandfrage gemacht habe. Acheson hat, erwiderte Williams, jedoch nicht die offizielle Regierungsmeinung vorgetragen, wenn er auch „unser Berater" sei. W. ließ durchblicken, daß das State Department seine Hoffnungen in der Deutschlandfrage auf die inneren und äußeren Schwierigkeiten der UdSSR setze, die Chruschtschow eines Tages zwingen könnten, dem Westen die Hand hinzustrecken. Zudem: wichtiger vielleicht als die Berlin-Gespräche seien die Verhandlungen in Genf. Dort sei man nicht mehr so weit auseinander: die Sowjets wollten drei, die Amerikaner sieben Kontrollstationen[2].

Ich gab zu bedenken, daß – wofür manches spreche – Chruschtschow gegenwärtig eher zu einer harten als zu einer weichen Haltung gegenüber dem Westen geneigt sein könne, angesichts der bitteren Vorwürfe, die ihm wegen seiner Politik von den Rotchinesen und den Stalinisten im eigenen Land gemacht würden. Williams widersprach dieser Ansicht nicht.

Dann wandte sich das Gespräch der Lage in Berlin zu. Parr fragte mich nach der Wirkung der Mauer auf die deutsche Politik. Ich gab zur Antwort: die gegenwärtige Situation in Berlin berge die Gefahr eines verstopften Dampfkessels: er könnte eines Tages in der DDR eine Explosion auslösen. Auf der anderen Seite habe Chruschtschow angesichts der personellen Ausblutung der Zone durch die Massenflucht wohl keine andere Wahl gehabt, als die DDR durch die Errichtung der Mauer vor einer Katastrophe zu bewahren. Deutsche Zeitungen, insbesondere die Springer-Presse, hätten einiges dazu getan, durch Sensationsmeldungen über Flüchtlingszahlen den sowjetischen Parteichef zum Mauerbau zu ermutigen. – Williams warf hier ein, auch Willy Brandt habe einige Wochen vor dem 13. August in Washington eindringlich vor einer solchen Pressepolitik gewarnt. Was man jedoch – und nun wandte sich Williams einem neuen Thema zu – in Washington nicht verstehen könne, sei die Haltung der FDP in der Röhrenfrage. Es handele sich doch hier um einen NATO-Beschluß. Ich gab eine Darstellung der Entwicklung dieser Affäre aus unserer Sicht und wies besonders darauf hin, daß bis kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Bundestag niemand so recht gewußt habe, welche Bedeutung die

[2] Am 12.2.1963 hatte die Genfer Konferenz des Abrüstungsausschusses der Achtzehn ihre Arbeit wieder aufgenommen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche. Die USA verlangten 7 automatische seismische Stationen in der UdSSR. Die Sowjetunion bekräftigte am 22.2. ihren Standpunkt, daß lediglich 2 bis 3 Inspektionen an Ort und Stelle sowie 3 automatische seismische Stationen zugestanden werden könnten. Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vom 5.8.1963 enthält jedoch keinerlei Bestimmungen über Inspektionen oder seismische Stationen.

Amerikaner dieser Frage beimäßen. Das Erscheinen des Gesandten Morris bei Mende habe uns allerdings den Weg zum Einlenken endgültig verbaut. Natürlich sei eine Erfüllung der NATO-Empfehlung durch Bonn objektiv und juristisch kein Vertragsbruch gegenüber Moskau, subjektiv und vom Standpunkt des sowjetischen Partners gesehen sei ein solches Verhalten aber zweifellos mit Vertragstreue schwer zu vereinbaren. Dem Einwand Parrs, daß sich schließlich auch die Sowjets nicht an Verträge hielten, setzte ich die Auffassung entgegen, daß wir ja für uns die größere Rechtlichkeit beanspruchen.

In den letzten zehn Minuten nahm auch der gegenwärtige Chef der Deutschlandabteilung, Creel, an unserem Gespräch teil. C. erkundigte sich sogleich nach dem möglichen Nachfolger Adenauers, ein Problem, über das man sich täglich in seiner Abteilung Gedanken mache, obwohl diese für solche Fragen gar nicht zuständig sei. Nun, meinte ich, in gewisser Weise sei die Nachfolgefrage auch eine Art „Ostproblem". Nach meiner Ansicht werde wohl Erhard Kanzler werden, weil sich die Union auf keinen anderen Kandidaten einigen könne.

Von der Deutschlandabteilung marschierten Frank G. und ich sogleich zum Konferenzsaal. Dort gab Kennedy um 16 Uhr eine Pressekonferenz.

Er trat mit raschen Schritten aus einer Seitentür auf die mit der blauen Präsidentenfahne und dem Sternenbanner geschmückte Bühne, begleitet von seinem Pressereferenten Salinger und dessem farbigen Assistenten. Die etwa 100 Journalisten hatten sich beim Eintreten Kennedys von ihren Plätzen erhoben. Der Präsident winkte lässig mit der rechten Hand, man setzte sich. Unmittelbar darauf sprang der erste Fragesteller von seinem Sitz auf – die Pressekonferenz hatte begonnen. Die Fragen laufen bunt durcheinander: Sowjetische Truppen auf Kuba, der Streit um ein neues Militärflugzeug der USA, Südkorea, deutsche Wissenschaftler in Ägypten[3], Südamerika, Kongreßarbeit usw. Kennedy beantwortete jede Frage ruhig, meist mit leiser Stimme, gelegentlich auch recht ausführlich und dabei ein wenig dozierend. Hin und wieder kommen seine Antworten aber auch betont knapp und mit witzigen Bemerkungen, die vom Auditorium mit lautem Gelächter quittiert werden. Immer wenn Kennedy eine Antwort beendet hat, springen mehrere Journalisten gleichzeitig von ihren

[3] Wie die israelische Außenministerin, Frau Golda Meir, am 20.3. von der Knesset mitteilte, sollten deutsche Wissenschaftler und hunderte deutscher Techniker bei der Herstellung von ägyptischen Angriffsraketen und sogar von Waffen behilflich sein, deren Herstellung durch Völkerrechtsgrundsätze verboten sei. Sowohl Kairo als auch Bonn dementierten die Beteiligung deutscher Staatsbürger an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen in Ägypten (ADG 1963 S. 10963). Das State Department hatte am 11.1.1963 den Abzug sowjetischen Militärpersonals von Kuba gefordert, dessen Stärke nach Mitteilung des US-Verteidigungsministers 17000 Mann betragen haben soll. Am 21.2. gab Washington bekannt, Moskau beabsichtige, Mitte März mehrere tausend Mann sowjetischen Militärpersonals von der Insel abzuziehen (ADG 1963 S. 10432).

Plätzen. Der Präsident weist dann mit ausgestrecktem Arm auf den, der die nächste Frage stellen darf. Plötzlich – ein Journalist hatte gerade zu einer Frage angesetzt – verläßt der Präsident das Pult und geht mit eiligen Schritten zum Saal hinaus. Die halbe Stunde der Pressekonferenz war um – Zugaben gibt es nicht.

Donnerstag, den 4. April 1963, Washington

Der politische Teil dieses klimatisch angenehmen Tages begann in der L-Street. Dort liegt das Gebäude der *Washington Post*. Mein Gesprächspartner Mr. Marder, diplomatischer Redakteur der Zeitung. Nach den üblichen Einleitungs- und Vorstellungsfloskeln brachte ich das Gespräch auf die aktuellen europäischen Probleme und fragte M. nach seinem Urteil. Auch Marder hob die Bedeutung der Bundesrepublik bei der Lösung der europäischen Probleme hervor und berichtete, er arbeite gegenwärtig an einem Artikel, der die Schlüsselfunktion der Bundesrepublik hierbei darstelle. Ich wandte ein, daß die BRD mit Sicherheit in den europäischen Fragen nichts zustande bringen werde, wenn sie nicht der vollen Unterstützung der anderen EWG-Staaten, Großbritanniens und vor allem der USA sicher sein könne. Auf meine Frage, ob die Amerikaner wirklich glaubten, daß die Deutschen sich zu Komplicen de Gaulles bei der Zerstörung von NATO und EWG machen könnten, meinte M.: selbstverständlich nicht. Aber der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses (zwischen Bonn und Paris) habe hier doch sehr beunruhigt.

Das Gespräch ging nun auf die deutsche Frage über. Ich wies auch Marder darauf hin, daß die FDP im vergangenen Frühjahr das Rusk'sche Berlin-Paket begrüßt habe, weil es eine Ausweitung des Themas Berlin bedeutete und weil nach unserer Auffassung ein Abkommen über Berlin allein nicht möglich sei. Marder wies darauf hin, daß freilich die Bundesregierung alle Versuche der Amerikaner bekämpft habe, so zu verfahren. Bonn sei sowohl gegen regionale Abrüstungsmaßnahmen als auch gegen die Erörterung der Grenzfrage aufgetreten. Wann immer die USA das Berlin-Thema auszuweiten beabsichtigt hätten, sei ein Veto eingelegt worden. Er hoffe darum, daß sich in näherer Zukunft in Bonn eine andere politische Konstellation ergäbe, die eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bonn und Washington gestatte.

Ich warnte davor zu glauben, daß sich in dieser Hinsicht schon im Herbst 1963 etwas ändern werde; frühestens 1965 nach den Wahlen. Aber auch dann sei nicht zu erwarten, daß die Deutschen etwa auf die Ostgebiete verzichten würden. In dieser Frage sei die Mehrheit in allen Bundestagsparteien noch immer völlig kompromißlos. „Glauben Sie aber", so fragte der amerikanische Journalist, „daß die Russen und die Amerikaner bis 1965 warten werden?". Marder machte der Bundesregierung den Vorwurf, daß sie niemals einen Vorschlag unterbreitet habe, wie man sonst

alle diese Fragen lösen könne. „Ich glaube nicht", erwiderte ich, „daß heute eine Wiedervereinigung möglich ist. Weder die Russen noch die Amerikaner sind bereit, Deutschland aus dem jeweiligen Bündnis zu entlassen. Was heute möglich erscheint, ist allenfalls eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands – und zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht eine Konföderation. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß diese beiden Teile Deutschlands zu irgendeinem Zeitpunkt zu Verhandlungen zusammenkommen". Marder äußerte sich dazu nicht, nickte aber, während G. meine Ausführungen übersetzte, mehrmals zustimmend mit dem Kopf.

Anschließend fuhren wir mit einer Taxe ins Außenministerium zu einer Routine-Pressekonferenz im kleinen Konferenzsaal. Dort hängt eine Wandkarte von Europa. Sie stammt aus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und stellt das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 dar (!). Österreich und die CSSR sind pikanterweise mit der gleichen grünen Farbe markiert wie Deutschland und von diesem nur durch eine weiße Grenzlinie getrennt. Auch Polen hat seine Grenzen von 1938. Seine und Deutschlands neue Ostgrenzen sowie die Grenze zwischen BRD und DDR sind nur ganz grob mit ein paar Bleistiftstrichen eingetragen.

Die kurze, nur zehn Minuten dauernde Pressekonferenz brachte keine interessanten Neuigkeiten.

Am Nachmittag beim Chef des Washingtoner Reuter-Büros, Mr. Hephenand, einem liebenswürdigen Mann mit offenem Lachen und gescheiten Augen. Das Gespräch freilich war nicht sehr ergiebig: etwas über die Arbeit der Agentur, einige Sätze über Wilsons Besuch in Washington, natürlich auch die unvermeidliche Frage nach der Kanzlernachfolge in Bonn. Noch ein paar Worte zur Europa-Politik und schließlich Bemerkungen über Kennedys Verhältnis zur Presse. Hephenand zeigte viel Sympathien für die Amerikaner und beklagte die oft „diffamierende" Berichterstattung über die USA, auch in der britischen Presse. Er bedauerte, daß Kennedy es in letzter Zeit nicht vermocht habe, sich gegen den Kongreß durchzusetzen. Als wir den Reuter-Chef verließen, meinte mein alter ego G. dazu ergänzend, Kennedy verstehe es leider nicht, sich der Presse zu bedienen, um Druck auf seine Widersacher auszuüben; statt dessen habe er die Journalisten durch eine falsche Informationspolitik während der Kuba-Krise sowie durch das Verbot verärgert, an bestimmten Festlichkeiten des Weißen Hauses teilzunehmen.

Montag, den 8. April 1963, Washington

Heute wurde ich mit der „International Movement for Atlantic Union" auf eine etwas befremdliche Weise näher bekannt gemacht. Man hatte mir für den Vormittag einen Termin bei Mrs. Chase S. Osborn vermittelt. An der Tür eines alten Hauses in der Columbia Road empfing uns eine kleine

weißhaarige Dame von etwa siebzig Jahren. Sie führte uns in zwei durchgehende Zimmer, deren Tische und Stühle über und über mit Büchern, Zeitschriften und Papieren bedeckt waren. Kaum hatten wir diese Räumlichkeiten betreten, schwenkte die alte Dame triumphierend die heutige Ausgabe der *Washington Post*. Dort wird über einen Aufruf des Physikers Edward Teller zur Gründung einer Föderation der Staaten der freien Welt berichtet. Dieser Artikel, meinte Mrs. Osborn stolz, sei durch ihr Büro veranlaßt worden. Darauf begann sie, von Stühlen und Tischen einen Haufen Papiere zu sammeln und mir einen fast einstündigen Vortrag über Aufgaben und Ziele der Bewegung für eine Atlantische Union zu halten. Sie redete sich schnell in Feuer, nicht ohne dabei sarkastische Bemerkungen über alle jene fallen zu lassen, die dem Projekt kritisch oder ablehnend gegenüberstehen (und das scheinen nicht wenige zu sein). Bei ihrem engagierten Plädoyer für das Movement strahlte die alte Dame soviel Optimisus aus, daß ich selbst für einen Augenblick zu zweifeln begann, ob diese Idee vielleicht doch nicht ganz so utopisch sei, wie sie mir bisher erschien. Doch dann machte Mrs. Osborn unabsichtlich einen Fehler: offenbar, um mir ihr Projekt noch schmackhafter zu machen, erkundigte sie sich eingehend nach dem Befinden des Herrn Strauß und fragte besorgt, wann dieser Politiker endlich „wiederkomme"; er habe sich doch so sehr für die atlantische Föderation eingesetzt. Auch zeigte mir Mrs. Osborn die Namen jener Deutschen, die bereits in der Bewegung mitwirken: so Graf Adelmann, Richard Jaeger, Heinrich von Brentano und andere Größen der Unionsparteien[4]. Als mich Mrs. O. schließlich fragte, was denn ich zu tun gedenke, um dieser Idee zum Erfolg zu verhelfen, bat ich höflich um Bedenkzeit: ich würde gern erst einmal die mir ausgehändigten Schriften durcharbeiten. Mrs. Osborn gewährte mir Aufschub. Wir verabschiedeten uns rasch, um den nächsten Termin nicht zu verpassen.

Um 12 Uhr traf ich mich mit Alain Clément im Presseclub zum Dinner. C. berichtete mir über seine ersten Amerika-Erfahrungen (er ist erst seit November für *Le Monde* in Washington). Seine Bemerkungen über Land und Leute waren bemerkenswert negativ. Vieles scheint ihm in der Neuen Welt nicht zuzusagen: das Klima, das in Washington allerdings oft schlimm ist, der Lebensstil der Amerikaner und vor allem die mangelhafte Sozialfürsorge in den USA. Sein Englisch ist nicht sehr gut, das Interesse an den innenpolitischen Vorgängen in der Bundesrepublik lebhaft. Weit größer – wie mir schien – als an den weltpolitischen Aspekten Washingtons. Bei Erörterung des Berlin-Problems warf C. der US-Regierung vor, die Deutschen praktisch zu entmündigen. Skeptisch waren auch seine Bemerkungen über die Qualität der Bonner US-Botschaft.

[4] Einem Schollwer von Mrs. Osborn in die Hand gedrückten Waschzettel ist allerdings zu entnehmen, daß sich auch FDP-Politiker wie der Bayerische Staatssekretär Albrecht Haas und der FDP-Vorsitzende Mende für die Bewegung ausgesprochen haben sollen.

Am frühen Nachmittag dann endlich zur eigenen Botschaft. Das Gebäude macht keinen sonderlich imponierenden Eindruck. Das düstere Treppenhaus zeigt Spuren italienischer Renaissance, im Wartezimmer einiges chinesisches Mobiliar. Das Zimmer des Legationsrates Strätling, den ich nun doch – Mendes Empfehlung folgend – dem Institut als gewünschten Gesprächspartner angegeben hatte, ist dürftig eingerichtet. Strätling, ein Mann mittleren Alters mit glattem Gesicht, bedauert, uns keine Zigaretten anbieten zu können und beklagt sogleich lebhaft den Umstand, daß die Botschaft so sehr für die Reiseplanung deutscher Besucher eingespannt werde. Weitere Klage: der Umschwung der öffentlichen Meinung in den USA gegenüber General de Gaulle, dem man angeblich nun doch das Dreierdirektorium in der NATO konzedieren wolle[5]. Dagegen äußerte sich der Legationsrat überraschend optimistisch über die Erfolge, die deutsche Politiker in Washington bei dem Versuch gehabt haben sollen, den Amerikanern den deutsch-französischen Vertrag verständlich und akzeptabel zu machen. Als sich St. schließlich über Wert und Unwert von Studienreisen in den USA ergeht, dränge ich zum Aufbruch. Sonnenhol hatte doch recht.

Dienstag, den 9. April 1963, New Orleans

Seit acht Stunden in der Geburtsstadt von Louis Armstrong und Benny Goodman. Wir landeten zwei Stunden zu spät, weil das Institut ein falsches Flugzeug gebucht hatte.

Im Hotel lag eine Einladung des hiesigen deutschen Generalkonsuls Marmann für ein Abendessen in seinem Hause. Außer mir waren der SPD-Bundestagsabgeordnete Haage sowie ein sozialdemokratischer Bezirksvorsitzender aus Bayern eingeladen. Während wir vorzüglich speisten, wurde vorwiegend über deutsche Innenpolitik gesprochen. Marmann, ein lebhafter Herr von 55 Jahren, stellte sich geschickt auf die Mentalität seiner Gäste ein und gab zu verstehen, daß er für die Ablösung der CDU-Regierung in Bonn sei. Haage, der Mende lebhaft kritisierte und den verstorbenen Döring um so mehr pries, plädierte für ein Zusammengehen von SPD und FDP in allen Bundesländern. Er meinte, eine Große Koalition sei nun passé. Auf meinen Einwurf, daß Wehner da wohl anderer Meinung sei, bat H., ich solle es ihm ersparen, dazu Stellung zu nehmen; man wisse ohnehin nicht, was Wehner wolle.

Donnerstag, den 11. April 1963, New Orleans

Mittagessen mit einer Sekretärin der Tulane Medical School. Die 32jährige Frau stamt aus Passau, ging vor 13 Jahren in die USA und ist hier mit einem Rechtsanwalt verheiratet. Auch sie warnte – wie gestern schon Miß

[5] In einem an Eisenhower und Macmillan gerichteten Memorandum hatte General de Gaulle am 24.9.1958 ein Dreierdirektorium der NATO gefordert.

K. – vor einer radikalen Lösung des Rassenproblems. Die Schwarzen seien zumeist noch sehr ungebildet und gehörten der sozial am tiefsten stehenden Schicht an. Aus ihren Reihen rekrutierten sich die meisten Arbeitslosen. Man müsse darum behutsam vorgehen. Entscheidend sei allerdings nicht, ob jemand schwarz oder weiß, sondern ob er ein anständiger Mensch sei. Unsere Begleiterin fügte hinzu: der Schwarze sähe hier in New Orleans in dem Weißen im allgemeinen noch seinen Beschützer, aber natürlich auch zuweilen seinen Ausbeuter.

Eigene Beobachtungen während der vergangenen 24 Stunden: in den Bussen fahren schwarz und weiß gemeinsam. Doch konnte ich sehen, daß manche Weiße lieber stehen als sich neben einen Schwarzen zu setzen. Dabei scheinen jüngere Menschen gelegentlich intoleranter zu sein als ältere.

Freitag, den 12. April 1963, Dallas

Seit zehn Stunden im Wunderland Texas. Die ersten davon waren so hektisch, wie ich es befürchtet hatte. Als wir um 1.30 Uhr auf dem Flughafen von Dallas landeten, empfing uns dort ein mittelgroßer, weißhaariger Mann mit noch jungem, energischem und „englischem" Gesicht: Mr. George E. Haddaway, Herausgeber des Magazins *„Flight"* und mein Betreuer während des Texas-Aufenthalts.

Abendessen mit Haddaway in dem vornehmen „Arthur's Restaurant" in der McKinney Avenue. Bei einem texanischen Steak von staunenswerter Größe berichtete H., der heute 54 Jahre alt ist: 1930/31, während eines Besuches in Deutschland, habe er in sein Tagebuch geschrieben, die westlichen Alliierten hätten den Deutschen nur die Wahl zwischen Hitler und dem Kommunismus gelassen. Er – Haddaway – meine, wenn es in Deutschland keinen Hitler gegeben hätte, so hätten die Westmächte im 2. Weltkrieg unbedingt auf der falschen Seite gekämpft. Daß uns ohne Hitler ein 2. Weltkrieg überhaupt erspart geblieben wäre, schien H. nicht so ohne weiteres einzuleuchten. Im amerikanischen Volk, so fuhr mein Gesprächspartner fort, sei die Tendenz zum Isolationismus noch immer stark, vor allem bei Enttäuschungen über Europa. Man habe manchmal den Eindruck, als brauchten die Europäer Amerika nicht mehr. Zudem habe sich sowohl in Korea wie auch in Vietnam, in Kuba wie in Ungarn herausgestellt, daß immer dann die Lage verfahren gewesen sei, wenn die USA eingegriffen hätten. Auf das Deutschlandproblem eingehend, meinte H., die Amerikaner hätten sich verpflichtet, für die nationalen deutschen Interessen einzutreten. Sie seien auch entschlossen, ihr Versprechen zu halten. Was die Europa-Frage angehe, so sei de Gaulle in den USA gar nicht so unbeliebt. Andererseits erkläre er offen: wir haben keine Angst um unsere Truppen in Deutschland, aber die Franzosen im Rücken zu haben, das macht uns Sorgen. H. bedauerte, daß die Europäer so wenig Ahnung von den innen- und außenpolitischen Problemen der USA hätten

(was bekanntlich auch umgekehrt der Fall ist). Und dann kam eine – mich etwas peinlich berührende – Feststellung: eines dieser amerikanischen Probleme seien z. B. die „ungebildeten Juden", die durch ihre Gier nach Reichtum negative Reaktionen bereits unter den Schulkindern hervorriefen.

Samstag, den 13. April 1963, Dallas/Texas

Von einem Spaziergang durch das Villenviertel zurück in die ziemlich trostlose, heute fast menschenleere City mit ihrem Wildwuchs an Wolkenkratzern, Baustellen und Straßen ohne Baum, Strauch oder Rasenflächen. In einem eher unscheinbaren, älteren Haus das weltberühmte Warenhaus Neiman Marcus. Wirklich ein sehenswerter Laden: vom Flugzeug bis zum U-Boot kann man hier alles kaufen. Wir bestaunten brillantenbesetzte Edelstein-Halsbänder in der Preislage zwischen 100000 und 250000 Dollar, Rückenkratzer und Autoschlüssel aus Gold, Herrenanzüge von der Stange für 250 Dollar.

Sonntag, den 14. April 1963, Dallas/Texas

Ostersontag auf dem Lande. 104 Meilen südöstlich von Dallas verbrachte ich abwechslungsreiche Stunden auf der Ranch von Mr. H. Er ist ein Freund des Bruders von Paul Sweet, der die österliche Landpartie arrangiert hatte.

Montag, den 15. April 1963, Dallas/Texas

Heute sind zwei Termine geplatzt, die ich bei unserer Ankunft hier noch mit einiger Mühe in das von Haddaway geplante Programm eingefügt hatte. Gespräche mit einem farbigen Politiker und einem Schuldirektor über Rassenintegrationsprobleme sowie eine Begegnung mit der Vorsitzenden des hiesigen Gerichtshofes, Mrs. Hughes. Während letztere wegen einer Gerichtsverhandlung (die wir dann besuchten) verhindert war, standen die anderen wegen eines Schulfeiertages (der Direktor) oder aus anderen Gründen (der farbige Politiker) nicht zur Verfügung. So verbrachten wir denn einen Teil des Vormittags bei Mrs. Hughes im Gerichtssaal. Wie man mir berichtete, ist die Vorsitzende eine verdiente, demokratische Wahlhelferin. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen fungierte sie als Vorsitzende des demokratischen Komitees in Dallas. Das brachte ihr den Posten als Richterin ein. Aus Bonn kommen ziemlich beunruhigende Nachrichten. Ich höre von Äußerungen Adenauers in Cadenabbia, die auf seine Absicht schließen lassen, im Amte zu verbleiben und Erhard auf keinen Fall das Terrain zu überlassen. Sollte ich meine Wette mit Haage doch noch verlieren[6].

[6] Tagebuch-Notiz des Verf. vom 9.4.1963: „Haage wettete mit mir um eine Fla-

Am gleichen Tage abends, Phoenix, Arizona

Um 15.25 Uhr Ortszeit landeten wir nach eindrucksvollem Flug über Wüsten und Ausläufer der Rocky Mountains bei strahlendem Sonnenschein auf dem Flughafen von Phoenix.

Vor dem Abflug nach Phoenix meine erste Pressekonferenz auf amerikanischem Boden. Im Presseclub von Dallas waren etwa 20 Journalisten erschienen. Haddaway, zur Zeit Vorsitzender des Clubs, stellte mich mit einigen gutgemeinten, wenn auch etwas peinlich berührenden Sätzen vor („Salinger der FDP"). Nach dem Lunch die Fragen der Journalisten: Europäische Einigung, *Spiegel*-Affäre, Kritik der Europäer an der amerikanischen Außenpolitik, Einschätzung der sowjetischen Politik usw. Ich bin auf das Presseecho gespannt, Zeitungsausschnitte will H. mir nachsenden.

Sonntag, den 21. April 1963, San Francisco

Nach einem touristischen Programm im Grand Canyon, in Las Vegas u. San Diego begrüßte uns San Francisco mit Regenschauern und 10 Grad Celsius, als wir gestern nachmittag die von Los Angeles kommende Maschine verließen.

Von Haddaway erhielt ich den versprochenen Bericht über meine Pressekonferenz in Dallas. Unter der Schlagzeile „Bonner Redakteur tadelt USA wegen der Röhrenaffäre" werden meine sehr behutsam vorgetragenen Bedenken im Stile der *Bild*-Zeitung aufgemotzt wiedergegeben[7]. Unter einem Foto von mir werden dem deutschen Gast sogar folgende Worte in den Mund gelegt: „Wolfgang Schollwer ... Röhrenaffäre typisch für die auswärtigen Beziehungen zwischen den USA und Bonn". Meine erste Erfahrung mit der amerikanischen Presse ist also negativ. Nur gut, daß Frank notfalls die tendenziöse Berichterstattung dieser Zeitung bezeugen kann.

Montag, den 22. April 1963, San Francisco

Fernsehen und Presse standen heute im Mittelpunkt meines Besuchsprogramms. Nachdem wir in Chinatown chinesisch gegessen hatten, traf ich mich zu einem Gespräch mit dem Direktor of public affairs der Kron TV, Mullahey. Thema: Probleme des Fernsehens im amerikanischen Wahlkampf. Obwohl es sich in den USA um kommerzielle Anstalten handelt, stellt man den Kandidaten doch kostenlos Sendezeiten zur Verfügung. M. erkundigte sich, ob nach Abtritt Adenauers auch in Deutschland mit Fern-

Fortsetzung Fußnote von Seite 130

sche guten deutschen Sekts, daß Adenauer im Herbst *nicht* von seinem Posten zurücktritt".

[7] „Bonn Editor Blames U.S. in Pipe Mixup" in: *The Dallas Morning News* vom 16.4.1963.

sehdiskussionen der Parteiführer zu rechnen sei. Ich wies daraufhin, daß die Vorsitzenden von SPD und FDP bereits wiederholt dem Fernsehen zur Verfügung gestanden haben. – Dann zum *San Francisco Chronicle*. Dort empfing mich der Leitartikler der Zeitung, ein Mr. Heymann. Es dauerte einige Zeit, bis der kleine, rundköpfige Herr mit dem grauen Haar und dem klugen Gesicht auftaute. Dann berichtete er jedoch auf meine Fragen folgendes: Die Bevölkerung der Westküste sei an den Fragen der EWG interessiert, weil sie davon unmittelbar betroffen werde. Dennoch seien die Blicke der Menschen hier mehr nach Asien gerichtet. Eine Minderheit, zu der auch er gehöre, verträte die Ansicht, Rotchina solle in die UNO aufgenommen und der Handel der USA mit Peking intensiviert werden. Dabei wäre der gegenwärtige Status von Formosa beizubehalten, da man sehr eng mit Taipeh verbunden sei. Eine Einmischung in den sowjetisch-chinesischen Konflikt halte er indessen nicht für opportun. Über diese Fragen erschienen übrigens im *Chronicle* wöchentlich ein oder mehrere Kommentare. – Eine Tendenz zum Isolationismus gäbe es hier an der Westküste nicht, habe es eigentlich nie gegeben. – Das Interesse an der deutschen Frage sei groß. Auch über Berlin habe seine Zeitung vor einigen Monaten mehrere Artikel veröffentlicht. Heymann fragte mich, ob die Deutschen noch an die Wiedervereinigung glaubten bzw. den Amerikanern noch böse seien, weil sie am 13. August die Mauer nicht mit Gewalt verhindert hätten. Meine Antwort: die informierten Deutschen wüßten, daß Bundesregierung und Berliner Senat seinerzeit nicht bereit gewesen waren, das Risiko eines militärischen Konflikts auf sich zu nehmen. Die nicht Unterrichteten sprächen allerdings noch häufig von den amerikanischen Versäumnissen. Die Ansichten über die Wiedervereinigung seien in der Bundesrepublik geteilt: die einen hielten sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für erreichbar, die anderen glaubten dagegen noch immer an die Möglichkeit erfolgreicher Viermächtekonferenzen über Deutschland. Ich ließ keinen Zweifel, daß ich nicht zu der zweiten Gruppe gehöre.

Mittwoch, den 24. April 1963, San Francisco

Nach dem gewohnt herzhaften amerikanischen Frühstück fuhren Frank und ich heute morgen über die Bay Bridge (die längste stählerne Brücke der Welt) nach Berkeley zur berühmten Universität von Kalifornien. Sie ist mit etwa 25000 Studenten neben Harvard, Yale und Princeton eine der größten in den Staaten.

Nach einem Rundgang durch den Campus trafen wir uns mit dem Leiter der journalistischen Fakultät, Prof. Herbert Jacobs. Der Einundsechzigjährige war noch vor zwei Jahren selbst als Stadt- und Nachrichtenredakteur an einer Zeitung in Wisconsin tätig. Jetzt vermittelt er den 40 Studenten und 25 Graduierten seiner Fakultät das Rüstzeug für einen guten Journalisten: neben theoretischen Fragen des Berufsstandes vor allem

politische Wissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaft. Nicht zuletzt, so meinte der Professor, würden den Studenten aber auch die moralischen Prinzipien ihres zukünftigen Berufes beigebracht.

Donnerstag, den 25. April 1963, San Francisco

Ein angenehmer Tag mit erfreulichen politischen Eindrücken. Die habe ich Stanford zu verdanken, der schönen, vornehmen Privat-Universität südöstlich der Stadt. Gegen 10.45 trafen wir in Franks Wagen auf dem weitläufigen, parkähnlichen Campus ein. Dort empfing uns eine Studentin. Sie führte uns zum Hoover-Turm, einem 285 Fuß (etwa 87 Meter) hohen Gebäude, in dem die gleichnamige Bibliothek untergebracht ist. Sie enthält eine vollständige Sammlung der Literatur und Dokumente über die beiden Weltkriege.

Unten am Fuße des Turms wartete unsere Betreuerin, Mrs. Elke W., die Tochter eines jüdischen Baumeisters aus Berlin-Tiergarten. Sie führt seit drei Jahren die Gäste durch den Campus. Im offenen Wagen vorbei an vielen alten, mit Efeu umrankten Gebäuden, die das große Erdbeben von 1906 überstanden. Um 12 Uhr Lunch mit Gordon Craig, Professor für Geschichte, und seinem sympathischen Assistenten. Es wird ein sehr harmonisches Gespräch über deutsche und internationale Politik. C., zugleich auch Honorarprofessor an der Freien Universität in Berlin, spricht ausgezeichnet deutsch und vertritt politische Aufassungen, die dem liberalen Geist von Stanford entsprechen. Wir stimmten in nahezu allen unseren politischen Ansichten überein.

C. berichtete u.a. über die gespannten Beziehungen zwischen der Universität und dem auf dem gleichen Gelände gelegenen, der Hochschule organisatorisch verbundenen konservativen Hoover Institut. Craig meinte ironisch, Hoover sitze in New York und schleudere wie Jupiter seine Blitze gegen die Universität. Es scheint aber, daß die liberalen Stanfordianer dem alten Herrn gelegentlich auch nichts schuldig bleiben.

Bei strömendem Regen zur Coctailparty bei Dr. Irene Blumenthal (Department of Political Science). Mrs. B. ist zugleich Assistant Director der Übersee-Campusse von Stanford[8], deren einer auch in der Bundesrepublik, in Baden-Württemberg, liegt. Zu den Gästen gehörten u.a. der aus Österreich stammende Professor für politische Wissenschaften, Kurt Steiner, und der einstmals in Prag lehrende Prof. Jan Triska vom gleichen Department. Schließlich auch eine 21jährige, graduierte Studentin, die vor kurzem eine Arbeit über die Nach-Adenauer-Epoche schrieb. Beim Whisky gab es ein angeregtes Palaver über Politik: Erhard (Mrs. B: „der Gummilöwe"), SPD, Koalition, Europa und die japanische Außenpolitik.

[8] „Stanford Overseas Campuses" gab es im Jahre 1963 in Italien, Frankreich, Japan, auf Taiwan und in der Bundesrepublik. Dort lag der Campus seit 1958 auf dem Gelände des Landgutes Burg, 12 Meilen östlich von Stuttgart. Das Gut gehörte Karl Georg Pfleiderer.

(Hier vertrat Steiner die Ansicht, Japans Politik konsolidiere sich und sei auf dem Wege einer Stabilisierung à la Bonn). Wir waren so sehr in unsere Gespräche vertieft, daß wir fast den nächsten Termin verpaßten: ein Dinner mit etwa zehn Studenten, die zwei Jahre lang in Deutschland studiert haben. Wir diskutierten von 6–8 Uhr in einem Wohnhaus der Mädchen („Florence Moore") bei Hühnchen und Milch – für Studenten herrscht auf dem Campus absolutes Alkoholverbot! – über die Deutschlandfrage und die westliche Außenpolitik. Es ging außerordentlich lebhaft zu, die Studenten hatten viele Fragen an den Gast aus Deutschland. Die Atmosphäre war locker, freundlich und liberal. Ich fühlte mich wie zuhause.

Sonntag, den 28. April 1963, Denver

Für den Abend hatte man mir etwas Besonders zugedacht: eine Einladung zu jüdischen Emigranten aus Wien. Die Eltern beider Ehegatten waren von den Nazis umgebracht worden, auch der Bruder der Gastgeberin starb im KZ. Eine etwas heikle Begegnung. Es ging dann aber doch besser, als ich befürchtete. Die überwiegend politischen Gespräche waren zwar oft ein wenig mühsam. Vor allem Mrs. F., eine Frau Ende der Vierzig, stellte immer wieder mißtrauische Fragen nach den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik: wieviele „Nationale" es heute noch in Deutschland gäbe und ob die Deutschen noch immer Nazis seien? Meine Antworten schienen sie nicht sehr zu beruhigen. Sie hat den Schock von 1938 nicht überwunden und sträubt sich gegen die Absicht ihres Mannes, der alten Heimat einen Besuch abzustatten. Mr. F. war 1946 auf einem angeblich einflußreichen Posten bei der Militärregierung in Landsberg. Er erzählt begeistert von seiner damaligen Tätigkeit, dem hohen Lebensstandard und von der Macht, die er im besetzten Deutschland ausgeübt habe. Es sei ihm, in die USA zurückgekehrt, schwergefallen, vom „hohen Roß" wieder herunterzusteigen.

Dienstag, den 30. April 1963, Denver

Gegen 11 Uhr holte uns die Gattin des hiesigen Park-Direktors zur Fahrt nach Boulder ab. Etwa eine Stunde später erreichten wir die Colorado-Universität, 2000 m hoch am Fuß der Rocky Mountains gelegen. Rote Backsteingebäude fügen sich harmonisch in die reizvolle Gebirgslandschaft, der weitläufige Campus hat schöne Grünanlagen. Hier wäre man gerne Student. Der Direktor und sein Vize ließen sich entschuldigen; sie wollten – wie uns Prof. Harold A. mit etwas süffisantem Lächeln mitteilte, „keinen Menschen sehen"[9]. So führte er uns denn sogleich in den Univer-

[9] In einem Brief des Verf. an seine Frau vom 1.5.1963 hieß es in diesem Zusammenhang: „Zudem wurde die Colorado-Uni in letzter Zeit durch eine Rektorskrise erschüttert, die zum Abgang des Präsidenten der Hochschule führte und zu einer weitgehenden Unsicherheit unter der Professorenschaft".

sitäts-Club, wo uns der Dekan der School of Education, Dean Steven Romine, verabredungsgemäß zum Lunch erwartete. Das Gespräch drehte sich um den Kulturföderalismus im Staate Colorado, die mangelhafte Koordinierung bei der Hochschulausbildung und vor allem um den geplanten Besuch Romines in Ostberlin. Dort will er das sowjetzonale Erziehungssystem studieren und mit Ostberliner Lehrern diskutieren. – Am frühen Nachmittag eine längere Unterredung mit dem Professor für politische Wissenschaften und Spezialisten für internationales Recht, George Codding. C. berichtete mir eingangs über einen fünfzehnseitigen Brief der Bundesregierung, in dem sich Bonn darüber beschwerte, daß der Professor in einer Arbeit über internationale Zusammenarbeit in der Telegraphie die Auffassung vertreten habe, ein 1943 zwischen Deutschland und Italien abgeschlossenes Abkommen brauche bei der Behandlung des Themas nicht berücksichtigt zu werden. Dann wandte sich das Gespräch EWG-Problemen und der atlantischen Gemeinschaft zu. Dabei hob Codding wiederholt die Bedeutung der amerikanisch-britischen Beziehungen hervor, die die amerikanischen Interessen in Europa garantieren sollten (wenn das de Gaulle gehört hätte!). Schließlich kamen wir auf die deutsche Frage zu sprechen. C. meinte, die Amerikaner müßten den Deutschen dankbar sein, weil sie bisher so kühlen Blutes die Teilung hingenommen hätten. Er fragte mich, wie ich das Interesse der Welt an der deutschen Wiedervereinigung beurteile. Ich meinte, daß sowohl die USA wie auch die UdSSR das deutsche Problem gegenwärtig für unlösbar hielten und auf eine günstige Entwicklung der internationalen Politik hofften. Niemand in der Welt mache sich darüber hinaus zum Sprecher der nationalen Interessen der Deutschen.

Donnerstag, den 2. Mai 1963, Chicago

Mittagessen mit zwei Herren des Public Relations Institute von Julius Klein im Morrison-Hotel, dem höchsten Restaurant Chicagos.

Nach dem Lunch empfängt uns Mrs. Jacobsen, einst Sekretärin von Lotte Lenya (der Seeräuber-Jenny in Brechts „Drei-Groschen-Oper"). Heute ist sie Geschäftsführerin der Julius Klein Public Relations GmbH. Ich hatte den Besuch des Instituts auf meinen Wunschzettel gesetzt, weil uns Liberale Umfang und Zielsetzung der Tätigkeit dieser Bonner Lobby in den USA schon lange interessiert und oft auch irritiert[10]. Mrs. Jacobsen gab sich freimütig, doch fand ich in ihren Ausführungen nur wenig Aufschluß über ihre tatsächliche Arbeit. Aus unserem Gespräch ergaben sich folgende Einzelheiten: In letzter Zeit ist es aus drei Gründen zwischen den USA und der Bundesrepublik zu einer Verschlechterung der Stimmung ge-

[10] Im Frühjahr 1963 kam es im Außenpolitischen Ausschuß des Senats zu einer Untersuchung dieses PR-Instituts. Dabei ging es vor allem darum, ob der frühere Generalmajor der US-Army, Julius Klein, von der Bundesregierung für seine Werbetätigkeit Honorare erhalten hatte, was der General bestritt.

kommen. Erstens wegen des deutsch-französischen Vertrags, zweitens infolge der Arbeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten und drittens, weil nach Ansicht von Amerikanern in der Bundesrepublik nicht genug für die demokratische Erziehung der Jugend getan werde. Allerdings habe das gegenwärtige Stimmungstief nicht das Ausmaß früherer Mißstimmungen erreicht.

Freitag, den 3. Mai 1963, Chicago

Nach dem Frühstück mit der Stadtbahn zur University of Chicago in der 57. Straße.

Ein altes, graues Gebäude im Tudorstil auf dem Gelände der Universität. Dort trafen wir den Direktor der Schule für auswärtige Beziehungen, Dr. Kaplan, zu einem anderthalbstündigen Gespräch. K. ist gegenwärtig damit beschäftigt, gemeinsame Faktoren verschiedener geschichtlicher Epochen zu untersuchen, um so Außenpolitik methodischer und wissenschaftlich fundierter betreiben zu können. Er läßt seine Studenten Daten über die Politik des klassischen Griechenland, Roms, der Medici oder Bismarcks in einen großen IBM-Computer füttern. Davon erhofft er sich neue Erkenntnisse im Bereich der internationalen Beziehungen. Eine seltsame, wohl typisch amerikanische Idee. Realistischer schienen mir Kaplans Bemerkungen zu aktuellen Problemen westlicher Politik, insbesondere im atomaren Bereich. K. tadelte lebhaft das Verfahren amerikanischer Militärs, durch immer neue Vorschläge zur atomaren Verantwortlichkeit im westlichen Bündnis ständige Schwierigkeiten hervorzurufen. K. sprach sich gegen eine Verlagerung der Verantwortung für den atomaren Einsatz auf „mehrere Schultern" aus. In zwei Fällen meinte er jedoch, den Europäern den selbständigen Einsatz von A-Waffen gestatten zu müssen: bei einer atomaren Aggression Moskaus auf Westeuropa, aber auch bei einem konventionellen Angriff der Sowjets auf die europäischen Verbündeten der USA. Doch schränkte er diese Konzession sogleich mit der Bemerkung ein, daß, wenn die NATO von einem amerikanischen Offizier befehligt werde, Washington einen solchen Einsatz natürlich unterbinden könne.

Nach einer kurzen Diskussion über die Arbeitsteilung des Westens bei der Entwicklungshilfe schauten Frank und ich noch in das nahegelegene Museum für Wissenschaft und Industrie.

Am frühen Nachmittag zur *Abendpost* auf dem West-Washington-Boulevard[11]. Der Chefredakteur dieser deutschsprachigen Zeitung, Andreas Kondich, begrüßte mich mit stark slawischem Akzent und schmeichelte mir mit der Feststellung, er habe schon oft meine fdk-Kommentare als Leitartikel in der *Abendpost* abgedruckt. Verlagsdirektor Noe, erst 1952

[11] Die am 9.9.1889 gegründete *Abendpost* erschien täglich außer samstags, am Sonntag unter dem Titel *Sonntagspost*.

aus der Bundesrepublik eingewandert, berichtete über die Situation der deutschen Zeitungen in den USA – sie ist jammervoll: vor dem 1. Weltkrieg 115 deutsche Tageszeitungen, heute nur noch drei. Die 1889 gegründete *Abendpost* balanciert stets am Rande des Existenzminimums. Den Grund sieht Noe in der schnellen Assimilation der deutschen Einwanderer. Oft verlernen sie schon in der ersten Generation ihre Muttersprache und sprechen nur noch englisch. Das immer mehr zurückgehende Interesse an deutschen Blättern ist auch an dem kargen Mobiliar abzulesen, mit dem die Redaktionsräume hier ausgestattet sind.

Noe fragte mich auch nach der Situation in Bonn. Ich gab eine ziemlich skeptische Einschätzung der kommenden Erhard-Regierung und der Entwicklung in der CDU/CSU, die N. offenbar als zu „schwarzgemalt" empfand.

Am Abend zum Studio der Paramount Broadcasting Co. Dort lernte ich Richard Sperber kennen, mit dem Ungeheuer seinerzeit Kontakt hielt. Sperber, einige Jahre Chefredakteur der *Abendpost*, gründete 1957 den „Amerikanischen Rat für die Wiedervereinigung Deutschlands" und entwickelte in der Folgezeit mehrere Pläne zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands[12]. Manches von dem, was Sperber zu Papier brachte, stimmt mit meinen eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen überein. Anderes dagegen nicht, wie die von ihm geforderte militärische Neutralisierung Deutschlands. Neben dieser gewiß nicht sehr lukrativen Tätigkeit leitet Sperber die deutsche Stunde im hiesigen Sender, für die er mich – live – dreißig Minuten lang interviewte (u.a. Fragen zur Adenauer-Nachfolge, Deutschlandpolitik, Wege zur Wiedervereinigung). Bei einem späten Abendessen fragte mich Sperber, warum sich die FDP noch immer gegen eine Koalition mit der SPD sträube. Brandt als Bundeskanzler und Mende als Außenminister – das sei doch ein gutes Gespann! Zudem seien beide hier in den USA gut angekommen. Das werde ich meinem Vorsitzenden gelegentlich unter die Nase reiben ...

Samstag, den 4. Mai 1963, Chicago

Am späten Nachmittag mit dem Bluebird-Bus nach Maywood. Dort erwartete mich an einem Drugstore Mr. K., Direktor der Highschool dieses Stadtbezirks. Er hatte mich zu einem Abendessen in seinem Haus eingeladen. Nach einem Rundgang durch die Schule meines Gastgebers machten wir uns auf den Weg zu seinem Haus. Unterwegs deutete der Direktor auf Reihen einfacher, aber hübscher kleiner Häuser, in denen ausschließlich Neger wohnen. K. meinte, die alteingesessenen Schwarzen hielten ihre

[12] Sperber sprach sich u.a. für eine de-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte „im Austausch gegen eine Garantie der Sowjetunion, den Status quo in Westberlin zu respektieren" aus, hielt eine Anerkennung der Oder/Neiße-Linie durch den Westen für unvermeidlich und setzte sich – im Sinne Rapackis – für ein militärisches Disengagement in Europa ein.

Häuser in Ordnung, während die aus dem Süden Zugewanderten ihre eigenen Gesetze und Lebensart hätten. Zwischen beiden Gruppen bestünden ständige Spannungen.

Das Haus des Schuldirektors ist ein kleines, aber ansehnliches Gebäude aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg. Frau K. arbeitet als Bibliothekarin. Zum Dinner und der anschließenden Dia-Vorführung über eine Reise der K.s zu ihrer in Japan verheirateten Tochter war ein befreundetes Ehepaar geladen. Außer dem Hausherrn verstand und sprach niemand Deutsch, so wurde die Unterhaltung etwas mühsam. Offenbar waren beide Ehepaare Republikaner, denn ihre Kritik an Kennedy war scharf. Meine Gastgeberin monierte vor allem die Gepflogenheit des Präsidenten, seine Verwandtschaft in führenden Staatsstellungen unterzubringen. Nachdenklich stimmten mich die mangelnden Kenntnisse des Direktors, soweit es die Bundesrepublik betraf: K. wußte weder, welcher Partei Adenauer, noch welcher Willy Brandt angehört. Er hatte noch nie etwas von Heuss oder Mende gehört, die FDP war ihm natürlich völlig unbekannt.

Sonntag, den 5. Mai 1963, Chicago

Bei einem sonntäglichen Autoausflug in das liebliche Wisconsin erfuhr ich von einem Mitarbeiter Julius Kleins (in dessen Wagen wir reisten) zusätzliche Details über das Public Relations Institut. Danach soll Klein nicht direkt für die Bundesregierung arbeiten. Das sei die Aufgabe des New Yorker Institus Bernard. Aber ein Komitee, dem die Bundesregierung beigetreten sei, gebe Aufträge an die Chicagoer Firma. Diese bestünden vorwiegend in einer ständigen Auswertung amerikanischer Zeitungen sowie in der Information der Auftraggeber über die Stimmungslage in den USA. Klein, der Jude sei und im 2. Weltkrieg eine Einheit im Pazifik befehligt habe, werde wegen seiner Tätigkeit für Bonn von amerikanischen Glaubensbrüdern angefeindet ... K. sei ein exzentrischer, arbeitswütiger Mann, der täglich 12 Stunden an seinem Schreibtisch sitze, 5 Sekretärinnen beschäftige und sogar die Feiertage nutze, um sich und seine Angestellten mit Public Relations zu beschäftigen. Das Vermögen des Generals sei beträchtlich, noch größer jedoch das Interesse der Verwandtschaft daran, da Klein mit seiner Frau, einer ehemaligen Schauspielerin, keine Kinder habe.

Dienstag, den 7. Mai 1963, Washington

Meine Reise nähert sich ihrem Ende. In zwei Stunden geht unser Flugzeug nach New York, der letzten Etappe meines sechswöchigen Aufenthaltes.

Gestern am frühen Nachmittag machten wir noch einmal in Washington Zwischenstation. Das Governmental Affairs Institute hatte für unseren 28-Stunden-Aufenthalt noch ein kleines, aber interessantes Programm

vorbereitet. Als Auftakt gab's heute morgen eine „Spezialführung" durch das Weiße Haus.

Um 10.30 Uhr traf ich mit dem Washingtoner *DPA*-Chef Noelter in seinem Büro zu einem anderthalbstündigen Gespräch zusammen. Das *DPA*-Büro besteht aus drei Personen. Es hat alle zwei Stunden telefonischen Kontakt mit Hamburg und wird darüber hinaus bei wichtigen Ereignissen in Deutschland von der Zentrale sofort telefonisch informiert, damit die ausländischen Agenturen mit ihren weitaus größeren Apparaten nicht die Vorhand haben. Noelter: der Konkurrenzkampf vor allem mit *AP* und *UPI* ist hart. Diese weigern sich sogar, ihren Basisdienst an *DPA* per Fernschreiber zu übermitteln.

Ich fragte Noelter nach dem bisherigen Verlauf der neuen sowjetisch-amerikanischen Berlin-Runde. Er meinte, nach seinen Informationen träfe das Gerücht nicht zu, die Sowjets hätten sich zur Annahme der westlichen Berlin-Vorschläge bereiterklärt, falls der Westen auf eine multilaterale Atommacht verzichte. Vielmehr sei man bei den Gesprächen noch immer keinen Schritt weitergekommen. Harriman habe in der vergangenen Woche in Moskau bei Gesprächen mit Chruschtschow den Eindruck gewonnen, daß Moskau am Berlin-Problem weder positiv noch negativ interessiert sei. H. habe dieses Desinteresse mit dem Dilemma begründet, das sich für die sowjetische Führung aus Liberalisierungstendenzen der russischen Kulturpolitik ergäbe[13]. Chruschtschow stehe vor der Alternative, den hier erkennbaren Aufweichungstendenzen entweder mit stalinistischen Mitteln zu begegnen oder andere Wege zu suchen, um die Gefahren abzuwenden. Darüber hinaus sei der Kreml zur Zeit so sehr mit dem chinesisch-sowjetischen Konflikt beschäftigt, daß man in Moskau am liebsten alles in der Schwebe lassen möchte[14].

Auf meine Frage nach den westlichen Berlin-Planungen und der Tätigkeit des Botschafter-Lenkungsausschusses[15] erwiderte Noelter, bisher habe sich dieses Gremium außerstande gesehen, die tatsächliche Entwicklung

[13] Im Dezember 1961 hatte in Moskau eine Ausstellung stattgefunden, auf der erstmals auch abstrakte Bilder und Plastiken sowjetischer Künstler ausgestellt werden sollten. Auf eine Intervention Chruschtschows wurden diese Werke jedoch vor Eröffnung der Ausstellung zurückgezogen.

[14] Der sowjetisch-chinesische Konflikt war im Frühjahr 1960 offen ausgebrochen, nachdem intern bereits seit 1955/56 zwischen Moskau und Peking gestritten worden war. Der öffentliche Streit wurde zunächst zwischen den Parteizeitungen der beiden KPs ausgetragen; dabei ging es anfangs vor allem um das rechte Verständnis einer Koexistenzpolitik. Am 4.1.1963 erreichte der Konflikt einen neuen Höhepunkt, als die *Rote Fahne* in Peking den „modernen Revisionismus" in der Sowjetunion und Jugoslawien attackierte, und die *Prawda* drei Tage darauf der Volksrepublik China „Abenteuertum und „Spaltertätigkeit" vorwarf.

[15] Der Botschafterlenkungsausschuß war im Jahre 1961 noch vor dem Bau der Mauer zur Beratung von Berlin-Lösungen konstituiert worden. Ihm gehörten die Washingtoner Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik sowie der Leiter der Europa-Abteilung des State Departments an.

der Berlin-Politik vorauszuberechnen. Die Experten säßen zwar auch heute noch zusammen, aber man werde wohl von ihnen nicht viel erwarten können. Der Widerstand der Bundesregierung gegen die amerikanische Berlin-Politik und die Bemühung der Amerikaner, den Status quo aufzulockern, habe das deutsch-amerikanische Bündnis seinerzeit schwer belastet. Die Deutschen hätten aber ausgesprochenes Glück gehabt, weil sie sich nun durch die Intransigenz der Russen bestätigt fühlen können und die Amerikaner in ihren Hoffnungen auf ein Abkommen mit Moskau enttäuscht wurden. Dennoch dürfe man die Möglichkeit einer späteren ernsthaften Verhandlungsbereitschaft Moskaus nicht völlig außer Betracht ziehen. In diesem Zusammenhang sprach sich N. lobend über Rusk aus, der außerordentlich klug und abwägend arbeite und seine Rolle im Gegensatz zu Dulles lediglich als Berater des Präsidenten auffasse; er beschränke sich auf Alternativvorschläge, unter denen der Präsident wählen könne.

Mittwoch, den 8. Mai 1963, New York

Die Stadt, vor der mich vor allem Frank während der Reise immer wieder warnte, hat mir auf den ersten Blick gefallen. Gestern abend, beim Anflug auf den Laguardia-Flughafen, ging gerade die Sonne hinter den zartgrauen Silhouetten der Wolkenkratzer Manhattans unter.

Jetzt ist es kurz vor acht Uhr abends. Ich bin soeben von einem Essen mit dem amtierenden Chefredakteur der *New Yorker Staats-Zeitung* zurückgekehrt. Als ich vom Club kommend in die Fifth Avenue einbog, schallten mir italienische Opernarien entgegen. Vor dem Gebäude der New Yorker Staatsbibliothek war, von Scheinwerfern angestrahlt, eine Bühne aufgebaut. Zwei Herren und eine Dame sangen, vom Pianisten begleitet, Duette und Terzette aus einer Rossini-Oper. Davor auf der Avenue, Stuhlreihen für mehrere Tausend Konzertbesucher. Eine unglaublich lebendige Stadt, dieses New York!

Beim Essen im Overseas-Club mit Hirseland – er stammt aus Berlin und lebt seit neun Jahren hier – wurde ich mit den Ansichten eines konservativen Deutsch-Amerikaners über die Kennedy-Politik konfrontiert. H. übte scharfe Kritik an der amerikanischen Regierung wegen ihrer Haltung in der Kuba-Frage und behauptete, Washington unterschätze die Gefährlichkeit des Kommunismus. Als ich meine Theorien über die Möglichkeit einer allmählichen Liberalisierung des Ostblocks entwickelte, fiel mir Hirseland wiederholt mit entsetzten Ausrufen wie: „Aber das ist ja die Ansicht der Regierung!" oder „Das ist ja die Auffassung Rostows![16]" ins Wort. Er hält von solchen Theorien überhaupt nichts. Seine persönlichen

[16] Walt Rostow war zu dieser Zeit Leiter des Planungsstabes im US-Außenministerium. Er gehörte keineswegs zu den „Appeasement-Politikern", wie sein Vortrag vor der Freien Universität in Westberlin am 18.10.1962 beweist. Dort hatte der amerikanische Diplomat die Sowjetunion nachdrücklich vor einer Fehleinschätzung der westlichen Standfestigkeit in Berlin gewarnt.

Erfahrungen als Kriegsgefangener in der UdSSR in Moskau bei der Antifa-Schulung bis zum Jahre 1949 sprechen nach seiner Ansicht völlig gegen unsere Erwartungen.

H. berichtete dann von einem Briefing für Chefredakteure in der vorletzten Woche in Washington. Dort hätten Kennedy, Rusk und andere führende Männer der Regierung darauf hingewiesen, daß eine deutsche Militärmacht eine ernsthafte Bedrohung für die Sowjets darstelle; Moskau habe die deutsche Wiederaufrüstung nur hingenommen, weil und solange deutsche Truppen unter amerikanischem Oberbefehl stünden. – Schließlich kam H. auf den letzten Mende-Besuch in New York zu sprechen. Unser Vorsitzender habe auf die Frage, wie eigentlich die Dehlerschen Ostvorstellungen zu bewerten seien, geantwortet, Dehlers Vizepräsidentschaft im Bundestag sei so gut wie erledigt und ein Nachfolger für ihn bereits vorgesehen.

Ich fragte Hirseland nach der finanziellen Lage seines Blattes. Auch hier ist mehr Schatten als Licht. In New York gab es vor dem Ersten Weltkrieg noch vierzig deutsche Tageszeitungen, darunter zwei sozialdemokratische und eine deutschnationale. Nun sei praktisch nur noch die *Staatszeitung* übriggeblieben, die etwa 100 Angestellte beschäftige. Sie verfüge zwar über eine eigene Druckerei, in der noch eine deutsche Zeitung für Florida sowie eine andere Wochenzeitung hergestellt werde. Doch sei das Problem, daß nach dem Willen der Gewerkschaften nichts anderes als Zeitungen in der Druckerei hergestellt werden dürfe.

Freitag, den 10. Mai 1963, New York

Gestern abend eine etwas enttäuschende Begegnung mit dem Goethe-Haus in der Fünften Straße[17]. Wir waren zu einem Vortrag von Klaus Harpprecht geladen: H. sprach sehr gescheit, witzig, aber auch ziemlich obenhin über das Thema: „Presse und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik". Seine Ausführungen gipfelten in der Feststellung, die deutsche Presse moralisiere zuviel, das deutsche Fernsehen gleiche zu sehr einer Volkshochschule, unsere Zeitungen nähmen ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung in ausreichendem Maße wahr, und die deutschen Intellektuellen distanzierten sich zu weit von der Macht.

[17] Das Goethe-Haus, ein amerikanisch-deutsches Kulturzentrum, wurde 1955 als „non-profit educational corporation" gegründet. Die Institution wurde von einem amerikanisch-deutschen Ausschuß geleitet. Präsident war James B. Conant, Vorsitzender John McCloy. Von deutscher Seite gehörten dem Ausschuß u. a. Botschafter Knappstein und Generalkonsul Federer an. Seit 1961 besaß die Goethe-House-Corporation ein von der Bundesrepublik Deutschland gekauftes schmales, sechsstöckiges Haus. Es hatte einst dem letzten amerikanischen Botschafter in Berlin vor 1917 als Residenz gedient und stand nun für Vorträge, Konzerte, Ausstellungen und deutsche Sprachkurse zur Verfügung.

Bei den etwa hundert, zumeist älteren Gästen – unter ihnen offenbar viele New Yorker Juden – kam der Vortrag gut an. Der Programmdirektor des Hauses, Holthusen, zeigte sich sogar von Harpprechts Ausführungen so hingerissen, daß er den Redner mit dem schwäbischen Dichter Wieland verglich.

Samstag, den 11. Mai 1963, New York

Auch in New York sucht man vergeblich nach aktuellen deutschen Zeitungen. Selbst in der Zeitschriftenhandlung im Keller des *Times*-Hauses gab es nur Antiquarisches: die *Welt* vom 4. Mai, die *FAZ* vom 3., die anderen deutschen Zeitungen – soweit überhaupt vorhanden – von Ende April. Einige waren sogar vier Wochen alt. Dagegen trugen die englischen und französischen Blätter das Datum des 9., 10. oder 11. Mai. Der Zeitungshändler erklärte diesen merkwürdigen Unterschied damit, daß die Engländer und Franzosen die Direktabholung ihrer Zeitungen vom Flugplatz gestatteten, während die Lufthansa ihre Zeitungsladung zuvor zur Post bringen lasse, bevor sie ausgeliefert werden dürfe.

Gegen Abend fahre ich mit einem Taxi zur 90. Straße auf der West Side. In einem alten Haus nahe dem Central Park wohnt Sheila Tobias. Im Parterre zwei sehr bescheiden eingerichtete Zimmer, eine Küche und ein winziges Gärtchen auf dem Hinterhof, der Stolz meiner Gastgeberin. Beim Abendessen berichtete Mrs. Tobias über ihre Pläne: sie macht gerade ihren Bakkalaureus und will nach dem Doktorexamen eine Professur als Historikerin ansteuern. Für die Doktorarbeit hat sie ein Thema ausgesucht, das sich mit den verschiedenen Strömungen unter deutschen Kommunisten unmittelbar nach der russischen Besetzung Mitteldeutschlands beschäftigt. Sie habe Mitleid mit diesen Menschen, die – ob Stalinisten oder Nationalkommunisten – vom Westen stets in einen Topf geworfen und verdammt würden. Sie beabsichtige darum eine differenzierte Darstellung der Pläne und Überlegungen der verschiedenen Gruppen unter den deutschen Kommunisten. Ich bestärkte Sheila in ihrem Vorhaben.

Montag, den 13. Mai 1963, New York

Mittagessen mit Diebold, Davison und Campbell vom Council[18] im Rob Roy Restaurant (Madison Avenue). Die Herren fragten mich eindreiviertel Stunden über Tendenzen deutscher Innen- und Außenpolitik aus.

[18] Das im Jahr 1921 gegründete Council on Foreign Relations zur Popularisierung außenpolitischer Probleme im isolationistisch gestimmten Nachkriegsamerika war ein Club der Topmanager amerikanischer Weltkonzerne, führender Wirtschaftsjuristen sowie der intellektuellen Elite des US-Establishments. Dem Rat unterstanden mehrere Studiengruppen. Vorsitzender (Chairman) des Council war im Jahr 1963 John McCloy, einer der Vizepräsidenten David Rockefeller. Campbell, Davison und Diebold gehörten als „Senior Research Fellows" dem Studies Staff des Council an.

Meine amerikanischen Gesprächspartner scheinen Erhard nicht sehr hoch einzuschätzen. Hinsichtlich des Fortgangs der Europa-Politik äußerten sie sich skeptisch: man werde abwarten, was in Bonn und Paris geschehe und auf eigene neue Versuche zur Lösung europäischer Probleme einschließlich der deutschen Frage verzichten. Andererseits stimmten die Herren vom Council mit mir darin überein, daß der Westen – ungeachtet der gegenwärtig aussichtslosen Lage – für die fernere Zukunft Vorschläge zur deutschen Frage vorbereiten müsse. In diesem Zusammenhang wollte ich wissen, wie sie die jüngste Deutschlandrede Achesons beurteilten. Diebold: nicht sehr hoch, weil A. nur Forderungen aufgestellt, nicht jedoch gesagt habe, wie sie zu erfüllen seien. Im weiteren Verlauf wurde ein Interesse meiner Gastgeber an dem Deutschlandplan der SPD sowie an meiner eigenen Denkschrift deutlich, über die ich zuvor andeutungsweise gesprochen hatte. Man erbat die Überlassung eines Exemplars, ich sagte zu.

Amerika steht heute ganz im Banne der Ereignisse von Alabama[19]. Dort hat der weiße Mob nach mehrtägigen Ausschreitungen gegen Schwarze jetzt auf die Truppen der Regierung geschossen, die in diesen Südstaat zur Wiederherstellung der Ordnung eingerückt waren. Die Schwarzen haben sich inzwischen gegen den Terror der weißen Polizei zur Wehr gesetzt, Polizeiautos demoliert und Polizisten zusammengeschlagen. In Alabama wächst nun die blutige Ernte des schrecklichen Rassenhasses heran.

Dienstag, den 14. Mai 1963, New York

Mein letzter voller Tag in den USA. Nach dem Lunch zur Columbia-Universität in der 116. Straße. Zuerst ein Gespräch mit dem noch sehr jungen Professor der School of International Affairs, Henry Psomiades. Er beklagte das fast gänzliche Fehlen deutscher Studenten an seiner Schule. Darüber habe er jüngst schon mit Erler gesprochen und auch mit der Freien Universität Kontakt aufgenommen – aber bislang ohne Erfolg. Der Universität stünden genügend Mittel zur Verfügung, um besonders qualifizierten deutschen Bewerbern ein viersemestriges Studium eines der Spezialgebiete zu ermöglichen. Voraussetzung sei allerdings ein abgeschlossenes Hochschulstudium.

Mein zweiter Gesprächspartner: Dr. Paul C. Davis, einst Oberst der US-Army, jetzt am Institute of War and Peace Studies der Universität tätig. Dort kümmert er sich – wie er sagte – freilich weniger um militärische als um politische, wirtschaftliche und psychologische Aspekte internationaler Beziehungen. Wir hatten ein mehr als zweistündiges Gespräch über die Militärstrategie des Westens und deutsche Probleme. D. stimmte mit mir

[19] Im April/Mai 1963 war es im Staate Alabama zu Rassenunruhen gekommen. Während der Unruhen wurden etwa 2500 Demonstranten verhaftet. Am 2. 5. brachen nach Bombenanschlägen auf die Wohnung des schwarzen Pastors Martin Luther King in Birmingham schwere Tumulte aus, die Kennedy veranlaßten, 3500 Mann Bundestruppen nach Alabama zu entsenden.

darin überein, daß die sogenannte multilaterale bzw. multinationale Atommacht mehr von psychologischer als von praktisch-militärischer Bedeutung ist. Nach Ansicht von Davis ist in den USA die Meinung vorherrschend, daß eine weitere Erhöhung der Zahl der Atommächte verhindert werden solle. Andererseits müsse man jedoch alles tun, um den Europäern ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Die USA drücke keinesfalls – wie manchmal behauptet werde – beide Augen zu, nachdem das Frankreich de Gaulles nun einmal auf dem Weg zur Atommacht sei; man wisse nur nicht, wie man den französischen Präsidenten von seinem Vorhaben abbringen könnte. Er – Davis – gestehe zu, daß in den USA häufig die psychologischen Auswirkungen der französischen Politik auf Deutschland unterschätzt würden. Reston habe bereits in einem Artikel darauf hingewiesen, daß (wie auch ich gegenüber D. bemerkte), dadurch das deutsche Prestigebedürfnis und das Verlangen nach Atomwaffen geradezu herausgefordert werden könne. Bei den Deutschen müsse die Meinung aufkommen, de Gaulle als Europäer sei eher als die weit entfernten Amerikaner geeignet, die europäischen Probleme einer Lösung näher zu bringen. D. ging sodann auf die Bedeutung konventioneller Rüstung ein. Er betonte die Notwendigkeit, daß der Westen die Entscheidung, ob ein Krieg konventionell oder atomar geführt werden solle, selbst in der Hand behalte. Das gelegentlich zu hörende Argument, die Bedeutung konventioneller Rüstung in Europa liege vor allem darin, daß man diese Truppen „verheizen" könne, um Zeit für die eigenen (amerikanischen) Entscheidungen zu gewinnen, sei angesichts der 500 000 amerikanischen Soldaten in Europa unhaltbar.

Unsere Diskussion über die deutschen Probleme leitete D. mit der Frage ein, ob nach meiner Ansicht die Wiedervereinigung „tot" sei. Ich verneinte und wies daraufhin, daß die deutsche Frage früher oder später – so oder so – gelöst werden müsse, wenn es Frieden in Europa geben solle. D. stimmte dem zu, wies jedoch auf die Genfer Konferenz von 1955 hin und die vergeblichen Versuche von Dulles, die Sowjets zum Einlenken zu bewegen. Damals habe Bulganin zwar Wahlen in Osteuropa versprochen, Moskau habe sich indessen nicht daran gehalten[20]. Ich wies meinerseits

[20] Hier war D. offensichtlich einem Irrtum erlegen. In der Eröffnungserklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin am 18.7.1955 hatte sich dieser zu der Lage in den sowjetischen Satellitenstaaten wie folgt geäußert: „Hier wurde die Frage der Länder Osteuropas, der Länder der Volksdemokratie angeschnitten. Diese Frage auf der gegenwärtigen Konferenz stellen, heißt, uns zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten drängen. Indessen ist gut bekannt, daß das volksdemokratische Regime in diesen Ländern von den Völkern selbst auf Grund ihrer freien Willensbekundung errichtet worden ist. Außerdem hat uns niemand bevollmächtigt, die Lage in diesen Ländern zu erörtern. Somit besteht kein Grund, diese Frage auf unserer Konferenz zu erörtern". Hiermit antwortete Bulganin auf eine Bemerkung Eisenhowers in dessen Eröffnungsrede zu dem Recht

auf die zwei Eden-Pläne hin, deren zweiter nach dem Einspruch Bonns gegen den ersten zustandegekommen war. D. pflichtete mir bei, daß die von Bonn erzwungene Ost-Verschiebung der Linie, von der aus nach Ost und West hin regionale Abrüstungsmaßnahmen getroffen werden sollten, das sowjetische Interesse an einer Weiterverfolgung dieses Projektes erstickt worden war. Ich sprach mich gegen ein Festhalten an der alten Methodik des Westens in der Deutschlandpolitik aus, weil ich es nicht für gut hielte, die Sowjets direkt mit dem Schreckensbild eines mit dem Westen verbündeten wiedervereinigten Deutschland zu konfrontieren; es sei m. E. besser, die Rusk'schen Methoden von 1962 anzuwenden. D. äußerte sich dazu im einzelnen nicht, schien aber zuzustimmen.

Mittwoch, den 15. Mai 1963, auf dem Flug nach Deutschland

Es ist jetzt acht Uhr abends, Ostküstenzeit. Seit einer knappen Viertelstunde ist der PanAm-Clipper in der Luft. Wir fliegen entlang der Küste nach Norden. Unter uns im blaugrau-rötlichen Dunst der Atlantik, der Himmel im Westen gelb und rot.

Fünfundvierzig Tage Amerika liegen hinter mir, überwältigende und verwirrende Eindrücke von einem Kontinent, die es nun zu verarbeiten gilt. Diese Reise war ein zunächst nur widerwillig hingenommenes Geschenk – jetzt möchte ich es nicht mehr missen.

Am letzten Tag in New York stand ein Besuch in Harlem auf dem Programm. An der Ecke der 49. Straße und der Sixth Avenue fragten wir einen sehr irisch aussehenden Polizisten nach dem Weg. Der führte uns zu einem Zeitungskiosk in der Nähe und wies auf die heutige Ausgabe der *New York World-Telegram* und die Schlagzeile auf der ersten Seite: „Violence Follows Rally in Harlem" (etwa: Nach einer Massenversammlung Gewalttätigkeit in Harlem). Diesem Bericht zufolge sind dort derzeit besondere Polizei-Patrouillen eingesetzt, nachdem gestern abend eine umherziehende Bande von Halbstarken am Rande einer Protestkundgebung gegen die Vorgänge in Alabama Schaufenster eingeworfen, telefonisch ein Bombenattentat angekündigt und einen Wagen umgeworfen hatte. Der Polizist ergänzte: bei den Ausschreitungen seien auch Menschen niedergeschlagen und ausgeplündert worden. Wenn wir also nach Harlem wollten, sollten wir besser unser Geld im Hotel lassen. Auch sollten wir uns bei Schmährufen der Farbigen nicht umdrehen, sondern ruhig weitergehen, vor allem aber nicht zu auffällig fotografieren. Da der Policeman außerdem mit weiteren Krawallen rechnete, gaben wir unseren Plan auf und beschlossen, statt dessen das Naturkunde-Museum an der 81. Straße zu besuchen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 144

der Völker Osteuropas, die Regierungsform zu wählen, unter der sie zu leben wünschten.

Jetzt ist es neun Uhr amerikanischer, also drei Uhr früh mitteleuropäischer Zeit. Draußen ist es noch nacht, wir fliegen in einer Höhe von 10500 Metern. Ich habe soeben mein nächtliches Dinner beendet: Kaviar, Lachs, Hummer, Kalbsbraten usw. („The President Special" von Maxim's in Paris) und bin nun angenehm müde. Die Stewardess macht die „Betten", d.h. sie verteilt Decken und Kissen. Ich versuche, es mir mit Hilfe des freien Sitzes neben mir so bequem wie möglich zu machen. In wenigen Stunden bin ich wieder daheim. Good bye, Amerika!

Bundesparteitag. Verabschiedung Adenauers

Freitag, den 17. Mai 1963

Heute mittag gab ich Mende in einem halbstündigen Gespräch einen ersten Kurzbericht über meine Amerika-Reise. Er zeigte sich sehr interessiert und bat mich, nach Pfingsten vor der Fraktion ausführlich zu referieren[1].

In Bonn hat sich während meiner Abwesenheit kaum etwas verändert. Die Politik ist nach wie vor recht kleinkariert, Adenauer und Erhard sind spinnefeind wie eh und je, der Alte holzt im niedersächsischen Wahlkampf, und die Abneigung der Heimatvertriebenen und Christdemokraten gegen die deutschlandpolitische Wirklichkeit nahm wieder einmal groteske Formen an. Zur Zeit stehen Paczensky und Neven-du-Mont wegen eines Breslau-Films unter Dauerbeschuß unserer Konservativen[2].

Gestern hat der Bundestag „in seltener Einmütigkeit" (wie Tönnies heute schrieb) den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag ratifiziert. Trotz relativierender Präambel gaben immerhin fünfzehn Abgeordnete dem Ratifizierungsgesetz ihre Zustimmung nicht, unter ihnen Oswald Kohut[3]. Nun wird sich zeigen, welchen Nutzen dieses Vertragswerk für die deutsch-französischen Beziehungen tatsächlich hat.

Die FDP ist, wie auch Bemerkungen Mendes heute mittag zu entnehmen war, über die Entscheidung der Unionsfraktion für Erhard nicht nur erleichtert, sie schaut nun auch recht optimistisch in die Zukunft[4]. Vor allem in der Außenpolitik erhofft man sich eine größere „Weltoffenheit" eines Kabinetts Erhard. Auch hat der Erfolg des Vizekanzlers im jüngsten

[1] Schollwer legte seinen Bericht Anfang Juni Fraktions- und Bundesvorstand schriftlich vor.

[2] Das Deutsche Fernsehen hatte am 7.5.1963 in der Magazin-Sendung „Panorama" den Film „Polen in Breslau" von Jürgen Neven-du-Mont ausgestrahlt.

[3] Neben Kohut stimmten die SPD-Abgeordneten Heide, Kriedemann, Scheuren und Helene Wessel gegen das Vertragswerk, weitere 10 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

[4] Am 23.4.1963 war Erhard von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit 159 gegen 47 Stimmen zum Kanzlerkandidaten nominiert worden.

Tarifstreit sein Ansehen bei den Freien Demokraten offensichtlich verstärkt[5].

Montag, den 20. Mai 1963

Der Ausgang der niedersächsischen Landtagswahlen ist für uns recht befriedigend[6]. Die FDP hat ihre Position gegenüber 1959 deutlich verbessert; aber auch die CDU hat sich wieder etwas gefangen, und die Sozialdemokraten bauten ihren Stand weiter aus. Alle anderen Parteien scheiterten an der Fünf-Prozent-Klausel. Mende hat sich heute morgen in der Abteilungsleiter-Besprechung für eine SPD/FDP-Koalition in Hannover ausgesprochen. Das war auch die Auffassung unserer Runde.

Montag, den 27. Mai 1963

Die Koalitionsgespräche in Hannover standen heute nachmittag im Mittelpunkt der Beratungen des Bundesvorstandes. Carlo Graaf berichtete, CDU und SPD hätten alle sachlichen Forderungen der FDP akzeptiert und jeweils den niedersächsischen Liberalen 4 Ministerposten angeboten. Die Meinungen in der Partei gingen jedoch noch weit auseinander. Aber eine Mehrheit mit der CDU sei – so Graaf – zu schwach. Darum dürfte sich die Stimmung im Landesvorstand schließlich einer SPD-Koalition zuneigen.

Mende gab sich verständnisvoll. Die FDP sei keine „SPD-Ausschließungspartei"; diesen Eindruck müßten aber die Sozialdemokraten gewinnen, wenn wir in Niedersachsen mit der CDU gingen. Sofern es die sachlichen und personellen Voraussetzungen gestatteten, solle man in Hannover – im Sinne des Wählerwillens – die Koalition mit der stärksten Partei (SPD) machen. Der Vorstand stimmte dieser Empfehlung Mendes zu, kritisierte jedoch die Formulierung, die FDP müsse „immer" mit der stärksten Partei koalieren.

Im weiteren Verlauf der Sitzung teilte Mende mit, daß im Juli eine CDU/FDP-Verhandlungskommission zur Beratung des künftigen Erhard-Kabinetts zusammenkommen werde. Der 9. bzw. 10. Oktober sei der späteste Termin für die Kanzlerwahl. Bei der Erörterung der Vorbereitungen zum kommenden Bundesparteitag gab der Vorsitzende bekannt, daß Heuss sehr krank und deshalb sein Kommen fraglich sei.

[5] In Baden-Württemberg fand vom 29.4. bis 10.5. ein Streik der Metallarbeiter für eine 8%ige Lohnerhöhung statt. Der Streik wurde erstmalig seit 1928 durch eine Gesamtaussperrung der Arbeitnehmer beantwortet. Durch Vermittlung von Erhard kam am 7.5. eine Einigung zustande.

[6] Bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 19. Mai erhielt die FDP 8,8% der Stimmen (1959: 5,2), die CDU 37,7 (30,8) und die SPD 44,9 (39,5).

Donnerstag, den 30. Mai 1963

Bei einem gemeinsamen Mittagessen berichtete heute Georgijewic über Eindrücke, die jüngst eine jugoslawische Delegation bei ihrem Besuch in der Sowjetunion gewonnen habe. Man sei sehr beeindruckt gewesen von den Industriewerken, die man besichtigen durfte und die auch nach europäischen Maßstäben als erstklassig bezeichnet werden müßten. Dennoch gäbe es in der UdSSR nach wie vor keine echte Breitenproduktion, sondern nur „Spitzen". Alles werde auf einige wenige vorrangige Technologien konzentriert (typisches Kennzeichen eines Entwicklungslandes). G. möchte übrigens mit Weyer sprechen, da er den Eindruck habe, daß deutsche Stellen jugoslawische Emigrantenorganisationen weiter förderten und finanzierten.

Donnerstag, den 6. Juni 1963

Heute morgen suchte mich Botschaftsrat Dimitrijew auf, um sich über die Lage in der FDP, meine Amerika-Reise, die Perspektiven des Dreiparteien-Systems in der Bundesrepublik und den möglichen Verlauf des kommenden Münchner Parteitages zu informieren. Der Hauptgrund seines Besuches war allerdings die am Schluß gestellte Frage, wie die FDP-Führung auf eine offizielle Einladung der sowjetischen Regierung reagieren würde. Ich erklärte, hierzu nur meine ganz persönliche Ansicht darlegen zu können: die FDP dürfte eine solche Einladung grundsätzlich begrüßen. Andererseits sei jedoch zu erwägen, ob eine solche FDP-Reise *vor* dem Besuch des Deutschen Bundestages in Moskau nicht zu Mißverständnissen und innenpolitischen Schwierigkeiten für die Partei führen könnte. D. erklärte, er könne meinen Standpunkt verstehen und sei schon selbst zu ähnlichen Überlegungen gelangt. – Ich habe Mende und Genscher sofort über dieses Gespräch unterrichtet, denn es ist ja immerhin möglich, daß die sowjetische Seite noch einmal auf dieses Thema zurückkommt.

Dienstag, den 11. Juni 1963

Kennedy hat gestern den einseitigen (vorläufigen) Verzicht seines Landes auf weitere A-Bomben-Tests in der Atmosphäre bekanntgegeben und auf das gemeinsame Interesse der beiden Weltmächte an der Erhaltung des Friedens und Nichtverbreitung atomarer Rüstung hingewiesen. Ob die Feststellung einer britischen Morgenzeitung, diese Rede Kennedys stelle einen „Wendepunkt im Kalten Krieg" dar, zutreffend ist, muß sich erst noch erweisen. Immerhin hat der amerikanische Präsident damit die gelegentlich in Bonn übersehene Tatsache noch einmal ausdrücklich bekräftigt, daß es den USA in ihrer Außenpolitik vordringlich um ein Übereinkommen mit Moskau zur atomaren Rüstung geht. Unter diesem Aspekt gewinnt der amerikanische Plan für eine multilaterale Atomstreitmacht die noch immer wenig beachtete besondere Bedeutung: den Aufbau einer

selbständigen europäischen Atommacht unter Einschluß der Bundesrepublik zu verhindern. So gesehen dürften sich denn auch einige Atomrüstungsträumer in Bonn und anderswo alarmiert fühlen, wenn Kennedy gestern ausdrücklich eine Überprüfung der amerikanischen Haltung gegenüber der Sowjetunion im Kalten Krieg ankündigte.

Mittwoch, den 19. Juni 1963

Mendes unglückliches *Quick*-Interview fand gestern auch in der Fraktion ein teilweise recht kritisches Echo[7]. Die Reinwaschung des Franz-Josef Strauß bei gleichzeitiger Verteufelung Wehners veranlaßte Kubitza zum Verlesen von Briefen, die ihm Parteifreunde zu Mendes Auslassungen geschrieben haben. Dort wird M. scharf angegriffen und verurteilt. Auch Rademacher äußerte Bedenken („Wehner-Äußerung Mendes ist nicht sehr glücklich") und zeigte sich über Erklärungen Brentanos beunruhigt, aus denen man eine geheime Vereinbarung zwischen Mende und der CDU über eine Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition nach 1965 herauslesen könne[8].

Nach dem Essen bestiegen wir dann das Schnellschiff Berlin, um gemeinsam mit unseren christdemokratischen Koalitionsfreunden eine achtstündige Rheinfahrt zu absolvieren. Darüber hatte es zunächst in der Fraktion Diskussionen gegeben. Nicht alle waren von der Idee eines Koalitions-Ausfluges begeistert. Einige hatten auch Bedenken, sich an den Unkosten dieses aufwendigen Unternehmens nicht zu beteiligen. Aber die Sorge vor Verstimmungen bei der CDU/CSU bzw. koalitionsinternen Spannungen ließ es schließlich doch zweckmäßig erscheinen, sich einen Nachmittag und Abend lang von der Unionsfraktion freihalten zu lassen.

So reiste man denn – etwa 800 Personen stark – von Bonn nach Koblenz und zurück: Abgeordnete, die meisten Bundesminister, hohe Beamte und Mitarbeiter – nur Adenauer fehlte. Dem war nach dem jüngsten Ärger mit der eigenen Partei offenbar nicht nach „Feiern" zumute. Die Stimmung war allgemein gut, zu Verbrüderungen zwischen den Koalitionspartnern kam es – soweit ich das beobachten konnte – indessen nicht. Gelegentlich hörte man beim Deckspaziergang sogar aus Unionsmund (z. B. von Richard Jaeger) zynische Bemerkungen über die FDP. Nun, die Liebe der Christenpartei für die Liberalen ist seit Adenauers frühen Mordversuchen an unserer Partei ja allgemein bekannt ...

Donnerstag, den 20. Juni 1963

Am Vormittag suchte mich Faix auf, um mir mitzuteilen, daß er mich für eine Einladung in die CSSR vorgeschlagen habe, zusammen mit einigen

[7] In einem Interview mit der *Quick* hatte Mende an Wehners kommunistische Vergangenheit erinnert und zugleich F. J. Strauß Rückkehrchancen in das Bundeskabinett eingeräumt.

[8] Der genaue Wortlaut der Brentano-Äußerung ließ sich nicht belegen.

anderen Journalisten aus der Bundesrepublik. Seine Ankündigung verband F. mit einer Schilderung der gegenwärtigen Lage in seinem Lande: es gebe Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, die jedoch nicht auf eine schlechte Ernte, sondern auf falsche Maßnahmen der Regierung zurückzuführen seien. Auch in der Tschechoslowakei gebe es eine Entstalinisierung, in die aber der Fall Slansky nicht mit einbezogen werde[9]. S. sei seinerzeit einer der schärfsten Dogmatiker gewesen, bevor er wegen angeblicher Beziehungen zu Tito verurteilt und gehenkt wurde. Faix glaubt nicht, daß sich die UdSSR durch Peking von ihrem außenpolitischen Kurs abbringen lassen werde, und er leugnete Differenzen im Comecon wegen der geplanten Arbeitsteilung in der Ostblockwirtschaft[10]. Auch behauptet er, Chruschtschow habe in seinem Interview zur Kennedy-Rede die bereits gewährten drei Kontrollstationen (zur Teststop-Überwachung) nicht zurückgenommen.

Montag, den 24. Juni 1963

Bei einem Essen mit Dimitrijew wies der sowjetische Diplomat heute von sich aus auf das Juni-Plenum des ZK der KPdSU hin. Auf meine Frage deutete er die Möglichkeit an, daß Leonid Breschnew mit seiner Wahl in das ZK-Sekretariat gewissermaßen zum Stellvertreter Chruschtschows für den immer noch kranken Koslow befördert worden sei. Die ideologische Diskussion im ZK hat nach D. einen rein innenpolitischen Charakter gehabt, werde also keine Änderung der sowjetischen Außenpolitik zur Folge haben. Dimitrijew erläuterte sodann an dem Verhalten Jewtuschenkos und Ehrenburgs die Verleugnung des „Klassencharakters" der Kulturpolitik. Die Partei könne eine solche Entwicklung nicht hinnehmen, da die Erziehung zum kommunistischen Menschen im besonderen Maße von der künstlerischen, der kulturellen Seite her bestimmt werde. In diesem Zusammenhang unterstrich D. noch einmal die Auffassung seiner Regierung, daß eine ideologische Koexistenz mit dem Westen unmöglich sei (das gilt umgekehrt natürlich in gleichem Maße!). – Zum chinesisch-sowjetischen Konflikt meinte D., Moskau sei über die jüngste Attacke Pekings und die Verkündung von 25 Fragen an die Sowjetunion überrascht. Er nehme zwar an, daß das für den 5. Juli vorgesehene Treffen zwischen der UdSSR und China zustandekommen werde, glaube jedoch nicht an einen Erfolg.

Am Nachmittag gab es im Arbeitskreis einen unfruchtbaren Streit zwischen Scheel und Achenbach über Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einer „Friedenskonferenz". Scheel verwies dabei zu Recht auf eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Unternehmens: wir müßten zunächst unseren Verbündeten sagen, zu welchen Kon-

[9] Slansky wurde zwei Monate später ebenfalls rehabilitiert.

[10] Bei einer Tagung des Comecon-Exekutivkomitees, die in der Zeit vom 17.–25.4. in Moskau stattgefunden hatte, waren eine Reihe von Beschlüssen zur Arbeitsteilung innerhalb der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft gefaßt worden.

zessionen wir am Verhandlungstisch bereit wären. Das stieß – erwartungsgemäß – auf den heftigsten Widerspruch Achenbachs, der offenbar mit seiner Idee (Friedenskonferenz) mehr mystische als konkrete Vorstellungen verbindet. (Achenbach: die Forderung Scheels nach konkreten Verhandlungsvorschlägen sei „eine merkwürdige Unterschätzung der Methode".) Die Tatsache, daß Scheel im übrigen immer deutlicher eine Konzeption der kleinen Schritte in der Deutschlandpolitik vertrat, verschärfte die Diskussion, in der sich Dehler wieder einmal fest an die Seite Achenbachs stellte. Seine Bemerkung, es gehe hier „um unsere politische Linie und nicht um die Frage ihrer Durchsetzbarkeit" sagt eigentlich alles über den Realitätsgehalt der Deutschlandpolitik von Achenbach und Dehler aus.

Donnerstag, den 4. Juli 1963

Bilanz der fünf Münchener Tage: ein angeschlagener Parteivorsitzender und ein neuer Stellvertreter, der sich in bemerkenswerter Weise in Szene setzte; dazu eine aufmüpfige Parteijugend, die ihre Kritik vornehmlich gegen Erich Mende richtete; und schließlich eine außenpolitische Entschließung, die ich beklagenswert finde[11].

Bei Temperaturen um 30 Grad und hoher Luftfeuchtigkeit war bereits am Sonntag nachmittag im Gobelin-Saal des Bayerischen Hofs die Stimmung recht gereizt. Der dort tagende Vorstand erregte sich vor allem über zwei Themen: über Mendes *Quick*-Interview und die überraschende Gründung eines rechtsgewirkten Studentenverbandes (FDS), der offenbar als Konkurrenzunternehmen zum progressiven LSD gedacht ist[12]. Mende, der bereits von „Volksfronttendenzen" im LSD sprach, wußte eine Entscheidung des Vorstandes über eine künftige Zusammenarbeit oder Nichtzusammenarbeit mit dieser vom äußersten rechten Parteiflügel geförderten

[11] Vom 1. bis 3.7.1963 fand in München der XIV. Ordentliche Bundesparteitag der FDP statt.

[12] Nach einer Mitteilung Genschers während der Bundesvorstandssitzung war die FDP-Führung „am vergangenen Wochenende von einer *DPA*-Meldung überrascht" worden, derzufolge am 22./23.6. in Frankfurt ein Freier Demokratischer Studentenbund (FDS) gegründet worden sei. Ein Gespräch mit dem FDS-Vorsitzenden Adolf Sturm (der dem äußersten rechten Flügel der bayerischen FDP angehörte) habe ergeben, daß sich der Verband eng an die FDP anschließen wolle und politisch gegen die Haltung des LSD in der Oder-Neiße-Frage sowie dessen SPD-freundliche Position Stellung nehme. Für den FDS sprach sich in der Vorstandssitzung der bayerische Landesvorsitzende Albrecht Haas u.a. mit der Begründung aus, der LSD wolle von den „Korporierten nichts wissen". Gegen den FDS und für den LSD plädierte der DJD-Vorsitzende Kastenmeyer. Mende war dagegen, sich „zum Spielball der Auseinandersetzung von Gruppen" machen zu lassen. Der Vorstand vertrat schließlich einstimmig die Auffassung, daß die Namensgebung des neuen Verbandes (FDS) nicht hingenommen werden könne, vermied jedoch eine abschließende Stellungnahme zu dieser Neugründung.

neuen Studentenorganisation zu verhindern. Man war sich lediglich darin einig, daß dieser FDS seinen Namen noch ändern müsse.

Tags darauf, im stickig-schwülen Festsaal des Löwenbräukellers, setzte sich die Übellaunigkeit der Liberalen in Diskussionsbeiträgen zum Mende-Referat fort. Während Dehler von den Delegierten demonstrativ gefeiert wurde, bekam Mende für seine wieder einmal recht weitschweifigen Ausführungen vornehmlich Kritik zu hören. Des Vorsitzenden Versuch, seine Ausführungen zu Strauß im *Quick*-Interview gefällig zu interpretieren, scheiterte[13]. Die meisten der 24 Diskussionsredner hielten dem (überwiegend abwesenden) Parteivorsitzenden entgegen, was sie von dem ehemaligen Verteidigungsminister und seinen Läuterungsmöglichkeiten halten: nämlich nichts!

Dabei wurde die Anti-Mende-Stimmung noch durch Publikationen angeheizt, die die Jungdemokraten erstmals unter die Leute brachten: einen von Dörrbecker und einer kleinen Gruppe von DJD-Mitgliedern angefertiger, recht aggressiver Parteitagsdienst in rot-orangem Umschlag, um den sich Delegierte und – natürlich – Journalisten buchstäblich rissen. Mende wurde mit dieser rebellierenden Jugend nicht fertig und griff zu den falschen Mitteln[14]. Die Feststellung Finckensteins in der gestrigen Ausgabe der *Welt*, Erich Mende wäre längst reif für die Abwahl, ginge es nach den Jungdemokraten und den Liberalen Studenten, könnte zutreffen. Doch wer sollte M. jetzt ersetzen? Etwa Weyer, der „blaue Dufhues", dessen Rede gestern die Delegierten begeisterte (unvergleichlich mehr als die von Mende am Montag), der an die Stelle von Döring in der Vorstandsspitze einrückte, aber gewiß nicht den Fleiß, die Ausdauer besitzt, die Mende für die Partei noch immer unentbehrlich machen[15].

Problematischer erscheint mir jedoch das, was sich am Dienstag im Außenpolitischen Arbeitskreis des Parteitages abspielte. Scheels schlagzeilenträchtige, immer wieder von Zwischenrufen Reifs und Dehlers unterbrochene Rede mochte noch hingehen. Zwar löste der Europa-Teil wegen seines Pro-Gaullismus und der irrealen, vor allem auch politisch schädlichen Forderung nach einer europäischen Atommacht nicht nur bei mir

[13] Mende führte zu Strauß aus: „Als gute Liberale wollen wir jedem eine Chance geben; ‚verdammt in alle Ewigkeit' ist keine liberale Haltung."

[14] Mende empfahl seinen jugendlichen Kritikern, „statt Außenpolitik aus der hohlen Hand zu machen", in der Bundeswehr „für das geistige Gut unserer Partei" zu werben. Zornig rief er den Jungdemokraten zu: „Jugend und Opposition sind noch keine Garantie für Fortschritt!".

[15] Der in München anstelle von Döring neugewählte stellv. Parteivorsitzende Willy Weyer führte am 3.7. in seiner Schlußrede („Der Freiheit gehört die Zukunft") u.a. aus: „Josef-Hermann Dufhues, den wir in Nordrhein-Westfalen ‚schwarzen Döring' nennen, hat sich speziell dieser Aufgabe (der Aktivierung der Parteimitglieder in den Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden – der Verf.) bei der CDU angenommen. Wenn der Bundesvorstand bereit ist und mich beauftragt, die Rolle des ‚blauen Dufhues' in der FDP zu übernehmen, so bin ich gerne dazu bereit". Diese Ankündigung Weyers blieb folgenlos.

Unbehagen aus. Doch brachte sie auch viel Gescheites und – soweit es die Deutschlandpolitik anbetrifft – Realistisches.

Schlimm war dagegen, was uns Achenbach wieder einmal einbrockte. Schon auf der Vorstandssitzung am Sonntag war klar, daß A. seinen „Evergreen" Friedenskonferenz zum Parteitagsbeschluß erhoben haben wollte. Nachdem eine von 31 Parteifreunden eingebrachte, m. E. sehr abgewogene Entschließung zur Außen- und Deutschlandpolitik nicht die Gnade des Vorstandes gefunden hatte, war der Weg für Wunschvorstellungen wieder frei. Unter ironischen Zwischenrufen von Scheel und vom Beifall Dehlers und der Arbeitskreismehrheit begleitet, zog Achenbach gegen Mendes Aussagen zur Deutschlandpolitik vom Leder und setzte endlich eine Entschließung durch, die in der Forderung nach dem „unverzüglichen Zusammentreten einer Deutschlandkonferenz" gipfelte. Dabei blieb wiederum offen, worüber sich diese Konferenz eigentlich verständigen soll. Ich fürchte, wir machen uns mit solchen „Deutschlandvorschlägen" allmählich zum Gespött der gesamten politischen Öffentlichkeit[16].

Am Samstag morgen, im Bayerischen Hof, eine aufschlußreiche Sitzung der Liberalen Fraktion im Europäischen Parlament. Hier trat anfangs ein beunruhigendes Erscheinungsbild der FDP in Westeuropa zutage, aber auch zum Teil recht unterschiedliche Auffassungen über den weiteren Verlauf der Integrationspolitik.

Besonders Pleven ritt zu Beginn der Sitzung eine Weile auf dem Thema „nationalistische FDP" herum, wenn er sich auch selbst mit solchen Ansichten in Frankreich nicht zu identifizieren schien. Unterschiedliche Auffassungen über den Fortgang der europäischen Integration und die Bedeutung des deutsch-französischen Vertrages vertraten der Holländer van Dijk und der Luxemburger Gaston Thorn. Letzterer machte den originellen Vorschlag, auch die anderen Länder der Gemeinschaft sollten diesem Vertrag beitreten, „damit nicht zwei Partner die Majorität bekommen". Irritiert zeigte sich die Holländerin Mme. Schouvenaar-Franssen über Scheels Vorliebe für eine europäische Atommacht; der Hinweis Scheels, daß es sich hier um „meinen ganz persönlichen Beitrag" und nicht um den Standpunkt der FDP handele, schien die Dame einigermaßen zu beruhigen.

[16] Am 18. 7. 1963 übermittelte der Verf. dem Bundesvorstand, der Bundestagsfraktion sowie den Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle eine dreizehn Seiten umfassende Dokumentation über das „Presseecho auf die außenpolitische Entschließung des FDP-Bundesparteitages". In einem Vorwort („Beobachtungsvermerk") zur Dokumentation schrieb Schollwer u. a.: „Die Wertung der außenpolitischen Entschließung des Parteitages ... ist – von östlichen Stimmen abgesehen – überwiegend negativ, wobei sich viele Kommentatoren sowohl an der ‚unverzüglich' einzuberufenden Deutschlandkonferenz stoßen, von der sie sich keinerlei Nutzen versprechen, als auch an der Beteiligung der ‚Vertreter der beiden Teile Deutschlands'. Einige Kommentatoren bemängeln allerdings auch, daß die FDP nichts über den konkreten Inhalt einer von ihr angestrebten Friedensregelung zu sagen wußte."

Montag, den 8. Juli 1963

Mende scheint durch die Münchner Vorgänge tief getroffen. Heute morgen in der wöchentlichen Referentenbesprechung erklärte der Vorsitzende mit spürbarer Erbitterung, er sei nicht bereit zu resignieren; er werde sich nicht durch Delegationen zum Rücktritt oder zum freiwilligen Verzicht auf eine erneute Kandidatur bei den nächsten Vorstandswahlen bewegen lassen. Wer ihn – Mende – weghaben wolle, der müsse schon einen Besseren vorschlagen und ihn dann abwählen. Der Vorsitzende beklagte sich über die mangelnde „Gesittung" führender FDP-Mitglieder, die mit Hilfe von Journalisten bemüht seien, ihn „abzuschießen". M. warf den Public-Relations-Managern, die er vor zweieinhalb Jahren selbst herangezogen hatte, vor, ihn falsch beraten zu haben; er äußerte die Absicht, sich von diesen Leuten zu trennen.

Dienstag, den 9. Juli 1963

Mittagessen mit Georgijewicz. Der vertrat die Auffassung, bei den gegenwärtigen deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsgesprächen in München müsse wohl die deutsche Delegation neue Weisungen erhalten haben, weil sie auf einmal das für unannehmbar erkläre, was sie selbst während der Verhandlungen in Wien und Belgrad vorgeschlagen habe. G. vermutet, daß de Gaulle dahinterstecke, der Interessen Frankreichs durch diese Gespräche verletzt fühle und während seines jüngsten Bonn-Aufenthaltes wohl entsprechende Äußerungen gemacht habe.

Ob diese Darstellung des Verhandlungsverlaufs zutrifft, entzieht sich meiner Kenntnis. Offensichtlich ist aber, daß Belgrad sich bei seinen Gesprächen mit uns nicht auf Themen beschränken will, die angesichts der Ereignisse von 1957 verhandelbar sind. Eine Intervention de Gaulles beim Kanzler erscheint mir allerdings eine ziemlich abwegige Vermutung[17].

Unter dem Eindruck des unglücklichen Verlaufs der Arbeitskreis-Diskussion in München habe ich dem DJD-Vorsitzenden vor einigen Tagen ein Exemplar meiner Studie zugeschickt und um eine Meinungsäußerung gebeten. Natürlich soll das Papier jetzt nicht in den DJD-Verbänden diskutiert werden; aber vielleicht kann der Vorsitzende unserer Jugendorganisation, in Kenntnis solcher Überlegungen, die Deutschland-Diskussion seines Verbandes entsprechend steuern.

[17] Am 13.7.1963 wurden die Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen, die seit dem 18. Juni in Belgrad und ab 28. Juni in München geführt worden waren, ergebnislos abgebrochen. Jugoslawien hatte eine Koppelung des Abkommens mit einer vollständigen Regelung aller finanziellen Forderungen jugoslawischer Opfer des Faschismus und der deutschen Besatzungszeit gefordert. Bonn lehnte eine solche Koppelung ab, weil Belgrad durch die Anerkennung der DDR im Jahre 1957 der Bundesrepublik die Anerkennung als einzigem Nachfolgestaat des Dritten Reiches versagt hatte.

Montag, den 15. Juli 1963

Meinen Versuch, durch einen fdk-Artikel zur Ostpolitik die realitätsfernen Münchner Beschlüsse wieder etwas in Vergessenheit geraten zu lassen, hat Georg Schröder heute zu einer längeren Betrachtung über „die Linie der Bundesregierung in der Ostpolitik" veranlaßt[18]. Mir scheint Schröders Analyse, auch soweit sie die FDP-Ostpolitik anbetrifft, weitgehend zuzutreffen. Diese Ansicht vertrat auch Mende heute nachmittag im Arbeitskreis. Das führte zu einer langen, hitzigen Debatte, bei der Achenbach erwartungsgemäß das Wort führte. Er ereiferte sich sehr über den Schröder-Beitrag, beklagte, daß mein fdk-Artikel zu „Mißverständnissen" geführt habe und forderte, unterstützt von Dehler und Oellers, die Münchner Entschließung zum Gegenstand eines Koalitionsabkommens mit Erhard zu machen. Da beeindruckte auch nicht, was Mende aus dem Gespräch der Fraktionen mit Außenminister Schröder in der vergangenen Woche berichtete und das zu einer Deutschlandkonferenz nicht gerade ermunterte[19]. Auch die Bemerkung des Vorsitzenden nicht, McGee habe ihm (Mende) gegenüber geäußert, es wäre töricht, Chruschtschow jetzt an den Verhandlungstisch zu bringen, da er nicht frei in seinen Entscheidungen sei. Die Amerikaner würden darum nichts tun, was die Stellung Chruschtschows erschweren könnte. Selbst Starkes Bemerkung, er sei mit einigen Passagen der Parteitagsentschließung „auch gar nicht einverstanden" und halte insbesondere das „unverzüglich" im Zusammenhang mit einer Deutschlandkonferenz für falsch, prallte an der Entschlossenheit dieser Parteifreunde ab, notfalls mit dem Kopf durch die Wand zu gehen. So faßte denn Achenbach am Schluß unserer Beratung die Diskussion frohgemut so zusammen: „Wir sind uns einig, die Entschließung vom 12. Oktober und die Münchner Entschließung sind Grundlage der Koalitionsverhandlungen". Da wird er sich täuschen ...

Mittwoch, den 24. Juli 1963

Die jüngsten Vorschläge Chruschtschows zur Rüstungbegrenzung scheinen bei der Bundesregierung auf tiefe Abneigung zu stoßen[20]. Die *Poli-*

[18] Georg Schröder: „Bonn ist sich einig: Abwarten – Die Linie der Bundesregierung in der Ostpolitik" in *Die Welt* vom 15.7.1963.

[19] Mende wies vor dem Arbeitskreis u.a. darauf hin, welche Schwierigkeiten allein eine Einigung über die Berlin-Klausel bei den deutsch-sowjetischen Handelsverhandlungen im kommenden Herbst bereiten würden; Moskau werde eine solche Klausel nicht akzeptieren, höchstens die Berlin-Erklärung des Westens von 1952. Im übrigen interessiere ihn der Schröder-Artikel nicht, „sondern nur, was ich aus den Besprechungen mit de Gaulle und anderen erfahren habe". Dr. Schröder sei bei der Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden in seiner ostpolitischen Linie von Ollenhauer, Wehner, Mende, Zoglmann und von Kühlmann, nicht jedoch von den Vertretern der CDU/CSU unterstützt worden.

[20] Chruschtschow hatte am 19.7. in einer Rede im Kreml ein umfangreiches Pro-

tisch-soziale Korrespondenz gab bereits das Stichwort: „Neuauflage des Rapacki-Planes" und befreite damit die Christdemokraten vom weiteren Nachdenken über regionale Abrüstungs- und Kontrollmaßnahmen und über Konsequenzen, die sich aus der veränderten Weltlage ergeben könnten. Bislang sind wir Deutsche vor allem damit beschäftigt, uns gegenseitig Illusionen und „Aufweichungstendenzen" vorzuwerfen. Das ist angesichts der Vorgänge im Ostblock, für die Adenauer wieder die denkbar einfachsten Erklärungen fand, zu wenig ...[21]. Zumal in Kürze ohnehin mit einem Abkommen zwischen Ost und West zu rechnen ist, das einen ersten Schritt auf dem Wege zur Rüstungsbegrenzung darstellen könnte: der Kernwaffen-Versuchsstop-Vertrag. Entsprechende Betrachtungen in der fdk fanden heute ein breites Presseecho. Die Pressedienste von SPD und FDP stimmen zum Teil in ihrer Argumentation überein.

Die Bildung des Kabinetts Erhard im kommenden Herbst reizt zu immer neuen Spekulationen. Nachdem Barsig Anfang vergangener Woche mit seinen Behauptungen über ein angebliches Geheimabkommen zwischen Erhard, Mende und Strauß offensichtlich Pech hatte[22], berichtete *Der Spiegel* zum Wochenbeginn ausführlich über angebliche Kabinetts-Planungen, die vorwiegend zu Lasten der FDP gehen sollen. Mende hat alle Landesverbände in einem Fernschreiben darauf aufmerksam gemacht, daß mit weiteren Störversuchen gegen die Regierungsbildung im Oktober zu rechnen ist.

Samstag, den 27. Juli 1963

Achenbach mag triumphieren: Chruschtschow hat gestern umfassende Deutschlandverhandlungen gefordert[23]. Doch ändert das nichts daran, daß es für solche Gespräche noch immer keine seriösen Grundlagen gibt, die auch nur eine bescheidene Verständigung zwischen Ost und West über Deutschland möglich machen könnten. So muß der jüngste deutschland-

Fortsetzung Fußnote von Seite 155

gramm der Entspannung mit dem Westen vorgelegt und dabei u. a. ein Teilabkommen über Kernwaffenversuche und einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt vorgeschlagen.

[21] Adenauer hatte sich am 19.7. vor der Evangelischen Akademie Tutzing zum sowjetisch-chinesischen Konflikt mit der Empfehlung geäußert, die gegenwärtig laufenden und kurz danach ergebnislos abgebrochenen Gespräche zwischen Delegationen der beiden KPs „nur zum Teil" ernst zu nehmen.

[22] Der SPD-Sprecher Barsig hatte am 8.7. eine Geheimabsprache zwischen diesen Politikern über eine Rückkehr von Strauß in ein von Erhard geführtes Bundeskabinett behauptet. Ein Sprecher der FDP bezeichnete diese Behauptung noch am gleichen Tage als eine „glatte Lüge". – Am 15.7. korrigierte Barsig seine Erklärung vom 8.7. teilweise.

[23] Nach einem Bericht der *Welt* vom 27.7.1963 hatte sich Chruschtschow einen Tag nach der Paraphierung des begrenzten Teststopabkommens für „umfassende Deutschlandverhandlungen" eingesetzt. Als Ziel einer Ost-West-Konferenz über Deutschland bezeichnete er die „Liquidierung des kalten Krieges".

politische Vorstoß des sowjetischen Ministerpräsidenten wohl eher als ein neuerlicher Schachzug im propagandistischen Fingerhakeln gewertet werden denn als ein ernsthaftes Angebot. Aber vielleicht hat Nikita Sergejewitsch unsere Münchner Beschlüsse ernster genommen als sie es verdienen?

Heute vormittag tagte im Bonner Talweg erstmals der auf der letzten Beiratssitzung beschlossene Arbeitskreis, um den LDP-Bundeskongreß vorzubereiten. Wir einigten uns, in Berlin die menschlichen Probleme der deutschen Spaltung in den Mittelpunkt der Beratungen zu stellen. In einer Entschließung sollen Verhandlungen über die Wiederherstellung der Freizügigkeit im geteilten Deutschland sowie über Erleichterung der Lebensbedingungen in der Zone gefordert werden. Auf allgemeine Deklamationen zur deutschen Frage oder Meditationen über „verpaßte Gelegenheiten" wollen wir verzichten. Ein kleiner Fortschritt, und der ausgerechnet im Flüchtlingsbeirat. Wie lange wird wohl die FDP noch brauchen, um endlich auch von ihren Maximalpositionen herunterzukommen?

Dienstag, den 30. Juli 1963

Der Spiegel hat in seiner neuesten Ausgabe einen Anti-Mende-Artikel aus dem *Hamburger Abendblatt* abgedruckt, der in seiner Bosheit so ziemlich alles in den Schatten stellt, was in letzter Zeit über unseren Vorsitzenden geschrieben worden ist[24]. Weyer warf gestern – in Abwesenheit Mendes – im „Team" die Frage auf, was man wohl tun könne, um die journalistischen Mende-Feinde umzustimmen. Viel ist mir zu diesem Thema nicht eingefallen. Am besten wäre es natürlich, wenn M. sich ändern könnte. Aber damit ist leider nicht zu rechnen. Für diesen Pessimismus spricht auch Mendes Verhalten gegenüber Moersch, der gestern zornentbrannt in eine Art Arbeitsstreik getreten ist[25].

Das Moskauer Abkommen scheint de Gaulle alarmiert zu haben. Am Montag war der Präsident auf einer Pressekonferenz bemüht, die Politik des leeren Stuhls aufzugeben und wieder Anschluß an die internationale Politik zu gewinnen. Um mit von der Partie zu sein, schlug der General ein Vierertreffen über Abrüstungsfragen vor. Da de Gaulle zugleich dem Moskauer Abkommen – erwartungsgemäß – eine Abfuhr erteilte, drängt sich die Frage auf, ob dieser Vorschlag nicht gemacht wurde, um Zeit für den Aufbau einer nationalen französischen Atommacht zu gewinnen.

Bemerkenswerte Ausführungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik hat dieser Tage Exbotschafter Kroll im WDR gemacht. Sie bestätigen weitgehend meine Analyse und rechtfertigen m. E. die von mir im Früh-

[24] Wilhelm Backhaus: „Mende – Ein Mann der Suada" – abgedruckt in *Der Spiegel* Nr. 31 vom 31.7.1963.

[25] Zwischen Mende und Moersch war es zu Auseinandersetzungen gekommen, die dazu führten, daß Moersch seine Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle der FDP zeitweise einstellte.

jahr 1962 vorgelegten Empfehlungen. Ich werde dieses Interview allen Vorstands- und Fraktionsmitgliedern zuschicken.

Freitag, den 2. August 1963

Dimitrijew spendete heute Achenbachs Referat in München großes Lob, ohne freilich die Details zu qualifizieren. Offenbar paßt den Sowjets die illusionäre Linie von A. und D. genau ins Konzept; sie ist ja auch – genau besehen – für sie am ungefährlichsten. Nicht einverstanden war der sowjetische Diplomat mit der Verbreitung eines gegen Moskau gerichteten Briefes aus Peking in einigen deutschen Blättern. Auch dieses ist begreiflich.

Unverständlich hingegen der Eiertanz, den man gegenwärtig in der Union um das Moskauer Teststop-Abkommen aufführt. Der von Brentano und den „Orthodoxen" im AA gegen den Beitritt zum Abkommen (und damit auch gegen den Außenminister) geführte Kampf zeugt von erschreckender Fehleinschätzung unserer Möglichkeiten und Interessen. In diesem Punkte ist Achenbach sehr viel realistischer. Im heutigen Tagesdienst begrüßte er dieses Abkommen namens der FDP „aufrichtig und rückhaltslos". Doch benutzte er die Gelegenheit, um gleich wieder ausgiebig gegen jene zu wettern, die vernünftigerweise eine Klärung der deutschen Frage nur durch langfristige Lösungen erwarten. Es ist wie mit der „kaiserlichen Werft" ...[26].

Donnerstag, den 8. August 1963

Mouser äußerte sich heute bei einem Essen sehr besorgt über die deutsche Haltung in Sachen Moskauer Abkommen. Die amerikanische Regierung habe durchaus Verständnis für deutsche Befürchtungen bezüglich einer „Aufwertung" der „DDR". Aber erstens habe die amerikanische Seite wiederholt erklärt, daß sie überhaupt nicht an eine Anerkennung Ostberlins denke. Zum anderen habe der Vertrag – wenn man seinen Inhalt betrachte – praktisch nur psychologische Bedeutung, d. h. durch ihn sollten Voraussetzungen für Gespräche über Ost-West-Probleme geschaffen werden. Welche Zusicherungen solle Washington der deutschen Seite denn noch geben, damit sie endlich beruhigt sei?

Ich wies auf das Argument hin, Bonn sei von den Amerikanern zu spät über den beabsichtigten Vertrag informiert worden. Mouser entgegnete, er wisse nicht, ob dieser Vorwurf berechtigt sei; aber man müsse doch versuchen, die Spannungen zu mildern und zu verhandeln, nachdem sich herausgestellt habe, daß mit einer Politik der Stärke allein nicht voranzukommen sei. M. stimmte meiner Forderung ausdrücklich zu, daß die Abstim-

[26] Anspielung auf einen alten Kommißwitz aus der Kaiserzeit: ein Marinerekrut hatte von allen Belehrungen in der Instruktionsstunde nur die über die „Kaiserliche Werft" verstanden und behalten. Darum kam er bei jeder Frage seiner Vorgesetzten nach wenigen einleitenden Worten sofort auf dieses einzige Thema zurück.

mung zwischen den Alliierten verbessert und vor allem eine detaillierte Vorarbeit für weitere Runden in den Ost-West-Gesprächen geleistet werden müsse.

Besonders betroffen zeigte sich der amerikanische Diplomat durch Äußerungen des CSU-Abgeordneten Zimmermann, der am Mittwoch Kennedy direkt angegriffen, den Vertrag für Bonn als „gegenstandslos" bezeichnet und den Angelsachsen vorgeworfen hatte, sie hätten die Grenzen dessen überschritten, „was die Bundesrepublik guten Gewissens vertreten kann". M., der hinter dieser Attacke Strauß vermutet, fragte, ob denn diese Politiker glaubten, in der deutschen Frage allein voranzukommen?

Mouser fragte mich zweimal, ob ich mit dem Beitritt der Bundesrepublik zum Abkommen rechne bzw. ob dieser Beitritt noch vor dem Kanzlerwechsel im Oktober erfolgen würde. Ich bejahte beides[27]. Am Samstag wird Rusk in Bonn sein, um der Bundesregierung erschöpfende Auskunft über den Verlauf der Moskauer Gespräche zu geben. Ich hatte den Eindruck, daß man in der Botschaft auf diesen Besuch große Hoffnungen setzt.

Nach Tisch, in der Abteilungsleiterbesprechung, diskutierten wir mit Weyer das Problem, wie man die Position des Vorstandes stärken könne. Ich erinnerte mich gewisser Erfahrungen aus LDP-Zeiten und meinte, es komme wohl vor allem darauf an, daß der Vorstand nicht nur durch Presse und Rundfunk über Vorgänge in den Landes- und Kreisverbänden unterrichtet werde. Deshalb sollte versucht werden, ein parteiinternes Informationssystem (Berichterstattung) im Rahmen des uns Möglichen aufzuziehen. W. beauftragte mich, das in Nordrhein-Westfalen eingeführte Berichterstattungswesen auf seine Verwendbarkeit für die Bundespartei zu prüfen.

Samstag, den 10. August 1963

Die Absicht der Bundesregierung, einen eigenen Plan für die kommenden Ost-West-Sondierungsgespräche über eine Entspannung vorzulegen, ist zu loben. Offenbar beginnt sich nun auch in der Bundesregierung die Erkenntnis durchzusetzen, daß mit bloßer Obstruktion der Entspannungseifer unserer Verbündeten nicht zu bremsen ist. Ganz abgesehen davon, daß das von Adenauer und Brentano entwickelte Verfahren, sich gegen jede Veränderung zu stemmen, mehr und mehr zu Lasten der deutschen Sache selbst geht. Mende hat heute vormittag einen kleinen Kreis von Mitarbeitern kurz über sein letztes Gespräch mit Schröder unterrichtet. Der Außenminister habe die Absicht, militärische Vereinbarungen mit Fort-

[27] Am 19.8. unterzeichneten die Botschafter der Bundesrepublik in Washington, London und Moskau das Abkommen. Zuvor war erklärt worden, daß die von der DDR geleistete Unterschrift keine Anerkennung ihrer Eigenstaatlichkeit bedeute.

schritten in der deutschen Frage zu verknüpfen. Der Plan Schröders stelle eine Art Neuaufguß des Herter-Plans von 1959 sowie eines Teils der Ruskschen Berlin-Vorschläge dar. Die Presse hat bereits einige Grundüberlegungen dieses Konzepts veröffentlicht, das dem US-Außenminister bei seinen heutigen Gesprächen mit der Bundesregierung mitgeteilt werden soll.

Das alles entspricht freilich nicht ganz eigenen Vorstellungen, die ich am Donnerstag in einem Artikel zum 13. August noch einmal andeutungsweise darlegte. Der Tenor der Presseberichterstattung über diesen Artikel war am Freitag, die Bundesregierung müsse neue Wege in der Deutschland- und Berlinpolitik beschreiten. Diese Tendenz kam in einigen Zeitungen schon in der Überschrift zum Ausdruck[28]. Dazu gehört freilich auch, unter bestimmten Voraussetzungen eine modifizierte Politik gegenüber Ostberlin zu entwickeln. Daran scheint aber in Schröders Planungen nicht gedacht zu sein. Um solche Überlegungen wenigstens der eigenen Partei nahezubringen, werde ich am Montag unsere Führungsorgane mit einer neuen deutschlandpolitischen Dokumentation beliefern: sie enthält etwa zwanzig Rundfunk- und Zeitungskommentare aus den letzten zwei Monaten, in denen sich bekannte deutsche Journalisten und Publizisten für eine zum Teil ziemlich weitgehende Änderung der bisherigen deutschen Wiedervereinigungspolitik aussprachen. Ich befinde mich mithin in guter Gesellschaft.

Freitag, den 16. August 1963

Am Vormittag Anruf von Flügge. Er berichtet über Hintergründe für die auffallende Zurückhaltung von Wehner und Erler im Meinungsstreit um das Moskauer Abkommen. F. hatte dieser Tage ein Gespräch mit Erler, das folgendes ergab: die SPD betrachtet die gegenwärtige Situation aus der Perspektive des Bundestagswahlkampfes 1965; sie sei an der völligen Zerstrittenheit der Regierungskoalition lebhaft interessiert. Darum haben weder Wehner noch Erler in den letzten Wochen klare Stellungnahmen zum Teststopp abgegeben, um nicht CDU und CSU wieder zusammenzubringen. Erler habe erklärt, die SPD sei unter keiner Bedingung bereit, vor 1965 in eine Bundesregierung hineinzugehen; und das auch dann nicht, wenn die FDP aus der Koalition austreten und der SPD ein Bündnis anbieten sollte. Nach Aussagen Flügges denkt die SPD auch nicht daran, ihre alten Pläne einer schwarz-roten Koalition zu diesem Zeitpunkt weiterzuverfolgen. Erler habe erklärt, daß Männer wie Brentano und Strauß für die Sozialdemokraten völlig unakzeptabel seien.

[28] „FDP: Neue Wege beschreiten" in *Frankfurter Rundschau* vom 9.8.1963; gleiche Überschrift im *Kölner Stadtanzeiger;* „FDP verlangt neue, mutige Wege zur Wiedervereinigung" in der *Velberter Zeitung* usw.

Wie F. weiter berichtete, habe er aus der unmittelbaren Umgebung von Strauß erfahren, daß die CSU fest entschlossen sei, die Ablösung Buchers durch einen CSU-Justizminister bei Erhard durchzusetzen. Bisher sei jedoch nicht bekannt, ob sich Erhard in dieser Frage entschieden habe. – Ich gab diese Information sogleich an Mende weiter.

Eine Auswertung der jüngsten EMNID-Information durch die Bundesgeschäftsstelle ergab, daß die SPD seit der Jahreswende 1962/63 in der Wertschätzung der Befragten vor der CDU liegt. Das Übergewicht der SPD habe sich als stabil erwiesen. Darum wohl auch die abwartende Taktik der sozialdemokratischen Führung.

Für die FDP läßt sich dagegen im ersten Halbjahr 1963 noch keine eindeutige Tendenz ablesen. Die Freien Demokraten hätten zwar ihre „etwas kritische Stellung des letzten Jahres überwunden" und ihren Anteil von 4% im Januar (!) auf immerhin 8 im April verbessert. Doch ergaben Umfragen im Mai und Juni nur noch einen Anteil von 6%. Sollten daran (jedenfalls am Juni-Ergebnis) die Äußerungen Mendes zur Rehabilitierung von Strauß schuld sein?

Donnerstag, den 22. August 1963

Der Streit zwischen Moskau und Peking nimmt allmählich groteske Formen an. Die gegenseitigen Beschuldigungen und Beleidigungen werden von Woche zu Woche maßloser. Dimitrijew hat heute abend, bei einem Essen im „Adler", die sowjetisch-chinesische Kontroverse ausschließlich ideologisch begründet und die kuriose Behauptung aufgestellt, Pekings Haltung resultiere aus einer fehlenden Verarbeitung der Lenin'schen Theorien bzw. aus der Beschränkung der Chinesen auf die Schriften von Karl Marx. So einfach ist das also. – Erneut fragte D., ob ich nicht 1964 in die UdSSR kommen wolle. Ich will schon, aber bisher fehlt die Einladung. – Inzwischen ist Dehler nach Moskau gereist, um mit den Sowjets über die deutsche Frage zu sprechen. Da wird er wohl nicht viel Neues, vor allem aber nichts Positives erfahren. Man braucht sich nur die überaus negativen Äußerungen des Moskauer Rundfunks oder des Ostberliner Deutschlandsenders zur Absicht Bonns, eigene Entspannungsvorschläge zu präsentieren, ins Gedächtnis zurückrufen. Aber so etwas kann Dehler vermutlich nicht schrecken.

Sonntag, den 31. August 1963, Schruns (Montafon)

Seit fast einer Woche zum Urlaub in Vorarlberg. Aus Deutschland meldet die *AZ* eine letzte Aussprache zwischen Adenauer und Erhard vor Beginn der offiziellen Koalitionsgespräche mit den Freien Demokraten. Was mögen sich die beiden Intimfeinde in den fünf Stunden ihres Zusammenseins wohl erzählt haben?

Mittwoch, den 11. September 1963

Wieder in Bonn, wo die Kabinettsbildung weitergeht. Mendes Eintritt als Erhards Vizekanzler ist jetzt offenbar beschlossene Sache. Der *Spiegel* meint, daß M. entweder mit dem Wissenschafts- oder mit dem Vertriebenenministerium bedacht werden soll. Das dürfte Lenz kaum schmecken, während Mischnicks Zustimmung wohl zu erwarten ist[29].

Mittwoch, den 2. Oktober 1963

Die Verhandlungen zwischen CDU und FDP um eine Regierungsneubildung sind offenbar in eine Sackgasse geraten. Wie Kühlmann heute nachmittag vor der Fraktion berichtete, konnte man sich über eine Senkung der Getreidepreise nicht einigen (Erhard sei dafür, die FDP dagegen). In der Frage der Notstandsgesetzgebung bestehen die Differenzen in der FDP selbst: soll man die Gesetze jetzt verabschieden oder nicht. Keine Einigkeit war vor allem über die Behandlung des „Sozialpakets" zu erzielen (soll man es aufschnüren?). Ferner Dissens zwischen den Koalitionsparteien über eine versicherungsrechtliche Lösung bei der Lohnfortzahlung.

Ollesch kündigte bereits ein Zerwürfnis mit der CDU/CSU in sozialpolitischen Fragen an, und Opitz plädierte dafür, „lieber die ganze Sache (Sozialpaket – der Verf.) scheitern zu lassen", als einen Kompromiß zu schließen. Dem stimmte Stammberger lebhaft zu: Wir sollten uns ruhig die „Schwarzen Peter" in die Tasche schieben lassen; das könne der FDP nur nützen. Mischnick warnte jedoch davor, die Verhandlungen vor dem 15. Oktober (Rücktritt Adenauers) scheitern zu lassen; wir sollten sie vielmehr weiterführen, immer wieder die Forderung nach versicherungsrechtlicher Lösung erheben, das Kindergeldgesetz jedoch aus dem Sozialpaket herausnehmen. Auch Starke und Scheel sprachen sich dafür aus, das von uns selbst geschnürte Paket wieder aufzudröseln.

Adenauer hat inzwischen – nun hoffentlich zum letzten Male – einen weiteren Beweis für seine Unfähigkeit geliefert, eine realistische und für Deutschland nützliche Ostpolitik zu entwickeln. Dem Röhrenembargo im Frühjahr folgte dieser Tage die öffentliche Erörterung eines Weizenembargos gegenüber Moskau. Die barsche Reaktion Mansfields auf Adenauers Überlegungen dürfte die Sinnlosigkeit solcher Pläne bereits deutlich gemacht haben[30].

[29] Das nach der Kabinettsumbildung im Spätherbst 1962 neu geschaffene Wissenschaftsministerium wurde von Hans Lenz, das Vertriebenenministerium seit 1961 von Wolfgang Mischnick geleitet. M. hatte jedoch schon früher zu erkennen gegeben, daß er bereit sei, seinen Platz für Mende zu räumen, sobald dieser ins Kabinett eintreten wolle.

[30] Adenauer hatte wiederholt in der Öffentlichkeit die Auffassung vertreten, der Westen solle der UdSSR durch Lieferung von Weizen nicht aus ihren wirtschaftlichen Problemen helfen. Nach einem Bericht der *Stuttgarter Zeitung* vom 4. 10. 1963

Seit gestern hat Genscher einen Vize. Der bisherige Geschäftsführer der rheinhessischen Industrie- und Handelskammer, Dr. Friderichs, hat am 1. Oktober seine Arbeit als Stellvertreter des Bundesgeschäftsführers im Bonner Talweg aufgenommen. F., den ich im Sommer in Maurers Büro kurz kennenlernte, gilt unter rheinland-pfälzischen Parteifreunden als eine Art Geheimtip, als „kommender Mann", wie es Kollege M. formulierte. Er scheint enorm tüchtig zu sein. Wir sind gespannt, wie sich Friderichs mit Genscher arrangieren wird.

Freitag, den 4. Oktober 1963

Vor den Landesgeschäftsführern hat Mende heute nachmittag „absolute Übereinstimmung zwischen den Koalitionsfraktionen" behauptet. Ausgenommen sei lediglich das Problem der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wenig später gab er jedoch zu, daß diese Übereinstimmung auch noch in den wichtigen Personalfragen des kommenden Kabinetts Erhard gänzlich fehle. Unsere Minimalforderung sei: Mende wird Gesamtdeutscher Minister, Mischnick verläßt das Kabinett. Aber selbst dagegen erhebe sich in der CDU/CSU Widerspruch: Krone wolle M. lieber mit einem Europa-Ministerium abspeisen, was er – Mende – jedoch entschieden abgelehnt habe[31].

M. ging dann kurz auf die außenpolitische Lage ein. Nach seinen Informationen seien die USA und Großbritannien bereit, den Sowjets weiter entgegenzukommen. Die Weizenkäufe der UdSSR dienten der Bevorratung im Konflikt zwischen Moskau und Peking. Doch Adenauer und de Gaulle wollten das verhindern. Mende übte scharfe Kritik an des Kanzlers Embargo-Politik und damit an dessen ostpolitischen Vorstellungen. „Wer heute nicht bereit ist, mit Chruschtschow zu verhandeln, der wird morgen mit den sowjetischen Generälen zu verhandeln haben", meinte unser Parteivorsitzender, sich hier ganz der amerikanischen Position anpassend. Andererseits vertrat M., abweichend vom Standpunkt Washingtons die Auffassung, West-Berlin müsse unbedingt in das Teststop-Abkommen einbezogen werden. Hier hätten wir die Unterstützung von Gerhard Schröder, meinte Mende.

Anschließend beschäftigten sich die Landesgeschäftsführer mit technischen und organisatorischen Problemen. Dabei wurde Kritik an der fdk laut. Rieger bemängelte, daß die Korrespondenz in der Presse nur noch unzureichend berücksichtigt werde. Dem widersprach Moersch mit dem Hinweis, daß sich der Abdruck der fdk-Artikel in den letzten drei Jahren (nach Angaben des Archivs des Bundestages) verachtfacht (!) habe. Das

Fortsetzung Fußnote von Seite 162

hatte Mansfield scharfe Kritik an diesen Äußerungen geübt und Adenauer ‚Scheinheiligkeit' vorgeworfen.

[31] Ursprünglich hatte die FDP laut Mende sechs Minister ohne zusätzliche Ressorts gefordert.

entspricht auch eigenen Feststellungen anhand der von mir gesammelten Zitate. Sehr positiv wurde „liberal" beurteilt[32], der Schnelldienst dagegen wegen seiner „zu langen Riemen" kritisiert.

Samstag, den 5. Oktober 1963

Die Entscheidung ist gefallen: Mende wird nun doch Minister. Nachdem in den letzten Wochen die Zahl derer in der FDP-Führung gewachsen war, die Mende zum Verzicht auf einen Kabinettsposten rieten, hat die Mehrheit des Hauptausschusses heute nach sechsstündigen Beratungen entschieden: Mende soll als „Stellvertreter des Bundeskanzlers und Leiter eines Ressorts" dem Erhard-Kabinett angehören.

Die Bedenken vieler Parteifreunde gegen einen Eintritt des Vorsitzenden in die Bundesregierung resultierten offensichtlich nicht allein aus organisatorischen, personalpolitischen oder allgemeinpolitischen Erwägungen. Im Rheinsaal des Kölner Messegeländes wurde heute vormittag nach dem Bericht von Kühlmanns über die Koalitionsverhandlungen auch deutlich, daß Mende nach dem Münchner Parteitag weiter an Ansehen in der Partei verloren hat. Dazu dürften neben seinen verwirrenden Strauß-Plädoyers auch gewisse Illustrierten-Interviews beigetragen haben, in denen sich der Vorsitzende allzu selbstgefällig produzierte[33].

Jedenfalls sprachen sich heute Karry, Ehrich, Frankenfeld, Hamm-Brücher und Zoglmann dafür aus, es bei der bisherigen Ministermannschaft zu lassen, also Mischnick nicht zurückzuziehen und damit Mende den Verzicht auf einen Kabinettsposten nahezulegen. Doch die Mehrheit meinte – wohl zu Recht – daß eine solche Lösung nicht praktikabel sei. Mende ist nun mal unser Vorsitzender, der erste Mann der Partei. Wir müssen uns also, wie es Frau Lüders ausdrückte, „geschlossen vor unseren Parteivorsitzenden stellen" und ihn ins Kabinett schicken. Doch was er dort zu tun haben wird, ist noch immer unklar. Nach Auffassung unserer Verhandlungsdelegation kommen nur das Innenministerium, das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen oder das Ministerium Krones (Verteidigungsrat) in Frage. Der sechste Minister ist für die FDP offensichtlich nicht mehr drin (gottseidank!). Da aber Mischnick erneut Bereitschaft zu erkennen gab, seinen Platz für Mende freizumachen, dürfte es hier keine größeren Schwierigkeiten geben.

Aber auch in den Sachfragen ist man sich mit den Unionsparteien noch keineswegs einig. Vor allem bei der Sozialpolitik klaffen die Meinungen

[32] Die Zeitschrift *liberal* hatte 1962 eine Auflage von 4000 bis 4500 Exemplaren. Die Kosten der vier Hefte und zwei Sonderhefte in diesem Jahr betrugen 15000 DM, die Einnahmen 1500,– DM (nach auf der Sitzung gemachten Angaben der Bundesgeschäftsstelle).

[33] Zum Beispiel das Interview mit der *Quick* vom 9.6.1963 („Ich mach' es wie Bob Kennedy") das u.a. die satirische Zeitschrift *Pardon* in ihrer Nr. 8 von August 1963 zu dem Glossarium „Ein Tag mit Erich Mende" veranlaßte.

nach Angaben Kühlmanns nach wie vor weit auseinander. Es zeigt sich, daß eine Koalition mit Erhard kaum leichter zustande zu bringen ist als mit seinem Vorgänger Adenauer.

Nachdem der Hauptausschuß sich entsprechend dem Bericht des Vorsitzenden zur außenpolitischen Lage für eine „Unterstützung der westlichen Entspannungsbemühungen durch die Bundesrepublik Deutschland" ausgesprochen hatte, fuhren die Delegierten mit der Gewißheit nach Hause, daß bis zum 15. Oktober wohl doch noch alles – wenn auch recht und schlecht – unter Dach und Fach sein wird.

Dienstag, den 8. Oktober 1963

Die Diskussion der künftigen Außenpolitik unter der Kanzlerschaft Erhard führte heute vormittag im Außenpolitischen Arbeitskreis zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten". Achenbach war wieder Wortführer der letzteren. Er überhäufte Schröder mit Spott und warnte ein ums andere Mal vor einem Satellitentum in Bezug auf die USA. Mende, der dem Deutschlandmemorandum des Außenministers zugestimmt hatte, ohne zuvor den Arbeitskreis zu informieren, wurde von Achenbach getadelt („Ich gebe Schröder eine Authorisation (sic!) zu diesem Plan nicht"). Als Mälzig ironisch fragte, ob Achenbach denn lieber ein Satellit von de Gaulle oder von Kennedy sei, rief Sonnenhol dazwischen: „Von de Gaulle!" Doch Achenbach ließ sich nicht aus dem Konzept bringen und prophezeite erneut (wider besseres Wissen?), wir würden in den „deutschen Dingen" die Unterstützung Frankreichs gewinnen können, wenn wir uns nur auf die Seite des Generals schlügen. In diesem Irrtum bestärkte ihn leider Sonnenhol, der behauptete, in Frankreich sei das Interesse an einer Wiedervereinigung Deutschlands größer als in den USA.

Mende und Dehler hielten dagegen. Mende, indem er Achenbach mit der Bemerkung provozierte, es seit gut, daß Schröder die amerikanische Linie vertrete – „dafür verdient er Anerkennung". Und Dehler, der sich über Achenbachs positive Bemerkungen zur außenpolitischen Linie des CSU-Barons von Guttenberg ärgerte, meinte: „Guttenberg vertritt die Politik des Kalten Krieges, wir müssen versuchen, mit Schröder Politik zu machen ... In der aktuellen Politik haben wir von de Gaulle nichts zu erwarten".

Ertl, der gegen Ende der Arbeitskreissitzung erschien, berichtete zur allgemeinen Überraschung, im Arbeitskreis V (Landwirtschaft) sei soeben beschlossen worden, daß die bäuerlichen Abgeordneten bei der Kanzlerwahl Erhard ihre Stimme nicht geben wollen – wegen der unklaren Agrarpolitik.

So verworren wie die Linie unseres Arbeitskreises ist auch nach wie vor die Ostpolitik der Unionsparteien. Am Wochenende haben Schröder und

Adenauer ihre unterschiedlichen Standpunkte in kaum verhüllter Form noch einmal öffentlich dargetan. Der Kanzler mit einer Philippika gegen die Entspannungspolitik und drastischen, abwertenden Bemerkungen zum Osthandel; Schröder mit der Ankündigung weiterer Vereinbarungen über den Austausch von Handelsvertretungen mit Rumänien, der CSSR und Bulgarien. Am positivsten war der FDP-Hauptausschuß, dessen von mir entworfene Erklärung mit der zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichten optimistischen Stellungnahme Rusks über neue Entspannungsmöglichkeiten harmoniert.

Mittwoch, den 9. Oktober 1963

Nach Ansicht Dimitrijews soll Dehler bei seinem Besuch in der Sowjetunion einen sehr positiven Eindruck gewonnen haben. Ich entgegnete, das gelte gewiß nicht für die Haltung Moskaus in der Deutschlandfrage, wo D. eher negativ beeindruckt gewesen sei. Dimitrijew wechselte das Thema: die Einladung der sowjetischen Regierung an den Deutschen Bundestag werde aufrechterhalten. Man hoffe, daß sie von den Deutschen doch noch wahrgenommen werde. Vielleicht, nach dem Kanzlerwechsel ...

In Bonn herrscht noch immer Verwirrung um einen angeblich geheimen Brief Adenauers an Chruschtschow. Niemand kann sagen, ob die Geschichte von dem Angebot eines zehnjährigen „Burgfriedens" mit der Sowjetunion wirklich stimmt[34]. Der Vorgang ist jedoch bezeichnend für den völligen Kuddelmuddel in der Adenauerschen Ost- und Deutschlandpolitik. Es wird höchste Zeit, daß dieser Herr in Pension geht.

Freitag, den 11. Oktober 1963

Vier Tage vor dem Rücktritt Adenauers ist die neue Koalition noch immer nicht perfekt. Lübke soll, wie Tönnies heute berichtete, bereits auf die zunehmende Zeitnot hingewiesen haben. Zumal der Präsident am 23. Oktober Bonn verlassen will und dann nicht mehr in der Lage wäre, die Bestallungsurkunden für die Minister auszufertigen. Grund für die Verzögerung ist die Tatsache, daß wir uns mit der CDU/CSU bisher über die personellen Fragen nicht einigen konnten. Offenbar war die Taktik unserer Verhandlungsdelegation, dieses Thema erst am Schluß anzuschneiden, doch nicht so sinnvoll, wie es zunächst schien.

[34] Am 6.6.1962 hatte Adenauer dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Smirnow, eine „Art Waffenstillstand" angeboten: zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sollte der status quo erhalten bleiben unter der Bedingung, daß die Menschen in der DDR freier leben könnten. 1963 führte Adenauers Skepsis gegenüber der Entspannungspolitik Kennedys zu Überlegungen über direkte deutsch-sowjetische Gespräche. Es kam zu einer Reihe von offiziellen und inoffiziellen Kontakten, ohne daß ein Brief, wie Schollwer ihn erwähnt, geschrieben wurde. Zu beiden Vorgängen s. H.-P. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967, a.a.O., S. 750f. und S. 843f.

Adenauer muß sich zum Schluß seiner politischen Karriere noch manch unfreundlichen Nachruf von Freund und Feind gefallen lassen. Bei seinem Abschiedsbesuch in Berlin tadelte Brandt des Alten Berlin-Abstinenz, Parteifreund Kiesinger kritisierte Adenauer in Stanford wegen dessen Verhalten in der Präsidentenfrage. Doch bestimmt werden sich die Lobredner auch noch rechtzeitig zu Wort melden.

Dienstag, den 15. Oktober 1963

Heute vormittag hat der Deutsche Bundestag Konrad Adenauer verabschiedet. Des Kanzlers Intimfeind Gerstenmaier war als Bundestagspräsident verpflichtet, die Laudatio zu halten. Er hat sich dieser Aufgabe – wie immer – mit Bravour entledigt, nicht ohne gelegentliche kritische Distanz zum Geehrten, würdig und ohne Schmeicheleien.

Die Fraktion trat am frühen Nachmittag zusammen, u.a. um den Zeitplan der Regierungsbildung zu erörtern. Nach wie vor herrscht über die Zusammensetzung des Erhard-Kabinetts Unklarheit. Die von Effertz überbrachte Nachricht, Barzel sei als Staatsminister im Bundeskanzleramt vorgesehen, kommentierte Kühlmann mit der Bemerkung, Erhard werde damit „auf Granit beißen". Wenn er das mache, bekäme er unsere Stimmen bei der Kanzlerwahl nicht. Mende assistierte: das wäre eine Ausweitung des Kabinetts, die nicht akzeptiert werden könne. Meinte Zoglmann sarkastisch: der neue Stil Erhards unterscheide sich von dem Adenauers offenbar dadurch, daß man jetzt wenigstens vorher wisse, wenn man überfahren werden solle.

Kanzlerwahl. Passierscheinverhandlungen

Donnerstag, den 17. Oktober 1963

Erhards Wahl zum Bundeskanzler ging gestern nicht ohne Pannen vonstatten. Offenbar haben nicht alle Koalitionsabgeordneten dem Nachfolger Adenauers ihre Stimme gegeben. Der Alte selbst soll dagegen für seinen ungeliebten Kronprinzen votiert haben. Tönnies mutmaßte heute im *General-Anzeiger*, bäuerliche Abgeordnete der Unionsparteien hätten sich der Stimme enthalten. Auch herrsche bei der CDU Verstimmung über den Wechsel im Gesamtdeutschen Ministerium. Daß Barzel Mende hatte weichen müssen, ist für viele Christdemokraten offenbar ein harter Brocken.

Erhard machte darum auch gestern einen recht nervösen Eindruck. Bei der Vereidigung vergaß er, seine Schwurhand zu heben und nach der Eidesleistung nahm er versehentlich wieder auf seiner Abgeordnetenbank statt auf dem Kanzlerstuhl Platz. Aber auch Mende wirkte heute reichlich verkrampft, als er nach seiner Vereidigung erstmals neben Erhard auf der Regierungsbank Platz nahm. Mende hat übrigens am Dienstag Genscher

um Sondierung bei mir gebeten: ob ich bereit sei, mit in das Gesamtdeutsche Ministerium zu gehen; er wolle keine Personalentscheidungen treffen, bevor er meine Antwort wisse. Ich versprach Genscher, mich bald zu äußern.

Zu den ersten, dringlichsten Personalentscheidungen Mendes gehört die Neubesetzung des Staatssekretär-Postens. Zoglmann hat gestern früh in einer Geheimsitzung der Fraktion die sofortige Entlassung Thediecks gefordert. Sein Vorstoß fand jedoch nur bei Mischnick Unterstützung. Kiep-Altenloh und Starke vertraten mit Kühlmann den Standpunkt, in der Führung des Ministeriums Zurückhaltung zu üben und keine schnelle Entscheidung in dieser Sache zu treffen. Mende, der in der Sitzung auch selbstkritische Worte fand[1], ließ die Entscheidung im Fall Thedieck offen: er hoffe, daß Th. sein Versprechen wahrmachen würde, nicht unter einem FDP-Minister zu arbeiten.

Samstag, den 19. Oktober 1963

Ausführlich berichtete heute Thomas Dehler vor der deutschen LWU-Gruppe über seine jüngste Rußlandreise. Sie sei zwar ein Alleingang gewesen, zugleich aber auch eine „Absage an die offizielle Politik, an den Glauben, wir könnten durch Passivität zur Einheit kommen, und eine ausschließlich westlich orientierte Politik führe zur Einheit". Was Dehler im übrigen Gromyko vorgetragen hat, waren die traditionellen Vorstellungen der FDP aus den fünfziger Jahren: Friedensvertragsentwurf von 1959, Einheit Deutschlands als Voraussetzung für den Frieden in Europa usw. Gromyko habe erwidert, die beiden deutschen Staaten müßten sich einigen – das werde die Sowjetunion anerkennen. Die Anerkennung der Zweistaatlichkeit durch Bonn sei notwendig; jeder andere Weg führe zum Krieg. In diesem Punkte sei die Haltung der Sowjetunion „hart wie Granit". Dehler über Gromyko: „Es war widerlich. G. ist ein widerlicher Geselle mit graugrünem Gesicht und schiefer Nase".

Das Gespräch mit Chruschtschow sei „im Ton viel humaner" gewesen, aber in der Sache auch sehr hart. Der sowjetische Regierungschef habe ihm gesagt, es gebe nur eine Alternative: Krieg oder Friedensvertrag. Adenauer wolle durch die NATO zur Wiedervereinigung kommen. Was habe er erreicht? Niemand wolle die Wiedervereinigung. Adenauer wolle die DDR nur schlucken. Dehler: Für Chruschtschow ist das Gesellschaftspolitische sehr bedeutsam. Man müsse auf die Sowjetpolitiker einwirken und sie überzeugen, daß wir keine Revanchisten und Militaristen seien. Kluthe, der sich als „zorniger junger Mann der goldenen Mitte" empfahl,

[1] Mende am 16. 10. vor der FDP-Bundestagsfraktion: „Es ist nicht einfach, zwei Jahre lang das Ziel von Spott und Beschimpfungen zu sein. Ich habe gewiß manchmal selbst Veranlassung dazu gegeben." (Aufzeichnung d. Verf. während der Fraktionssitzung).

wies auf die Gefahren westlicher Entspannungspolitik hin und meinte, er könne sich Adenauer sehr gut als Mitglied der FDP vorstellen.

Gestern machte ich die Bekanntschaft des einstmaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Otto John. J. besuchte Moersch, der mich zu dem Gespräch hinzuzog. John will Revision einlegen gegen das über ihn gefällte Urteil. Er trägt sich mit Plänen zur Reorganisation des Verfassungsschutzes (Analyse der radikalen Parteien) und beklagte, daß man seinerzeit den Altreichskanzler Brüning auf Anweisung Adenauers aus der Bundesrepublik „hinausgeekelt" habe. Unser ehemaliger oberster Verfassungsschützer, der vor neun Jahren auf immer noch ungeklärte Weise in die DDR „übersiedelte", machte auf mich menschlich keinen schlechten Eindruck. Manche seiner Äußerungen weckten indes Zweifel, ob dieser Mann politische Realitäten wahrzunehmen imstande ist.

Moersch teilte mir gestern mit, Genscher und Brodesser seien der Ansicht, ich solle als politischer Referent Mendes ins Ministerium gehen. Man wolle mich dort in der Pressestelle im Range eines Regierungsdirektors unterbringen. Das wäre nicht schlecht.

Dienstag, den 22. Oktober 1963

Zu Beginn der heutigen Fraktionssitzung legte Mende den Vorsitz nieder. Kühlmann wurde beauftragt, bis zu den Vorstandswahlen am 5. 11. die Geschäfte der Fraktion zu führen. Dann debattierte man ausführlich die jüngsten Koalitionsdifferenzen[2]. Dabei teilte Mende mit, Thedieck habe inzwischen ein Rücktrittsgesuch eingereicht, doch Lübke wollte zunächst den Staatssekretär nicht aus seinem Amt entlassen. Inzwischen habe sich der Bundespräsident jedoch anders besonnen und die Demission angenommen. Nach einem Hin und Her über die „Gefahren" des von der SPD beantragten Untersuchungsausschusses in Sachen Abhöraffäre des Verfassungsschutzes wandte man sich Erhards Regierungserklärung sowie der Haushaltssituation zu. Eine kleine Kommission soll sich Gedanken über eine Etat-Begrenzung machen.

Erhards Regierungsprogramm hat übrigens jenseits des Eisernen Vorhangs bisher ein eher zurückhaltendes, abwartendes Echo gefunden. Immerhin war bei den ersten Stellungnahmen aus der Sowjetunion ein fast versöhnlicher Ton zu hören – wohl als Antwort auf des Kanzlers Bereitschaft, sich um bessere Beziehungen zu Osteuropa zu bemühen. Ob damit aber auch jene Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom

[2] Mende, der die Fraktion sechs Jahre lang geführt hatte, machte am 22. 10. seinen Platz am Vorstandstisch für Kühlmann mit der Bemerkung frei, „ich bitte keine politischen Schlüsse daraus zu ziehen, daß ich zwei Plätze nach links gerückt bin". Bei den Koalitionsdifferenzen ging es u. a. auch um CDU-Attacken auf den FDP-Abgeordneten Dürr wegen dessen Verhalten im Immunitätsausschuß des Bundestages in Sachsen des SPD-Abgeordneten Jahn, der beschuldigt worden war, dem *Spiegel* ein Protokoll des Bundestags-Verteidigungsausschusses zugespielt zu haben.

11. Oktober überholt ist, in der der bekannte sowjetische Standpunkt in der Deutschland- und Berlin-Frage noch einmal mit Härte bekräftigt wurde, ist zu bezweifeln.[3]

Mittwoch, den 30. Oktober 1963

Die Thedieck-Lobby in der Union gibt keine Ruhe. Die *Politisch-Soziale Korrespondenz* hat in ihrer letzten Ausgabe wieder eine Attacke gegen Mende geritten, die freilich noch bedenklicher ist als die vorausgegangenen. Das dort behauptete Junktim zwischen einem Staatssekretär Thedieck und einer „realen, nüchternen" Deutschlandpolitik ist nicht nur absurd, wenn man an die Deutschlandpolitik Adenauers denkt, sondern auch staatspolitisch äußerst bedenklich. Denn bisher wurde gottlob in unserem Staate die Politik nicht von Staatssekretären, sondern von Ministern gemacht. Ich habe heute in der fdk dieses neueste Elaborat mit der gebührenden Schärfe zurückgewiesen.

Dienstag, den 5. November 1963

Die Mende-Ära der Fraktion ging heute endgültig zuende. Mit 49 von 57 Stimmen wählten die Abgeordneten am Nachmittag Herrn von Kühlmann zu ihrem neuen Vorsitzenden. Der bekannte nach seiner Wahl freimütig, er wisse, daß seine Art „von weniger Wohlwollenden als arrogant, von Wohlwollenden als kommissig" bezeichnet werde. Ich bin gespannt, wie er seine neue Aufgabe bewältigen wird[4].

Mischnick wurde einer von Kühlmanns Stellvertretern, er bekam die meisten Stimmen – Dank für den Verzicht auf einen Ministerposten zugunsten Mendes.

Samstag, den 9. November 1963

Zwei Tage mit Walper und Bursig in Brüssel bei den Gemeinschaften, mein erster Besuch in der „Hauptstadt der EWG". Wir fanden sehr aufgeschlossene Gesprächspartner, die sich erfreut über unser Interesse an Arbeit und Vorstellungen der Brüsseler Behörden zeigten (sie sind in dieser Beziehung offenbar nicht verwöhnt). Hauptthema unserer Gespräche: die Vorarbeiten zur Fusion der Ministerräte und Exekutivorgane der Gemeinschaften. Krekeler, den wir gestern vormittag sprachen, forderte eine Ratifizierung der Fusion durch die nationalen Parlamente und setzte sich für eine Vierzehner-Lösung in der kommenden gemeinsamen Exekutive ein.

[3] Am 1. 10. 1963 hatte das sowjetische Außenministerium in einer Erklärung zur Adenauers „Burgfrieden" – Angebot vom 6. 6. 1962 Stellung genommen und dabei den unveränderten Standpunkt Moskaus in der Deutschland- und Berlin-Politik bekräftigt.

[4] Zu weiteren, gleichberechtigten Stellvertretern Kühlmanns wurden gewählt: Siegfried Zoglmann (47 Stimmen) und Fritz Rudolf Schultz (45 Stimmen). Mischnick erhielt 50 der abgegebenen Stimmen.

Auch meinte K., daß die Kompetenzen des europäischen Parlamentes schon in naher Zukunft in zweifacher Weise erweitert werden könnten: durch die Gewährung der Gesetzesinitiative und des Budgetrechts.

Am Donnerstag beim Liberalen Kreis im Restaurant Ravenstein[5]. Dieser Kreis ist der bisher einzige politische Zusammenschluß der bei den Gemeinschaften tätigen Deutschen. Neben europäischen Fragen wird hier in besonderem Maße das deutsche Problem diskutiert. Dabei sind zum Teil recht unkonventionelle Auffassungen zu hören; sie liegen etwa auf der Linie der von mir seit 1962 geforderten neuen Deutschlandpolitik. Bei der Europa-Politik scheint die Ansicht zu überwiegen, daß es zunächst notwendig sei, die Gemeinschaft der Sechs in Ordnung zu bringen, ehe man an eine Erweiterung der EWG herangeht. Es war jedenfalls ein lohnender Abend.

Dienstag, den 12. November 1963

Friderichs teilte mir heute Einzelheiten der beabsichtigten Neuorganisation der Parteileitung mit; die Entscheidung darüber soll noch diese Woche fallen. Über die personellen Konsequenzen schwieg er sich jedoch aus. Gestern abend, beim Abschiedsempfang für Luchsinger im Amerikanischen Club, ein langes Gespräch mit Marian Podkowinski. P. prophezeite eine wesentliche Änderung der DDR-Politik in absehbarer Zeit („auch drüben gibt es anständige Kerle", die nicht könnten wie sie wollten); er lobte die FDP und ihre Ostpolitik und versicherte, Adenauer und Mende hätten ihm „unter vier Augen" gesagt, sie hielten die Oder/Neiße-Grenze für endgültig.

Donnerstag, den 14. November 1963

Beglückt äußerte sich Mende heute nachmittag vor dem Bundesvorstand über seine Zusammenarbeit mit Erhard: der Kanzler halte sich an sämtliche Zusagen (welche?), übermittele seinem Vize alle AA-Telegramme und so fort. Allerdings: während die FDP Erhards Regierungserklärung positiv beurteile, sei das Urteil der CDU in dieser Sache nicht so einhellig. Dort seien Tendenzen zur schwarz-roten Koalition unverkennbar. Für uns stelle sich folgendes Problem: Da Erhard die „Wahllokomotive" dieser Koalition sei, werde möglicherweise mancher unserer Wähler von 1961 im Jahre 1965 die CDU wählen; Mende rechnet mit einem „temporären Umschichtungsprozeß" in der Wählerschaft. Dennoch dürfe die FDP jetzt nicht genau so agieren wie seinerzeit unter Adenauer. Sonst werde man sagen: „Diese Kerle sind nicht koalitionsfähig".

[5] Der „Liberale Kreis Brüssel" war Anfang 1963 auf Initiative von Benno Risch gegründet worden, er führte damals regelmäßige Zusammenkünfte im engeren Kreis (6 Personen, nur FDP-Mitglieder) und im erweiterten Kreis (25 Personen) durch.

In der SPD gibt es nach Mende zwei Richtungen: die Brandt-Richtung sei bereit, mit der FDP zu koalieren, während Wehner und seine Leute eine Koalition mit der CDU vorzögen.

Zuvor war eine Wahlkampfkommission für '65 gebildet worden[6]. Mischnick hatte sich bereit erklärt, deren Geschäftsführung zu übernehmen. Die Aufnahme eines LSD-Vertreters in die Kommission scheiterte am Veto Mendes. Der ereiferte sich minutenlang über das „parteischädigende Verhalten" der liberalen Studenten, vor allem Klaus Horns – die DDR-Kontakte waren der Stein des Anstoßes[7].

Gestern hat der sowjetische UNO-Botschafter Nowikow vor den Vereinten Nationen eine Rede gegen die Bundesrepublik gehalten, die alles an Beschimpfungen und Verleumdungen übertrifft, was wir seit Stalins Zeiten von den Sowjets haben hinnehmen müssen[8]. Das steht in einem eigenartigen Kontrast zu der heutigen Behauptung Mendes, Chruschtschow sei von Dehlers Argumenten sehr beeindruckt gewesen, und diese hätten auch die Gespräche zwischen Gromyko und Ulbricht beeinflußt.

Freitag, den 22. November 1963

Heute abend waren wir beim Ehepaar Marx zu Gast, als um 20.30 Uhr die Nachbarin erregt an der Wohnungstür klingelte: Kennedy sei den schweren Verletzungen erlegen, die er bei einem Attentat in Dallas (Texas) erlitten habe. – Welch eine Tragödie nicht nur für die Amerikaner! Man hat das Gefühl, als sei die freie Welt plötzlich ohne Führung, als sei die Menschheit in eine gefährliche Krise geraten. Niemand vermag sich im Augenblick die Konsequenzen dieses Unglücks auszumalen.

Ich telefonierte sogleich mit Mende, der Erhard vertritt und schon eine Erklärung abgesetzt hatte. Dann fuhren wir mit dem Ehepaar Marx in unsere Wohnung, um dort am Fernsehschirm die Nachrichten und Berichte über den Tod Kennedys zu verfolgen.

Sonntag, den 24. November 1963

Heute mittag in Werner Höfers Frühschoppen erklärte CBS-Korrespondent Daniel Schorr sichtlich bewegt, er habe zwar schon immer gewußt, daß die Amerikaner in der Bundesrepublik geschätzt würden; nun aber wisse er, daß man sie auch „liebe". Mir scheint das ein Mißverständnis zu

[6] Zu Mitgliedern der Wahlkampfkommission wurden bestimmt: Mende, von Kühlmann, Effertz, Emde, Engelhardt, Friderichs, Genscher, Haussmann, Lenz, Leverenz, Mischnick, Rubin, Starke, Weyer, sowie ein Vertreter der DJD (mit beratender Stimme). Außerdem: Abteilungsleiter und Referenten der Bundesgeschäftsstelle.

[7] Klaus Horn hatte – seitdem er bereits im Januar 1961 den Präsidenten der DDR-Volkskammer, Johannes Dieckmann, zu einer Veranstaltung nach Marburg eingeladen hatte – immer wieder Gespräche mit führenden LDPD-Funktionären geführt.

[8] Vgl. ADG 1963, S. 10907.

sein: die außerordentliche Anteilnahme an dem tragischen Tod Kennedys hat doch wohl eher mit der allgemeinen Bewunderung und Verehrung für den verstorbenen Präsidenten als mit einer allgemeinen Liebe für die Amerikaner zu tun. Deren Verhalten ist für uns oft unverständlich, wenn nicht schockierend. Denn was z. B. heute abend aus Dallas bekannt wurde, zeugt von einer unvorstellbaren Atmosphäre der Gewalttätigkeit, die dieses Land zu beherrschen scheint: der vermeintliche Kennedy-Attentäter, Lee Harvey Oswald, wurde am Nachmittag im Polizeipräsidium von Dallas von dem Besitzer eines Striptease-Lokals niedergeschossen und getötet.

Montag, den 25. November 1963

Mende meinte heute morgen im „Team", der 22. 11. habe die völlige Unzulänglichkeit der Nachrichtenübermittlung innerhalb der Bundesregierung bei Abwesenheit des Regierungschefs unter Beweis gestellt. Erhards Sonderzug, der an diesem Tage von Paris nach Bonn fuhr, besaß kein Telefon. Der Zug mußte auf jeder Station halten, damit dort über Fernschreiben oder Fernsprecher die letzten Informatinen eingeholt werden konnten. Das Kabinett habe inzwischen einen Sonderausschuß gebildet, der entsprechende Vorschläge ausarbeiten soll.

Verärgert zeigte sich unser Vorsitzender über Brandt, der ohne Abstimmung mit der Bundesregierung zur Kennedy-Trauerfeier nach Washington gefahren sei. Empörung herrsche deshalb bei Gerstenmaier und Lübke. Mit seinem Verhalten unterstreiche Brandt die Dreistaaten-Theorie Chruschtschows.

Schließlich unterrichtete uns M. darüber, daß gegenwärtig Verhandlungen über eine Erhöhung des Swing im Interzonenhandel um 400 Mio im Gange sei. Für diesen Betrag sollen Nahrungs- und Genußmittel in die SBZ geliefert werden; als Gegenleistung wolle man von Ostberlin Erleichterungen für die mitteldeutsche Bevölkerung einhandeln.

Donnerstag, den 28. November 1963

Bei einem Essen mit Novotny vom Prager Rundfunk und dessen Kollegen L. äußerten sich beide Herren auffallend optimistisch über die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Prag und Bonn. Sie bewerteten Dehlers Reise in die CSSR besonders positiv und meinten, das deutsche Volk werde D. eines Tages noch dafür danken, daß er mit seinen Reisen nach Moskau und Prag Osteuropa wiederentdeckt habe[9]. L.: Die gegenwärtige Entwicklung ist ein „breiter Strom", der auf weite Sicht seine Wirkungen zeitigen werde. Diese Ostpolitik werde auch auf innerdeutschem Gebiet zu einer Entspannung beitragen.

[9] Dehler hielt sich vom 15. bis 19. 11. 1963 auf Einladung des Vors. der Nationalversammlung der CSSR in der Tschechoslowakei zu politischen Gesprächen auf. Er wurde am 18. 11. auch von Präsident Novotny empfangen.

Novotny wies jedoch die von westdeutschen Politikern vertretene Ansicht, erst müsse die DDR bestimmte Bedingungen erfüllen, bevor eine Besserung der innerdeutschen Beziehungen möglich sei, als unrealistisch zurück. L. fügte allerdings hinzu, Washington und Moskau sollten ihren Einfluß geltend machen, um die Verständigungsbereitschaft beider Seiten zu stärken. In dieser Hinsicht sei vor dem Tode Kennedys schon einiges im Gange gewesen. Eine Synchronisierung von innerdeutschen Gesprächen mit Erleichterungen für die Zonenbevölkerung sei diskutabel. Damit hat mein fdk-Artikel vom Dienstag indirekt eine interessante, keineswegs gänzlich ablehnende Kommentierung von östlicher Seite erfahren.[10].

Die für den 14. Dezember geplante außenpolitische Debatte des Bundestages wurde heute abgesagt. Man will in Bonn erst die Folgen des Präsidentenwechsels in den USA übersehen können. Johnson hat gestern vor dem Kongreß eine beachtliche Rede gehalten, die freilich noch einige Fragen offenläßt; insbesondere herrscht über die künftige amerikanische Europa-Politik keine Klarheit.

Montag, den 2. Dezember 1963

Wir mir Dimitrijew heute berichtete, hat Achenbach kürzlich dem sowjetischen Diplomaten die Veröffentlichung eines Artikels angekündigt, in dem die Wiedervereinigungsplanungen der Freien Demokraten dargelegt werden sollen. Bisher aber sei der Beitrag noch nicht erschienen. Hoffentlich bleibt es dabei.

Pessimistisch äußerte sich D. zu den für Anfang kommenden Jahres vorgesehenen deutsch-sowjetischen Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen. Er wies dabei auf angebliche Äußerungen Erhards hin, wonach Bonn an einer Ausweitung seiner Handelsbeziehungen mit Moskau nicht interessiert und auch nicht bereit sei, langfristige Kredite zu geben. Hier handelt es sich offenbar um eine freie Interpretation der Absicht der Bundesregierung, sich an NATO-Empfehlungen zu halten, wonach osteuropäische Staaten keine über fünf Jahre hinaus laufenden Kredite gewährt werden sollen.

[10] W. Schollwer: „Der Sinn innerdeutscher Beziehungen – Zum Interview des *Stern* mit Herrn Ulbricht" – in fdk 14/92 vom 26. 11. 1963. – Dazu schrieb Wolfgang Wagner im *Tagesspiegel* am 27. 11.: „In der Umgebung des neuen gesamtdeutschen Ministers Mende (FDP) ist am Donnerstag angedeutet worden, daß ‚innerdeutsche Verhandlungen' mit den Machthabern in Ost-Berlin nicht unter allen Umständen abzulehnen seien. Die Andeutung befindet sich in einer Stellungnahme der ‚Freien Demokratischen Korrespondenz', eines offiziellen Organs der FDP, zu dem jüngsten Interview Ulbrichts mit der Illustrierten ‚Stern'. Die Vorschläge Ulbrichts über eine Konföderation zwischen der Bundesrepublik und der ‚DDR', über paritätisch zusammengesetzte gemeinsame Kommissionen und über ‚innerdeutsche Verhandlungen' seien ‚für sich genommen durchaus nicht völlig abwegig', heißt es in einem Artikel, den der FDP-Pressechef Schollwer verfaßt hat."

Sodann beklagte Dimitrijew die nach wie vor schlechten Beziehungen zwischen unseren Staaten. Bonn sei offenbar nicht nur an guten Handelsbeziehungen, sondern auch an einem Kulturabkommen desinteressiert. Wirtschafts- und Kulturbeziehungen seien aber Voraussetzungen für bessere politische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Wann könne man endlich mit einer Liquidierung der sogenannten Hallstein-Doktrin rechnen? Ich wies auf bereits stattgefundene Modifizierungen hin, doch davon schien D. nicht beeindruckt zu sein[11].

Das erste Gespräch zwischen Johnson und Mikojan in Washington ist nach Angaben des sowjetischen Diplomaten positiv verlaufen. D.: alles komme jetzt darauf an, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern. Die Anteilnahme des russischen Volkes am Tod Kennedys sei groß. Auch Beamte der sowjetischen Botschaft hätten es zunächst nicht fassen können, daß Kennedy ermordet worden sei.

Heute morgen im „Team" meinte Mende zu mir, wenn sein Ministerium nicht so schlechte Gehälter zahlen würde, hätte er mir das Pressereferat „auf einem silbernen Tablett" angeboten. Ich frage mich, ob das der einzige Grund war, warum er dieses Angebot nicht machte. Moersch schlug die Bildung eines journalistischen Beirats für Mende vor, der sich aus prominenten Journalisten zusammensetzen solle, die sich vorwiegend mit Ost- und Wiedervereinigungsfragen beschäftigten. Eine gute Idee.

Mittwoch, den 4. Dezember 1963

Das Zonenregime hat das am vergangenen Wochenende von Mende erneuerte Kreditabkommen kühl zurückgewiesen[12]. Die Leute drüben müssen sich doch sehr unsicher fühlen, zumal M. dieses Angebot vernünftigerweise mit keinerlei politischen Verpflichtungen für die Zonenregierung verknüpfte. Lediglich die Erwartung war ausgesprochen, daß sich die andere Seite zu gewissen menschlichen Erleichterungen bereiterklärt. Wie lange wird man in Ostberlin diesen Kurs noch durchhalten können?

[11] Außenminister Schröder hatte am 4. 11. 1963 in einem Interview mit dem NDR erklärt, die osteuropäischen Staaten, die bereits diplomatische Beziehungen zur DDR unterhielten, seien ursprünglich nicht unter die Hallstein-Doktrin gefallen, so daß „wir im Verhältnis zu unseren osteuropäischen Nachbarn so weit gehen können, wie wir das bereits angefangen haben" (also Handelsmissionen – d. Verf.). Zugleich aber hatte Schröder auch den Willen der Bundesregierung bekräftigt, die DDR „nicht weiter aufzuwerten, sie nicht weiter in Erscheinung treten zu lassen." (Dokumentation zur Deutschland-Frage, hrsg. v. H. Siegler, Hauptband III, Bonn, Wien, Zürich 1965, S. 289).

[12] Auf der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin wiederholt Mende am 30. 11. ein Kreditangebot an die DDR" zur Ausweitung des Interzonenhandels für Investitions- und Konsumgüter". Die Bundesrepublik erwarte jedoch von den DDR-Behörden ein Zeichen des guten Willens, wie z. B. Erleichterungen für politische Häftlinge in der DDR, die Möglichkeit für Westberliner zu Besuchen in Ostberlin und eine Verbesserung der Bedingungen für die Ausreise aus der DDR.

Sonntag, den 8. Dezember 1963

Am Wochenende in Plön und Nidda, Vorträge auf Seminaren der Liberalen Studenten und Jungdemokraten. Letztere hatten offenbar am Abend zuvor sehr lange gefeiert; denn mit anderthalbstündiger Verspätung tauchten heute vormittag sieben völlig verkaterte Judos im Hanauer Hof auf, um sich von mir über „Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Ostpolitik" informieren zu lassen. Erfreulicher war's beim LSD in Plön: aufmerksame Zuhörer und eine lebhafte Diskussion. Beim Abendessen berichtet mir Klaus Horn über seine Marburger Gespräche mit den LDP-Funktionären Wünsche, Lindner und Linde. Es soll sehr offen gesprochen worden sein, auch auf der LDP-Seite. Aber westdeutsche Polizisten hätten die Funktionäre auf Schritt und Tritt verfolgt. H. beklagte sich darüber, daß es bisher alle von ihm angesprochenen FDP-Abgeordneten abgelehnt hätten, vor dem Marburger LSD zu sprechen. Hier hat wohl Mendes Bannfluch seine Wirkung getan.

Montag, den 9. Dezember 1963

Am Morgen berichtete Mende im „Team" über den bisherigen Verlauf der Passierschein-Affäre[13]. Nach seiner Auffassung sollte der Senat im Auftrage Bonns verhandeln oder im Einvernehmen mit Bonn, zumindest jedoch, nachdem er sich mit der Bundesregierung ins Benehmen gesetzt habe. Die Passierscheinstellen müßten an der Mauer oder auf den S-Bahnhöfen errichtet werden. Genscher sprach sich für Auftragsverhandlungen des Senats aus. Passierscheinstellen seien in Westberlin nur akzeptabel, wenn Westberliner Beamte hinzugezogen würden und solche Stellen auch in Ostberlin mit Beamten aus Westberlin eingerichtet werden könnten.

Donnerstag, den 12. Dezember 1963

Heute abend gegen 22 Uhr ist Theodor Heuss im Alter von 78 Jahren gestorben; in seinem Stuttgarter Heim erlag er einem Kreislaufkollaps. Nach der Beinamputation im August mußte, wie bekannt wurde, nun auch noch das rechte Bein abgenommen werden. Der Tod hat dem alten Herrn ein langes, qualvolles Siechtum erspart. – Dehler sprach mit bewegter Stimme

[13] Am 5. 12. hatte der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Alexander Abusch, in einem Brief an Bürgermeister Brandt die Bereitschaft der DDR-Regierung mitgeteilt, für die Zeit vom 15. 12. 1963 – 5. 1. 1964 in Westberlin Ausgabestellen einzurichten, „bei denen Westberliner Bürger Passierscheine für Besuche in der Hauptstadt der DDR erhalten könnten." Nach dem sich anschließenden Briefwechsel zwischen Brandt und Abusch begannen am 12. 12. insgesamt 7 Gespräche zwischen dem DDR-Staatssekretär Erich Wendt und dem Westberliner Senatsrat Horst Korber über die Einrichtung solcher Passierscheinstellen. Am 17. 12. kam es zur 1. Passierscheinvereinbarung mit der Unterzeichnung eines „Berliner Protokolls". Die von Genscher geforderten Voraussetzungen und Ergebnisse dieser Gespräche wurden nicht realisiert.

im Rundfunk einen Nachruf; er gedachte eines Mannes, den er zu dessen Lebzeiten wegen seiner politischen Haltung wenig schätzte (die Abneigung beruhte übrigens auf Gegenseitigkeit).

Am Nachmittag, auf einer Sitzung der politischen Abteilung der Bundesgeschäftsstelle, referierte Eggers über die Wirtschaftspolitik der SPD: sie habe sich mittlerweile auf den Boden der sozialen Marktwirtschaft gestellt. Das mache neue Wahlkampfmethoden der FDP notwendig. Dem stimmten die versammelten Referenten zu.

Samstag, den 14. Dezember 1963

Zwei Tage nach Heuss starb heute mittag der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer. Er wurde nur 63 Jahre alt. Ein weiterer prominenter Bonner Politiker liegt todkrank in einer Klinik: der an Krebs leidende Heinrich von Brentano. O. war ein ehrlicher, biederer Politiker; seinen Reden fehlte alles Mitreißende, doch spürte man in seinen Worten die Gesinnung des aufrechten Demokraten.

Mittwoch, den 18. Dezember 1963

Mein gestriger fdk-Artikel zur Unterzeichnung des Passierscheinabkomens hat die CDU offenbar mächtig erzürnt[14]. Wie Zoglmann am Vormit-

[14] W. Schollwer: „Zur Unterzeichnung des Passierscheinabkommens" – in fdk 14/101 vom 17. 12. 1963. Dazu die *Frankfurter Rundschau* am 20. 12. 1963 in ihrem Aufmacher („Barzel attackiert Berliner Senat"): „Wie erst am Donnerstag bekannt wurde, ist es in der Kabinettssitzung am Mittwoch zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen, als die Entscheidung zugunsten der Passierscheinvereinbarung erläutert wurde. Obwohl Erhard ausdrücklich bestätigte, daß die Bundesregierung zu jedem Zeitpunkt über die Schritte des Berliner Senats informiert worden ist und alle Maßnahmen im vollen Einvernehmen mit der Bundesregierung erfolgt sind, griff der frühere Gesamtdeutsche Minister Rainer Barzel (CDU) in seiner Eigenschaft als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU den Berliner Senat scharf an ... Besonderes Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang, daß nach den Ausführungen Barzels bereits im Februar dieses Jahres ein ähnliches Angebot von Ost-Berliner Seite gemacht worden ist, das die Bundesregierung seinerzeit übergangen hat, obwohl es dem Inhalt nach zu demselben Ergebnis geführt haben würde wie die jetzige Absprache ... Es ... sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß bestimmte Gruppen in der CDU/CSU die Weihnachtsvereinbarungen von Berlin zum Anlaß für eine Kampagne gegen die FDP und den Gesamtdeutschen Minister, Erich Mende, benutzen werden. In den Reihen der Kritiker wurde vor allem eine Formulierung des parteioffiziellen Pressedienstes der FDP beanstandet, in dem es heißt: „Zum anderen zeigte sich bei den Verhandlungen in den letzten Wochen erneut, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland endlich eine Regierungmannschaft zusammengefunden hat, die imstande ist, sich einer langsam verändernden weltpolitischen Situation anzupassen und über allgemeine gesamtdeutsche Deklamationen hinaus praktische Politik für das ganze deutsche Volk zu machen. Es sieht jetzt so aus, als ob die Vertreter einer konsequentharten Politik den koalitionsinternen Burgfrieden nach Ablauf der Weihnachtszäsur in Berlin abbrechen wollen."

tag Emde, Genscher und mir berichtete, hat Barzel kurz zuvor im Kabinett den Kommentar scharf kritisiert: die Tätigkeit früherer gesamtdeutscher Minister sei darin abgewertet worden. Genscher diktierte sogleich einen Brief an Erhard mit Durchschlag an Barzel, in dem diese Vorwürfe zurückgewiesen und mein Artikel ausdrücklich gutgeheißen wird. Auch ihn hatte der von Zoglmann referierte Ausspruch Barzels in Rage gebracht, die Berliner nähmen die Sicherheit von den Amerikanern, das Geld von Bonn und die Passierscheine von Ulbricht (!). Ein typisches Beispiel übrigens für die traditionell feindselige Haltung der Union gegenüber Berlin und seinen Bewohnern! Das wiederum stärkt die Zusammenarbeit zwischen FDP und SPD in der Berlin-Politik. Mende hat das kaum verhüllt in seinem heutigen, auffallend herzlichen Telegramm an Brandt zum Ausdruck gebracht.

Freitag, den 20. Dezember 1963

Ungeachtet des anhaltenden Unmuts einiger Christdemokraten über das Passierscheinabkommen hat der FDP-Bundesvorstand heute noch einmal ausdrücklich die Vereinbarung begrüßt und ihre politische Bedeutung hervorgehoben. Weitere Passagen meines Kommuniqué-Entwurfs, in denen die nächsten Schritte in der Deutschlandpolitik anvisiert worden waren, hat Mende mit Rücksicht auf den verärgerten Koalitionspartner gestrichen[15].

Zur Zeit ist die Zonenpresse bemüht, sich das Verdienst für das Passierscheinabkommen an den eigenen Hut zu stecken. Das war zu erwarten. Die SED kämpft in Fragen des innerdeutschen Personenverkehrs mit dem Rücken an der Wand. Nachdem Ostberlin nicht ohne Nachhilfe aus Moskau sich zu der Vereinbarung bereitfand, muß nun die gelenkte Presse Sprüche klopfen, um die wahren Hintergründe der Konzessionsbereitschaft des Regimes zu verschleiern.

Montag, den 30. Dezember 1963

Heute abend war Botschaftsrat Georgijewicz unser Gast. Angeregte Gespräche über den neuen amerikanischen Präsidenten, das Passierscheinabkommen und die Ost-West-Beziehungen. G. meinte, Jugoslawien halte eine Wiedervereinigung Deutschlands für notwendig, sehe aber gegenwärtig dafür keine Möglichkeiten. Wenn es einmal eine solche Vereinigung

[15] Im Entwurf d. Verf., datiert vom 19. 12. 1963, war noch folgende Passage enthalten: „Der FDP-Bundesvorstand bittet den Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Dr. Erich Mende, die Möglichkeit weiterer Vereinbarungen zu prüfen und sich für ihre Realisierung im Rahmen der Politik der Bundesregierung einzusetzen. Er vertritt die Auffassung, daß die Schaffung technischer gesamtdeutscher Kommissionen unter dem Dach der Vier Mächte ein Weg sein könnte, solche Vereinbarungen herbeizuführen." (Text in Schollwers Handakten, ADL 6954/41).

gebe, müsse Deutschland neutral sein. G. beklagte erneut die Haltung der Bundesregierung gegenüber jugoslawischen Emigrantenorganisationen, die Verschiebung des Prozesses gegen die Mehlemer Attentäter und die Einleitung eines Verfahrens gegen den Außenminister Popovicz. Zu der Politik seines Landes meinte er, daß es in Belgrad zur Außenpolitik klare Vorstellungen gäbe, hingegen bereite die Wirtschaftspolitik noch Schwierigkeiten, besonders in der Frage der Besitzverhältnisse.

Das erste Passierscheinabkommen ist schon jetzt ein voller Erfolg. Hunderttausende Berliner aus beiden Teilen der Stadt trafen nach vielen Jahren der Trenung während der Feiertage zum ersten Male wieder zusammen[16]. Das Fernsehen vermittelte zu Herzen gehende Bilder vom gesamtdeutschen Wiedersehen unter dem Tannenbaum. Dennoch gibt es auf beiden Seiten der Mauer nicht wenige, die dieser Form der zeitweiligen „Wiedervereinigunge" mit großen Vorbehalten gegenüberstehen. Weitere Auseinandersetzungen über eine zeitgemäße Ost- und Deutschlandpolitik sind daher mit jenen Kräften unvermeidlich, die in den Schützengräben des Kalten Krieges hocken bleiben wollen: mit Leuten in unserem Lande, die sich mehr für die Bindestriche, Klammern und Ausführungszeichen des Passierscheinabkommens als für den Zugewinn an Menschlichkeit interessieren, der damit erzielt werden konnte.

[16] Lt. ADN wurden im Rahmen dieser Passierscheinaktion 698 124 Passierscheine ausgegeben, mit denen in der Zeit vom 19. 12. 1963 bis 5. 1. 1964 insgesamt 1 242 810 Westberliner ihre Verwandten in Ostberlin besuchen konnten (ADG, S. 10990).

Tagebuch 1964

Erste Wahlvorbereitungen. Interne Streitereien

Montag, den 6. Januar 1964

Mende bat heute morgen im „Team", bei der Kommentierung des Passierscheinabkommens nicht über das bisher Gesagte hinauszugehen, um nicht CDU *und* SPD (!) gegen die Berlin-Politik der FDP und des Berliner Senats aufzubringen. Im übrigen äußerte sich der Vorsitzende positiv über meine bisherigen Artikel zur Berlin- und Deutschlandpolitik. Das freut mich, denn der letzte (vom Freitag) fand ein relativ breites Presse-Echo, wobei die *Welt* einen gewissen Gegensatz zwischen der Haltung der Bundesregierung und diesem Kommentar herausarbeitete. Bundeskanzler Erhard und die meisten seiner Kabinettskollegen wollen offenbar die für Weihnachten getroffene Passierscheinvereinbarung nur als Ausnahme gelten lassen, d. h. auch, Gespräche mit Ostberlin nur noch über die Treuhandstelle für den Interzonenhandel führen. Auch Dellinghausen, der mich heute schon zum zweiten Male wegen des Artikels vom 27. Dezember anrief, zeigte sich über meine positivere Einstellung zum Abkommen ausgesprochen verärgert: Ob ich mir das auch genauestens überlegt hätte – „haben Sie noch keine kalten Füße bekommen?" Warum wohl? D. bat mich um einen Besuch im Ministerium, damit wir über diesen Kommentar sprechen könnten. Wie leicht diese Vertreter eines „harten Kurses" doch zu erschüttern sind ...

Dienstag, den 7. Januar 1964

Staatssekretär Carstens berichtete heute nachmittag vor der Fraktion über den Fall Argoud[1]. Die französische Regierung habe sich zunächst kooperativ gezeigt, doch im Verlaufe von sechs bis sieben Gesprächen mit dem AA wurden unsere Freunde im Westen immer zurückhaltender. Nachdem der französische Botschafter im Dezember ein Rechtshilfeersuchen der Bundesregierung zurückgewiesen hatte, forderte Bonn die Rückstellung Argouds; eine entsprechende Erklärung wurde dem Botschafter am

[1] Der ehemalige Panzeroberst der französischen Armee, Antoine Charles Argoud, Führer der CAS und Mitglied des Nationalen Widerstandsrates, wurde am 25. 2. 1963 in München von französischen Geheimpolizisten gekidnappt und nach Paris verschleppt. A. war einer der Organisatoren des Aprilputsches 1961 und seinerzeit seines Ranges als Oberst verlustig erklärt sowie in absentia zum Tode verurteilt worden. Die durch das Kidnapping erfolgte Verletzung der Souveränität der Bundesrepublik war Anlaß für mehrere deutsche Demarchen bei der französischen Regierung (ADG, S. 10435f.).

12. Dezember von C. übergeben. Paris behauptet jetzt, eine Note nicht erhalten zu haben (es war nur ein aide memoire). Darum übermittelte die Bundesregierung den Franzosen am 30. Dezember eine förmliche Note, die Paris mit einer Gegennote beantwortete. Darin wird Bonn vorgeworfen, Argoud Asylrecht gewährt zu haben. Heute hat die Bundesregierung nun ihre Antwortnote auf den Weg gebracht und darin vorgeschlagen, ein Schiedsgericht anzurufen und Konsultationen nach Maßgabe des Elysee-Vertrages durchzuführen.

Krone hat – einem Bericht im heutigen *Tagesspiegel* zufolge – in seiner PSK gegen meinen Artikel vom 3. Januar nicht gerade überzeugend Stellung genommen. Wagner fügte hinzu, daß den von mir geäußerten Ansichten über die Vorteile, die Ulbricht aus der Übernahme seiner Argumente durch unsere Kalten Krieger ziehe, in Bonner Regierungskreisen scharf widersprochen werde. Ich habe auch nichts anderes erwartet.

Mittwoch, den 8. Januar 1964

Am späten Nachmittag gab Erhard vor der FDP-Fraktion einen recht dürftigen Bericht seiner Reisen nach Paris und in die USA. Er schwärmte von der freundlichen Behandlung, die Johnson ihm angedeihen ließ, und auch de Gaulle scheint unseren treuherzigen Kanzler eingewickelt zu haben[2]. Brillant dagegen, was und vor allem *wie* Schröder im Anschluß daran vorzutragen wußte. Der Außenminister glänzte durch subtile Kenntnisse ebenso wie durch seine Geschicklichkeit, auch heikelste Fragen (deutsch-französisches Verhältnis, EWG-Krise, Passierscheinproblematik) zu erörtern, ohne deren Schwierigkeiten allzusehr zu bagatellisieren. Schröders ostpolitische Doktrin: Erst Ausbau der Kontakte und Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, bevor man auf dem innerdeutschen Gebiet aktiv wird[3]. Moersch bat Schröder am Schluß der Sitzung, ihm und mir gelegentlich für eine halbe Stunde zu einer Aussprache (über diese Ostdoktrin) zur Verfügung zu stehen. Der Außenminister ließ sich seine

[2] Nach den Notizen Schollwers erklärte Erhard, in Paris habe es zum ersten Male ein Gespräch gegeben „ohne emotionale und sentimentale Erscheinungen, sondern sachlich". De Gaulle habe gesagt, das wichtigste seien die Agrarmarktordnungen. Erhard habe erwidert, „wenn wir das politische Europa wollen, dann gehört dazu eine ganz bewußte Willensbildung (sic.)". Der französische Staatspräsident habe die Absicht gehabt, in Bezug auf eine Europäische Union initiativ zu werden; das aber solle Erhard tun, damit es nicht heiße, de Gaulle wolle eine Hegemonie in Europa. Er habe dem Bundeskanzler empfohlen, dieses Thema mit seiner Billigung (!) in Rom zu besprechen.

[3] Zum Thema Wiedervereinigung äußerte sich Schröder u. a. wie folgt: Man müsse für die Wiedervereinigung „mit allen denkbaren Mitteln kämpfen", aber dabei keine starre Doktrin anwenden. Schröder meinte, zwischen deutschen und anderen Kommunisten bestünde ein „sehr guter Unterschied". Erst wenn es ein „ganzes Stück mehr Bewegung gibt, werden wir weiterkommen – das geht nicht kurzfristig."

Verblüffung kaum anmerken und wies nur auf seine zahlreichen Termine in der nächsten Zeit hin.

Hugo Grüssen hat heute im Mannheimer Morgen Unterschiede in den außenpolitischen Vorstellungen der Koalitionsparteien beleuchtet und dabei zum Beweise das *Freie Wort* und die fdk zitiert. Er wundert sich, daß die Christlichen Demokraten zu der Propagierung eines neuen Kurses durch die FDP nicht Stellung nähmen. Nun, die journalistischen Büchsenspanner der CDU/CSU haben das bereits besorgt; daß Erhard und Schröder schweigen, rät ihnen die Klugheit.

Freitag, den 10. Januar 1964

Mittags ein längeres Gespräch mit Rolf Zundel von der *Zeit* über die Deutschlandpolitik. Wir waren uns in den meisten Punkten einig, auch Z. plädierte für Verhandlungen mit der DDR. Am Nachmittag eine Vorbesprechung der kommenden Berlin-Sitzung der Fraktion. Hartkopf unterrichtete uns über den Stand der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Korber und Wendt sowie über die Haltung des Kabinetts in der Passierscheinfrage[4]. Dehler war von diesen Ausführungen so beeindruckt, daß er seine bisherige Position aufgab und sich plötzlich ebenfalls zu Verhandlungen mit der DDR bekannte (!). Eine erfreuliche Konsequenz des außenpolitischen und gesamtdeutschen Immobilismus in der CDU.

Dienstag, den 14. Januar 1964

Beinahe wäre aus unserer Berlin-Reise nichts geworden, eine völlig vereiste Piste hielt uns am Montag fünf Stunden in Köln-Wahn fest. Aber dann lief die Berlin-Sitzung der Fraktion doch noch einigermaßen zufriedenstellend. Jedenfalls kommen wir mit unserer Deutschlanderklärung für einige Zeit wieder über die Runden[5].

[4] An der Vorbesprechung im Bundeshaus nahmen v. Kühlmann, Achenbach, Dehler, Genscher, Mischnick, von Mühlen, Zoglmann und Schollwer teil. Günther Hartkopf war zu der Zeit Senatsdirektor in der Bonner Berlin-Vertretung. Am 3. 1. hatten Gespräche über die Fortführung der Passierscheinaktion begonnen. Auf Wunsch der Bundesregierung schlug der Berliner Senat der DDR vor, daß bei einer neuen Aktion nur noch Westberliner Beamte bei Ausgabe und Einsammlung der bearbeiteten Anträge tätig werden sollen. Die DDR unterbreitete am 17. 1. einen Gegenvorschlag auf der Basis des Abkommens vom 17. 12. 1963. Dieser Vorschlag wurde am 14. 2. 1964 von der Bundesregierung und dem Berliner Senat zurückgewiesen. (ADG, S. 11067 f.).

[5] „Kommunique der Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion am 14. 1. 1964 in Berlin" – in fdk 15/5 vom 16. 1. 1964. Darin hieß es unter Punkt 2 und 3:

„2. Die FDP-Bundestagsfraktion fordert ... die Bundesregierung auf, die Bemühungen um weitergehende Vereinbarungen über den Reiseverkehr in ganz Deutschland fortzusetzen;

3. bittet darüber hinaus die Bundesregierung, sich im Sinne der Bundestagsentschließung vom 9. 10. 1962 für die Herbeiführung einer ständigen Viermächte-

Auf der Fraktionssitzung heute morgen im Berliner Reichstag zunächst eine stundenlange ziemlich erregte Diskussion über Landwirtschaftsprobleme und gegenwärtig laufende EWG-Verhandlungen. Bis Mertes schimpfte, er sei nicht nach Berlin gekommen, um Agrarpolitik zu diskutieren; Krümmer beantragte Schluß der Debatte. Dann endlich konnte Mende über die Berlin-Politik berichten. Der Bericht bestand vor allem aus einem weitschweifigen Rückblick und der Prophezeiung: In wenigen Wochen würden die Großmächte den deutschen Staaten den Auftrag zur Bildung gesamtdeutscher Kommissionen geben (schön wär's ja!). Zum gegenwärtigen Stand der Korber-Wendt-Gespräche kein Wort.

Die Diskussion brachte keine neuen Gesichtspunkte: Ertl forderte eine „echte deutsche nationale Konzeption", Atzenroth vermißte eine Auswertung der Passierscheinregelung für unsere Partei (der liest offenbar die fdk nicht!) und Kiep-Altenloh vertrat die Ansicht, das deutsche Volk sei auf einen neuen Kurs in der Deutschlandpolitik nicht vorbereitet. Bei der nachfolgenden Pressekonferenz im Schöneberger Rathaus stellten die wenigen erschienenen Journalisten gezielte Fragen zum Berlin-Problem. Kühlmann war dem nicht gewachsen; seine Antworten waren schwach und oft auch noch ungeschickt. Das ist wohl nicht sein Bier.

Freitag, den 17. Januar 1964

Unsere Berliner Entschließung hat bei den Christdemokraten böses Blut gemacht. Ohne direkt Stellung zu nehmen, haben die Unionsparteien dieser Tage die Zeitungen und Informationsdienste mit entsprechenden Hinweisen reichlich versorgt. Hopen meinte heute im *Mittag*, man klage in der CDU/CSU u. a. darüber, daß wir den Eindruck erweckten, als gebe es unter Erhard eine völlig neue gesamtdeutsche Politik. Was die Berliner Erklärung anbeträfe, so lasse diese auf Absichten schließen, die nicht gut geheißen werden könnten. Ich habe – offenbar zum zusätzlichen Ärger des Koalitonspartners – gestern in der fdk nachgewiesen, daß unsere Berliner Beschlüsse in vollem Maße der Regierungserklärung Erhards vom 18. Oktober entsprechen. Wir fühlen uns dabei als Hilfstruppe jener Kräfte in der Bundesregierung, die seit Wochen unter schwerem Beschuß der Status-quo-Politiker in der Union stehen. Es handelt sich also hier nicht um einen Konflikt zwischen FDP und Unionsparteien, sondern um eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen den Vertretern einer konstruktiven Außen- und Deutschlandpolitik in der Koalition und deren erklärten oder heimlichen Gegner.

Fortsetzung Fußnote von Seite 182

Deutschlandkonferenz einzusetzen, deren Aufgabe es sein muß, durch gesamtdeutsche technische Kommissionen die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu klären."

Diese beiden Absätze des Kommuniques waren vor allem Anlaß zu unmutsvollen Äußerungen aus dem Unionslager.

Am Abend, bei einem Herren-Essen in der kanadischen Botschaft, versicherte mir Mouser, die USA hätten – entgegen manchen Behauptungen – keine Bedenken gegen die Passierscheinregelung vom Jahresende gehabt. Delaye fragte mich, ob ich eine Anerkennung Pekings für zweckmäßig hielte; ich bejahte die Frage prinzipiell, wies aber auf möglicherweise unerfreuliche Rückwirkungen auf Allianz und Europäische Gemeinschaft hin. Heute wurde nun bekannt, daß de Gaulle die Volksrepublik China anerkennen will. Der französische Staatspräsident geht immer mehr seine eigenen Wege, ohne Rücksicht auf Freunde und Verbündete[6].

Sonntag, den 19. Januar 1964

Beim Mittagsdienst im Bundeshaus beklagte Genscher mangelnde Energie Mendes bei der Verfolgung personalpolitischer Ziele in seinem Ministerium. Der Aufbau einer politischen Abteilung sei dringend geboten; gegenwärtig gäbe es nur ein einziges politisches Referat, in dem ein Oberregierungsrat die Berlin-, Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik in einem bearbeite. G. fragte mich erneut, ob ich am Eintritt ins Mende-Ministerium interessiert sei. Ich erklärte, an der Position eines Pressereferenten des Gesamtdeutschen Ministers nicht interessiert zu sein, anders liege die Sache bei einem Angebot für die politische Abteilung.

Montag, den 20. Januar 1964

Wie Genscher heute morgen im „Team" berichtete, habe ihn Barzel am Freitag angerufen, um sich über meinen Kommentar vom Donnerstag zu beschweren. G. will Barzel erklärt haben, dieser Artikel sei möglicherweise schon vor dem Auftritt von B. in der Wessel-Runde geschrieben worden. – In der heutigen PSK eine scharfe Attacke gegen meine Artikel zur Deutschlandfrage. – Eine törichte Äußerung Dehlers vom Samstag (Bundesrepublik solle aus NATO austreten) wird den Kalten Kriegern der CDU Wasser auf ihre Mühlen leiten.

Dienstag, den 21. Januar 1963

Zwei Themen standen heute im Mittelpunkt der Fraktionssitzung: das Schicksal des Sozialpakets und die Wahl eines neuen (alten) Bundespräsidenten. Stammberger plädierte dafür, die Gespräche über das Paket bald abzuschließen – es komme ja doch nichts dabei raus. Mischnick schlug vor, das Paket „aufzuschnüren" und das Kindergeldgesetz vorab zu verabschieden. Zoglmann meinte, wir sollten die CDU nicht länger an der Nase herumführen, sondern klar sagen, was wir wirklich wollten. Das scheint auch mir zweckmäßig zu sein.

[6] Die offizielle Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgte durch die Regierung in Paris und Peking gleichzeitig am 27. 1. 1964.

Über die Bundespräsidentenwahl äußerte sich Mende so: Bei seinem jüngsten Gespräch mit Lübke habe er die Bedenken der FDP wegen der Stuttgarter Rede des Bundespräsidenten (Heuss-Beerdigung) vorgetragen, in der eine Vorliebe L.'s für eine schwarz-rote Koalition zum Ausdruck gekommen sei; die FDP fühle sich „vernachlässigt". Daher bestünde bei uns die Neigung, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wenn L. nicht kandidiere; sonst stelle sich die Frage für die FDP anders (sic!). Lübkes Erwiderung, er habe sich in Stuttgart keineswegs als Sprecher seiner „parteipolitischen Vergangenheit" gefühlt. Er sei nie ein Gegner der FDP gewesen, sondern halte unsere Partei für ein lebensnotwendiges Element der Demokratie.

Aber er sei für eine Allparteienregierung. – Wenn die Parteien ihn aufforderten, weiter im Amte zu bleiben, werde er sich dieser Aufforderung nicht entziehen. Mende habe L. erklärt, daß bei der Wahl mit vielen Enthaltungen bei der FDP zu rechnen sei. Mende: Die CDU und ein großer Teil der SPD wird Lübke wählen. Kühlmann bestätigte diese Version aufgrund eines Gesprächs, das er dieser Tage mit Brandt hatte.

Das *Freie Wort* veröffentlichte heute einen Berlin-Artikel von Borm, der leider recht ungeschickt formuliert ist und unseren deutschlandpolitischen CDU-Gegnern so die besten Argumente liefert[7].

Donnerstag, den 23. Januar 1964

Am Nachmittag legte die Wahlkampfkommission Schwerpunkte für den Wahlkampf 1965 fest: Deutschlandfrage, Rechts- und Gesellschaftspolitik. Mischnick empfahl, sich in der Koalitionsfrage nicht festzulegen. Der Test sei die Bundespräsidentenwahl; dann sei eventuell eine „Verdammung einer schwarz-roten Lübke-Lösung" notwendig. Es wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die von Mende, Weyer, Mischnick und Rubin geleitet werden, ich wurde zum Geschäftsführer der außenpolitischen Arbeitsgruppe bestimmt.

Zu Beginn der Sitzung hatte Mende die Lage der Koalition analysiert. Alle Störungen in der Koalition schiebe die CDU der FDP zu. Darum strebe die Union die absolute Mehrheit an. Die SPD werde uns, soweit es den Brandt-Flügel anbetreffe, „vornehm mißachten", die Gruppe Wehner gegen uns operieren. Es stellten sich folgende Fragen: Wie können wir die gegen uns gerichtete CDU-Propaganda und deren Wirksamkeit verhindern? Müssen wir die SPD im Wahlkampf zum Teil schonen? Wie kann sich die FDP profilieren? – Die Ausgangsposition für die Freien Demokraten sei nicht günstig.

Rubin zeigte die m. E. richtige Richtung: „Das Vorwärtsdrängende mit

[7] Borm hatte die „Neutralisierung Gesamtberlins als Vorstufe für größere Entwicklungen" propagiert.

dem Überlegten kombinieren, über 1965 hinausdenken und propagieren". Dem wurde nicht widersprochen.

Gestern nachmittag, in der außenpolitischen Debatte des Bundestages, wurden trotz vieler Gemeinplätze und deutlicher Bemühungen, die wirklichen Ansichten zu kaschieren, tiefgreifende Unterschiede bei der Analyse der Weltlage und der daraus zu ziehenden Konsequenzen deutlich. Offenbar war der Zeitpunkt für diese Aussprache, weil zu früh, nicht sonderlich glücklich gewählt.

Sonntag, den 26. Januar 1964

Auf der Tagung des LDP-Bundesbeirates am Samstag in Stuttgart wurde die Einberufung eines neuen LDP-Bundeskongresses für März nach Berlin beschlossen, Hamann soll als Ehrengast eingeladen werden. Der Beirat stellte sich hinter die Berliner Beschlüsse der FDP-Bundestagsfraktion.

Am gleichen Tage hat Dieter Cycon in der *Stuttgarter Zeitung* die Berlin- und Deutschland-Politik der FDP heftig attackiert und dabei natürlich auch Borms unglückseligen Vorstoß gleich mit verdammt. Mir scheint, daß dieser Kommentar vor allem „Mißverständnisse" des Autors über die Absichten der Freien Demokraten enthält.

Montag, den 27. Januar 1964

Vor den Landesgeschäftsführern teilte Mende am Vormittag mit, im Verlaufe der Passierscheinaktion habe eine „fast vierstellige Zahl" von Flüchtlingen den Weg nach Westberlin gefunden. Besorgt äußerte sich M. über sich in jüngster Zeit häufenden eigenwilligen Erklärungen von Parteifreunden zur Deutschland- und Berlin-Politik (Dehler, Borm, Bucher). Die Landesgeschäftsführer sollten darauf hinwirken, daß keine telefonischen Interviews gewährt würden. Auch wäre es gefährlich, wenn DJD, LSD oder einzelne Kreisverbände glaubten, eine bewegliche Deutschlandpolitik durch Herstellung von Kontakten zu DDR-Organisationen (gemeint ist vor allem die LDP) unterstützen zu können. Ein entsprechendes Rundschreiben geht noch heute an alle Landesvorsitzenden heraus[8].

Mittwoch, den 29. Januar 1964

Mendes Rundschreiben mit der Mahnung zur Zurückhaltung bei Meinungsäußerungen und Ostkontakten hat Dehlers Zustimmung nicht gefunden. D. äußerte gegenüber der Presse, an seiner bisherigen Haltung

[8] Mende sandte am 27. 1. an die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion ein Rundschreiben, dem das Schreiben an die Landesvorsitzenden vom gleichen Tage beigefügt war: „In den letzten zwei Wochen ist dieser Eindruck (politischer Geschlossenheit und konstruktiver Zusammenarbeit mit Erhard und Schröder – d. Verf.) jedoch durch eigenwillige Erklärungen einiger Parteifreunde und Fehlinterpretationen durch einen Teil der Presse getrübt worden". (Text in ADL, BV 5/64).

werde sich nichts ändern, während Bucher einsichtiger Mendes Mahnungen als „sicher sehr richtig" beurteilte. Für Kohut ist das Mende-Schreiben indessen nur die „übliche Schlangenbeschwörung".

Auch ich habe inzwischen meinen Beitrag zur „Stabilisierung" unserer Politik geleistet. Mein gestriger Kommentar über die Prinzipien und Fundamente freidemokratischer Ost-Deutschlandpolitik ist von Appel heute in der *Stuttgarter* fast vollständig zitiert worden. *AP* meldet zum Kommentar, die CDU/CSU wolle in den nächsten Tagen mit der FDP eine Grundsatzaussprache führen, „um eine einheitliche Haltung der Regierungsparteien in ... der Außen- und Deutschlandpolitik zu erreichen". Wie soll das wohl möglich sein?

Dienstag, den 4. Februar 1964

Auf der heutigen Fraktionssitzung kam es zu einem peinlichen Zusammenstoß zwischen Mende und Dehler wegen beiderseitiger Äußerungen zur Deutschland- und Außenpolitik. Als Mende jene Abgeordnete scharf rügte, die mit Zonenfunktionären Kontakte pflegen und damit „der FDP schaden", brüllte Dehler dazwischen: „Sie (Mende) richten die Partei zugrunde!" An der nachfolgenden hitzigen Auseinandersetzung beteiligten sich neben Dehler vor allem Kohut, Achenbach und Rademacher, dem Mende wegen seiner Gespräche mit Abusch böse ist[9]. Der Streit zwischen M. und D. erreichte schließlich ein solches Ausmaß, daß Mende unter Protest die Sitzung verließ. Fraktionsvorsitzender Kühlmann machte während dieser lautstarken Debatte erstaunlicherweise keinerlei Anstalten, die Aussprache wieder in gesittete Bahnen zurückzuführen.

Freitag, den 7. Februar 1964

Zu Beginn der heutigen Vorstandssitzung appellierte Haußmann an Mende und Dehler, ihren Streit nun endlich beizulegen. Doch die nachfolgende Diskussion über die Deutschlandpolitik machte klar, daß die Feindschaft zwischen den beiden prominenten Liberalen kaum zu überbrücken sein dürfte. Am Ende der Debatte zankte man sich darüber, ob es über Dehlers Augsburger Rede Unruhe gegeben habe oder nicht. Zuvor stritt Dehler, von Achenbach unterstützt, gegen die These des Vorsitzenden, die Wiedervereinigung sei ein langfristiger Prozeß[10]. Zwischendurch

[9] Über Rademachers Ausführungen notierte d. Verf.: „Berichtet über sein Referat vor der *Deutrans*. Überraschenderweise war dort der Zonen-Minister Kramer (Minister für Verkehrswesen). Hat dann mit Abusch über die Passierscheinfrage gesprochen. Abusch wünschte, daß Zonendelegation nach Bonn reist, um mit FDP-Fraktionsvorstand zu sprechen."

[10] Mende hatte im Verlaufe seines Lageberichtes erklärt, „die Wiedervereinigung wird nur in einem langfristigen Prozeß des Zusammenwachsens zustande kommen, mit vielen Phasen." Wiedervereinigung sei nicht gegen Moskau zu erreichen, und

weitere Einzelgefechte: Borm gegen Mende wegen Rundschreiben und „Borm-Plan", Mende kontra Kastenmeyer, weil dieser mit dem LDP-Wünsche gesprochen hatte[11].

In seinem obligatorischen Lagebericht hatte Mende zwei Themen angeschnitten: Die Bundespräsidentenwahl sowie die Deutschland- und Berlin-Politik. Bei einem Gespräch mit Adenauer am 21. Januar habe dieser erklärt, die CDU habe sich noch nicht auf einen Kandidaten für das Präsidentenamt festgelegt, die CSU werde aber wohl Lübke vorschlagen. Darauf Mende: auch die FDP habe noch keine Entscheidung getroffen, doch würde eine Wiederwahl Lübkes bei der FDP auf „außerordentlichen Widerstand" stoßen; mindestens ein Drittel der FDP-Mitglieder der Bundesversammlung dürfte sich dann der Stimme enthalten. Adenauer sei über diese Darstellung überrascht gewesen: Dehler habe sich doch bei Lübke bedankt ...

Am 5. Februar, beim Gespräch mit der SPD, habe Wehner erklärt, er werde Lübke den Vorzug geben; das Amt dürfe nicht „in's Gezerre" kommen wie 1959. Die Sozialdemokraten würden keinen FDP-Kandidaten unterstützen, sie lehnten auch die Kandidatur eines überparteilichen Kandidaten ab. Das sei auch Mendes Meinung.

Mende zur Deutschlandpolitik: das Memorandum der Bundesregierung vom 8. August 1963 sei seinerzeit gegen den Widerstand Brentanos und eines Teils der CDU den Westmächten übergeben worden[12]. Im Botschafterlenkungsausschuß habe sich die Bereitschaft, über dieses Bonner Papier zu sprechen, verringert; Frankreich sei sogar entschieden dagegen. „Das Memorandum liegt also auf Eis."

Fortsetzung Fußnote von Seite 187

nicht mit Moskau gegen die Westmächte. – Dehler unterstellte Mende, er habe eine andere außenpolitische Konzeption als die Partei und glaube, sich mit dieser Konzeption besser mit der CDU arrangieren zu können. – Achenbach fand es nicht richtig, daß die FDP erkläre, die Wiedervereinigung sei „ein ganz langfristiger Prozeß." Die FDP müsse vielmehr sagen, daß es gefährlich sei, das deutsche Problem „vor sich herzuschieben". Die Deutschlandpolitik dürfe sich nicht auf die Durchlässigmachung der Mauer konzentrieren.

[11] Kastenmeyer über sein Gespräch mit dem Sekretär des LDP-Zentralvorstandes, Kurt Wünsche, am 28. 1. in Hamburg: K. sei zunächst durch einen Mittelsmann gefragt worden, ob er bereit wäre, W. zu empfangen. K. sagte unter der Voraussetzung zu, daß „absolute Vertraulichkeit" gewährleistet sei und es sich um ein inoffizielles Gespräch handele. Von 21 – 2 Uhr habe er in seiner Hamburger Wohnung mit Wünsche gesprochen. „Wünsche übergab mir eine offizielle Einladung des Zentralvorstandes der LDP zu einem Gespräch mit dem Bundesvorstand der DJD sowie eine Einladung zur Leipziger Messe. Ich habe beide Einladungen nicht angenommen."

[12] Am 8. 8. 1963 hatte die Bundesregierung den Westmächten ein Memorandum „über kontrollierte Abrüstung, europäische Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung" übermittelt. Das Memorandum wurde zur weiteren Behandlung dem Botschafterlenkungsausschuß in Washington übermittelt.

Bei den neuen Passierscheinverhandlungen habe sich die Haltung Ostberlins versteift: die DDR wolle jetzt gesamtdeutsche Gespräche. Nach kritischen Bemerkungen Mendes zu den Aktivitäten von Borm, Kastenmeyer, Rademacher und Bucher teilte M. dem Vorstand mit, das Auswärtige Amt dränge jetzt auf den Abbruch der Passierscheingespräche, weil Leuschner in Ostasien herumreise und erkläre, daß die DDR nun anerkannt werden solle[13]. Auch Erhard sei „nicht mehr absolut bereit, mitzumachen wie im Dezember."

Während der Aussprache eine lange Diskussion darüber, ob die FDP für die Bundespräsidentenwahl einen eigenen Kandidaten stellen solle und ob man die SPD noch umstimmen könne. Mende wollte sich nicht festlegen, Starke macht – wie üblich – in Defaitismus, Hoppe und Effertz wollen aktiv gegen Lübke agieren und Achenbach plädierte für einen FDP-Kandidaten.

Der Tagesordnungspunkt 2, die Einstellung des *Freien Wort* zum 1. April, wurde wegen Abwesenheit von Rubin abgesetzt. Nicht stattgefunden hatte heute morgen übrigens auch die erste Sitzung der Arbeitsausschüsse II und IV der Wahlkampfkommission – wegen Mangel an Beteiligung.

Donnerstag, den 13. Februar 1964

Fünf Stunden lang diskutierte gestern abend die Fraktion die Deutschlandpolitik, bei guter Besetzung und relativ harmonisch. Nur Dehler gefiel sich erneut in der Rolle des ewig Mißverstandenen und polemisierte wiederum gegen Mendes „Phasenplan" zur Wiedervereinigung. Achenbach machte seine üblichen Sprüche („für Deutschlandkonferenz einsetzen", „Berliner Programm, heute genau so aktuell wie damals" u.s.f.).

Mende zeigte sich gut präpariert, er konterte geschickt die Dehlerschen Attacken[14]. Auch diese Diskussion konnte den alten Streit zwischen Dehler/Achenbach auf der einen und Mende plus Fraktionsmehrheit auf der anderen Seite über den Weg zur Wiedervereinigung nicht beilegen. Den-

[13] Der Stellv. Vorsitzende des DDR-Ministerrates, Bruno Leuschner (SED), hielt sich in der Zeit vom 19. 1. bis 21. 2. 1964 in Indonesien, Kambodscha, Burma, Ceylon und Indien auf. Am 22. 2. dementierte die indonesische Botschaft in Bonn DDR-Veröffentlichungen, wonach die Leuschner-Delegation in allen von ihr bereisten asiatischen Ländern – also auch in Indonesien – Unterstützung für ihre These von der „Existenz zweier deutscher Staaten" gefunden habe. ADG, S. 11058, 11109, 11110).

[14] Mende verkündete in einer längeren Debatten-Rede „Fünf Leitsätze für die Wiedervereinigung" (WV): WV sei ein langfristiger Prozeß des Zusammenwachsens in Phasen"; WV sei im Zusammenhang mit kontrollierter Abrüstung und europäischer Sicherheit zu sehen; WV nicht gegen Moskau durchsetzbar; keine WV gegen das Selbstbestimmungsrecht; keine WV unter „Preisgabe der Grund- und Freiheitsrechte des deutschen Volkes". Dazu meinte Dehler: Diese „Phasentheorie" vertrete Mende schon seit drei jahren, „da haben sich unsere Wege getrennt."

noch zeigten sich am Schluß der Debatte fast alle Teilnehmer sehr befriedigt. Die Behauptung Achenbachs allerdings, die Diskussion habe ergeben, „daß wir nach wie vor einig sind", ist reichlich kühn.

Heute, nach der vormittäglichen „Gratulationscour", eine vierstündige Sitzung der Wahlkampfkommission, die durch ungezügelte Ausbrüche Starkes praktisch lahmgelegt wurde. Stoltz legte interessantes Zahlenmaterial über Bevölkerungs- und Wählergruppen vor. Unseren geringsten Anteil an Sympathisanten haben wir bei Jugendlichen unter 20 (5%) und bei den 25–30jährigen (4%). Bei den letzten Meinungsumfragen liegt die SPD drei Punkte vor der CDU/CSU, wir kamen auf 9 Prozent.

Gewissermaßen als Geburtstagsgeschenk teilte mir Mende eine Äußerung Erhards über meinen gestrigen Kommentar zur Kanzlerreise nach Paris mit: endlich mal einer, der Verständnis für seine (Erhards) schwere Aufgabe in Paris habe.

Freitag, den 14. Februar 1964

Am Morgen suchte ich Mende in seinem Ministerium auf, um mich über den Stand der Passierscheingespräche vor der Niederschrift meines heutigen Kommentars zu unterrichten. M. meinte, die Chancen für einen positiven Verlauf dieser Gespräche seien nicht gut; die FDP-Minister wären die einzigen Kabinettsmitglieder, die zu einem neuen Abkommen auf der Grundlage der Vereinbarung vom 17. Dezember bereit wären. Auf der anderen Seite behauptete M. mit spürbarer Genugtuung, daß er jetzt praktisch das ganze Gebiet der innerdeutschen Beziehungen in der Hand habe. – Am Nachmittag lehnten dann Bundesregierung und Berliner Senat gemeinsam das Pankower Passierscheinangebot ab ...

Montag, den 17. Februar 1964

Mende fuhr heute morgen im „Team" in der Passierscheinfrage auf „weicher Welle". Er teilte meine Ansicht nicht, daß die gemeinsame Erklärung von Brandt und Erhard am 14. Februar die Gespräche kaputtgemacht habe. Am Abend, beim Berliner Stammtisch von Bonde, äußerte sich Ehrengast Mende geschickt zum Thema Deutschlandpolitik, wagte sich, zur Bundespräsidentenwahl befragt, sehr weit vor und sagte voraus, die FDP werde 1965 durch Erhard Mandate und Stimmen verlieren.

Wie erwartet hat Erhards Parisbesuch die außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich erneut bestätigt. Der heutigen Presse ist zu entnehmen, daß diese Differenzen vor allem die Beziehungen zu Rotchina, die künftige Gestaltung der atlantischen Allianz sowie die multilaterale Atomstreitmacht betreffen. Aber auch in der Europa-Politik wurde die tiefe Kluft zwischen Bonn und Paris in der Frage der Fusion der Gemeinschaften offenkundig. Man muß schon sehr naiv sein, um noch immer an die Möglichkeit eines deutsch-französischen

Akkords in wesentlichen außenpolitischen Fragen zu Lebzeiten de Gaulles zu glauben.

Dienstag, den 18. Februar 1964

Am Morgen, noch vor Dienstbeginn, rief Dehlers Sekretärin an und erbat ein Exemplar meines Deutschlandmemorandums vom Frühjahr 1962 für ihren Chef. Wozu?

Auf der nachmittäglichen Fraktionssitzung, an der ich wegen einer Sonderarbeit nicht teilnahm, berichtete Scheel über Erhards Parisreise: er beklagte in diesem Zusammenhang meinen fdk-Artikel vom 12. d.M., der angeblich die Frontseiten amerikanischer Zeitungen erobert haben soll. Achenbach attackierte den materiellen Inhalt des Kommentars, weil er angeblich gegen die Parteilinie verstoße (!); er verlangte künftig alle außenpolitischen Beiträge in der fdk kontrollieren zu dürfen. Mende, Genscher, Schultz und Moersch – der mir darüber berichtete – verteidigten meinen Beitrag. In der Fraktion gibt es z. Z. viel Unklarheit über unseren außenpolitischen Kurs.

Mittagessen mit Dimitrijew. Er berichtete, anläßlich eines Diplomaten-Empfangs Dr. Schröder kennengelernt und einen sehr positiven Eindruck von unserem Außenminister gewonnen zu haben. Er lobte auch Dehler, weil dieser sich für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO ausgesprochen habe. Als ich entgegnete, da habe er Dehler wohl mißverstanden, sah D. ziemlich mißmutig drein. Kritik übte der sowjetische Diplomat an Erhard, weil der Kanzler keine neuen Wege in der Außenpolitik beschreiten wolle.

Freitag, den 21. Februar 1964

Die Diskussion über die gescheiterten Passierscheingespräche hält an. Gestern meldete sich auch Barzel zu Wort, diesmal mit konstruktiven Bemerkungen. Leider scheint aber Mende auf die Linie Erhard-Carstens eingeschwenkt zu sein, und das bedeutet wohl: es wird keine Passierscheinregelung mehr geben[15].

Die Sozialdemokraten, die sich auf ihrem jüngsten Godesberger Treffen in starken Worten gefielen, dabei jedoch eine klare Position zu der entscheidenden Frage künftiger Tätigkeit ostzonaler „Behördenvertreter" vermieden, sorgen sich zur Zeit offenbar vor allem um die FDP. In der *Westfälischen Rundschau* erschien jedenfalls gestern ein verzweifelter Ruf nach weiteren wegweisenden Äußerungen der Freien Demokraten in dieser Sache. Da fühle ich mich natürlich auch persönlich angesprochen, zu-

[15] Siehe dazu: „Mende warnt vor öffentlicher Passierscheindiskussion" – in: *Stuttgarter Nachrichten* vom 22. 2. 1964. Danach soll sich Erhard am 20. 2. in einem Gespräch mit führenden FDP-Vertretern darüber geeinigt haben, daß Ostberliner Postbeamte auf Westberliner Gebiet nicht mehr hingenommen werden sollen.

mal das Blatt behauptete, seit 10 Tagen schweige auch die fdk zur Passierscheinfrage, was nicht zutrifft. Nur muß ich jetzt vorsichtiger formulieren, nachdem unser Boß seine ursprüngliche Position unter dem Druck des Koalitionspartners offenbar verlassen hat.

Mitwoch, den 26. Februar 1964

Die in der CDU/CSU unverändert grassierende Hysterie, mit der man dort auf angebliche oder tatsächliche Ansichten Pankows in der Passierscheinpolitik reagiert, veranlaßte mich gestern zu einem deutlichen Artikel im Pressedienst. Nach Ansicht der *Bremer Nachrichten* hat die FDP damit Argumente aufgenommen, die der Berliner Senat und die SPD in jüngster Zeit in der Passierschein-Diskussion äußerten. Heute hat Kohut in einem *ADN*-Interview für Kontakte der beiden deutschen Delegationen auf der Genfer Abrüstungskonferenz plädiert. Das wird Mende wenig gefallen.

Am Sonntag diskutierte ich drei Stunden lang mit Jungdemokraten in Landshut Sinn und Unsinn gesamtdeutscher Gespräche. Am Schluß glaubte ich, die jungen Liberalen von der Unzweckmäßigkeit „wilder" sowie offizieller Kontakte mit Zonenorganen zu diesem Zeitpunkt überzeugt zu haben. Vielleicht sollten ältere Parteifreunde häufiger mit Jungdemokraten über solche Probleme sprechen, anstatt sie nach begangenem „Sündenfall" zu desavouieren.

Heute nachmittag begrüßten Moersch, Reuß und ich die WDR-Journalisten Bender, Schölmerich und Zöger im „Mende-Zimmer" zu einem angeregten Gespräch über eine zeitgemäße Deutschlandpolitik und die Möglichkeit, sie in der Bundesrepublik durchzusetzen. Bender, der in die gleiche Richtung denkt wie ich, erbat meine Studie von 62 sowie eine Dokumentation zur Kontaktpolitik. Ich sagte beides zu[16].

Bundespräsidentenfrage. Passierscheinverhandlungen. Parteitag

Sonntag, den 1. März 1964

Auf der Europa-Klausur der Fraktion am Freitag/Samstag in Baden-Baden wurde wieder recht ziellos über Deutschland- und Europa-Politik diskutiert, eine Klärung des weiteren europäischen Kurses unserer Partei fand trotz umfangreicher Kommuniques nur sehr begrenzt statt.

[16] Anfang 1964 hatte Schollwer für Fraktion und Bundesvorstand zur weiteren Erörterung der Deutschlandfrage eine Dokumentation „Vier-Mächte-Konferenz oder Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow" zusammengestellt, eine Chronik der Diskussion um innerdeutsche Kontakte von 1949–1963 (16 Seiten). Ein Nachtrag wurde den FDP-Führungsgremien am 2. 3. 1964 zugeleitet. Am 4. 3. übersandte d. Verf. dem WDR-Redakteur Peter Bender je ein Exemplar dieser Chronik sowie seiner Studie „Verklammerung und Wiedervereinigung" von 1962 zur „persönlichen Orientierung".

Obwohl die vier Referate von Starke, Margulies, Rademacher und Mauk eine Behandlung der deutschen Frage eigentlich nicht vorsahen, biß man sich – vor allem nach den Ausführungen von Margulies – sofort an der Wiedervereinigungsproblematik fest. Dehler vertrat mit Vehemenz seine altbekannten Thesen, Scheel zog gewagte Vergleiche zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik (aber plädierte immerhin dafür, in der Deutschlandpolitik etwas zu wagen)[1], Achenbach argumentierte wie üblich formalistisch, tadelte aber diesmal Dehler (wegen dessen Europa-Schelte) und rief emphatisch nach der gesamtdeutschen Konferenz. So dreht man sich immer im Kreis. An eine erneute Diskussion des Deutschlandpapiers von 1962 denkt offenbar niemand hier.

Hin und wider gab es auch etwas zum Lachen: So, als Starke während der Aussprache zu seinem Referat plötzlich erklärte: „Wir müssen jetzt zuende kommen, die Zeit gebietet das." Er zog die Uhr aus der Tasche, blickte auf das Zifferblatt und fuhr gleichmütig fort: „Bei mir ist allerdings die Uhr stehengeblieben." Nicht nur bei ihm!

Bevor ich am Donnerstagabend mit Moersch nach Baden-Baden fuhr, wurde auf der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes das Problem des satzungsgemäß gar nicht existierenden „engeren Vorstandes" diskutiert. Anlaß waren eine Reihe von Beschwerdeschreiben Dehlers, der gegen die Tätigkeit dieses Vorstandsgremiums protestiert hatte, dem er selbst nicht angehört. Die Diskussion unterstreicht die von Weyer monierte geistige Disziplinlosigkeit in den „legalen" Vorstandsgremien. Doch beschloß man, den Geschäftsführenden Vorstand künftig jeden Donnerstag 14 Uhr in den Bonner Talweg einzuberufen. Ich bin gespannt, wie lange das gut geht. – Bei der Erörterung der Bundespräsidentenwahl (TOP 2) konnte dagegen wiederum keine Einigung erzielt werden. Die Diskussion um Lübke wird immer makabrer.

Donnerstag, den 5. März 1964

Der Geschäftsführende Bundesvorstand tagte heute in schwacher Besetzung unter der Leitung von Leverenz; Mende liegt mit einer Lungenentzündung zu Bett. L. vertrat die Auffassung, daß man die Passierscheinfrage „scharf von der Deutschland- und Außenpolitik" trennen müsse, denn hier handele es sich um eine „technische Frage". Brandt hatte gestern in einem Gespräch mit Weyer den Eindruck der SPD mitgeteilt, daß Mende in der Passierscheinfrage unter Erhards Druck stünde. Auch Leverenz beurteilte unsere Haltung kritisch: die FDP habe nachgegeben, sie habe sich nicht durchgesetzt.

[1] Scheel wies im Anschluß an seine Forderung, „in der Deutschlandpolitik etwas zu wagen", auf Jugoslawien hin, das sich von Moskau gelöst habe, „um nationale Politik zu machen". Er plädierte für ein „Europa der Vaterländer"; dafür hätte die Bundesrepublik „in Frankreich einen Partner".

In der Präsidentschaftsfrage noch immer Suche nach einem Gemeinschaftskandidaten. Weyer behauptete heute überraschend, Brandt sei nun wohl doch bereit, mit uns nach einem solchen Kandidaten zu suchen. Der Vorstand einigte sich auf Gebhard Müller.

Zu Beginn diskutierte man die jüngste Koalitionskrise um das Kindergeldgesetz. Weyer behauptete, die FDP-Minister hätten Erhard in dem Eindruck gelassen, daß auch sie für die CDU-Lösung seien. Doch das war ein Nachtarocken. Denn heute vormittag hat man sich in der Koalitionsrunde im letzten Augenblick doch noch geeinigt und, wie mir scheint, wesentlich zu Lasten des ursprünglichen FDP-Standpunktes[2].

Mittwoch, den 11. März 1964

Gestern Sitzung der Fraktion in Berlin (Reichstag). Die jüngsten Erfahrungen beim Kindergeld-Hick-Hack veranlaßten Genscher zu dem Vorschlag, mit den FDP-Ministern ein Gespräch über eine bessere Abstimmung zwischen Fraktion und Kabinettsmitgliedern zu führen; es müsse verhindert werden, daß die FDP-Minister im Kabinett anders taktieren als die Fraktion. Mischnick sprach sich gegen jede Präjudizierung der Fraktion durch Kabinettsmitglieder aus. Eine kurze Diskussion des Lübke-Themas verstärkte nur die bei uns ohnehin bestehende Konfusion: Nur eines erscheint nach dem jüngsten Gespräch Kühlmanns mit Brandt klar: die SPD wird keinen liberalen Kandidaten unterstützen, Wehner, Erler u.a. hätten Dehler sogar „expressis verbis" abgelehnt. Im übrigen will man diesen Dauerbrenner in einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion bei Anwesenheit von Mende und Weyer erneut beraten.

Zu Beginn der Sitzung berichtete Staatssekretär Krautwig über den Stand der Passierscheingespräche. Es war deprimierend. Auch K. ist – wie fast die gesamte CDU/CSU – den Kommunisten prompt auf den Leim gegangen, hat deren Passierschein-Interpretation kritiklos übernommen. Mendes Staatssekretär bestätigte ausdrücklich Carstens Theorie von den angeblich verhängnisvollen Auswirkungen der Dezember-Regelung auf die Haltung der Neutralen gegenüber Ostberlin. Den Vorschlag Pankows, in Westberlin eine Dauerpassierscheinstelle für dringende Fälle einzurichten, bezeichnete Krautwig als eine „Nötigung"; der Kanzler habe sogar

[2] Bei der Reform des Kindergeldgesetzes hatte die FDP eine Verlagerung der Auszahlung des Geldes von den Berufsgenossenschaften auf die Staatskasse gefordert. Dem stimmte die CDU/CSU zwar nach einigem Zögern zu, doch versuchte der vormalige Bundesfamilienminister Wuermeling (CDU) an der FDP vorbei eine Zwischenregelung durchzusetzen, um durch Rückdatierung der Erhöhung des Kindergeldes und gleichzeitig zeitliche Verschiebung des Inkrafttretens der Reform den Staatshaushalt zu entlasten. Diesen Wuermeling-Plan stimmte die FDP am 4.3. gemeinsam mit der SPD im Bundestag nieder. Am folgenden Tage schwenkten die Freien Demokraten nach einem Koalitionsgespräch bei Erhard auf diesen CDU-Vorschlag ein, unter der Bedingung, daß die auf diese Weise freiwerdenden Millionen im Staatshaushalt nicht für Wahlgeschenke verwendet werden.

von einer „schamlosen Erpressung" gesprochen (!). In diesem Stile ging es noch eine ganze Weile weiter. Bei Margulies und Ertl zeigte dieser Unsinn prompt Wirkung: sie sprachen sich in der Diskussion gegen eine Wiederholung der Passierscheinregelung vom 17. Dezember aus. Oxfort hielt dagegen: Für ihn ist das Berliner Abkommen zurecht ein „großer politischer Erfolg für den Westen", ein erster Schritt vorwärts in der deutschen Frage. Ironisch meinte O., verhandeln begründe die Gefahr der Anerkennung, darum solle nicht mehr verhandelt, sondern „auf das große Wunder gewartet" werden. Man habe leider aus technischen Fragen ein Politikum gemacht. Die von K. behaupteten Hoheitsakte der Zone auf Westberliner Boden gebe es nicht. Erhard habe offenbar Schnitzlers „dumme Erklärungen" aufgenommen und damit praktisch die Richtigkeit dieser Äußerungen bestätigt[3]. Alle gegen eine neue Passierschein-Regelung vorgebrachten Argumente könnten ihn nicht überzeugen. Schade, daß Mende das nicht hören konnte. Ich frage mich, warum M. eigentlich Thedieck loswerden wollte, wenn er dafür Krautwig eintauschte.

Am Wochenende hat *Tass* mit einer unglaublichen Erklärung die deutsch-sowjetischen Beziehungen erneut schwer belastet[4]. Moskau ist offenbar an einem besseren Verhältnis zu Bonn nichts gelegen.

Freitag, den 13. März 1964

Der Bundesvorstand beschloß heute nachmittag, das *Freie Wort* zum 1. Juni einzustellen und Dr. Friderichs ab 1. Juli zum Bundesgeschäftsführer zu berufen.

Damit entsprach der Gesamtvorstand den Beschlüssen des „Geschäftsführenden" vom Donnerstag. Dort war festgestellt worden, daß unsere Partei-Zeitung die FDP jährlich mindestens 500000 DM koste. Als Ersatz ist eine häufigere Ausgabe des *Schnellbriefs* als auch monatliches Erscheinen von *liberal* vorgesehen. Man plant auch einen Hintergrundinformationsdienst. In diese Richtung gehörte auch eine Besprechung, die Friderichs, Moersch und ich gestern mit Dr. Schölmerich hatten. Es wurde beschlossen, Broschüren zur Passierscheinfrage sowie zur Politik Erhards herauszubringen. Auch verabredete ich mit Sch. ein längeres Interview

[3] K.-E. Schnitzler hatte in der ersten Februar-Hälfte erklärt: „Für uns zählen nicht die Westberliner, die zu uns kommen, sondern die 236 Postbeamten, die wir drüben haben. Für uns sind sie Konsularvertreter, die unser Hoheitsrecht auf fremdem, ausländischen Boden ausüben". (Weber/Sahn, Synopse zur Deutschlandpolitik 1941–1973, Göttingen 1973, S. 568).

[4] Die Agentur *Tass* veröffentlichte am 7. 3. 1964 eine autorisierte Erklärung zur Deutschlandfrage, in der der Bundesregierung u.a. indirekt vorgeworfen wurde, „jetzt einen 6., ebenfalls einen Weltkrieg, vorbereiten" zu wollen, mehr Geld für die Rüstung auszugeben „als es Hitler tat" und ein „revanchistisch-militaristisches politisches Programm" zu vertreten.

über die Deutschlandpolitik der FDP, das in der nächsten Nummer der Zeitschrift *Der dritte Weg* erscheinen soll[5].

Nach Kühlmanns Bericht zur politischen Lage kam es, ausgelöst durch Hoppes Frage nach den Plänen der FDP für weitere Passierscheinverhandlungen, im Vorstand zu einer lebhaften Diskussion der Haltung des Kanzlers und der FDP-Fraktion in dieser Sache. Kühlmann hatte behauptet, Erhards Haltung sei nicht „retardierend", der Kanzler wolle sich nicht von der Vereinbarung vom Dezember absetzen. Diese Ansicht teilten nicht alle Vorstandsmitglieder. Die Aussprache bestätigte die zwiespältige Haltung von Partei und Fraktion bezüglich einer Wiederholung der Weihnachtsregelung. Uneinig war man sich aber auch, wie unser Fraktionsbeschluß vom 14. Januar zu bewerten sei: als eine Forderung der FDP, die Vereinbarung vom 17. Dezember noch einmal zu wiederholen oder nicht. Dehler meinte entschieden Ja, von Kühlmann widersprach. Eine Darstellung der Entstehungsgeschichte dieser Entschließung durch Friderichs, Brodesser und mich sowie eine Kontroverse zwischen Emde und Dehler über bestehende oder fehlende Übereinstimmung zwischen Arbeitskreis und Fraktion führte zur Feststellung Weyers, eine außenpolitische Klausurtagung der Fraktion in Anwesenheit der Minister sei dringend erforderlich.

Zur Präsidentenwahl nichts wesentlich Neues: nach wie vor ist es offen, ob Lübke noch einmal kandidiert. Gebhard Müller bleibt – nach Auffassung Kühlmanns – weiter „im Gespräch", ohne auf großes Interesse bei der SPD zu stoßen. Die wolle Anfang Mai klarstellen, wie sie sich entscheiden werde[6].

Am Mittwochabend, in der Sendung „Unter uns gesagt", kam es zu

[5] *Der dritte Weg* – „Diskussionsforum für modernen Sozialismus" – erschien 1964 im 6. Jahrgang. Herausgeber: Rudolf Schröder. Die Zeitschrift verbreitete die gegen das Ulbricht-Regime gerichteten Ideen der Entstalinisierung und des Revisionismus bzw. Nationalkommunismus unter den Führungskadern der SED, der Massenorganisationen und des Staatsapparates.
Mitarbeiter der Zeitschrift waren zumeist aus der DDR geflüchtete Intellektuelle, die von der SED-Führung wegen „Revisionismus" verfolgt wurden. Unter ihnen der WDR-Redakteur Heinz Zöger, früher Chefredakteur des in Ostberlin erscheinenden *Sonntag*, Wolfgang Leonhard, Fritz Schenk und Joseph Scholmer, genannt Schölmerich, der 1949 verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit (Workuta) verurteilt worden war.
Das von Schollwer am 17.3.1964 gegebene Interview erschien in der Nr. 4/5 (April/Mai 1964) der Zeitschrift unter dem Titel „Zur Deutschlandpolitik der FDP". Es präzisiert die damaligen deutschlandpolitischen Vorstellungen des Verfassers.

[6] Der Vorstand beschäftigte sich auch noch einmal mit der jüngsten Koalitionskrise wegen der Kindergeldreform. Fazit von Kühlmanns: Die Methoden der Meinungsbildung in der FDP seien nicht geeignet, uns in der Konkurrenz zur CDU durchzusetzen. „Wir haben kein deutliches Bild der jeweiligen Lage, der Fraktionsvorstand bildet keine Meinung, die Arbeitskreise sind schlecht besetzt, die Minister in den Fraktionssitzungen zumeist nicht anwesend."

einer peinlichen Kontroverse zwischen Wehner und Dehler über die Ostpolitik und die jüngste Panne Bonns beim Umgang mit Moskau[7]. Wehners Ton war unerträglich rüde, Dehlers Argumentation wie immer aufrichtig, aber zuweilen auch ein wenig weltfremd.

Donnerstag, den 19. März 1964

Auch Georgijewicz kritisierte heute bei einem Essen auf der Godesburg die *Tass*-Erklärung vom 7. d. M. G. teilte meine Ansicht, daß solche Verlautbarungen nur den Gegnern einer Verständigung mit der Sowjetunion dienten. Der jugoslawische Diplomat sieht in der gegenwärtigen Haltung Moskaus gegenüber Bonn eine Reaktion auf den Versuch der Bundesregierung, die Beziehungen zu den von der UdSSR abhängigen Staaten zu verbessern. Die Ausweisung Dr. Nauperts aus Moskau sei nicht nur ein Racheakt der Sowjets, sondern auch als politische Demonstration gegen die auf dem CDU-Parteitag zum Ausdruck gekommene Adenauer-Linie zu werten.

Diese Wertung erscheint einleuchtend, insbesondere was G. über Moskaus Reaktion auf Schröders Ostpolitik sagte. Man muß wohl die sowjetische Verbiesterung auch im Zusammenhang mit dem gescheiterten Versuch einer rumänischen Parteidelegation sehen, in Peking zwischen Chruschtschow und Mao zu vermitteln. Denn bei einem endgültigen Bruch zwischen China und der Sowjetunion wird dem Kreml an einer stärkeren Disziplinierung seiner europäischen Bundesgenossen, d. h. einer Einschränkung ihrer z. Z. etwas größeren Bewegungsfreiheit interessiert sein. Und diese Interessen stört Bonn mit seinen Avancen gegenüber Polen, Rumänien, Ungarn oder Bulgarien[8].

Dienstag, den 24. März 1964

Von Freitag bis Montag in Berlin zum LDP-Bundeskongreß. 115 Teilnehmer erschienen zu meinem Referat vor dem Arbeitskreis I, das freundlich aufgenommen und lebhaft diskutiert wurde. Ich versuchte ein nüchternes Bild der Lage und der realen Optionsmöglichkeiten in der deutschen Frage zu zeichnen[9]. Doch in der Aussprache war neben entschiedenen Be-

[7] Siehe dazu W. Schollwer: „Osteuropa fürchtet den endgültigen Bruch zwischen Moskau und Peking" – in fdk 15/23 vom 17.3.1964. In diesem Artikel wird in gleichem Sinne argumentiert.

[8] Im Jahre 1963 hatte die Bundesrepublik mit Polen, Rumänien und Ungarn Abkommen über gegenseitige Errichtung von Handelsmissionen und am 6.3.1964 ein gleiches Abkommen auch mit Bulgarien abgeschlossen.

[9] Sch. hob in seinen Ausführungen insbesondere die neue amerikanische Osteuropapolitik und deren Entschluß hervor, anstelle einer Befreiung dieser Gebiete vom Kommunismus eine Politik der Auflockerung und Liberalisierung der osteuropäischen Staaten zu setzen. Der Verf. bejahte grundsätzlich die von Schröder eingeleitete Politik mit Osteuropa, kritisierte jedoch die völlige Abstinenz Bonns gegenüber

kenntnissen zu einer beweglichen Ost- und Deutschlandpolitik auch noch viel alter CDU-Kram zu hören. Die schwankende Haltung der FDP in der Passierscheinfrage wirkt sich offenbar auch ungünstig auf die Meinungsbildung innerhalb der Partei aus. Dabei scheinen unsere Berliner LDP-Freunde gelegentlich sehr viel nüchterner und politischer zu denken als manche Flüchtlinge in der Bundesrepublik.

Leverenz, der anstelle des noch immer noch nicht ganz wiederhergestellten Mende am Samstagnachmittag über „die gesamtdeutschen Aufgaben der FDP" sprach, bemühte sich, diesen Irritationen mit einem klaren Bekenntnis zu einem neuen Passierscheinabkommen und weitergehenden Vereinbarungen über den innerdeutschen Reiseverkehr ein Ende zu setzen. Mischnick hieb in die gleiche Kerbe, so daß die Durchsetzung einer entsprechenden Entschließung im Arbeitskreis auf keine größeren Schwierigkeiten stieß. Und auf der Pressekonferenz am Montagvormittag vertrat Mischnick sogar im Gegensatz zur Bundesregierung die Auffassung, daß auch bei einer künftigen Passierscheinregelung die Anwesenheit von Ostberliner Postbeamten in Westberlin dessen Status nicht veränderten. Diese FDP ist doch besser als ihr Ruf!

Das Verhältnis Bonn-Moskau wird immer schlechter. Gestern gaben die Sowjets unserer Botschaft eine Verbalnote des Auswärtigen Amtes zurück, in der die Bundesregierung den Beitritt Ostberlins zum Haager Zusatzprotokoll für rechtsunwirksam bezeichnete[10]. Diese Zurückweisung stellt zwar keine Überraschung dar, doch unterstreicht dieser Schritt die Entschlossenheit Moskaus, seine Zwei- bzw. Dreistaatentheorie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln international durchzusetzen. Davon werden sich die Kreml-Herren auch durch die Sprecher-Erklärung der Bundesregierung vom Montag kaum abhalten lassen[11]. Dabei nimmt man in der sowjetischen Regierung offenbar in Kauf, daß sich die Beziehungen zur Bundesrepublik allmählich auf einen Nullpunkt zu bewegen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 197

der vierten Besatzungsmacht, der UdSSR. Zur Deutschlandpolitik meinte Schollwer, der 17. 12. und die dort abgeschlossene Passierscheinregelung hätten gezeigt, wo heute der Hebel angesetzt werden kann und muß.

[10] Die DDR war dem Haager Zusatzprotokoll des Jahres 1955 zur Warschauer Konvention über den internationalen Luftverkehr von 1925 beigetreten. Am 21. 2. 1964 hatte die Bundesregierung der Sowjetunion in einer Note mitgeteilt, die DDR sei kein Teilnehmerstaat des Haager Protokolls geworden. Am 20. März sandte das sowjetische Außenministerium diese Note Bonns zusammen mit einer Antwortnote zurück, in der ein gegenteiliger Standpunkt vertreten wurde.

[11] Lt. *Die Welt* vom 26. 3. 1964 („Bonn spricht von Sowjet-Propaganda") hatte ein Regierungssprecher „vier Realitäten" aufgezählt, so den Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung, die Meinung, daß „die Zonenregierung ... kein lebensfähiges Gebilde" sei, die Bemühungen Bonns um bessere Beziehungen zu „den Staaten des Ostens" und den Willen der Bundesregierung, „sich weder zur Polemik noch zur Kapitulation verführen zu lassen."

Ostersamstag, den 28. März 1964

Schickte heute Bender verabredungsgemäß meinen ersten Rundfunk-Kommentar. Thema: Moskau-Peking-Konflikt. B. hatte mich am vergangenen Mittwoch bei einem Essen im Königshof um gelegentliche Mitarbeit am WDR gebeten. Dabei berichtete er mir über seine jüngste Reise in die Zone und die Argumente seiner dortigen Gesprächspartner. Benders Beobachtungen bestätigen meine (und seine) Auffassungen über die Notwendigkeit einer neuen Deutschlandpolitik.

Donnerstag, den 2. April 1964

Am Nachmittag berichtete der wiedergenesene Mende dem Geschäftsführenden Vorstand Merkwürdiges: Erhard habe den Plan gehabt, die chemische Industrie in der Sowjetunion mit deutschen Mitteln aufzubauen, gegen eine Freigabe der Zone durch die Sowjets. Doch die Leute um Adenauer und von Guttenberg hätten ihm das Projekt kaputt gemacht. Mende seinerseits habe die Schaffung eines Bundesamtes für innerdeutsche Kontakte vorgeschlagen, mit vielen Fachressorts und von einem Ministerialdirektor oder Botschafter geleitet. Aber auch dieser Plan sei gescheitert. Als Positivum registrierte Mende dagegen die Lockerung der von den Alliierten im Herbst 1961 verfügten Reisebeschränkungen für Bewohner Mitteldeutschlands[12]. Die Partei sitzt finanziell noch immer in der Tinte: Rubin berichtete von derzeit 950000 DM Bankschulden.

Mittwoch, den 8. April 1964

Mein bewußt pessimistischer fdk-Kommentar zur Wiederaufnahme der Passierscheinverhandlungen hat in der heutigen Presse ein ungewöhnlich breites Echo gefunden. Kaum ein Blatt, das nicht mehr oder minder ausführlich zitiert. Wie die *Saarbrücker-Zeitung* dazu mitteilte, hatte dieser Artikel in CDU/CSU-Kreisen „ziemliche Erregung" hervorgerufen. Da Mende auf einer Wahlkampfreise in Baden-Württemberg ist, habe die CDU ihn nicht sofort fragen können, „gegen wen seine Partei hier eigentlich polemisiere" (das dürfte doch wohl klar sein!). Wie das Blatt weiter berichtet, dürfte Erhard in der nächsten Kabinettssitzung Erich Mende „um entsprechende Aufklärung ersuchen". Dazu schien zunächst auch eine Erklärung Mendes in Neustadt zur weiteren Tätigkeit von ostzonalen Postangestellten in West-Berlin zu gehören, die die CDU alarmierte und Mende einige Stunden darauf zu einer Richtigstellung veranlaßte. Sie be-

[12] Kurz vor Ostern hatte das „Allied Travel Board" in Berlin verfügt, die Ausgabe von Genehmigungen an DDR-Bürger zu Reisen in NATO-Länder zu erleichtern und hoben damit die restriktive Handhabung des Ausgabeverfahrens wieder auf, die nach dem Bau der Mauer 1961 eingeführt worden war.

deutet freilich ein volles Einschwenken auf den CDU-Kurs[13]. Wie soll sich da noch einer in unserer Berlin-Politik zurechtfinden.

Beim Mittagessen mit Hohler im „Adler" berichtete mir der Schweizer Journalist über jüngste Gespräche mit Wehner und Barsig. Dabei soll letzterer ausnahmsweise freundliche Worte für die FDP gefunden haben. H. teilte ferner mit, der Chefredakteur der *Gewerkschaftlichen Monatsblätter* sei wegen des Wehner-Kurses in der Deutschlandfrage und dessen Rückwirkungen auf das Blatt zurückgetreten. – Gestern abend Vortrag vor dem Bonner Seniorenkreis über die Deutschlandfrage. Auch hier bei der Mehrheit der Teilnehmer Bereitschaft zum Überdenken bisheriger Positionen deutlich erkennbar.

Sonntag, den 12. April 1964

Vor dem Bundesvorstand gab Mende am Freitag in Karlsruhe einen ausführlichen Bericht über die Umstände seines Zurückweichens in der Passierscheinfrage. Mit Sätzen wie: „Erhard bestimmt die Richtlinien der Politik" oder: „die Entscheidung liegt beim Kanzler" versuchte M. alle Verantwortung für das Scheitern der Gespräche von sich auf den Regierungschef abzuwälzen. Auch seine Bemerkung, es handele sich hier doch nur um „eine Randfrage der Deutschlandpolitik" vermochte nicht zu erklären, warum unser Vorsitzender es für zwecklos hält, für seine andersartigen Überzeugungen im Kabinett zu kämpfen. Darauf machte auch Borm aufmerksam[14]. Scheel meinte suffisant, auch Erhard sei umzustimmen, es komme nur darauf an, *wer* mit ihm redet „und mit welcher Intensität". Mende nahm diesen Hieb ohne erkennbare Wirkung. Genscher, durch heutige Presseberichte beunruhigt, forderte, der Bundesvorstand solle sofort in eine Debatte über Außen- und Deutschlandpolitik eintreten, damit der Eindruck, daß es in der FDP unterschiedliche Meinungen gibt, aus der Welt geräumt werden kann. Der Hauptausschuß müsse am Samstag dazu eine Entschließung verabschieden.

Eine Grundsatzdiskussion fand jedoch nicht statt, sondern nur eine erneute Auseinandersetzung darüber, wie unser Beschluß vom 14. Januar zu werten sei. Die Vorstandsmehrheit interpretierte diese Erklärung als eine klare Option der FDP für eine Wiederholung der Vereinbarung vom 17. Dezember. So ergriff Mende schließlich die Flucht nach vorn und ver-

[13] Mende soll in Neustadt erklärt haben, seine Partei sei nach wie vor der Auffassung, daß man sowjetzonale Postbeamte ruhig in West-Berlin Passierscheinanträge entgegennehmen lassen solle, wenn die Zone darauf bestehe, denn mit einer solchen Regelung werde die DDR nicht aufgewertet. Richtiggestellt wurde, Mende habe gesagt, daß für die Zukunft „eine Tätigkeit Ost-Berliner Postangestellter in Passierscheinstellen in West-Berlin nicht mehr hingenommen werden" könne.

[14] Borm monierte, Mende sei als FDP-Vorsitzender doch der Meinung gewesen, daß die Bedenken der Bundesregierung gegen eine Wiederholung der Passierscheinregelung vom Dezember nicht berechtigt seien.

langte selbst eine Vorstandsentschließung, in der Passierscheine und weitergehende Vereinbarungen gefordert werden und mit der Kühlmann zum Kanzler gehen könne. Nachdem M. noch eine überraschend optimistische Prognose für Passierscheine und gesamtdeutsche Kommissionen innerhalb der nächsten sechs Monate (!) gegeben hatte, zog sich eine kleine Redaktionskommission zur Formulierung des Vorstandsbeschlusses zurück.

Als wir mit unserem Entwurf zurückkehrten, war man beim Thema Kompetenzen für das Mende-Ministerium angelangt. Tendezen, diese auf das Bundeskanzleramt zu übertragen, wurden von Hoppe, Weyer, Starke und Rubin scharf kritisiert[15]. W. schlug vor, in den Länderregierungen entsprechenden Druck auszuüben, „um eine solche verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern".

Am nächsten Morgen bereitete der Vorstand den kommenden Parteitag vor. Man stritt eine Zeitlang, ob der Außenpolitische Arbeitskreis in Duisburg öffentlich tagen solle oder wegen der „heiklen deutschlandpolitischen Fragen" (Hoppe) lieber nicht. Genscher wies auf die Gefahr hin, daß Vertraulichkeit die Presse zu allerlei Spekulationen ermuntern würde – also entschied man sich für Öffentlichkeit, nicht ohne zuvor Arbeitskreis-Erfahrungen in München kontrovers diskutiert zu haben. Keine Vorstandssitzung mehr ohne einen gereizten Wortwechsel zwischen Mende und Dehler.

Mißmut herrschte zunächst auch beim nachfolgenden Hauptausschuß. Man biß sich sogleich am Lübke-Thema fest, rief nach einem FDP-Kandidaten für das Präsidentenamt. Zoglmann wies auf Jagdfreund Gerstenmeier als Lübke-Nachfolger hin, Mende erregte sich über den Vorschlag Zoglmanns und Barowskis, gegebenenfalls mit der SPD gemeinsame Sache zu machen, bis die Debatte wie üblich versandete; niemand wußte einen Ausweg. Zur Passierscheinfrage gab es übrigens kaum eine Wortmeldung.

Donnerstag, den 23. April 1964

Auf der heutigen Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes berichteten Glahn und von Nottbeck über lebhafte Kritik in ihren Landesverbänden an der Einstellung des *Freien Wort*. Am späten Nachmittag besuchte mich Parteifreund Stubbe aus der Rechtsabteilung des AA. Er nimmt, wie er mir sagte, seit einiger Zeit nicht mehr an den Sitzungen des Fraktionsarbeitskreises teil, weil ihm Achenbachs Monologe und illusionäre Theorien auf die Nerven fielen. St. hält eine eingehende Beratung unserer außenpo-

[15] Starke: „Was Mende vorgetragen hat hinsichtlich der Richtlinien-Gewalt des Kanzlers, das kann die Partei nicht akzeptieren"; Hoppe wandte sich mit Schärfe gegen jeden Versuch, „die politischen Kompetenzen des Mende-Ministeriums praktisch dem Bundeskanzler zuzuteilen"; und Rubin meinte im Hinblick auf die Kompetenzen des von der FDP geforderten Bundesamtes für innerdeutsche Kontakte: „Hier ist eine fundamentale Koalitionsfrage gegeben."

litischen Linie für dringend erforderlich und schlägt zu diesem Zweck die Bildung eines Sachverständigengremiums vor.

Da dürfte wohl A. nicht mitspielen.

In der Ost-West-Politik gab's zum Wochenbeginn wieder einen kleinen Fortschritt: Johnson und Chruschtschow beschlossen, die Produktion von spaltbarem Material für militärische Zwecke in ihren Ländern einzuschränken. Nach der direkten Fernsprechverbindung zwischen den beiden Supermächten und dem Teilabkommen über einen Teststopp im Jahre 1963 ist das der dritte Beitrag zur Ost-West-Entspannung nach der Kuba-Krise. Zugleich aber ist dieser Vorgang auch eine Warnung an jene politischen Kräfte in unserem Lande, die glauben, jeden Fortschritt in der Ost-West-Politik von einer Lösung der deutschen Frage abhängig machen zu können.

Dienstag, den 28. April 1964

Zu Beginn ihrer Sitzung erörterte heute die Fraktion kurz das Wahlergebnis vom Sonntag in Baden-Württemberg[16]. Die wesentlich erhöhte Wahlbeteiligung gegenüber 1960 brachte uns zwar einen Zuwachs von 13000 Stimmen, zugleich aber auch den Verlust von 2,7 Prozent im Stimmenanteil. Auffallend ist, daß in vier von fünf Stuttgarter Wahlkreisen absolute Stimmenverluste zu verzeichnen sind. Offenbar ist das alte FDP-Wählerreservoir zum Teil Herrn Erhard zuliebe zur CDU gegangen[17]. Dehlers Kritik scheint also insofern berechtigt: Wenn die FDP Erhard lobt und nicht angreift, ist sie verloren.

Donnerstag, den 30. April 1964

Die *Stuttgarter Zeitung* hat gestern als Folge des Ausgangs der Landtagswahlen eine „engere Anlehnung der Freien Demokraten an ihren Bonner Koalitionspartner" vorausgesagt; die FDP-Führung wolle künftig auf Abgrenzungsversuche zur CDU/CSU weitgehend verzichten. Zwischen Mende und Erhard laufen bereits Gespräche über die Fortsetzung der CDU/FDP-Koalition in Stuttgart „in alter Form". M. sieht darin ein Ele-

[16] Bei den Landtagswahlen am 26.4. in Baden-Württemberg erhielt die CDU 46,2% der Stimmen (gegenüber 39,5 im Jahre 1960), die SPD 37,3 (35,3) und die FDP 13,1 (15,8).

[17] In einem Analyse-Papier Moerschs vom 30.4.1964 zum Ausgang der Wahlen („Die Ausgangslange bei der Landtagswahl") wird zwar bestritten, daß eine so motivierte Wählerwanderung „in erheblichem Umfange" stattgefunden habe, doch gleichzeitig betont, „daß von der Führungsspitze in Baden-Württemberg überhaupt nichts unternommen wurde, um diesen Erhard-Feldzug entweder zu stoppen oder aber in seiner Wirkung zu begrenzen. Man war dieser Methode hilflos ausgeliefert, auch den ziemlich unverschämten Bemerkungen Erhards." In Wahrheit führte Erhard „den Feldzug gegen die FDP", indem er sie ignorierte, „alle Verdienste der CDU zuschrieb und nur eine Alternative zwischen CDU und SPD gelten lassen wollte." (Text bei den Handakten Schollwers, ADL 6954/43).

ment der „Klimaverbesserung" zwischen den Bonner Koalitionen. Wegen der wiederum schlechten Beteiligung wurde beschlossen, den Geschäftsführenden Vorstand künftig nur noch alle vierzehn Tage einzuberufen. Die von Weyer geforderte Aktivierung der Vorstandsspitze hat noch keine zwei Monate angedauert.

Montag, den 4. Mai 1964

Mende sprach sich heute morgen im „Team" für eine Koalition mit der CDU auch nach den kommenden Bundestagswahlen aus; diese Absicht sollten wir den Wählern rechtzeitig mitteilen. Zugleich müsse die FDP dem Wahlvolk die Kanzlerschaft Erhards und den Außenminister Schröder auch in der 5. Legislaturperiode garantieren. Können wir das?

Samstag, den 9. Mai 1964

Mendes heutiges *Bild*-Interview zeigt einen „gesamtdeutschen" Minister, der sich von Leuten wie Barzel nur noch in Nuancen unterscheidet.

In drei Tagen soll auf der NATO-Frühjahrstagung erneut versucht werden, das festgefahrene Allianz-Boot wieder flott zu machen. Das Unvermögen der Partner, sich auf ein gemeinsames Konzept zur Bewältigung der aktuellen weltpolitischen Probleme zu einigen, ist beängstigend. Weder in der Asien-, noch in der Osteuropa- und Deutschlandpolitik gibt es zur Zeit eine Plattform, auf die sich ausnahmslos alle Partner der NATO stellen würden. Kein Wunder, daß so die Initiative der Bundesregierung in der Deutschlandfrage kaum noch eine Chance hat, Gegenstand eines gemeinsamen Schrittes der Westmächte gegenüber Moskau zu werden[18].

Ob dafür allerdings bevorstehende Wahlen in den USA und Großbritannien verantwortlich zu machen sind, wie die *Welt* heute meint, ist sehr zu bezweifeln. Denn Frankreich, in dem nicht gewählt wird, ist von der deutschen Initiative genau so wenig entzückt wie die Angelsachsen.

Montag, den 11. Mai 1964

Bei Punkt 1 der Tagesordnung mußten wir Mitarbeiter das Fraktions-Sitzungszimmer verlassen; der Bundesvorstand wollte den jüngsten Fall Dehler unter sich diskutieren. Zweieinhalb Stunden beschäftigten sich die Vorstandsmitglieder hinter verschlossenen Türen mit einem Brief D.'s sowie dessen letzten öffentlichen Reden[19]. Dann erörterte man in unserem Beisein das Stuttgarter Fiasko. Haußmann, Berichterstatter zum Tagesord-

[18] Es handelt sich um das Memorandum vom 8. 8. 1963. Vgl. Anmerkung 12, S. 188).

[19] Am 22. 4. hatte Dehler auf einer Wahlversammlung in Rastatt Ludwig Erhard vorgeworfen, in der Röhren-Embargo-Angelegenheit gelogen zu haben und in der Deutschlandpolitik die „senile Politik" Adenauers fortzuführen. Der Bundesvorstand der FDP bedauerte und mißbilligte die Äußerungen Dehlers am 27. 4. und erhielt daraufhin von Dehler einen Protestbrief (ADL, Nachlaß Dehler, N 1–527).

nungspunkt, versuchte die Niederlage zu bagatellisieren und seine eigene Unschuld am Ergebnis nachzuweisen. Unter Zustimmung der Vorstandsmehrheit meinte Kühlmann jedoch, für ihn sei Baden-Württemberg eine „absolute Testwahl" gewesen; deshalb sei eine sehr genaue Analyse ihres Resultats dringend geboten.

Gegen sieben Uhr abends war man dann wieder bei der Außen- und Deutschlandpolitik angelangt. Rubin und Kohl forderten innerhalb der FDP eine Klärung der gesamtdeutschen Politik; Kohl plädierte in diesem Zusammenhang für eine Klausurtagung. Kühlmann kritisierte mit Schärfe die unterschiedlichen Erklärungen prominenter FDP-Leute zu außenpolitischen Fragen: „Die einen sind für, die anderen gegen Europa – das habe ich satt!". Dem schloß sich eine kurze aber erregte Diskussion über die Frage an, wieweit Europa mit Wiedervereinigungspolitik zu vereinbaren sei. Eine Einigung wurde nicht erzielt.

Dienstag, den 19. Mai 1964

Mende hat sich am Samstag über *Rias*-Berlin zum Pfingsttreffen der FDJ und zur Deutschlandpolitik in einer Weise geäußert, die mich voll befriedigte, in Ostberlin jedoch deutliche Unmutsäußerungen hervorrief. Die Erinnerung an frühere Hitlerjugend-Treffen ist für die SED gewiß höchst verdrießlich, m. E. aber durchaus berechtigt.

Nicht nur bei uns, auch bei der CDU/CSU und den Sozialdemokraten gibt es zur Zeit keine einheitlichen Auffassungen zur Außen- und Deutschlandpolitik. Die Auseinandersetzungen zwischen der Schröder-Gruppe und dem Strauß-Flügel nehmen immer mehr an Schärfe zu. Nun haben auch die Sozis ihren Beitrag zum parteiinternen Meinungsstreit geliefert. Brandts „gaullistische" Rede in New York ist nach dem vehementen Antigaullismus auf der SPD-Tagung in Bad Godesberg recht sonderbar[20]. Vielleicht braucht nun auch die SPD eine „Tegernseer Klausur", freilich eine mit mehr Aussicht auf Erfolg[21].

Dienstag, den 26. Mai 1964

Die außenpolitischen Vorbereitungen zum Parteitag nehmen einen ärgerlichen Verlauf. Trotz meines wiederholten Widerspruchs will Achenbach in

[20] Brandt hatte in New York vor der Foreign Policy Association erklärt: „Wir hätten Grund, uns der Tatsache bewußt zu werden, daß de Gaulle mit Kühnheit und Eigenwilligkeit auf seine Weise das Undenkbare denkt und begonnen hat, daraus Folgerungen zu ziehen. Manchmal frage ich mich als Deutscher, warum eigentlich nur er?" (ADG, 11 229 f.) Auf dem Außerordentlichen SPD-Parteitag in Bad Godesberg am 15. und 16. 2. hatten sich führende SPD-Vertreter noch außerordentlich kritisch über die Politik de Gaulles geäußert.

[21] Am 19. 5. begannen in Erhards Haus am Tegernsee unter strengster Geheimhaltung Gespräche des Kanzlers mit dem amtierenden CDU/CSU-Fraktionschef Barzel und mit CSU-Chef Strauß über die Außenpolitik der Union, die am Tag darauf durch eine Unterredung mit Schröder fortgesetzt wurden.

Duisburg seine obligate Friedenskonferenz erneut ins Spiel bringen. Mende laviert, stimmte aber gestern dann doch Achenbach mit dem Vorbehalt zu, daß wenigstens nicht mehr von einer „unverzüglichen" Einberufung dieser sinnlosen Unternehmung gesprochen werden soll. Dafür konzessierte M. freilich einen Verzicht auf seine Formel von der langfristigen Lösung der deutschen Frage. Dieser „Kompromiß" steht natürlich im Widerspruch zu den Beschlüssen der Bundestagsfraktion vom 14. Januar. Darauf habe ich heute Friderichs in einem ausführlichen Aktenvermerk hingewiesen, aber auch Mende teilte ich schriftlich meine Bedenken gegen die von A. beabsichtigte Aussage mit[22]. Ich habe dabei M. auf mögliche koalitionspolitische Konsequenzen hingewiesen.

In der dieser Vorbesprechung vorangehenden Fraktionssitzung kündigte sich das Desaster bereits an. Mende hatte seinen „Rückzugstag". Er verbrannte alle Brücken zu einer realistischen Deutschlandpolitik und wies gegenüber Kritikern von rechts (z. B. Ertl) rechtfertigend auf sein fragwürdiges *Bild*-Interview hin. Wiederum wurde in der Fraktion der Ruf nach einer baldigen außenpolitischen Klausurtagung laut. Als dann Achenbach seine bekannten deutschlandpolitischen Thesen vertrat, lehnte Mende zunächst noch die Forderung nach Wiederholung der Münchner Formel ab, um sie in der anschließenden Vorbesprechung für Duisburg dann doch noch mit gewissen Einschränkungen zu schlucken[23].

Donnerstag, den 28. Mai 1964

Heute nachmittag, kurz vor Beginn der Vorstandssitzung, versicherte mir Mende unter vier Augen, ich hätte mit den in meinem Brief dargelegten Bedenken gegen das Achenbach'sche Konzept „völlig recht"; wir könnten vom Prinzip der Viermächte-Verantwortung nicht abgehen. Doch in der anschließenden Sitzung kämpfte er für diese seine Überzeugung nicht. Obwohl Kühlmann in erfreulicher Deutlichkeit gegen Achenbachs Konzept

[22] Vermerk für Dr. Friderichs, betreffend „Vorbereitung des Arbeitskreises I" vom 26. 5. 1964. Darin heißt es u. a.: „Die Friedenskonferenz soll, jedenfalls nach Vorstellungen Dr. Achenbachs, an die Stelle der von der Bundesregierung und allen deutschen Parteien vorgeschlagenen ständigen Vier-Mächte-Deutschlandkonferenz treten" (Handakten Schollwers, ADL 6954/43, ebenso der Brief d. Verf. an Dr. Mende vom 26. 5. 1964). In diesem Brief heißt es u. a.: „Sollte sich der Parteitag auf der von Dr. Achenbach vorgezeichneten Linie bewegen, so wäre m. E. eine schwere Krise zwischen dem Bundeskanzler Erhard und seinem Stellvertreter unausbleiblich ... Ich jedenfalls weiß nicht, wie ich der Presse die Identität zwischen dem Wollen Dr. Achenbachs und der von Ihnen gemeinsam mit dem Bundeskanzler vertretenen Politik klarmachen soll."

[23] Die am 2. 7. 1963 von dem Außenpolitischen Arbeitskreis des Münchener Parteitages vorgelegte und dann auch vom Plenum verabschiedete Entschließung enthielt unter Punkt 1 die Forderung nach dem unverzüglichen Zusammentreten „einer Deutschlandkonferenz mit dem Ziel, eine dauerhafte Friedensregelung für ganz Deutschland herbeizuführen." Tagungsort dieser Konferenz sollte „die deutsche Hauptstadt Berlin" sein.

Stellung genommen hatte, behauptete M. ausweichend, er könne keinen Widerspruch zwischen den Auffassungen dieser beiden Parteifreunde erkennen (!).

Zuvor beschäftigte man sich mit dem für Duisburg erneut geplanten Parteitagsdienst der Jungdemokraten[24]. Mende drohte, von seinem „Hausrecht" Gebrauch zu machen, doch Holl, Starke und Borm warnten vor dramatischen Schritten.

Auch bei der erneuten Diskussion über die Präsidentenwahl wollte M. wieder mal alles offen lassen, beschwor die Gefahr einer schwarz-roten Koalition und ereiferte sich, weil Effertz angeblich von der Wahl eines SPD-Kandidaten durch die FDP gesprochen haben soll. Doch die Vorstandsmehrheit war des Taktierens und Lavierens müde. Ein Vorschlag Genschers, bei Festhalten der CDU an Lübke der Fraktion der Bundesversammlung die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu empfehlen, fand – von einer Enthaltung (Haas) abgesehen – die einstimmige Billigung des Vorstandes[25].

Donnerstag, den 4. Juni 1964

Dieser Parteitag war ein ziemlicher Reinfall, voller Komplikationen, ohne klare Linie und mit vielen enttäuschenden Ergebnissen. Nur ganz zu Beginn, nach den endlosen Begrüßungsreden, kam für kurze Zeit Stimmung auf: als Mende die Kandidatur Buchers für das Präsidentenamt verkündete[26]. Minutenlanger Beifall, ein verlegen dreinschauender Kandidat – alles schien gerührt. Das war dann aber auch schon der Höhepunkt der dreitägigen Veranstaltung in der Duisburger Mercatorhalle. Denn selbst Mendes, im außen- und deutschlandpolitischen Teil im großen und ganzen ausgewogenes Referat bot vor allem durch sonderbare Formulierungen bei der Koalitionsaussage berechtigten Anlaß zur Kritik[27]. Jungdemo-

[24] Die Jungdemokraten beabsichtigten – wie schon 1963 in München – auch in Duisburg einen eigenen Parteitagsdienst herauszugeben. DJD-Vorsitzender Karl Holl bat den Vorstand, nichts gegen die Verbreitung dieses Dienstes zu unternehmen. Mende erklärte jedoch, er wolle den Antrag stellen, daß dieser Dienst nicht verteilt werden darf, nachdem in München „hämische Angriffe gegen die FDP zu verzeichnen waren." – Diese Angriffe richteten sich jedoch nahezu ausschließlich gegen Mende selbst.

[25] Genschers Vorschlag bestand aus drei Teilen: 1. Die FDP lehnt Lübke ab; 2. Die FDP ist nach wie vor für einen Gemeinschaftskandidaten, den die CDU benennen sollte; 3. Wenn die CDU/CSU jedoch an Lübke festhält, wird der Bundesvorstand der Fraktion der Bundesversammlung empfehlen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

[26] Am 31.5. hatte der Bundesvorstand in Duisburg die Kandidatur von Bundesjustizminister Bucher für das Amt des Bundespräsidenten einstimmig gebilligt.

[27] Schollwer kritisierte folgende Passagen der Rede: „Es wird an uns liegen, unsere Mitbürger bis zum Herbst 1965 darüber aufzuklären, daß man erst recht FDP wählen muß, wenn Professor Erhard an der Spitze dieser Regierung bleiben und kein Übergangskanzler gewesen sein soll; daß man erst recht FDP wählen muß, wenn

kraten und viele Delegierte sehen für ihre Partei offenbar wesentlichere Aufgaben als die einer Art Schutztruppe für die vom rechten Unionsflügel bedrängten CDU-Herren Erhard und Schröder. Mende-Stellvertreter Weyer meldete in seinem Schlußwort ebenfalls deutliche Zweifel an der Weisheit des Vorsitzenden in dieser Sache an.

Mißlich waren auch Verlauf und Ergebnis der Sitzung des Außenpolitischen Arbeitskreises am Dienstag. In der Vorstandssitzung am Samstagnachmittag hatte sich Achenbach zwar mit seiner „Friedenskonferenz" bei der Mehrheit nicht durchsetzen können, nachdem nur Kühlmann Argumente Schröders und die meines Positionspapiers entgegengehalten hatte. Später machten sich K. und Zoglmann daran, das Redemanuskript Achenbachs zu entschärfen, wenn auch wohl nicht in ausreichendem Maße. So tönte A. vor dem Arbeitskreis letztlich in der seit Jahren bekannten Weise, in der anschließenden Debatte u.a. von Rahn, Dehler, Ertl und Haas zur Fortführung seines illusionären Kurses lebhaft ermuntert. Dehler – mit demonstrativem Beifall begrüßt – ließ es sich nicht nehmen, alle Kritiker Achenbachs (die es in der Diskussion gottlob auch gab) mit dem Adjektiv „resignativ" zu versehen und so als belanglos abzuqualifizieren.

Mende und Kühlmann sagten übrigens während der Diskussion im Arbeitskreis kein Wort. Doch war der Vorsitzende immerhin bereit, tags darauf in einem Arbeitskreisbericht vor dem Plenum – meinem Vorschlag entsprechend – die Achenbach-Formel von der Einberufung einer Deutschlandkonferenz noch weiter abzuschwächen[28]. So konnte wenigstens das Schlimmste verhindert werden.

Drei unvorhersehbare Ereignisse trübten das Bild dieses Kongresses zusätzlich: Am Montag erlitt Leverenz in Duisburg einen Herzinfarkt; er mußte im bedenklichen Zustand in ein Krankenhaus gebracht werden. Am Dienstag meldeten die Agenturen den unmittelbar bevorstehenden Übertritt Stammbergers zur SPD, angeblich, um dadurch einen Wieder-

Fortsetzung Fußnote von Seite 206

Schröder seine beweglichere Außenpolitik weiterführen und nicht einem CSU-Abgeordneten Platz machen soll; daß man erst recht FDP wählen muß, um die gegen Erhard und Schröder gerichtete Opposition in der eigenen Partei in Schach zu halten." (ADL, Bestand Bundesparteitag, A 1–251).

[28] Achenbach hatte am 2.6. in seiner Rede („Gedanken zu Freiheit und Einheit") vor dem Arbeitskreis unter Beifall angeregt, der Bundesparteitag möge den Außenminister und den Bundeskanzler auffordern, „im Sinne unserer Münchener Beschlüsse eine Note an die vier Mächte zu richten mit der Aufforderung, für einen Zeitpunkt bald nach den Wahlen in den beiden angelsächsischen Ländern eine Deutschland-Konferenz einzuberufen mit dem Ziel, nun beinahe 20 Jahre nach Abschluß der Feindseligkeiten zu einem gerechten Frieden auch zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu kommen." – Demgegenüber erklärte Mende am 3.6. vor dem Parteitagsplenum in seinem Bericht über die Arbeitskreissitzung: „Der Referent ... forderte die Bundesregierung auf, zum gegebenen Zeitpunkt (!) Vorschläge für die Einberufung einer Deutschlandkonferenz zu machen."

aufstieg des Herrn Strauß zu verhindern. Am gleichen Tage ritt Dolf Sternberger in der *FAZ* eine üble Attacke gegen unseren Präsidentschaftskandidaten Bucher, die gestern von Dehler mit beißender Schärfe zurückgewiesen wurde[29].

Bei den Vorstandswahlen am Mittwoch gab es einen leichten Ruck nach links. Dabei schnitt Mende wiederum schlecht ab. 71 Delegierte gaben ihm nicht ihre Stimme, seine Stellvertreter, Rubin und Hoppe erzielten ein besseres Ergebnis als der Parteivorsitzende. Doch Mende ließ sich seine gute Laune dadurch nicht nehmen.

Montag, den 8. Juni 1964

Morgens im Team warnte Mende davor, sich gegen eine Regierungsbeteiligung bei absoluter Mehrheit der CDU auszusprechen. M. plädierte zudem für eine Personalisierung des Wahlkampfes. Damit erweist sich unser Vorsitzender erneut als Nur-Taktiker, dem Sachaussagen im Grunde wohl eher gleichgültig sind. Leider unterstützte Genscher diese Absichten Mendes bis zu einem gewissen Grade.

Am Samstag haben sich die Sozialdemokraten auf einer Tagung in Bonn für den Präsidentschaftskandidaten Lübke entschieden. Offenbar soll L. sie dafür ins Brautbett der CDU bringen. Eine feine Opposition.

Dienstag, den 9. Juni 1964

Auf der heutigen Fraktionssitzung berichtete Achenbach über das Samstagsgespräch beim Bundeskanzler. Man sei sich einig gewesen, die Atmosphäre zwischen Bonn und Moskau zu verbessern. Auf Vorschlag Zoglmanns sollten Parlamentarier zur „Erkundung" nach Moskau fahren. Nach Erhards Ansicht habe die multilaterale Atommacht eine „integrierende Wirkung" im Westen, sie ärgere aber die Russen, die laut aufschrien.

Achenbach habe deshalb gebeten, zu überdenken, ob ein Festhalten an der MLF[30] nicht auch Nachteile für Bonn bringen könne. Ganz allgemein beabsichtige die Bundesregierung – so Achenbach – im Moment nicht, „etwas Kräftigeres zu tun"; sie sei gegen spektakuläre Schritte (damit war offensichtlich A.'s Friedenskonferenz gemeint). Achenbach habe erwidert,

[29] „Ein Prestige-Kandidat" – in *FAZ* vom 2.6.1964. Darin heißt es: „Die Freie Demokratische Partei präsentiert einen Fünfzigjährigen, der als junger Mann von der Hitlerjugend dekoriert worden ist und der Parteigenosse war. – Dazu Dehler am 3. Juni vor dem Parteitagsplenum: „Dieser merkwürdige Professor für politische Wissenschaften (Dolf Sternberger – d. Verf.) kennt nicht die Maximen unseres Verfassungsrechts und der Rechtssprechung unseres obersten Gerichts ... Ich habe den Untertitel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* „Zeitung für Deutschland" mit einem Fragezeichen versehen (Beifall). Ich habe noch etwas Härteres gesagt: ‚Zeitung gegen Deutschland'".

[30] MLF = Multilateral Force, das von Kennedy vorgeschlagene Projekt einer multilateralen Nuklearstreitmacht der NATO.

wenn man weiterkommen wolle, müsse man am Tisch sitzen. A.'s Fazit des Gesprächs: Bundesregierung versucht, „in einer guten Richtung Atmosphäre zu schaffen", sie will die Handelsmissionen „effektiv gestalten"; das sei zu begrüßen, meinte der Arbeitskreisvorsitzende.

Moersch ist heute mit Erhard nach Kanada und in die USA geflogen. Er will insbesondere des Kanzlers Bemühungen beobachten, Entspanungs- und Wiedervereinigungspolitik wieder unter einen Hut zu bringen[31]. Das wird nicht leicht sein.

Donnerstag, den 11. Juni 1964

Kaum hatten Erhard und Schröder den Boden der Bundesrepublik verlassen, liefen Strauß und Guttenberg auch schon gegen die offizielle Außenpolitik der Bundesregierung Amok. Der CSU-Boß schoß von Chicago her gegen Erhard und die amerikanische Entspannungspolitik quer, der Herr Baron gab aus München gaullistisch Laut[32]. Der Waffenstillstand vom Tegernsee währte noch nicht einen Monat. Erhard, werde endlich hart!

Gestern, bei einem Podiumsgespräch in der Godesberger Stadthalle, gab der CDU-Vertreter Eichelbaum ein Musterbeispiel für illusionäres Denken in seiner Partei. Bei der Erörterung der Frage, ob eine innerdeutsche Entspannung möglich sei, meinte E., es gäbe zwischen den beiden Teilen Deutschlands überhaupt keine Spannungen, sondern lediglich zwischen dem deutschen Volk und dem SED-Regime. Ebenso bestritt der CDU-MdB jede geistige oder politische Auseinanderentwicklung im ge-

[31] Moersch hat nach seiner Rückkehr aus den USA dem Fraktionsvorstand in einem vertraulichen Bericht vom 16.6. seine Eindrücke über diese Reise u.a. wie folgt übermittelt: „Zweifellos waren die Kanadier irritiert von der Formel ‚Entspannung durch Wiedervereinigung' (sie soll übrigens von Barzel stammen).
Erhard hat dann auch, ebenso wie Hase, die Umkehrung der Formel vorsichtig für möglich erklärt, was auch nicht ganz überzeugend war nach dem Bonner Auftakt vor der Reise ... Die Rede (Erhards) in New York ... (ergab) eine seltsame Mischung von starken Worten in der Sprache des Kalten Krieges und freundlichen Worten für eine mögliche Entspannungspolitik. Die Rede soll wiederholt geändert worden sein. Ich kann nur vermuten, daß Herr Barzel seine Hand im Spiel hatte ...
In Washington war das Bemerkenswerteste der Rückzug Erhards in der China-Frage und die Distanzierung von der eigenen Formel ‚Entspannung durch Wiedervereinigung'! ... Das seltsamste an dem ganzen Unternehmen war die Parallelität zu dem Strauß-Besuch.
Mein Eindruck: die Amerikaner waren etwas verwirrt und bekamen Zweifel an Erhards Machtstellung innerhalb seiner Partei." (Exemplar bei den Handakten Schollwers, ADL 6955/44).

[32] Strauß hatte sich in Chicago gegen die von Erhard und Schröder vertretene „Politik der Bewegung" gewandt, die auf nichts anderes hinauslaufe, als „auf Erfüllung der Kommunistischen Forderungen" (*Bonner General-Anzeiger* vom 12.6.1964). Guttenberg hatte in einem Rundfunkinterview erklärt, Europa dürfe nicht „auf die Dauer, nicht für die nächsten und kommenden Jahrzehnte in völliger Abhängigkeit von den Sicherheitserwägungen und Sicherheitsentschlüssen" der USA bleiben (*Saarbrücker Zeitung* vom 12.6.1964).

teilten Deutschland. Wenn das die Unionsanalyse der deutschen Frage ist, braucht man sich über deren völlige Passivität in der Deutschlandpolitik nicht zu wundern.

Kritik an der FDP übte Dübber, der Mende (und auch von Hase) wegen deren Äußerungen zu innerdeutschen Kontakten rügte; sie machten damit alles kaputt. Privat äußerte sich auch Blessing mir gegenüber besorgt, weil Mendes Staatssekretär Krautwig in *Rias* noch immer Kalte-Kriegs-Reden halte, während sich der Minister um zeitgemäße Aussagen zur deutschen Frage bemühe.

Montag, den 22. Juni 1964

Gestern bei den Jungsozialisten in Stenden bei Krefeld. Nach meinem Referat über ostpolitische Aspekte der deutschen Frage eine lebhafte Diskussion, die zu fast vollständiger Übereinstimmung (aktive Deutschlandpolitik durch vermehrte Kontakte mit der DDR) führte.

Währenddessen treten wir in der FDP noch immer auf der Stelle. Dehler hat am Wochenende in der neuesten Ausgabe unseres Kieler Parteiblättchens den Duisburger Parteitag aus seiner Sicht kommentiert; zur Außen- und Deutschlandpolitik wie erwartet die Achenbach'sche Linie. Dafür aber deutliche, distanzierende Worte zu Mendes unglücklichen Koalitionsaussagen. Ich freue mich immer, wenn ich mit D. einmal übereinstimmen kann.

Eine neue deutschlandpolitische Studie. Verjährungsdebatte

Dienstag, den 23. Juni 1964

Heute morgen, kurz nach Dienstbeginn, bat mich Friderichs ins Genscher-Zimmer. Dort teilte mir G. Moerschs Absicht mit, sein Amt als Pressechef der Partei zur Verfügung zu stellen (das war mir schon bekannt). Gestern habe der Fraktionsvorstand dieses Problem erörtert und sich dafür ausgesprochen, mir dieses Amt anzutragen.

Als ich G. auf die bekannten Vorgänge im Januar 1961 hinwies, meinte der, da könne ich ganz unbesorgt sein; man habe sich gestern in seltener Einmütigkeit über mich geäußert und dabei den Wunsch kundgetan, daß ich Pressechef der FDP werde.

Ich bat um Bedenkzeit (obwohl mein Entschluß nicht zu akzeptieren, eigentlich schon feststeht). G. meinte, wenn ich zusage, sei der Ausgang völlig klar, da die Spitze der Partei und der Fraktion sich bereits für mich entschieden hätten. – Eine späte Genugtuung für die Blamage vor dreieinhalb Jahren.

Freitag, den 26. Juni 1964

Am Vormittag teilte ich Genscher und Friderichs mit, daß ich – aus gesundheitlichen Gründen – ihr Angebot ausschlagen müsse. Ob sie diese Begründung akzeptierten, war nicht klar; meine Entscheidung hat sie offenbar nicht überrascht, wenn vielleicht auch etwas gekränkt.

Heute übersandte ich Mende eine Bestandsaufnahme der Deutschlandpolitik, an der ich seit 17 Tagen gearbeitet habe[1]. Diese Schrift ist als Diskussionsgrundlage für weitere Schritte der FDP in der deutschen Frage gedacht. Vielleicht kann man auf diesem Wege die inzwischen wieder völlig eingeschlafene Debatte über eine neue Deutschland-Politik in Gang bringen.

An diesem Tage erschien auch die letzte Ausgabe unserer Parteizeitung. In Bursigs „Nachruf" klingt ein wenig Skepsis und Enttäuschung über den Vorstandsbeschluß mit – verständlicherweise.

Freitag, den 3. Juli 1964

Die Wahl Lübkes in Berlin war nur noch eine Formsache. Nachdem sich die Mehrheit der SPD-Fraktion in der Bundesversammlung am Dienstag noch einmal auf den CDU-Kandidaten festgelegt hatte, war das Rennen bereits gelaufen. Unsere Vorbesprechung am Nachmittag des 30. Juni im Palais am Funkturm dauerte dann auch nur 45 Minuten. Man beschloß lediglich, dem von der SPD ausgestreuten Gerücht, Bucher wolle nur für den ersten Wahlgang kandidieren, erneut entgegenzutreten[2]. Ob sich Wehner mit seiner Strategie nicht doch verrechnet hat, bleibt vorerst offen. Immerhin hat Lübke kurz vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung in Berlin der Großen Koalition noch schnell eine Absage erteilt. Dafür konnte Bucher mit seinem Ergebnis ganz zufrieden sein: immerhin 21 Stimmen „über den Durst". Wir haben damit wenigstens Flagge gezeigt und wieder etwas für unsere Glaubwürdigkeit getan.

Gestern vormittag Pressekonferenz des Forschungsbeirates im Bundes-

[1] W. Schollwer: „Deutschlandpolitik im Jahre 1964 – Eine Bestandsaufnahme". Sie enthielt auf 25 Seiten eine ausführliche Analyse der östlichen wie der westlichen Deutschlandpolitik im Juni 1964 und faßte die Fakten mit der Bemerkung zusammen: „Die Konsequenzen, die sich aus dieser Lage ergeben, sind natürlich tiefgreifend. Sie hier darzustellen, ist nicht Aufgabe dieses Berichtes. Ein Versuch ist bereits im Frühjahr 1962 unternommen worden. Er müßte zu gegebener Zeit unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Veränderungen wiederholt werden." Die Bestandsaufnahme erhielten am 26. Juni neben Mende auch Kühlmann-Stumm, Genscher und Friderichs. Auf Anweisung Mendes wurde dieses Papier am 6.7. allen Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion zugeleitet.

[2] In einer einstimmig gefaßten Entschließung teilten die 102 FDP-Wahlmänner mit, daß sie an Bucher als Kandidaten „für alle erforderlichen Wahlgänge" festhalten wollten.

haus zur Vorstellung einer neuen Schriftenreihe[3]. Gradl sprach fast euphorisch vom Ende der „Rauschzustände" des Jahres ‚58', vom „unerhörten Phänomen" der Krise im kommunistischen Wirtschaftssystem. Thalheim, Verfasser des einen Bandes, warnte vor falscher Ausdeutung der Liberman-Diskussion. Es handele sich nicht um Liberalisierung, sondern lediglich um Rationalisierung der sowjetischen Wirtschaft[4].

Heute nachmittag Verabschiedung von Genscher; er hat die Bundesgeschäftsführung Dr. Friderichs übergeben und zieht sich wieder auf seinen Geschäftsführerposten in der Fraktion zurück.

Montag, den 6. Juli 1964

Mende, der heute Friderichs mit dem nun schon traditionellen Sekt-Umtrunk in sein Amt einführte, zeigt sich von seinem Gespräch mit de Gaulle sichtlich beeindruckt. Dem Geschäftsführenden Bundesvorstand berichtete M. am Nachmittag, der französische Staatspräsident habe sich „außerordentlich stark" gegen die USA und deutschen Bindungen an Amerika ausgesprochen (die USA seien nicht zuverlässig), dafür aber eine Achse Bonn-Paris propagiert. Er, Mende, habe wegen der Wiedervereinigungsfrage für ein Europa der Vaterländer plädiert. M. glaubt, daß de Gaulle „in nächster Zeit" auf dem Gebiete der Deutschlandpolitik „verschiedene Dinge unternehmen" werde (!?). – Am Morgen, im „Team" teilte Mende darüber hinaus mit, er sei vom General für November nach Paris eingeladen worden; er bat deshalb um eine zurückhaltende Beurteilung der französischen Außenpolitik.

Donnerstag, den 9. Juli 1964

In Abwesenheit von Erhard und Schröder – beide halten sich zur Zeit in Kopenhagen auf – trafen gestern Adenauer und Strauß im Bundeshaus zu einem eingehenden Gespräch zusammen. In Bonn machte das Wort von der „Verschwörung" der beiden Gaullisten die Runde. Doch soll A. angeblich Strauß Mäßigung angeraten haben, wenn der CSU-Chef in München auf der Landesversammlung zu einer seiner gefürchteten außenpolitischen Reden ausholt.

Friderichs unterrichtete mich heute über ein Gespräch, das FDP-Vorstandsmitglieder in der vergangenen Woche anläßlich der Präsidentenwahl in Berlin mit Springer, Zehrer und Boenisch führten. Dabei soll sich der Presse-Caesar bereiterklärt haben, die FDP zu unterstützen, sofern

[3] Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands legte am 2.7.1964 auf einer Pressekonferenz in Berlin die beiden ersten Bände seiner neuen Schriftenreihe „Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland" vor.

[4] Der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler, Professor Jewsej Liberman, hatte am 9.9.1962 in der *Prawda* die sowjetische Planwirtschaft kritisiert und mehr Entscheidungsfreiheit für die Chefs und Direktoren vor allem in der sowjetischen Industrie gefordert.

diese ihre alte Deutschlandpolitik wieder aktiviere. Springer habe der Bundesregierung Untätigkeit in der Deutschlandfrage vorgeworfen und behauptet, Strauß nur deshalb „aufzubauen", um die nationalen Kräfte in der Bundesrepublik zu mobilisieren. F. zeigte sich übrigens von diesem Gespräch sehr beeindruckt und plädierte für eine Profilierung der FDP in der Deutschlandpolitik auch während des Wahlkampfes. Ob er da Springer wohl richtig verstanden hat?

Freitag, den 10. Juli 1964

Der Kampf der Gaullisten und Atlantiker in der CDU/CSU um den richtigen Kurs in der Europapolitik wird immer verbissener. Heute will sich das Kabinett endlich mit diesem die außenpolitische Aktionsfähigkeit der Bundesregierung stark belastenden Phänomen beschäftigen. Der Hauptpunkt des Streites ist die Frage, ob sich eine europäische politische Union zunächst auf Deutschland und Frankreich unter Ausklammerung der anderen westeuropäischen Staaten beschränken soll. Sie ist von so prinzipieller Bedeutung, daß der Kanzler nun ein Machtwort sprechen muß, wenn unsere Außenpolitik nicht gänzlich ins Zwielicht geraten soll. Es genügt nicht länger, nur außerhalb der deutschen Grenzen die Richtlinienkompetenz zu betonen, man muß es auch im Inland tun.

Montag, den 13. Juli 1964

Heute morgen stand im „Team" die Europa- und Deutschlandpolitik im Mittelpunkt unserer Diskussion mit Mende. Dabei vertrat Genscher die bekannten Thesen Dehlers, während Moersch, Maurer und ich für ein Überdenken unseres bisherigen Kurses plädierten.

Resultat des CSU-Parteitages: Die Strauß-Partei will sich über Bayern hinaus als vierte eigenständige Partei ausbauen, Strauß selbst strebt mit allen Mitteln nach Bonn zurück und die CSU bleibt bei ihrem Europa-Kurs (Zweier-Union zwischen Bonn und Paris). Immerhin hat Erhard nun auch auf deutschem Boden endlich Laut gegeben und am Wochenende sowohl im Kabinett als auch vor den CSU-Delegierten seine Europa-Politik verteidigt. Strauß soll, wie Moersch berichtete, über des Kanzlers Extempore in München sehr überrascht gewesen sein.

Donnerstag, den 16. Juli 1964

Die Nominierung Goldwaters zum Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei hat weltweite Bestürzung ausgelöst. Die Bundesregierung ging verständlicherweise sofort auf Tauchstation, die fdk hat dagegen gestern sofort unmißverständlich Position bezogen[5].

[5] Barry M. Goldwater galt als militanter Antikommunist, der sich in seinen Reden

Auch unsere amerikanischen Gesprächspartner Mouser und Dunningan äußerten sich vorgestern bei einem Essen mit Moersch und mir sehr beunruhigt über den Senator aus Arizona. In der Botschaft fürchtet man offensichtlich Komplikationen in der Allianz, von den Auswirkungen einer Präsidentschaft Goldwaters auf die Ost-West-Beziehungen ganz zu schweigen. Besorgt waren die amerikanischen Diplomaten auch wegen der Entwicklung in der CDU/CSU; sie wurden hellwach, als Moersch berichtete, Dr. Krone werde die Aufsicht über den BND übernehmen[6].

Der *Kölner Stadt-Anzeiger* möchte einen ständigen Korrespondenten nach Ost-Berlin schicken. Darüber ist bereits mit Mende gesprochen worden. Herr von König, der mich heute über diese Absichten unterrichtete, meinte, auch andere Zeitungen seien interessiert. Der *Stadt-Anzeiger* denke sogar daran, weitere Mitarbeiter in größeren Städten der Zone einzusetzen. Pressefunktionäre in Ost-Berlin sollen bereits Bereitschaft zum Entgegenkommen signalisiert haben. Allerdings bestünden auf unserer Seite, vor allem beim Bundespresseamt, Bedenken, weil damit angeblich Korrespondenten von West-Berlin abgezogen würden und eine Aufwertung des Sowjetzonen-Regimes erfolgen könne. Ich habe Mende sofort über die Wünsche von Königs bzw. seiner Zeitung informiert und dabei die Abwegigkeit der BPA-Argumentation betont.

Mittwoch, den 22. Juli 1964

Mein gestriger Artikel zum Europa-Streit in den Unionsparteien hat einen beträchtlichen Pressewirbel ausgelöst. Insbesondere die Vermutung, daß man am Montag beim neuerlichen Friedensgespräch zwischen den „Gaullisten" und den „Atlantikern" der Union im Palais Schaumburg die tiefgreifenden Gegensätze nur wieder unter den Teppich gekehrt habe, hat die CDU/CSU erzürnt. Rasners Retourkutsche fiel allerdings wenig überzeugend aus[7]. Heute beschäftigte sich auch das Kabinett mit dem Kommentar. Wie Moersch mir berichtete, soll Mende dort seine Kabinettskollegen von der CDU/CSU mit dem Hinweis beschwichtigt haben, es handele sich ja um einen Namensartikel, außerdem werde die FDP im CDU-Pressedienst oft noch viel schärfer attackiert.

Vor dem Hintergrund dieser Europa-Diskussion ist eine Nachricht in-

Fortsetzung Fußnote von Seite 213

immer wieder bereiterklärt hatte, notfalls auch atomare Waffen gegen die Sowjetunion einzusetzen.

[6] Erhard hatte Krone am 24.6. den Vorsitz im Bundesverteidigungsrat übertragen (ADG, S. 11288), Krone war damit nicht der BND unterstellt worden, wie Moersch behauptete.

[7] Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU, Rasner, warf lt. *Kölnische Rundschau* vom 22.7. der FDP „Gehässigkeit" vor und erklärte: Es ist bekannt, daß es in der FDP ein einheitliches außenpolitisches Konzept zu keinem Zeitpunkt gegeben hat und auch zur Stunde nicht gibt.

teressant, die Friderichs am Montag aus mir unbekannten Quellen kolportierte: noch vor Jahresende soll Schröder von seinem Amt als Außenminister zurücktreten und so ein Come back des (kranken) Brentano auf diesen Platz ermöglichen. Aber vielleicht ist das nur eine Ausgeburt der gegenwärtigen Hitzewelle in Deutschland.

Montag, den 27. Juli 1964

Tage des Abschieds. Am vergangenen Donnerstag gab Moersch einen „Abschiedskaffee" für die Pressestelle. Er geht zunächst in Urlaub, anschließend für 6 Wochen in die USA und rückt dann vermutlich als Nachfolger von Margulies in den Bundestag ein[8]. Heute verabschiedete Mende offiziell fünf Kollegen der Bundesgeschäftsstelle, die allerdings schon seit Wochen oder sogar Monaten eine neue Tätigkeit aufgenommen haben.

Morgens im „Team" plauderte Mende einige Berlin-Interna aus: Im Herbst soll der Berliner Senat umgebildet werden. Die CDU tritt in die Regierung ein, die FDP müsse zwei Senatoren an die Union abgeben. Albertz werde Regierender Bürgermeister, Schwedler Bürgermeister und Brandt gehe nach Bonn. Berlin sei als Muster für 1965 vorgesehen: für die Große Koalition. – Wenn das man alles stimmt.

Inzwischen hat de Gaulle in der letzten Woche auf einer Pressekonferenz letzte Illusionen über seine Politik zerstört. Er stellt uns brutal vor die Wahl: „Frankreich oder USA". Glücklicherweise hat die Bundesregierung diesmal solche Ansinnen sehr bestimmt zurückgewiesen.

Donnerstag, den 30. Juli 1964

Mit knapper Not entging Erhard gestern im Bundestag einer Abstimmungsniederlage. Das Parlament, durch *Bild*-Schlagzeilen aus dem Urlaub ins stickig-heiße Bonn zurückgeholt, ließ Ludwig den Guten und sein Kabinett fast über eine Lappalie stolpern: über die Frage nämlich, ob die Telefongebühren – wie vom Kabinett beschlossen – zum 1. August erhöht werden sollen oder nicht. So wird jetzt in Bonn Politik gemacht[9].

Initiator dieses Spektakels war die SPD, die – dem Alarmruf des Groschenblattes folgend – eine Sondersitzung des Bundestages erzwungen hatte. Unsere FDP, wie üblich wenig nervenstark, fiel trotz Mendes Rücktrittsdrohung in der vorangegangenen Fraktionssitzung im Plenum

[8] Margulies ging als Hoher Kommissar zu Euratom nach Brüssel.

[9] Mit einer Mehrheit von genau sieben Stimmen (201:194) wurde am 29.7. im Bundestag ein FDP-Antrag, die zum 1.8. verfügte Erhöhung der Telefon- und Fernschreibgebühren bis spätestens zum 31.12.1964 aufzuschieben, an die zuständigen Ausschüsse überwiesen und damit unwirksam gemacht. Am 24.7. hatte *Bild*, das schon Tage vorher die Stimmung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gegen den Kabinettsbeschluß angeheizt hatte, mit der Schlagzeile „Holt den Bundestag aus dem Urlaub!" die SPD veranlaßt, beim Parlamentspräsidenten Gerstenmeier eine Sondersitzung des Parlaments zu beantragen.

prompt auseinander, in eine „Minister- und eine Oppositionspartei", wie die *Frankfurter Neue Presse* heute ironisch feststellte. Diesmal aber war der Ministerflügel m. E. völlig im Recht, wenn er zusammen mit dem Koalitionspartner – am ursprünglichen Kabinettbeschluß festhielt. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Thema eine Sondersitzung der Volksvertretung keineswegs wert ist. Was Mende dazu vor der Fraktion erklärte, war vernünftig[10].

Donnerstag, den 6. August 1964

Die USA haben gestern auf einen Zwischenfall im Golf von Tonkin mit massiven Luftangriffen auf Nordvietnam reagiert. Diese Reaktion macht eine beunruhigende Zwangslage deutlich, in der sich Washingtons Südostasienpolitik befindet. Die Amerikaner haben ihr außenpolitisches Prestige in diesem Raum so gänzlich mit dem Regime in Südvietnam verbunden, daß jedes Zurückweichen einer Niederlage gleichkäme. Schlimm auch, daß die USA offenbar nur militärische, aber keine politischen Lösungen der komplizierten Probleme Südostasiens vorbereitet haben.

Auffallend war die Zurückhaltung, die Dimitrijew bei unserem heutigen Gespräch in dieser Sache an den Tag legte. Es fiel kein kritisches Wort gegen die USA, ja er stimmte sogar meiner Ansicht zu, daß es Pekings Absicht sein könnte, Moskau und Washington gegeneinander zu hetzen.

Mit Aufmerksamkeit scheint man indessen in Rolandseck die Wiedereröffnung des rotchinesischen Nachrichtenbüros in Bonn registriert zu haben. Man habe dort den Eindruck – so Dimitrijew –, daß die deutsch-chinesischen Beziehungen rasche Fortschritte machten. Ich berichtete über den gestrigen Besuch der beiden Herren von Hsinhua bei mir, bei dem es allerdings nur zu einem rein informativen Gespräch über die FDP gekommen ist. Dazu bemerkte D., (etwas pikiert), bisher hätten die Herren mit den Sowjets noch keinen Kontakt aufgenommen.

[10] Mende machte die Fraktion darauf aufmerksam, daß der Bundestag seit 1949 erst zweimal zu einer Sondersitzung aus den Ferien zurückgerufen worden sei: Anläßlich der „Verschleppung" des Bundesverfassungsschutzpräsidenten John nach Ostberlin im Juli 1954 und am 18. 8. 1961 nach dem Bau der Berliner Mauer. Jetzt finde eine solche Sitzung zum dritten Male wegen einer „unbedeutenden Frage" und nicht etwa wegen der „Europakrise" statt. „Das wird dem Ansehen des Bundestages im Ausland nicht dienen." Vielleicht werde nun eine nächste Sondersitzung wegen der „Erhöhung des Bierpreises oder der Käsepräferenzen" stattfinden. Man solle berücksichtigen, daß die FDP eine Koalitionspartei sei und die fünf FDP-Minister sich für die Erhöhung ausgesprochen hätten. Dazu Zoglmann: „Ich kann der Argumentation Mendes nicht folgen, daß es sich hier um eine von der *Bild-Zeitung* hochgeputschte Sache handelt. Es ist eine hochpolitische Sache! Hier wird der halbe Kommunalwahlkampf entschieden!" (Beifall). Gegen 14 Stimmen sprach sich die Fraktion schließlich für eine Aussetzung der Gebührenerhöhung aus.

Fast acht Jahre nach der FDP wird nun auch die SPD ihr Ostbüro auflösen. Die Berliner Mauer habe die Wirkungsmöglichkeiten dieses Büros erheblich eingeschränkt. Ostbüro-Leiter Thomas will ein wissenschaftliches Institut für Osteuropa-Forschung gründen[11].

Donnerstag, den 13. August 1964

Drei Jahre nach dem Mauerbau. Viele Erklärungen im alten Stil zum Jahrestag, Stereotypes, Deklamationen und Demonstrationen. Dennoch hat sich seitdem viel verändert, hüben wie drüben. Einiges kam in Bewegung, was uns hoffen läßt. Doch eine solche Hoffnung auszusprechen, ist für Springer-Redakteure offenbar noch immer schlimmste Häresie. Bei denen bin ich jedenfalls mit meinem Jahrestag-Artikel ganz schön ins Fettnäpfchen getreten[12].

Donnerstag, den 27. August 1964
Eugendorf

Eine böse Urlaubsüberraschung: Meine Denkschrift von 1962 wird am Montag von der *Quick* veröffentlicht werden. Als wir uns am Nachmittag in unserem Bungalow ein wenig hingelegt hatten, überbrachte ein Telegramm-Bote den Wunsch Moerschs, ihn sofort in Bonn anzurufen. M. teilte mir bekümmert mit, er habe den Auftrag, die Distanzierung der FDP von dieser Denkschrift bekanntzugeben. Ich erklärte mich einverstanden, um so eine Pressekampagne gegen die Partei abzublocken.

Freitag, den 28. August 1964
Eugendorf

Nach 27 Jahren ein Wiedersehen mit dem Untersberg, dessen deutschen Teil wir Kinder im Sommer 1937 mit Mutter von Stangass bei Berchtesgaden aus erstiegen. Wir waren nicht ganz bei der Sache: ich drängte nach kurzer Pause zur Rückfahrt nach S., um dort inzwischen aus Deutschland eingetroffene Zeitungen zu kaufen. Sie berichten alle über einen angebli-

[11] Mit dem 1. 11. 1956 war das Ostbüro der FDP in ein „Referat Wiedervereinigung" umgewandelt worden. Damit war die Propagandatätigkeit des Büros in das Gebiet der DDR hinein praktisch beendet..

[12] W. Schollwer: „Drei Jahre danach – Gedanken zum 13. August" – in fdk 15/64 vom 11.8.1964. – Die *Berliner Morgenpost* (Lothar Tönshoff) schrieb am 12.8. unter der Überschrift „Frei von jeder Logik": „jetzt wissen wir es also ganz genau: Der Bau der KZ-Mauer hat den Menschen auch neue Hoffnungen gegeben. Diese Ungeheuerlichkeit steht nicht etwa in einem SED-Blatt, nein, zu dieser Erkenntnis kam gestern der Pressedienst der FDP in Bonn". Im Kommentar war behauptet worden, daß der Mauerbau das Ansehen des Kommunismus in der Welt gemindert und für Moskau Veranlassung gegeben habe, „nach Vereinbarungen mit dem Westen zu streben, die die Einmauerung der mitteldeutschen Bevölkerung eines Tages überflüssig machen können ... Hier vor allem liegen die neuen realen Hoffnungen für die Deutschen beiderseits des Brandenburger Tores."

chen Geheimplan der FDP und nennen zumeist auch den Namen des Verfassers. Natürlich fehlt auch nicht die „Distanzierung" („Private Ausarbeitung"), von der *Quick*-Redaktion sogleich zurückgewiesen[13]. Die Illustrierte hat natürlich recht. Bei Rückkehr nach Eugendorf an der Tür des Bungslows ein Telegramm: diesmal bat Marx um Anruf. Er berichtete mir über Mendes heutige Pressekonferenz, auf der der Vorsitzende die Diskussion der Denkschrift in der FDP bagatellisierte und Zoglmann zur Lüge Zuflucht suchte[14]. Inzwischen wurde die Bundesgeschäftsstelle angewiesen, nach dem Informanten der *Quick* zu fahnden. Marx fragte nach einer Liste der Personen, die seinerzeit das Papier erhalten haben. Aber eine solche Liste existierte nicht.

Samstag, den 29. August 1964
Eugendorf

Mendes gestrige Pressekonferenz[15] ist heute eines der Hauptthemen in den deutschen Zeitungen[16]. Fleißig zitiert werden Zoglmanns Auslassungen. Verdrießlich auch, was der *Merkur* über eine angebliche Moersch-Äußerung zu berichten weiß: ich hätte ihn aus dem Urlaub zu der Erklärung ermächtigt, der Verfasser hielte die Voraussetzungen, die ihn seinerzeit zur Abfassung der Denkschrift bewogen hätten, heute nicht mehr für gegeben. Ich schickte Moersch eine Richtigstellung.

[13] „Weder Denkschrift noch Plan der FDP – Die Veröffentlichung in der ‚Quick'" – in fdk Nr. 125/64 (T) vom 27.8.1964. Darin erklärt Moersch: es handele sich „um die private Ausarbeitung eines Mitarbeiters, die vor zwei Jahren in einem kleinen Kreis von FDP-Politikern erörtert und verworfen worden ist. Weder der Bundesvorstand noch die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten sind jemals mit dieser Studie befaßt gewesen". – Lt. *Münchner Merkur* vom 28.8. behauptete *„Quick"* dagegen, daß die Hauptthesen der „Denkschrift" von führenden Außenpolitikern der FDP diskutiert worden seien. Dabei stützte sich die Illustrierte auf eine „Vorbemerkung" des Verf. zur Denkschrift, in der es hieß: die Denkschrift sei „am 9.4.1962 auf einer Klausurtagung des Vorstandes der FDP-Bundestagsfraktion in Bonn vorgetragen und diskutiert worden." Die Mitglieder des Außenpolitischen Arbeitskreises der FDP, soweit sie der Bundestagsfraktion angehörten, seien „am 14. Mai d.J. über den Inhalt dieser Gedankenskizze unterrichtet" worden.

[14] Auf die Frage der Korrespondentin von NBC, ob „Herr Schollwer das geschrieben hatte, was viele Leute um ihn herum redeten", meinte Zoglmann, diese Frage sei „natürlich naheliegend" ... „Aber Sie haben ja vorhin gehört, daß gesagt worden ist, diese Schrift wurde vorgelegt, kurz erörtert und verworfen, und man empfand sie als so bedeutungslos, daß sie nicht einmal dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden nachher vorgelegt worden ist ... Wenn Sie meine Meinung dazu wissen wollen, würde ich sagen: Dieses Papier, das ich heute erst in die Hände bekam, halte ich für so abstrus, daß ich es für sehr zweckmäßig fand, es wieder einzusammeln und irgendwo ad acta zu legen."

[15] Außer der Schollwer-Denkschrift waren die deutsch-deutschen Beziehungen (v.a. die Treuhandstelle) Gegenstand von Mendes Pressekonferenz.

[16] Mende: „Alles halb so schlimm" *(Bild)*, „Mende räumt Mißverständnisse aus" *(Stuttgarter Zeitung)*, „Kein Geheimdokument" *(Kölnische Rundschau)*, „‚Geheimdenkschrift' gegenstandslos" *(Der Tagesspiegel)* usw.

Montag, den 31. August 1964
Eugendorf

Gestern teilte ich Marx brieflich meine Stellungnahme zur *Quick*-Affäre mit, Veröffentlichung ist anheimgestellt. M., mit dem ich heute von Salzburg aus telefonierte, empfahl jedoch, mich zur Sache nicht öffentlich zu äußern; die Angelegenheit werde besser „intern" geregelt. Ein ausführlicher Brief, der bereits an mich unterwegs sei, wurde angekündigt.

Inzwischen geht der Streit zwischen den Koalitionsparteien um eine Koordinierung innerdeutscher Kontakte weiter. Auch zwischen Mende und Weyer bestehen hier offenbar erhebliche Meinungsverschiedenheiten[17]. Die *Welt am Sonntag* kündigte gestern neue Richtungskämpfe in der FDP an. Für dieses Springer-Blatt gehören mein Deutschlandplan und das Projekt eines Amtes „für gesamtdeutsche Beziehungen" in eine Schublade: „Extreme Auffassungen" ...

Mittwoch, den 2. September 1964
Eugendorf

Die Post brachte zwei Briefe: der angekündigte von Marx und ein Schreiben von Potthoff, DJD-Bundesgeschäftsstelle. M. berichtet farbig und sarkastisch über den Wirbel, den der *Quick*-Vorbericht in Bonn, vor allem aber bei der FDP auslöste. Auch eine Erläuterung für die überraschende Moersch-Erklärung – eine gutgemeinte, aber etwas unglückliche Abwehrreaktion des Pressechefs. Bemerkenswert fair scheint sich Mischnick verhalten zu haben. Auch was Marx über andere Prominente und Kollegen schrieb, ist erfreulich. Am erfreulichsten das, was Kollege Marx selbst zu dieser Sache meint[18].

Potthoff meldete die Absicht des *Sonntagsblattes*, in der kommenden Woche über mich und mein Papier in negativer Weise zu berichten. Der betr. Redakteur sei aber bereit, mich zuvor selbst zu hören. Da ich mich der Parteileitung gegenüber verpflichtet habe, keine Stellungnahme in eigener Sache abzugeben, wird daraus nichts werden[19].

[17] Hierbei ging es um die Treuhandstelle. Während Mende einen FDP-Bundesvorstandsbeschluß vom 10.4. dahingehend interpretierte, daß die politische Verantwortung hierfür beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen liegen sollte, war Weyer der Auffassung, es solle ein spezielles Amt zur Koordinierung innerdeutscher Kontakte eingerichtet werden.

[18] Marx: „Nach Rapacki-, Herter- und anderen Plänen gibt es jetzt einen Schollwer-Plan. Ich wiederhole es Ihnen: Ich bin überzeugt, es wird Ihnen nicht schaden. Und das wünsche ich Ihnen von Herzen!"

[19] Schollwer am 2.9.1964 in Schreiben an Potthoff: „Ich bin mit der Parteileitung übereingekommen, vor meiner Rückkehr aus dem Urlaub (14.9.) keinerlei Erklärungen oder Meinungsäußerungen zu dem Quick-Bericht abzugeben ... Es ist ohnehin unmöglich, den wahren Sachverhalt darzustellen, solange ich noch Angestellter der FDP bin".

Montag, den 14. September 1964

Zurück im Bonner Talweg. Das für mich aufbewahrte Pressematerial gibt interessante Aufschlüsse. Positiv zur Studie äußerten sich aus der FDP nur Flach und indirekt auch Moersch. Während sich Mende bisher relativ zurückhielt, jedenfalls mich persönlich nicht attackierte, haben sich Zoglmann und auch Hucklenbroich von mir distanziert. Andere Parteifreunde sind erst einmal in volle Deckung gegangen[20].

Erfreulich viele Journalisten nahmen für mich Partei. Natürlich überwiegen – rein zahlenmäßig – die Kritiker.

Als ich heute morgen im „Team" berichtete, daß Zoglmann an der Klausursitzung teilgenommen habe, auf der ich meine Denkschrift vortrug, schlug Genscher vor, ich solle einen entsprechenden Brief an Z. richten, der sei schon mehrfach bei einer Lüge ertappt worden.

Mittwoch, den 16. September 1964

Am Vormittag ein langes Gespräch mit Friderichs, der meine Denkschrift und ihre Zukunft positiv beurteilt. Dabei kam es zu einer erneuten Aussprache über die Moersch-Nachfolge. Wir stimmten in der Beurteilung der Probleme vollkommen überein. Dennoch soll der Versuch gemacht werden, eine Lösung zu finden, die mir die Übernahme der Leitung der Pressestelle doch noch gestatten könnte.

Gestern, bei einem Essen, das ich zusammen mit Genscher, Mouser und Dunningan auf der Godesburg hatte, gingen die Amerikaner kurioserweise davon aus, daß – ausgerechnet – Dehler mit einer Denkschrift sympathisiere. G. und ich haben den Irrtum sogleich aufgeklärt.

Freitag, den 18. September 1963

Den Abschluß eines langfristigen (1 Jahr) und technisch verbesserten Passierscheinabkommens kündigte Mende gestern morgen vor dem Bundesvorstand an. Dabei sei eine „gemischte Präsenz" von 50:50 in den Aus-

[20] Wolfgang Mischnick verteidigte am 12.9. in Essen „jeden, der sich ernsthaft Gedanken darüber macht, wie man die deutsche Frage lösen kann, ohne dabei in den ortsüblichen ausgefahrenen Gleisen zu bleiben." Auch der hessische FDP-Landesvorsitzende Heinrich Kohl wandte sich gegen die Reaktion der CSU auf die Veröffentlichung der Denkschrift. Die FDP werde sich das Recht nicht nehmen lassen, alle politischen Möglichkeiten in der Theorie durchzuspielen. Ähnlich äußerte sich auch Mende am 12.9. auf dem Berliner FDP-Parteitag, wenn er nach Darlegung der noch immer verbindlichen Grundlagen der FDP-Deutschlandpolitik erklärte: „das soll aber nicht heißen, daß bei uns etwa das Denken verboten wäre. Eine liberale Partei lebt davon, daß in ihr ein ständiger Prozeß geistiger Auseinandersetzung vonstatten geht. Sonst wäre sie keine liberale Partei."
Dagegen distanzierte sich Willy Weyer in einem Interview mit der *Quick* mit großer Entschiedenheit von der Schollwerschen Studie. Weyer: „Ich bin ein entschiedener Gegner dieser Denkschrift."

gabestellen vorgesehen. Die FDP-Minister würden sich für die Annahme der neuen Regelung einsetzen[21].

Zum Streit über die Kontaktstelle sprach Mende Verdächtigungen aus: Rubin (nicht anwesend) habe gute Verbindungen zu Flach. So erkläre sich vielleicht die Tatsache, daß die Karslruher Beschlüsse der FDP vier Monate darauf in der *FR* in allen Einzelheiten erörtert worden seien.

Zur *Quick*-Veröffentlichung meinte M., sie sei von der CSU in München „gesteuert", vielleicht gebe es auch eine „Nachlässigkeit" in der Bundesgeschäftsstelle. Kohl meinte daraufhin, diese Aussage Mendes „beruhige" ihn. Er gehe nun davon aus, „daß Schollwer nichts dazu getan hat, die Sache durchlässig zu machen." Man solle weitere Meinungsäußerungen zu diesem Thema „streng unter Verschluß halten".

Zoglmann meldete Zweifel an, daß ein neues Passierscheinabkommen tatsächlich unterschrieben werde. Die CSU habe bereits eine „massive Gegenposition" aufgebaut, und Erhard soll am Mittwochabend erklärt haben, er könne nicht unterschreiben, weil dann Chruschtschow sagen würde, „die Dinge liefen". Zoglmann: Dieser Mann sei „vollkommen unmöglich." Die FDP müsse „massiv vom Leder ziehen."

Während Mende erneut versicherte, fest überzeugt zu sein, daß sich eine Kabinettsmehrheit für das neue Passierscheinabkommen aussprechen werde, stellte Weyer die unbeantwortete Frage, ob die Fraktion bereit sei, gegebenenfalls mit der SPD zusammen gegen eine negative Kabinettsentscheidung zu stimmen. Mende blieb auch noch bei seiner optimistischen Prognose, als Genscher und Bucher eine Zustimmung des Kabinetts bezweifelten und voraussagten, man werde lediglich beschließen, weiterzuverhandeln.

Mendes Kompetenzen (oder Nichtkompetenzen) bei der Koordinierung der Kontakte war ein weiteres Thema der Vorstandssitzung. Weyer zeigte sich mit dem bisher Erreichten unzufrieden, Starke riet dagegen davon ab, auf der Bildung eines entsprechenden Amtes zu bestehen – es gehe um die „geistige Koordinierung[22].

Freitag, den 25. September 1964

Am Mittwoch billigte das Kabinett die neuen Passierscheinvereinbarungen, gestern wurde in Berlin das Protokoll des Abkommens unterzeichnet.

[21] Am 24.9. wurde in Berlin ein Protokoll nebst Durchführungsbestimmungen über ein Passierscheinabkommen mit einer Gültigkeitsdauer von 12 Monaten von Wendt und Korber unterzeichnet. In den Passierscheinstellen wurden – wie es Mende bereits angekündigt hatte – eine gleiche Anzahl von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes aus beiden Teilen Berlins tätig.

[22] In der Kabinettssitzung vom 9.9. war festgelegt worden, daß Mende künftig von allen zuständigen Ressorts rechtzeitig unterrichtet und eingeschaltet werden sollte, wenn Fragen der innerdeutschen Kontakte aufgeworfen würden. Erhard behielt sich jedoch vor, die notwendige Koordinierung dieser Angelegenheiten selbst vorzunehmen.

Damit ist eine ernste Belastungsprobe für die Koalition erst einmal vorüber; doch die Frage nach Form, Inhalt und Ausmaß innerdeutscher Kontakte für die Bundesrepublik noch keineswegs beantwortet. Das wurde vorgestern durch die Erklärung des Sprechers der Bundesregierung erneut deutlich: die Christdemokraten weigern sich beharrlich, neben der humanitären auch die positive politische Bedeutung solcher Vereinbarungen für das geteilte Deutschland zu erkennen. Solange sie auf dem Standpunkt stehen, daß Verhandlungen über eine Wiederherstellung der Freizügigkeit etwa in Berlin allenfalls aus humanitären Gründen zu rechtfertigen sei, wird es in Bonn eine gemeinsame Deutschlandpolitik nicht geben können.

Am Montag starb in Berlin Otto Grotewohl. Der DDR-Ministerrat hatte drei Tage „Staatstrauer" verordnet. G. ist 70 Jahre alt geworden. Sein Beitrag zur Sowjetisierung Mitteldeutschlands bleibt unvergessen. Die LDP will „in seinem Geiste weiter für Frieden und Sozialismus" marschieren. So Max Suhrbier, der vor Jahren einmal ein liberaler Demokrat gewesen ist.

Montag, den 28. September 1964

Die Kommunalwahlen vom Sonntag in NRW brachten der SPD einen großen Wahlerfolg, der CDU und vor allem uns herbe Stimmenverluste. Mende führte heute morgen im Team das schlechte Abschneiden der FDP auf die Kontaktfreudigkeit der Partei in Richtung Osten zurück. Warum aber hat dann die CDU ebenfalls Haare lassen müssen? Der *General-Anzeiger* hat da eine andere Erklärung: Die Wähler verstünden offenbar nicht recht, worauf eine Partei hinauswolle, „die zugleich regieren und opponieren möchte". Meine Version ganz ähnlich: Unsere Bürger haben kein Verständnis für die in jeder Koalition notwendige Auseinandersetzung um den richtigen Weg in den Einzelfragen.

Am vergangenen Donnerstag hat sich Gerlach in der Volkskammer ausführlich mit der Lage in der FDP beschäftigt. Dabei ging G. auch auf meine Denkschrift ein, die er aber nur in ihren an die Bundesrepublik gerichteten Forderungen zitiert, den erwünschten Beitrag der DDR jedoch auf meine Forderung nach Liberalisierung und „Aufhebung der Sicherung der Staatsgrenze" („Beseitigung der Mauer" hießt es im Original!) beschränkte. Gerlach vermutet, daß der Verfasser der Denkschrift das Leben in der DDR nicht kenne (da irrt er sich) und lädt ein, es zu „studieren". Das tue ich, wenn ich die Zeit vor der Gründung der DDR hinzurechne, nun schon seit 19 Jahren in Theorie und Praxis.

Freitag, den 2. Oktober 1964

Am Dienstag verabschiedete sich Moersch als FDP-Pressechef mit einer Weinprobe von den Bonner Journalisten. Eine Entscheidung über die

Nachfolge ist bisher noch nicht getroffen, meine Bedenken gegen Übernahme dieses Postens haben sich nicht vermindert.

Bei der Zusammenstellung der neuesten Ausgabe unseres Spiegels der Auslandspresse wurde noch einmal deutlich, daß sich die Kritiker meiner Denkschrift bisher in keinem einzigen Falle sachlich und detailliert mit meinen Argumenten und Vorschlägen auseinandergesetzt haben. Pauschalurteile und Polemik herrschen vor, bestenfalls beschränkt man sich auf Zitierung entsprechender Stellungnahmen aus dem Parteien- und Regierungslager. So würgt man eine Diskussion ab, bevor sie noch richtig begonnen hat.

Sonntag, den 11. Oktober 1964

Auf der LDP-Beiratssitzung in Oppenheim an diesem Wochenende wurde Politik nicht allzu groß geschrieben. Die jüngsten Konflikte um die Deutschlandpolitik erörterte man nur ganz am Rande (meine Denkschrift „selbstverständlich" überhaupt nicht). Aber auch die von Mischnick in seinem Bericht angeschnittenen Themen Passierscheine und Häftlingsentlassungen fanden bei den Parteifreunden relativ wenig Interesse. So stand denn im Mittelpunkt eine Entschließung, in der die Fraktion aufgefordert wird, verdienten und verarmten ehemaligen Politikern aus der DDR einen Ehrensold zu gewähren.

Freitag, den 16. Oktober 1964

Während die Bundesgeschäftsstelle am Freitag auf ihrem traditionellen jährlichen Betriebsausflug durchs Bergische Land reiste, Brauereien und Tropfsteinhöhlen besuchte, stürzte in Moskau der mächtigste Mann der Sowjetunion. Noch sind die Gründe und Hintergründe der überraschenden Ablösung Chruschtschows durch Breschnew und Kossygin unbekannt. Dennoch ist mit einem drastischen Kurswechsel in der sowjetischen Politik wohl kaum zu rechnen. Natürlich gibt es Spekulationen: z. B. die, daß Chruschtschows „weiche" Haltung gegenüber dem Westen bzw. der Bundesrepublik Anlaß für diesen Wechsel in der Kremlführung gewesen sein könnte. Mir scheint das reichlich weit hergeholt, zumal Chruschtschows Deutschlandpolitik nicht gerade von Zurückhaltung gekennzeichnet war.

Am Montag war ich wieder einmal zu Bondes Stammtisch geladen. Ehrengast war Gradl. Man bat mich, über meine Denkschrift zu berichten. Dann wurde Gradl zur Deutschlandpolitik vernommen. Er wandte sich gegen meine Überlegungen, zugleich aber auch gegen kalte Krieger, die über die innerdeutschen Kontakte schimpften.

Montag, den 19. Oktober 1964

Pessimistisch äußerte sich unser Vorsitzender heute morgen im „Team" zum Fortgang der Deutschlandpolitik und der deutsch-sowjetischen Beziehungen; M. glaubt, die Entwicklung laufe auf eine Festigung des Status quo hinaus. Nach Diskussionsbeiträgen von Genscher, Marx, Maurer und mir über Entwicklungstendenzen in der Ostpolitik und unseren Plädoyers für eine aktive Deutschlandpolitik schwenkte Mende um.

Mittags traf ich mich mit Dimitrijew. Er gab zu, auch die sowjetische Öffentlichkeit sei von dem Abgang Chruschtschows überrascht worden, obwohl dieser angeblich schon vor einem halben Jahr von seinem Rücktritt gesprochen haben soll. Mein sowjetischer Gesprächspartner bestritt nicht Chruschtschows Verdienste bei der Entstalinisierung oder der Entspannungspolitik; wollte sich jedoch nicht dazu äußern, warum man zwar in Warschau, Budapest und Ostberlin den gestürzten Regierungschef gewürdigt habe, nicht jedoch auch in Moskau. D. betonte, die bisherige Außenpolitik der UdSSR werde fortgesetzt, doch räumte er zugleich ein, daß neue Methoden nicht auszuschließen seien. Mit einer umfassenden Darlegung der Politik der neuen Männer im Kreml sei erstmals im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zur Oktoberrevolution zu rechnen.

Strauß hat in der neuesten Nummer seines *Bayern-Kurier* meinen MLF-Artikel zum Anlaß einer langen Polemik gegen die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Freien Demokraten gemacht. Offenbar hat der ostpolitische Aspekt meines Artikels den CSU-Vorsitzenden besonders erzürnt[23]. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Kreitmeyers Reformideen zur Wehrpolitik und meine Deutschland-Denkschrift dem Feuer ewiger christsozialer Verdammnis übergeben[24].

Dienstag, den 20. Oktober 1964

Zu Beginn der heutigen Fraktionssitzung berichtete Zoglmann über ein Gespräch mit Erhard vor der Bundestagsdebatte am vergangenen Mittwoch. Man habe den Kanzler davon abbringen können, sich für eine Fristverlängerung in Sachen Aburteilung von NS-Verbrechen einzusetzen sowie den Wunsch Israels zu unterstützen, deutsche Wissenschaftler aus Ägypten abzuberufen. Am Donnerstag habe man mit der sudetendeutschen Landsmannschaft konferiert. Zoglmann: „Ich möchte mir Einzelheiten über den Verlauf des Gesprächs ersparen." Die Herren der Landsmannschaft seien durch die „Aufgeschlossenheit der FDP" sehr beeindruckt gewesen und hätten daraufhin hingewiesen, daß ihr Eindruck bei

[23] F.J. Strauß: „Unsere Außenpolitik und unsere Verteidigungspolitik stehen auf dem Spiel – Sicherheit und Gleichberechtigung der Bundesrepublik durch Pläne der FDP in Frage gestellt" – in *Bayern-Kurier* Nr. 42 vom 17.10.1964.

[24] Kreitmeyer hatte eine milizartige, leicht bewaffnete Bundeswehr auf der Grundlage eines Wehrdienstes von sechs Monaten vorgeschlagen.

CDU und SPD nicht so positiv gewesen sei (!). Die Landsmannschaft werde die am Montag veröffentlichte gemeinsame Erklärung[25] an ihre Mitglieder verteilen. Man habe Mühe gehabt, Erhard am Freitag zu einer ähnlichen Erklärung zu bewegen. Der wollte – laut Zoglmann – angeblich schon auf die Sudeten – ja sogar auf die Oder-Neiße-Gebiete verzichten.

Mittwoch, den 28. Oktober 1964

Es steht nicht gut um die deutsch-französische Zusammenarbeit. Der jüngste Besuch Staatssekretär Carstens in Paris hat das trotz der üblichen regierungsamtlichen Camouflage erneut deutlich gemacht. Es mangelt zwischen Paris und Bonn an Realismus und Ehrlichkeit. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, hält die Bundesregierung an ihrer optimistischen Einschätzung der Dinge fest und konstatiert – zur Verblüffung Pariser Regierungskreise – eine gewisse „Auflockerung". Mein gestriger fdk-Artikel dazu ist heute vom *Münchner Merkur* breit und zustimmend zitiert worden, doch konnte es sich das CSU-freundliche Blatt erwartungsgemäß nicht verkneifen, kommentierend noch einen Seitenhieb auf die FDP hinzuzufügen[26].

Am Montag war Weyer Ehrengast beim Berliner Journalisten-Stammtisch. Er behauptete glaubhaft, um nichts in der Welt von Düsseldorf nach Bonn gehen zu wollen[27]. W. sagte einen Wahlsieg der CDU für 1965 voraus, möglicherweise sogar mit absoluter Mehrheit.

Der Bundesvorstand war heute nachmittag bemüht, den Ausgang der Kommunalwahlen in Hessen, Rheinland-Pfalz und an der Saar[28] trotz allem in einem möglichst rosigen Licht erscheinen zu lassen. Friderichs nüchterner Bericht wurde vielfach „koorigiert", an entschuldigenden Erklärungen für miese Resultate fehlte es nicht. Nur Holl tanzte aus der Reihe: er wies auf die Abwanderung unserer Wähler zur SPD und die vernichtende Niederlage der FDP in vielen Großstädten hin. Mende faßte zu-

[25] „Pressemitteilung" – in fdk Nr. 172/64 (T) vom 19.10.1964. In der gemeinsamen Sieben-Punkte-Erklärung führender Freier Demokraten sowie der Vertreter der Sudentendeutschen Landsmannschaft und des Sudetendeutschen Rates bekräftigten beide Seiten u.a. das Selbstbestimmungsrecht und Heimatrecht der Sudentendeutschen sowie den Standpunkt, daß „auch die sudetendeutsche Frage ... nur im Zuge der allgemeinen Friedensregelung endgültig gelöst werden" könne. An diesem Gespräch nahmen seitens der FDP teil: Mende, Weyer, Zoglmann, Schultz, Emde, Achenbach, Ertl, Menne und Schneider.

[26] *Münchner Merkur* Nr. 259 vom 28.10.1964: dort wird behauptet, „daß es gerade die Liberalen sind, die aus purer Wahlspekulation dem Agrar-Protektionismus das Wort reden und damit eine sinnvolle Lösung des Getreidepreisproblems nicht eben erleichtern."

[27] Weyer wurde in der Presse immer wieder als Nachfolger Mendes im Amt des FDP-Bundesvorsitzenden genannt.

[28] Bei den Kommunalwahlen am 24.10. in den drei genannten Bundesländern erzielte die SPD starke Stimmengewinne zu Lasten der CDU und der FDP. Die FDP verlor in Rheinland-Pfalz 2,3, im Saarland sogar 3,9 ihrer Stimmen.

sammen: Ein außerordentlicher Stimmenzuwachs bei der SPD zeige: diese Partei ist nicht mehr der Bürgerschreck. Vor allem die akademische Jugend wähle weitgehend Sozialdemokraten. Seit 1961 habe die FDP ein Drittel ihrer Wähler verloren (im September lagen wir lt. Allensbach bei 7 Prozent!). Geschadet habe uns der Krach, der im August die Schlagzeilen beherrschte: „Weyer gegen Mende, Mende gegen Weyer etc.".

Zu den Vorgängen in Moskau meinte der Vorsitzende, weitere Veränderungen in der sowjetischen Führungsspitze seien möglich: Dobrynin, Smirnow, Gromyko und Malinowski würden vielleicht noch abberufen. Trotzdem müsse man die Bemühungen um bessere Beziehungen zur UdSSR fortsetzen. Der Kanzler habe ihn (Mende) ausdrücklich gebeten, am 6. November zum Empfang der sowjetischen Botschaft zu gehen.

Hamm-Brücher und Stritzek berichteten über ihre Erfahrungen mit der deutschen Botschaft in Moskau, sie waren überwiegend negativ. Starke hatte mal wieder seinen pessimistischen Tag: Wir könnten Erhard nicht mehr als den Mann betrachten, der die Währung stabil erhalte; wir müßten uns darum vom Kanzler distanzieren. Im übrigen sagte Starke voraus, daß sich in den nächsten Wochen die Koalitionsfrage stellen werde.

Vor Beginn der Sitzung teilte mir Mende mit, Botschafter Rahn habe sich über meinen gestrigen fdk-Artikel entrüstet und verlangt, vor Abfassung wichtiger außenpolitischer Kommentare mit einem Mitglied des Außenpolitischen Arbeitskreises Rücksprache zu nehmen[29]. Dann dürfte wohl kein für die Öffentlichkeit interessanter Beitrag mehr erscheinen. Mende ließ glücklicherweise offen, ob er sich mit dem Petitum Rahns identifiziert.

Dienstag, den 3. November 1964

Zu Beginn der heutigen Fraktionssitzung berichtete Zoglmann über das am gleichen Tage stattgefundene Europa-Gespräch der Koalition. Ergebnis: Morgen will die Bundesregierung bei den 5 EWG-Staaten mit einem Zwei-Phasen-Plan initiativ werden. 1. Phase: Konsultationen, zweite Phase: Beratung zur Vorbereitung der europäischen politischen Zusammenarbeit. Es gebe sehr detaillierte Vorstellungen über Wirtschaftsfragen, zu denen man noch nicht Stellung nehmen könne. Zoglmann: „Wir betrachten das als eine Information". Gegen die zweite Phase habe Starke eine Reihe von Bedenken. Auch sei ein Entgegenkommen der Franzosen nicht sehr wahrscheinlich.

Gestern morgen kam es im Team zu einer Diskussion über Machtkonzentrationen in der deutschen Presse (Axel Springer). Mende regte an, daß Bökel in der nächsten Ausgabe seines Informationsdienstes einen ersten Warnschuß in Richtung Hamburg abfeuert.

[29] Es handelte sich um den Artikel „Pariser Kreditpolitik – Konsequenzen auch für Bonn?" – in fdk 15/87 vom 29.10.1964.

Noch etwas Erfreuliches: Am Montag sind zum ersten Male seit Errichtung der Mauer Besucher aus Mitteldeutschland in der Bundesrepublik eingetroffen. Künftig werden wohl Hunderttausende, wenn nicht Millionen alter Menschen von drüben ihre Angehörigen im Westen besuchen können. Sichtbarer Erfolg einer aktiven Deutschlandpolitik, wie sie unter maßgeblicher Beteiligung der FDP von dieser Koalitionsregierung eingeleitet wurde[30].

Dienstag, den 10. November 1964

Am Samstag, bei der Fahrt nach Würzburg, hatte mir Miessner, den ich zufällig im Zug traf, über die schlechte Stimmung in der Fraktion berichtet. Es fehle an jeder klaren Führung, es herrsche eine allgemeine Zerfahrenheit und Resignation. Da ich derartige Klagen auch schon von anderer Seite vernommen hatte, wies ich Mende gestern morgen im Team auf diesen Zustand hin. Ich ergänzte diesen Hinweis durch Bemerkungen über die Gefahren, die m. E. der deutschen Außen- und Europa-Politik durch die deutschen Gaullisten drohen. Der Vorsitzende und einige meiner Kollegen stimmten meiner Lagebeurteilung zu.

Nach meinem Vortrag vor der Parteischule in Rengsdorf, der diesmal recht zwiespältig aufgenommen wurde (z. T. Empörung über meine Darstellung der „Realitäten"), am Abend beim Fraktionsempfang für 50 Mitglieder der Bundespressekonferenz. Dort teilte mir Schwakenberg sein Interesse an der Übernahme der noch vakanten Position des FDP-Pressechefs mit.

Donnerstag, den 12. November 1964

Auf einer kurzen Sondersitzung der Fraktion berichteten Mischnick und Zoglmann am Nachmittag über die jüngste Entwicklung der Europa-Diskussion in den Unionsparteien. Bei einem Gespräch mit Erhard und Barzel hätten sie gefragt, ob eine Absetzung Schröders beabsichtigt, ein Minderheitskabinett geplant sei und schließlich Adenauer – wie berichtet wurde – de Gaulle eine Getreidepreisangleichung zugesagt habe. Barzel und Erhard hätten diese Fragen mit einem klaren „Nein" beantwortet. Keine präzisen Auskünfte seien in dessen über die Gesprächsthemen Adenauers in Paris zu erlangen gewesen (vielleicht wissen die beiden Unionspolitiker selber nicht, worüber der „Alte" mit de Gaulle konferierte). Man habe den Eindruck gehabt, daß Erhard wie Barzel sich darüber im klaren seien, welche Schwierigkeiten jede personelle Änderung im Kabinett zur Folge haben müßte.

[30] Am 9. 9. 1964 hatte der Ministerrat der DDR beschlossen, daß im Rentenalter stehenden Bürgern jährlich eine Besuchsreise zu Verwandten in der Bundesrepublik mit einer Aufenthaltsdauer bis zu vier Wochen genehmigt werden kann.

Danach habe Schröder der FDP-Delegation den Wunsch nach einem Gespräch übermittelt. Diese Unterredung habe den Eindruck bestätigt, daß die Auseinandersetzung über die Europapolitik in der Union sehr hart geführt werde und daß tatsächlich beabsichtigt war, einen Personenwechsel (im Amte des Außenministers) durchzuführen, der dann aber verhindert wurde. Zoglmann ergänzte: Vor dem Gespräch mit Erhard habe Barzel der FDP geraten, unbedingt die „Frage Schröder" anzuschneiden.

Erhard habe inzwischen vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU wieder einmal seine Entschlossenheit bekräftigt, die bisherige Außenpolitik „unbeirrt fortzusetzen". Dem heute veröffentlichten Kommunique zufolge, soll Adenauer in dieser Sitzung seiner Freude darüber Ausdruck gegeben haben, daß er mit Erhard – „wie sich gerade in den letzten Tagen gezeigt habe" – in der Beurteilung der politischen Fragen übereinstimme.

Freitag, den 20. November 1964

Mein gestriger, etwas skeptischer Artikel zum Jahrestag der Kennedy-Ermordung hat unvermutet einigen Wirbel verursacht. Ausgelöst wurde er durch eine den Inhalt meines Kommentars keineswegs deckende Überschrift einer *AP*-Meldung („FDP bezweifelt Johnsons Führungsfähigkeiten")[31]. *Tagesspiegel* und auch der Nachrichtenspiegel des Presseamtes übernahmen den „Knüller". Das brachte die Berliner FDP und natürlich auch Mende in helle Aufregung. Auf dessen Wunsch gab die Pressestelle heute eine Richtigstellung heraus. Friderichs findet die *AP*-Meldung und damit die ganze Aufregung nicht gerechtfertigt. Ich auch nicht.

Mittwoch, den 25. November 1964

Mit einer deftigen Erkältung am Nachmittag vorzeitig vom SPD-Parteitag in Karlsruhe zurückgekehrt. Die Reise hat sich auch so kaum gelohnt. Es war ein Kongreß ohne wirkliche Höhepunkte, gedämpfter Trommelklang und viel Routine. Zum Auftakt am Sonntagabend im Parkhotel für uns Journalisten ein teures Menu und eine magere Rede Wehners. Gestern Willy Brandt: ganz Staatsmann beim Vortrag seines „Regierungsprogramms". In der außenpolitischen Arbeitsgemeinschaft eine lustlose Debatte nach wie üblich gutformulierter Erler-Rede. Als Garnierung Ministermannschaft und wissenschaftliche Beraterstäbe, letztere offenbar et-

[31] W. Schollwer: „Die Folgen von Dallas – Die Welt, ein Jahr nach der Ermordung Kennedys" – in fdk 15/93 vom 19.11.1964. Darin hieß es u.a.: „Seit dem 22.11.1963 konzentriert sich die Politik der USA wesentlich auf inneramerikanische Vorgänge. Die Außenpolitik Washingtons stagniert. Das westliche Bündnis treibt praktisch führerlos in den hochgehenden Wogen der internationalen Entwicklung dahin."

was eilfertig, ohne vorherige Rückfrage bei den Berufenen zusammengestellt. Raiser und Dahrendorf protestierten bereits[32].

Sonntag, den 6. Dezember 1964

Vier Tage in Berlin. Auf der Jahrestagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" in der Kongreßhalle kam es im Forum 2 (Außenpolitik) zu einer ziemlich aufgeregten Diskussion über die Deutschlandpolitik, nachdem zunächst Wortmeldungen zum vorgelegten Fragenkatalog ausgeblieben waren.

Dabei war die Fragestellung vergleichsweise harmlos, eigentlich nur die Oberfläche der Deutschlandproblematik berührend. Dennoch stießen manche Diskutanten bis in die sensiblen Bereiche vor (mangelnde Klarheit der Deutschlandpolitik der Bundesregierung, Seebohm-Äußerungen, fehlendes Bemühen um Interesse des Ostens an deutscher Einheit, wiedervereinigtes Deutschland – in welchen Grenzen?). Tags darauf zeigte sich der Meinungswandel im Kuratorium noch deutlicher: Im Forum 3 (Umbruch im Ostblock) war die Aussprache nicht nur interessant und in die Tiefe gehend, sondern auch zumeist fortschrittlich und positiv. Und bei dem öffentlichen Diskussionsforum am Nachmittag mit Bahr, Bender, Bölling, Schwarzkopf und Holzamer erntete Bender mit unorthodoxen Bemerkungen zur Deutschlandpolitik neben Äußerungen des Unwillens vom Publikum auch vereinzelt Beifall.

Am Abend des Freitag eine LDP-Beiratssitzung im Rathaus Schöneberg. Man beschloß einen Flüchtlingsinformationsdienst ins Leben zu rufen, der sich hauptsächlich an ehemalige LDP-Mitglieder wenden und gesamtdeutsche Informationen bringen soll. Ein Redaktionsausschuß wurde gebildet, der sich am 16. Dezember in Bonn über die technischen Einzelheiten dieses Dienstes und dessen Titel verständigen wird[33]. – Am Samstag endete die Kuratoriumstagung mit einer „Rettet-die-Freiheit-Rede" Barzels, deren Ende Walper und ich nicht abwarteten.

Montag, den 7. Dezember 1964

Heute auf der Vorstandssitzung im Bundeshaus, verteidigte Mende in auffälliger Weise die antiamerikanische Politik de Gaulles. Selbst für das Mißtrauen der französischen Regierung gegenüber Bonn fand unser Vor-

[32] Nach einer in Karlsruhe herausgegebenen Pressemitteilung der SPD vom 24.11. sollten sich 36 Professoren, „die zum großen Teil an der Studie ‚Deutschland 1975' als Gutachter mitgewirkt haben", bereit erklärt haben, die SPD und „eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung fachlich zu beraten."

[33] Seit der Einstellung des *Ostdienstes* im Frühjahr 1957 hatte die FDP keinen speziellen Informationsdienst für die LDP-Flüchtlinge mehr herausgegeben. Mitglieder des Redaktionsausschusses waren: Rudolf Wiebach, Christian Zeis, Hermann Marx und Wolfgang Schollwer.

sitzender eine Entschuldigung: Adenauer habe vor Jahren in Paris so weitgehende Zusagen gemacht, daß der Eindruck in Frankreich, Bonn operiere „zwielichtig", berechtigt sei. Zur MLF stellte Mende mit Genugtuung (die ich übrigens teile) fest, sie sei in „alter Prägung" tot, da Großbritannien und Frankreich nicht mitmachten. Sollte Bonn auf die Idee kommen, das Projekt allein mit den USA (oder zu dritt mit London und Washington) zu verwirklichen, so habe das den Austritt Frankreichs aus der NATO zur Folge.

Sodann unterrichtete M. den Vorstand über einen Brief, den er Erhard geschrieben habe, damit dieser das Thema Deutschlandpolitik auf die Tagesordnung einer der nächsten Kabinettssitzungen setze.

Der Kanzler habe ihn – Mende – übrigens ermächtigt, in Paris eine neue Deutschlandinitiative mit Einsetzung von gemischten Kommissionen und Auftragsverhandlungen zu fordern: Carstens habe ihm von diesem Plan abgeraten, weil andere daran bereits Geschmack gefunden hätten.

Ein von der Pressestelle vorbereitetes Kommunique fand wegen der gelinden Kritik an der Europa-Politik de Gaulles im zweiten Absatz nicht die Zustimmung Mendes. Er formulierte diesen Teil neu, was nun wiederum die Kritik Starkes herausforderte[34]. Mende reagierte gereizt, bekannte sich ostentativ zur französischen Ostpolitik und meinte, man müsse die Europa-Politik überdenken, weil die Amerikaner uns „sitzen gelassen" hätten!

Krach gab es auch bei der Diskussion über die Verjährungsfristen. Als sich Eisenmann (als einziger) sogar für eine Generalamnestie aussprach, wurde er von Stritzek und Hamm-Brücher überaus scharf angegangen. Was E. zu der Erklärung veranlaßte, er werde aus der Partei austreten, falls man ihm parteischädigendes Verhalten vorwerfe[35].

Dienstag, den 8. Dezember 1964

Bei drei Stimmenthaltungen hat sich die Fraktion heute nachmittag dagegen ausgesprochen, dem Antrag von CDU/CSU und SPD über Verfolgung von NS-Verbrechen beizutreten. Der Beschlußfassung ging eine längere Debatte voraus, in der Zoglmann Justizminister Bucher wegen dessen jüngster Äußerungen zur Frage der Verjährungsfristen heftig attackierte. Nach erregter Auseinandersetzung darüber, ob Bucher im Kabinett die Fraktionshaltung in dieser Sache vertreten solle, bei der Brodesser die Ab-

[34] Entwurf der ursprünglichen Fassung bei den Handakten Schollwers (ADL 6955/45).

[35] Für eine Verlängerung der Verjährungsfristen bei der Verfolgung von NS-Mordtaten sprach sich in der Vorstandssitzung Edgar Engelhard aus.

geordneten mit neuesten Umfrageergebnissen schockte[36], erklärte sich Bucher schließlich bereit, sowohl im Kabinett als auch im Plenum keine andere als die Fraktionsmeinung vorzutragen.

Mischnick, der die Sitzung leitete, berichtete über ein Koalitionsgespräch in Sachen Deckung des Bundeshaushaltes sowie über einen Brief von Moersch an den Fraktionsvorstand, in dem die Frage gestellt wurde, ob die FDP bereits für 1965 an die CDU „verkauft" worden sei. Zoglmanns Antwort: FDP und CDU/CSU seien sich bei dem Koalitionsgespräch darüber einig gewesen, auch nach 1965 zusammenzubleiben, sofern man gemeinsam die Wahlen gewönne. Barzel habe in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, ob der „Fall Strauß" von der FDP so angesehen werden, daß der CSU-Vorsitzende erst einmal „seine Prozesse in Ordnung" bringen müsse. Z. habe diese Frage bejaht. Mende meinte jedoch in der Fraktionssitzung, die Behauptung, die FDP sei auf eine Koalition mit der CDU festgelegt, auch wenn die SPD bis auf 4 Stimmen an die absolute Mehrheit herankomme, sei ein „Störmanöver im Wahlkampf" (!). M. setzte übrigens vor der Fraktion seine gestrige Berichterstattung über die jüngste Parisreise mit zusätzlichen Informationen fort.

Montag, den 14. Dezember 1964

Der Geschäftsführende Bundesvorstand diskutierte am Nachmittag ausführlich die Koalitionsfrage. Mende plädierte dafür, sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht festzulegen, Weyer widersprach: „Ich sehe keine andere Möglichkeit als zu erklären, wir wollen die Regierung fortsetzen." Rubin legte die finanzielle Lage der Partei dar. Für die Bundestagswahl benötige die FDP 7½ Millionen, Zusagen lägen bisher für etwa 5 Millionen DM vor. Nach einer Darstellung Friderichs über die weitere Wahlkampfplanung und des bisherigen Verlaufs der „Winterreise" der Parteiprominenz[37] („Bevölkerung votiert für ein Dreiparteien-System, aber nicht mit gleicher Stärke für die FDP") wandte man sich dem heißen Thema des Getreidepreises zu[38]. Der Vorstand fühlt sich hier von Erhard hintergangen (Rubin: „Es ist eine Katastrophe, wie wir hinten und vorne belogen und betrogen werden"). Genscher warnte Mende, diese Affäre zu bagatellisieren und die Verantwortung auf die Fraktion abzuschieben: Mende

[36] Brodesser teilte das Ergebnis der neuesten Allensbach-Befragung aus der 1. Novemberhälfte mit: 50% SPD, 43% CDU und 5% FDP.

[37] Im Vorwahlkampf zum 5. Deutschen Bundestag führte die FDP zur Symphatiewerbung und Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades unter den Wählern eine „Winterreise" der Parteiprominenz durch. Bei Podiumsdiskussionen stellten sich die führenden Vertreter der FDP den Fragen des Publikums.

[38] Es ging um die Senkung des deutschen Getreidepreises von DM 475 auf DM 440 je Tonne ab 1967. Damit sollten die deutschen Preise dem europäischen Agrarmarkt angepaßt werden.

werde mit Sicherheit für diesen Beschluß (hinsichtlich der Harmonisierung der Getreidepreise) mitverantwortlich gemacht werden. M. versprach, mit Erhard über dieses Thema noch einmal zu sprechen, Mischnick forderte dagegen ein Koalitionsgespräch mit dem Kanzler. Am schärfsten argumentierte wieder einmal Zoglmann, der sofort mit dem Kanzler zu sprechen wünschte. Friderichs und Rubin wiegelten ab und wiesen auf mögliche Konsequenzen (Koalitionsaustritt wegen Getreidepreis!) hin. Schließlich wurde beschlossen, daß Mende noch heute dem Kanzler einen Brief schreibt, darin seine Überraschung über die jüngste Entwicklung in Brüssel zum Ausdruck bringt und die ernsten Bedenken der FDP gegen den beabsichtigten Kompromiß wegen dessen Auswirkungen auf den Haushalt darlegt. Die dabei angewandten Methoden stellen eine „schwere Trübung der Zusammenarbeit" dar (so wird es M. wohl nicht formulieren).

Mittwoch, den 16. Dezember 1964

Schmücker hat gestern gegen Abend vor der Fraktion versucht, seine Brüsseler Getreidepreis-Entscheidung zu verteidigen. Die deutsche Delegation sei mit ihren Forderungen hinsichtlich der Ausgleichszahlungen nicht durchgedrungen. Darum habe er – angeblich im Einvernehmen mit allen Delegationsmitgliedern (auch mit Hüttebräuker!) vorgeschlagen, den Getreidepreis auf 425 DM zu senken. Damit seien die Deutschen endlich den „schwarzen Peter" los geworden. Dann eine kritische (selbstkritische?) Bemerkung: „Bei der Finanzierung haben wir Haare lassen müssen, weil wir von Anfang an unsere Position nicht strategisch ausgebaut haben." – In der nachfolgenden Diskussion reagierten die Parteifreunde ihren Zorn über Erhards Umfall ab: Logemann sprach von „falscher Ausgangsposition", Ertl von „Kapitulation", andere sahen im Getreidepreisbeschluß einen „Triumph der Sozialisten" und beklagten den „Schaden für den deutschen Export". Schmücker war sichtlich froh, als er endlich nach anderthalb Stunden den Fraktionssaal wieder verlassen konnte. Als er gegangen war, berichtete Starke, Staatssekretär Grund habe ihm soeben versichert, den Brüsseler Beschlüssen nicht zugestimmt zu haben. Diese Mitteilung löste neue scharfe Attaken der Abgeordneten Effertz und Diemer-Nicolaus gegen das Brüsseler Ergebnis, gegen Schmücker und den Kanzler aus. Meinte Starke: Erhard habe bereits Adenauers Dolch im Rücken und handele deshalb so, wie er es selbst gar nicht für richtig halte.

Zuvor hatte sich die Fraktion (nach einem Referat von Schultz) mit dem Thema MLF beschäftigt. Achenbach forderte, die FDP solle dieses Projekt offen ablehnen. Der politische Ursprung der MLF-Idee sei, daß Washington glaube, die Deutschen würden auf die Dauer nicht auf A-Waffen verzichten wollen. Wenn Bonn diesen Verzicht ausspreche, werde „der

Welt ein Stein vom Herzen fallen". Auch Krümmer und Dehler votierten aus politischen Gründen gegen die die multilaterale Atomstreitmacht. Ein sehr vernünftiger Standpunkt, scheint mir.

Heute nachmittag traf sich der am 5. Dezember in Berlin beschlossene Redaktionsausschuß im Bonner Talweg. Der Vorschlag von Zeis, den neuen Informationsdienst „Liberaldemokratische Korrespondenz" zu benennen, fand allgemeine Zustimmung. Die erste Ausgabe soll am 25. Januar erscheinen, danach etwa einmal im Monat.

Freitag, den 18. Dezember 1964

Die Deutschlanddiskussion am Rande der Pariser NATO-Konferenz war eine totale Pleite. Nicht einmal die obligatorische gemeinsame Deutschlanderklärung kam zustande; angeblich soll dieses Vorhaben an Frankreich gescheitert sein. Aber auch die USA und Großbritannien versprechen sich gegenwärtig von neuen Deutschlandinitiativen offenbar nichts. Diese kalte Dusche für Bonn könnte nützlich sein, sofern sie unsere Politiker dazu veranlaßt, endlich einmal ernsthaft darüber nachzudenken, wie man heute überhaupt noch in der deutschen Frage vorankommen kann. In diesem Sinne argumentierte ich auch heute in der Rundfunkdiskussion mit Rathke und Markscheffel. Das stimmt allerdings nicht ganz mit dem überein, was Genscher heute mittag bei unserem Essen mit Blumberg und Dunningan etwas dramatisch ankündigte: eine Warnung der FDP an die USA wegen deren Deutschlandpolitik. Mir schien es vernünftiger zu sein, zunächst einmal unser eigenes deutschlandpolitisches Instrumentarium auf seine weitere Brauchbarkeit hin zu prüfen, bevor wir anderen drohen.

Montag, den 21. Dezember 1964

Rechtzeitig zum Fest hat mir die Partei noch ein „Geschenk" besonderer Art gemacht: Maurer rief mich heute nachmittag zu Hause an, um mir Umutsäußerungen von Friderichs über meine Pressearbeit in absentia mitzuteilen. Besonders die Behauptung von F., die fdk erscheine zu wenig in der Presse, wurmt mich. Auch mein letzter Artikel vom vergangenen Donnerstag hatte in der In- und Auslandspresse wieder ein breites Echo. Aber vielleicht paßt gerade das Herrn Friderichs nicht?

Donnerstag, den 31. Dezember 1964

Mende hat zum Jahreswechsel in einem Rundbrief an die Parteifreunde einige beherzenswerte Feststellungen getroffen. Er spricht von „Schatten die uns bedrücken", von der Notwendigkeit einer Gewissensforschung,

„ob und wo wir Fehler gemacht haben." Gut auch, was er zur Deutschlandpolitik formulierte.

Damit aber steht es auch an diesem Jahresende nicht zum besten. Trotz gewisser Korrekturen und kleiner Fortschritte auf dem Gebiet des innerdeutschen Personenverkehrs ist eine wirklich zeitgemäße, gut durchdachte und langfristig angelegte Verklammerungspolitik noch nicht in Sicht. Nach den Aufregungen über die *Quick*-Veröffentlichung ist auch die FDP allzu schnell zur Tagesordnung des Fortwurstelns und gelegentlicher Minimalkorrekturen an Adenauers Deutschlandpolitik übergegangen. Zudem besteht die Gefahr, daß der heraufziehende Bundestagswahlkampf die Fortführung einer sachlichen Diskussion der deutschen Frage gänzlich unmöglich macht.

Tagebuch 1965

Streit mit der CDU. Nahost-Politik und Hallstein-Doktrin

Samstag, den 2. Januar 1965

Das neue Jahr hat mit einer sechsstündigen Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes begonnen. Man diskutierte, was in Stuttgart auf dem Forum zu erwarten und zu sagen sei. Mende erwartet nach dem Flach-Artikel heikle Fragen, besonders zu den Koalitionsabsichten der FDP. Die Vorstandsdebatte zeigte allerdings, daß die Ansichten darüber noch relativ weit auseinandergehen. Während sich z.B. Weyer dagegen wandte, „auch nur gedanklich" eine Verbindung mit der SPD ins Auge zu fassen, wehrte sich Zoglmann gegen solche „Festlegungen", äußerte Logemann Bedenken, allein die CDU als Koalitionspartner in Erwägung zu ziehen, forderten Borm und Hoppe, die Tür zu den Sozialdemokraten zumindest offen zu lassen. Einige sprachen sich dafür aus, daß die FDP in die Opposition geht. Mende hielt eine mittlere Linie: Keine Absage an die SPD, aber deutlich machen, daß wir die jetzige Koalition fortführen wollen, wenn der Wähler sie bestätigt.

Im Verlaufe der Debatte zeichnete M. ein düsteres Bild der Deutschlandpolitik zu Beginn des Wahljahres: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sei bei den Alliierten längst „res judicata". Durch das Nein der USA zu neuen Deutschlandinitiativen des Westens (Rusk) komme die FDP „in eine beschissene Lage." Auf diese Bemerkungen gingen jedoch die anderen Vorstandsmitglieder nicht ein: sie interessiert augenblicklich wohl nur das Koalitionsthema.

Mittwoch, den 6. Januar 1965

Auf der Fraktionsvorstandssitzung in Stuttgart kam es am Dienstag zu einer längeren Debatte über die Vertretung Kühlmanns, der wegen einer Erkrankung noch bis April ausfallen wird. Scheel favorisierte seinen Freund Zoglmann, Mende plädierte für ein Führungsgespann Mischnick-Zoglmann, Mischnick, der nach den Vorstellungen Scheels den Posten eines Wahlkampfleiters bekleiden sollte, hatte sich geweigert, diese Aufgabe zu übernehmen. Da Zoglmann seinerseits ablehnte, die Fraktion bis zur Rückkehr von Kühlmanns zu führen, wird Mischnick nun den Laden übernehmen müssen. Eine gute Lösung, scheint mir. Nicht weniger erfreulich, daß der Vorstand Achenbach durch Krümmer im Außenpolitischen Ausschuß ablösen will, nachdem A. sich in der letzten Ausschußsitzung gegen eine Viermächte-Deutschland-Konferenz und für eine Friedenskon-

ferenz ausgesprochen hat. Nur dürfte Achenbach freiwillig seinen Platz nicht räumen wollen, so daß man daran denkt, Kühlmann um Freigabe seines Sitzes für Krümmer zu bitten.

Bei der Beratung der von Genscher vorgelegten Diskussionsgrundlage eines Schwerpunktprogramms für die Bundestagswahlen teilte Mende mit, er habe den Kanzler um eine Sondersitzung des Kabinetts über die Deutschlandfrage gebeten; sie sei notwendig geworden, nachdem sich herausstellte, daß weder Washington noch London oder Paris bereit sind, die Deutschlandvorschläge Bonns vom 9. August 1963 zu diskutieren. Es gebe nur einen Ausweg aus dem Dilemma: gemischte Kommissionen, die über die Modalitäten verhandeln. Abschließen müßten dann die Regierungen, natürlich unter einer salvatorischen Klausel. Aber Washington genüge das noch nicht, weil Bonn sich über das Ende dieser Entwicklung angeblich nicht klar sei: Nichtangriffspakt, Anerkennung der Ostgrenzen etc. – Wilson gehe unterdessen mit dem Gedanken eines großen Disengagements schwanger. De Gaulle wünsche eine Wiedervereinigung Deutschlands in den heutigen Grenzen mit Zustimmung Warschaus, Prags und Budapests.

Er, Mende, schlage vor, an dem festzuhalten, was wir vor einem Jahr in Berlin erklärten. Für die Bildung gesamtdeutscher Kommissionen bedürfe es keines Auftrags (damals war M. noch anderer Meinung), es genüge das „Einvernehmen" der Vier Mächte: „Mehr ist bis 1969 nicht drin!" Moskau sei nicht zur Erörterung des „großen Konzepts" bereit. Und hinter unserem Rücken hätten die drei Westmächte bereits viel mehr Wirtschaftsbeziehungen zur DDR als wir dächten. Diese Staaten wollten sich mit der Deutschlandfrage nicht belasten. M. sagte für die nächsten Jahre „einen starken patriotischen Trend bei der Jugend" voraus. „Wir müssen den Alliierten unsere Vorleistungen unter die Nase halten: ‚Und was tun Sie? Nichts!' Man solle de Gaulle richtig beurteilen; wir müßten uns angewöhnen, „mit mehreren Bällen zu spielen." Krümmer warf ein, die junge Generation sei gerade gegenüber der Deutschlandpolitik der Parteien und der Westmächte skeptisch; wir müßten unser Gesicht mehr dem Osten zuwenden ...

Am Dienstag, im außenpolitischen Arbeitskreis des Landesparteitages, war von solchen Ketzereien wenig zu spüren. Herr von Mühlen hielt ein ziemlich dürftiges Referat. Die Diskussion war zum Teil gar nicht schlecht, aber kaum geordnet. Sweet und Dimitrijew hörten zu; Überraschendes oder Schockierendes dürften sie kaum vernommen haben. Die Entschließung des AK brachte Altbekanntes. Dafür wurden wenigstens noch einige Unmöglichkeiten verhindert bzw. aus dem Entwurf eliminiert[1].

[1] So entfiel die im ursprünglichen Entwurf enthaltene Bereitschaftserklärung zur Beteiligung der Bundesrepublik „an einer multilateralen Abschreckungsmacht zur Erhaltung des Friedens". Nicht eingefügt wurde der Vorschlag, das Wiedervereinigungsbekenntnis mit dem Gedanken zu verbinden: „endgültige Grenzen nur nach Abschluß eines Friedensvertrages."

Am Abend öffentliches Forum mit Mende, Weyer, Bucher, Mischnick und Saam. Der Mozartsaal war mit über tausend Gästen bis auf den letzten Platz besetzt. Mich störten Mendes z.T. recht nationalistische Töne, die das Publikum leider mit stürmischem Beifall quittierte[2]. Moersch leitete gekonnt, die fragenden Journalisten waren recht zahm.

Zum Auftakt des Dreikönigstreffens in Stuttgart brachte *Die Zeit* vor einer Woche einen umfangreichen Artikel Flachs zur Situation bei der FDP zu Beginn des Wahlkampfes. Eine ziemlich düstere Bilanz, wenn auch m.E. zutreffend. F. optiert für eine Koalition mit der SPD und verteidigt meine Deutschlandinitiative. Ich bin sehr gespannt, ob und wie sich die Partei mit dieser Philippika ihres ehemaligen Bundesgeschäftsführers auseinandersetzen wird.

Inzwischen hat Johnson, durch Bonner Reaktionen auf Rusks Äußerungen offensichtlich alarmiert, Erhard mitteilen lassen, die Politik Washingtons in der deutschen Frage habe sich nicht verändert; die Wiedervereinigung werde mit dem gleichen Nachdruck angestrebt wie bisher[3]. Hoffentlich nicht!

Samstag, den 9. Januar 1965

Am Donnerstag besuchte mich erstmals Paul Sethe zu einem längeren Gespräch über tatsächliche oder denkbare Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit auf jüngste Entwicklungen in der Deutschlandpolitik. Auch wollte er meine Meinung über den Flach-Artikel und die gegenwärtigen Probleme in der FDP erfahren. S. wirkt verschlossen; er sprach nicht viel, sondern hörte 1¼-Stunden lang überwiegend zu. Doch waren wir uns offensichtlich in unseren Ansichten recht nahe, wie ich seinen gelegentlichen Einwürfen entnehmen konnte.

Donnerstag, den 14. Januar 1965

Mendes überraschender Parforce-Ritt in Berlin hat reihum Kritik ausgelöst. Der von M. angeregte Blitzbeschluß des Fraktionsvorstandes am Dienstagmittag im Hotel am Zoo, das Plenum des Bundestages noch in dieser Woche nach Berlin einzuberufen und dort eine gemeinsame Erklärung zur Deutschlandpolitik abzugeben, erzürnte vor allem den Koalitionspartner. Auf der anschließenden Fraktionssitzung im Reichstag berichtete Emde aus dem Ältestenrat, die FDP-Initiative habe dort Verblüffung ausgelöst, mit Vorwürfen sei nicht gespart worden. Eine Chance der

[2] Lt. *Südwest-Merkur* vom 8.1. wandte sich Mende „gegen dauernde Vorleistungen durch die Deutschen". Dieses „Musterschülertum" gefalle ihm nicht, ihm gingen die Interessen des eigenen Volkes vor.

[3] Außenminister Rusk hatte (lt. *Der Spiegel* Nr. 3 vom 13.1.1965) am 30.12.1964 geäußert, eine in Bonn geforderte westliche Deutschland-Initiative müsse von vornherein die Fragen der deutschen Ostgrenze, der europäischen Sicherheit, des Truppenabzugs etc. einbeziehen.

Zustimmung von CDU/CSU und SPD für dieses Unternehmen gebe es nicht; die FDP müßte schon „allein marschieren". Mommer und Rasner fühlten sich „zutiefst brüskiert", Gerstenmaier wollte Mende sprechen. Beide Fraktionen beabsichtigen, die FDP auf ihren Pressekonferenzen „frontal" anzugreifen. Von diesem Vorhaben habe er – Emde – CDU und SPD jedoch noch abbringen können.

Zoglmann ergänzt: Gerstenmaier habe im Ältestenrat dargelegt, warum eine solche Sondersitzung gar nicht einberufen werden könne: die Amerikaner wollten das nicht. Dagegen soll der britische Botschafter angeblich keine Bedenken geäußert haben. Gerstenmaier habe die Frage aufgeworfen, was wohl geschehe, wenn eine „Friktion augelöst" werde und die Abgeordneten aus Berlin mit einem Flugzeug herausgeholt werden müßten? Zoglmann habe geantwortet, etwas Besseres könne dem Bundestag gar nicht geschehen (!). Aber die FDP-Vertreter hätten Gerstenmaier nicht überzeugen können. Und damit war Mendes Vorstoß gescheitert[4].

Zuvor hat M. die Fraktion über den Stand der gegenwärtigen Deutschlanddiskussion unterrichtet. Es war ein einziges Klagelied. Man habe in der Bundesregierung Hoffnungen auf das Deutschlandmemorandum vom 9. August 63 gesetzt und mit einem Vorstoß des Westens Anfang 1965 gerechnet. Nun sei man durch die Deutschlanddebatte im NATO-Rat und wegen der Rusk-Äußerung enttäuscht. Rusk habe verlangt, die Bundesregierung müsse im Falle einer Initiative das gesamte Konzept ihrer Deutschlandpolitik auf den Tisch legen. Das sei „unlogisch" und steht zudem im Widerspruch zum eigenen Verhalten (der USA) gegenüber der Sowjetunion und China. Bei der Beratung im Kabinett hätten alle Mitglieder gegen Schröder gestanden, der völlig isoliert gewesen sei[5]. Mende erregt:

[4] Seit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows im Jahre 1958 hatten, dem Wunsche der Alliierten entsprechend, keine Plenarsitzungen mehr in Berlin stattgefunden. Vor der Presse hatte sich Gerstenmaier, lt. *Die Welt* vom 13. 1. vorsichtig geäußert: bei allen Bemühungen, sooft wie möglich den Bundestag in Berlin tätig werden zu lassen, werfe die Einberufung von Plenarsitzungen in Berlin „politische Schwierigkeiten" auf, die im Zusammenhang mit den alliierten Vorrechten in Berlin stünden.

[5] Dieser Interpretation Mendes widerspricht *Der Spiegel* Nr. 3 vom 13. 1. 1965. Lemmer habe den Äußerungen Schröders zugestimmt, daß Rusk nichts anderes gesagt habe, als was amerikanische Deutschlandpolitik seit längerer Zeit sei. Auch Schollwer war der Ansicht Schröders, daß man nicht länger auf westliche Initiativen in der Deutschlandpolitik warten dürfe, sondern selbst initiativ werden müsse. In einem 9 Seiten umfassenden Entwurf für die FDP-Wahlbroschüre („Eine realistische Politik für Deutschland"), der in leicht abgeänderter Form in der Broschüre „Mit festem Ziel für Deutschland – Die Deutschlandpolitik der Freien Demokratischen Partei", herausgegeben von der FDP-Parteileitung im Wahlkampf 1965 erschien, schrieb er, daß „heute bereits in fünf Punkten eine mehr oder minder große Übereinstimmung zwischen den kommunistischen Staaten und den Westmächten in der deutschen Frage" bestehe. Daraus zog er die Konsequenz: „Angesichts dieser harten Tatsachen hat es keinen Sinn mehr, weiterhin den Kopf in den Sand zu stecken und auf ein Wunder in der Deutschlandpolitik zu hoffen. Wir müssen uns vielmehr darauf einrichten, die deutschen Dinge künftig mehr in unsere eigene

„Wir haben unsere Interessen zurückgestellt in der Embargo-Frage", hätten dafür 30 Mio DM Ersatz geleistet und auf eine Handelsmission in China verzichtet, seien den Amerikanern zuliebe bei der MLF „mitgelaufen, als sie schon tot war." Frankreich „belog uns wegen der Handelsvertretung mit Pankow". – In der Deutschlandpolitik seien wir bei jedem Projekt von Pankow abgewiesen worden. Die Treuhandstelle habe uns stets auf Zweistaaten-Verhandlungen verwiesen. Wir stünden nun vor folgender Entscheidung: entweder entschließen wir uns zu solchen Verhandlungen oder wir suchen einen „dritten Weg" über gesamtdeutsche technische Kommissionen. „Der Weg, den wir jetzt gehen, bedeutet, daß der Status quo bleibt und mit einer Konföderation endet", meinte M. Es sei für ihn nicht überraschend, daß der Westen nicht über eine Friedenskonferenz sprechen solle; daß man aber auch nicht über gesamtdeutsche technische Kommissionen verhandeln wolle, stelle doch eine Überraschung dar.

Starke ergriff für die Amerikaner Partei: Rusk habe recht; er sei von den Deutschen „sitzen gelassen worden". Scheel warf die Frage auf, ob sich Europa von den USA lösen wolle. Man müsse ein Gesamtkonzept überlegen. Schultz schlug vor, die Fraktion solle Ende Januar dieses Thema behandeln; Krümmer regte eine Große Anfrage zur Außenpolitik an.

Im Reichstag traf ich Roderich Schneider. Er sagte, er werde in Kürze mit dem Angebot an mich herantreten, zum *Spiegel* zu kommen. Warten wir es ab.

Freitag, den 15. Januar 1965

Heute nachmittag meldete *DPA*, der 90jährige Churchill habe einen Schlaganfall erlitten. Als diese Nachricht über die Agentur tickerte, saß ich mit Kollegen der Parteileitung und Fraktion in der Filmstelle des Gesamtdeutschen Ministeriums; wir sahen den sowjetzonalen Propaganda-Film „Döring sagt, wie es ist". Der Streifen lief vergangenes Jahr im DDR-Fernsehen. Ein fürchterlicher Schmarren, der die Frage beantworten soll, warum Döring sterben mußte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 238

Hand zu nehmen als bisher." Schollwer forderte deshalb die „Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den Staaten Ost- und Südosteuropas", eine stärkere Koordinierung der innerdeutschen Kontakte der Bundesregierung, die Errichtung eines entsprechenden Bundesamtes in Berlin, das die Tätigkeit gesamtdeutscher technischer Kommission zu koordinieren habe, sowie die Bildung eines „ständigen westlichen Beratungsgremiums", das die Lösung der deutschen Frage langfristig planen und die Ergebnisse dieser Planungen zur Grundlage eines westlichen Verhandlungsvorschlages machen sollte. (Bei den Akten Schollwers, ADL 6955/45).

Dienstag, den 19. Januar 1965

Auf der heutigen Fraktionssitzung meldete Emde Zustimmung auch der anderen Parteien zur Plenarsitzung in Berlin. Die CDU bat jedoch, die Entscheidung darüber bis zur Rückkehr Erhards aus Paris zurückzustellen. Die Deutschlanddebatte solle dann nächste oder übernächste Woche stattfinden. So haben wir denn unser Gesicht nicht gänzlich verloren. – Für den noch immer kranken Kühlmann wurde Mischnick zu dessen Abwesenheitsvertreter gewählt, mit deutlicher Mehrheit gegenüber seinem Mitbewerber Zoglmann[6].

Gestern tagte der Vorstand und bereitete Parteitag und Wahlkampf vor. Man entschied, diesmal auf Arbeitskreise zu verzichten und die Verteilung von DJD-Parteitagsdiensten nicht zu gestatten – von wegen Geschlossenheit der Partei im Wahlkampf[7]. Lange Debatte darüber, wer auf dem Plakat der Spitzenpolitiker erscheinen solle bzw. nicht: Starke oder Kühlmann. Es war ziemlich verwirrend.

Mendes Lagebericht wieder recht subjektiv und nicht in allen Einzelheiten nachprüfbar. Überraschung des Vorsitzenden darüber, „wie stark der Oppositionsgedanke bei uns Fuß gefaßt hat". Insbesondere bei den Jungen, die sich davon eine Regeneration der FDP erhofften, falls die Wahlentscheidung zur Opposition zwinge. – Verärgert äußerte sich M. über die Abfuhr, die wir in Berlin erhielten. CDU/CSU und SPD hätten bei der Ablehnung unseres Vorschlages „rüdes Verhalten" an den Tag gelegt. Dafür habe aber die Öffentlichkeit absolut kein Verständnis (?).

Mittwoch, den 20. Januar 1965

Die Diskussion nach meinem Standard-Referat vor dem Rengsdorfer Seminar am heutigen Vormittag stimmt mich optimistisch: Von nahezu allen Diskussionsteilnehmern wurden eine pragmatische Deutschlandpolitik sowie Verhandlungen mit der DDR gefordert. Steter Tropfen höhlt den Stein? – Gestern, bei einem Essen mit Botschaftsrat Georgijewicz, wieder das leidige Thema deutsch-jugoslawischer Beziehungen. G. zeigte sich sehr bekümmert, daß sich Bonns Haltung gegenüber Belgrad angeblich erneut versteift habe, nachdem Tito beschloß, Ulbricht noch in diesem Jahre zu besuchen.

[6] Zoglmann erhielt von 49 abgegebenen Stimmen 18, Mischnick bekam 20.

[7] Auf Einspruch von Engelhard und Bortscheller und Hoppe erklärte sich Mende jedoch schließlich bereit, wenigstens eine Sondernummer der *Stimmen der jungen Generation* zur Verteilung in Frankfurt zu genehmigen. M. knüpfte jedoch daran die Bedingung, daß diese Ausgabe der Stimmen „in enger Zusammenarbeit mit Genscher, Friderichs, Schollwer und Mischnick" erfolge, die zu entscheiden hätten, ob das Blatt den „Interessen der FDP" entspreche.

Freitag, den 22. Januar 1965

Aufregungen und viel Ärger um meinen letzten fdk-Artikel. Wenige Stunden, nachdem meine gestrige Bilanz von Rambouillet in den Pressehäusern verteilt war, rief mich Herr von Hase an, um mir eine spezielle Unterrichtung über den Verlauf der zweitägigen Besprechungen zwischen Erhard und de Gaulle anzubieten. Ich akzeptierte, erfuhr aber nichts Neues, sondern nur die übliche schönfärberische Sicht des Regierungssprechers. H. war sehr höflich und erklärte sich in solchen Fällen ständig zu bevorzugter Information durch ihn selbst oder seinen Vertreter bereit.

Kaum zurückgekehrt, ein Anruf von Flügge: Die Fraktion hatte sich inzwischen von meinem Artikel distanziert (!)[8].

Heute brachte die gesamte Presse Auszüge aus meinem kritischen Kommentar, einige leider auch zugleich das Fraktionsdementi. Raoul Delaye, mit dem ich im Gästehaus der französischen Botschaft zu Mittag aß, stimmte meiner Betrachtung von Rambouillet weitgehend zu, mokierte sich über deutsche Gaullisten und kommentierte Guttenbergs Buch „Wenn der Westen will" so: Guttenberg fordere europäische politische Integration, aber de Gaulle sei dagegen, Guttenberg rufe nach einer europäischen Atommacht, jedoch der General lehne das ab. Treffender kann die Irrationalität des deutschen Gaullismus wohl kaum charakterisiert werden.

Mittwoch, den 27. Januar 1965

Ich bin dem Kanzler persönlichen Dank schuldig: Mit seinem gestrigen Auftritt vor der Fraktion hat Erhard meinen Rambouillet-Artikel vom vergangenen Donnerstag nachträglich gerechtfertigt. Aus des Kanzlers Darlegungen sprach soviel Ratlosigkeit und Unvermögen, harten Realitäten der Europa- und Deutschlandpolitik tapfer ins Gesicht zu schauen, daß Schultz nach Erhards Fortgang erklärte, ich hätte mit meiner Darstellung des Treffens Erhards mit de Gaulle doch recht gehabt. Auch Starke bedauerte die seinerzeitige Distanzierung der Fraktion von meinem Artikel. Am Abend ein Vortrag vor der Alten Schlesischen Burschengemeinschaft über die „Deutsche Ostpolitik heute". Eine sehr lebhafte, aufgeschlossene und

[8] W. Schollwer „Erste Bilanz von Rambouillet" – in fdk 16/6 vom 21. 1. 1965. Die Sätze dieses Artikels, die in der Presse am häufigsten zitiert worden waren und offenbar sowohl Herrn von Hase als auch die CDU/CSU und die FDP-Bundestagsfraktion aufgeschreckt hatten, lauteten:
„Das Fehlen eines Kommuniqués deutet jedoch darauf hin, daß es nach wie vor eine Reihe von Fragen zwischen Bonn und Paris gibt, die noch ihrer Klärung harren. Auch die Äußerungen deutscher und französischer Regierungssprecher vermögen im Grunde nichts beizutragen, um wirklich genau zu erfahren, wie es nun in der Frage der europäischen Einigung und in der Deutschlandpolitik des Westens weitergehen soll. Man ist in beiden Fällen noch immer im Stadium der Prüfung und der Konsultationen, und niemand kann heute sagen, ob aus diesen Beratungen jemals etwas Greifbares herauskommen wird."

zwanglose Diskussion. Das sollte den Parteien und Regierenden eigentlich zu denken geben. Doch die lassen sich wohl mehr von solchen Kalten Kriegern wie Kissinger und Kux beeindrucken, die dieser Tage vor der Katholischen Akademie in München sogar gegen Dulles vom Leder zogen, weil dieser angeblich eine illusionäre Entspannungspolitik gegenüber dem Osten betrieben haben soll. Eine absurde Behauptung.

Heute morgen, im „Team", hat Friderichs – nach Rücksprache mit Genscher – die Parole ausgegeben, verstärkt auf die „auf der Flucht" befindliche SPD einzuschlagen. Ich warnte davor, Brandts jüngstes Ost-Memorandum in die Attacken mit einzubeziehen[9]. Wir würden damit ja nur unsere eigenen ostpolitischen Bemühungen desavouieren.

Freitag, den 29. Januar 1965

Die Bundesregierung hat auf den angekündigten Ulbricht-Besuch in Kairo bisher mit Zurückhaltung reagiert, das entspricht den Interessen der Bundesrepublik. Doch ändert es nichts an der Tatsache, daß Bonn jetzt vor sehr ernste und weitgreifende Entscheidungen seiner Außenpolitik gestellt wird. Denn es ist sehr fraglich, ob es der Bundesregierung gelingt, Nasser noch umzustimmen. Wenn nicht, was dann?[10]

Wie mißtrauisch manche Leute schon auf solche Überlegungen reagieren, beweist Wolfgang Wagner, Bonner Korrespondent mehrerer deutscher Tageszeitungen. Der zitierte heute aus meinem gestrigen Kommentar über die Bonner Nahost-Politik und registrierte dabei „einiges Aufsehen", weil die fdk die mögliche Aufgabe der Hallstein-Doktrin angedeutet habe (das ist sicherlich zutreffend!). Gestern abend versuchte nun Wagner im ZDF Siegfried Zoglmann auf ein uneingeschränktes Bekenntnis zu eben dieser Doktrin festzulegen (was nicht gelang), nachdem Frau Purwin zuvor Z. um Erläuterung meiner Andeutungen in der fdk gebeten hatte[11].

[9] Am 20.1.1965 berichtete der SPD-Pressedienst über einen „Marshall-Plan für Osteuropa" des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Brandt; er wurde bereits im Herbst 1964 dem amerikanischen Außenminister zugeleitet. Der amtierende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Mischnick hatte noch am gleichen Tage in einer Dringlichkeitsanfrage die Bundesregierung um Auskunft ersucht, wann sie „über Tatsache und Inhalt" des Memorandums unterrichtet worden sei. Die FDP-Fraktion attackierte in der Folgezeit wiederholt die Taktik Brandts, die den Verdacht aufkommen lasse, „als betreibe Berlin eine eigene Außenpolitik".

[10] Am 27.1.1965 gab das *Neue Deutschland* bekannt, Nasser habe Ulbricht zu einem Freundschaftsbesuch in die VAR eingeladen. Kairo begründete diesen Schritt mit den deutschen Waffenlieferungen an Israel. Die Bundesregierung beschloß daraufhin, künftig keine Waffenlieferungen mehr in Spannungsgebiete zu genehmigen und Israel eine Kompensation für die Ablösung der mit diesem Staate getroffenen Vereinbarungen anzubieten. Das löste Spannungen zwischen Bonn und Jerusalem aus, das auf weitere Waffenlieferungen durch Bonn beharrte (ADG, S. 11694).

[11] Eine Abschrift der Sendung befindet sich bei den Akten Schollwers, ADL 6955/45.

Montag, den 1. Februar 1965

Ein Thema unseres heutigen Morgengespräches mit Mende waren die wachsenden Pressionen des Auslandes wegen der Absicht der Bundesregierung, die Verjährungsfristen nicht zu verlängern. Dabei steht besonders Ewald Bucher unter Beschuß, der sich in den letzten Wochen wiederholt gegen eine Verlängerung über den Mai hinaus ausgesprochen hatte. Vom *Economist* („Elefantengetrampel") bis zur *Literaturnaja Gazeta* bekam unser Parteifreund dafür Prügel.

Dann erörterten wir die Nahost-Lage. Beschluß: Weyer soll einen Artikel veröffentlichen mit dem Tenor, die Ulbricht-Reise nach Kairo – kein Fall für die Hallsteindoktrin. Ich erhielt den Auftrag, diesen Kommentar für die morgige fdk zu fertigen.

Donnerstag, den 4. Februar 1965

Heute mittag ein längeres Gespräch mit Scheel. Er entwickelte mir seine außenpolitischen Grundvorstellungen, berichtete über die Kabinettssitzung am Mittwoch, auf der er den Kanzler anhand amerikanischen Materials von der Richtigkeit des Weyer-Schollwer-Artikels überzeugt habe, und bat um künftige engere Zusammenarbeit. Scheel will sich im Wahlkampf als Außenpolitiker profilieren.

Der Weyer-Artikel hat einiges Aufsehen erregt. Der *General-Anzeiger* berichtete gestern darüber mit der Schlagzeile „Einheitsfront der Parteien zerbrochen". Diese dramatische Feststellung Wagners ist insoweit unzutreffend, als die FDP bekanntlich schon seit Jahren eine rigide Anwendung dieser Doktrin alehnt.

Amüsant auch die Feststellung Hilde Purwins in der *NRZ*, die FDP warne vor einer Ausweitung der Hallstein-Doktrin, während die SPD „am stärksten für eine harte Haltung gegenüber Ägypten" eintrete. Es ist schon schlimm mit dieser Brandt-Partei! Dagegen hat sich Herr von Hase in aller Öffentlichkeit für den fdk-Artikel bedankt.

Mittwoch, den 10. Februar 1965

Gestern abend diskutierte die Fraktion unter Vorsitz von Kühlmanns viereinhalb Stunden lang die Deutschlandpolitik. Der Debatte lag ein von Krümmer verfertigtes Papier zur außenpolitischen und gesamtdeutschen Frage sowie Thesen des Arbeitskreises vom 9. Februar zugrunde, die freilich bei dem „Glaubensstreit" der Abgeordneten nur eine sehr bescheidene Rolle spielten. Es waren die üblichen Fronten: Mende hin- und herlavierend, Scheel wieder mit unverkennbar progaullistischer Tendenz, Dehler sich verbissen an alte, längst überholte Positionen klammernd und

dabei auch noch Moersch absichtlich mißverstehend. Man kam auch diesmal nicht einen Schritt weiter[12].

Am Montag erneut bei Scheel. Wir besprachen einen Artikel zur Nahost-Politik, den ich dann doch nicht veröffentlichte, nachdem von Hase ein Einlenken der Bundesregierung in der Frage der Waffenhilfe für Israel mitteilte. Erstaunlicherweise waren Scheel und ich diesmal in der Bewertung der jüngsten Pressekonferenz de Gaulles weitgehend einig[13].

In Asien geraten die Amerikaner immer tiefer in den Sumpf des Vietnam-Krieges, der für Washington militärisch nicht mehr zu gewinnen ist. Amerikas Interesse muß es jetzt sein, sein Gesicht zu wahren und sich mit Anstand aus der Affäre zu ziehen. Ob aber die Hoffnung aufgeht, sich mit Vergeltungsschlägen wie zu Beginn dieser Woche eine Gasse zum Verhandlungstisch freibomben zu können, bleibt vorerst zweifelhaft.

Montag, den 15. Februar 1965

Das konfuse Verhalten der Erhard-Regierung in der Nahostaffäre führte am Morgen im „Team" zu lebhaften Diskussionen. Während Mende bemüht war, die Gefahren für die deutsche Außenpolitik zu bagatellisieren, übten Genscher und ich scharfe Kritik an der Nahost-Politik der Bundesregierung. Genscher plädierte für einen „Sprung nach vorn" in der Deutschlandpolitik, ich stellte die Frage nach dem Verbleib der FDP in der Kaolition. Doch M. denkt nicht an solche Konsequenzen.

[12] Den Notizen Schollwers ist folgender Diskussionsverlauf zu entnehmen: Mende erklärte, er sehe die Wiedervereinigung „nur noch als einen Prozeß über Jahrzehnte; ich betrüge meine Zuhörer nicht mehr". – Scheel stellte fest, daß es unter den gegenwärtigen organisatorischen Formen der Bündnisse keine Wiedervereinigung gäbe, und fuhr dann fort: „De Gaulle kann in einem Punkt für mich nützlich sein. Mit den USA ist es bisher nicht gegangen, sie haben 20 Jahre lang nichts getan". Die sogenannte Viermächte-Verantwortung bewege in der Politik überhaupt nichts – „damit kann ich nichts erreichen". Dehler unterstellte Moersch, er habe sich Kennans Ansichten zu eigen gemacht: die Sowjetunion trage den Keim des Untergangs in sich, der Westen müsse eine Politik des „Containment" machen, also „keine Politik mit der Sowjetunion". In der Tat hatte M. in der Debatte ausgeführt, daß eine Politik, die zur Verhinderung des Auseinanderwachsens führe, notwendig sei. Der Zweite Weltkrieg sei nicht „im üblichen Sinne" beendet; es folge nun ein ideologischer Wettkampf. (Handakten Schollwers ADL 6955/45).

[13] Am 4.2. hatte sich de Gaulle auf einer Presekonferenz im Elysée-Palast sehr ausführlich zur Deutschlandfrage in ihren historischen wie grundsätzlichen Perspektiven geäußert und dabei die Verantwortung der Vier Mächte für die deutsche Wiedervereinigung infrage gestellt. In dem am gleichen Tage für Scheel gefertigten Entwurf eines Artikels heißt es, man stimme mit de Gaulle überein in der „Einordnung der deutschen Frage in den Gesamtkomplex internationaler Fragen"; ferner darin, daß es zunächst darum gehe, „durch enge Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern das Terrain vorzubereiten und ein Klima zu schaffen, das für die Wiedervereinigung günstig ist"; daß es „in erster Linie Europa zukomme, die Lösung der deutschen Frage besonders aktiv zu betreiben", und daß schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands ein langfristiger Prozeß ist. Der Artikel Scheels erschien am 13.2.1965 in der *Welt*.

Interessant, was Friderichs am Samstag vor LDP-Flüchtlingen über die innenpolitische Lage referierte: Die FDP gilt bei den Wählern als unglaubwürdig, wankelmütig und opportunistisch. Wen wundert's?

An diesem 13. Februar gedachte Deutschland des Untergangs von Dresden vor zwanzig Jahren. Ich erfuhr diese Tragödie erst nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft. An jenem bitterkalten Unglückstag lagen wir Soldaten eines Fähnrichsregimentes am Rande eines ostpommerschen Wäldchens im Geschoßhagel russischer Artillerie, bemüht, den Angriff sowjetischer Infanterie auf unsere Stellung abzuwehren. Es war die Stunde, in der ich 23 Jahre zuvor in Potsdam den ersten Schrei getan habe – da bargen wir unsere Toten. ...

Dienstag, den 16. Februar 1965

Schröder hat heute nachmittag vor der Fraktion versucht, ein wenig Licht in das Dunkel der Bonner Nahost-Politik zu bringen und die Abgeordneten zu besänftigen, die sich über die Absichten der Regierung unzureichend informiert fühlen. Schröder wies auf die fehlende Unterstützung der Westmächte für Bonn und die Aufgabe der jetzigen Bundesregierung hin, „weit zurückliegende Fehler" zu korrigieren: die Waffenlieferungen an Israel nämlich.

Im Verhältnis zu diesem Staate lägen die „eigentlichen Schwierigkeiten": „Israel hat keine Spur Verständnis dafür, daß wir mit den arabischen Staaten ein gutes Verhältnis haben wollen", es wünsche eher den „totalen Bruch" mit eben diesen Ländern.

Seltsames wußte der Außenminister aus der Fraktion der CDU/CSU zu berichten: dort habe Adenauer behauptet, nicht schon 1960, sondern erst später mit Ben-Gurion ein Abkommen getroffen zu haben, „auf Druck einer befreundeten Macht und mit Zustimmung aller Fraktionsvorsitzenden[14]. Schröder suffisant: „Es gibt keinen, der einen verläßlichen Ablauf der Waffenhilfe-Story geben könnte." Man habe damals auf dem Standpunkt gestanden, daß diese Angelegenheit das Auswärtige Amt „einen Dreck angehe". Nach Schröders Ansicht ist die Aufwertung des Ulbricht-Besuches nicht durch die Bundesregierung, sondern durch Fraktionen und Öffentlichkeit erfolgt. Auf eine Frage von Moersch, ob Kräfte in der Bundesregierung den Außenminister zwingen wollten, diesen Besuch hochzuspielen und die Hallstein-Doktrin anzuwenden, meinte Schröder: das sei im Kabinett nicht geschehen, doch sei die Vermutung Moerschs zutreffend, daß „da noch Bemühungen im Gange" gewesen seien, das zu tun. Schultz wollte wissen, ob Bonn seine Beziehungen zu allen arabischen

[14] Adenauer und Ben-Gurion trafen sich am 14.3.1960 im Waldorf-Astoria-Hotel in New York. Die Einzelheiten des Abkommens wurden zwischen den beiden Verteidigungsministern, F. J. Strauß und Schimon Peres, abgesprochen. Je zwei Vertreter der Fraktionen wurden erstmals am 13.12.1962 unterrichtet, für die FDP Dehler und Emde, die Fraktionsvorsitzenden erst im Jahre 1963.

Staaten abbrechen und den Platz Ulbricht überlassen wolle. Der Außenminister diplomatisch: „Ich bin keineswegs entzückt, daß wir durch das Überziehen irgendeiner Position unseren Platz aufgeben"; wir dürften nicht zu einer Selbstblockade kommen. Scheel wies darauf hin, daß das Kabinett lediglich beschlossen habe, den Ulbricht-Besuch abzuwarten und erst dann über eine Einstellung der Wirtschaftshilfe zu entscheiden. Jetzt aber habe Erhard noch vor dem Besuch entschieden. Die Entgegnung Schröders war eine Ohrfeige für den Kanzler: „Die Erklärung ist halt abgegeben worden. Aus emotionalen Gründen kommt man zu harten Beschlüssen, die nicht adäquat sind".

Samstag, den 20. Februar 1965

Am Donnerstag, auf einer Podiumsdiskussion der drei Parteien im Jagdschloß Glienicke in Berlin[15], hatte insbesondere der CDU-Vertreter Lummer einen schweren Stand: die 35 anwesenden Studenten übten zum Teil scharfe Kritik an der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, speziell an deren Haltung in der Grenzfrage und hinsichtlich der Hallsteindoktrin. „Bewußte Verdummung der Wähler" und „Das Volk ist realistischer als die Regierung" waren Meinungsäußerungen aus dem Forum, denen ich – innerlich – nur zustimmen konnte. Man fragt sich wirklich, wie lange diese Jugend das törichte Geschwätz der Politiker über die Rechtspositionen in der Deutschlandpolitik noch hinnehmen wird.

Sonntag, den 21. Februar 1965

Während des Mittagsdienstes im Bundeshaus besuchte mich Genscher. Er klagte über Mendes Zurückhaltung während der gegenwärtigen Nahost-Krise. Angeblich werde M. noch von Scheel aus ganz persönlichen Gründen in dieser Vorsicht bestärkt. G. sprach sich erneut für eine „Flucht nach vorn" aus, ohne diese Bewegung näher zu präzisieren. Für eine solche Politik seien auch Mischnick, Schultz, Dehler und Weyer zu haben. Genscher will einen solchen Kurs gegebenenfalls durch harte Erklärungen zur Grenzfrage „abschirmen".

Werner Höfer hat heute mittag beim internationalen Frühschoppen das alte Klagelied über die ewig mißverstandenen Deutschen angestimmt. Dazu paßte, daß H. seinem ägyptischen Gast in Feldwebelart über den Mund fuhr, als dieser es wagte, den Standort seiner Regierung zum Ulbricht-Besuch darzulegen. Jammern und Auftrumpfen – eine typisch deutsche Reaktion auf private oder politische Schwierigkeiten.

[15] Vom 15.–19. 2. 1965 fand in der Jugendbildungsstätte Schloß Glienicke in Berlin eine staatsbürgerliche Tagung unter dem Thema „Der Ostblock im Wandel" statt.

Dienstag, den 23. Februar 1965

Gestern im morgendlichen „Team" (ohne Mende), eine längere Debatte der deutschlandpolitischen Nahost-Konsequenzen. Mischnick plädierte für eine Konföderation, allerdings mit dem Vorbehalt, daß jetzt noch keine Alternative zur offiziellen Deutschlandpolitik aufgezeigt werden sollte. Ich legte die nach meiner Auffassung nachteiligen Folgen eines Festhaltens an der Hallstein-Doktrin für die Bundesrepublik und die FDP dar. Friderichs meinte, er bedauere noch nachträglich die damalige scharfe Distanzierung der Partei von meinem Deutschlandplan. Und Mischnick forderte endlich personelle Konsequenzen aus der Nahostkrise: die Abberufung von Carstens und Westrick.

Am späten Montagnachmittag eine fünfstündige Sondersitzung des Geschäftsführenden Vorstandes. Bei der Erörterung der Verjährungsfristen wurden recht überzeugende Argumente für unsere bisherige Haltung vorgetragen, lediglich Senator Kirsch (Berlin) vertrat eine Gegenposition. Nach dem gemeinsamen Abendessen gab Mende einen ziemlich euphemistischen Überblick über die Nahost-Krise. Nur Schultz und Zoglmann äußerten sich dazu – beide mit Bedenken gegen die bisherige Haltung der Bundesregierung. Ein von mir entworfenes Kommunique fand nicht die Billigung Mendes, wohl wegen der kaum verhüllten Kritik an der Nahost-Politik unserer Regierung[16].

Donnerstag, den 4. März 1965

Mit Spannung wartet man in Bonn jetzt darauf, wie das Bundeskabinett auf den Ulbricht-Besuch in Kairo reagieren wird. Obwohl unterschiedliche Auffassungen im Kabinett über das Maß der „Strafe" für Nasser offensichtlich vorhanden sind, scheinen sich die Besonnenen durchzusetzen. Sogar die Politisch-Soziale-Korrespondenz plädierte gestern gegen einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur VAR, zugleich aber auch für die Einschränkung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Land. Das könnte bedeuten: Bonn stellt die erwarteten 500 Millionen für den zweiten ägyptischen Fünfjahresplan nicht mehr zur Verfügung.

Die Mäßigung des Kabinetts dürfte nicht zuletzt auf die drei Westmächte zurückzuführen sein, die – wie die *FR* heute berichtete – Bonn wissen ließen, daß sie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kairo als eine Störung des Gleichgewichts in diesem Raum betrachten würden. Solche Winke aus dem Westen haben bei unseren Hitzköpfen noch immer ihre Wirkung getan.

Gestern, am Aschermittwoch, aß ich mit Georgijewicz. G. betonte das

[16] Entwurf des Kommuniqués bei den Akten d. Verf. Der Entwurf enthält u. a. folgende Sätze: „Die Bundesrepublik Deutschland darf sich von niemandem zwingen lassen, irgendwelche Positionen aufzugeben oder einzunehmen, die mit einer realistischen Deutschland-Politik unvereinbar wären." (ADL 6955/46)

angebliche Desinteresse Belgrads an der Zweistaatlichkeit Deutschlands. Über die französische Schutzmachtvertretung für Bonn wußte der Diplomat Pikantes zu berichten: Frankreich übermittelte zwar deutsche Beschwerden „formell", identifiziere sich jedoch indirekt jeweils mit der jugoslawischen Haltung ... Auch ein Wink mit dem Zaunpfahl?

Freitag, den 5. März 1965

Am Vormittag unterrichtete mich Mende über die gestrige Kabinetts-Sitzung, auf der Erhard plötzlich den Abbruch der Beziehungen zu Kairo gefordert habe. Ihm sei Schröder mit dem Argument entgegengetreten, Kairo würden in diesem Falle fünf weitere arabische Staaten folgen –, Mende habe auf die Notwendigkeit einer vorherigen Konsultation der Fraktionen hingewiesen, und Lemmer wollte lieber der DDR die alleinige Vertretung in den afro-asiatischen Staaten überlassen als hinzunehmen, daß die Flagge der beiden deutschen Staaten nebeneinander an einem Platz wehen. Diese Äußerung habe zu einem Zusammenstoß zwischen Mende und Lemmer geführt. Lemmer (nach Mende): „Sind Sie als Gesamtdeutscher Minister noch für das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik?" Bei Beginn des Streits habe man die Staatssekretäre aus dem Kabinettssaal ausgeschlossen. – Nun wollen sich unsere Minister im Kabinett gegebenenfalls überstimmen lassen, denken jedoch für den Fall einer Anwendung der Hallstein-Doktrin keineswegs an Rücktritt.

Montag, den 8. März 1965

Gestern nachmittag wurde überraschend eine Pressekonferenz einberufen, auf der Herr von Hase die Entscheidung Erhards über die Einstellung der Wirtschaftshilfe an Ägypten sowie angemessene Reaktionen Bonns bei Aufwertungen Ostberlins durch arabische Staaten mitteilte. Auch strebe die Bundesregierung diplomatische Beziehungen zu Israel an. Heute morgen, im „Team", besprachen wir diese Beschlüsse. Es herrschte Genugtuung darüber, daß Bonn die Beziehungen zu Kairo nicht abgebrochen und die Waffenhilfe für Israel eingestellt hat. In diesem Sinne fertigte ich einen fdk-Artikel, der eine positivere Tendenz enthält, als es diese Regierung eigentlich verdient. Der Kommentar gab mir Gelegenheit, auf das jämmerliche Verhalten unserer Opposition in der gegenwärtigen Nahost-Krise hinzuweisen: Über Raisonnieren und Allgemeinplätze hinaus war in diesen Wochen aus der sozialdemokratischen Ecke nichts zu vernehmen.

Am Nachmittag, während der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes, ereiferte sich Mende über die Jungdemokraten und die Liberalen Studenten und berichtete erzürnt, auf dem hessischen Landesjugendtag der DJD habe man den Schollwer-Plan als „realistisch" bezeichnet und sich damit das Programm der DFU zueigen gemacht (!). Und das aus Mendes

Mund, der ja selbst – zumindest intern – weitgehend auf diese Linie eingeschwenkt ist (oder war).

Sonntag, den 14. März 1965

Der Vorbereitung des Bundeswahlkampfes und des Bundesparteitages in Frankfurt sollte die gestrige Hauptausschuß-Sitzung in Mainz dienen. Viel kam dabei allerdings nicht heraus, wenn man vielleicht von dem Bericht Friderichs über die Wahlkampfplanungen absieht[17]. Mendes Ansicht, unsere Wahlaussage zur Deutschlandfrage werde im wesentlichen eine Präzision des Unterschiedes zwischen Nationalismus und Patriotismus beinhalten, ist angesichts der Diskussion, die inzwischen in der Partei und draußen im Lande über die Deutschlandpolitik geführt wird, ziemlich seltsam. Umso überraschender die spätere Klage des Vorsitzenden über die „zwei Mißdeutungen", denen die FDP zur Zeit unterliege:
Man werfe uns vor, nicht zu wissen, was wir wollten, und daß wir opportunistisch seien. Wie die Leute auf sowas kommen?

Die Diskussion über das Koalitionsthema war wie üblich lang und kontrovers. Hucklenbroich, Holl und Moersch forderten, die Tür zur SPD offenzuhalten, Bucher hofft auf eine schwarz-rote Koalition („dann wären wir auch koalitionspolitisch aus dem Schneider heraus"), Oxfort sprach sich für eine Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition aus und Mende erhielt Beifall, als er „unter bestimmten Bedingungen dafür plädierte, daß wir uns in der Opposition „regenerieren". Am Ende verabschiedete man – bei zwei Stimmenthaltungen – eine Erklärung der FDP zur Koalitionsfrage, einstimmig eine Entschließung zur Frage der Alleinvertretung und ebenfalls ohne Gegenstimme eine Resolution zur Nahost-Politik. Als das letztgenannte Papier mit Beifall der Delegierten angenommen war, rief Karl Moersch in den Saal: „Darf ich fragen, ob ihr nun aus der Koalition austreten wollt?"[18].

[17] Friderichs nannte als Ziel der Bundestagswahl 1965: eine endgültige Bestätigung des Dreiparteiensystems, dafür sei eine zweistellige Prozentzahl für die FDP eine „unabdingbare Voraussetzung". Der Wähler erwarte von der FDP klare Aussagen zur Koalitionsfrage. Die FDP solle sich mehr um die Soldaten und die Jungwähler kümmern. Zur Zeit seien Selbständige, Freie Berufe, Beamte, Landwirte „und neuerdings auch Angestellte" typische FDP-Wähler.

[18] Hier irrt Schollwer: Es gab nicht drei Resolutionen, sondern Weyer leitete die Diskussion zum Entschließungsantrag „Alleinvertretung" mit den Worten ein:
„Ich habe Ihnen zweitens einen Entschließungsantrag vorzulesen, der auf Grund des politischen Teils der Nahost-Politik hier dem Hauptausschuß vorgetragen wird. (...) In dieser Entschließung ist de facto eine Abkehr von der Hallstein-Doktrin enthalten. Die Entschließung lautet:

„Die deutsche Nation ist unteilbar. Auf deutschem Boden ist ein Regime, das nicht dem Volkswillen entspricht, weder anerkennbar noch aufwertbar.
Die Freie Demokratische Partei steht mit ihrer Deutschlandpolitik unter dem verpflichtenden Verfassungsauftrag des Grundgesetzes:

Am Donnerstag machte sich auch der Lehrgang 3/65 in Rengsdorf – um mit Mende zu sprechen – „das Programm der DFU zueigen". Meine Ausführungen über die außenpolitische Lage und deren Konsequenzen für unsere Deutschlandpolitik fanden allgemeine Zustimmung, meine deutschlandpolitischen Vorschläge wurden mit Beifall bedacht. Am Freitag ein Gespräch mit Welles Hangen von der NBC. H. hatte jüngst Ewald Bucher wegen dessen Haltung in der Frage der Verjährungsfristen in einem Rundfunkkommentar hart attackiert. Ich erläuterte eingehend unsere Position, dabei manche Dehler-Argumente verwendend. Am Ende stimmte Hangen wenigstens meinen Bedenken gegen die überbordende Kritik der Auslandspresse an unserer Haltung zu. Hoffentlich macht sich das in seinen künftigen Kommentaren bemerkbar. Mende behauptete übrigens vor dem Hauptausschuß, das Ausland habe die Haltung der FDP in der Verjährungsfrage respektiert. Offenbar liest unser Vorsitzender keine Auslands-Zeitungen.

Inzwischen hat die Bundestagsmehrheit am Mittwoch nach einer ganztägigen, zeitweise erregten Debatte praktisch für die Verlängerung der Verjährungsfristen votiert. Unter dem Eindruck des ausländischen Presse-Bombardements wurde sogar aus dem SPD-Abgeordneten Arndt in letzter Minute noch ein „Verlängerer", auch die CSU-Landesgruppe begann vorsichtig den Rückzug anzutreten. „Einsam und allein" stemmte sich – wie der *General-Anzeiger* schrieb, unsere Fraktion gegen die allgemeine Flucht aus rechtsstaatlichen Positionen. Wie wird Ewald Bucher auf diese Wendung der Ereignisse reagieren?

Dienstag, den 16. März 1965

Heute nachmittag hat Scheel die Fraktion über Vorgänge im Kabinett in Zusammenarbeit mit der Nahost-Krise unterrichtet. Die Mehrheit habe gegen Erhard und einige Minister durchgesetzt, daß man sich mit einer Einstellung der Wirtschaftshilfe für Ägypten begnüge. Außerdem soll diese Maßnahme „sehr differenziert" exekutiert werden. Dann habe man beschlossen, eine gewisse Normalisierung der Beziehungen zu Israel ins Auge zu fassen, nachdem die Waffenlieferungen eingestellt wurden. Dabei sei der Gedanke erwogen worden, entsprechende Verhandlungen mit Is-

Fortsetzung Fußnote von Seite 249

Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.
Das Recht auf Alleinvertretung darf nicht zu einer Formalie werden, die formale Reaktionen nach sich zieht. Das Recht auf Alleinvertretung ist ein politischer Anspruch, der mit den im gegebenen Fall angemessenen und wirksamen Mitteln durchgesetzt werden muß. Die Aufgabe diplomatischer Positionen dort, wo das Recht auf Alleinvertretung bestritten wird, sichert dieses Recht nicht, sondern verhindert seine Verwirklichung." (ADL, Bestand Bundeshauptausschuß A 12–55).

rael nicht durch Karrierediplomaten führen zu lassen, sondern durch Herrn Birrenbach, den Erhard vorschlug. Das sei dem AA nicht sonderlich sympathisch gewesen. Der Sonntagsbeschluß Erhards habe allerdings die Kabinettsmeinung „nicht ganz gedeckt". Der Kanzler sei bei Israel über das Beschlossene hinausgegangen, als er den Regierungssprecher erklären ließ, die Bundesregierung strebe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel an[19]. Immerhin sei – so meinte Scheel süffisant – ein gewisser Nachholbedarf Erhards an „Entscheidungsqualifikation" erfüllt. Doch sei diese Entscheidung problematisch. Zwar habe man die Absicht gehabt, die FDP-Minister zuvor zu konsultieren, aber ihn und Mende nicht erreichen können. Scheel ist dennoch der Auffassung, daß Erhards einsamer Entschluß richtig war, weil er die Bundesrepublik in ein „besseres Licht der Weltöffentlichkeit" gebracht habe. Weitere Einzelheiten des Scheelberichtes bestätigen die Vermutung, daß wir in der Sache Nahost noch lange nicht über den Berg sind[20]. Starke stimmte Scheels „sehr abgewogenen" Ausführungen zu und meinte, Erhard müsse immer wegen Adenauer und Strauß taktieren, anstatt Außenpolitik zu machen. Peinlich sei auch, daß deutsche Diplomaten noch 24 Stunden vor Erhards Entscheidung den Arabern versichert hätten, daß eine diplomatische Anerkennung Israels durch Bonn nicht infrage komme.

In der weiteren Diskussion des Berichtes spielte die Hallstein-Doktrin erneut eine gewichtige Rolle, wobei von Mühlen und Ollesch die Auffassung vertraten, daß die beiden deutschen Staaten in fünf bis zehn Jahren überall diplomatisch vertreten sein werden. Kritische Bemerkungen über unsere Mainzer Entschließung waren von Kiep-Altenloh und Mischnick zu hören: sie sei mißverständlich. Den Beweis für die Berechtigung dieses Vorwurfs lieferte Hamm, der den Mainzer Beschluß offenbar als ein klares Votum für jene antiquierte Doktrin verstanden hat, während Moersch daraus genau das Gegenteil entnommen haben will. Scheel beendete die Diskussion mit der Mitteilung, Schröder sei von der sonntäglichen Entscheidung Erhards „total überrascht" gewesen. Ernster als die Freien Demokraten hätten sich dieser Tage Christdemokraten darüber unterhalten, ob die Politik der Bundesregierung noch mit den gleichen Leuten fortgeführt werden könne.

[19] Auf der Forumsdiskussion in Frankfurt am 23.3. wurde Mende in diesem Punkte wesentlich deutlicher. M. betonte, Erhard habe die Entscheidung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel „ausschließlich aus seiner alleinigen Richtlinienkompetenz" getroffen. In den vorangegangenen Kabinettssitzungen sei nicht über diese Frage, sondern nur über die Spannungen in den Beziehungen zu den arabischen Ländern gesprochen worden. Die FDP-Minister im Kabinett hätten der Entscheidung Erhards wahrscheinlich widerraten, wenn sie zuvor darüber informiert gewesen wären. (*DPA* 89/61 id vom 23.3.1965).

[20] Scheel teilte u.a. mit, die Israelis wünschten die Botschaft der Bundesrepublik in Jerusalem, doch da sich die anderen Botschaften in Tel Aviv befänden, käme das einer „Diskriminierung" der Bundesrepublik gleich.

Deutschlandpolitische Diskussionen. Bundestagswahlkampf

Freitag, den 19. März 1965

Morgen geht's nach Frankfurt zum Parteitag. Gestern, bei einer Besprechung der Mende-Rede, hat der Vorsitzende den von Friderichs und mir gefertigten Entwurf fast anstandslos geschluckt, auch meine behutsamen Versuche, unseren Spielraum in der Deutschland- und Ostpolitik etwas zu erweitern.

Zum Auftakt des Parteitages brachte das *Sonntagsblatt* ein Interview Hollwegs mit mir über den Zustand der FDP vor Frankfurt und zu Beginn des Wahlkampfes. Ich hatte einen kritisch-wohlwollenden Partner: Trotzdem mußte ich einige Male ziemlich lavieren, um mich nicht in den vielen Widersprüchen unserer Politik zu verstricken.

Dienstag, den 23. März 1965

Mendes Versuch, zum Wochenbeginn in Frankfurt noch einmal den „genius loci" zu beschwören und jene Kampfes- und Siegesstimmung des „Heuss-Parteitages" vor vier Jahren wiederzubeleben, hatte nur mäßigen Erfolg[1]. Heuss – lediglich als Büste und Zitat präsent – schafft eben nicht annähernd soviel Emotionen wie das damals noch lebende und sich in Frankfurt zelebrierende Idol vieler Liberaler. So blieb denn unser „säkularisierter Feldgottesdienst" (Jungdemokrat Meyer) ohne ehrfurchtsvolle Andacht und Begeisterungsstürme, die uns zu Beginn eines harten Wahlkampfes so richtig hätten in Schwung bringen können.

Mendes breit angelegtes Referat am Montagvormittag fand in seinem deutschland- und außenpolitischen Teil die erhoffte Beachtung. Ein besonderes Lob erhielt die Analyse; nur Rosenfeld äußerte sich „bitter enttäuscht" (er hatte wohl angenommen, Mende werde in Frankfurt zumindest meine Deutschlandstudie vortragen). Doch vierundzwanzig Stunden darauf machte sich auch bei mir und manchem anderen Enttäuschung breit. Denn heute morgen, in der Forumdiskussion, gab Mende unter den bohrenden Fragen der Journalisten Stück für Stück der tags zuvor bezogenen Positionen in der Deutschlandpolitik wieder preis.

Neben der Deutschlandpolitik spielte naturgemäß die Verjährungsfrist in Frankfurt eine gewisse Rolle. Dehler und Reif stritten sich über Recht und Gerechtigkeit. Bucher deutete Konsequenzen für den Fall an, daß der Bundestag übermorgen in dieser Frage endgültig entgegen dem Votum der FDP entscheidet. Die Koalitionsfrage wurde von Mende mit Zurückhal-

[1] Am 22. und 23. 3. 1965 fand in Frankfurt/Main, Gesellschaftshaus im Zoo, der XVI. Ordentliche Bundesparteitag der FDP statt. Der XIII. Ordentliche Bundesparteitag der FDP hatte vom 23.–25. 3. 1961 unter Anwesenheit von Heuss am gleichen Orte stattgefunden.

tung, aber ohne irgendwelche Kompromisse an die SPD behandelt. Diesmal legte der Vorsitzende auch endlich wieder deutliche Distanz zu Strauß, aber auch zu Erhard und dessen Israel-Politik[2].

Auf der Vorstandssitzung am Sonntag im „Frankfurter Hof" übten zunächst einzelne Vorstandsmitglieder heftige Kritik an Teilen dessen, was Mende tags darauf dem Plenum des Parteitages zur Innenpolitik vorzutragen beabsichtigte. Klugerweise verzichtete M. jedoch darauf, auch Details der außenpolitischen Passagen seiner Rede preiszugeben. So passierte der Entwurf schließlich unverändert das Vorstandsgremium[3].

Samstag, den 27. März 1965

Der Rücktritt Buchers vom Amt des Justizministers und die nachfolgenden Ereignisse haben die Koalition in eine schwere Krise gestürzt. Bucher zog vorgestern die unvermeidliche Konsequenz aus der Entscheidung des Bundestages in der Frage der Verjährungsfristen. Den eigentlichen Eklat aber löste erst der Kanzler aus. Der gab gestern abend bei einem Koalitionsgespräch bekannt, daß er zwar heute die Entlassung Buchers aus dem Amt beantragen, aber nicht auch dem Wunsche der FDP entsprechen werde, für den Rest der Legislaturperiode ein Kabinettsmitglied zusätzlich mit der Führung dieses Ressorts zu beauftragen; er scheint vielmehr entschlossen, einen nicht dem Kabinett angehörenden CDU-Mann mit dieser Aufgabe zu betrauen[4]. Die Fraktion ist begreiflicherweise nicht bereit, wenige Monate vor der Wahl eine Änderung des Kräfteverhältnisses im Kabinett zugunsten der CDU/CSU hinzunehmen. Sie drohte bereits mit dem Rücktritt aller ihrer Minister für den Fall, daß Erhard tatsächlich den CDU-Abgeordneten Weber dem Bundespräsidenten als Nachfolger vorschlägt. Inzwischen hat auch noch die CSU mit einer pampigen Erklärung gegen die FDP Öl ins Feuer gegossen. Eine schöne Koalition!

[2] In der Forumsdiskussion erklärte Mende lt. *DPA* 61 id vom 23. 3. 1965, daß die FDP nach der kommenden Bundestagswahl in keine Regierung eintreten werden, in der der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ein Ministeramt erhalten soll.

[3] Der Entwurf d. Verf. zum außen- und deutschlandpolitischen Teil der Rede stammt vom Anfang März. Mende fügte dem noch einiges hinzu, wie die Antwort auf eine Erklärung Gromykos in London oder die Erklärung des Hauptausschusses vom 13. 3. zur Frage des Alleinvertretungsrechtes. An anderen Stellen milderte Mende ab bzw. kam er der CDU/CSU-Position entgegen: So bei der Passage über die Hallstein-Doktrin. Im Entwurf d. Verf. hieß es: „Der Verzicht auf die Hallstein-Doktrin bedeutet selbstverständlich ..."; Mende trug vor: „Der Verzicht auf eine starre und automatische Anwendung der Hallstein-Doktrin bedeutet selbstverständlich..."

[4] Die FDP hatte es abgelehnt, selbst den Nachfolger Buchers zu stellen, weil sie damit ihre Haltung im Bundestag (Ablehnung der Fristverlängerung) noch nachträglich relativiert oder sogar gänzlich in Frage gestellt hätte.

Montag, den 29. März 1965

Am Mittwoch werden Bundesvorstand und Fraktion in gemeinsamer Sitzung die gegenwärtige kritische Lage in der Koalition beraten. Erhard hatte noch am Samstag Karl Weber tatsächlich mit der Leitung des Justizministeriums betraut. Werden wir nun unsere Drohungen wahrmachen oder lieber klein beigeben?

Mende zeigte sich heute morgen im Team sehr zufrieden mit dem Echo, das seine Frankfurter Rede in der Auslandspresse gefunden hat; er glaubt, die FDP könne noch monatelang davon zehren. Optimistisch beurteilte unser Vorsitzender auch die freundschaftlichen Trinksprüche, die de Gaulle dieser Tage mit dem sowjetischen Botschafter in Paris austauschte: sie sind nach Ansicht unseres Chefs lediglich Ausdruck des persönlich guten Verhältnisses zwischen diesen beiden Politikern nicht jedoch eines neuen französisch-sowjetischen Flirts.

Mittwoch, den 31. März 1965

Gestern für einen Tag zum CDU-Parteitag in Düsseldorf. Im Außenpolitischen Arbeitskreis setzte sich Schröder diplomatisch, aber doch unmißverständlich mit seinen parteiinternen Kritikern auseinander. Dabei fiel auch das Wort von der „böswilligen Rufmord-Kampagne", das wohl auf Strauß und dessen publizistischen Anhang gemünzt war. Jaeger, der als Gast am Parteitag teilnahm, revanchierte sich indirekt, indem er massiv die FDP und deren Ost- und Deutschlandpolitik attackierte, mit der sich der Außenminister bekanntlich ziemlich weitgehend identifiziert. Referate und Diskussionen im Arbeitskreis markierten die gegensätzlichen Standpunkte in der Union: Schröder, und mit ihm Gradl, Friedensburg und (mit Einschränkungen) auch von Merkatz glauben an Veränderungen bei den Kommunisten, dagegen sind von Hassel, Jahn, Kliesing und Jaeger von deren Umwandelbarkeit überzeugt. Die erste Gruppe hat die Notwendigkeit einer Friedenspolitik gegenüber Osteuropa erkannt, die zweite verharrt auf der „Politik der Stärke".

Inzwischen haben neben der CDU und CSU auch die Sozialdemokraten unseren Frankfurter Parteitag mit der offenbar unvermeidlichen Polemik bedacht. Es ist Wahlkampf, und also muß auch Brandt die Notwendigkeit diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten bezweifeln, müssen Mommer und Mattick die Mende-Rede zum Anlaß nehmen, um in einer Fragestunde Gegensätze zwischen Kanzler und Vizekanzler herausarbeiten zu können[5].

[5] Siehe dazu: „Schröder wehrt sich gegen seine Kritiker" – in: *DPA* 190 id vom 30. 3. 1965. Die *Quick* hatte Ende März Dr. Schröder zum „Versager des Jahres" erklärt und in einem anonymen Artikel den Rücktritt des Ministers gefordert.

Donnerstag, den 8. April 1965

Heute morgen planmäßig aus Berlin zurückgekehrt. Die Sowjets und ihre deutschen Freunde haben inzwischen ihre Wut über die Berlin-Sitzung des Deutschen Bundestages ausgetobt. Das ganze Instrumentarium des Kalten Krieges wurde vorgeführt – und noch einiges mehr: Autobahnsperrungen, Störflüge in den Korridoren, Anti-Bonn-Propaganda und – als neueste sozialistische Errungenschaft – Tiefflliegerangriffe auf West-Berlin. Die Kommunisten benahmen sich einige Tag lang wie die Wahnsinnigen, doch dieser Wahnsinn hatte leider Methode.

Am Montag wurde die Autobahn Berlin–Helmstedt für vier Stunden und auch die Elbeschiffahrt gesperrt – zum ersten Male seit der Berliner Blockade. Am Dienstag ordneten die sowjetischen Behörden zeitweilige Reisebeschränkungen für den Stab der US-Militärmission in Potsdam an. Am Abend dieses Tages nach unserer Fraktionssitzung im Reichstag veranstalteten kommunistische Düsenjäger erstmals Tiefflüge über West-Berlin. Und am Mittwoch, am Tage der Plenarsitzung, war über dem westlichen Teil der Stadt die Hölle los: Stundenlang donnerten die MIG 21 in Höhen von 100 bis 200 Metern (!) über die Kongreßhalle hinweg, durchbrachen die Schallmauer, sprengten so Fenster- und Schaufensterscheiben, ließen den Putz von den Zimmerdecken rieseln und feuerten über den französischen Sektor sogar einmal die Bordwaffen ab. Gleichzeitig wurde die Autobahn erneut gesperrt, gab es Störflüge sowjetischer Düsenmaschinen in den Luftkorridoren.

Die Berliner reagierten auf diesen verbrecherischen Unsinn im allgemeinen mit erstaunlichem Gleichmut, die drei westlichen Schutzmächte ebenfalls. Letzteres ist freilich weniger beruhigend. Unsere Verbündeten fühlen sich offenbar nicht herausgefordert, solange ihre Militärtransporte weiterhin ungehindert hin- und herfahren können und somit die zeitweilige Blockade nur zu Lasten der Bevölkerung in West-Berlin und der Bundesbürger geht. Auch die stundenlange totale Beherrschung des Luftraumes über West-Berlin durch kommunistische Kriegsflugzeuge kratzt Franzosen, Briten und Amerikaner offenbar wenig, solange sie nur auf eine zeitliche Begrenzung solcher Aktionen hoffen dürfen. In dieser Woche wurde uns in Berlin nicht nur die Macht der Sowjets in Mitteleuropa und deren Entschlossenheit vor Augen geführt, keinen Schritt vor westlichen Ansprüchen zurückzuweichen; wir mußten auch die offensichtliche Abneigung der westlichen Alliierten gegen Berlin-Sitzungen des Bundestages zur Kenntnis nehmen. Daraus gilt es jetzt die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, d. h., unsere Deutschlandpolitik endlich den grundsätzlichen Veränderungen der Lage anzupassen, so wie wir Freien Demokraten es in Frankfurt bereits begonnen haben.

Samstag, den 10. April 1965

Mein heutiges Referat auf der Jahreshauptversammlung der Neuwieder FDP fand bei dem zahlenmäßig leider nur kleinen Zuhörerkreis lebhafte Zustimmung. Sowohl mein Fazit der Berlin-Tagung des Parlaments als auch die scharfe Kritik am Koalitionspartner, bei gleichzeitiger vorsichtiger Option für eine Verbindung mit der SPD, stieß auf Sympathie. Und das in einem Landesverband, der allgemein als „konservativ" gilt ...

Gestern teilte mir Friderichs mit, Ende dieses Monats werde nun endgültig ein neuer Pressechef eingestellt. Sein Name soll vorerst nicht bekanntgegeben werden.

Mittwoch, den 14. April 1965

Mißverständliche Interpretationen meines fdk-Artikels vom 8. April veranlaßten mich gestern zu einer präziseren Darstellung unseres Verhältnisses zu den Westmächten. Es bedurfte schließlich nicht erst eines alarmierenden Kommentars von *La Nation*[6], um zu erkennen, wie weit sich Bonn von seinen Verbündeten in der Deutschlandpolitik mittlerweile entfernt hat. Die behutsame Reaktion der Westmächte auf die Berlin-Rüpeleien Moskaus und Ostberlins, die Vorgänge im Botschafterlenkungsausschuß sowie die sich ganz allgemein allmählich immer mehr annähernden Positionen der vier Siegermächte in Grundsatzfragen der Ost-West-Politik bestätigen die Berechtigung einer illusionslosen Bestandsaufnahme, wie sie Mende auf unserem Frankfurter Parteitag vorgenommen hat.

Wie am Dienstag zu erfahren war, teilen sowohl Franzosen als auch Briten die schweren Bedenken gegen Berlin-Sitzungen des Bundestages, die über die US-Botschaft an die Öffentlichkeit gelangt waren. Das hat dazu geführt, daß der Bundesrat seine Absicht, noch vor den Sommerferien in Berlin zu tagen, offenbar vorerst aufgegeben hat.

Mittwoch, den 21. April 1965

Gestern erfuhr ich aus dem BPA, daß die NDP an der Saar zur Zeit mit Heinrich Schneider in Verhandlungen über dessen Übertritt zu diesem rechtsradikalen Verein stehen soll. FDP-Landesgeschäftsführer G. teilte mir heute telefonisch mit, daß solche Verhandlungen zwar nicht exakt nachgewiesen werden könnten, doch Schneider vor einiger Zeit erklärt habe, die bürgerlichen Parteien hätten abgewirtschaftet. Da man in Saar-

[6] Dieser *La Nation*-Artikel war der eigentliche Anlaß für Schollwers Kommentar. Lt. *Die Welt* vom 14. 4. 1965 („Bonner Reaktion auf Artikel in *La Nation*") hatte das gaullistische Parteiblatt angeregt, die Bundesrepublik solle durch eine neue Deutschlandpolitik zur Versöhnung West- und Osteuropas beitragen. Das Blatt äußerte Zweifel am Nutzen der Hallstein-Doktrin, forderte die Bundesregierung auf, „den neuen Gegebenheiten Rechnung (zu) tragen" und ihre Außen- und Deutschlandpolitik zu revidieren.

brücken befürchtet, daß Schn. mit einem Parteiübertritt noch vor den Landtagswahlen liebäugelte, hat G. auf der letzten Landesvorstandssitzung den Ausschluß Schneiders aus der Partei vorgeschlagen. Wegen der Mehrheitsverhältnisse im Landtag habe der Vorstand diesen Vorschlag jedoch abgelehnt.

Samstag, den 24. April 1965

Die Jungdemokraten machen sich Gedanken über eine Deutschland-Politik der mittleren Schritte. Gestern abend und heute vormittag nahm ich an Beratungen der Arbeitsgemeinschaft Weißenburg der DJD über Richtlinien für die Tätigkeit gesamtdeutscher technischer Kommissionen teilt. Letztes Ziel dieser Tätigkeit soll eine Konföderation beider deutscher Staaten sein. Die Sache ist noch nicht ganz ausgereift; deshalb empfahl ich den Jungdemokraten, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht vorerst den Plan nicht zu veröffentlichen, da weder der DJD-Bundesverband noch die FDP damit einverstanden wären.

Schweren Herzens verzichteten sie auf ihr Vorhaben zugunsten eines kurzen Kommuniques.

Inzwischen hat Mendes letztes Gespräch mit Smirnow in Bonn einigen Wirbel ausgelöst. Die Union ärgert sich besonders über das nach dem als privat bezeichneten Gespräch herausgegebene offizielle Kommunique und argwöhnt eine Einschaltung Mendes in die Außenpolitik ohne Auftrag. Immerhin ergab dieses Gespräch Gewißheit darüber, daß Moskau weder gegenwärtig noch in naher Zukunft bereit ist, mit Bonn offizielle Gespräche über die Berlin- und Deutschlandpolitik zu führen. Dieses wollen ja Dehler und Achenbach immer noch nicht wahrhaben.

Mittwoch, den 28. April 1965

An der jüngsten Verstimmung der Amerikaner gegenüber Bonn bin ich vielleicht nicht ganz unschuldig. Mouser und Dunningan sprachen Genscher und mich heute bei einem Essen im Hotel Rheinland (Godesberg) auf Mendes Vietnam-Äußerungen in Solingen an. Die Erklärung des Vorsitzenden, er halte die Lage der Vereinigten Staaten in Vietnam für hoffnungslos und unterstütze die Bemühungen de Gaulles um Verhandlungen über Vietnam, habe in Washington Verärgerung hervorgerufen. Vorwurfsvoll meinten unsere amerikanischen Gesprächspartner, de Gaulles Politik (mit der sich Mende hier identifiziere) laufe, wie die gestrige Fernsehansprache des Präsidenten ausweise, doch auf ein „Bekenntnis zum Neutralismus" hinaus. Ich habe den Verdacht, daß Mende sich einige Gedanken meines fdk-Artikels vom 9. Februar zueigen machte.

Der Wahlkampf hat begonnen, auch in der Presse. Mende und Anhang verschönten bereits die Regenbogen-Zeitungen[7]. Bolesch *(Mittag)* bot mir gestern in seinem Blatt eine wöchentliche Kolumne bis zur Wahl an. Ein gleiches Angebot erhielten Barsig und Rathke. Das soll wohl so eine Art Dauerdiskussion zwischen den drei Parteisprechern werden. Friderichs hat's schon genehmigt.

Freitag, den 7. Mai 1965
Hellenthal

Seit Mittwoch zu einem Kurzurlaub in der Eifel, mieses Wetter. Am Montag zerbrach in Hannover die SPD/FDP-Koalition an der leidigen Konkordatsfrage[8]. Nun steht uns dort ein schwarz-rotes Regierungsbündnis ins Haus. Leider hat der *General-Anzeiger* wohl nicht ganz unrecht, wenn er die Rolle unserer niedersächsischen Parteifreunde bei den Auseinandersetzungen über das Konkordat als etwas undurchsichtig darstellt. Darum hat voraussichtlich auch die Bundespartei den Eklat bisher nur zurückhaltend kommentiert.

In der Union wächst die Kritik an de Gaulle. Das Drängen des Generals auf eine neue Ost- und Deutschlandpolitik, das Verhalten Frankreichs im Botschafter-Lenkungsausschuß[9] sowie spektakuläre ostpolitische Aktionen des französischen Präsidenten, fallen nun auch den Christdemokraten allmählich auf den Wecker. Die Verharmlosungen der zwischen Paris und Bonn schon seit Jahren bestehenden Meinungsverschiedenheiten rächen sich jetzt. Hoffentlich platzt der Knoten endlich auch bei eigenen (gaullistischen) Parteifreunden.

Heute telefonierte ich meinen ersten Mittag-Beitrag nach Bonn durch, eine Antwort auf die Artikel von Rathke und Barsig, die bereits zu Wort gekommen sind und sich gegenseitig attackierten.

[7] „Ein Mende kommt selten allein – Der deutsche Vizekanzler und seine Familie" – in *Quick* Nr. 17 vom 25. 4. 1965. „Mein Mann sieht sehr gut aus" – Zitate aus *Quick* und *Revue* in: *Der Spiegel* Nr. 18 vom 28. 4. 1965.

[8] Am 26. 2. hatte Niedersachsen als erstes Bundesland mit Zustimmung der vier FDP-Minister, jedoch gegen den erklärten Willen der FDP-Landtagsfraktion ein Landeskonkordat mit dem Vatikan abgeschlossen. Der Widerstand der FDP-Fraktion richtete sich vor allem gegen eine aus dem Konkordat resultierende Novelle zu dem seit 1954 bestehenden niedersächsischen Schulgesetz, durch die die rechtliche Grundlage für die von der Katholischen Kirche gewünschte Errichtung von Konfessionsschulen geschaffen werden sollte.

[9] Das Scheitern einer ursprünglich bereits für den 5. 5. vorgesehenen Deutschlanderklärung der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik im Botschafterlenkungsausschuß wurde von Bonn vor allem Frankreich in die Schuhe geschoben. Der französische Vertreter hatte im Ausschuß die Forderung erhoben, in diese Erklärung die These de Gaulles von der „Europäisierung" der Deutschlandfrage aufzunehmen. Dieser Vorschlag war von den drei anderen Mitgliedern des Lenkungsausschusses wegen seines gegen die USA gerichteten Akzents zurückgewiesen worden.

Samstag, den 15. Mai 1965

Erhards überraschende sonntägliche Entschlußfreudigkeit im März kommt der Bundesrepublik im Mai doch noch teuer zu stehen. Seitdem am Donnerstag die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bekannt wurde, haben bis heute zehn arabische Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Bonn abgebrochen[10]. Viel Feind, viel Ehr? Oder doch eher notwendige Konsequenz einer hinter internationalen Entwicklungen herhinkenden deutschen Außenpolitik? Es wäre wohl besser gewesen, Erhard hätte die Warnungen Schröders und der Freien Demokraten damals nicht in den Wind geschlagen, statt sich der Israel-Lobby zu beugen. So ging der Schuß nach hinten los: aus der Alleinvertretung wird nun die Abwesenheit Bonns in den meisten Staaten der Nahost-Region – ein totales Fiasko der Hallstein-Politik.

Samstag, den 22. Mai 1965

In Niedersachsen ist inzwischen ein schwarz-rotes Kabinett vereidigt worden, dem die Sozis nun ihre kulturpolitischen Ziele und die niedersächsische Schulordnung opfern werden, zum Ruhme des Vatikans[11]. Komische Sozialisten! Fast so absurd wie Johnsons inzwischen gescheiterte „Friedensinitiative", die darin bestand, daß er ein paar Tage die Nordvietnamesen nicht mit amerikanischen Bomben eindeckte. Nun wundert sich der Staatsmann, daß die Vietnamesen auf die Feuerpause nicht reagiert haben.

Dienstag, den 25. Mai 1965

Die Fraktion beschäftigte sich mit der Notstandsgesetzgebung, die jetzt in ihre entscheidende Phase tritt und diesmal auch die Billigung der Fraktionsmehrheit finden dürfte. Nur die Sozialdemokraten scheinen sich noch zu sperren. – Bei den Beratungen des Schlußgesetzes für Entschädigungsleistungen an NS-Verfolgte wurde klar, daß einige aus NRW mit Nein stimmen wollen, weil angeblich die Kriegsopfer durch dieses Gesetz benachteiligt würden.

[10] Am 5. 5. hatte das Bundeskabinett der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Isreal zugestimmt und diesen Schritt am 13. Mai offiziell mitgeteilt. Noch am gleichen Tage brachen Ägypten, Algerien, Syrien, Saudi-Arabien, Kuweit, der Jemen und Jordanien die Beziehungen zu Bonn ab; der Libanon und der Sudan folgten einen Tag darauf. Der Irak hatte schon am 12. 5. vorfristig diesen Schritt getan.

[11] Anfang Mai war in Niedersachsen die Koalition von SPD und FDP wegen des Vertragsentwurfs für ein Konkordat mit dem Vatikan gescheitert. Das Konkordat sah Erleichterungen in der Einrichtung von Bekenntnisschulen vor.

Freitag, den 28. Mai 1965

Dufhues hat heute vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in der Bonner Beethovenhalle Mende (ohne Namensnennung) heftig attakkiert, von einem „Rückfall in nationalistisches Denken" gesprochen und sich scharf gegen „nationale Alleingänge" gewandt. Es gäbe eine „törichte Diskussion um unsere Nationalhymne, von Leuten aufgegriffen, die einen Ministerposten haben". D. erinnerte an den leidigen Flaggenstreit in der Weimarer Republik und rief auf, dafür zu sorgen, „daß diese Diskussion bald zu Ende kommt"[12]. In der abschließenden Pressekonferenz fragte ein Vertreter der Marburger Studentenzeitung Dr. Schröder, ob es den Tatsachen entspräche, daß es zwischen ihm und Mende eine geheime Absprache darüber gebe, über die Hallstein-Doktrin nicht mehr zu sprechen. Schröder meinte, da habe man Mende wohl mißverstanden. Er selbst nehme den Begriff „Hallstein-Doktrin" nicht gerne in den Mund. Im übrigen könne er zu dem, was Mende gesagt habe, keine Stellung nehmen: „Die Bundesminister interpretieren sich selbst". Die Vermutung spreche allerdings dafür, daß sich die Bundesregierung in dieser Frage einig sei; das Gegenteil müßte bewiesen werden.

Ein beunruhigender Mangel an Tatsachensinn offenbarte dieser Tage der Baron von Guttenberg in einem *Mittag*-Interview; er schlug allen Ernstes die Bildung einer Arbeitsgruppe der drei Westmächte und der Bundesrepublik vor, deren alleinige Aufgabe es sein solle, eine internationale Anerkennung der DDR zu verhindern (!). Das Blatt hat meine kritische Stellungnahme zu diesem weltfremden Vorschlag heute abgedruckt.

Freitag, den 4. Juni 1965

Die Festlegung unseres Wahlslogans und eine zumindest zeitweilige Distanzierung des FDP-Vorstandes vom LSD waren das Ergebnis der heutigen Sitzung der Führungsgremien. Der Vorschlag Mende/Friderichs, die Partei unter dem Motto „Neue Wege wagen – die FDP nötiger denn je" in den Wahlkampf ziehen zu lassen, wurde am Vormittag im Geschäftsführenden Vorstand gegen die Stimmen Mischnicks, Starkes und Dehlers verabschiedet; am Nachmittag, im Gesamtvorstand, votierten neben Misch-

[12] „Deutschland, Deutschland über alles – Der FDP-Vorsitzende Mende rührt die nationale Trommel" – in *Basler Nationalzeitung* vom 29. 4. 1965. Diesem Bericht Flügges zufolge zog Mende „seit Wochen durch die westdeutschen Länder, um für ‚ein gesundes Nationalgefühl und einen geläuterten Nationalismus' zu werben." Unter „geläutertem Nationalgefühl" verstehe Mende unter anderem, daß auch wieder die erste Strophe des Deutschlandliedes „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen werden sollte. „Auch bedauerte Mende, daß die neuen Truppenfahnen ... nicht das Eiserne Kreuz, sondern den Bundesadler zeigen. So äußerte sich Mende auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP...".

nick u. a. auch Bezold, Glahn und Zoglmann dagegen[13]. Lange Zeit beanspruchte das Thema LSD. Mende hatte beantragt, die Zusammenarbeit mit den liberalen Studenten zu beenden, weil einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden sowie der bayerische Landesvorsitzende des LSD der SPD angehören. Erschwerend komme hinzu, daß der Studentenverband gegen die Notstandsgesetzgebung und die Vietnam-Politik der USA Stellung nehme (tat das nicht auch Mende?) und sich sowohl für die Zweistaatlichkeit Deutschlands als auch für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ausspreche. Nicht zuletzt der geschickten Verteidigung des LSD-Vorsitzenden Frey war es wohl zu verdanken, daß die Vorstandsmehrheit von einem endgültigen Bruch mit dem LSD nichts wissen wollte. Besonders Borm, aber auch Holl, Erbe, Kastenmeyer, Bucher und Dehler vermochten Mendes Auffassung nicht zu teilen, daß der FDP „eine unmittelbare Gefahr durch das Verhalten des LSD" drohe. So stimmte man zwar Mendes Antrag zu, die Kooptierung Freys zum Bundesvorstand vorerst wie die Finanzierung des Studentenbundes „bis zur Klärung der politischen Verantwortlichkeiten" auszusetzen; doch für „tabula rasa" – wie es die Vorsitzende gewünscht hätte – war keine Mehrheit zu bekommen.

Zur Wahlkampfsituation meinte M., die CDU/CSU segele „in einem gewissen Aufwind". Strauß werde vermutlich in der kommenden Woche eine Erklärung abgeben, daß er auf einen Ministerposten im nächsten Kabinett verzichte. SPD und CDU/CSU lägen in der Wählergunst zur Zeit „Kopf an Kopf", aber 30 Prozent der Wähler seien noch unentschlossen. Um diese gehe der Wahlkampf. Die FDP verspüre zwar Auftrieb, habe aber finanzielle Schwierigkeiten (schon jetzt ein Defizit von 2 Millionen!). Moskau sei an einem Wahlerfolg der Koalition nicht interessiert. Für August/September rechnet Mende darum mit „massiven Eingriffen" Moskaus in den Wahlkampf zugunsten der SPD; auch Washington werde sich für die Sozialdemokraten stark machen.

Zur außenpolitischen Situation erklärte der Vorsitzende, die neue Passierscheinvereinbarung werde vielleicht wegen der Forderungen Ostberlins „in die Binsen" gehen. Es sei mit einem Gegenzug Moskaus für Vietnam in Berlin zu rechnen: z. B. Visumszwang bei Durchreisen durch die Zone[14]. Das werde zu einer „ganz großen Erschwerung unserer Deutschlandpolitik" führen. Die Verhandlungen mit den Rumänen wären schon sehr weit gediehen, doch sei mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erst nach den Wahlen zu rechnen.

[13] Mischnick hatte gegen diesen Slogan wegen der „Koalitionsfrage" Bedenken, Prof. Erbe, weil es nach seiner Auffassung erforderlich sei, ein „vernünftiges Verhältnis zur Dummheit der Wähler" zu haben, und Leuze, weil niemand wisse, was das bedeuten solle.

[14] Diese Voraussage Mendes traf nicht ein; die DDR forderte jedoch am 24. 6. für den grenzüberschreitenden Binnenschiffsverkehr die Verwendung von Erlaubnisscheinen der DDR anstelle der bisherigen Permits.

Freitag, den 11. Juni 1965

Aufschlußreiche Einblicke in den politischen Hintergrund der Arbeit des Forschungsbeirates vermittelten Ausführungen seines Präsidenten Gradl am Mittwochvormittag im Berliner Bundeshaus. Anläßlich der Vorlage eines neuen Tätigkeitsberichtes des Beirates vermittelte G. den aus der Bundesrepublik angereisten Journalisten u. a. folgende außen- und deutschlandpolitische Erkenntnisse: Gromyko sage, wegen der Auseinanderentwicklung der Wirtschaftssysteme sei eine Wiedervereinigung niemals möglich; Gromyko irre: denn eine „reibungslose, bruchlose Zusammenfügung der beiden Teile Deutschlands" sei durchaus möglich. Wenn gesagt werde, die Bundesrepublik hätte die Absicht, die Zone zu schlucken, dann treffe das nicht zu. Das Leitbild des wiedervereinigten Deutschland sei die soziale Wettbewerbswirtschaft. Die Wiedervereinigung werde sich vollziehen mit dem Ziel, „eine Ordnung zu schaffen, die der der Bundesrepublik entspricht". Lange Übergangszeiten oder eine Wirtschaftsmauer seien bei diesem Prozeß nicht erforderlich. Vielmehr müsse „so schnell wie möglich ein freies Hin und Her von Menschen, Waren etc." ermöglicht werden.

Die Berichte der Professoren waren zumeist realitätsbezogener, wenn auch Zweifel an der These Thalheims anzumelden sind, die überwiegende Mehrheit der mitteldeutschen Bevölkerung werde sich im Falle einer Wiedervereinigung für die marktwirtschaftliche Ordnung entscheiden. Als ich fragte, worauf der Forschungsbeirat nach 20 Jahren Kommunismus im anderen Teil Deutschlands solche Annahmen stütze, meinte Gradl, man sei eben davon überzeugt. Auf eine Zusatzfrage mußte G. allerdings zugeben, daß die DDR-Bevölkerung in Wirtschaftsfragen durchaus differenziere, bestimmten Vorstellungen zustimme, andere ablehne. Ich gab zu bedenken, daß der Forschungsbericht von falschen Voraussetzungen ausgehe, weil er zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung eine souveräne Bundesrepublik unterstelle, obwohl dann die Bundesrepublik vermutlich fest in die EWG integriert sein werde und somit ganz andere Institutionen über diese Fragen zu bestimmen hätten. Habe sich der Forschungsbeirat darüber schon einmal Gedanken gemacht?

Gradl – etwas gereizt: „Keine Sorge, daß wir nicht auch nach der Integration souverän über Wirtschafts- und Sozialpolitik entscheiden können".

Im übrigen sei bis 1970 ohnehin noch Zeit, sich über dieses Problem den Kopf zu zerbrechen.

Gestern mittag, nach einer Stadtrundfahrt für uns Journalisten, gab Herz im Schöneberger Rathaus ein Essen. Bei dieser Gelegenheit attakkierte er Mende, weil dieser sich pessimistisch über die bevorstehenden Passierscheinverhandlungen geäußert hatte. Auch behauptete H., Mende verstünde unter „mittleren Schritten" in der Deutschlandfrage nur die Befreiung der politischen Häftlinge in der Zone. Offenbar befindet sich die

Senatspressestelle auch schon im vollen Wahlkampf, obwohl die Berliner im Herbst bekanntlich nicht zu den Urnen gerufen werden.

Montag, den 14. Juni 1965

„Team" ohne Mende. Friderichs teilte mit, die fünf Spitzen-Politiker der Partei hätten anläßlich der Aufnahmen für das große Wahlplakat[15] in Nürnberg beschlossen, den Vorstandsbeschluß vom 4. Juni umzustoßen und mit der Parole „*Weiter* auf neuen Wegen!" in den Wahlkampf zu ziehen; unser Werbeberater habe ihnen das aufgeschwatzt. Die Reaktion im „Team" war einheitlich ablehnend; besonders scharfe Kritik übte Genscher, der wohl um die Dynamik unseres Wahlkampfes fürchtet.

Dienstag, den 22. Juni 1965

Gestern früh berichtete uns Mende, Fachgespräche in Washington hätten unseren deutschlandpolitischen Kurs bestätigt, wie er in Frankfurt festgelegt wurde: bei der Bildung der technischen Kommissionen sei Einvernehmen mit den Amerikanern ausreichend. Bei einem anderthalbstündigen Gespräch mit Rusk wäre klar geworden, daß der amerikanische Außenminister völlig unsere und Schröders Grundkonzeption teile. Washington erwarte nach den Wahlen von der Bundesrepublik konkrete Vorschläge. Die USA stellen sich zudem darauf ein, daß Frankreich die NATO verlasse. Die amerikanischen Intellektuellen seien alle gegen den Vietnam-Kurs der Regierung, die sich nach der Monsun-Zeit „an den Verhandlungstisch bomben" wolle. Noch etwas Makabres: Knappstein habe sich dagegen ausgesprochen, daß Mende am Grabmal Kennedys einen Kranz niederlegt: Johnson wünsche kein „Kennedy-Memorial". Es sei dann lange geprüft worden, ob unser Vorsitzender einen 50- oder einen 75-Dollar-Kranz deponieren solle.

Am Montagabend mein erster Einsatz im (rheinlandpfälzischen) Bundestagswahlkampf: Forumsveranstaltungen in Niederbieber-Torney, einem kleinen Ort nahe Neuwied[16]. Bundestagskandidat ist hier Staatssekretär Buchheim, zu dessen Verstärkung ich angereist war. Die Diskussion

[15] Auf der Vorstandssitzung am 4. 6. hatte man beschlossen, die letzten 20 Tage vor der Wahl ein Großplakat zu kleben, das unter dem Motto „Politiker aus Verantwortung" fünf Spitzenpolitiker der FDP zeigen sollte (Mende, von Kühlmann, Bucher, Weyer und Mischnick).

[16] Nach dem Vorbild der „Winterreise", durchgeführt von FDP-Spitzen-Politikern im Winterhalbjahr, wurden im Bund und in den Ländern während des Wahlkampfes „Sommerreisen" durchgeführt. Bei diesen öffentlichen Veranstaltungen stellte sich jeweils ein Team von etwa fünf Bundes- bzw. Landespolitikern der Partei dem Wählerpublikum zur Rede und Antwort. Die erste dieser Forumsveranstaltungen des Landesverbandes Rheinland-Pfalz fand am 21. 6. 1965 in Niederbieber-Segendorf, Ortsteil Torney, unter dem inzwischen schon wieder von der FDP-Spitze zurückgezogenen Wahlslogan „Neue Wege wagen – FDP nötiger denn je" statt.

mit Vertretern der Verbände und der Presse verlief bei kleinem Auditorium etwas zäh.

Mendes Pessimismus in der Passierscheinfrage ist inzwischen voll bestätigt worden: Das erste Gespräch der neuen Runde wurde gestern in West-Berlin bereits nach zehn Minuten abgebrochen: Kohl hatte eine ausreichende Bevollmächtigung Korbers bezweifelt. Die Taktik Ostberlins ist klar: Bonn und der Berliner Senat auf den Weg der Regierungsverhandlungen zu drängen. Wie sagte doch Rainer Barzel kürzlich, als er unseren Vorsitzenden vor die Schienbeine trat? „Die Zeit arbeitet nicht für, sondern gegen die Kommunisten." Schön wär's ja...

Montag, den 28. Juni 1965

Das enttäuschende Wahlergebnis an der Saar vom Sonntag beschäftigte heute nachmittag den Bundesvorstand[17]. Mende führt das schlechte Abschneiden der DPS auf den „desolaten Zustand des Landesverbandes" zurück. Weyers kurioser Vorschlag, Schneider zum Bundestagskandidaten zu machen und ihn die saarländische Landesliste anführen zu lassen, fand zwar die Zustimmung Dehlers (!), jedoch Widerspruch bei Mende: Wenn wir Schneider für eine Kandidatur gewönnen, trete Simonis aus der Partei aus; die Lage an der Saar sei „unheilbar". – Dennoch ist an einer Fortsetzung der bisherigen Koalition in Saarbrücken wohl nicht zu zweifeln. Unsere Freunde an der Saar sind da auch gar nicht pingelig: Bei nur noch vier Abgeordneten im Landtag erwarten sie zwei Ministerposten. Man kann Mende nur zustimmen, wenn er heute meinte, er habe dabei ein „ungutes Gefühl". So empfahl der Vorstand Beschränkung: ein Minister sei genug. Leider gab man dem Drängen Weyers bezüglich der weiteren Karriere von Herrn Schneider insoweit nach, daß man nun mit ihm wegen einer Bundestagskandidatur sprechen will, unter der Bedingung freilich, daß Schneider in der Partei mitarbeitet (als ob das nicht selbstverständlich wäre).

Im übrigen traf der Vorstand Vorbereitungen für den Göttinger Kongreß[18]. Dehler, Hamm-Brücher und Mende trugen Gedanken für die von ihnen zu haltenden Referate vor. Wieweit letzterer sich dabei auf meinen Entwurf stützte, erfuhr ich nicht, weil ich gerade zu diesem Zeitpunkt hinausgerufen wurde[19].

[17] Bei den saarländischen Landtagswahlen am 27. 6. 1965 erhielten: die CDU 42,7 (1960: 36,6), die SPD 40,7 (30,0) und die FDP/DPS 8,3 (13,8) der Stimmen.

[18] Für den 7. 7. 1965 war in der Stadthalle Göttingen ein Bundeskongreß der FDP unter dem Leitwort „Freiheit fordert Entscheidung" vorgesehen.

[19] Am 23. 6. hatte Schollwer Mendes persönlichem Referenten Brodesser einen 10 Schreibmaschinenseiten umfassenden Entwurf für die Rede in Göttingen zugeleitet. In dem Anschreiben zum Entwurf heißt es: „Wie verabredet bin ich... nicht über die Forderungen des Frankfurter Parteitages hinausgegangen. Allerdings habe ich den Versuch gemacht, unsere Politik der kleinen und mittleren Schritte gewissermaßen ideologisch zu begründen. Hier steckt vielleicht an der einen oder anderen

Aus der Diskussion wurde deutlich, daß Dehler sich in seinem Vortrag auf ideologische Fragen beschränken („ich kann nur ein Elementarium geben"), konkrete Fragen wie künftige Strukturveränderungen in der Wirtschaft (Vorschlag Müller-Link) ausklammern will (Dehler: „keine Phantasmagorien"). Von diesem Vorurteil konnte D. auch nicht durch den Einwand Hamm-Brüchers abgebracht werden, Futurologie sei heute eine durchaus ernstzunehmende Wissenschaft.

Danach erörterte man den Fall Baare-Schmidt[20]. Ihm wird Schlimmes vorgeworfen: Anerkennung der DDR, Verhandlungen mit Ost-Berlin, Anerkennung der Ostgrenzen, Ablehnung des Atomminengürtels an der Zonengrenze. Weyer bezeichnete Baares politische Vorstellungen als „wirres Zeug"; B.-S. habe „Schollwers-Thesen übernommen und auch ausdrücklich darauf Bezug genommen." Nun weiß ich wenigstens, was Weyer von meiner Politik hält... Peters verteidigte den Beschuldigten, bestritt die meisten der gegen Baare erhobenen Vorwürfe und versuchte den Vorstand mit der Bemerkung zu beruhigen, Eisenmann habe bereits erklärt, das Baare-Konzept sei „eine private Studie, wir distanzieren uns davon" (Zwischenruf Hoppes: „Schollwer!"). Doch Friderichs war so nicht zu beruhigen: die CDU wünsche sich geradezu einen solchen FDP-Bundestagskandidaten. Damit dürfte wohl der Stab über den Parteifreund gebrochen sein...

Am vergangenen Freitag teilte mir Friderichs die Einstellung eines neuen Mitarbeiters für die Pressestelle mit. Er soll Koordinierungsaufgaben übernehmen sowie wirtschafts- und sozialpolitische Fragen in der Pressearbeit wahrnehmen. Tags zuvor scheiterte übrigens der Versuch, noch in diesem Bundestag die notwendigen Verfassungsänderungen für den Notstandsfall vorzunehmen, an der SPD. Gegen jegliche Notstands-Verfassung sprach sich indessen nur Kohut aus, von dem sich Busse dann – namens der FDP-Fraktion – postwendend distanzierte[21].

Fortsetzung Fußnote von Seite 264

Stelle etwas Brisanz. Ich habe mich aber bemüht, auch diese Passagen so zu formulieren, daß sie möglichst wenig Angriffspunkte für unseren Koalitionspartner bieten."

Mende trug den Entwurf d. Verf. mit nur unwesentlichen kleinen Veränderungen in Göttingen vor.

[20] Der Kreisvorsitzende von Lauenburg, Baare-Schmidt, hatte sich im April auf dem schleswig-holsteinischen Landesparteitag der FDP in Bad Oldesloh lt. *Tass*-Meldung vom 12. 4. 1965 für eine Erweiterung und Entwicklung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und den kommunistischen Staaten Osteuropas ausgesprochen. Eine solche Politik sei aber nach seiner Ansicht ohne eine Anerkennung der bestehenden Grenzen nicht möglich.

[21] Kohut hatte den Bundesverteidigungsminister als „unseren Kriegsminister" tituliert, mehrfach Parallelen zur Politik des „Dritten Reiches" gezogen und erklärt: „Statt der Vorbereitung auf einen totalen Krieg hätte eine gute Politik schon seit anderthalb Jahrzehnten sich darum mühen müssen, daß die Sicherheit Gesamtdeutschlands von allen Großmächten also einschließlich Rußlands, garantiert

Montag, den 5. Juli 1965

Das LDP-Treffen in Hamburg war wie gehabt: der Aufwand stand auch diesmal in keinem Verhältnis zum Erfolg. Bemerkenswertes war rar: Allenfalls die Rede Flachs am Samstag im deutschlandpolitischen Arbeitskreis, die zwar inhaltlich gemäßigt, doch gut formuliert eine progressive Deutschlandpolitik vorsichtig anpeilte und Mischnicks Äußerungen vom Vormittag zum Alleinvertretungsrecht (unbeabsichtigt?) korrigierte[22].

Die von mir formulierte und vom Kongreß angenommene Grundsatzerklärung hält sich im bekannten Rahmen – man darf diesem Personenkreis nicht allzuviel zumuten (und der im Wahlkampf befindlichen Partei natürlich auch nicht).

Gut besucht war die Mende-Kundgebung am Sonntagvormittag in „Planten und Blomen", miserabel die anschließende Pressekonferenz des Parteivorsitzenden. Fragen wurden kaum gestellt; die wenigen erschienenen Journalisten saßen zumeist essend und schweigend auf ihren Plätzen. Heimfahrt mit meinem neuen Kollegen Willner, dem Friderichs offenbar mancherlei schwer erfüllbare Versprechungen gemacht hat, um ihn nach Bonn zu locken.

Beim heutigen Mittagessen mit Dimitrijew äußerte sich der sowjetische Diplomat vorsichtig zustimmend zu unserem Vorschlag, gesamtdeutsche technische Kommissionen zu installieren. Das ist m. W. die erste und bisher auch einzige sowjetische Meinungsäußerung zu unserem Projekt „mittlerer Schritte". Ob man daraus schon ein Interesse Moskaus an dieser Politik entnehmen kann, weiß ich nicht.

Donnerstag, den 8. Juli 1965

Von einem Kongreß zum anderen, von Hamburg nach Göttingen. Die Absicht der Parteiführung, in dieser traditionsreichen Universitätsstadt libe-

Fortsetzung Fußnote von Seite 265

wird." Der FDP-Abgeordnete Busse meldete sich anschließend zu Wort und erklärte, es sei nicht notwendig, klarzustellen, daß das, was Kohut vorgetragen habe, „nur seine höchst private Meinung ist. Er gehört zu den Kritikern, die weder von den bestehenden tatsächlichen Verhältnissen in der Welt Kenntnis nehmen noch sich bemühen, Erkenntnis darüber zu gewinnen, was hier mühevoll erarbeitet worden ist."

[22] Flach sprach am 3. 7. im Arbeitskreis I „Deutschlandpolitik" zum Thema „Welche Chancen bleiben uns noch? Deutschlandpolitik 20 Jahre nach Kriegsende". F. forderte die Anpassung der deutschlandpolitischen Vorstellungen an die inzwischen veränderten politischen Gegebenheiten, auch in der DDR, wandte sich gegen jede wirtschaftliche Schwächung des anderen Staates, forderte den Abbau des Kalten Krieges auch in Deutschland, kritisierte die Tabuisierung bestimmter Thesen und erklärte: „Mit dem Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik allein ist noch kein Quadratmeter wiedervereinigt." Mischnick hatte am gleichen Tage den Alleinvertretungsgedanken als „völlig richtig" bezeichnet, an dem festgehalten werden müsse.

rale Zuversicht und geistigen Führungsanspruch der FDP in Deutschland zu demonstrieren, scheiterte an der Interessenlosigkeit vieler Parteifreunde: nicht einmal unsere Abgeordneten waren – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nach G. angereist. So dozierte Dehler sein liberales Credo, forderte Hildegard Hamm-Brücher, die FDP müsse „in einem eminent politischen Sinne zur Fortschrittspartei" werden, verlas Mende meine sorgfältig verpackten Ketzereien in der Stadthalle vor fast leeren Stuhlreihen. Die Pressebeobachter von CDU und SPD werden sich in's Fäustchen gelacht haben.

Am späten Nachmittag mit der Bahn nach Marburg zu einer abendlichen Podiumsdiskussion mit Jahn und Preiß über das brandaktuelle Thema „die deutsch-französische Freundschaft im Spannungsfeld der Weltpolitik". Die letzten dramatischen Ereignisse in Brüssel, vor allem der französische Rückzug aus einigen EWG-Kommissionen boten reichlich Gesprächsstoff[23]. Während die Vertreter von CDU und SPD zumeist um den heißen Brei herumredeten und von ihren Illusionen hinsichtlich irgendwelcher Fortschritte in Europa zu Lebzeiten de Gaulles offenbar nicht lassen wollten, hielt ich meinen Gesprächspartnern die gegenteilige Auffassung entgegen. Nach mehreren Anläufen gelang es mir zudem, Preiß und Jahn zur Diskussion des Problems Integration und deutsche Wiedervereinigung zu veranlassen. Die etwa 70–80 Teilnehmer, Aktive der Akademischen Turnverbindung Marburg, Alte Herren und Gäste, beteiligten sich später lebhaft an der Diskussion. Auch hier waren zuweilen progaullistische Tendenzen deutlich spürbar – offenbar eine Modekrankheit.

Samstag, den 10. Juli 1965

Das Echo auf Mendes Göttinger Rede war bislang enttäuschend gering. Offenbar ist es mir nicht gelungen, deutlich zu machen, worum es der FDP in der Deutschlandpolitik jetzt geht. Möglicherweise haben aber auch die letzten fünf Seiten, die Mende selber hinzudichtete, in ihrer ganz anderen Diktion und Tendenz den Eindruck des ersten Teils wieder verwischt[24]. Hinzu kam, daß die Presse in Göttingen kaum vertreten war.

[23] Am 30. 6. 1965 war in Brüssel die zweite Verhandlungsrunde über die Agrarfinanzierung der Gemeinschaft und eine Verstärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments an der Haltung Frankreichs gescheitert. Am 5. 7. beschloß die französische Regierung, ihre Vertreter aus zwei der wichtigsten Ausschüsse der EWG-Kommission zurückzuziehen. Zugleich trat – auf Weisung de Gaulles – der Botschafter Frankreichs bei der EWG zurück.

[24] In dem von Mende stammenden Schlußteil setzte sich der FDP-Vorsitzende mit einer Erklärung von F. J. Strauß auseinander, in der dieser die Bundesrepublik als einen endgültigen Staat bezeichnet haben soll, was – nach Mendes Auffassung – gegen Text und Inhalt der Verfassung verstoße und dazu beitrage, „die sowjetische Zweistaatentheorie zu fördern." Mende sprach sodann dem „Ostberliner kommuni-

Bender, der sich jüngst mit einigen provozierenden Kommentaren den Zorn des Herrn von Hase und der Landsmannschaften zugezogen hat, schickte ich gestern das Mende-Referat mit dem Hinweis, daß der FDP-Vorsitzende ihn in seinem Referat zwar zitierte, doch – entgegen meinem Vorschlag – den Namen des Autors fortließ. Daß sich der Vizekanzler der Bundesrepublik die Ansichten Benders über die Ursachen der Abkapselungsmaßnahmen der DDR nach dem 13. August zueigen macht, ist aber auch ohne Namensnennung bemerkenswert.

Beachtung verdient auch Leopolds jüngster Vorschlag über eine bundesdeutsche Wirtschaftshilfe für die DDR[25]. Die mit diesem Vorschlag verbundene Kritik an der Politik Bonns gegenüber Ostberlin hat bei der Bundesregierung begreiflicherweise Verstimmung ausgelöst. Die fdk stimmte dagegen am Dienstag in einem Kommentar den Anregungen des früheren Leiters der Treuhandstelle zu – als einziger Pressedienst der Bundesparteien übrigens. Man hat mich bisher dafür noch nicht gescholten.

Freitag, den 16. Juli 1965

Mit einem gezielten Schuß gegen die Deutschland- und Ostpolitik Schröders ist vor genau einer Woche die Deutschlanddebatte in der Bundesrepublik „angereichert" worden[26]. Doch ob die Schröder-Gegner mit ihrer

Fortsetzung Fußnote von Seite 267

stischen Regime" das Recht ab, „sich als ein deutscher Staat zu deklarieren", und erinnerte die Vier Mächte an ihre auf der Genfer Außenministerkonferenz von 1955 übernommenen Verpflichtungen bezüglich der Lösung der deutschen Frage.

[25] Der frühere Leiter der Treuhand-Stelle für den Interzonenhandel, Kurt Leopold, hatte in der Illustrierten *Quick* der Bundesregierung eine falsche Politik gegenüber der DDR vorgeworfen und sie gleichzeitig dafür verantwortlich gemacht, daß in der ostdeutschen Bevölkerung in zunehmenden Maße ein „DDR-Bewußtsein" entsteht. L. sprach sich für eine großzügige Bonner Wirtschaftshilfe für die DDR auch auf industriellem Gebiete aus und vertrat die Auffassung, dadurch könne zu einer Entkrampfung des politischen Alltags in der DDR sowie zu einer Verbesserung der materiellen und politischen Lebensverhältnisse für die dort lebenden 17 Millionen Menschen beigetragen werden. Ein Maximum an wirtschaftlicher Verflechtung zwischen den beiden Teilen Deutschlands bezeichnete Leopold als Voraussetzung jeder erfolgversprechenden gesamtdeutschen Politik („Wirtschaftshilfe als Beitrag zur Entspannung" – in *Basler Nationalzeitung* vom 7. 7. 1965).

[26] Am 9. Juli 1965 berichtete der *Rheinische Merkur* von Überlegungen des Auswärtigen Amtes, die bisherige Berlin-Klausel durch eine Grundsatzerklärung der Bundesregierung über die generelle Einbeziehung West-Berlins in handelspolitische Abmachungen mit den Ostblock-Staaten abzulösen und später dann bei den einzelnen Abkommen auf eine spezielle Festlegung zu verzichten. Das streng geheime AA-Memorandum, das Ende Juni von Schröder den Botschaftern der drei Westmächte in Bonn zugeleitet worden war, wurde dem Wochenzeitungs-Redakteur Theo M. Loch zugespielt. Die drei Westmächte meldeten gegen diesen Vorschlag Bedenken an, weil sie befürchteten, daß durch eine General-Erklärung Bonns West-Berlin international auch de jure zu einem Bestandteil der Bundesrepublik er-

Berlin-Indiskretion im *Rheinischen Merkur* nicht den deutschen Interessen mehr geschadet haben als dem Außenminister, ist kaum noch fraglich. Selbst *Christ und Welt* hält die im AA angestellten Überlegungen zur Deblockierung unserer Berlin-Politik für erwägenswert und weist auf die Quelle der Veröffentlichung hin: die Gaullisten in der CDU/CSU, denen ja schon immer jedes Mittel recht gewesen ist, um jede vernünftige Deutschland- und Ostpolitik sogleich im Keime zu ersticken[27].

Ein drittes Wochenblatt, die *Zeit*, setzte gestern seine Untersuchungen über die Wiedervereinigungspolitik der Parteien fort und kommt dabei zu dem Schluß, daß die SPD eine illusionslose, realistische Politik für Deutschland eher zu führen imstande sei als die CDU. Dem ist sicherlich zuzustimmen. Nicht ganz sicher bin ich allerdings, ob man auch Sommers These so ohne weiteres akzeptieren kann, die FDP habe zwar mein Memorandum von 1962 „in seinen radikalen Schlußfolgerungen verworfen", doch sei „dessen Grundtendenz ... längst Gemeingut der Partei geworden." Wenn ich da an die jüngsten LSD-DJD" und Baare-Schmidt-Debatten im Bundesvorstand denke ...

Strauß hat auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg die gleichen trüben Erfahrungen mit den Parteimitgliedern machen müssen wie wir vor kurzem mit den unseren beim Göttinger Kongreß: Von 1300 Geladenen erschienen nur 250, von 50 Bundestagsabgeordneten lediglich 17. Offenbar sind die meisten Wahlkämpfer zunächst noch einmal in Urlaub gefahren, bevor der große Endspurt beginnt. Strauß, der sich in Nürnberg bemerkenswert positiv zum Gedanken einer Großen Koalition äußerte, übte auf dem Parteitag wieder einmal heftige Kritik an der FDP, weil sie personelle Entscheidungen erzwinge. Womit der CSU-Chef wohl unsere Anti-Strauß-Vota meinte.

Zur Zeit schwirrt Bonn von Gerüchten über mögliche neue Vorstöße Ost-Berlins gegen die Berlin- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik. Manche unserer Koalitionsgenossen kommen zur Abwehr solcher Aktionen auf die abenteuerlichsten Ideen: Übernahme der Hallstein-Doktrin durch unsere westlichen Partner, Koordinierung der Deutschlandpolitik aller westeuropäischen Länder gegenüber der Zone. Solche weltweiten Koordinationsgedanken gehen ausgerechnet von jenen aus, die sich bisher beharrlich gegen Mendes Absicht sträubten, wenigstens die bundesrepublikanische Deutschlandpolitik sinnvoll zu koordinieren. Um in der Ber-

Fortsetzung Fußnote von Seite 268

klärt wird und damit die Zuständigkeiten der drei Schutzmächte West-Berlins geschwächt würden.

[27] Am 9. 7. meldete PPP, die Berlin-Pläne Schröders würden nicht weiter verfolgt, da sie durch „gezielte Indiskretion von dem Sonderminister Krone nahestehenden *Rheinischen Merkur* zu einem Zeitpunkt, in dem die Konsultationen vor allem mit den Alliierten noch nicht abgeschlossen waren, ihren Wert verloren hätten" (ADG, S. 11969).

lin-Frage einigermaßen planmäßig agieren zu können, hat Schröder jüngst dem Kabinett die Einrichtung einer politischen Planungsstelle für Berlin-Fragen vorgeschlagen. Ob sich aber dieses Projekt angesichts des schlechten Zustandes dieser Bundesregierung realisieren läßt, ist mehr als zweifelhaft.

Montag, den 26. Juli 1965

Unsere Wahlanzeige „... die kleben nicht am Sessel", am vergangenen Montag auch im *Spiegel* erschienen, hat bei den Unionschristen wütende Reaktionen ausgelöst[28]. Pressemeldungen vom heutigen Tage sprechen bereits von einer CDU/CSU-Minderheitsregierung noch vor der Wahl – so sensibel sind unsere Koalitionsgenossen! Der *Mittag* vermutet allerdings hinter einer gespielten Entrüstung taktische Erwägungen: die Spekulation auf Stimmengewinne für die Unionsparteien, falls sie mit der FDP jetzt brechen.

Mende, der wegen unserer Anzeigenkampagne am Freitag von Erhard nach München ins Hotel „Vier Jahreszeiten" zitiert worden war, meinte heute morgen in der Abteilungsleiterbesprechung, die Geschichte sei aufgebauscht: er habe nur eine dreiviertel Stunde mit dem Kanzler über aktuelle Koalitionsprobleme gesprochen, dagegen zwei Stunden lang über Erhards bevorstehende Gespräche mit Harriman. Erhard und Dufhues hätten vor allem gegen unsere Wahlillustrierte protestiert[29]. Da unser Vorsitzender den Eindruck machte, als suche er bereits nach einer Rückzugsmöglichkeit, warnten Friderichs, Genscher und ich sehr nachdrücklich davor, sich durch die CDU erpressen, d. h. zur Umstellung unseres Wahlkampfes zwingen zu lassen. Genscher schlug deshalb eine entsprechende Mende-Erklärung noch für den heutigen Tag vor[30].

[28] In der letzten Dekade des Juli 1965 begann eine Anzeigenkampagne der FDP unter dem Motto: „Weiter auf neuen Wegen – FDP nötiger denn je". Die eine der Anzeigen erschien auch in der *Hör zu* Nr. 30/1965 und zeigte in einem schwarzen Viereck einen leeren Sessel. Darunter: „... die kleben nicht am Sessel" und dann der Text (die ersten 7 Zeilen): „Sie wissen es doch genau: Die Fibag-Affäre und Spiegel-Krise, der leidenschaftliche Kampf der FDP gegen eine Verlängerung der Verjährung, die Telefonabhör-Affäre und die Schulfrage in Hannover ... hier ist überzeugend bewiesen worden, daß uns Freie Demokraten der Rechtsstaat höher steht als eine Beteiligung an der Regierung."

[29] Die FDP Wahlillustrierte (Titelblatt: „Wollen Sie nach dem 19. September überfahren werden?") brachte auf Seite 2 mit polemischen Fragestellungen („Wollen Sie eine Regierung, die Unrecht zuläßt? – Wollen Sie wieder Herrn Strauß?") untereinander Fotos über die *Spiegel*-Aktion 1962, den Aufmarsch von bewaffneten FDJ-lern in Ost-Berlin und Franz Josef Strauß.

[30] Jahre später hat Erich Mende in seinem Rechtfertigungsbuch („FDP – Daten, Fakten, Hintergründe") versucht, die Verantwortung für die Wahlillustrierte auf andere abzuwälzen: auf Ewald Bucher und die Bundesgeschäftsstelle, die zwar die „juristische Unbedenklichkeit" geprüft hätten, jedoch, „vom Wahlkampf beflügelt,

Auch in einer anderen Sache mußten wir unserem Vorsitzenden heute morgen Korsettstangen einziehen. M. hatte über einen Beschluß von Erhard und Schröder berichtet, die Generalkonsulate der VAR in Hamburg und Frankfurt zu schließen, weil Kairo ein General-Konsulat in Pankow errichtet hat. Mende: das Kabinett werde am Mittwoch unter seinem Vorsitz so beschließen. Auf meinen und Genschers Einspruch hin (der FDP-Vorsitzende als Exekutor der Hallstein-Doktrin – eine makabre Vorstellung –!) erkärte sich M. bereit, diesen Beschluß wenigstens noch hinauszuzögern.

Am Abend zu einer Forumsdiskussion nach Mannheim. Im Bahnhofsrestaurant arbeitete ich an einem Nahost-Papier für Mende zur Verwendung auf der kommenden Kabinettssitzung. Es enthält all die Punkte, die m. E. gegen eine Schließung der VAR-Konsulate sprechen.

Samstag, den 31. Juli 1965

Gestern nachmittag hat der Geschäftsführende Vorstand in Bonn einmütig beschlossen, unseren Wahlkampf trotz CDU-Drohungen unverändert fortzusetzen. Allerdings: Starke protestierte – wenn auch als einziger – heftig gegen unsere Wahlillustrierte; Mende, Funcke, Bezold, Kohl und Rubin äußerten Bedenken gegen das „Flaschen"-Inserat[31]. Wobei letzterer die provokante Frage stellt, was wir Freien Demokraten denn eigentlich aufzuweisen hätten. Mit einigen, von Mende und Funcke empfohlenen Veränderungen wird die Anzeige dennoch erscheinen.

Zu Beginn der Sitzung hatte M. noch einmal über den Koalitionskrach berichtet und dabei weitgehend den jüngsten *Spiegel*-Bericht bestätigt. Ergänzend teilte Mende jedoch mit, daß Schröder im Kabinett seine CDU-Kollegen scharf attackiert haben soll, weil diese den Vizekanzler an der Leitung der Kabinettssitzung hinderten. Auch beklagte sich M. darüber, daß die CDU eine Begegnung Harrimans mit dem FDP-Vorsitzenden zu unterbinden verstand.

Wie üblich fehlten bei M. auch nicht dramatische Neuigkeiten: So sollen die Amerikaner angeblich bereit sein, den Krieg in Vietnam notfalls noch beträchtlich auszuweiten, bis hin zu einem Krieg mit China (!) Schlußfolgerung unseres Vorsitzenden: In dieser gefährlichen Situation

Fortsetzung Fußnote von Seite 270

nicht sorgfältig genug gewesen", seien. Mende: „Es war ein glattes Versagen des neuen Bundesgeschäftsführers Dr. Hans Friderichs..." (a.a.O., S. 208 f.).

[31] Die FDP plante in Fachzeitschriften die Veröffentlichung einer Anzeige, auf der zwei Flaschen zu sehen waren. Eine Flasche stand auf dem Boden, die andere auf dem Kopf; beide trugen sie das Etikett „Sicherheit". Aus dem Text der Anzeige ging hervor, daß mit diesen Flaschen SPD und CDU gemeint waren, die als ununterscheidbar dargestellt wurden. Mit textlichen Veränderungen billigte der Geschäftsführende Vorstand das Inserat. (Vgl. ADL 86, Bestand Geschäftsführender Vorstand und *Der Spiegel* Nr. 35 vom 25. 8. 1965).

würden sich die bundesdeutschen Wähler „unter der etablierten Macht ducken" und der CDU vielleicht die absolute Mehrheit verschaffen. Für die FDP sagte Mende mindestens 7 und nur im „besten Falle" mehr als 10 Prozent voraus.

Attacken der CSU. Schwierige Koalitionsverhandlungen und Kanzlerwahl

Montag, den 2. August 1965

Nachdem wir uns heute morgen im „Team" (ohne Mende) längere Zeit darüber unterhalten hatten, ob es richtig sei, über Koalitionsmöglichkeiten mit der SPD überhaupt zu sprechen, hat am Nachmittag ein Schultz-Interview mit den *X-Informationen* wegen dieser Sache beträchtlichen Wirbel ausgelöst. Die von mir formulierten Antworten fanden nur in einem einzigen Punkt breites Interesse: als Schultz für die FDP koalitionspolitische Konsequenzen aus der deutschlandpolitischen Haltung der CDU nicht ausschloß, sofern die SPD bereit wäre, „mehr auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik zu tun als unser gegenwärtiger Koalitionspartner". Nachdem Schultz im Laufe des Nachmittags diese seine (meine) Äußerung bereits abgeschwächt hatte, beschloß der engere Vorstand gegen Abend, noch ein zweites Dementi hinterherzuschicken.

Montag, den 9. August 1965

Friderichs und Genscher erwarten für den 19. September die absolute Mehrheit für die CDU; nach ihrer Auffassung habe die SPD keine Chancen mehr, die Wahlen zu gewinnen. Außerdem wertet F. den Dortmunder Wahlkongreß der CDU als eine klare Absage an die Große Koalition. Inzwischen haben auch Gerstenmaier, Mommer und Erler bestritten, Gespräche über die Bildung einer schwarz-roten Koalition geführt zu haben. Ob entsprechende Meldungen allerdings „frei erfunden" sind, wie die SPD-Politiker behaupten, bleibt dahingestellt. Schließlich wird zwischen den beiden Parteien schon seit fünf Jahren anhaltend gekungelt. Zudem sind sich ja die Herren offenbar auch in ihrer Abneigung gegen die Ostpolitik der Freien Demokraten einig.

Donnerstag, den 12. August 1965

Strauß hat gestern bei der Bonner Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Unbekannt wegen politischer übler Nachrede beziehungsweise Verleumdung erstattet. Nachdem der CSU-Vorsitzende bereits in der vergangenen Woche eine einstweilige Verfügung gegen unsere Wahlillustrierte erwirkte

(gegen die wir inzwischen Widerspruch einlegten[1]), soll sein jüngster gerichtlicher Schritt wohl vor allem dazu dienen, in unsere Partei einen Keil zu treiben, d. h. speziell die Strauß-Feinde in der FDP zu treffen. Zu denen scheint aus der Sicht des Bosses aus München vor allem auch Mende zu gehören, den Franz Josef gestern in einem offenen Brief massiv attakkierte[2]. Bei seinem Rundumschlag hat Strauß zugleich auch noch Kanzler Erhard ins Visier genommen und wegen dessen Absage an eine Große Koalition gescholten. Das ist wohl der Dank für Wehners Hamburger Rede, in der der SPD-Politiker dem Bayern seinen Respekt bezeugte. Onkel Herbert, der offenbar auch nicht mehr an einen Wahlsieg seiner Partei glaubt, strebt jetzt unübersehbar das „schwarz-rote Hintertreppenbündnis" mit Strauß an.

Mittwoch, den 18. August 1965

Mein gestriger Artikel zum aktuellen Stand der Passierscheingespräche[3] hat in Bonn einen Sturm entfacht. Die von der fdk geübte Kritik an den gezielten Indiskretionen wurde nicht nur in allen Zeitungen ausführlich zitiert, sondern sogleich auch von Krone – der sich offenbar persönlich getroffen fühlt – als „üble Unterstellung" zurückgewiesen. Lemmer – den ich gar nicht gemeint hatte – bezeichnete meine Darstellung sogar als „erstunken und erlogen". Das änderte freilich nichts daran, daß durch Publizierung streng vertraulicher Gesprächsinhalte die Verhandlungen erheblich erschwert wurden.

Ich war gestern den ganzen Abend über damit beschäftigt, neugierig nachfragenden Journalisten Auskünfte zu erteilen. Friderichs, der mich gleichfalls anrief, wünschte zu dementieren, was ich gar nicht behauptet hatte: daß nämlich Papa Krone das „Kaninchen" sei.

In der heutigen Kabinettssitzung hat Mende nun Strafanzeige gegen Unbekannt wegen der Indiskretionen über die Passierscheinverhandlungen beantragt. Wie Brodesser mitteilte, habe Krautwig Mende gegenüber zu erkennen gegeben, daß Minister Krone offenbar doch der Informant gewesen sei. So war meine Vermutung also richtig. Doch schon kündigen sich neue Aufregungen an: Eine von Oellers zu Beginn des Jahres verfaßte

[1] Dieser Einspruch der FDP gegen die Einstweilige Verfügung wurde am 17. 8. vom Landgericht München zurückgewiesen.

[2] „Strauß fordert Mende heraus – Offener Brief des CSU-Vorsitzenden – In Bonn Strafantrag gestellt' – in FR vom 12. 8. 1965.

[3] W. Schollwer: „Indiskretionen belasten Passierscheinverhandlungen" in fdk 16/65 vom 17. 8. 1965. Anlaß für diesen Artikel war der Aufmacher des BGA vom gleichen Tage: „Pankow: Besuche nur zu Weihnachten – Plötzliche Wende im Passierscheingespräch – Bonn: In dieser Form nicht annehmbar". Verfasser dieses „eigenen Berichts" war der Krone-Vertraute Wolfgang Wagner. Er berichtete sowohl über das vertrauliche Passierscheingespräch vom 16. 8. als auch über die angeblich dazu in der Bundesregierung vorherrschende Meinung, die sich jedoch frühestens auf der Kabinettssitzung am 18. 8. hätte bilden können.

und erst jetzt an die Öffentlichkeit gelangte Denkschrift zur Deutschlandpolitik ist von der CSU sofort dazu mißbraucht worden, die FDP des Neutralismus zu verdächtigen. Unsere heutige Presseerklärung dürfte vermutlich kaum genügen, um die Strauß-Partei in ihrem jüngsten Amok-Lauf gegen die Liberalen zu bremsen. Schließlich stehen wir mitten im Wahlkampf[4].

Montag, den 23. August 1965

Erwartungsgemäß hat die CSU das Oellers-Papier zu weiteren Attacken gegen die FDP benutzt und nun auch noch meine Denkschrift mit in die Polemik einbezogen. Dabei geht man einmal mehr mit der Wahrheit recht großzügig um[5].

Mende betrachtet diese Sache als so schwerwiegend, daß er am Donnerstag kurzfristig den Geschäftsführenden Bundesvorstand und die Wahlkampf-Kommission für den Sonntag nach Frankfurt einberief. Denn zum Oellers-Papier kamen auch noch unorthodoxe Äußerungen von Leverenz zur Wiedervereinigung Deutschlands[6].

Unser Vorsitzender hatte die Sitzung entsprechend vorbereitet: Im Kabinett distanzierte er sich nachdrücklich vom „Oellers-Plan", nachdem Lemmer einmal mehr den Mund unverhältnismäßig voll genommen hatte („eine gemeingefährliche Spekulation"). In einem Fernschreiben an die Landesvorsitzenden sprach Mende von dem „unerträglichen Zwielicht", in das die Partei durch Oellers und Leverenz gebracht worden sei, und von einem „Scherbenhaufen", vor dem die FDP angesichts der Presseberichterstattung nun stehe.

In Frankfurt nahm dieses Thema indessen nur eine relativ kurze Zeitspanne in Anspruch. Mende referierte eine Lücke-Äußerung, aus der hä-

[4] Fritz Oellers: „Die Deutsche Frage", Ausarbeitung für den Landesverband Bayern, datiert vom 10. 2. 1965. Das Papier umfaßt 22 Schreibmaschinenseiten und hält sich in der Analyse wie auch in den Schlußfolgerungen weitgehend an die Botschafter a.D. Oellers bei seiner Ausarbeitung vorliegenden Memoranden und Analysen Schollwers. Im Gegensatz zu Schollwer fügte Oellers Gedanken zur Wiedervereinigung Deutschlands hinzu, wie sie im Deutschlandplan der FDP von 1959 sowie in der Erklärung Gerstenmaiers am 30. 6. 1961 vor dem Deutschen Bundestag enthalten waren. Dieser Zusatz vor allem war Anlaß für die CSU-Polemik.

[5] Die CSU hatte in einer Pressemeldung laut AP vom 21. 8. 1965 erklärt, das Schollwer-Papier sei vom Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion (sic!) und enthalte den Vorschlag, den sog. Schollwer-Plan der Öffentlichkeit nur stückweise mitzuteilen, damit diese nicht erschreckt werde. Davon war aber in dem Papier an keiner Stelle die Rede.

[6] Einem Weyer-Interview mit der *Kölnischen Rundschau am Sonntag* vom 22. 8. ist zu entnehmen, daß Leverenz erklärt haben soll, es genüge nicht, sich auf Rechtsansprüche zu berufen, „man müsse auf der Grundlage dieser Rechtsansprüche eine aktive Ostpolitik betreiben". Weyer fuhr dann fort: „Insoweit stimme ich ihm voll zu. Soweit er einen Rechtsanspruch auf Wiedervereinigung gegenüber der Sowjetunion verneint, weicht er von der Auffassung der FDP ab."

mische Genugtuung über diese „Pannen" sprach, Leverenz verlas den zur Debatte stehenden Teil seiner Rede; eine längere Diskussion über völkerrechtliche Probleme schloß sich an, die Mende schnell zu beenden bemüht war, um noch rechtzeitig für die Presse eine Erklärung herausgeben zu können.

Dann wandte man sich dem Wahlkampf selber zu, der neuformulierten Wahlillustrierten und dem Essener Wahlkongreß. Eine Neuauflage der Diskussion über unsere Koalitionsaussage war nun fällig. Wie soll man sich verhalten, wenn die SPD wider Erwarten doch die absolute Mehrheit bekommen sollte? Aber nur Engelhard und Holl sprachen sich gestern noch dafür aus, der SPD keine eindeutige und bedingungslose Absage zu erteilen.

Zu den Passierscheinverhandlungen berichtete M., die Bundesregierung werde Pankow 60 Millionen sowie Telefonstränge für die Leipziger Messe anbieten, sofern Ost-Berlin seinerseits zu Konzessionen in der Passierscheinfrage bereit wäre. Deshalb habe die FDP auch zugestimmt, die Verhandlungen fortzusetzen. Falls Pankow aber nicht akzeptiere, werde auch die FDP dem Abschluß eines neuen Abkommens nicht zustimmen.

Die heute erschienene *Spiegel*-Ausgabe bringt einen Mende-Titel mit einem unmöglichen Foto unseres Vorsitzenden. Doch der Inhalt ist diesmal wesentlich besser als 1961: die gesamtdeutschen Aktivitäten haben offenbar auch die *Spiegel*-Herren beeindruckt. Augstein hat in seinem „Wahl-Kalender" angesichts des Zustandes der beiden großen Parteien die selbst gestellte Frage, „brauchen wir eine dritte Partei?", wenn auch etwas gewunden, mit Ja beantwortet. Dabei fielen auch noch für Hamm-Brücher, Dehler, Bucher und mich ein paar freundlichen Bemerkungen ab[7].

Montag, den 30. August 1965

SPD und FDP sind sich in einem Punkte einig: Adenauers Option für eine Große Koalition zielt gegen Erhard und – wie Mende ergänzend hinzufügt – natürlich auch gegen Schröder[8]. Das Durcheinander in der Union ist jedenfalls komplett. Aber auch die SPD zeigt sich peinlich berührt. Offenbar sehen die Sozialdemokraten durch des Altbundeskanzlers spekta-

[7] Rudolf Augstein: „Erich und die Große Koalition oder brauchen wir eine dritte Partei?" – in: *Der Spiegel* Nr. 35 vom 25. 8. 65. Dieser Aufsatz enthält folgende Passage: „Integration, Uniform, Eintopf (Pichelsteiner?) sind in Deutschland Wörter von magischer Durchsetzungskraft. Wie soll man ihnen begegnen, wenn nicht mit Einzelgängern wie Hildegard Hamm-Brücher, Thomas Dehler, Wolfgang Schollwer, ja, und immer noch Ewald Bucher? Wie, wenn nicht mit einer Partei, für die diese Einzelgänger nicht typisch sein mögen, für die aber doch typisch ist, daß sie, vielleicht zu ihrem Schaden, eine Partei von Einzelgängern ist?" – Pichelsteinertopf war Erhards Lieblings-Gericht.

[8] Adenauer hatte sich in der CDU-Monatsschrift *Politische Meinung* für eine große Koalition mit der SPD ausgesprochen.

kuläre Äußerungen ihre Taktik durchkreuzt, sich auf leisen Sohlen ins schwarz-rote Bündnis zu schleichen. Solche Ereignisse beleben natürlich auch bei uns die Koalitions-Diskussionen neu. Heute morgen, im „Team", äußerten fünf Mitarbeiter Bedenken gegen eine endgültige Absage an die SPD. Bei der Vorbesprechung des Essener Kongresses im engeren Vorstand am Vormittag stand dieses Thema ebenfalls erneut zur Debatte.

Diese Diskussionen werden freilich auch durch die immer massiver werdenden Attacken von Strauß und seiner CSU gegen die FDP belebt. Zum Wochenende meldete sich der reaktionäre Teil Bayerns gleich zweimal zu Wort: am Freitag Herr Strauß im *Mittag* mit Elogen auf Wehner und Verteufelungen der FDP, bei denen unsere „Deutschlandpläne" wieder eine gewisse Rolle spielten[9]. Im tags zuvor erschienenen *Bayern-Kurier* werden die bereits bekannten Fälschungen über den Inhalt meines Deutschlandmemorandums wiederholt, um so einen „Betrug" am Koalitionspartner" zu konstruieren. Dies alles ist wohl die Revanche für unsere Wahlillustrierte und Mendes Interview mit dem *Industriekurier*[10]. Gottlob! in zwanzig Tagen ist das – hoffentlich – alles vorbei!

Samstag, den 4. September 1965

Das Presseecho unseres Essener Kongresses war weitaus erfreulicher als der Verlauf der Veranstaltung selbst. Nachdem der *Spiegel* den Auftakt machte, ist es offenbar Mode geworden, unserem Vorsitzenden gute bis sehr gute Noten für seine Leistungen als Minister, Vizekanzler und Parteichef zu geben. Selbst die *Kölnische Rundschau* machte da heute keine Ausnahme[11]. Besonders angenehm zu hören, daß Mendes Essener Rede ein

[9] „Wie fühlt man sich als Beelzebub?" – Interview mit F.J. Strauß – in: *Mittag* Nr. 98 vom 27. 8. 1965. Strauß verglich den FDP-Wahlkampf mit den „diffamierenden Methoden der Nationalsozialisten", sprach in diesem Zusammenhang von „Methoden der Verlumpung und Verlausung" und bezeichnete die Deutschlandpläne der FDP als „lebensgefährlich", wenn sich „heute eine sozialistisch-liberalistische Mehrheit finden würde, die die Grundlagen unserer bisherigen Außenpolitik zerstört."

[10] „Grundsätze und Grenzen der Koalitionsstrategie – Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der FDP" – in: *Industriekurier* Nr. 117 vom 29. 7. 1965. Dort hatte Mende in dem Absatz, der von der Redaktion mit „Faschisten in der CDU" überschrieben war, erklärt, wer das Wahlrecht (zu Lasten der FDP) manipuliere, „begibt sich in die Nähe des Ermächtigungsgesetzes von Hitler aus dem Jahre 1933." Es gäbe „gewisse faschistische Gedankengänge, die dahingehen, unangenehmen Minderheiten das Lebenslicht auszublasen." Zu Strauß meinte der FDP-Vorsitzende, was die FDP 1962 „zur Person und zu Verhaltensweise von Franz Josef Strauß gesagt haben, gilt auch heute noch. Es gilt also auch für eine neue Regierungsbildung." Allerdings behauptete Mende wenig später auch, daß die FDP „in Bezug auf die Gesellschafts- und Sozialpolitik" mit der CSU „viel mehr Gemeinsamkeiten" verbänden als mit der CDU.

[11] „Die FDP malte Strauß als Teufel an die Wand" – in: *Kölnische Rundschau* vom 3. 9. 1965. Dort hieß es: „Erich Mende sprach in Essen nicht als Vorsitzender zu sei-

klein wenig mit dazu beigetragen hat, das neue positive Imago des Vorsitzenden zu prägen[12]. Nur Herbert Wehner läßt es sich nicht verdriessen, Mende auch weiterhin zu tadeln. Auch möchte er Weyer als „falschen Propheten" abqualifizieren, weil der den Sozialdemokraten eine neue Wahlniederlage voraussagte.

Der Bundeswahlkongreß selbst war, wie gesagt, nicht erhebend. In der kalten, unfreundlichen und nur teilweise gefüllten Gruga-Halle wollte keine rechte Stimmung aufkommen. Es war gut, daß diese Kundgebung nur drei Stunden dauerte. Auf der mittäglichen Pressekonferenz wurden hauptsächlich Fragen nach der geplanten Moskaureise von FDP-Politikern[13], nach Strauß und Schröder sowie in bezug auf unsere Koalitionsabsichten gestellt. Dieses Thema war übrigens auch vorgestern morgen Gegenstand einer weiteren ziemlich verworrenen Debatte im Geschäftsführenden Vorstand.

Dabei schien es, als wollte Mende die Koalitionsfrage nun wieder etwas mehr offen lassen, während Kühlmann eine klare Absage an die SPD forderte. Kohl plädierte sogar für eine Koalition mit der CDU auch dann, wenn die Union die absolute Mehrheit bekommen sollte, diese aber „nur gering" sei. Genscher wiederholte die Frankfurter Formel und Haußmann warnte vor einer schwarz-roten Koalition, die unter allen Umständen vermieden werden müsse. Mende blieb jedoch in seiner Kongreß-Rede bei dem von mir vorgeschlagenen Text: Ablehnung einer Allparteienregierung zu diesem Zeitpunkt, einer großen Koalition generell und Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition, sofern die vom Wähler bestätigt wird und die CDU/CSU nicht die absolute Mehrheit bekommt. In 15 Tagen wird sich zeigen, ob wir mit dieser Aussage richtig lagen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 276

nen Parteifreunden. Wer hier mitten im Scheinwerferlicht stand, beherrscht sprechend, unbeirrt von den auch eine halbe Stunde nach Redebeginn noch klickenden Kameras, das war kein Parteipolitiker mehr. Hier stand ein Mann, der mit seinem Ministeramt gewachsen ist, ein durch Würde und Bürde herangereifter Deutscher, dem man die Sorge um Deutschland auch dann abnähme, wenn er nicht gesamtdeutscher Minister wäre."

[12] Mende hatte den Redeentwurf Schollwers vom 26. August praktisch übernommen und nur an wenigen Stellen durch einen weiteren Satz ergänzt. Über Mendes Rede schrieb die *Kölnische Rundschau:* „Mendes Ausführungen zur Ostpolitik, sein angekündigter detaillierter Vorschlag für eine Politik der kleinen und mittleren Schritte im geteilten Deutschland, wirkten vor den Delegierten nicht wie das Programm eines Parteistrategen, sondern wie die Ausführungen eines Staatsmannes zur Politik von heute und morgen."

[13] Mende hatte in Essen erklärt, daß alle seit 1956 von der FDP unternommenen Versuche, CDU und SPD zur Annahme einer seit dieser Zeit vorliegenden Einladung der Sowjetunion an den Bundestag zu veranlassen, gescheitert seien. Die FDP werde darum, „falls sich die beiden anderen Parteien weiterhin gegen diese Reise stemmen, nach den Bundestagswahlen allein mit einer Delegation in die sowjetische Hauptstadt reisen und dort mit den sowjetischen Führern in aller Öffentlichkeit die Probleme der deutsch-sowjetischen Beziehungen erörtern."

Montag, den 6. September 1965

Augstein hat sich selbst übertroffen: Nachdem er vor 14 Tagen in seinem Nachrichtenmagazin bekannt hatte, den beiden Großen „etwas anderes als Kirchtum-Egozentrik" nicht mehr zuzutrauen, und deshalb eine Stimmabgabe für die FDP (seine eigene Partei!) andeutete, hat derselbe Augstein in der jüngsten Ausgabe des *Stern* die Große Koalition „unter einem anderen Kanzler" als die „einzige wirkliche Alternative zur gegenwärtigen Bürgerblock-Regierung unter Erhard" bezeichnet. Es scheint, als sei Egozentrik nicht nur ein Merkmal von Politikern.

Doch da wohl ganz besonders. Denn noch ein anderer Egozentriker meldete sich dieser Tage wieder zu Wort: F. J. Strauß. Sein jüngst in London erschienenes Buch „The grand design" enthält als offenbar wichtigstes Detail die Forderung des Autors, Strauß zum Minister für Gesamtdeutsche Fragen zu machen. Dabei will der Mann aus Bayern nicht nur Mende, sondern auch noch seinen Parteifreund Schröder beerben: denn das künftige gesamtdeutsche Strauß-Ministerium soll – so der „große Plan" des CSU-Vorsitzenden – mit wichtigen Aufgaben des Auswärtigen Amtes einschließlich der Europa-Politik angereichert werden (!). Man kann diesem Politiker eine gewisse Begabung für makabren Humor nicht ganz absprechen.

Donnerstag, den 9. September 1965

Wem zur Ost- und Deutschlandpolitik schon gar nichts mehr einfällt, der schlägt im Regelfalle neue Noten, Memoranden und Bundestagsentschließungen vor. So auch Johann Baptist Gradl. Der hat dieser Tage im Pressedienst seiner Fraktion angeregt, zum 10. Jahrestag der Moskauer Konferenz zwischen Adenauer und Bulganin eine „nationale Deklaration" zu fertigen, in der die Grundlinien deutscher Vorstellungen für eine Bereinigung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses und der mitteleuropäischen Spannungssituation dargelegt werden sollen.

Nun mangelt es uns an solchen Papierchen wahrlich nicht. Ich habe einmal zusammengezählt: Zwischen dem 13. Juni 1950 und dem 12. Oktober 1962 hat der Deutsche Bundestag insgesamt 21 (in Worten: einundzwanzig!) Entschließungen und Erklärungen zur deutschen Frage und all ihren Aspekten beschlossen und veröffentlicht. Die Bundesregierung gab ihrerseits in der Zeit vom 22. März 1950 bis 31. Dezember 1963 zehn Regierungserklärungen zur deutschen Frage ab (die Regierungserklärungen zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode nicht eingerechnet), schickte sechs Memoranden und fünf Noten an die sowjetische Adresse. Thema: Deutsche Frage und deutsch-sowjetische Beziehungen. Die Bonner Exekutive versandte darüber hinaus drei Briefe an die Führer der Sowjetunion und formulierte etwa fünfzehn sonstige Erklärungen und Stellungnahmen für

den Kreml zu den von Gradl angeschnittenen Themen. Aber dieser ganze Papierkrieg hat bekanntlich auch nicht den kleinsten Fortschritt in der Deutschlandpolitik bewirkt. Ungeachtet dieser Tatsache will nun der Unionspolitiker dem Wust bedruckten Papiers noch weiteres Material hinzufügen.

Montag, den 13. September 1965

Heute abend, in der *Report*-Sendung des Deutschen Fernsehens, kam es zeitweilig zu heftigen Wortgefechten zwischen Mende und den Unionspolitikern Barzel und von Guttenberg über die Berlin-Politik. Als Mende seinen Koalitions-Freunden die unbestreitbare Tatsache vorhielt, sie hätten mit ihrer Politik die Berliner Mauer nicht verhindern können, ging Barzel sofort in die Luft und forderte unseren Vorsitzenden auf, sich zu korrigieren.

Das brachte wiederum unseren Vorsitzenden auf die Palme: Er klagte seinerseits die Union an, seine Deutschlandpolitik zu verteufeln. Wehner beobachtete während dessen das koalitionspolitische Hick-Hack mit sichtlichem Genuß und stellte sarkastisch fest, die Koalition sei sich offenbar nur in einem Punkte einig: die SPD von der Regierungsverantwortung auszuschließen.

Am Morgen hatte sich M. uns gegenüber sehr zufrieden mit dem Verlauf dieses Vierparteiengesprächs geäußert, das schon am vergangenen Wochenende aufgezeichnet worden war. Ich kann diese Zufriedenheit nach den Beobachtungen von heute abend nicht ganz teilen, weil sich Mende in einem Wortgefecht mit Guttenberg von dem Deutschlandmemorandum des Landesverbandes Bayern wie auch von meiner Denkschrift in übertriebener Weise distanzierte.

Weiteres Thema der abendlichen Diskussionsrunde: die Behauptung des polnischen Ministerpräsidenten, Frankreich habe die Oder-Neiße-Grenze praktisch als endgültige Westgrenze Polens bereits anerkannt. Das kam zwar nach früheren Erklärungen des Gaulles zur Grenzfrage nicht ganz überraschend. Doch ändert es nichts daran, daß eine solche französische Deutschlandpolitik weder mit dem Deutschlandvertrag noch mit dem deutsch-französischen Freundschafts- und Konsultationsabkommen zu vereinbaren ist. Interessant war darauf die Reaktion des CSU-Politikers Guttenberg heute abend: der warnte davor, die Cyrankiewicz-Äußerung in den Wahlkampf zu ziehen, und meinte, man solle zunächst die französische Regierung um eine Interpretation ersuchen. Das ist die alte Masche unserer Pseudo-Gaullisten: Um sich ihren Glauben an den langen General in Paris nicht erschüttern zu lassen, werden Positionen de Gaulles schlicht verdrängt, wann immer diese nicht mit den Interessen seiner deutschen Verehrer übereinstimmen.

Samstag, den 18. September 1965

Die Wahlschlacht ist geschlagen – morgen hat der Wähler das Wort! Wir Freien Demokraten sehen der Entscheidung vom Sonntag mit Zuversicht entgegen, auch wenn die Demoskopen für uns noch immer tiefstapeln und bei ihrer „Kopf-an-Kopf-Prognose" für CDU/CSU und SPD bleiben.

Alles in allem hat die FDP einen guten Wahlkampf geführt. Als einzige Partei suchte sie das Gespräch mit dem Wähler. In den oft überfüllten Forumsveranstaltungen der Freien Demokraten wurde lebhaft und zumeist auch auf hohem Niveau debattiert. Die beiden Großen behandelten dagegen den Wahlbürger wie ein unmündiges Kind, wobei die CDU mit ihrem Wahlschlager („Willy ist so gut nicht, besser sind der Ludwig – und die CDU") wohl den Vogel abschoß.

Gestern abend gab es noch einmal trouble: Entgegen seiner bisherigen und auch in den Parteigremien mit Nachdruck vertretenen Haltung soll sich Mende – Agenturberichten zufolge – auf einer Pressekonferenz in München dafür ausgesprochen haben, notfalls auch mit der SPD zu koalieren, sofern die Sozialdemokraten einen eindeutigen Sieg erringen. Strauß kommentierte diese unerwartete Koalitionsaussage unseres Vorsitzenden sogleich mit der Bemerkung, dies sei ein neuer „Umfall" Mendes.

Montag, den 20. September 1965

Alle für den Ausgang der Bundestagswahlen gestellten Prognosen haben sich als falsch erwiesen: das „Kopf-an-Kopf-Rennen" von CDU/CSU und SPD erwies sich in der letzten Nacht – wie von uns vermutet – als eine bewußt lancierte Fabel, um von der FDP Wähler abzuziehen[14]. Das gelang gottlob nur in begrenztem Maße. Doch sind wir enttäuscht, weil es uns nicht gelang, die 10-Prozentgrenze zu erreichen, wenn auch das Resultat deutlich über dem liegt, was uns die Demoskopie zubilligen wollte.

Im Bonner Talweg herrschte gestern abend wieder der übliche Trubel: viele Journalisten, zwei Fernsehteams und eine große Anzahl von Gästen bevölkerten die Räume. Die Stimmung war diesmal begreiflicherweise weniger euphorisch als vor vier Jahren. Erhard hat überraschend gut abgeschnitten, seine Schwächen haben sich beim Wähler offenbar noch immer nicht herumgesprochen. Im Fernsehen äußerte sich der Kanzler nach Mitternacht, vom Erfolg berauscht, vollmundiger und egonzentrischer denn je. Dabei teilte er mit, er habe nicht nur einen großen Sieg für seine Partei, sondern auch über die „Extremitäten" errungen. Wie beruhigend für unser Land!

[14] Bei den Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag erhielten die CDU/CSU 47,6 (1961 45,3), die SPD 39,3 (36,2) und die FDP 9,5 (12,8) Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 86,9 Prozent (87,7).

Mittwoch, den 22. September 1965

Unter dem Eindruck der aus München eintreffenden Nachrichten[15] über die Absichten der CSU bei der kommenden Regierungsbildung trat heute nachmittag der Bundesvorstand zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Nachdem die Mitarbeiter bis auf sechs von den Beratungen ausgeschlossen worden waren, gab Mende zunächst eine Analyse des Wahlausgangs aus seiner Sicht: Mittleres Wahlergebnis; kein Erfolg, keine Niederlage. Zu Erhards Erfolg: „Lieschen Müller kennt keine Kanzlerunfähigkeit." Da hat er wohl recht.

Der Vorsitzende rechnet mit weiteren Störmeldungen, doch solle sich die FDP nicht nervös machen lassen. In diesem Zusammenhang verlas Mende einen Brief des Bundespräsidenten, drei Tag vor der Wahl an die vier Parteivorsitzenden versandt – ein unglaubliches Dokument Lübke'scher Anmaßung[16]. Glücklicherweise haben die Wähler am 19. einen Strich durch diese schwarz-rote Rechnung gemacht. Im Brief an Adenauer soll – lt. Mende – sogar expressiv verbis eine CDU/SPD-Regierung vorgeschlagen worden sein. – M. hatte heute Erhard seinen Lübke-Brief gezeigt. Des Kanzlers Reaktion: „Was ist das für eine menschliche Haltung und das in einer CDU" –. (Der kennt offenbar seine Partei noch immer nicht). Heute nun habe Lübke erklärt, es sei „überall so üblich", die Parteivorsitzenden „in die Regierungsverantwortung zu nehmen."

Mendes Eindruck aus der heutigen Kabinettssitzung: Erhard und Schröder werden sich „außerordentlich loyal gegenüber der FDP verhalten!" Erhard sei wohl gewillt, Schröder – trotz CSU-Einspruch – zu halten. Nach Mendes Vorstellung solle die FDP nach folgenden Ressorts greifen: Wirtschaft oder Finanzen, Gesamtdeutsche Politik, Wissenschaft und Forschung, Justiz. Entwicklungshilfe in der jetzigen Form sei für die FDP nicht zu empfehlen[17]. M. schlug eine sechsköpfige Verhandlungskommission vor und bat um Wortmeldungen.

[15] „Strauß stellt in Bonn seine Bedingungen – Schwierige Beratungen über die Regierungsbildung" in: *Bonner General-Anzeiger* vom 21. 9. 1965. In diesem von Wolfgang Wagner stammenden Aufmacher der Zeitung wird berichtet, es zeichne sich bereits ein „Konflikt um das Gesamtdeutsche Ministerium" ab. Strauß habe erklärt, er messe den „schwerwiegenden Problemen der Deutschland-Politik" besondere Bedeutung bei. In Bonn werde erwartet, daß der CSU-Vorsitzende als Preis für seinen Verzicht aus einem Ministeramt „das Ausscheiden einiger seiner Gegner" aus der Regierung verlangen werde.

[16] Lübke hatte Adenauer, Brandt, Mende und Strauß gebeten, darauf hinzuwirken, „daß keine Vorschläge für den Kanzler gemacht und befürwortet werden, die bei der Bevölkerung Verwirrung schaffen könnten." Damit wollte der Bundespräsident freie Hand für einen ihm genehmen Kanzlerkandidaten erhalten, der – wie dem Brief an Adenauer zu entnehmen ist, ein Kanzler der Großen Koalition sein sollte.

[17] Zur Begründung seiner Ansicht erklärte Mende, entweder komme es zu einer stärkeren Ausstattung des Ministeriums mit Entscheidungsbefugnissen oder es sei besser, diese Behörde einem anderen Ressort anzugliedern.

Zuvor gab Friderichs eine erste Kurz-Analyse des Wahlergebnisses. Die geringsten Stimmenverluste hatten danach Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg, die stärksten Hamburg, NRW, Saarland und Schleswig-Holstein. In der anschließenden Aussprache kam immer wieder Enttäuschung über das Ergebnis einer zweijährigen Koalition mit der CDU unter der Kanzlerschaft Erhards zum Ausdruck. Saam sprach aus, was andere wohl nur dachten: „Wir haben die Wahl eindeutig verloren." Holl sagte voraus, daß die Depressionen der FDP anhalten werden, wenn wir in dieser Koalition blieben. Klaus Dehler stellte die Frage, was wohl passieren werde, wenn wir mit dieser Koalition weitere vier Jahre unsere Schwierigkeiten hätten, wenn es in der Regierungszusammenarbeit „keine neuen belebenden Elemente" gäbe. Er schlug vor, den Preis für eine erneute Koalition mit der CDU so hoch zu treiben, daß uns dieses Bündnis erspart bliebe: „Eine neue Koalition wird uns keinen Segen bringen". – Selbst Zoglmann bekannte, vor vier Jahren „Einpeitscher" einer CDU/FDP-Koalition gewesen zu sein; „heute bin ich es nicht mehr – aus einer Reihe bitterer Erfahrungen!" Auch Starke hätte sich eine absolute Mehrheit der CDU/CSU gewünscht, wie übrigens auch Saam, der – wie er sagte – darum in der Wahlnacht gebetet habe, damit wir diese Koalition nicht machen müssen.

Mende warnte vor soviel Defaitismus. Optimismus hatte er gestern bereits in einem Rundbrief an alle Mitglieder der Partei zu verbreiten versucht. Doch ist natürlich auch ihm klar, daß die kommenden Jahre für die FDP kein Zuckerlecken sein werden. Zunächst stehen uns außerdem noch schwierige Regierungsverhandlungen bevor.

Donnerstag, den 23. September 1965

Strauß hat gestern abend in der Fernsehsendung „Unter uns gesagt" noch einmal deutlich gemacht, welche Ziele er bei der kommenden Regierungsbildung verfolgt. Es scheint unverändert seine Absicht zu sein, den Einfluß der FDP auf die Deutschland-, Ost- und Außenpolitik zu eliminieren. Als nicht unwesentlichstes Mittel dienen ihm dabei unsere Deutschland-Papiere, die er als Beweisstücke für nationale und bündnispolitische Unzuverlässigkeit der Liberalen herumreicht. Mischnick, der als Vertreter der FDP an dieser Diskussionsrunde teilnahm, reagierte auf die Anzapfungen des CSU-Vorsitzenden mit erstaunlicher Gelassenheit und ohne jegliche Distanzierung von den Autoren. Wenn ich da an die Überreaktionen unseres Vorsitzenden in der *Report*-Sendung vor 10 Tagen denke...

Zurecht bekam Mischnick heute vormittag auf der gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Fraktion anerkennende Worte und Applaus für seinen Fernsehauftritt.

Auf dieser Sitzung kündigte Mende den Beginn der Koalitionsverhandlungen für den Montag in der übernächsten Woche an. Die von M. vorge-

schlagene Verhandlungskommission fand nach einer erregten Diskussion über Zusammensetzung und Kompetenzen bei vier Stimmenenthaltungen die Billigung der Führungsgremien. Eine spezielle Kommission unter Vorsitz von Dehler wurde zur Erarbeitung eines Sachprogramms für die kommende Legislaturperiode gebildet, das auch Grundlage unserer Verhandlungen mit den Unionsparteien sein soll. Auch hier gab es nur wenige Enthaltungen.

Mende, der noch einmal seine Wahlanalyse von gestern wiederholte, teilte darüber hinaus mit, Adenauer habe inzwischen im Auftrage des CDU-Präsidiums bei Lübke gegen dessen Brief an die Parteivorsitzenden protestiert (wie schlau ist doch der Fuchs!).

Auch heute war die Diskussion wieder ziemlich depressiv. Ertl äußerte sich sehr besorgt über die kommende Koalition, sprach von einer „tödlichen Umarmung durch die CDU" und der Gefahr, daß wir das Schicksal der Deutschen Partei teilen könnten. Das beste, was der FDP geschehen könne, wäre eine schwarz-rote Koalition unter Strauß, habe ihm Frühwald gesagt. Zoglmann meinte, wenn der Parteivorsitzende sage, nur „skurrile Dummköpfe" könnten nicht in die Koalition gehen, so sage er, er könne sich eine ganze Reihe von Möglichkeiten vorstellen, „deretwegen wir nicht in diese Koalition hineingehen". Zum Beispiel dann, wenn wir auf unsere Ost- und Deutschlandpolitik verzichten müßten, wie es Herr Strauß „gestern vor dem Fernsehschirm praktisch gefordert hat". Und Starke verbürgte sich persönlich dafür, daß kein bayerischer FDP-Bundestagsabgeordneter mit Strauß verhandelt hat oder verhandelt.

Montag, den 4. Oktober 1965

Wir haben das 49. Mandat! Bei den Nachwahlen am Sonntag im Obertaunus und in Schweinfurt schnitt die FDP so gut ab, daß nun Emde wieder in den Bundestag einrücken kann und die FDP somit soviele Parlamentssitze hat, wie die CSU. Gestern abend, in der ZDF-Wahlsendung, behauptete Barsig, die CDU habe der SPD angeblich nur mit unserer Unterstützung im Wahlkreis Obertaunus ein Mandat abjagen können. B. sagte mir für 1969 ein Zweiparteiensystem voraus. Ich konterte gelassen, denn wie oft haben sich in der Vergangenheit solche Propheten schon geirrt! (Es war übrigens mein erster Fernsehauftritt.)

Der Ausschluß der Mitarbeiter bei den Vorstands- und Fraktionssitzungen nach der Wahl rief bei den Kollegen eine begreifliche Verärgerung hervor. Mende hat deshalb heute morgen im Team diesen Schritt mit einem unpassenden Vergleich zu rechtfertigen versucht: Solche Tagungen der FDP-Führungsgremien glichen den Kabinettssitzungen, bei denen auch nur ein kleiner Kreis von Mitarbeitern zugelassen werde. Es bleibt also bei den bisherigen Regelungen, solange die Koalitionsverhandlungen

andauern. Nur bei bestimmten Sachfragen sollen die Referenten hinzugezogen werden.

Dienstag, den 5. Oktober 1965

Gestern und heute tagte die Sachkommission. Sie schloß am Abend ihre Beratungen ab. Das Ergebnis ist ziemlich mager: Bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschloß man – gegen Bedenken von Moersch – jede betriebliche oder überbetriebliche Ausdehnung der Mitbestimmung abzulehen. Steuersenkung, Fortsetzung der Finanzreform und Ablehnung eines Notverordnungsrechtes der Bundesregierung im Notstandsfall sind weitere Punkte des Papiers.

Vor allem in der Deutschlandpolitik nichts Neues: Festhalten an der – m. E. längst überständigen – Konzeption des Memorandums der Bundesregierung vom 9. August 1963 und die „Anerkennung und Durchsetzung des Zusammenhangs von kontrollierter Abrüstung, europäischer Sicherheit und deutscher Wiedervereinigung." Gegen dieses Junktim hatten sowohl Achenbach als auch Moersch (wenn wohl auch aus unterschiedlichen Motiven) Bedenken angemeldet. Aber Genscher verteidigte diese Formel mit großem Nachdruck. Ansonsten nur „Fortsetzung der Politik menschlicher Begegnungen."

In der Ostpolitik respektierte man den von der CSU ausgeübten massiven Druck auf Kanzler und Außenminister. Darum keine Forderung mehr nach unmittelbarer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Warschauer-Pakt-Staaten, sondern nur noch ein Plädoyer für die „Verdichtung der Beziehungen zu den Ländern Osteuropas mit dem Ziel der Aufnahme diplomatischer Beziehungen", also Fortführung der bisherigen Politik.

Die Sachkommission ging im übrigen davon aus, daß diesmal kein förmliches Koalitionsabkommen geschlossen wird, wie es wohl die CDU wünschte. Doch soll über die Verhandlungen ein Ergebnisprotokoll gefertigt werden und auch in Zukunft ein regelmäßiges Zusammentreffen der Fraktionsvorstände unter Hinzuziehung von Fachleuten möglich sein.

Mit der Europa-Politik beschäftigte sich eine kleine Unterkommission unter Vorsitz von Starke. Auch sie kam zu keinen bemerkenswerten Beschlüssen[18].

Die Europa-Politik war auch Thema bei einem Essen mit dem britischen Botschaftsrat Duck heute mittag im „Maternus". Nach D.'s Ansicht

[18] Der Unterausschuß kam u. a. zu folgenden „Beschlüssen":
1. Die FDP setzt sich für die Vereinigten Staaten von Europa als Endziel ein;
2. Änderungen des EWG-Vertrages sind nur entsprechend den Bedingungen dieses Vertrages möglich;
3. Keine neuen Opfer zu Lasten der BRD;
4. eine angemessene eigene Agrarproduktion bäuerlicher Familienbetriebe und Festlegung nationaler Produktziele.

ist die Bereitschaft Großbritanniens zum Beitritt in die EWG gewachsen. Die britischen Konservativen würden ihren nächsten Wahlkampf mit europäischen Parolen führen. Eine Ursache dieses Gesinnungswandels (lt. Duck): Früher betrug der Außenhandel Englands mit den Nicht-EWG-Staaten mehr als 50 Prozent; er ist inzwischen auf 30 bis 40 Prozent gesunken.

Freitag, den 8. Oktober 1965

Vor Beginn der heutigen gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Fraktion wurde wieder „absolute Vertraulichkeit" vereinbart. Mende berichtete über sein Gespräch mit Erhard gestern nachmittag, bei dem der Kanzler eine „rasche Regierungsbildung" gefordert habe. E. wolle keine Erklärungen zu umlaufenden Spekulationen abgeben, er bat Mende, die Angriffe von Strauß in der *Quick* nicht zu ernst zu nehmen. Der Kanzler scheine an der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kabinetts festhalten zu wollen. M. habe aber Erhard gesagt, er werde im kommenden Kabinett entweder die FDP oder Herrn Strauß finden (Erhards Reaktion teilte M. nicht mit). Inzwischen hat unser Vorsitzender dem Kanzler in einem Brief bestätigt, gemäß Artikel 64,1 des Grundgesetzes das Vorschlagsrecht für die Ernennung der Bundesminister zu haben. Zugleich nehme die FDP für sich das Recht aus Artikel 38 in Anspruch[19]. Mit dem Inhalte dieses Briefes sei indessen die CSU nicht einverstanden (wen wundert's). Sie legt Wert darauf, das Präsentationsrecht jeder Fraktion zu fixieren. Westrick habe deshalb Mende gebeten, seinen Brief zurückzuziehen, sonst werde die CSU am Dienstag den Verhandlungsraum verlassen[20]. Doch er – Mende – habe erwidert, „ein anderer Brief wird von mir nicht geschrieben werden".

In der Aussprache waren sich die Parteifreunde einig: die FDP kann auf das Gesamtdeutsche Ministerium nicht verzichten. Diese Auffassung teilt natürlich auch Mende (zu recht!); er lehnt das Angebot, das Innenressort zu übernehmen, entschieden ab („ich habe nicht den Ehrgeiz, 1969 die Notstandsgesetzgebung als Wahlschlager der FDP zu verkaufen"). Es

[19] Artikel 38 GG bestimmt, daß die Abgeordneten des Deutschen Bundestages „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen" sind. Mit diesem Hinweis wollte Mende offenbar deutlich machen, daß man die FDP-Abgeordneten zur Stimmabgabe für Erhard nicht zwingen könne, falls dieser Strauß ins Kabinett rufen sollte.

[20] Zu Beginn der Verhandlungen einigten sich die Kommissionen auf folgende Formel: „Unbeschadet des Artikels 38 des Grundgesetzes sind sich die Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und der FDP darüber einig, daß die Koalitionsverhandlungen ohne irgendwelche Vorbehalte geführt werden. Insbesondere werden das uneingeschränkte Vorschlagsrecht des Bundeskanzlers gemäß Artikel 64 GG und die uneingeschränkte Präsentationsmöglichkeit der Fraktionen anerkannt." (ADG, S. 12136).

gehe nicht um seine Person, sondern um die Frage, ob nun die Adenauer-Dulles-Linie wieder gelten oder die Schröder-Mende-Linie in der Ostpolitik weiter verfolgt werden soll.

Nicht alles war so erfreulich wie diese Aussprache. Mitten in unsere Beratung platzte die Meldung, das IOC habe das Ende der gesamtdeutschen Olympia-Mannschaft beschlossen. Während nun Mende im Zusammenhang mit den gegenwärtig laufenden Passierscheinverhandlungen dafür plädierte, zumindest eine Vereinbarung über die Sonderstelle für dringende Familienangelegenheiten zu treffen, verwarf er einen von mir vorbereiteten Entwurf einer Erklärung zum IOC-Beschluß über die Beteiligung von zwei deutschen Mannschaften bei den kommenden Olympischen Spielen und formulierte stattdessen selbst eine recht polemische Stellungnahme.

Dehler trug im Laufe der Sitzung das Ergebnis der Beratungen in der Sachkommission vor, die nach ausgiebiger Diskussion von den FDP-Gremien gebilligt wurden. Dieses recht bläßliche Programm soll nun Grundlage der kommenden Koalitionsgespräche sein.

Donnerstag, den 14. Oktober 1965

Vorstand und Fraktion wurden heute von Mende über den Stand der Koalitionsverhandlungen unterrichtet. Es zeigte sich, daß die CDU auch nach dem am Dienstag vereinbarten „Burgfrieden" keine Ruhe geben will. Obwohl Mende dem Kanzler nach Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung versichert hatte, daß sich damit an der Haltung der FDP gegenüber Strauß nichts geändert habe, wollte Erhard am folgenden Tag – offenbar von der CSU dazu veranlaßt – die Diskussion über die Streitigkeiten erneut beginnen. Als die FDP abwehrte, rückten die Christdemokraten mit einem neuen Papier (Wohlverhaltensklausel) an. Doch die Freien Demokraten paßten und verlangten die Aufnahme der Sachverhandlungen, die dann auch gestern gegen 17.30 Uhr aufgenommen wurden. Dabei scheinen die innenpolitischen Vorstellungen unserer Verhandlungskommission weitgehend das Wohlgefallen der Union gefunden zu haben, besonders das von Mischnick vorgetragene sozialpolitische Konzept. Über die Außen- und Deutschlandpolitik hatte man bereits am Dienstag gesprochen. Mendes heute referierte Darlegung zu diesen Themen kann nicht befriedigen. Kein Wunder, daß danach Erhard im „Großen und Ganzen" Übereinstimmung mit seinem Vize feststellte. Strauß soll sich übrigens gestern der Erhard-Linie (in der Außenpolitik) angeschlossen haben, während Westrick behauptete, das Memorandum Bonns vom 9. August 1963 sei „verworfen" worden, eine Ansicht, der Barzel und Mende widersprochen hätten.

Am heutigen Morgen wurde das Koalitions-Palaver fortgesetzt; darüber informierte Weyer. Die CDU habe dabei den Versuch gemacht, die Ver-

handlungskommission der FDP zu spalten; sie beabsichtigte, Kabinettsliste und Regierungserklärung nur mit einigen Mitgliedern unserer Delegation abzustimmen. Das mißlang natürlich. Erhard kündigte sodann an, es werde ein „großes Revirement" geben und nicht nur Mende müsse sein Ressort wechseln. Darauf Weyer (nach eigenen Angaben): „Herr Bundeskanzler, Mende wird das Ressort *nicht* wechseln!" An sich stehe dem Junior-Partner das Außenministerium zu, doch wolle die FDP nicht darauf bestehen; das Gesamtdeutsche Ministerium sei jedoch unverzichtbar. Daraufhin bot Erhard Mende das Entwicklungsministerium an, das viel mehr Einfluß auf die Außenpolitik habe als das Gesamtdeutsche (!). Die Antwort Weyers: Zum Gesamtdeutschen gebe es nur eine Alternative: das Außenministerium! Da jammerte Erhard: die FDP habe doch schon so viel erreicht: Strauß nicht ins Kabinett, Schröder weiterhin Außenminister etc. – Heute nachmittag will man dieses Gespräch fortsetzen. Bis Samstag „9.59 Uhr" brauche die FDP zu diesem Punkte eine befriedigende Äußerung Erhards, sonst werde der Hauptausschuß eine bindende Erklärung abgeben. Die Diskussion war relativ kurz und ohne besonders bemerkenswerte Details. Man wartete ab, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden.

Freitag, den 15. Oktober 1965

Bei sehr gelockerter Stimmung vor Beginn der Beratungen wurde am Vormittag die gemeinsame Sitzung der Parteigremien fortgesetzt. Doch zur Heiterkeit ist wenig Anlaß. Das zeigte der Bericht des Parteivorsitzenden. Mende: Erhard habe gestern nachmittag zu Beginn der Koalitionsverhandlungen erklärt, er sehe sich nicht in der Lage, der FDP erneut das Gesamtdeutsche Ministerium anzubieten. Das geschehe nicht aus persönlichen, sondern aus politischen(!) Gründen. Mende sei ihm „lieb und wert", jedoch „allgemeinpolitische Gründe geben Anlaß, Ihnen ein anderes Ressort anzubieten". Darauf habe Kühlmann die Frage gestellt, ob Erhard die FDP als Partner brauche oder lediglich als „Auffüll-Truppe". E. wolle wohl die Liberalen aus der Außen- und Deutschlandpolitik ausschalten. Halte die CDU vielleicht die Freien Demokraten für national unzuverlässig? – Gegen diese Frage habe Dufhues protestiert: wenn die FDP das wäre, säße die CDU jetzt nicht hier mit ihr zusammen. Es seien sehr scharfe Auseinandersetzungen gefolgt, in deren Verlauf Mende auf das Buch von Strauß („Grand designe") und die darin enthaltene Forderung nach einer Zusammenfassung der Deutschland- und Europa-Politik in einem Ministerium hinwies. Dann sei von Erhard ein „beleidigender Vorschlag" gekommen: „Wenn Sie unbedingt an der Außenpolitik beteiligt werden wollen, kann der Entwicklungsminister ja Mitglied des Verteidigungsrates werden". (Dahlgrün ist aber ohnehin schon im Verteidigungsrat!). Das reichte unserem Vorsitzenden. Mit der Bemerkung, die

Situation von 1961 werde sich 1965 nicht wiederholen, verließ er wütend den Sitzungssaal und ging nach Hause[21].

Mischnick hatte den Eindruck, die CDU/CSU wollte unsere Delegation dazu bringen, die Verhandlungen abzubrechen (wohl um dann für Gespräche mit der SPD frei zu sein). Mischnick zur Lage nach dem Auszug Mendes: „Wir saßen da und haben dann 15 bis 20 Minuten lang nur noch geblödelt, bis Erhard endlich die Sitzung aufhob". Mischnick stellte ohne Widerspruch fest, daß es weder sachliche noch persönliche Gründe für eine Ablehnung Mendes gäbe. Doch solle man heute noch keine Beschlüsse fassen – „vielleicht bekommen wir bis morgen noch eine andere Möglichkeit".

Kühlmann teilte ergänzend mit, im Zusammenhang mit der Erörterung des IOC-Beschlusses sei ein Satz gefallen, der deutlich mache, daß sich Erhard verpflichtet habe, Mende zu opfern, um Schröder halten zu können[22]. Bucher stellte fest, Erhard habe im Fall Mende offensichtlich kein uneingeschränktes Vorschlagsrecht mehr.

Dann besprach man die Folgen dieser Entwicklung. Zoglmann wies auf die CDU-Spekulation hin, daß sie bei der Kanzlerwahl so oder so von der FDP die nötigen Stimmen bekommen werde. Mende ergänzt, Erhard und Rasner hätten durchblicken lassen, daß sie die fehlenden 4 Stimmen bekommen würden – es fiel in diesem Zusammenhang das Wort „Abwerbung" (!). M. habe Erhard gesagt: „Ich warne Sie! Was wäre das für eine Regierung auf der Basis der Korruption! Das läßt ja tief blicken!"

Genscher meinte, die SPD werde notfalls die Leute für Erhard stellen und dann behaupten, die Stimmen kämen von der FDP. Andere wußten von Abwerbungs-Gerüchten zu berichten: Ertl entrüstete sich, es werde behauptet, er wolle zu Strauß überlaufen. Menne ist bereits gefragt worden, ob er zur CDU übertreten wolle: Baron Guttenberg mache Angebote. Kubitza berichtete von zwei Staatssekretären, die ihrem Hausarzt (!) gegenüber davon gesprochen haben sollen, daß Erhard auf jeden Fall die notwendigen Stimmen der FDP bekomme. Die Korruption marschiert.

Nachdem Mende beteuert hatte, die Parteigremien könnten heute von ihm eine Erklärung haben, daß er dieser Regierung Erhard nicht angehören werde (auf dieses Angebot ging aber niemand ein), schlug Moersch vor, man solle heute beschließen, die FDP werde sich solange nicht an Abstimmungen beteiligten, bis die Koalitionsgrundlage gegeben sei, das solle man Erhard und Lübke mitteilen. Von CDU-Abgeordneten werde

[21] Den dramatischen Vorgängen bei der Regierungsbildung 1965, die für das Koalitionsklima außerordentlich bezeichnend und letztlich auch für die vorzeitige Beendigung dieser Koalition im Herbst 1966 mitbestimmend waren, widmete Mende in seinem Buch „Die FDP" acht Jahre später ganze 7 Zeilen.

[22] Dazu las Genscher aus seinen Protokoll-Notizen vor, was Erhard sagte: „Ges. Frage sehr ernst, siehe Madrid (dort wurde der IOC-Beschluß gefaßt), da beginnt es überall abzubröckeln. Aus diesem Grunde müssen wir das Haus haben (gemeint war das Gesamtdeutsche Ministerium – d. Verf.)".

bereits sondiert, ob die FDP bereit sei, gegenüber einer CDU-Minderheitsregierung eine „konstruktive Opposition" zu leisten. Von Union-Kreisen werde darüber hinaus das Gerücht in Umlauf gebracht, Dehler und weitere acht Abgeordnete der FDP wollten zur SPD übertreten. Dem Vorschlag Moersch stimmte Genscher im Prinzip zu. Er schlug vor, sofort Kontakte mit Gerstenmaier, Lübke und Erhard aufzunehmen und ihnen unseren Standpunkt darzulegen. Als man sich in dieser Frage einig war, teilte Mende überraschend mit, es sei soeben eine Einladung von Erhard zur Fortsetzung der Verhandlungen um 15 Uhr eingetroffen. Kommentar Dehlers: „Wir brauchen jetzt Gelassenheit und Ruhe; dann werden sich die Dinge zu unseren Gunsten verändern."

Sonntag, den 17. Oktober 1965

Nur zwei Stunden dauerte gestern die Hauptausschußsitzung in Mainz, wobei allein 70 Minuten von Mende, Weyer, Mischnick und Kühlmann für die Berichterstattung über die Koalitionsverhandlungen beansprucht wurden. Die Parteifreunde stellten nur noch einige Fragen, dann verabschiedete man ein kurzes Kommunique und fuhr wieder heim.

Mende berichtete sehr ausführlich über seine außenpolitischen Darlegungen im Bundeskanzleramt. Am Freitagabend, auf dem Jahresempfang der *Dimitag*, will er dann zum Kanzler wie folgt gesprochen haben: „Die Loyalität Ihnen gegenüber habe ich in einem Ausmaß geübt, daß ich Schwierigkeiten mit meiner eigenen Partei hatte. Was Sie getan haben, ist unendlich unanständig." Mende erregte sich sehr, als er dann über seine Arbeit als Minister Rechenschaft ablegte. „Es geht nicht um meine Person; es geht darum, ob Sie der FDP eine Mitwirkung an der Deutschlandpolitik zugestehen wollen, – ob sie einen Partner wollen oder einen Satelliten", das habe er Erhard am Donnerstag in der Koalitionsrunde gesagt.

Während des Mende-Berichtes gingen Friderichs, Genscher und Brodesser im Park spazieren, um die Lage zu beraten. Die war – wie Weyer bei seinem Eintreffen kurz nach 12 Uhr mitteilte, „unverändert". W. wußte von einem neuen Vorschlag zur Lösung der Verhandlungskrise zu berichten. Die FDP bekommt wieder das Gesamtdeutsche Ministerium, dafür wird Strauß Mitglied des Bundeskabinetts. Diese geniale Idee stammt von Gerstenmaier, der seinen Vorschlag mit der CDU nicht abgestimmt haben will. Der Bundestagspräsident habe erläuternd hinzugefügt: „Zweimal haben Sie das Opfer (den Verzicht auf Strauß im Kabinett – d. Verf.) von uns verlangt – einmal vor zwei Jahren; das haben wir erfüllt." Was denn unsere Alternative sei? Darauf habe Weyer geantwortet: die Alternative sei das Außenministerium für Mende, das Minimum das Gesamtdeutsche Ministerium. Am Montagabend um 18 Uhr werde man die Verhandlungen fortsetzen. Weyer: „Ich werte unsere Chancen absolut als real, wenn Sie uns die Vollmacht geben, die Verhandlungen loyal, aber

absolut hart in der Sache zu führen." Dazu waren die Parteifreunde im Hauptausschuß bereit. Ohne Aussprache wurde einstimmig ein Kommuniqué verabschiedet, in der das Gremium der Verhandlungskommission Vertrauen aussprach. Die Versammlung wurde von Mende mit der Feststellung ins Wochenende entlassen, daß jegliche Weitergabe von Einzelheiten dieser Sitzung an die Presse als parteischädigend zu werten sei. Ob das was nützt?

Samstag, den 23. Oktober 1965

Zwei Tage vor dem Termin der Kanzlerwahl wurde man sich doch noch einig: Mende und Schröder behalten ihre Ressorts, Strauß bleibt vor der Tür. Barzel rächte sich für diese Erhard-Kapitulation vor den Freien Demokraten mit Äußerungen über Mende, die wohl neuen Argwohn unter Mitgliedern und Wählern der FDP gegen deren Vorsitzenden säen sollen[23]. Dabei ist die angebliche „Kursschwenkung" Mendes in der Deutschland-Politik nur ein billiger Trick des Rainer B.; denn all das, was der CDU-Politiker als Beweisstücke für des Vizekanzlers neuesten Umfall präsentiert, sind Positionen, die unser Chef schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen in aller Öffentlichkeit vertreten hat.

Donnerstag, den 28. Oktober 1965

Die an die Bundesregierung gerichtete Forderung der Parteikorrespondenz nach mehr Mut, Phantasie und Entschlossenheit beim Ausbau unserer Osteuropa-Beziehungen hat – Pressemeldungen zufolge – bei der CDU/CSU erwartungsgemäß Verstimmung ausgelöst. Die Behauptung allerdings, daß damit Koalitionsvereinbarungen verletzt wurden, ist absurd. Denn Mut und Phantasie wurden selbst durch Strauß und Genossen für diese Regierung noch nicht auf den Index gesetzt. Eher ist denkbar, daß sich die Christdemokraten fuchsen, weil die FDP damit die von ihnen ausgestreuten Parolen vom völligen Einschwenken Mendes auf den CSU-Kurs unterläuft. Das war zwar nicht das Hauptmotiv meines Artikels, doch wäre eine solche „Nebenwirkung" schon zu begrüßen.

Am Dienstagnachmittag unterrichtete Kühlmann die Fraktion über den Ausgang der Koalitionsverhandlungen. Mißmut war spürbar, weil es unserer Delegation nicht gelang, das Wissenschaftsministerium für die FDP zu vereinnahmen, und Bucher auf den Wohnungsbau abgeschoben

[23] Barzel behauptete, Mende habe in der Deutschland-Politik eine Kursschwenkung vollzogen und sich dafür ausgesprochen, die bisherige Außenpolitik fortzusetzen, die menschlichen Begegnungen in Deutschland zu erleichtern, das „Zonenregime" nicht anzuerkennen und gesamtdeutsche technische Kommissionen nur im Auftrage der Vier Siegermächte zu installieren. Das unterscheide sich wesentlich von den Äußerungen Mendes auf dem Frankfurter Parteitag, eine Feststellung, der nur bezüglich des letzten Punktes zuzustimmen ist.

wurde[24]. Dort wird er sich schwer tun, weil, wie Emde bemerkte, die Kürzungsvorschläge des Finanzministers zu Lasten dieses Ministeriums gingen. Auch Starke und Mende kritisierten dieses Verhandlungsergebnis. Zoglmann paßte sich – wie schon oft – dieser Stimmung an, polemisierte gegen Erhard und empfahl „Gespräche nach allen Seiten". Resumierte Schultz: „Hoffentlich war keiner so naiv zu glauben, daß diese Koalition einfacher wird als die vorherige!" Antwort von Dorn: „Nein – schwerer!" Damit dürfte er wohl recht behalten.

Donnerstag, den 4. November 1965

Mein gestriger Kommentar zu Couves Moskau-Reise hat Mende alarmiert: Er rief heute an und bat um mehr Zurückhaltung bei der Beurteilung der französischen Deutschlandpolitik. Man dürfe nicht übersehen, daß Couve in Moskau am Selbstbestimmungsrecht festgehalten und ihm, Mende, bei ihrem letzten Gespräch versichert habe, daß die französische Regierung für neue Passierscheinverhandlungen wäre.

Doch ändert das freilich nichts an der Tatsache, daß im Moskauer Kommuniqué die deutsche Frage ausgeklammert wurde und sich die beiden Staaten in zwei, die Bundesrepublik Deutschland direkt berührenden Fragen längst einig sind: bezüglich der Regelung der deutschen Ostgrenzen und der Absicht, den Deutschen ein für allemal den Weg zu den nuklearen Waffen zu versperren. Doch das verdrängt man in Bonn.

Montag, den 8. November 1965

Jetzt wird der Wahlkampf aufgearbeitet und F. J. Strauß „weißgewaschen". Mende berichtete heute morgen im „Team" über sein Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden am vergangenen Freitag. Strauß habe von M. wissen wollen, wer die gegen ihn gerichteten Sätze in unserer Wahlillustrierten formuliert habe. Mendes Antwort: das sei heute nicht mehr festzustellen. Daraufhin habe man sich geeinigt, die beiderseitigen Anwälte zu bitten, die weiteren Prozeßtermine zu verschieben. Auch Augstein habe – so unser Vorsitzender – die Absicht, mit Strauß einen Waffenstillstand zu schließen. Im übrigen sei ja Adenauer der große Hintermann in der *Spiegel*-Affäre; auch habe es Veranlassung gegeben, seinerzeit Stammberger nicht zu informieren.

Strauß habe im Gespräch mit Mende sein Mißtrauen gegen die USA ausführlich begründet. Und um die Wiederannäherung komplett zu machen: eine Zusammenkunft zwischen den Führungen der beiden Parteien

[24] Die FDP hatte Bucher als Nachfolger für den kranheitshalber ausgeschiedenen Wissenschaftsminister Hans Lenz vorgeschlagen. Erhard entschied sich jedoch für seinen Parteifreund Gerhard Stoltenberg. Bucher mußte sich mit dem Wohnungsbau-Ministerium begnügen, aus dem zuvor noch schnell die Raumordnung ausgegliedert und dem Innenministerium zugeschlagen worden war, das nun der Vorgänger Buchers, Paul Lücke, übernommen hatte.

(FDP und CSU) zur Beratung sozialpolitischer Fragen wurde inzwischen vereinbart.

Unerwartet wurde mir dieser Tage Lob von französischer Seite zuteil. Mein Kommentar vom vergangenen Freitag zur erneuten Kandidatur de Gaulles für das Präsidentenamt hat auf Schloß Ernich offenbar gefallen. Der französische Gesandte bedankte sich jedenfalls Sonntag auf dem Empfang der sowjetischen Botschaft zum Jahrestag der Oktoberrevolution bei Mende dafür, daß die fdk an des Präsidenten Ausführungen zur Deutschlandpolitik auf seiner berühmten Pressekonferenz vom 25. März 1959 erinnert habe. Natürlich geschah das nicht ohne Hintergedanken: Denn diese Äußerungen des Generals passen fabelhaft in mein deutschlandpolitisches Konzept[25].

Mittwoch, den 10. November 1965

Am Vormittag gab Erhard seine Regierungserklärung. Sie war ein solches „Ballungszentrum" an Gemeinplätzen, daß es die Journalisten von der Pressetribüne in die Büros trieb. Nur Mende, auf der Regierungsbank sitzend, machte ein interessiertes Gesicht, während Schröder, mit dem neben ihm sitzenden Lücke tuschelnd, wiederholt mokant lächelte.

Gestern hatten wir unseren Kanzler in der Fraktion: er mußte dort sein Sparprogramm verteidigen, mit dem die Bundesregierung ihre Wahlgeschenke wieder einsammeln will[26]. Die Parteifreunde nahmen Erhard mächtig in die Zange, vor allem Emde und Friderichs. Moersch tadelte mit Recht die schlechte Informationspolitik der Bundesregierung. Erhard blieb dennoch seinem Naturell (und wohl auch intellektuellen Fähigkeiten) entsprechend sehr allgemein und beschränkte sich auf Beschwörungen[27].

[25] De Gaulle erklärte am 25. 3. 1959: „Die Wiedervereinigung der beiden Teile in ein einziges Deutschland, das vollkommen frei sein soll, scheint uns das normale Schicksal des deutschen Volkes zu sein, vorausgesetzt, daß diese Wiedervereinigung die gegenwärtigen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden nicht in Frage stellt und vorausgesetzt, daß das wiedervereinigte Deutschland beabsichtigt, sich eines Tages in eine vertragsmäßige Organisation ganz Europas für die Zusammenarbeit, für Freiheit und Frieden zu integrieren. Bis zur Erreichung dieses Ideals glauben wir, daß die beiden getrennten Teile des deutschen Volkes ihre Bindungen und Beziehungen auf allen praktischen Gebieten vervielfachen sollten. Das Verkehrswesen, die Post, die wirtschaftliche Tätigkeit, die Künste, die Wissenschaft, die Literatur, der Personenverkehr etc. sollten den Gegenstand spezieller Vorkehrungen bilden, welche die Deutschen im Innern einander annähern würden zum Vorteil dessen, was ich die ‚deutsche Sache' nennen möchte und die den Deutschen trotz allem gemeinsam ist, ungeachtet der Differenzen des Regimes und der Bedingungen." (Zitat aus fdk vom 5. 11. 1965).

[26] Es ging um die geplante Anhebung der Bundesbahntarife sowie um die Anhebung von Sekt- und Branntweinsteuer.

[27] In seinem Notizbuch schrieb Schollwer folgende Äußerungen Erhards mit: „Wir haben alle im Sommer des Guten etwas zu viel getan... Protestwelle ist ohne-

Es wurde allerdings klar, daß Mende die negative Auffassung der Fraktion über Erhards Haushaltskurs nicht teilt. Denn bevor der Kanzler sich im Fraktionssaal einfand, tadelte der Vorsitzende mit Schärfe die Haltung der Fraktion gegenüber dem Sparprogramm der Bundesregierung. Unter ständigem Widerspruch vor allem der Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen sprach Mende in diesem Zusammenhang von einer „verheerenden Presse" (für die er offenbar die FDP-Fraktion verantwortlich macht, nicht aber den Kanzler) und forderte eine klare Stellungnahme, die – von Genscher formuliert – etwa eine Stunde vor dem Eintreffen Erhards herausgegeben wurde. Sie dürfte jedoch kaum den Vorstellungen Mendes entsprechen, trotz (oder wegen?) ihrer zurückhaltenden Formulierungen.

Es folgte die Vorstandswahl. Kühlmann wurde mit relativ vielen Enthaltungen wieder gewählt; anstelle von Schultz wurde der gegen ihn kandidierende Starke stellvertretender Vorsitzender. Mischnick und Zoglmann bleiben auf ihren Plätzen, wobei M. allerdings wesentlich besser abschnitt als Scheels Favorit. Genscher löste Emde im Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers ab – das dürfte der Fraktion zugute kommen.

Am Abend debattierte man die Regierungserklärung Erhards bzw. das, was Mende darüber berichtete. Und das war recht dürftig. M.: „Erhard hat uns einen Grundriß gegeben", ein Manuskript der Erklärung besitze er jedoch nicht. Der Vorsitzende gab dennoch eine eingehende Darstellung der Bla-bla-Einleitung zu Erhards Regierungsprogramm. Auf den Einspruch der FDP-Minister hin hat der Kanzler den alten Unfug von der „formierten Gesellschaft" wieder aus seinem Konzept gestrichen[28]. Was sonst über dieses Dokument zu hören war, ist kaum der Rede wert, abgesehen vielleicht von ein paar Sentenzen über die Ost- und Deutschlandpolitik, über die sich vor allem Bucher sehr befriedigt äußerte, während Dehler das Verfahren bei der Abfassung dieser Regierungserklärung heftig kritisierte. Auf die Frage Ertls, ob denn die Kabinettsmitglieder der FDP

Fortsetzung Fußnote von Seite 292

hin vorüber, jetzt kommt die Zustimmungswelle... Das deutsche Volk will ordentlich geführt werden." Die FDP solle besorgt sein, „daß diese Koalition steht, weil sonst die Gefahren zu groß sind."
Am Tage zuvor war übrigens ein Artikel bekanntgeworden, der am 13. 11. im *Bayern-Kurier* erscheinen sollte, in dem Erhard bescheinigt wurde, in vielen Fragen der Außenpolitik „naiv" zu sein, und in dem es weiter hieß: Es sei ein Witz, daß ausgerechnet die „Regierung eines Honorarprofessors für Gegenwartsfragen der Wirtschaftspolitik" mit einem noch nie dagewesenen Sparprogramm beginnen müsse (ADG, S. 12231).

[28] Diese Angabe Mendes war unzutreffend. Erhard erwähnte doch wieder seine „formierte Gesellschaft", die – wie der Kanzler hinzufügte, „keine Utopie" sei, allerdings eine „informierte Gesellschaft" voraussetze, was von der SPD mit Beifall und Gelächter quittiert wurde. Schollwer hatte in der fdk vom 11. 11. 1965 verhalten Kritik an der Regierungserklärung Erhards geübt und gefordert, „echte Schwerpunkte" zu bilden.

mit dieser Erklärung einverstanden seien, meinte Scheel diplomatisch: „Es war nicht möglich, die Regierungserklärung in der kurzen Zeit auch nur durchzulesen[29]". Erhards vielgepriesenes Kollegialprinzip ...

In der heutigen Presse wird mein gestriger fdk-Artikel von einigen Kollegen in einen Gegensatz zu Mende-Äußerungen vom Sonntag auf dem Sowjetempfang gebracht. Damit werde ich – groteskerweise – praktisch in eine Front mit Herrn Barzel gebracht, der Mendes angeblichen Optimismus in der Frage der deutsch-sowjetischen Beziehungen tadelte[30]. Das mag die Union freuen, zumal es ein wenig von deren parteiinternen Differenzen über die Ostpolitik ablenkt. In einem Brief an Reiser habe ich versucht, den falschen Eindruck über Gegensätze bei uns zu korrigieren.

Montag, den 15. November 1965

Im morgendlichen „Team" berichtete Mende über den Stand der Passierscheinverhandlungen: man werde sich voraussichtlich über eine Verlängerung des Abkommens (über den 31. 12. hinaus) sowie die ständige Öffnung der Härtestelle einigen. Dann folgte eine Diskussion der EKD-Denkschrift[31]. Genscher meinte, nach polnischer Auffassung sei die Bundesrepublik für die Grenzfrage gar nicht zuständig, da Warschau das Alleinvertretungsrecht der BRD verneine. Beide begrüßten aber grundsätzlich die von der Denkschrift in Gang gebrachte Diskussion.

Donnerstag, den 18. November 1965

Am Vormittag trug ich im Außenpolitischen Arbeitskreis meine Vorschläge für den außenpolitischen Teil der Kühlmann-Rede am 29. 11. (Aussprache zur Regierungserklärung) vor. Dehler bemängelte, daß ich mich dabei zu sehr an dem Text der Regierungserklärung orientiert hätte. Auch schmeckt ihm die Formulierung nicht, daß ohne Zustimmung der

[29] Dazu *Der Spiegel* Nr. 47 vom 17. 11. 1965: „Nur 25 Minuten ließ der Kanzler seinen 21 Ministern auf einer Sondersitzung am Montag Zeit, den Marschbefehl für die nächsten vier Jahre zu studieren. Danach wurden die numerierten Exemplare von Hohmann wieder eingesammelt." („Erhard-Programm – Da schweigen alle Flöten").

[30] „In deutlichem Gegensatz zum Parteivorsitzenden Mende vertrat der Pressedienst der Freien Demokraten die Ansicht, das zwischen Moskau und Bonn herrschende Klima sei eisig. Mende hatte dagegen, wie berichtet, auf einem Empfang des sowjetischen Botschafters Smirnow erklärt, er hoffe auf eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen..."

[31] Am 14. 10. 1965 hatte die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) eine am 1. Oktober von der Kammer für öffentliche Verantwortung verabschiedete Denkschrift unter dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" veröffentlicht. Im Kapitel IV („Völkerrechtliche Fragen") der Denkschrift wird festgestellt, „daß das Erbe einer bösen Vergangenheit dem Deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auferlegt, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Volkes zu respektieren und ihm den Raum zu lassen, dessen es zu seiner Erhaltung bedarf." (*Dokumentation*, III, Seite 724).

Länder Ost- und Südosteuropas „eine Wiedervereinigung Deutschlands undenkbar" sei: Eine solche Prämisse solle man nicht aufstellen, es sei nicht gut, auf „Hemmungen" hinzuweisen. Eine von mir zum Entwurf gesondert hinzugefügte und nur mündlich vorgetragene Formulierung zur Denkschrift der EKD stieß bei Genscher auf Widerspruch, der dieses Thema nicht behandelt wissen will[32]. Achenbach, der von einer allgemeinen Enttäuschung über die Regierungserklärung überall im Lande berichtete, wandte sich gegen meine These, daß kleine Schritte in der Deutschlandpolitik die Bedingungen für eine Wiedervereinigung verbessern könnten; das „Volk drängt *heute* auf Wiedervereinigung", darum müsse die FDP eine „Lösung präsentieren". Nur Moersch sprang mir einmal bei. Er sprach sich entschieden dagegen aus, im Kühlmann-Referat Fernziele anzusprechen, plädierte dafür, die Denkschrift zu erwähnen, und schlug vor, darzustellen, daß die Politik des Außenministers und die FDP nicht identisch seien.

Dienstag, den 23. November 1965

Die Fraktionsmehrheit macht um die EKD-Denkschrift einen Bogen wie die Katze um den heißen Brei. Nur Diemer, Moersch, Borm und mit Einschränkungen auch Bucher und Rutschke beurteilen dieses Dokument positiv. Moersch sprach sich heute sogar mehrfach dezidiert dafür aus, Kühlmann solle in der Bundestagsdebatte am kommenden Montag dieses Thema in dem von mir vorgeschlagenen Sinne anschneiden. Als ich daraufhin gebeten wurde, meine Formulierung noch einmal vorzutragen, meinten Haas, Hamm und andere, das sei „viel zu positiv", und überhaupt solle man dieses Thema besser nicht erwähnen.

Mende meinte zunächst, eine Erwähnung des EKD-Papiers sei „zumindest in der ersten Runde" der Debatte „überflüssig". Im übrigen habe der Engere Vorstand beschlossen, parteiamtlich Zurückhaltung gegenüber der Denkschrift zu üben. Dann aber gab er selbst jede Zurückhaltung auf und erklärte: „Ich warne davor, die Denkschrift in der Debatte zu erwähnen – das ist Professor Raiser nicht wert!"

[32] Dieser Entwurf hatte folgenden Wortlaut: „(Die Denkschrift) ermöglicht eine breite und sachliche Diskussion eines der Kernprobleme deutscher Wiedervereinigungspolitik, des künftigen Schicksals der deutschen Ostgebiete. Wir freuen uns darauf, schon in naher Zukunft mit den Vertretern der Evangelischen Kirche die in der Denkschrift angeschnittenen Probleme in aller Offenheit erörtern zu können. Dabei werden wir sicherlich nicht in allen Punkten übereinstimmen können; insbesondere vertritt die FDP hinsichtlich einiger völkerrechtlicher Fragen einen anderen Standpunkt als die EKD. Den Grundgedanken dieser Schrift jedoch, die Versöhnung mit dem polnischen Volke, bejahen die Freien Demokraten uneingeschränkt." Genschers Wunsch entsprechend ging von Kühlmann in seiner Rede am 29. 11. mit keinem Wort auf die Denkschrift ein.

Ein Trauerspiel sind offenbar auch die gegenwärtig laufenden Passierscheinverhandlungen. Nach Mendes Angaben hätten bisher 22 Gespräche zu keiner Bereitschaft des Zonenregimes geführt, seine bisherige Haltung zu ändern, abgesehen von einer bescheidenen Verbesserung der Verlängerung des Abkommens bis zum 31. März 1966. Das Gesamtdeutsche Ministerium, das Auswärtige Amt, Krone und Höcherl und der Berliner Senat plädierten dennoch für Annahme; dagegen hätten sich Westrick – und sehr scharf – auch Gradl (!) ausgesprochen.

Während Mende vor der Fraktion den Eindruck zu vermitteln suchte, letzten Endes werde das Kabinett wohl doch einem neuen Abkommen auf der bisher ausgehandelten Grundlage zustimmen, hatte uns Brodesser gestern – in Abwesenheit von Mende – in der traditionellen Montagsrunde berichtet, eine Billigung neuer Passierscheinabkommen sei durch das Kabinett *nicht* zu erwarten. Eine entsprechende Äußerung Staatssekretär Krautwigs in der letzten Kabinettssitzung sei unwidersprochen geblieben (!). Mende hatte allerdings an dieser Sitzung nicht teilgenommen.

Am Rande der Fraktionssitzung berichtete mir Friderichs noch folgendes: Mende habe im Engeren Vorstand zu erkennen gegeben, es nicht zu wagen, mich, wie ursprünglich geplant, zu seinem Pressereferenten zu machen; er fürchte Attacken der CDU/CSU wegen meiner Denkschrift. Friderichs habe Mende heftig widersprochen und erklärt, es sei unmöglich, einem Mitarbeiter bei seiner beruflichen Karriere nur deshalb Steine in den Weg zu legen, weil er seine Gedanken einmal niedergeschrieben habe und dann Opfer einer Indiskretion geworden sei.

Donnerstag, den 25. November 1965

Gottlob hat das Kabinett nun doch noch dem aussichtslosen Gezerre um ein neues Passierscheinabkommen ein Ende gemacht und das akzeptiert, was heute zu haben ist und – wie Wehner zurecht betonte – auch im August schon zu haben gewesen wäre. Vernunft siegte über kleinkariertes, prestigebewußtes Denken, die Alles-oder-Nichts-Politiker in Regierung und Koalition setzten sich diesmal nicht durch. Aber sie rächen sich nun mit perfiden Kommentaren und Berichten in *Welt* und *FAZ*.

Sonntag, den 5. Dezember 1965

Auf einer anderthalbtägigen außenpolitischen Arbeitstagung der deutschen LWU-Gruppe wurden Papiere erarbeitet, die uns einen Schritt voran bringen könnten. Insbesondere die Stellungnahme zur Ost- und Deutschlandpolitik schafft mit ihren vorwärtsweisenden Formulierungen m. E. genügend Raum für Entwicklungen, wie sie in den Papieren von Oellers und mir empfohlen werden[33]. Das ist umso bemerkenswerter, als

[33] Hinsichtlich der aktuellen Deutschlandpolitik einigte sich die Arbeitstagung auf folgende Grundsätze:

die Diskussion am Samstagnachmittag nach dem Kurzvortrag von Oellers ernste Zweifel an einer Verständigung der Versammlung über realistische Thesen aufkommen ließ. Denn was da ein Legationsrat des Auswärtigen Amtes oder unser Exparteifreund Schäfer zur Deutschlandpolitik vortrugen, waren Argumente, die man sonst eher aus der CDU-Ecke zu hören bekommt. Doch andere, vor allem Baum, Rosenfeld und Schumacher, verteidigten zusammen mit Oellers und mir nachdrücklich eine neue Ost- und Deutschlandpolitik. Man trug mir schließlich die Formulierung einer abschließenden Stellungnahme auf, die nach vorangegangenen Beratungen mit Oellers und Rosenfeld sowie der Diskussion am heutigen Vormittag fast einstimmig verabschiedet wurde.

Die polnischen Bischöfe haben – wie zu Beginn der vergangenen Woche bekannt wurde – an ihre deutschen Amtsbrüder in der Bundesrepublik eine bewegende Versöhnungsbotschaft gerichtet[34]. Man muß dieses Dokument offenbar auch als eine indirekte Antwort der polnischen Katholiken auf die viel diskutierte Denkschrift der EKD werten. Der Sprecher der Bundesregierung gab heute bekannt, das Erhard-Kabinett werde „aus wohlerwogenen Gründen" weder zur EKD-Denkschrift noch zu dem von ihr sehr begrüßten Botschaftenaustausch zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat Stellung nehmen. Neben SPD und FDP hat sich – wenn ich das richtig sehe – bisher nur Ernst Lemmer von der CDU zum Versöhnungsangebot positiv geäußert, während sein Parteifreund Barzel in der ihm eigenen und gerade in diesem Zusammenhang besonders unangemessenen Arroganz den Polen eine schulmeisterliche Lektion über Wohlverhalten erteilte[35].

Fortsetzung Fußnote von Seite 296

- das supranationale Denken nicht nur nach dem Westen hin, sondern auch gegenüber dem Osten zu praktizieren;
- die Tatsache des Verlustes der deutschen Ostgebiete zum Ausgangspunkt einer neuen Ostpolitik zu machen;
- die Westmächte auf die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die wirtschaftliche Verklammerung des geteilten Deutschland hinzuweisen;
- die Kontakte mit Osteuropa und der DDR zu verstärken und dabei die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten sowie die Bildung gesamtdeutscher technischer Kommissionen voranzutreiben.

(Rundbrief 5/65 der Deutschen Gruppe der LWU vom Dezember 1965).

[34] In einem vom 18. 11. datierten Schreiben hatte der polnische Episkopat die deutschen Bischöfe zur Mitfeier des Milleniums der Christianisierung Polens nach Tschenstochau im Jahre 1966 eingeladen und gleichzeitig seine Ansichten zum Verhältnis Deutschland-Polen dargelegt. (Dokumentation zur Deutschlandfrage, hrsg. v. H. Ziegler, Hauptband IV, Bonn, Wien, Zürich 1965, S. 3 f.)

[35] CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Barzel hatte in der Aussprache über die Regierungserklärung am 29. November im Deutschen Bundestag „mit Freimut und in aller Ruhe" die Polen belehrt, „unter guten Nachbarn darf nichts dem Grunde nach strittig sein." Man kenne das Leid, „welches die Sowjetunion durch Vertreibung und neue Grenzen unserem Nachbarn Polen zufügte." Aber: „Unser Freund kann nicht sein, wer ja sagt zur Mauer in Berlin. Unser Freund kann nicht sein, wer

Montag, den 6. Dezember 1965

Heute morgen kam es im Team zu einer kurzen, aber heftigen Auseinandersetzung zwischen Marx und Friderichs. F. hatte – in Abwesenheit von Mende – verkündet, man müsse aufgrund jüngster demoskopischer Untersuchungen jetzt Überlegungen über neue Prioritäten und Schwerpunkte in der FDP-Politik nachdenken. Nach seiner Auffassung sollte die Bildungspolitik und nicht mehr die Deutschlandpolitik künftig Thema Nummer eins sein. Als Marx sofort heftig konterte, hüllte sich Friderichs während der weiteren Diskussion ostentativ in Schweigen. Ob diese Idee noch andere als demoskopische Hintergründe hat, war nicht zu erfahren. Vielleicht kommt der Tip sogar von Mende, der neue koalitionsinterne Konflikte über die Deutschlandpolitik fürchtet?

Sonntag, den 12. Dezember 1965

Ein „Flirt mit Peking" zur Erpressung Moskaus sei eine Illusion; es sei auch nicht zu empfehlen, sich in den innerkommunistischen Konflikt einzuschalten. Dagegen sei eine differenzierte Behandlung kommunistischer Staaten und Kräfte möglich: man könne deren Reformfreudigkeit und Unabhängigkeitsstreben ermuntern. Dabei solle insbesondere Jugoslawien berücksichtigt werden.

Diese Sentenzen stammen von Wolfgang Leonhard, der am Freitagabend vor den Teilnehmern eines geschlossenen Seminars für die Mitglieder des LDP-Bundesbeirates in Ingelheim über Entwicklungen des Weltkommunismus seit 1956 referierte. L. wandte sich gegen eine Überschätzung juristischer Probleme in der internationalen Politik und gegen die Ansicht, man dürfe die DDR „niemals" anerkennen. Gegenwärtig allerdings riet er von einem solchen Schritt ab.

Über angeblich verpaßte Chancen in der Deutschlandpolitik äußerte sich Leonhard so: Die März-Note Stalins (1952) sei nicht „seriös" gewesen, dafür aber hätten im April 1953 sowie im Januar 1955 Möglichkeiten für eine Wiedervereinigung bestanden. Seit sechs Monaten gäbe es erneut solche Chancen.

Die anderen Referenten trugen zumeist mehr oder weniger Bekanntes vor. Bis auf Wenger, der bei seinen Betrachtungen über „Möglichkeiten

Fortsetzung Fußnote von Seite 297

gegen die Selbstbestimmung aller Deutschen und für die Fremdherrschaft der Sowjetunion in einem Teil Deutschlands ist." Wer Grenzprobleme in Ordnung bringen wolle, „muß zunächst einmal mithelfen, in Europa eine Ordnung zu schaffen, welche die Lösung auch von Grenzproblemen dauerhaft zu tragen vermag. Auf Spaltung und Unordnung kann man keine Ordnung von Grenzen aufrichten." Im übrigen: „Auch nach internationalem Recht besteht Deutschland juristisch in den Grenzen von 1937 fort."

und Grenzen einer neuen deutschen Ostpolitik" am heutigen Vormittag ein Konzept vortrug, das eine kuriose Mischung von erfreulich realistischen Positionen, antiamerikanischen Emotionen und politischen Utopien darstellte; der Gaullismus schaute dabei gewissermaßen aus allen Knopflöchern. In der anschließenden Podiumsdiskussion (Mischnick, Wenger, Schollwer) stritt ich mich eine Weile mit M. über die Zweckmäßigkeit der gegenwärtigen deutschlandpolitischen Taktik unserer Partei herum. Mischnick war von meiner Behauptung, die FDP ordne hier mehr und mehr politische Notwendigkeiten wahltaktischen Überlegungen unter, offensichtlich etwas peinlich berührt.

Die Diskussion mit dem Plenum erbrachte kaum neue Einsichten. Auch in diesem Kreis viel Unsicherheit und Zweifel bezüglich der gegenwärtigen Deutschland- und Ostpolitik von Bundesregierung und Parteien; aber auch wohl noch ebensoviele im Hinblick auf den Nutzen eines Kurswechsels.

Gestern mit Eggers, Walper und Willner für einen halben Tag in Brüssel. Auf einem Informationsabend des Liberalen Kreises sprach Sicco Mansholt über die prekäre Lage in der Gemeinschaft. M. führte die von de Gaulle provozierte jüngste EWG-Krise auf Meinungsverschiedenheiten über den Nutzen von Mehrheitsentscheidungen bzw. Einstimmigkeit im Ministerrat zurück. Der Vizepräsident der EWG-Kommission bezeichnete es als für das Weiterbestehen der Gemeinschaft entscheidend, daß die Fünf unverbrüchlich am Vertrag festhalten. Er glaube nicht, daß auch nur einer der Fünf sich den Wünschen de Gaulles unterordnen werde, deshalb werde auch die Politik des französischen Präsidenten scheitern. Sollte sich jedoch Frankreich tatsächlich aus der Gemeinschaft zurückziehen, so hätten die Fünf die Aufgabe, die „Legalität der Verträge", die „Legitimität der Arbeit" aufrechtzuerhalten; das allerdings nur für eine gewisse Zeit, denn die EWG bleibe natürlich eine Sechsergemeinscahft, an der Frankreich eines Tages wieder teilnehmen werde. Im für de Gaulle peinlichen Ausgang der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen könne man bereits eine Bestätigung dieser These sehen[36].

Sonntag, den 19. Dezember 1965

Jahreskehraus mit zwei Vorträgen über kleine und mittlere Schritte in der Deutschlandpolitik in Aachen und Karlsruhe. Ob Burschenschaftler oder Liberale Studenten – die akademische Jugend ist für neue Ideen zum Thema deutsche Frage sehr aufgeschlossen. Aber in Bonn wurschtelt man in der alten, unproduktiven Weise fort.

[36] Bei der ersten Direktwahl des französischen Präsidenten seit 1848 am 5. 12. 1965 erhielt de Gaulle nur 44 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auf den Kandidaten der Linken, Mitterand, entfielen 32 Prozent.

Mittwoch, den 22. Dezember 1965

Am Montag soll dem Vernehmen nach der Engere Vorstand eine Neuorganisation der Bundesgeschäftsstelle beschlossen haben. Im Bonner Talweg zeigen sich viele Kollegen beunruhigt, zumal bis jetzt noch nichts über die Beschlüsse durchgesickert ist. Mit den Mitarbeitern sind mögliche organisatorische oder personelle Veränderungen zuvor nicht besprochen worden.

Am Montagabend, auf einem Cocktail-Empfang von Monsieur Delaye, war die französische Präsidentenwahl bevorzugtes Gesprächsthema. Der Gastgeber meinte, wir Deutschen hätten die Neigung, zuviel zu analysieren; und fügte dann mit leichter Ironie – zu mir gewandt – hinzu: „Wollen Sie nicht einmal eine Analyse der französischen Präsidentenwahlen machen?" Ich ließ diese Möglichkeit immerhin offen.

Freitag, den 31. Dezember 1965

So mies wie das Wetter im Jahr 1965, war auch die Politik. Nur wenige dürften in der Lage sein, die Vielzahl der Krisen zu überblicken, die unsere Welt 1965 erschütterten. Die Bundesrepublik bildete – so schien es jedenfalls – in diesen Turbulenzen ringsum eine Oase der Ruhe. Weder die verkorkste Politik des Erhard-Kabinetts noch die Abdankung der SPD als Oppositionspartei brachte – wie man am 19. September feststellen konnte – Bewegung in die Wählermassen. Wann wohl wird der Bundesbürger aus seinem Wohlstands-Dauerschlaf erwachen?

Es kann sein, daß 1966 bereits das große Wecken beginnt. Denn die Vorgänge in Frankreich, die Krisenerscheinungen in der EWG und NATO, das offenbar unaufhaltsam wachsende Engagement der Amerikaner im südostasiatischen Krieg, oder die steigenden Preise und die schleichende Geldentwertung im Innern könnten auch die innenpolitische Szene in Bewegung bringen. Die jungen Menschen – ich konnte es bei meinen vielen Vortragsveranstaltungen feststellen – haben zudem das Wortgeklingel der Politiker aller Parteien satt, insbesondere auf dem Gebiete der Deutschland- und Ostpolitik. Sie wissen sehr gut, was viele der Macher in Bonn verdrängen: daß vorerst neue Deutschlandinitiativen des Westens nicht zu erwarten sind. Soweit Bundestag und Bundesregierung nicht selbst auf diesem Gebiete tätig werden, wird also auch 1966 in der Deutschlandpolitik keinerlei Fortschritt zu erwarten sein.

Doch ist die von Lübke erst dieser Tage wieder in Frage gestellte Koalition dazu imstande? Wird sich vor allem die FDP endlich zu einem Verzicht auf längst überholte, illusionäre Positionen in der Deutschland- und Ostpolitik durchringen? Und kann sie das mit einem zwischen Anpassung an die Erhard-Linie und Rebellion gegen den CDU-Kurs ständig hin- und herschwankenden Parteivorsitzenden an der Spitze?

Mende hat zum Jahresende in seinem teilweise ziemlich pessimistisch gestimmten Rundbrief an die Parteifreunde mit berechtigtem Stolz auf die Ergebnisse der Politik der kleinen Schritte hingewiesen. Doch nichts deutet in seinem Schreiben darauf hin, daß wir im kommenden Jahr unsere Deutschlandpolitik weiterentwickeln werden, wie es doch nottut.

Tagebuch 1966

Vietnam. Klausurtagung der CDU

Freitag, den 7. Januar 1966

Das 100. Treffen der südwestdeutschen Liberalen am Dreikönigstag in Stuttgart hatte es in sich: Reinhold Maier warf gestern auf dem Festakt im Großen Staatstheater dem Bundespräsidenten unter stürmischem Beifall einen Verstoß gegen die Amtspflichten vor; in der anschließenden Pressekonferenz stritten sich Mende und Saam über die Perspektiven der gegenwärtigen Bonner Koalition. Dabei legte Mende die Partei auf eine Koalition mit der CDU/CSU bis praktisch 1973 (!) fest; endlich verabschiedete der Landesparteitag eine Entschließung zur Ostpolitik, in dem die Anerkennung der Ostgrenzen für den Fall von Friedensvertragsverhandlungen in Aussicht gestellt wurde.

Am Mittwochmorgen hatte Saam den Parteitag in der Stuttgarter Liederhalle mit einem bemerkenswerten Referat eröffnet, das nicht nur sehr progressive Formulierungen zur Außen-, Ost- und Deutschland-Politik enthielt, sondern auch eine ungewohnt harte Auseinandersetzung mit der Politik des Koalitionspartners[1]. Am Nachmittag, im Außenpolitischen Arbeitskreis, referierten Moersch und ich vor ca. 60 Delegierten und Gästen. Es folgte eine stundenlage Diskussion, die sich vor allem um die Grenzfrage drehte und überwiegend neue Schritte in der Ost- und Deutschlandpolitik befürwortete. Mein Referat, freundlich aufgenommen, wurde in seinen Schlußfolgerungen zum Bestandteil der Parteitagsentschließung.

Am Dienstag, auf der Fahrt zum Parteitag, machte ich auf Moerschs Bitte einen Umweg über Karlsruhe und Stammheim. M. benutzte die Gelegenheit zu einem ausgiebigen Gespräch über die Partei-Situation. Sein Vorschlag: Falls Mende weiterhin nicht richtig agiere, müßte Dehler für eine befristete Zeit noch einmal die Führung der Partei übernehmen; mit ihm sollten wir dann in die Opposition gehen. Ich finde diesen Gedanken

[1] Die CDU bezeichnete der FDP-Landesvorsitzende als „eine Partei, die im Kern konservativ ist und die im Zweifel immer eine obrigkeitsstaatliche Politik vertritt." Saam: „Geschicktes Management und Gesundbeterei, verbunden mit Personenkult, helfen der Union vielleicht noch eine Weile zu Wahlerfolgen. Für eine konstruktive Ostpolitik, d. h. für eine Politik des mutigen Wettbewerbs mit dem kommunistischen Osten und damit einer dauerhaften Sicherung des Friedens und der Freiheit ist diese Parteigruppierung offensichtlich ungeeignet." (Referat abgedruckt in: *Südwest Merkur* Nr. 1 vom 7. 1. 1966). Zur Vorbereitung dieses Referates hatte am 24. 11. 1965 im Bonner Bundeshaus eine Besprechung zwischen Saam, Moersch und Schollwer stattgefunden.

sehr interessant, doch sehe ich offengestanden wenig Möglichkeiten zu seiner Realisierung.

Mittwoch, den 12. Januar 1966

Gestern nachmittag äußerte sich Mende vor der Fraktion erneut zum Vietnam-Konflikt. Interessant seine Bemerkungen zur Haltung der Bundesregierung in dieser Sache. Zwar sei eine Hilfe Bonns niemals von den Amerikanern gefordert worden und nach den NATO-Bestimmungen auch gar nicht möglich, doch erwarte man einen „symbolischen Beitrag": Bau- und Sanitätseinheiten. Unter „Baueinheiten" müsse man schwere Pionierverbände verstehen. Aber auch die Sanitätseinheiten seien bewaffnet und hätten Kombattanten-Status. Darauf habe er – Mende – im Kabinett hingewiesen. Das habe Schröder nicht gefreut, weil er – so Mende – das Kabinett eigentlich „überfahren" wollte. Denn dessen Mehrheit stehe solchen Ansinnen „absolut ablehnend" gegenüber. So sei man auf das Thema „Lazarett-Schiff" gekommen und habe die zuständigen Minister angewiesen, eine entsprechende Kabinettvorlage zu erarbeiten[2]. Im übrigen seien die amerikanischen Friedensbemühungen in Südostasien wohl schon jetzt gescheitert.

In seinem Bericht zur Lage ging Mende auch auf den Dreikönigstag ein, kritisierte einige auf dem Parteitag gemachte Äußerungen und behauptete, Wehner habe Adenauer mitgeteilt, die SPD werde im Falle einer großen Koalition das Mehrheitswahlrecht einführen. Das aber würde bedeuten, daß die FDP 1969 nicht mehr im Bundestag vertreten sein werde. Die FDP müßte eigentlich schon jetzt Konkurs anmelden, angesichts der zwei Millionen Mark Schulden und der Tatsache, daß im Januar die Gehälter nicht gezahlt werden könnten[3].

Am Dienstagvormittag berichtete AA-Legationsrat Arnold im Arbeitskreis über die Pariser NATO-Konferenz. Zur nuklearen Zusammenarbeit im Bündnis meinte der Diplomat, das MLF-Projekt sei „gegenwärtig wohl etwas in den Hintergrund getreten"; vielleicht hätten die Experten „den

[2] Lt. *Der Spiegel* Nr. 4 vom 17. 1. 1966 hatte Präsident Johnson den Bundeskanzler um deutsche Unterstützung im Vietnam-Krieg gebeten. Schröder hatte sich in interfraktionellen Gesprächen für eine „Entsendung deutscher Soldaten auf den fernöstlichen Kriegsschauplatz ausgesprochen." Es war jedoch der einzige Minister im Kabinett, der für ein militärisches Engagement der Bundesrepublik in Vietnam plädierte. Am 12. 1. 1966 beschloß das Bundeskabinett, das deutsche Hospitalschiff „Helgoland" als schwimmendes Lazarett vor der Küste von Vietnam zu stationieren („Lazarett-Dampfer – Schiff ohne Frauen" – in: *Der Spiegel* Nr. 4 vom 17. 1. 1966).

[3] Die Gehälter wurden zwar gezahlt, doch stand die FDP zu Beginn des Jahres 1966 vor der unangenehmen Möglichkeit, daß die beim Bundesverfassungsgericht laufenden Verfahren in Sachen staatliche Parteienfinanzierung gegen die Parteien ausgehen könnten und die vorläufige Einstellung der Zahlungen zu einer Dauerregelung werden könnte.

Anschluß an die Wirklichkeit verloren". Aber die Linie der Bundesregierung bleibe unverändert. Achenbach hielt dem entgegen, daß ein Besitz von Nuklearwaffen die deutsche Sicherheit nicht fördere; diese Ansicht vertrat auch Borm. Arnold bedauerte dagegen, daß nicht nur Moskau, sondern auch der Westen die Ansicht vertrete, Deutschland als geteiltes Land dürfe keine A-Waffen haben. Denn Sicherheit werde besser durch größere Abschreckung garantiert, als „durch die Spekulation auf den guten Willen der Gegenseite." Ist das die Position des Auswärtigen Amtes?

Um die Mittagszeit traf Mende im Arbeitskreis ein. M. gab bekannt, was er am 22. vor dem Gesamtdeutschen Ausschuß ausführen wolle: Die Deutschlandpolitik werde 1966 schwieriger werden und Bonn für neue Zugeständnisse der DDR künftig höhere Preise bezahlen müssen. In der SBZ habe die Gruppe der Pragmatiker an Boden verloren zugunsten der Ulbricht-Gruppe und der Ideologen. Letztere würden von Breschnew gestützt. Diese Leute wollten eine Aufwertung der DDR und seien nicht bereit, über die deutsche Frage zu verhandeln, allenfalls über Berlin. Darum sei auch in diesem Jahre wiederum mit keiner Deutschlandkonferenz zu rechnen, eine aktive Ostpolitik Bonns werde hingegen durch die Berlin-Klausel blockiert. Schröder wolle im Frühsommer nach Moskau reisen (wenn die CDU/CSU nicht „querschießt"), nachdem Carstens bei seinem Besuch in der sowjetischen Hauptstadt Kontaktbereitschaft festgestellt habe. Ziel einer solchen Reise: die Generalisierung der Berlin-Klausel und Festlegung gegenseitiger Vorbehalte.

Samstag, den 15. Januar 1966

Gestern eine ganztätige Klausurtagung der Parteileitung in Niederbreisig. Stoltz trug eine Wahlanalyse vor, Friderichs seinen „Vier-Jahres-Plan" für Partei und Parteileitung[4]. Nach F.'s Auffassung sollte sich einer der nächsten Bundesparteitage ausschließlich mit der Bildungspolitik befassen. Am Ende des Parteitages müsse dann ein Konzept verabschiedet werden, das die FDP als „Anwalt der höheren Bildungsschichten" personifiziere. Die Schulungstätigkeit nach dem Muster Rengsdorf sei „völlig überholt": die Funktionsträger der Partei müßten künftig als erste informiert werden. Ein Ausbau und Umbau der Politischen Abteilung im Bonner Talweg sei

[4] An dieser Klausurtagung im „Weißen Ross" in Niederbreisig (heute Bad Breisig) nahmen 21 Mitarbeiter der Parteileitung teil. Aus der Wahlanalyse von Volker Stoltz notierte Schollwer folgende Feststellungen: „Bereich Rechtsstaatlichkeit konnte von FDP überzeugend okkupiert werden. Bereich Deutschlandpolitik überzeugend durch Mende repräsentiert und durch Frankfurter Parteitag verdichtet. Aussagen der FDP in der Deutschlandpolitik glaubhaft? Durchsetzung der Forderungen war nicht möglich – Moskau-Reise, dipl. Beziehungen, Hallstein-Doktrin etc. Gesellschaftspolitik konnte nicht transparent gegenüber Öffentlichkeit in ihren FDP-Forderungen gemacht werden, aber sozialreaktionärer Effekt konnte abgebaut werden, Bildungspolitik gewinnt bei FDP-Wählern an Aktualität. Hamm-Brücher bei 17% der Wähler bekannt geworden ... ".

geplant, damit die Geschäftsstelle der „wachsenden Macht des Apparates bei der Willensbildung der Partei" besser gerecht werden könne. Auch für die Pressestelle („Wirksamkeit nicht ausreichend") hat sich F. wieder einiges ausgedacht: Spezifizierung und Aufgabenerweiterung. Auch die fdk solle (zumindest äußerlich) verändert werden.

Donnerstag, den 20. Januar 1966

Am Mittag von einem dreitägigen Berlin-Aufenthalt zurückgekehrt. Der Fraktionsausflug an die Spree erwies sich diesmal als ausgesprochen unergiebig. Es war, wie die *Süddeutsche* gestern schrieb, eine „Bonner Pflichtübung" in Berlin, bei Temperaturen um zehn Grad unter Null und knöcheltiefem Schnee. Am Dienstagabend beschäftigte sich der Fraktionsvorstand im Park-Hotel Zellermayer mit Gradls *Spiegel*-Interview zur Ost- und Deutschlandpolitik[5], das allgemein Aufsehen erregt hat. Denn es läßt sich nur schwer mit dem in Übereinstimmung bringen, was Schröder in der vergangenen Woche dazu im Deutschen Bundestag vortrug. G. nähert sich mit seinen Aussagen nun offenbar wieder mehr dem FDP-Standpunkt, nachdem er in jüngerer Vergangenheit eher bei den Unionsfalken zu finden war.

Man diskutierte dann wenig konzentriert und ohne Konsens über das von Mende in Stuttgart wieder zur Diskussion gestellte Projekt einer Moskau-Reise der FDP und die Idee einer „generalisierten Berlin-Klausel". Zur Moskau-Fahrt bemerkenswerte Ausführungen Scheels, die von Starke lebhaft unterstützt wurden[6]. Am Dienstagnachmittag im Reichstag eine viereinhalbstündige Fraktionssitzung, zähflüssig und ohne straffe Leitung.

[5] „Noch Karten für einen Grand mit Vieren?" Gespräch mit Gradl über Oder-Neiße-Grenze und Wiedervereinigung – in: *Der Spiegel* Nr. 4 vom 17.1.1966. In diesem Interview waren Sätze enthalten wie: „Die deutsche Politik meint ... nicht, daß die Grenzen von 1937 sozusagen auf Punkt und Komma unverändert unter allen Umständen wiederhergestellt werden müssen ... Ich bestreite nicht, daß es richtig ist, den Vertriebenen Illusionismus zu unterstellen, die Illusion nämlich, daß einfach alles so wieder restauriert werden kann, wie es am 31. Dezember 1937 gewesen ist ... Mich hat noch keiner gescholten, wenn ich gesagt habe, daß die Wiedervereinigung selbstverständlich nur in Verbindung mit einem neuen europäischen Sicherheitssystem zu erreichen sein wird."

[6] Akuter Anlaß für diese Diskussion war eine Meldung des *Spiegel* vom 17.1. („Rußland-Reisen"), wonach der FDP-Vorstand seine Pläne, eine größere Parteidelegation in die Sowjetunion zu schicken, nicht aufgegeben und bereits fünf Delegationsmitglieder ausgewählt habe: Kühlmann, Genscher, Friderichs, Menne und Hamm-Brücher. Gegen diese Reise sprachen sich in Berlin von Kühlmann, gegen die Zusammensetzung der Delegation vor allem Zoglmann und Starke aus.
Scheel warnte vor Reisen „als Dinge an sich", die nur „touristischen Wert" hätten; selbst die Dehler-Reise nach Moskau sei „politisch gleich Null" gewesen. „Bei unserer gegenwärtigen Haltung in der Deutschland- und Ostpolitik werden die Gespräche in Moskau zu einem Witz!" Was könne denn ein FDP-Vertreter seinen sowjetischen Gesprächspartnern überhaupt sagen? Man solle lieber erst einmal in der Fraktion über die Ost- und Deutschlandpolitik reden.

Hauptthema: die EWG-Krise. Auch Kühlmanns Pressekonferenz gestern Mittag im Hotel am Zoo konnte nicht befriedigen: Der Fraktionsvorsitzende zeigte sich schlecht informiert, entsprechend waren seine Antworten auf Fragen der Pressevertreter. Genscher, mit dem ich anschließend einen kleinen Einkaufsbummel auf dem Ku-Damm machte, äußerte sich mir gegenüber sehr kritisch über die Fähigkeiten unseres Fraktionsvorsitzenden. Ich konnte ihm nur beipflichten.

Heute früh, bei einer Vorbesprechung der nächsten Arbeitskreis-Sitzung kündigte Friderichs die Bildung einer Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik beim Bundesvorstand an. Deren Erfolg wird von der Zusammensetzung des Gremiums abhängen.

Freitag, den 21. Januar 1966

Bei zeitweilig sehr schlechter Besetzung diskutierte der Bundesvorstand heute die von Friderichs vorgelegte Analyse der Bundestagswahl sowie die von ihm vorgeschlagenen Konsequenzen. Unser Bundesgeschäftsführer erhielt nachdrückliche Unterstützung nur von Rubin und Hamm-Brücher. Die anderen Vorstandsmitglieder lehnten die Friderichs-Thesen zwar nicht direkt ab, doch war viel Skepsis bzw. Zurückhaltung spürbar.

Montag, den 7. Februar 1966
Reutte (Tirol)

Urlaub bei strömendem Regen. Gelegenheit, um im Quartier die erste Skizze für eine neue Deutschlandanalyse zu entwerfen. Die *Tiroler Tageszeitung* meldet heute Ausschreitungen in Berlin gegen das Amerika-Haus wegen der Vietnam-Politik der USA. Die Bundesregierung vermutet hinter diesen Demonstrationen Kommunisten – als ob nicht auch bei Nichtkommunisten dieser sinnlose Krieg Betroffenheit oder gar Proteste auslösen könnte.

Dienstag, den 1. März 1966

Der Vietnam-Krieg beherrscht zunehmend die Diskussion auch in der Bundesrepublik. Die Vorgänge in Südostasien entwickeln sich immer mehr nach dem Muster der klassischen griechischen Tragödie: der tragische Ausgang ist gewiss, die dorthin führenden Ereignisse folgen in immer kürzeren Abständen. Ab und zu dringt durch das düstere Geschehen ein trügerischer Hoffnungsschimmer, nur dazu bestimmt, die unheilschwangere Finsternis noch zu unterstreichen.

Auch die Fraktion beschäftigte sich heute nachmittag wieder mit diesem bedrückenden Thema. Genscher meinte, die Vietnam-Politik der Bundesregierung müsse morgen im Kabinett geklärt werden. Saam und Dorn

sollten dem Ausschuß angehören, der sich mit der Vietnam-Hilfe zu beschäftigen hat. Dorn erwiderte, er könne nicht zustimmen, daß auch nur ein einziger deutscher Zivilist nach Saigon gehe; deshalb wäre es wohl besser, nicht Mitglied dieses Ausschusses zu werden.

Mende erinnerte erneut an die amerikanische Forderung, deutsche Bau- und Sanitätseinheiten nach Südvietnam zu schicken. Dieses Begehren sei auf harten Widerstand bei den meisten Kabinettmitgliedern gestoßen, das habe man den Amerikanern mitgeteilt und sich für das schwimmende Hospital entschlossen. Außerdem habe Lücke den Auftrag erhalten, „Infrastrukturhilfe für Vietnam" zu prüfen (Brückenbau, Schulbau etc.). Mende: „Wir stehen natürlich unter einem recht massiven Druck. Wir werden nicht darum herum kommen, auch an den Lasten des Krieges beteiligt zu werden, die Amerikaner lehnen bares Geld ab!" Schultz, Ertl, Hellige u.a. bemängelten, daß nicht Scheel (als der dafür zuständige Minister), sondern Lücke (Innenminister) mit dieser Aufgabe betraut wurde. Es folgte eine längere Debatte über Zuständigkeiten im Kabinett und in Bundestagsausschüssen für solche Fragen, die Genscher mit der Feststellung beendete, Scheel habe eine Erhöhung der Entwicklungshilfe für Vietnam abgelehnt, weil das eine Politisierung dieser Hilfe bedeuten würde. Genscher: „Die Russen warten nur darauf, einen Vorwand für die Errichtung einer zweiten Front zu erhalten; sie hätten ihn, sobald Deutsche in Vietnam personell präsent sind." Zustimmung von Starke.

Zu der vor zehn Tagen an die Öffentlichkeit gelangten, vertraulichen Studie aus dem Mende-Ministerium über eine künftige Regelung der deutschen Ostgrenzen[7], meinte E. M., er halte diese Analyse „für eine der besten Ausarbeitungen zur Deutschlandpolitik, die ich je in die Hand bekam." Auch in Zukunft werde es Denkschriften geben, es läge bereits eine weitere vor. Diese sei „noch nüchterner und skeptischer, was die Zukunft unserer Vorstellungen (sic!) anbetrifft." –

Erstaunliche Feststellungen, nachdem bereits dieses Papier einen erheblichen Wirbel in der Bundesrepublik ausgelöst hat und dessen Inhalt auch

[7] Am 20.2.1966 veröffentlichte die konservative Wochenzeitung *Echo der Zeit* Auszüge aus einer vertraulichen Studie, die im Gesamtdeutschen Ministerium als Antwort auf die Denkschrift der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD ausgearbeitet worden war. Diese Studie war Gegenstand einer Anfrage des CDU-Abgeordneten Werner Marx, die – zusammen mit den Zusatzfragen – in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 2.3.1966 von Minister Mende beantwortet wurde. Dort versuchte Mende die Brisanz der Denkschrift herunterzuspielen. Die Studie behandelte das Problem der sogenannten „Rückstellungsklausel" im Zusammenhang mit der Grenzfrage und stellte, in Interpretation des Grundgesetzes u.a. fest: „Zwar ist nach dem Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes das gesamte deutsche Volks aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, Deutschland wird hier aber in seinem territorialen Besitzstand nicht definiert." Dieser Satz rief bei den Heimatvertriebenen und der CDU/CSU heftigen Widerspruch hervor.

noch von Kalten Kriegern absichtsvoll in die Nähe zu meinem Deutschland-Papier gebracht worden ist[8].

Am Schluß der Aussprache zum „Politischen Bericht" fragte Moersch, was an den wiederholten Berichten der Springer-Presse dran sei, wonach Dahlgrün durch Strauß abgelöst werden solle, auch der Bonner Korrespondent des *Münchner Merkur*, Harald O. Hermann, sei von Rasner im gleichen Sinne informiert worden. Mendes Antwort: „Erhard weiß spätestens seit heute früh, daß ein Auswechseln Dahlgrüns durch Strauß den sofortigen Austritt der FDP aus der Koalition bedeuten würde." Keine weiteren Wortmeldungen ...

Donnerstag, den 10. März 1966

Gestern, auf einem bis zur mitternächtlichen Stunde dauernden Herrenabend bei Mr. Wolfson, beeindruckte Genscher die Gesprächsrunde mit unkonventionellen Thesen zur Deutschlandpolitik: er plädierte für Gespräche mit der DDR, zitierte Peter Bender und sprach sich gegen Mendes These von einer europäischen Lösung der deutschen Frage aus.

Der von Sommer in Frankfurt angekündigte Schritt de Gaulles gegen die NATO ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Vor drei Tagen hat der französische Staatspräsident seine Absicht kundgetan, die volle Souveränität Frankreichs innerhalb der westlichen Verteidigungsgemeinschaft wiederherzustellen, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Bonn ist z. Z. Gegenstand von Bemühungen Washingtons und Frankreichs, die Bundesrepublik in dem nun folgenden bündnisinternen Gerangel auf ihre Seite zu ziehen. Doch Erhard will offenbar nicht „ein Komplice Frankreichs bei der Zerstörung der NATO" werden und scheint entschlossen, lieber die amerikanische Karte zu spielen. Der von langer Hand verbreitete Coup de Gaulles gegen die Allianz dürfte nicht nur zur längst fälligen Ernüchterung über die Politik des langen Generals, sondern auch zur Isolierung Frankreichs und zur Steigerung der Bedeutung Bonns als europäischer Bundesgenosse zu dem europäischen Bundesgenossen der USA führen. Ob das aber im Interesse Deutschlands und Europas ist, muß wohl bezweifelt werden.

Montag, den 14. März 1966

Meine Kritik an der Atomwaffen-Politik von Hassels vom vergangenen Dienstag rief bei dem von der fdk nicht namentlich genannten Verteidi-

[8] „Der Minister und sein Alibi – Die Ministerielle Denkschrift-Studie hatte ein Vorbild" – in: *Echo der Zeit* vom 27. 2. 1966. Darin heißt es u. a.: „Anläßlich der Diskussion um das von uns veröffentlichte Geheimpapier aus dem Hause Mende wurde übrigens in Bonn wieder an den „SchowerPlan" (sic!) erinnert ... Der Plan enthält im *wesentlichen* bereits jene Gedanken, die nun im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen aufgeschrieben wurden."

gungsminister Unwillen hervor[9]. Wie mir Mende heute morgen berichtete, hat sich von Hassel inzwischen bei ihm wegen meines fdk-Artikels beschwert. M. meinte, man solle v. H. schonen, er sei doch Anhänger der kleinen Koalition. Auch sei überhaupt Zurückhaltung in NATO-Fragen angezeigt. Daß Mendes Kabinettskollege mit seiner zu diesem Zeitpunkt aufgestellten unsinnigen Forderung nach physischem Mitbesitz an atomaren Waffen für die Bundesrepublik uns in eine prekäre Lage bringt und Frankreich geradezu ermuntert, seine gegen die NATO gerichtete Politik fortzusetzen, scheint unseren Vorsitzenden nicht zu erschüttern.

Mittwoch, den 16. März 1966

Am späten Nachmittag suchte mich Brodesser auf, um mir im Auftrage Mendes das Amt des Leiters des Pressereferates im Gesamtdeutschen Ministerium anzubieten. Überrascht von dem plötzlichen Einfall des Vorsitzenden versprach ich, mir dieses Angebot noch einmal zu überlegen. Ich wies B. jedoch zugleich auf frühere Äußerungen Mendes, z. B. im engeren Vorstand, hin und dessen damalige Überzeugung, daß er meine Bestallung im Kabinett nicht werden durchbringen können. Auch hätte ich Bedenken, auf diesem Posten politisch „neutralisiert" zu werden.

Gestern, im Außenpolitischen Arbeitskreis, trug Hartkopf seine fortschrittlichen „Stichworte zur Deutschlandfrage" vor. Sie fanden viel Zustimmung. Bei Dehler und Achenbach tauchten in der nachfolgenden Aussprache freilich wieder Akzente auf, die eine realistische Betrachtungsweise des Deutschlandproblems durch diese Parteifreunde bezweifeln lassen.

Am Nachmittag diskutierte die Fraktion die NATO-Krise. Starke übte scharfe Kritik an der Äußerung von Hases, eine NATO ohne Frankreich sei besser als keine NATO. Konsultationen mit Paris seien – so Starke – zu begrüßen, bilaterale Verhandlungen mit Frankreich indessen abzulehnen. Die französische Regierung versuche, in Europa Angst vor der Bundeswehr zu schüren. Darum sei ein enger Kontakt Bonns mit den anderen NATO-Verbündeten notwendig.

Diese Auffassungen teilten auch die meisten der anderen Diskussionsteilnehmer. Genscher sagte allerdings, daß am Ende alle NATO-Staaten mit Paris bilateral verhandeln würden. Auch rate er der Bundesrepublik wegen der besonderen Situation Berlins nicht „Speerspitze der 14 NATO-Staaten gegen Paris" zu sein. De Gaulle könnte sonst auf die Idee kommen, mit der Sowjetunion den Status des französischen Sektors Berlins zu verhandeln (!). Bucher berichtete, Erhard habe Herrn von Hase bereits wegen seiner Äußerung mild getadelt.

[9] „Obwohl der Name des Verteidigungsministers nicht ausdrücklich genannt wird, zielt die FDP-Attacke eindeutig auf das Hassel-Interview des Hessischen Rundfunks vom Wochenende, Hassel hatte sich darin für einen physischen Mitbesitz an Atomwaffen neben der Beteiligung im McNamara-Ausschuß ausgesprochen." (DPA 135 id „FDP kritisiert Hassels Äußerungen zur NATO" vom 8.3.1966).

Während der Fraktionssitzung fand im Bundeshaus eine Besprechung über eine Neugestaltung der fdk statt. Dabei wurden z. T. ziemlich abwegige Vorstellungen über die Aufgaben einer Pressestelle entwickelt, die offenbar von unserem Werbebüro in Düsseldorf ausgekocht worden sind. Sie laufen auf die Formel hinaus: Verpackung ist alles, Inhalt ist nichts!

Mittwoch, den 23. März 1966

Die Bundesregierung will in den nächsten Tagen eine „Friedensnote" an viele Regierungen der Welt senden. Mende erklärte dazu heute vor der Fraktion, diese Initiative Erhards sei mehr „für die Publizistik" gedacht, denn als konstruktiver Beitrag" zu werten. Also wieder die übliche Propaganda?

Zur Deutschlandpolitik meinte der Vorsitzende, de Gaulles gegen die NATO gerichtete Schritte hätten auch positive Seiten: sie könnten zu einer „Auflockerung" führen und „neue Chancen für die Deutschlandpolitik" eröffnen. Über neue deutschlandpolitische Aktivitäten Bonns wußte Mende noch folgendes zu berichten: Der Deutsche Städtetag werde ermächtigt, wechselseitige Kontakte mit mitteldeutschen Städten aufzunehmen; die Regierungspräsidenten sollten mit den Zonenbehörden über Nachbarschaftsverkehr verhandeln. Im übrigen müßten dieses Jahr die gemischten Kommissionen eingesetzt werden, sonst gehe es nicht weiter. Die größten Gegner einer solchen Politik säßen im AA sowie bei der Gruppe Guttenberg. Doch sei mehr in nächster Zeit nicht erreichbar. Der Friedensvertrag solle lediglich angemahnt werden, doch müsse er davor warnen, zu glauben, daß er kurzfristig erreichbar wäre (das ging gegen Achenbach und Dehler). Was die USA anbetreffe, so seien diese bereits auf eine Konföderation beider deutscher Staaten eingestellt.

Fragte Menne, ob der Vorsitzende denn eine solche Konföderation selbst wolle. Mende: Das sei jetzt noch unmöglich; darum solle man nicht von Konföderation, sondern von „Verklammerung" sprechen. Auch müsse man sehen, daß für uns die Konföderation nur eine Zwischenphase auf dem Wege zur Einheit sei, für die DDR jedoch die Endstation.

Man diskutierte dann ein vom Arbeitskreis I erarbeitetes Positionspapier zur Deutschlandpolitik. Genscher war der Meinung, daß keiner der sechs Punkte der Vorlage in der Öffentlichkeit diskutiert werden könne. Die im Punkt 3 vorgeschlagenen Schritte zur Stärkung der Position Mendes bei den Wiedervereinigungsaktivitäten der Regierung müßten im Gespräch mit Erhard geklärt werden. Mit Außenminister Schröder gebe es keine Übereinstimmung in der Deutschlandpolitik mehr. Das veranlaßte Opitz zu der Feststellung, die FDP habe in früheren Jahren „aus nichtigen Gründen" Koalitionskrisen entstehen lassen, jetzt habe sie die große Chance, sich von CDU und SPD in der Deutschlandpolitik absetzen zu können. Mischnick schlug vor, das AK-Papier zustimmend zur Kenntnis

zu nehmen, der Begriff „Verklammerung" in Punkt 5, gegen den sich Ertl ausgesprochen hatte, sei richtig und notwendig[10]. Auf Einspruch Ertls wurde dann noch der Begriff „beide deutsche Teilstaaten" gestrichen und durch „beide Teile Deutschlands" ersetzt. Am Ende der Debatte ergriff Mende erneut das Wort: Es gebe keine Wiedervereinigungs-Konzeption, die die „DDR als Nullum ausklammern" könne. In München werde 1972 die Olympiade nur stattfinden, wenn die DDR dort ihre Embleme zeigen könne. „Die Verklammerung ist das einzige Mittel, um in der Wiedervereinigungsfrage etwas zu erreichen".

Während dieser Ausführungen Mendes schaute Dehler demonstrativ zur Wand. Die Fraktion nahm jedoch das Papier zustimmende zur Kenntnis. Ein Schritt voran. Hoffentlich verteidigt unser Vorsitzender auch morgen noch realistische deutschlandpolitische Positionen so überzeugend wie in der heutigen Fraktionssitzung.

Heute vormittag, während wir in der Fraktion die Deutschlandpolitik diskutierten, starb in Berlin Marie-Elisabeth Lüders. Sie wurde 87 Jahre alt. Nach anfangs etwas gespannten Beziehungen hatte sich im Laufe der Jahre zwischen der alten Dame und mir ein fast freundschaftliches Verhältnis entwickelt. Daß sie mich 1962 bei der Erörterung meines Deutschland-Papiers im Außenpolitischen Arbeitskreis nachdrücklich gegen meine Widersacher verteidigte, werde ich dieser oft so unbequemen und schwierigen Frau nie vergessen.

Sonntag, den 27. März 1966

Bei schwacher Besetzung erörterte der Bundesvorstand heute nachmittag das Wahldesaster von Hamburg. Mende und die Vorstandsmehrheit sprachen sich gegen eine neuerliche Beteiligung der Hamburger FDP an einer

[10] Das vom 23.3. datierte 6-Punkte-Papier des Arbeitskreises forderte u.a. eine Intensivierung des Interzonenhandels (Punkt 1); einen Zeitungsaustausch zwischen beiden Teilen Deutschlands (Punkt 2); das Angebot der diplomatischen Beziehungen an alle Ostblockstaaten (Punkt 4); Demarchen der deutschen Botschafter in den Hauptstädten der Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland sowie zur Billigung der Einrichtung gesamtdeutscher, gemischter technischer Kommissionen (Punkt 5); und schließlich die Ersetzung der bisherigen militärischen Paktsysteme durch ein europäisches Sicherheitssystem (Punkt 6). Punkt 3 des Papiers lautete: „Im Hinblick auf die weitere Führung der FDP in der Wiedervereinigungsaktivität und um den Minister für gesamtdeutsche Fragen herauszustellen, sollte im Staatssekretärsausschuß der Staatssekretär des BMG den Vorsitz erhalten. Denkbar wäre auch, den Staatssekretärsausschuß durch einen Kabinettsausschuß für gesamtdeutsche Fragen unter dem Vorsitz des Ministers für gesamtdeutsche Fragen zu ersetzen." Handschriftlicher Vermerk d. Verf. am Rande: „Mende hat Bedenken, das sähe aus, als ginge es uns um das Prestige der FDP". Die betr. Stelle unter Punkt 5 b) des Papiers lautete: „Ob die Botschafter zu Recht davon ausgehen könnten, daß die Regierungen der Vier Mächte nichts dagegen hätten, wenn gesamtdeutsche ... Kommissionen ... Möglichkeiten zu einer Verklammerung der beiden Teile schafften."

Koalition mit der SPD aus. Man empfahl den Parteifreunden an der Elbe, sich in der Opposition zu regenerieren. Davon wollten freilich Engelhard und Müller-Link nichts wissen. Sie sehen umgekehrt im Bündnis mit der nun übermächtigen SPD die beste Überlebenschance und blieben mit dieser Auffassung allein.

Als Genscher gegen 17.30 Uhr eine entsprechende Vorstandsempfehlung vorschlug, verließen Engelhard und Müller-Link unter Protest Zoglmanns den Sitzungssaal. Bei nur einer Gegenstimme verabschiedete die Runde nach weiteren Diskussionsbeiträgen die Empfehlung, aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen zu ziehen und sich an der Regierung nicht zu beteiligen. Man beschloß ferner, Engelhardt in Hamburg anzurufen, ihm diesen Beschluß mitzuteilen mit der Bitte, die für Freitag vorgesehene Landesausschußsitzung auf Montag zu verschieben, damit Mende an den Beratungen teilnehmen kann[11].

Erhards Friedensnote hatte nicht das von der Bundesregierung erhoffte Echo. Nicht nur die osteuropäischen Staaten, auch viele Zeitungen in Frankreich, England und in der Schweiz haben auf die Bonner Erklärung negativ reagiert. Trotz einiger begrüßenswerter Wendungen in dem Papier stehen auch über der jüngsten bundesrepublikanischen „Initiative" die Worte: Zu wenig und zu spät. Die Bundesregierung muß zudem den in Ost und West bestehenden Verdacht zerstreuen, sie habe diese Note allein deshalb verfaßt und veröffentlicht, um einer neuen Anti-Bonn-Propaganda des KPdSU-Parteitages zuvorzukommen.

Das *Neue Deutschland* hat am vergangenen Wochenende den bisherigen Briefwechsel zwischen SED und SPD veröffentlicht[12]. Dadurch hatte die Bevölkerung in Mitteldeutschland erstmals Gelegenheit, die Auffassung einer demokratischen Partei Westdeutschlands zur Deutschlandpolitik der SED legal und in extenso zur Kenntnis zu nehmen, ja sie sogar offen im SED-Staat diskutieren zu können. Wieviel muß wohl Ulbricht gegenwärtig daran gelegen sein, mit den Sozialdemokraten im Gespräch zu bleiben! Immerhin: es rührt sich was in Deutschland ...

[11] Am 1.4. beschloß der Hamburger Landesausschuß mit 88 gegen 67 Stimmen, in keine neue Koalition mit der SPD einzutreten (ADG, S. 12434)

[12] *Neues Deutschland* Nr. 85 vom 26. März 1966. Am 11.2.1966 hatte das *ND* einen offenen Brief Walter Ulbrichts an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD veröffentlicht, in dem der SED-Chef u.a. vorschlug, noch im Jahre 1966 „ein Gremium für die offene Aussprache der Deutschen aus Ost und West zu schaffen." Am 18. März beschloß der SPD-Parteivorstand eine offene Antwort der SPD mit sieben Fragen an die SED; aus der Reaktion auf diesen Brief wollten die Sozialdemokraten Rückschlüsse ziehen, „ob Voraussetzungen für eine umfassende deutsche Aussprache gegeben sind." Schließlich veröffentlichte das *ND* am 26.4. diesen „Briefwechsel", zusammen mit der Antwort des ZK der SED auf das SPD-Schreiben vom 18.3. Das SED-Führungsgremium schlug darin vor, daß SPD und SED gemeinsam auf einer SED-Veranstaltung in der Karl-Marx-Stadt das Wort ergreifen, und daß in gleicher Weise auf einer SPD-Veranstaltung in Essen verfahren werden solle.

Palmsonntag, den 3. April 1966

Mischnick hat gestern in Frankfurt erstmals über die Bad Homburger Forums-Diskussion mit LDPD-Funktionären berichtet[13]. Vor den LDP-Landbeiräten Hessen und Rheinlandpfalz zog M. folgendes Fazit: Die LDP-Vertreter hätten sich zur Anwendung der Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes von 1924 bei späteren gesamtdeutschen Wahlen ausgesprochen. Für die DDR sei offenbar allein das Verhältniswahlrecht akzeptabel und nicht das Mehrheitswahlrecht, wie das bestimmte Kreise in der Bundesrepublik anstrebten. Mir kommt das – offengestanden – alles ziemlich unwirklich vor.

Die Diskussion nach den Referaten von Borm und mir war sehr konstruktiv, die unmittelbare Resonanz auf unsere Ausführungen jedoch recht unterschiedlich. Genscher kündigte neue Vorstellungen der FDP zur Deutschlandpolitik (welche?) an und sprach sich ganz allgemein für eine „selbstbewußte deutsche Deutschlandpolitik" aus. Andere übten lebhafte Kritik an der CDU und ihrer Deutschlandpolitik. An der Berechtigung dieser Kritik dürfte auch das angekündigte Weißbuch der Bundesregierung[14] nichts ändern, das Borm in Frankfurt sicher zurecht als „wertlos" bezeichnete.

Montag, den 4. April 1966

Heute morgen stellte sich Mende auf einer Pressekonferenz im Bundeshaus etwa 100 Bonner Journalisten. Es ging hauptsächlich um die Ost- und Deutschlandpolitik. Der Vorsitzende redete viel und nahm wiederholt mit dem zweiten Satz das zurück, was er im ersten gerade verkündet hatte. Als Mende auf die Frage von Daniel Schorr, ob die FDP nun nach rechts rücken werde, erklärte, die FDP werde „national-liberale Politik betreiben, das ist die richtige Politik für die FDP", gab es eine Explosion (Düsenjäger), die die Fensterscheiben erzittern ließ. Am Schluß dieser Veranstaltung lag Erich Mende nahezu vollständig auf der Erhard-Linie; nur die Forderung nach Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten blieb, allerdings versah er sie mit einem Vorbe-

[13] Am 31.3.1966 trafen in Bad Homburg drei Vertreter der LDP aus Erfurt mit Vertretern der FDP zu einem öffentlichen Gespräch zusammen. Die FDP-Vertreter waren: Mischnick, Voitel (FDP-Stadtverordneter aus Frankfurt), Gries und Horn (beide DJD).

[14] Weißbuch der Bundesregierung über „Die Bemühungen der deutschen Regierung und ihrer Verbündeten um die Einheit Deutschlands 1955–1966", veröffentlicht am 29.4.1966. Das vom Auswärtigen Amt herausgegebene Weißbuch gibt den Wortlaut von 193 Dokumenten wieder, von der Genfer Direktive der Vier Regierungschefs vom 23.7.1955 bis zur sogenannten deutschen Friedensnote vom 25.3.1966.

halt[15] Man fragt sich, was eine solche Pressekonferenz der FDP wohl nützen soll.

Donnerstag, den 7. April 1966

Mendes Vorsicht auf der Pressekonferenz hat sich beim Koalitionspartner nicht ausgezahlt.

Obwohl die Unterschiede zwischen den Aussagen unseres Vorsitzenden und der CDU/CSU-Linie in der Ost- und Deutschlandpolitik mit der Lupe zu suchen sind, hat Strauß gestern im *Bayern-Kurier* die Entfernung Mendes aus dem Bundeskabinett wegen eben dieser Äußerungen gefordert. Mit der ihm eigenen verbalen Agressivität sprach der CSU-Vorsitzende im Zusammenhang mit Mendes Auftritt vor der Presse von einer „Demontage der deutschen Politik". Wie sagte doch Borm am vergangenen Samstag in Frankfurt? Die Freien Demokraten sollten in die Opposition, wenn es ihnen in Bonn nicht gelinge, entscheidende Forderungen zur Deutschlandpolitik durchzusetzen. Sollten – aber werden wohl (leider) nicht.

Die durch die Kritik der CDU/CSU an Mende (auch Rathke hatte M. zuvor schon getadelt) ausgebrochene neuerliche Koalitionskrise brachte mir für gestern abend eine Reise nach Remscheid ein, wo ich – anstelle von Genscher, der in Bonn bleiben mußte – den dortigen Parteifreunden meine Auffassungen zur Deutschlandpolitik darlegte. Es gab eine lebhafte und positive Diskussion.

Mittwoch, den 13. April 1966

Die hysterische Aufregung der CDU/CSU über Mendes Pressekonferenz hält an. Davon haben sich inzwischen auch die Sozialdemokraten anstekken lassen, die gestern in ihrem Pressedienst mit den gleichen schiefen Argumenten und fragwürdigen Unterstellungen operierten wie unsere Patentchristen und Koalitionsgenossen. Vergessen sind die Bundestagsentschließung vom 1. Oktober 1958, der Herter-Plan von 1959, das Koalitionsabkommen von CDU/CSU und FDP vom Oktober 1961 wie auch das Memorandum der Bundesregierung vom August 1963, denn alle diese Beschlüsse und Dokumente gaben jenen Verhandlungen und Kommissionen ihren Segen, die Mende am 4. April in Bonn zwischen beiden Teilen Deutschlands unverändert für notwendig hielt. Daran habe ich heute noch einmal in der fdk erinnert, wenn wohl auch leider vergeblich.

In der vergangenen Woche hat Rolf Zundel in der *Zeit* nachdenkenswerte Betrachtungen über unsere Partei angestellt. Sein Ruf nach einer li-

[15] Mende meinte, bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten müsse der gleiche Vorbehalt ausgesprochen werden wie bei der Aufnahme der Beziehungen zu Moskau: keine Anerkennung des territorialen Status quo in Mitteleuropa.

beralen Oppositionspartei dürfte in der FDP viel Zustimmung finden, wenn auch nicht bei unserem Vorsitzenden.

In der gleichen Ausgabe der *Zeit* hat Strauß versichert, er glaube nicht „an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen". Dazu hat Genscher gestern im *Tagesdienst* gemeint, Straußens Erklärung laufe „auf einen Verzicht auf eine Deutschland-Politik mit der bisherigen Zielsetzung" hinaus. Vielleicht ist also das Trommelfeuer der bayerischen „Christen" auf die Stellungen der Liberalen nur ein Ablenkungsmanöver, um so die eigenen deutschlandpolitischen Absetzbewegungen zu tarnen.

Freitag, den 15. April 1966

Mittagessen mit Dimitrijew. Er lobte Mendes Rede vor dem Rhein-Ruhr-Club und erkundigte sich nach neuen Nuancen in der Bonner Friedensnote, die Moskau offenbar bisher nicht aufgefallen sind. Der FDP stellte D. eine ungünstige Prognose; er behauptete auch, daß die USA ihre Beziehungen zur Sowjetunion denen zur Bundesrepublik vorziehen würden. Ich habe versucht, dem Sowjetmenschen diesen Zahn zu ziehen.

Gestern abend ein längeres Gespräch mit Genscher und Friderichs über die Lage der Partei. Beide sind sehr pessimistisch (wie auch ich). Nach ihrer Auffassung ist Mende in eine hektische Betriebsamkeit verfallen; Dahlgrün und Bucher hätten als Bundesminister versagt. Doch wie kann man die Dinge zum Besseren wenden? Eine Antwort wußte keiner.

Mittwoch, den 20. April 1966

Der ganze gestrige Tag war der Ost-West-Politik gewidmet. Morgens im Arbeitskreis berichtete Moersch über die Fraktionsvorstandssitzung vom Sonntag, auf der die Koalitionsgespräche vom Montag und Dienstag über die Deutschlandpolitik vorbereitet worden waren. Man sei sich einig gewesen, daß die gegen den Parteivorsitzenden erhobenen Vorwürfe durch Übertragung der Zuständigkeit in der Deutschlandpolitik an Mende ausgeräumt werden müßten. Man wolle zudem die kommende Bundestagsdebatte so vorbereiten, daß dabei die CDU entweder auf unseren Kurs gebracht wird oder aber das Ende der Koalition gekommen sei; so sehe man die Alternative[16].

Keine Klarheit habe im Vorstand darüber geherrscht, ob man an den SPD-Veranstaltungen in Chemnitz und Hannover teilnehmen solle. Dafür sei beschlossen worden, in einem Brief an Gerlach dessen Vorschlag abzu-

[16] Moersch berichtete aus der Vorstandssitzung auch eine Meinungsäußerung Starkes, der die Ansicht vertreten haben soll, daß die FDP in der Deutschlandpolitik nicht mehr „zurückkönne" und eher die Koalition verlassen müsse, als erneut nachzugeben. Das sei – so Moersch – auch die Ansicht der anderen Vorstandsmitglieder gewesen.

lehnen, Gespräche zwischen den beiden Parteivorständen zu führen. Veranstaltungen sollten nur akzeptiert werden, wenn auch LDPD-Mitglieder daran teilnehmen können[17].

Am Nachmittag berichtet Kühlmann der Fraktion über die Koalitionsgespräche. Die Verhandlungen hätten darunter gelitten, „daß bei der CDU über maßgebliche und grundsätzliche Fragen keine einheitliche Auffassung besteht".

Der Bundeskanzler habe deshalb auch keine neuen Gesichtspunkte zur Deutschlandpolitik vorgetragen. Am ersten Tage der Gespräche sei die Pressekonferenz Mendes im Mittelpunkt der Erörterungen gestanden. Dabei habe sich herausgestellt, daß die meisten CDU-Teilnehmer über den Wortlaut der Äußerungen Mendes vom 4. April gar nicht informiert gewesen seien.

Ein weiteres Thema: Strauß-Interview mit der *Zeit*. Nach sehr langer Diskussion habe man festgestellt, daß Mende mit seinen Äußerungen innerhalb der Richtlinien des Kabinetts geblieben sei. Doch antwortete Erhard ausweichend auf die Frage der FDP, ob die Regierung noch hinter ihrem Memorandum vom August 1963 stehe. Dagegen habe sich der Kanzler „ziemlich deutlich" von den Strauß-Äußerungen distanziert.

Dann beschäftigte man sich in der Koalitionsrunde mit dem von der SPD geplanten Rednertausch; hier wurden ebenfalls unterschiedliche Meinungen in der CDU/CSU sichtbar. Erhard beklagte sich darüber, daß die SPD eigenmächtig vorgegangen sei und sich mit der Bundesregierung nicht abgestimmt habe.

Kühlmann habe daraufhin zum Kanzler gesagt. „Die SPD hat uns informiert, auch Herrn Gradl". Die Freien Demokraten würden sich an den SPD-Veranstaltungen beteiligen. Mende ergänzte einschränkend: „Auf jeden Fall Beobachter, Endgültiges muß der Bundesvorstand beschließen".

Im weiteren Verlauf des Koalitionsgespräches habe die FDP eine bessere Koordinierung der Deutschlandpolitik und die Bildung eines Kabinettsausschusses unter Leitung des Kanzlers vorgeschlagen. Erhard sei jedoch nicht bereit gewesen, dieses Thema auszudiskutieren, weil der Vorschlag „überraschend" gekommen sei. Man habe auch keine Einigung darüber erzielen können, daß Mende den Vorsitz im Staatssekretär-Ausschuß übernimmt. In der Kompetenzfrage bestünde eine „völlige Verwirrung" meinte Kühlmann. Er schloß seinen Bericht nach 35 Minuten mit

[17] In ihrer offenen Antwort auf einen Offenen Brief der SED hatte sich die SPD am 15. 4. zu einem Redneraustausch in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und Hannover bereiterklärt. In einem vom 2. 4. 1966 datierten Brief an den FDP-Vorsitzenden Mende hatte der Generalsekretär der LDPD, Manfred Gerlach, vorgeschlagen, „Besprechungen zwischen den Führungsspitzen der LDPD und der FDP zu beginnen." Diese Zusammenkünfte sollten nach Ansicht Gerlachs „im Wechsel in der DDR und in der Bundesrepublik stattfinden" und zu einem „Gedankenaustausch über die Grundfragen unserer Nation" führen.

der Bemerkung, es sei enttäuschend, daß die Bundesregierung zu den innerdeutschen Fragen keine Konzeption entwickelt habe und in der CDU/CSU über die Außen- und Deutschlandpolitik erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestünden.

In der Diskussion wies Genscher darauf hin, daß die FDP hinsichtlich der Frage einer Beteiligung an den SPD-Veranstaltungen noch völlig frei sei und darum verhindert werden müsse, daß wir in der Kabinettssitzung am Mittwoch festgelegt würden. Ertl warnte wiederholt vor der Kontaktpolitik, denn sie führe zur Zweistaatlichkeit Deutschlands. Moersch konterte und bezeichnete Ertls Haltung als „Attentismus"; es sei falsch, CDU und SPD gesamtdeutsche Kontakte zu überlassen.

Deutschlandpolitik. Redneraustausch mit der DDR

Sonntag, den 24. April 1966

Am Freitag nachmittag beschäftigte sich der Bundesvorstand mit Gerlachs Brief und einer von Genscher entworfenen Offenen Antwort. Sie fand mit einigen Änderungen die Billigung des Vorstands. Der beschloß sodann die Bildung einer technischen Kommission, die gegebenenfalls mit der LDPD Gespräche zur Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen führen soll; Hermann Hummel, C. C. Müller und ich sind für diese Aufgabe vorgesehen. Als ich die Sitzung vorzeitig verließ, bereitete man gerade die Veröffentlichung unseres Briefes sowie eines dazu gehörenden Kommuniqués vor.

Vor Beratung der Gerlach-Initiative hatte der Vorstand – zum Teil kontrovers – die Problematik des Redneraustausches diskutiert. Mende, bisher für Teilnahme an den geplanten SPD/SED-Veranstaltungen (und sei es mit Beobachtern), war auf einmal dagegen. Ihm widersprachen Bucher und Mischnick, während Scheel in diesem Punkte die Partei Mendes ergriff, zugleich aber allgemeine Bemerkungen zur Deutschlandpolitik machte, die unserem Vorsitzenden nicht ganz so geschmeckt haben dürften.

Am Abend mit der Bahn nach Stuttgart. Dort am Samstagmorgen das auf dem Landesparteitag beschlossene Ost-Seminar unter Moerschs Leitung. Seibt und ich referierten, nach der Mittagspause gab es eine lebhafte, überwiegend fortschrittliche Diskussion der ca. 30 Teilnehmer. Dabei achtete Moersch streng darauf, daß niemand über die in meinem Referat gesteckten Grenzen hinausging. Es zeigte sich, daß jahrelange Tabuisierung der Grenz- und DDR-Anerkennung bei einigen Parteifreunden inzwischen zu einem radikalen Stimmungsumschlag mit einem Anerkennungsverlangen praktisch um jeden Preis geführt hat. Zwischen Seibt und Moersch kam es zu einem heftigen Wortgefecht über die ziemlich müßige Frage, ob wohl Moskau bereit sei, den Deutschen die Wiedervereinigung zu gestatten.

Dienstag, den 26. April 1966

Ein Europa-Seminar der Friedrich-Naumann-Stiftung bot mir Gelegenheit, das unsere Partei seit mehr als zehn Jahren beschäftigende Thema „Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung" eingehender und vielleicht auch etwas differenzierter zu behandeln, als das sonst allgemein üblich ist. Fazit meines Referates: Nur eine wirtschaftliche Verklammerung Europas und Deutschlands könnte den gegenwärtig noch bestehenden Widerspruch zwischen diesen beiden Hauptzielen deutscher Politik auflösen. Doch würde dann das Ergebnis keine Wiederherstellung des alten Zustandes in Mitteleuropa, sondern eine neue staatliche und soziale Ordnung für unser Volk sein. Der Vortrag wurde mit großer Zustimmung aufgenommen.

Inzwischen ist auch Erhard aus dem Tegernsee-Urlaub nach Bonn zurückgekehrt und hat mit einem umwerfenden Vorschlag sofort die Schlagzeilen der Presse erobert: Er möchte mit Kossygin über die deutsche Frage sprechen. Mißmutiges war vom Kanzler zum Thema Redneraustausch zu hören. Daß er dabei auch noch Mende ermahnte, der doch längst wieder auf seiner (Erhards) Linie zu sein scheint, mag wohl beim Kanzler „Stimmungssache" sein.

Freitag, den 29. April 1966

Bezeichnende Äußerungen zur Deutschlandpolitik am Donnerstagabend vom CDU-Abgeordneten Lenze. Auf einem Forum in Meschede meinte der Studienrat aus Attendorn, Rechtsstandpunkte in der Deutschlandpolitik würden „durch Realitäten nicht über den Haufen geworfen." Lenze warnte zudem davor, sich zu sehr auf den „Standpunkt der Realität" zu stellen. Die Ostpolitik Schröders diene der Isolierung der DDR (!).

Nellen und ich hatten bei solchen Bekenntnissen des CDU-MdB's wenig Mühe, die Mehrheit unserer Zuhörer (Studenten der Staatlichen Ingenieurschule) auf unsere Seite zu bringen. Heute morgen auf der Rückfahrt nach Bonn meinte Nellen, es könnte noch in diesem Jahre notwendig werden, daß SPD und FDP in Bonn gemeinsam die Regierung übernehmen. N. behauptete, Barzel habe sich sehr „abgewertet", selbst in den katholischen Verbänden, und Strauß werde wohl bald an die Macht kommen.

Am Dienstag fiel in Rom endgültig die Entscheidung für München als Austragungsort für die Olympischen Sommerspiele 1972. Wie es heißt, geht die Bundesregierung dabei davon aus, daß in München – entsprechend dem IOC-Beschluß – zwei deutsche Mannschaften unter einer Flagge und mit einer Hymne auftreten. Und da hat man erst die Backen so aufgeblasen! Jetzt möchte offenbar niemand mehr an sein dummes Geschwätz von gestern erinnert werden; denn von der CSU bis zur SPD ist zu dieser Entscheidung nur absolut Positives zu hören.

Montag, den 2. Mai 1966

Heute morgen warnte Mende im „Team" davor, in der Deutschlandpolitik die „Identität mit der SPD" noch weiterzutreiben. Ich wies demgegenüber auf unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten zwischen FDP und CDU in den deutschlandpolitischen Fragen hin, auf das völlige Versagen von Erhard und Barzel sowie auf sich daraus ergebende Konsequenzen. Mende sagte voraus, daß die LDPD uns ein Angebot, den Redneraustausch betreffend, machen werde. Doch in dieser Sache sieht es zur Zeit nicht sonderlich gut aus, nachdem es erst am Wochenende zu einem heftigen Verfahrensstreit um die Termine für den Meinungsaustausch zwischen SPD und SED gekommen ist. Neue Grenzzwischenfälle vergiften zudem das gesamtdeutsche Klima[1].

Sonntag, den 8. Mai 1966

Der Verlauf der gestrigen Bundeshauptausschußsitzung in Mainz war nicht sehr befriedigend. Mendes einstündiger politischer Lagebericht war ein Gemisch aus Realismus und Phantasie, wobei glücklicherweise ersterer doch dominierte. Zutreffend seine Charakterisierung des sogenannten Weißbuches der Bundesregierung („es ist zwar nichts erreicht worden, aber es hätte noch schlimmer kommen können") sowie der sowjetischen Europa-Politik („es deutet nichts auf eine sowjetische Aggression in Europa auch nur in der Theorie planend (sic!) hin"). Vernünftiges auch über die Lage in der DDR und unsere Grundeinstellung zu diesem deutschen Staat („Die These, dort drüben ist ein Nichts, ein Nihil oder Null, wie Sie wollen, ist nicht haltbar und schizophren"). Dann aber wieder der andere Mende: Festhalten am längst überholten Deutschland-Plan der FDP von 1959 und die ominöse Achenbach-These: „Ein zweiter deutscher Staat ist für uns weder anerkennbar noch aufwertbar, das ist die Schwelle, die wir nicht überschreiten können."

Äußerungen von Genscher und Schultz lösten später eine Diskussion über die Frage aus, ob die DDR notfalls doch anerkannt oder zumindestens als Verhandlungspartner betrachtet werden sollte, um in der deutschen Frage voranzukommen. Mende und Genscher wandten sich mit Schärfe gegen solche Tendenzen, der vorsichtige Mischnick plädierte für einen Abbruch dieser Debatte. Man diskutierte dann auch noch die Frage des „freien Geleits" für DDR-Funktionäre im Zusammenhang mit einem

[1] Die SPD hatte den Mai für den Beginn des Disputs mit der SED vorgeschlagen, die SED bat demgegenüber beim zweiten Kontaktgespräch zwischen den beiden Parteien, den Beginn des Redneraustausches auf Juli zu verschieben. – In diesen Tagen kam es an der Berliner Sektorengrenze zu einigen schweren Zwischenfällen, bei denen ein Westberliner von Volkspolizisten erschossen und eine Ostberlinerin niedergeschossen worden war.

Redneraustausch, obwohl dieses Projekt bereits gestorben ist[2]. Im übrigen wurde beschlossen, die alte Bestimmung erneut zu bekräftigen, daß alle Kontakte von FDP-Parteiverbänden und Mitgliedern mit Dienststellen der LDPD durch den Bundesvorstand genehmigungspflichtig seien.

Dienstag, den 10. Mai 1966

Die Rechtsexperten der drei Bundestagsfraktionen wollen versuchen, bis zum kommenden Montag einen gemeinsam formulierten Gesetzentwurf über das „freie Geleit" vorzulegen. Dennoch sind die Chancen für einen Redneraustausch gegenwärtig etwa so groß wie die Möglichkeit, daß noch in diesem Jahre eine neue Viermächte-Deutschlandkonferenz stattfindet: also gleich Null! Dank der Kurzsichtigkeit von CDU-Politikern scheint es der SED zu gelingen, der Bundesrepublik die Schuld für das Scheitern dieses Unternehmens in die Schuhe zu schieben. Beim gestrigen Deutschlandgespräch der Parteien mit Bundeskanzler Erhard hat sich erneut herausgestellt, daß die Bundesrepublik für eine bewegliche Deutschlandpolitik ebenso wenig gerüstet ist wie die DDR. Bei einigen führenden Leuten der Unionsparteien offenbart sich gerade jetzt eine Geisteshaltung, die für die weitere Entwicklung unserer Deutschlandpolitik Schlimmes befürchten läßt. Erhard zeigt sich der neuen Situation nach dem Briefwechsel zwischen SED und SPD offensichtlich nicht gewachsen. Die mit dem Redneraustausch auftauchenden hochpolitischen Probleme wie die Frage eines „freien Geleits" sind für den Kanzler nur „lächerliche Randerscheinungen", während das bereits in den Archiven verschwundene und bestenfalls noch als Nachschlagewerk verwendbare „Weißbuch" von Ludwig Erhard als eine „starke Initiative" in der Deutschlandpolitik gefeiert wird. Und des CDU-Vorsitzenden Stellvertreter, Rainer Barzel, scheint seine Aufgabe gegenwärtig vor allem darin zu sehen, Formeln zu erfinden, die für Kalte Krieger und Progressive in seiner Partei gleichermaßen akzeptabel sind. Auf der anderen Seite überschätzen maßgebliche Männer in der FDP in beängstigender Weise die Möglichkeit, den christdemokratischen Koalitionspartner doch noch für eine zeitgemäße Deutschlandpolitik gewinnen zu können. Die eigentliche Ursache für diese fatale Fehleinschätzung liegt offenbar in der Abneigung mancher prominenter Parteifreunde

[2] Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hatte am 3.5. nach einer bis in die Abendstunden dauernden Sitzung über die Frage, ob und inwieweit im Zusammenhang mit der Einreise von SED-Funktionären in die BRD der Zwang zur Verfolgung politischer Straftaten gelockert werden solle, einmütig eine gesetzliche Ausnahmeregelung abgelehnt, durch die der Verfolgungszwang bei kriminellen Delikten vorübergehend aufgehoben wird. SPD und auch die FDP forderten demgegenüber eine gesetzliche Ermächtigung für die Bundesregierung, bestimmten Personen für eine fest begrenzte Zeit ein freies Geleit zuzusichern, „wenn dies der Sache der deutschen Einheit dienlich ist".

gegen den Gedanken, das harte Brot der Opposition zu essen oder gar mit den „Roten" in eine Koalition zu gehen.

Montag, den 16. Mai 1966

Heute morgen diskutierten wir im „Team" in Abwesenheit Mendes die Lage unserer Partei. Dabei waren wir übereinstimmend der Meinung, die FDP müsse endlich den Mut zu unpopulären Auffassungen haben. Leider aber habe die Parteiführung kaum Zeit dazu, einige Fragen einmal grundsätzlich zu überdenken. Wie stark das Bedürfnis unserer Prominenz ist, auf jedes Nachdenken zu verzichten, zeigte die Fraktionssitzung am Nachmittag. Zoglmann, der leitete, ließ den Tagesordnungspunkt „Politischer Bericht" absetzen, weil es politisch ja doch nichts zu berichten gebe.

Gestern ein neuerlicher Besuch bei den Weissenburger Jungdemokraten. Beim politischen Frühschoppen kam ich mit einem Mitglied der CSU und Funktionär der Jungen Union ins Gespräch. Der junge Mann behauptete, meine kurz zuvor dargelegten Ansichten zur Deutschlandpolitik stimmten weitgehend mit den Ausführungen überein, die Strauß am Samstag vor dem CSU-Landesausschuß in Rothenburg gemacht habe. Mein Gesprächspartner forderte die FDP auf, die in der CDU/CSU bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Deutschlandpolitik nicht auszunützen, sondern der Union Zeit zu lassen, die anstehenden Fragen auszudiskutieren. Im übrigen gab er an, im Besitz einer Fotokopie meiner Denkschrift von 1962, angeblich der Nummer 38 zu sein. Ob der die *Quick* beliefert hat?

Sonntag, den 22. Mai 1966

Die sowjetische Antwort auf Erhards „Friedensnote" deutete zwar keine Kursänderung der Moskauer Deutschlandpolitik an, doch enthält die mit relativer Mäßigung formulierte Note zwei interessante Bemerkungen: Schon zum zweiten Male in diesem Jahr schlug der Kreml die Auflösung der gegenwärtigen Militärblöcke und die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit vor. Auch stimmen die von der Sowjetregierung gemachten Vorschläge zur Lösung der deutschen und europäischen Probleme in einigen Fällen mit den Vorstellungen westlicher Staaten überein.

Die Bundesregierung ist da offenbar ganz anderer Meinung: sie beurteilt dieses sowjetische Papier fast ausschließlich negativ. Manche Regierungskreise sollen – Presseberichten zufolge – erklärt haben, man hätte diese Note wegen ihres beleidigenden Charakters gar nicht annehmen sollen. Die Presse hat gestern sofort die unterschiedliche Bewertung durch die Koalitionspartner herausgearbeitet.

Donnerstag, den 26. Mai 1966

In der kommenden Woche wird Hummel nach Ostberlin reisen, um dort in der Taubenstraße unseren Offenen Brief an die LDPD zu übergeben. Marx hat H. heute in einem Brief einige Tips mit auf den Weg gegeben[3].

Nach Pfingsten soll nun eine interfraktionelle Vorlage für die Behandlung der eventuell zu einem Redneraustausch in die Bundesrepublik einreisenden SED-Funktionäre erörtert werden. Der Ältestenrat hat am Dienstag den 15. Juni für die erste Lesung des Gesetzes in Aussicht genommen, sofern bis dahin ein gemeinsamer Entwurf vorliegt. Und das ist leider noch ungewiß, zumal nicht klar wurde, was die einzelnen Parteien im Zusammenhang mit dem Gesetz über das „freie Geleit" eigentlich unter „rechtsstaatlichen Prinzipien" verstehen, wann diese verletzt werden oder nicht. Wir tun uns schon schwer mit einer etwas beweglicheren Deutschlandpolitik.

Mittwoch, den 1. Juni 1966

Pfingsten erschien im *Neuen Deutschland* ein neuer (dritter) Offener Brief der SED an die „Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland". Das Blatt war – wie die Westberliner Presse berichtete – schon kurz nach seinem Erscheinen restlos ausverkauft. Nicht allerdings wegen des überaus langatmigen, 2 ND-Seiten umfassenden Schreibens Walter Ulbrichts, sondern weil das SED-Zentralorgan auf Seite 5 auch den zweiten Brief des SPD-Parteivorstandes vom 15. April im vollen Wortlaut abdruckte. Das war für die Ostberliner ein echtes Pfingstgeschenk.

Freitag, den 3. Juni 1966

Gestern stand in Dortmund auf dem SPD-Parteitag der kommende Redneraustausch mit der SED im Mittelpunkt der Debatten. Entgegen den Absichten Mendes und Scheels haben Marx und ich gestern Friderichs die Entsendung einer freidemokratischen Beobachterdelegation nach Chemnitz vorgeschlagen. Die Partei geht dabei kein Risiko ein, da ein Zustandekommen dieses Austausches nach wie vor recht unwahrscheinlich ist.

Am Donnerstagvormittag eine fast zweistündige Diskussion mit 24 russischen Studenten und Lehrern über außenpolitische Fragen. Die Gruppe befindet sich auf einer zweiwöchigen Besichtigungsreise durch die Bundesrepublik. Während der lebhaften Debatte war das üblich starke Mißtrauen der Sowjets gegenüber der Bundesrepublik wegen Notstandsgesetzen und Grenzforderungen spürbar. Es gab aber dennoch einen freundlichen und fast versöhnlichen Abschluß.

Morgen reisen wir nach Nürnberg zum Bundesparteitag. Das liberale Treffen wird von restaurativen Tendenzen in der Innen- und Außenpoli-

[3] Vgl. Anmerkung 9.

tik überschattet. Die deutsche Öffentlichkeit erwartet deshalb von uns mehr als nur die üblichen Bekenntnisse. Doch mein recht zahmer Entwurf für die Mende-Rede in Nürnberg fand diesmal nicht in allen Teilen die Billigung des Vorsitzenden: er ist ihm noch immer „zu scharf", wie mir Friderichs in der vergangenen Woche während einer Fraktionssitzung berichtete[4], auf der Erhard und Schröder Belangloses über eine Englandreise erzählten.

Mittwoch, den 8. Juni 1966

Meisterlich war unser Gesang in Nürnberg zu Beginn dieser Woche wohl kaum. Es fehlte an Klarheit, Harmonie und mitreißendem Schwung. Auch stand Mendes entschärfte Rede zu sehr im Schatten des Dortmunder SPD-Parteitages, auf dem zur Deutschlandpolitik mehr gesagt wurde als auf unserem Nürnberger Treffen. Auch Dehlers Referat, das ursprünglich der Koalition mit der CDU/CSU praktisch eine Absage erteilte und von vielen Vorstandsmitgliedern zudem als eine Art Nekrolog auf die FDP empfunden worden war, wurde am Montag vormittag nur in einer stark abgemilderten und positiver formulierten Form vorgetragen, nachdem sich eine kleine Redaktionskomission in der Nacht zuvor vier Stunden lang um eine Neufassung bemüht hatte[5]. Daß unser streitbarer Parteifreund sich solches bieten ließ, hing wohl vor allem damit zusammen, daß Dehler nach dem traurigen Ereignis in seiner Familie die Lust zum Kampfe weitgehend verloren hatte[6].

Während Mende am Montag zum Koalitionsthema kein Wort verlor, ging Weyer tags darauf mit Erhard und der CDU scharf ins Gericht, was allgemein als eine Warnung der Freien Demokraten an die Adresse ihres Partners in der Regierung verstanden wurde[7]. Aber nur Rubin wagte es,

[4] Mende entfernte aus dem Redemanuskript einen kritischen Satz über die CDU-Haltung zum „freien Geleit" für SED-Funktionäre, einen Absatz über Pfleiderer und dessen Auffassung, daß die Grundfrage aller Demokratie in Deutschland im Verhältnis zum Osten liege; sowie eine Zurückweisung gewisser Drohungen und Verdächtigungen des Koalitionspartners im Zusammenhang mit der Ost- und Deutschland-Politik der FDP.

[5] „Entscheidung 65 – Auftrag und Verpflichtung – Rede von Dr. Thomas Dehler am 6.6.1966. Am 6.6. arbeiteten in der Zeit von 0.30 bis 4.30 Friderichs, Marx, Stoltz, Willner, Koegel und Schollwer das bereits abgezogene Redemanuskript Dehlers um. Insbesondere der recht pessimistische Schlußteil der Rede wurde neu formuliert.

[6] Dehler hielt trotz einer schweren Erkrankung seiner 34jährigen Tochter (Schlaganfall) das Referat, nachdem er am Sonntagabend an der Sitzung des Bundesvorstandes wegen dieses Ereignisses nicht hatte teilnehmen können.

[7] „Politik in neuer Wirklichkeit" – Rede Willi Weyers am 7.6.1966. Siehe auch: „FDP greift Erhard und die CDU an" in *Frankfurter Rundschau* vom 8.6.1966. Der entscheidende Satz gegen Erhard und die CDU lautete: „Mit Adenauer mußten wir ringen. Erhard dagegen führt nicht. Bei ihm müssen wir führen, wir, die Liberalen, der Juniorpartner, oder aber diese Regierung wird nicht von Dauer sein."

direkt die Frage aufzuwerfen, ob die FDP wirklich im Bund mit der in sich zerrissenen Union auf lange Sicht zusammenarbeiten könne. Trampe hat m. E. heute in der *Welt* die Situation treffend gekennzeichnet, wenn er meinte, die FDP-Führung werde zwar an dem Regierungsbündnis mit der CDU/CSU festhalten, doch sei bei den Delegierten „die Verwandtschaft mit den Sozialdemokraten in der Deutschlandpolitik sehr deutlich" empfunden worden.

Ein Gespräch mit Stallberg gestern mittag nach der Pressekonferenz gab mir den Eindruck, daß sich zumindest ein Teil der SPD-Führung sehr um ein mit den Freien Demokraten abgestimmtes Vorgehen in der Deutschlandpolitik bemüht. Aber selbst dazu ist die FDP nur begrenzt imstande, solange unser deutschlandpolitisches Konzept – wie in Nürnberg erneut bewiesen – die notwendige Konsequenz vermissen läßt. An Weyers beherzigenswerter Forderung, es dürfe in der Politik unseres Landes keine Tabus geben, wenn nicht die Gesamtpolitik Schiffbruch erleiden solle, orientiert sich ja nicht einmal der Redner selbst.

Donnerstag, den 16. Juni 1966

Gestern abend gab es in der Mainzer Uni bei einer Podiumsdiskussion mit Wörner und Selbmann harte Auseinandersetzungen über die Deutschlandpolitik. Während der Erörterung des Themas Redneraustausch trug der CDU-Abgeordnete die üblichen Argumente vor. Für ihn ist der Redneraustausch gewissermaßen der Anfang vom Ende unserer Sicherheit und Freiheit. Selbmann und ich gaben kräftig Kontra[8].

Heute morgen trafen Marx und ich mit Pastor W. im Bonner Talweg zusammen. W. berichtete uns über seine kürzliche Reise in die DDR und die dabei mit Frau Sasse (LDPD-Zentralvorstand) geführten Gespräche. Sie habe sich sehr anerkennend über Mende geäußert, zugleich aber ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß M. nicht auf Gerlachs Brief geantwortet habe. Frau Sasse, die offenbar von der Briefübergabe in Ostberlin durch Hummel nichts wußte, bat den Pastor, bei der FDP in Bonn wegen eben dieses Briefes vorstellig zu werden[9].

[8] Auf Einladung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, Landesverband Rheinland-Pfalz, fand am 14.6.1966 in der Mainzer Universität eine Podiumsdiskussion über das Thema „Redneraustausch – Chance und Risiko" statt, an dem der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Wörner, der wissenschaftliche Assistent in der SPD-Bundestagsfraktion, Selbmann, und für die FDP W. Schollwer teilnahmen. Die Leitung hatte der RCDS-Vorsitzende Hermann Flade.

[9] Die FDP hatte ihren Offenen Brief an Gerlach nach der Vorstandssitzung vom 22.4. in einem Handschreiben an den Chefredakteur des *Morgen* übersandt und die Veröffentlichung der Briefe von LDPD und FDP in der nächsten Ausgabe des *Berliner Morgen* ebenfalls zugeleitet. Einige Wochen darauf behauptete die Pressestelle des LDPD-Zentralvorstandes, der Brief Gerlachs an die FDP sei bisher von den Freien Demokraten nicht beantwortet worden. Daraufhin übergab Hermann Hummel am 1.6. in der LDPD-Parteileitung in Ostberlin noch einmal persönlich ein

Interessant auch W.'s Darstellung der augenblicklichen DDR-Situation. Der überwiegende Teil der Bevölkerung sei durchaus positiv zum Redneraustausch eingestellt. (Wörner hatte genau das Gegenteil behauptet und von einer „Entmutigung der Zonenbevölkerung" gesprochen). Die Erwartungen der Menschen in der DDR (lt. Pastor W.): Die DDR sollte „ringsum ernst genommen werden", Verstärkung titoistischer Tendenzen in Mitteldeutschland, Verbesserung der Beziehungen zwischen BRD und DDR.

Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Ende der Bonner Koalition

Mittwoch, den 22. Juni 1966

Am Montag, bei der Morgenbesprechung (ohne Mende), Manöverkritik des Nürnberger Parteitages. Wir waren uns über die Notwendigkeit einig, daß die FDP ihre politischen Grundsätze erneut diskutieren muß. Für den Herbst ist bereits eine Klausurtagung des Vorstandes geplant.

Bundesregierung und CDU-Präsidium haben sich am Wochenende von einer Rede distanziert, die Rainer Barzel zum Tag der deutschen Einheit in New York von Stapel ließ[1]. Man muß immer wieder staunen, wieviel Phantasie manche Christdemokraten in utopische Deutschlandvorschläge investieren und wie sehr sie zugleich außerstande sind, gleichermaßen phantasievoll realistische Wege zur Lösung der deutschen Frage zu ergründen. Neue Arbeitsgruppen des Westens zur Beratung der Deutschlandfrage dürften auf jeden Fall – wenn überhaupt – erst sinnvoll sein, wenn sich unsere Bundesregierung mal etwas Vernünftiges zu diesem Thema einfallen ließe.

Gestern aß ich mit Dimitrijew. D. betonte die Bereitschaft seiner Regierung zu einer neuen Politik gegenüber Bonn, sofern die Bundesregierung die „Realitäten" (Grenzen, DDR) anerkenne und auf Atomwaffen verzichte. Im Zusammenhang mit de Gaulles zweiter Moskau-Reise versicherte der sowjetische Diplomat, Deutschland sei der Sowjetunion im Grunde wichtiger als Frankreich. Daß eine Besorgnis wegen eines neuerli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 324

Exemplar des Offenen Briefes. Gerlachs Stellvertreter Lindner nahm den Brief mit der Erklärung entgegen, der LDPD-Zentralvorstand werde sich voraussichtlich erst im August d.J. mit dem Inhalt dieses Schreibens beschäftigen.

[1] Barzel befaßte sich am 16.6.1966 in einer Rede in New York mit Möglichkeiten der Deutschlandpolitik. Er schlug die Stationierung von Sowjettruppen in der DDR auch nach vollzogener Wiedervereinigung und wirtschaftliche Leistungen an die UdSSR für 20 Jahre vor. Außerdem die Einsetzung einer Viermächte-Arbeitsgruppe des Westens zur Praktizierung der kleinen Schritte und zur Lösung der Deutschlandfrage. (Dokumentation, S. 259ff.).

chen sowjetisch-französischen Techtelmechtels zu Lasten Deutschlands unangebracht ist, hat auch die fdk bereits in der vergangenen Woche darzulegen versucht.

Daß sich auch Bonn um ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion bemüht, zeigt eine Erklärung der Bundesregierung zum 25. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion. Erstmals verurteilte eine Regierung der Bundesrepublik Deutschland – wenn auch lediglich nur indirekt und in zwei kurzen Sätzen – offiziell die Aggression des Dritten Reiches. Das ist zwar nicht viel, aber immerhin besser als gar nichts.

Donnerstag, den 23. Juni 1966

Mende hat sich gestern vor dem neu gewählten Bundesvorstand sehr kritisch zu den von Jaeger vorgelegten Vorschlägen für eine Reform des Staatsschutzgesetzes geäußert („sehr polemisch") und sie an drei Stellen wegen der „Kalte-Kriegsformulierungen" als unvertretbar bezeichnet[2]. Er habe zusammen mit Krone bereits Änderungsvorschläge gemacht. Die vier FDP-Minister hätten im Kabinett gegen diese Staatsschutzbestimmungen votiert. Insbesondere der Paragraph 100 dürfte lt. Mende vom Bundesverfassungsgericht so nicht hingenommen werden können. In der Tat stellt diese „Reform" des Staatsschutzrechtes praktisch jeden Kontakt mit dem anderen Teil Deutschlands unter Strafe und zementiert damit endgültig die deutsche Spaltung. Vielleicht ist das auch so beabsichtigt? – Der Stand der Beratungen eines interparlamentarischen Gremiums über die Parteienfinanzierung[3] und das Verhältnis zwischen LSD und FDS bzw. der beiden Studentenverbände zur FDP waren weitere Themen der Sitzung. Dem einen ist der LSD zu links, dem anderen der FDS zu rechts[4].

[2] Das Bundeskabinett verabschiedete am 22.6. einen Gesetzentwurf über die Änderung der strafrechtlichen Schutzbestimmungen, durch die der Staatsgeheimnisbegriff präzisiert werden sollte. Auf Drängen der FDP wurde der umstrittene Paragraph 100 in dem Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums geändert. Nach dem ursprünglichen Wortlaut sollte schon die Aufnahme von Beziehungen zu fremden Nachrichtendiensten für strafbar erklärt werden, wenn nur einer der beiden Teile ungesetzliche Absichten verfolge. Dieser Punkt wurde in der Kabinettssitzung geändert.

[3] Am 19.7. erklärte das Bundesverfassungsgericht die bis dahin praktizierte Finanzierung der Parteien aus Haushaltsmitteln für verfassungswidrig. Die Parteien dürften künftig für ihr Wirken bei der politischen Willensbildung keine Staatsgelder mehr erhalten; Zuschüsse zum Wahlkampf seien jedoch weiterhin erlaubt. – Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die FDP lt. Angaben von Friderichs am 22.6. 4,8 Millionen DM vom Bund erhalten. Nach dem zu diesem Zeitpunkt erreichten Stand der interfraktionellen Beratungen über eine staatliche Wahlkampffinanzierung sollte die FDP künftig nur noch 3,4 Millionen DM erhalten.

[4] Nach Angaben von Kayser (LSD) auf der Vorstandssitzung am 22.6. gab es zu diesem Zeitpunkt 7 Hochschulgruppen des FDS und 38 des LSD. Dabei habe der FDS „auf Mitglieder des nationaldemokratischen Hochschulbundes zurückgegriffen". Kayser weiter: „In den Bundesvorstand des FDS wurde ein Herr gewählt, der

Dieses verspricht ein Dauerbrenner unserer Vorstandstagungen zu werden.

Dienstag, den 28. Juni 1966

Der Zustand in der CDU/CSU wird immer desolater. Die Attacken Kohls und Guttenbergs gegen Erhard und Schröder haben selbst bei der CDU-Führung Erstaunen und Bestürzung ausgelöst[5]. Kaum jemand zweifelt ernsthaft daran, daß die Erwartungen bezüglich eines Rücktritts des Kanzlers und seines Außenministers noch in dieser Legislaturperiode nicht allein auf dem Mist dieser beiden Unionsherren gewachsen sind. Ein Nachfolger – zumindest für Erhard – steht laut Kohl angeblich auch schon bereit: Kurt Georg Kiesinger.

In der Fraktionssitzung heute nachmittag war jedoch eine Resonanz auf diese christdemokratische Anti-Erhard-Aktion kaum zu spüren.

Kühlmann verbreitete sich ausführlich über das Deutschlandgespräch beim Bundeskanzler am Vormittag. Alle Parteivertreter hätten dort berichtet, jüngere Leute drängten immer stärker auf eine andere Deutschlandpolitik; in allen Versammlungen stellten sie die Frage, warum Bonn die DDR nicht anerkenne. Kühlmann bezeichnete es als „unerträglich", daß immer wieder prominente Politiker in der Bundesrepublik Positionen in der Deutschlandpolitik preisgäben: „Das werden Sie von mir nicht hören", rief er erregt aus. Die Parteien müßten vielmehr „geschlossen die gemeinsame Linie" verteidigen. Diese Gelegenheit benutzte Menne zu einer Frage an den Parteivorsitzenden, was dieser mit seiner Äußerung über die „Sozialisierung des Ruhrgebietes" im Falle der Wiedervereinigung gemeint habe.

Mende verteidigte sich mit einer Äußerung aus dem Jahre 1956: Das Grundgesetz gebiete uns nur, die Wiedervereinigung in Freiheit zu vollenden, „jedoch nicht, die Dividenden an Rhein und Ruhr zu verteidigen".

Inzwischen wird die Atmosphäre für den Redneraustausch, der in sechzehn Tagen beginnen soll, zwischen beiden Teilen Deutschlands wieder mieser. Die SED reagiert Tag für Tag in Presse und Rundfunk einen blindwütigen Haß gegen die politischen Institutionen unseres Staates ab.

Fortsetzung Fußnote von Seite 326

Mitglied des Bundes nationaler Studenten war, der seinerzeit wegen verfassungsfeindlicher Umtriebe verboten wurde."

[5] „Äußerungen Guttenbergs und Kohls – Befremden bei der CDU in Bonn" in *Mannheimer Morgen* vom 27.6.1966. Danach hatte der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Helmut Kohl „am Samstag in Anwesenheit Guttenbergs vor Pressevertretern in Deidesheim (Pfalz) erklärt, er rechne noch in dieser Legislaturperiode mit einem Personalwechsel im Auswärtigen Amt und möglicherweise auch im Bundeskanzleramt. Die Alternativen für diese Positionen seien der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger und Bundesminister Paul Lücke. Die CDU werde wahrscheinlich mit diesem Gespann in die nächsten Bundestagswahlen gehen."

Auf unserer Seite ist die Deutschlanddiskussion noch immer weit von der Realität entfernt. Doch unsere Illusionen sind noch keine Rechtfertigung für die Anti-Bonn-Raserei des Regimes, und schon gar nicht für die Verhinderung des Redneraustausches, wie zu erwarten steht.

Freitag, den 1. Juli 1966

Auf einer Tagung der Kommission für Mittel- und Osteuropa am Donnerstag und Freitag in Bad Godesberg bestand über die Tatsache einer evolutionären und reformerischen Entwicklung in den osteuropäischen Ländern Übereinstimmung, nicht jedoch auch über die Tragweite dieses Prozesses. In dieser Beziehung waren die skeptischen Stimmen vorherrschend, vor allem wegen der nach wie vor bestehenden Dominanz Moskaus über Osteuropa.

Zum deutschen Problem waren nur wenig weiterführende Gedanken zu hören. Immerhin gab es vereinzelt Widerspruch gegen die von der Bundesregierung verfolgte Isolierungsstrategie gegenüber der DDR, während man die Grenzfrage nur mit spitzen Fingern anrührte.

Erwartungsgemäß hat die SED inzwischen dem Projekt eines Redneraustausches mit der SPD den Todesstoß versetzt[6]. Als Alibi diente den Kommunisten das „völkerrechtswidrige, annexionistische Gesetz", das selbst über Hitlers Gesetzgebung hinausgehe. Diese alles überbordende Polemik gegen den Gesetzentwurf „Freies Geleit" verrät geradezu pathologische Minderwertigkeitskomplexe der „Erbauer einer neuen Gesellschaft" in Ost-Berlin. Denn die auch aus unserer Sicht bedenklichen Seiten dieses Gesetzes werden durch solche verbalen Aggressionen eher bagatellisiert denn bestätigt.

Montag, den 4. Juli 1966

In unserer heutigen Morgenbesprechung (ohne Mende) wurde erneut lebhafte Kritik an der Politik unserer Partei geübt, besonders an aus taktischen Überlegungen heraus getroffenen Fehlentscheidungen in der Energie- und in der Landwirtschaftspolitik.

Montag, den 11. Juli 1966

Gegen und ohne die Sozialdemokraten kann in Nordrhein-Westfalen nicht mehr regiert werden. Zu diesem Fazit gelangt heute der *General-Anzeiger* bei der Kommentierung des Ausgangs der gestrigen Landtagswahlen. Ein klarer Wahlerfolg für die SPD – sie erreichte fast die absolute Mehrheit – und beachtliche Stimmenverluste der CDU sind – wie Her-

[6] Am 29.6.1966 gab der Sekretär des ZK der SED, Prof. Albert Norden, auf einer Pressekonferenz in Ostberlin bekannt, daß nach Ansicht der SED-Führung gegenwärtig die Voraussetzungen für den geplanten Redneraustausch nicht gegeben seien.

mann Eich zutreffend schreibt – „der Ausdruck einer um sich greifenden Unzufriedenheit mit der seit Jahren in Bund und Land regierenden CDU"[7]. Die offen zutage getretenen Schwächen des Kanzlers und die innere Zerrissenheit der Union haben wohl nicht zuletzt zu diesem Wahldesaster für die Christdemokraten beigetragen. Daraus sollte nun endlich auch die FDP Schlußfolgerungen ziehen. Aber Weyer neigt, wie heute morgen im „Team" zu vernehmen war, unverdrossen zur Fortsetzung der Koalition. Genscher sprach dagegen etwas nebelhaft von „bundespolitischen Konsequenzen"; ein Gespräch mit der „Pleite-CDU" (Genscher) sei wegen Bonn jedenfalls notwendig.

Unsere Partei hat sich bei den gestrigen Landtagswahlen übrigens gut gehalten, ihren Stimmenanteil gegenüber 1962 sogar leicht verbessert. Hier in Bonn nahm sie sogar um 2,4 Prozent zu.

Dienstag, den 12. Juli 1966

Zu einer heftigen, stundenlangen Diskussion des Wahlergebnisses in Nordrhein-Westfalen und einer möglichen Koalitionsentscheidung der FDP kam es heute im Bundesvorstand. Weyer, entschlossen mit den Verlierern zu koalieren, hatte bereits vor Beginn der Sitzung einen von Koegel verteilten Pressespiegel einziehen lassen, weil dieser – von der *Welt* bis zur *Frankfurter Rundschau* – nur Kommentare enthielt, die sich gegen eine CDU-FDP-Koalition richteten. Auch Mende versuchte bei Sitzungsbeginn die Diskussion dadurch zu beeinflussen, daß er erklärte, mit dem CDU-Wahlergebnis brauche man sich nicht weiter zu beschäftigen. Im übrigen sei die Lage wie üblich: „Wie man's macht, macht man's falsch."

Doch die meisten der Vorstandsmitglieder sprachen sich in einer mehr als dreistündigen Diskussion gegen eine Erneuerung der alten Koalition in Düsseldorf aus: die einen (z. B. Saam, Schultz, Hedergott) waren für ein Zusammengehen mit der SPD, die Mehrheit jedoch für eine FDP-Opposition im Landtag. Nur Weyer, Achenbach, Dehler, Starke und Zoglmann plädierten für die Fortsetzung des alten Bündnisses. Mende selbst lavierte zwischen den Fronten[8].

Kurz vor 1 Uhr wurde ich aus der Sitzung herausgerufen: Stallberg am Telefon. Er erkundigte sich, wie ich die Chancen einer SPD/FDP-Koalition in NRW beurteile. Ich teilte ihm mit, daß für diese Lösung nur eine kleine Minderheit zu haben sei, die Mehrheit aber zu diesem Zeitpunkt wohl der Oppositionslösung zuneige. Stallberg deutete darauf hin, die

[7] Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis erhielt die CDU 42,77 (1962: 46,4), die SPD 49,47 (43,3) und die FDP 7,42 (6,9) Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen vom 10. 7. 1966.

[8] Lt. Beschlußprotokoll der Vorstandssitzung, datiert vom 20. 7. 1966, sprachen sich gegen eine Fortsetzung der bisherigen Koalition in NRW Saam, Ertl, Schultz, Baum und Mischnick aus, während Achenbach, Zoglmann, Dehler und Starke für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU eintraten.

SPD werde das Wagnis einer Minderheitenregierung eingehen, sofern die FDP diese toleriere. Als ich den Sitzungssaal wieder betrat, plädierte Rademacher gerade für eben diese von Stallberg angeregte Lösung. Ich unterrichtete daraufhin den Vorstand über mein Telefonat mit dem SPD-Pressesprecher. Schäfer und Kayser nahmen sofort den Ball auf, Zoglmann sprach dagegen: er behauptete, Stallberg habe am Sonntag klargemacht, daß er die schwarz-rote Koalition wolle. Wenn wir also bereit seien, eine SPD-Minderheitenregierung zu tolerieren, hätten wir heute abend schon die Große Koalition an Rhein und Ruhr. „Meine Mitwirkung für eine schwarz-rote Koalition bekommen Sie nicht!"

Damit war diese Debatte beendet. Man entzog sich einem eigenen Votum durch Zitierung der Erklärung des FDP-Landesvorstandes von gestern im Vorstandskommuniqué[9], und die sprach sich – wenn auch verschleiert – für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU aus. Ich fürchte, wir schlittern immer tiefer in den Sumpf, in dem Erhard und die Seinen schon bis zum Halse stecken.

Samstag, den 16. Juli 1966

Die Arbeitsgruppe „Deutschland- und Ostpolitik" der Deutschen Gruppe der LWU hat sich heute endgültig auf die von Hartkopf empfohlene pragmatische Linie bei den weiteren Beratungen der deutschen Frage geeinigt. H. machte in seinem Einleitungsreferat auf die für die Liberalen prekäre Entwicklung in der Deutschlandpolitik aufmerksam: Hier seien die Sozialdemokraten seit März d. J. eindeutig am Zuge (Redneraustausch); ab Herbst dieses Jahres sei mit einer neuen deutschlandpolitischen Offensive der SPD „auf breiter Front" zu rechnen. Zu diesem Zeitpunkt laufe bei dieser Partei auch die „Schonzeit für Mende" ab. Dann heiße es für uns: handeln! Die FDP stehe in der Deutschlandpolitik vor ihrer Existenzfrage. Aber solange wir in dieser (CDU-)Koalition seien, werde es in der Deutschlandpolitik keinen Fortschritt geben.

Donnerstag, den 21. Juli 1966

An Rhein und Ruhr dreht sich noch immer das Koalitionskarussell. Friderichs meinte am Montag im Team resignierend, er werde sich aus der Geschichte ganz heraushalten. Nun, er kann ja sowieso nichts an dem unbezähmbaren Drang unserer Düsseldorfer Freunde zur neuerlichen Umarmung der siechen CDU ändern. Am Dienstag verkündete das BVG, wie befürchtet, ein besonders für die FDP folgenschweres Urteil: die staatliche

[9] „Kommuniqué des FDP-Bundesvorstandes" – in fdk *(Tagesdienst)* Nr. 263/66 vom 12. 7. 1966. Dort heißt es am Schluß (Zitat einer Erklärung des Landesverbandes): „Die FDP hat vor der Wahl erklärt, daß sie die Koalition mit der CDU fortsetzen will, die nun folgenden Verhandlungen werden zeigen, ob dieses Ziel verwirklicht werden kann."

Parteienfinanzierung ist verfassungswidrig. Friderichs zog sofort die Notbremse: Die Abteilungsleiter wurden angewiesen, umgehend Sparvorschläge materieller und personeller Art zu machen. Und das bei unserem ohnehin unzureichenden Personalbestand in der Bundesgeschäftsstelle.

Vor einer Woche starb in Opladen, fast siebzigjährig, Friedrich Middelhauve. Er war in den frühen fünfziger Jahren Symbol eines „rechten" FDP-Kurses. Der ehemalige Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen verfocht eine Politik großzügigster Öffnung nach rechts. Der Erfolg war beeindruckend: die alten Nazis kamen in Scharen und beherrschten bald die Geschäftsstelle in der Sternstraße, Kreis- und Ortsverbände, vom Landesvorsitzenden selber ganz zu schweigen. Bis der Bundespartei die Braunfärbung der rheinischen FDP zu penetrant wurde. Eine Selbstreinigung setzte ein, Middelhauve verlor den Vorsitz des Landesverbandes und im Jahre 1956 auch noch seinen Posten als stellvertretender Bundesvorsitzender. Dann wurde es still um ihn. Noch einmal, im Dezember 1958, ging sein Name durch die Presse, als Weyer öffentlich die Möglichkeit einer Rückkehr Middelhauves in die aktive FDP-Politik erwog. Doch dazu kam es nicht mehr, zum Glück für Middelhauve, vor allem aber für die Freien Demokraten.

Donnerstag, den 28. Juli 1966

Dreieinhalb Stunden diskutierten gestern nachmittag Vorstand und Fraktion die Düsseldorfer Regierungsbildung. Es waren etwa die gleichen Fronten wie vor zwei Wochen, nur diesmal bei der Bewertung einer inzwischen getroffenen Entscheidung: der Wiederherstellung der CDU/FDP-Koalition.

Mende gab zu Beginn der Debatte seinen üblichen Lagebericht, durch Mitteilungen über sein jüngstes Gespräch mit dem Kanzler angereichert. Der Bemerkung des Vorsitzenden, die FDP habe den Eindruck, die CDU wolle an Rhein und Ruhr eigentlich eine andere Koalition, habe Erhard mit dem Argument widersprochen, das sei schon deshalb nicht möglich, weil eine Große Koalition in Nordrhein-Westfalen Rückwirkungen auf Bonn haben müsse. Man sei sich darum einig gewesen, daß die Bonner Finanz-, Währungs- und Steuerprobleme für das Wahlergebnis im größten Bundesland verantwortlich seien. Später wäre man auf die Ostpolitik zu sprechen gekommen. Erhard habe – nach Ansicht Mendes – „Angst", daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien Rückwirkungen auf das Verhältnis Moskau–Bukarest haben müßten. Bei Erörterung der Deutschlandpolitik ging es offenbar wiederum nur um Zuständigkeitsfragen. Mende erklärte dem Kanzler, es sei unerträglich, daß Westrick den Staatssekretärsausschuß leite; das werde er – Mende – nicht länger hinnehmen. Daraufhin habe der Kanzler vorgeschlagen, daß dieser Ausschuß künftig vom Staatssekretär des Mende-Ministeriums geleitet werde.

Schließlich noch einige Bemerkungen des Vorsitzenden zur Berlin-Politik: Moskau werde künftig die Berlin-Klausel Bonns nicht mehr schlucken. Auch seien die Sowjets nicht bereit, über die deutsche Frage international zu verhandeln. Im übrigen habe man schon 1959 Westberlin aus dem deutsch-sowjetischen Kulturabkommen ausgeklammert (Aussage Schröders im Kabinett).

Diese und andere Bemerkungen Mendes zur Ost- und Deutschlandpolitik („Ich habe den Eindruck, daß Schröder in der Ostpolitik schwankt") nahm Genscher in seinem Diskussionsbeitrag auf: Die FDP dürfe nicht in den Verdacht geraten, „die letzten Prätorianer Erhards zu sein". Wenn unsere Partei der Gefahr entgehen wolle, „mit Erhard in die Ecke gestellt zu werden", müsse die ihren Standpunkt in der Deutschland-, Ost- und Verteidigungspolitik deutlicher machen als bisher; er stimme nicht mehr mit der Schröderschen Außenpolitik überein. Auch Schultz verlangte ein „offensives Vorgehen in der Deutschlandpolitik", Graf forderte, die FDP müsse sich „klar von der CDU abgrenzen", und Hoppe meinte, wir sollten den Eindruck zu überwinden suchen, daß die FDP ein „Verein zur Rettung der sterbenden CDU" geworden sei. Doch diese Nachhutgefechte können nach der Entscheidung vom Montag (Wahl Meyers mit FDP-Stimmen zum Ministerpräsidenten in NRW) an der verfahrenen Situation nichts mehr ändern.

Nach Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Ungarn hat nun auch Jugoslawien offiziell auf die deutsche Friedensnote vom 25. März geantwortet. Alle diese Repliken stimmen in drei Forderungen überein: Verzicht Bonns auf Atomwaffen, normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Anerkennung der Ostgrenzen. Das ist insofern von Bedeutung, als auch die westlichen Regierungen solche Postulate mehr und mehr zur Grundlage ihrer Deutschlandpolitik machen. Wann werden wir wohl daraus die unvermeidlichen Konsequenzen ziehen?

Samstag, den 6. August 1966

Geht nun auch Mende auf Distanz zur CDU? Nach heutigen Pressemeldungen soll unser Vorsitzender in einem Interview erklärt haben, er glaube nicht, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen bei ihrer Entscheidung für die Koalition mit der CDU „glücklich" sei. Er hoffe, daß sich seine Partei künftig nicht mehr koalitionspolitisch so festlegen werde, wie erst kürzlich in NRW. Es sollte nicht mehr vorkommen, „daß wir sagen: ‚nur' oder ‚niemals'". Mende: „Wir können, wenn wir es für richtig halten, auch mit der SPD gehen!" – Das hätte M. besser *vor* der Koalitionserneuerung seinen rheinisch-westfälischen Parteifreunden auf den vertraulichen Sitzungen von Vorstand und Fraktion sagen sollen. Jetzt wirken solche

Kommentare wie eine Desavouierung Weyers. Aber vielleicht sind sie auch so gemeint?

Dienstag, den 9. August 1966

Adenauer hatte mit seinem jüngsten *New York Times*-Interview Pech: seine Attacken gegen die USA und Moskau riefen in Bonn nur noch Achselzucken und Kopfschütteln hervor. Der Haß gegen Kennedy und tief eingefleischte Kommunistenfurcht machen den alten Herren offenbar blind gegenüber den Realitäten. So nimmt den Ehrenvorsitzenden der CDU heute nicht einmal mehr die eigene Partei ernst[10].

Auf einer mehr als vierstündigen Abteilungsleiter-Besprechung wurden gestern nachmittag Einsparungsmaßnahmen in der Geschäftsstelle diskutiert. Elf Kollegen und Kolleginnen sollen entlassen werden. Das wird die Effektivität der Parteileitung kaum erhöhen, von der betrüblichen menschlichen Seite gar nicht zu sprechen[11]. Morgens im „Team" erörterten wir die Erhard-Nachfolge, das Verhältnis der FDP zum gegenwärtigen Bundeskanzler und Westricks Rücktrittsabsichten. Niemand glaubt noch, daß der „Dicke" diese Legislaturperiode durchstehen wird.

Sonntag, den 14. August 1966

Rubins ketzerischer *liberal*-Artikel zur Koalitionspolitik der FDP veranlaßte Mende, mich gestern noch am späten Abend aus Tegernsee anzurufen und eine distanzierende Stellungnahme durchzugeben[12]. Aber das Nachdenken über unser Regierungsbündnis mit der CDU ist in der FDP auf diese Art mit Sicherheit nicht mehr abzubremsen.

Gestern gedachte Deutschland des fünften Jahrestages des Mauerbaus. Diese politische Bankrotterklärung Ulbrichts war zugleich auch sichtbarer Beweis für den Fehlschlag westlicher Deutschlandpolitik. Das kann gar

[10] „Eisiges Schweigen um Adenauer" – in: *Frankfurter Rundschau* vom 9.8.1966. In einem Interview mit der *New York Times* hatte Adenauer – der o.a. Quelle zufolge – die USA aufgefordert, ihre Truppen aus Vietnam abzuziehen, und den Vorwurf erhoben, sie vernachlässigten Europa. Für die amerikanischen Kalamitäten in Vietnam machte er den ermordeten Präsidenten Kennedy verantwortlich. Adenauer warnte zudem davor, „daß die Sowjetunion die Kontrolle über Deutschland und Frankreich erringt; dann sind wir alle verloren."

[11] Unter den für eine Entlassung vorgesehenen Mitarbeitern waren 4 Referenten. Die Kündigung erfolgte zum 30.9.1966 wegen der „Auswirkungen des Karlsruher Urteils zur Parteienfinanzierung".

[12] Mende wies darauf hin, daß die Zeitschrift *liberal* Beiträge „unter der ausschließlichen Verantwortung des Verfassers" veröffentlicht. Das gilt auch für den Artikel des Bundesschatzmeisters. Weder der Bundesvorstand noch die Bundestagsfraktion würden durch Namensartikel in *liberal* verpflichtet. Die Führungsgremien der FDP würden sich „nach den Parlamentsferien mit den im Artikel des Bundesschatzmeisters Rubin angeschnittenen Fragen befassen". Diese Stellungnahme wurde übrigens in der fdk nicht veröffentlicht, sondern von Schollwer nur fernmündlich an die Agenturen durchgegeben.

nicht oft genug betont werden. Eine neue noch in Arbeit befindliche Bestandsaufnahme weist auf die seitdem veränderte politische Landschaft hin. Die Schrift soll in den *X-Informationen* erscheinen, Ende dieses Monats[13].

Freitag, den 19. August 1966

Einer jüngst aus dem AA an die Öffentlichkeit gelangten anonymen Kritik an der deutschen Ostpolitik („absoluter Leerlauf") hat die fdk gestern eine parteiöffiziöse hinzugefügt. Nachdem die Bundesregierung am Mittwoch schon zum dritten Male innerhalb von zwei Wochen neue Initiativen in der Osteuropa-Politik angekündigt hatte, schien es mir notwendig, die Seriosität solcher Ankündigungen zu untersuchen. Über das negative Ergebnis der Untersuchung hat die Presse heute bereits berichtet. Wobei auch einige Zeitungen genüßlich auf nahezu gleichlaufende Kommentierung von SPD und FDP der angeblichen – und inzwischen von Erhard und Schröder praktisch wieder dementierten – Regierungsvorhaben hinwiesen. Rubin hat völlig recht, wenn er einer weiteren Kanzlerschaft Erhards mit größten Bedenken entgegensieht. Selbst Mende hat zum Wochenanfang in Rottach-Egern seinen Kanzler nur sehr zurückhaltend verteidigt. Der aber lebt weiter in seinen Illusionen und bezeichnete die FDP-Vorstöße als „Auswüchse der Sauregurkenzeit"[14].

Mittwoch, den 31. August 1966, Hotel Seehof am Mondsee

Gegen Abend aus Bonn ein Anruf von Heckmann (DPA) wegen der heute an die Presse verteilten Bestandsaufnahme. H. bat mich, meinen Namen als Verfasser dieser Studie bekanntgeben zu dürfen. Ich lehnte ab, obwohl Heckmann meinte, alle seine Bonner Kollegen hätten auf mich als den Autor getippt. Die FDP habe sich bereits von meinem neuesten Werk distanziert[15]. Ich hab's nicht anders erwartet.

[13] „Die Deutsche Frage im Sommer 1966 – Versuch einer Bestandsaufnahme" (66 Seiten) in: *X-Information* Nr. 35/66 vom 29.8.1966. Diese Schrift des Verf. erschien anonym und nur durch drei Sterne gekennzeichnet. Das Manuskript dazu war am 16. August fertiggestellt und am 21.8. Schelkmann übergeben worden.

[14] In einem Pressegespräch in seinem Urlaubsort Rottach-Egern erklärte Mende, die FDP werde sich darum bemühen, „bei den anstehenden wirtschafts- und währungspolitischen Entscheidungen zu einer strafferen und schnelleren Entscheidung in der Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner zu kommen und auch die Regierungszusammenarbeit besser zu koordinieren. Rubin erklärte dagegen am gleichen Tag lt. o.a. Quelle auf die Frage, ob nach seiner Ansicht mit Erhard als Regierungschef die von der FDP für erforderlich angesehenen Aufgaben zu lösen seien: „Ich habe den Glauben daran verloren."

[15] „Kein Hinweis auf Autorenschaft eines FDP-Politikers" – in fdk *(Tagesdienst)* Nr. 307/66 vom 31.8.1966. Darin hieß es u.a., es könne keine Rede davon sein, daß es sich um eine Kritik der FDP an der Deutschlandpolitik der Bundesregierung

Donnerstag, den 1. September 1966, Hotel Seehof am Mondsee

Die Bestandsaufnahme hat Schlagzeilen gemacht. In allen hier erreichbaren deutschen Tageszeitungen wird z. T. sehr ausführlich zitiert.

Den Berichten ist zu entnehmen, daß Heckmann mich zwar nicht „verpfiffen", aber doch in die richtige Richtung gezeigt hat.

Bisher hat offenbar nur der *Kölner Stadt-Anzeiger* meinen Namen genannt, der sich übrigens nicht verkneifen wollte, darauf hinzuweisen, daß das obligate Dementi der FDP in jenem Pressedienst erschienen sei, für den ich selbst verantwortlich zeichne[16]. Die Zurückweisung des FDP-Sprechers klingt ziemlich lahm und wenig überzeugend. Aber nach Bökel und Rubin ist es natürlich schwierig, den Bonner Journalisten ein Unbeteiligtsein der FDP an den immer kritischer werdenden Betrachtungen zur Politik Erhards und seiner CDU aufzuschwatzen.

Samstag, den 24. September 1966

Während meines Urlaubs ist es zu einer brieflichen Auseinandersetzung zwischen Markscheffel und BPA-Krueger wegen eines Artikels des SPD-Pressedienstes über die Deutschlandpolitik der Bundesregierung gekommen, bei dem mein Kommentar vom 18. August für Kollegen M. als Beweisstück für die Berechtigung der SPD-Kritik eine Rolle spielte[17]. Krueger hat es in seiner Replik klugerweise vermieden, auf die fdk einzugehen. Grotesk die Behauptung des Presseamts-Direktors, der Vorwurf, die Bundesrepublik überlasse die Darstellung des Deutschlandbildes in Osteuropa allein den Machthabern von Pankow, sei „grundfalsch". Den Vorwurf „vorsätzlich falscher Auffassung" hat Krueger indessen gegenüber dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 334

handele. „Immerhin wird diese Politik durch den FDP-Vorsitzenden Erich Mende als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen mitvertreten."

[16] „Rätselraten um Attacke auf Deutschlandpolitik – Freie Demokraten: nicht von uns – Autor unbekannt" in *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 1. 9. 1966. Dort hieß es: „In Bonn wird es nicht für unmöglich gehalten, daß sich hinter dem mit drei Sternen zeichnenden Verfasser der FDP-Politiker Wolfgang Schollwer verbergen könnte. Um eine Denkschrift Schollwers zur Deutschlandpolitik hatte es bereits vor zwei Jahren einigen Wirbel gegeben. Schollwer befindet sich zur Zeit in Urlaub."

[17] Der stellv. Leiter des BPA, Werner Krueger, hatte sich auf der Pressekonferenz am 17. 8. gegen die Formulierung des SPD-Pressedienstes gewandt, die BRD dürfe „in Zukunft die Darstellung des Deutschlandbildes nicht mehr den Machthabern von Pankow allein überlassen".
In einem Brief an Krueger hatte daraufhin der damalige Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, Markscheffel, gegen den Vorwurf, der Dienst streue „bewußt vorsätzlich falsche Behauptungen" aus, mit Hinweis auf ähnliche Feststellungen in der fdk vom 18. 8. zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung protestiert und Krueger ersucht, „für eine korrekte Bereinigung dieses von Ihnen leider durch Ihre Bemerkung vor der Bundespressekonferenz hervorgerufenen Zwischenfalls Sorge zu tragen".

SPD-Pressedienst nicht zurückgenommen und damit indirekt auch nicht in bezug auf meine Person. Markscheffel und ich werden das überleben.

Inzwischen hat Westrick endlich seinen Hut genommen. Dieser Stein des Anstoßes der Koalition ist nun beseitigt, doch damit die Krise um Erhard noch lange nicht beendet. Denn inzwischen machen auch immer häufiger Christdemokraten gegen Erhard Front. Die „Regierung auf Abruf" (*Spiegel*) treibt steuerlos in schwerer politischer See. Erhard scheint endgültig resigniert zu haben.

Dienstag, den 4. Oktober 1966

Am Nachmittag gaben uns zwei schwer angeschlagene Unionspolitiker (nacheinander) die Ehre: von Hassel und Erhard. Auf die Frage Kühlmanns, ob Bonn schon verbindliche Angebote für ein neues Offset-Abkommen an Washington gemacht habe[18], meinte der Verteidigungsminister, es werde nur beschafft, was die Bundeswehr benötige und „was wir nicht anderswo besser, billiger und preiswerter bekommen". Es gebe keinen politischen Kauf „um des Kaufens willen." Später kam es zu einer scharfen Kontroverse zwischen den Abgeordneten Ollesch und Opitz auf der einen und von Hassel auf der anderen Seite über die Frage der Truppenverminderungen für den Fall nicht ausreichender finanzieller Leistungen an die Amerikaner. Als Ollesch erklärte, „das nehmen wir hin!" (die Reduzierungen nämlich), erregte sich der Minister und schlug verärgert vor, die Fraktion durch sein Haus über die militärische Lage informieren zu lassen.

Nachdem von Hassel uns verlassen hatte, übte Mende indirekt Kritik an der Haltung einiger Abgeordneter. Die FDP habe seinerzeit der NATO zugestimmt und sich bereit erklärt, alle sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Allerdings konzedierte der Vorsitzende, bevor neue Vereinbarungen mit den USA getroffen würden, müßte erst klar sein, welches Verteidigungs- und Sicherheitskonzept die Bundesrepublik zur Zeit habe. M. sprach sich für eine Ablehnung der MLF sowie für eine Neubestimmung der Deutschlandpolitik aus, bevor wir in der Verteidigungspolitik weitergingen.

Dann erschien der Kanzler. Er ergänzte von Hassel mit der Bemerkung, er habe in Washington klargemacht, daß ein Offset-Abkommen nicht iso-

[18] Im Jahre 1961 war eine Devisenhilfe Bonns für die USA zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz vereinbart worden. Die Bundesregierung verpflichtete sich, die Dollar-Ausgaben der amerikanischen Truppen in Deutschland durch Rüstungskäufe im gleichen Wert in den USA abzugelten. Während jedoch Adenauer diese Devisenhilfe stets von der Lage des Bonner Bundeshaushaltes abhängig gemacht hatte, versprach Erhard Präsident Johnson bedingungslos, während der Jahre 1965 und 1966 für insgesamt 5,4 Milliarden Mark in den USA einzukaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt (Oktober 1966) hatte Bonn aber wegen der prekären Haushaltslage erst 1,8 Milliarden aufgebracht, für die restlichen 3,6 Milliarden war im Bundeshaushalt keine Deckung vorhanden.

liert verhandelbar sei, sondern mit Fragen der Sicherheit und der Strategie verknüpft werden müsse. Im übrigen war Erhards Reise-Bericht wieder einmal blumig und ziemlich verworren. In der Deutschlandpolitik ist demnach alles „in Butter": Johnson habe ein „eindrucksvolles Bekenntnis" zum Alleinvertretungsrecht, zur Selbstbestimmung und zur Freiheit Berlins abgelegt. Obwohl Erhard eine ziemlich unpassende Bemerkung zu Johnson über die amerikanische Bündnistreue gemacht haben will, habe der Präsident den Wunsch geäußert, „mit mir einen direkten und gesicherten Draht zu haben". Erhard: „Das war eine Geste des Vertrauens und der Verbundenheit. Ich habe mit aller Strenge und in aller Härte die deutsche Position vertreten. Das ist möglich, wenn zwei Menschen Vertrauen zueinander haben."

Die Fraktion zeigte sich von dieser Polit-Lyrik wenig beeindruckt. Kühlmann forderte den Kanzler auf, in der morgigen Kabinettssitzung das von der FDP abgelehnte Sparprämiengesetz im Interesse der Koalition nicht zu behandeln[19]. Erhard: Barzel sei da anderer Meinung. Kühlmann drängte: Man dürfe die Sache nicht übers Knie brechen, solle deshalb das Gesetz noch weiter beraten. Aber der Kanzler blieb hartnäckig: „Wir müssen morgen, auch aus drucktechnischen Gründen (sic!), die mittelfristige Vorausschau behandeln!"

Montag, den 10. Oktober 1966

Krajger versuchte heute mittag bei einem Essen den Botschafteraustausch Belgrad–Ostberlin herunterzuspielen. Zugleich beklagte der jugoslawische Diplomat wachsende Pressionen Bonns gegen sein Land.

Am Nachmittag kam Wolfson, besorgt über den Zustand der Union und der Koalition. Seinen bohrenden Fragen war zu entnehmen, daß man in der Botschaft noch immer darauf hofft, daß sich die Erhard-Regierung wieder stabilisiert.

Doch da sieht's schlecht aus. Zwar hat sich der CDU-Vorstand am Freitag demonstrativ hinter Erhard gestellt, aber der Grabenkrieg zwischen der Parteiprominenz geht indessen munter weiter. Auch gerät der Regierungsentwurf zur Sparförderung unter zunehmenden Beschuß der Freien Demokraten, und Erhards Suche nach einem neuen Chef des Bundeskanzleramtes scheint auch kein Erfolg beschieden zu sein.

Bei diesem Bonner Krisen-Geschäft ist Johnsons sensationelle Rede zur Ost-West-Problematik vom vergangenen Wochenende hier kaum beachtet worden. Sein Plädoyer für eine „Wiederversöhnung mit dem Osten" und die Feststellung, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur durch

[19] Die FDP-Bundestagsfraktion war gegen eine Einschränkung der Spar- und Bausparförderung, wie sie die Kabinettsmehrheit wünschte, um die Haushaltssituation zu verbessern. Nach Ansicht der FDP war der Versuch, den Anreiz zum Sparen zu vermindern und damit eine Ausweitung des Konsums zu provozieren, kein Beitrag zur Stabilität.

eine Aussöhnung zwischen den beiden Blöcken in Europa zu erreichen sei, harmoniert in auffälliger Weise mit dem, was der Europarat Ende September in Straßburg postulierte. Dort wurde für manchen deutschen Teilnehmer in geradezu bestürzender Weise deutlich, daß die meisten westeuropäischen Völker nicht länger bereit sind, eine Politik der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Blöcken an der deutschen Frage scheitern zu lassen. Für die Mehrheit der Europäer ergibt sich die Möglichkeit, Deutschlands Teilung zu überwinden, lediglich unter den Auspizien einer vorangegangenen gesamteuropäischen Kooperation. Bender hat am Samstagabend in seinem Kommentar in die gleiche Kerbe gehauen, die ich tags zuvor mit einem Kommentar über die Europaratssitzung schlug.

Dienstag, den 11. Oktober 1966

Bucher versuchte heute nachmittag in der Fraktion die Stimmenthaltung der Minister am vergangenen Mittwoch im Kabinett mit der Behauptung zu rechtfertigen, Dahlgrün habe davon ausgehen können, daß auch die FDP einer Einschränkung der Sparförderung in gewissen Punkten zustimmen würde. Genscher widersprach: Es gebe Parteibeschlüsse, denen zufolge die Sparförderung sogar noch weiter ausgebaut werden solle. Die Fraktion sei sich mit Bucher während der Parlamentsferien einig gewesen, an diesem Standpunkt festzuhalten. Unsere Minister aber scheinen ihre eigene Politik machen zu wollen. Vielleicht, weil sie die Unionsparteien fürchten, die – wie Zoglmann berichtete – den Versuch machen, die gegenwärtig laufenden Koalitionsgespräche gegen die FDP auszunutzen.

Freitag, den 14. Oktober 1966

Laut Mende befindet sich die CDU in einer Krise, die sowohl die Regierungs- als auch die Parteiführung erfaßt habe: Sechs Kandidaten stünden bereits zur Ablösung Erhards bereit. Die FDP-Linie – so meinte der Vorsitzende am Nachmittag vor dem Bundesvorstand – müsse eine „absolute Nichteinmischung in die inneren Auseinandersetzungen der Union" sein, „loyal bis zur Ausschöpfung aller Möglichkeiten". Es könne allerdings der Zeitpunkt kommen, wo wir nicht mehr in der Lage seien, die Mitverantwortung zu tragen – das habe man Erhard bereits mitgeteilt. Dessen erste Regierungszeit habe „unter einem guten Stern" gestanden, jetzt habe der Kanzler physisch abgebaut. „Wir sollten uns aber nicht in die 1. Linie seines Sturzes begeben", meinte Mende, „sondern in abwartender Position einen gewissen Prozeß in der CDU/CSU weiter beobachten." Abwarten heiße aber nicht Untätigkeit. In der vergangenen Woche habe Dahlgrün Rücktrittsabsichten angedeutet, falls es zu Steuererhöhungen komme. Trete D. zurück, dann müßten auch die anderen Minister der FDP das Kabinett verlassen. Auch das sei Erhard mitgeteilt worden.

Dann wandte sich Mende allgemeinpolitischen Fragen zu, vor allem dem vor zwei Tagen bekannt gewordenen Wehner-Interview[20]. Dort hatte W. den Gedanken einer Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. eines Deutschen Bundes in die Debatte geworfen. Mende meinte, man solle nonkonformistische Gedankengänge nicht „in Bausch und Bogen verdammen". Der SPD-Politiker müsse allerdings erläutern, was er hier unter „Wirtschaftsgemeinschaft" verstehe. Auf welchen Nenner solle sozialistische Staatswirtschaft und freie Marktwirtschaft zusammengebracht werden? Was bedeute das: „Deutscher Bund"? Wahrscheinlich hoffe Wehner in der DDR auf eine evolutionäre Entwicklung. Ulbricht aber habe bereits die Antwort gegeben: ein „böses Gesetz", das den innerdeutschen Reiseverkehr weiter einschränke[21].

Freitag, den 21. Oktober 1966

Eine Berlin-Woche des Bundestages bot Gelegenheit zu einem Gespräch mit Bahr. Das Treffen mit dem Pressechef des Berliner Senats hatte Bender initiiert: Wir beiden Deutschlandpolitiker hätten uns sicherlich viel zu sagen. Das traf leider nicht zu. Als B. gestern mittag mit beträchtlicher Verspätung das Restaurant in der Hardenbergstraße betrat, war meine ohnehin geringe Neigung zu diesem Treffen mit Brandts Vertrautem bereits auf den Nullpunkt gesunken. Auch Bahr zeigte demonstratives Desinteresse, schaute ständig auf die Uhr und dozierte während des Essens über die Staatskrise. Das Ende der Erhard-Regierung sei spätestens nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz zu erwarten, meinte B. Dann gebe es entweder eine Neuauflage der gegenwärtigen Koalition unter einem anderen CDU-Kanzler oder eine Große Koalition, die zwar nicht von der SPD, jedoch von Teilen der CDU angestrebt werde. Bahr: „Sie haben keine Vorstellung, wer alles von der CDU gerannt kommt, um die eigene Partei, vor allem aber auch den Koalitionspartner madig zu machen und gleichzeitig die Hand zu einer Koalition zu bieten." Für die SPD sei eine solche Koalition aber nur dann interessant, wenn sie eine neue, auf eine große Mehrheit gestützte Politik in Deutschland ermögliche. Leider böten sich jedoch nur jene CDU-Kreise an, die eine neue Politik nicht wollten; Christdemokraten, die dazu imstande seien, lehnten dagegen eine Große Koalition strikt ab.

[20] Der *Vorwärts* veröffentlichte am 19. 10. 1966 ein Interview von Günter Gaus mit Herbert Wehner, das die Zeitschrift *Panorama* bereits am 12. 10. gekürzt gebracht hatte. Wortlaut der deutschlandpolitischen Passagen dieses Interviews siehe Dokumentation zur Deutschlandfrage, Hauptband IV, a. a. O., S. 287 ff.

[21] Die Volkskammer der DDR verabschiedete am 13. 10. 1966 ein „Gesetz zum Schutz der Staatsbürger- und Menschenrechte der Bürger der DDR", um diese „vor der völkerrechtswidrigen Verfolgung durch die Organe der westdeutschen Bundesrepublik und deren Auswirkungen zu schützen" (Stoph). Dieses Gesetz war als Antwort der DDR auf das Gesetz der Bundesrepublik über freies Geleit gedacht.

B. verbreitete sich sodann über die Wahrscheinlichkeit einer SPD/FDP-Koalition. Man stelle sich bei der SPD die Frage, ob die FDP „zuverlässig" sei. Er befürchte, daß eine solche Regierung eine schwache Regierung sein würde. So müsse man sich überlegen, wie man eine SPD/FDP-Koalition stark machen könne. Der Gedanke an Neuwahlen liege sehr nahe. Auch Hoppe habe in einem Gespräch mit ihm diesen Weg vorgeschlagen, doch eröffne die Verfassung dafür praktisch keine Möglichkeiten. Vielleicht wäre ein Austritt der FDP aus der Koalition ein Signal, das Veränderungen in Bonn in Gang bringen könne und von der SPD als Zeichen für die Bereitschaft der FDP verstanden würde, mit ihr zusammen eine neue Politik zu machen. Bahr wies auf seine guten Kontakte zu Genscher hin und zeigte sich angenehm berührt, daß Mende den Gesprächen zwischen Bahr und Genscher angeblich große Bedeutung zumesse. Nach Ansicht der SPD sei jedoch Eile geboten; denn jeder weitere Monat Erhard-Regierung sei für den Staat ein verlorener Monat.

Am Montag und Dienstag Sitzungen des Fraktionsvorstandes und der Gesamtfraktion.

Der Vorstand beschäftigte sich mit einem Beschwerdebrief des Herrn von Hase. Der hatte sich am 14. d. M. darüber beklagt, daß sich die FDP in letzter Zeit wiederholt von Erklärungen des Pressesprechers der Bundesregierung distanziert habe[22]. Auch meine Kritik an Herrn von Hases Interpretationen des Washingtoner Abschluß-Kommuniqués nach der Kanzlerreise hatte der BPA-Chef in den falschen Hals bekommen, nicht jedoch offenbar einen kritischen Kommentar zur Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Wehner-Interview. Der Vorstand beschloß eine ausführliche Beantwortung des Hase-Schreibens, vorsichtige Distanzierung von einer Erklärung Emdes, nicht jedoch auch von meinem Artikel und den Sprecher-Erklärungen zum Verhalten der FDP-Minister im Kabinett und in der Wehner-Affäre.

Bei TOP 4 kam es zum Streit beim Bericht über die Arbeit einer Kommission, die sich mit Haushaltseinsparungen zu befassen hatte. Man wurde sich nicht einig, ob die FDP überhaupt entsprechende Vorschläge unterbreiten solle. Besonders Scheel und Starke gerieten hart aneinander. Dann brach man die Sitzung ab, ohne die noch ausstehenden 5 Tagesordnungspunkte behandelt zu haben. Tags darauf, auf der Fraktionssitzung im Reichstag, beschloß man, keinen Beschluß zur Haushaltseinsparung zu

[22] „Von Hases Äußerungen irreführend und mißverständlich" – in fdk (Tagesdienst) Nr. 367/66 vom 7.10.1966. In dieser Stellungnahme wandte sich die FDP gegen die Behauptung des Regierungssprechers, die Stimmenthaltung der FDP-Minister bei der Abstimmung über die Einschränkung der Sparförderung im Kabinett habe nichts mit dem Standpunkt zur Sache zu tun gehabt. Ferner: „Nicht mit FDP-Ministern abgestimmt worden" – fdk (Tagesdienst) Nr. 373/66 vom 13.10.1966. Hier wurde darauf hingewiesen, daß – entgegen einer Äußerung von Hases – dessen negative Stellungnahme zum Wehner-Interview mit den FDP-Minister nicht abgestimmt war.

fassen, aber in der nächsten Woche mit Erhard darüber zu sprechen und ihm zu sagen, die FDP sei nicht bereit, die Steuern zu erhöhen.

Zuvor hatte Mende kurz über die Kabinettssitzung am 14. Oktober berichtet. Dort soll Gradl sein Bedauern darüber ausgesprochen haben, daß die CDU/CSU die Vorschläge Wehners sofort in Bausch und Bogen verdammt hatte. Carstens habe vor dem Kabinett deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik nunmehr ans Ende „sämtlicher Vorstellungen von Hallstein bis Strauß" (Mende) gelangt sei. Mende kündigte für den folgenden Tag im Gesamtdeutschen Ausschuß eine Lageanalyse an, gestützt auf die jüngsten Reden von Brzezinski und Johnson. Zu Wehners Interview meinte der Vorsitzende, ohne Anerkennung der DDR sei ein „Deutscher Bund" nicht möglich.

Dienstag, den 25. Oktober 1966

Die Koalitionskrise dauert an. Tägliche Fraktionssitzungen und Koalitionsbesprechungen weisen auf den Ernst der Lage hin. Nach wie vor vermochten sich die Regierungsparteien nicht auf das Haushaltsvolumen für 1967 festzulegen. Devisenausgleichsabkommen, mittelfristige Finanzplanung und die Frage der Steuererhöhungen bleiben strittig, zumal Erhard keine klaren Vorstellungen erkennen läßt.

Am Vormittag, im außenpolitischen Arbeitskreis, trug ich meine Gedanken zur Deutschland- und Ostpolitik in Frageform und mit Alternativ-Lösungen vor[23]. Dabei kam es wieder einmal zu harten Auseinandersetzungen mit Achenbach. Meine alternativen Vorschläge zur Frage der Ostgrenzen veranlaßten A. zu der Bemerkung, ein Verzicht auf die deutschen Ostgebiete sei mit der „Würde des deutschen Volkes unvereinbar". Da hört dann jede Diskussion auf.

Mittwoch, den 26. Oktober 1966

„Bricht die Regierung Erhard auseinander?" – Mit dieser Schlagzeile machte heute der *Bonner General-Anzeiger* auf. Auch die jüngsten Koalitionsgespräche haben zu keiner Einigung geführt. Doch stellte Starke nach dem letzten Treffen gestern abend überraschend eine „Klimaverbesserung" fest, was ihm prompt heute morgen in der Fraktion einen Tadel

[23] „Material für eine Diskussion über die Grundlinien der Außen-, Europa- und Deutschlandpolitik" vom 24. 10. 1966, die der Verf. auszugsweise im Arbeitskreis vortrug. U. a. schlug dabei Schollwer vor, den Lebensstandard der Bevölkerung in der DDR durch Wirtschaftshilfe zu steigern, die Freizügigkeit im Reiseverkehr in Deutschland wiederherzustellen („also Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin"), die Hallstein-Doktrin völlig aufzugeben, zumindest aber nach „Verkündung einer salvatorischen Grundsatzerklärung" diplomatische Beziehungen zu Staaten aufzunehmen, die ihrerseits solche Beziehungen mit der DDR unterhalten. In der Frage der Ostgrenzen sollte sich die Bundesrepublik entweder bereit erklären, im Falle der Wiedervereinigung auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, oder schon jetzt die Endgültigkeit der „gegenwärtigen Ostgrenzen der DDR" bestätigen.

durch den Abgeordneten Dorn einbrachte. Diese Fraktionssitzung bekräftigte die unverändert harte Haltung der FDP in der Frage der Steuererhöhung. Das ist vor allem auf Genschers Agieren zurückzuführen. Unterstützt von Friderichs („Ich halte es für tödlich, wenn die Partei im Nahkampf ihre Strategie ändert"), brachte der Parlamentarische Geschäftsführer einen Antrag ein, der im Punkt 1 (Koalitionsverhandlungen gestatten keine Abstimmung im Kabinett über Steuererhöhungen) von der Fraktion einstimmig angenommen, im Punkt 2 (Dahlgrün legt keine Vorlage für Steuererhöhungen vor) gegen die Stimme Miessners verabschiedet wurde. Mende versuchte einzulenken. Er erinnerte an Starkes *Welt*-Interview vom 12. Oktober, in dem er Steuererhöhungen nicht schlechthin ausgeschlossen habe (z. B. bei Tabak und Alkohol)[24]. Wegen dieser Dinge dürfe doch die Koalition nicht platzen ... Genscher konterte kühl: „Herr Mende, den Text der Starke-Erklärung haben wir im Bundeskanzleramt nicht vertreten!" Im weiteren Verlauf der Aussprache zeigte sich, daß nicht nur Mende und Miessner, sondern auch Ertl, Hellige und Sander die möglichen Konsequenzen unserer harten Haltung fürchten.

Mende blieb bis zum Schluß bei seinen Bedenken: er warnte unverdrossen vor Festlegungen durch Beschlüsse, die in der nächsten Woche „zum Katzenjammer" führen müßten. Das anschließend herausgegebene Pressekommuniqué brachte aber diese Bedenken nicht zum Ausdruck.

Donnerstag, den 27. Oktober 1966

Heute mittag brach die Koalition zwischen Christdemokraten und Freien Demokraten auseinander. Damit ist das Ende einer Epoche gekommen, in der die CDU/CSU das Gesicht der Bundesrepublik Deutschland wesentlich durch die Politik bestimmte. Das Erhard-Wort: „Die Nachkriegszeit ist beendet" bekommt durch die Vorgänge der letzten Stunden in Bonn eine ganz neue und reale Bedeutung.

Bevor das nicht mehr ganz unerwartete Ende kam, geriet die FDP noch einmal ins Schlingern. Trotz der Beschlüsse der Fraktion am Mittwoch einigte sich das Bundeskabinett nach zehnstündiger Marathon-Sitzung noch am gleichen Abend einstimmig[25] auf die Formulierung, daß zum Ausgleich des Bundeshaushaltes 1967 als letzter Ausweg auch Steuererhöhungen ins Auge gefaßt werden müßten. Heute morgen erschien darauf-

[24] „Dr. Starke: Steuererhöhungen wäre der schlechteste Ausweg" – Vorabdruck in fdk (Tagesdienst) Nr. 368/66 vom 11. 10. 1966. In diesem Interview hatte Starke keinesweg – wie Mende behauptete – von einer möglichen Erhöhung der Tabak- oder Alkoholsteuer gesprochen, aber immerhin in bezug auf eine Veränderung der Verbrauchsteuern erklärt: der Ausweg der Steuererhöhungen dürfte „nicht vor Prüfung aller anderen Möglichkeiten" eingeschlagen werden.

[25] Nur drei der vier FDP-Minister hatten an dieser Kabinettssitzung teilgenommen: Mende, Dahlgrün und Bucher. Scheel befand sich zu diesem Zeitpunkt in Paris auf einer UNESCO-Tagung.

hin *Bild* mit der Schlagzeile: „FDP fiel wieder um!" Das brachte die FDP-Führung und vor allem die erzürnte Fraktion endlich auf Trab. In der Mittagsstunde erklärten unsere vier Minister den Rücktritt. Ich saß zu dieser Stunde mit Mr. Kux von der amerikanischen Botschaft im Theater-Restaurant beim Essen, als mich dort ein Anruf der Pressestelle erreichte und meine Sekretärin mir den Tod der Erhard-Mende-Regierung mitteilte. Nun werden die Karten in Bonn neu gemischt. Wer wird dieses Spiel gewinnen? Ludwig Erhard gewiß nicht!

Kurzbiographien

Abusch, Alexander (1902–1982), 1918 KPD; 1933 Emigration; 1946 Rückkehr in die SBZ; 1954–1958 stellvertr. Kulturminister der DDR; 1958–1961 Kulturminister; 1961–1971 stellvertr. Vorsitzender des Ministerrates für Kultur und Erziehung.

Achenbach, Ernst (1909–1991), Studium der Rechtswissenschaften; 1936–1944 Beamter im Auswärtigen Amt, 1940–1943 Leiter der Politischen Abteilung der Deutschen Botschaft im besetzten Paris, seit 1946 Rechtsanwalt in Essen, 1947/48 Verteidiger bei den Nürnberger Prozessen; 1950–1960 MdL (FDP) in Nordhrein-Westfalen; 1957–1976 MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der FDP.

Acheson, Dean (1893–1971), 1949–1953 Außenminister der USA; seit 1961 wiederholt außenpolitischer Berater der US-Regierung.

Adelmann, Raban Graf (1912), CDU; vor 1945 im auswärtigen Dienst; 1957–1961 MdB (CDU).

Adenauer, Konrad (1876–1967), 1948 Präsident des Parlamentarischen Rates, 1949–1963 Bundeskanzler.

Adschubej, Alexej (1924), Journalist; Schwiegersohn Chruschtschows; 1959–1964 Chefredakteur der „Iswestija".

Ahlers, Conrad (1922–1980), Journalist; 1951 Chef vom Dienst im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; 1952 Pressereferent in der Dienststelle Blank; 1954 außenpolitischer Redakteur der „Welt"; 1957 Bonner Korrespondent des „Spiegel"; 1959 innenpolitischer Redakteur der „Frankfurter Rundschau"; seit 1962 stellvertr. Chefredakteur des „Spiegel"; 1966 stellvertr. Leiter des Bundespresseamtes; 1969 Staatssekretär und Leiter des Bundespresseamtes; 1972–1980 MdB; 1980 Intendant der Deutschen Welle.

Albertz, Heinrich (1915–1993), Pfarrer; 1947 SPD; 1948–1955 Flüchtlings- und Sozialminister in Niedersachsen; 1955–1961 Senatsdirektor in Berlin; seit 1959 Chef der Senatskanzlei; 1963–1966 Innensenator; 1966–1967 Regierender Bürgermeister von Berlin.

Aldenhoven, Otmar, 1960–1964 Redakteur der Zeitschrift „Das freie Wort".

Amrehn, Franz (1912–1981), 1945 CDU; 1950–1960 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin; 1955–1963 Bürgermeister in Berlin; 1969–1981 MdB.

Appel, Reinhard (1927), Rundfunk- und Fernsehjournalist; 1950 Bonner Korrespondent der „Stuttgarter Zeitung"; 1962/1963 Vorsitzender der Bundespressekonferenz; 1971 Leiter des Bonner Büros der „Süddeutschen Zeitung"; 1973 Intendant des ZDF; 1975–1988 Chefredakteur des ZDF.

Argoud, Antoine Charles, Oberst der OAS in Algerien.

Amstrong, Louis (1900–1970), amerikanischer Jazztrompeter.

Arndt, Adolf (1904–1974), Jurist; SPD; 1949–1969 MdB.

Arnold, Hans (1923), Diplomat; 1967 Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt; 1969 Botschafter in Den Haag; 1972–1977 Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt; 1977–1988 Botschafter in Rom.

Aschoff, Albrecht (1899–1972), Rechtsanwalt; 1919–1932 DVP; 1956 FDP; 1961–1965 MdB, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.

Atzenroth, Karl (1895), Studium der Volks- und Betriebswirtschaft; FDP; 1949–1965 MdB.

Augstein, Rudolf (1923), seit 1945 Journalist, seit 1947 Herausgeber und Chefredakteur des „Spiegel".

Bahr, Egon (1922), 1950–1960 Chefkommentator des RIAS und Leiter des Bonner Büros; 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin; 1967–1969 Botschafter und Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt; 1969 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1972–1974 Bundesminister im Kanzleramt, 1975 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1976–1981 Bundesgeschäftsführer der SPD.

Ball, George W. (1909), Unterstaatssekretär im State Department; 1961–1966 stellvertr. US-Außenminister.

Barowsky, Ella (1912), 1945 LDPD, dann FDP; 1951–1955 Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Schöneberg; 1950–1955 und 1963–1971 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Barsig, Franz (1924–1988), seit 1945 Journalist; 1946 stellvertr. Leiter der Deutschen Nachrichtenagentur (DENA); seit 1948 Redakteur beim „Vorwärts"; 1954–1958 Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion; Sprecher des SPD-Parteivorstandes; 1966 stellvertr. Intendant des „Deutschlandfunk"; 1968–1977 Intendant des Sender Freies Berlin.

Barzel, Rainer (1924), 1957–1987 MdB; 1962–1963 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen; 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1971–1973 CDU-Vorsitzender; 1982–1983 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen; 1983–1984 Bundestagspräsident.

Baum, Gerhart Rudolf (1932), Jurist; 1954 FDP; 1966–1968 Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten; 1966–1991 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes; seit 1972 MdB, 1978–1982 Bundesinnenminister.

Bender, Peter (1923), Rundfunkjournalist, Publizist; 1955–1961 Redakteur beim SFB; seit 1961 beim WDR.

Ben Gurion, David (1886–1973), israelischer Politiker; 1948–1953 und 1955–1963 israelischer Ministerpräsident und Verteidigungsminister.

Berghes, Ferry von (1910–1981), Industrieller; FDP; 1959–1962 Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Rheinland-Pfalz.

Berija, Lawrentij P. (1899–1953), sowjet. Politiker; Marschall der Sowjetunion; 1945 stellvertr. Ministerpräsident, 1946 Mitglied des Politbüros; 1953 gestürzt und erschossen.

Bezold, Otto (1899–1984), FDP; 1946–1966 MdL im Bayerischen Landtag; 1954–1957 Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr; 1957–1959 Innenminister, 1962–1966 Vizepräsident des Bayerischen Landtages.

Birrenbach, Kurt (1907–1987), CDU; 1957–1976 MdB; 1965 Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel.

Bitzer, Eberhard, 1961–1964 Bonner Korrespondent der FAZ.

Blank, Theodor (1905–1972), CDU; 1949–1972 MdB; 1950 Beauftragter der Bundesregierung für alle Fragen, die mit der Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen zusammenhängen (Dienststelle Blank); 1951 Sicherheitsbeauftragter der Bundesrepublik; 1955 Bundesminister der Verteidigung; 1957–1965 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Blumenfeld, Erik B. (1915), CDU; 1961–1980 MdB, 1958–1968 Landesvorsitzender der CDU in Hamburg.

Bökel, Walter, Chef des Informationsdienstes „Wirtschafts- und Sozialpolitik".

Bölling, Klaus (1928), Journalist; seit 1953 Tätigkeit bei verschiedenen Rundfunkanstalten; 1962–1969 erster stellvertr. Hauptabteilungsleiter, dann Chefredakteur beim NRD; 1969–1973 Leiter des ARD-Studios in Washington; 1974–1981 und 1982 Regierungssprecher; 1981/1982 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik in der DDR.

Boenisch, Peter (1927), Journalist; seit 1959 im Axel-Springer-Verlag, 1961–1971 Chefredakteur von „Bild".

Bolesch, Hermann O., Journalist bei BZ, „Abendpost" und „Mittag".

Bonde-Hendriksen, Henrik, Bonner Korrespondent von „Berlingske Tidende".

Borch, Herbert von (1909), Journalist; 1953–1956 außenpolitischer Leitartikler der FAZ; danach Korrespondent der „Welt" in Washington; ab 1965 Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung".

Borm, William (1895–1987), 1924–1933 DVP, 1945 LDPD, dann FDP; 1948–1950 stellvertr. Landesvorsitzender in Berlin; 1950 Verhaftung in der DDR, wegen angeblicher Sabotage und Boykotthetze zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1959 entlassen; 1960–1969 Landesvorsitzender der FDP in Berlin; 1963–1967 Mitglied des Abgeordnetenhauses; 1965–1972 MdB und Alterspräsident des Deutschen Bundestages; seit 1970 Mitglied des Bundesvorstandes, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik, 1982 Austritt aus der FDP.

Bortscheller, Georg (1896–1973), FDP; 1951–1959 und 1971–1973 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, Vorsitzender der FDP-Fraktion und Landesvorsitzender; 1959–1971 Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr.

Brandt, Willy (1913–1992), SPD; 1949–1957 und seit 1969 MdB; 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin; 1964–1987 Parteivorsitzender der SPD; 1966 Vizekanzler und Außenminister; 1969–1974 Bundeskanzler.

Brecht, Bertolt (1898–1956), Schriftsteller und Regisseur; 1933 Emigration; 1949 Rückkehr nach Deutschland (DDR); Gründung des „Berliner Ensembles".

Brentano, Heinrich von (1904–1964), CDU; 1948 Mitglied des Parlamentarischen Rates; 1949–1964 MdB; 1955–1961 Außenminister.

Breschnew, Leonid (1906–1982), sowjetischer Politiker, 1966–1982 Generalsekretär der KPdSU.

Brodesser, Karl Friedrich (1931), Jurist; 1960 FDP; 1960–1966 persönlicher Referent von Mende; 1966–1970 persönlicher Referent von Innenminister Weyer in Nordrhein-Westfalen; 1970 Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt; anschließend Staatssekretär im Innenministerium von Nordhrein-Westfalen.

Brüning, Heinrich (1895–1970), 1924–1933 MdR (Zentrum); 1930–1932 Reichskanzler; 1934 Emigration; 1951 Rückkehr in die Bundesrepublik.

Brzezinski, Zbigniew (1928), 1960 Berater im State Department, 1962 Professor an der Columbia-Universität; 1976 Leiter des Nationalen Sicherheitsrates; 1977–1981 Sonderberater des amerikanischen Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit.

Bucher, Ewald (1914–1991), 1950 FDP; 1953–1969 MdB; 1962–1965 Bundesjustizminister; 1965/66 Minister für Wohnungswesen und Städtebau; 1972 Austritt aus der FDP.

Bulganin, Nikolai A. (1895–1975), sowjetischer Politiker; 1955–1958 Ministerpräsident der UdSSR.

Bundy, McGeorge (1919), 1961–1966 Sonderberater der amerikanischen Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit.

Bursig, Hans (1928–1990), 1959 Redakteur, 1960 Chefredakteur der FDP-Zeitung „Das Freie Wort"; 1964 Bonner Korrespondent des Saarländischen Rundfunks.

Busse, Hermann (1903–1970), vor 1933 DDP; 1949 FDP; 1961–1965 MdB.

Carstens, Karl (1914–1992), Professor für Staats- und Völkerrecht, CDU; 1960–1969 Staatssekretär im Auswärtigen Amt; 1972–1979 MdB; 1973–1976 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU; 1976–1979 Bundestagspräsident; 1979–1984 Bundespräsident.

Chruschtschow, Nikita S. (1894–1971), sowjetischer Politiker; seit 1953 1. Sekretär der KPdSU; 1958–1964 Ministerpräsident der UdSSR.

Churchill, Sir Winston (1864–1965), britischer Politiker; 1940–1945 Premierminister; 1945–1951 Oppositionsführer im Unterhaus; 1951–1955 Premierminister.

Clay, Lucius D. (1897–1978), amerikanischer General; 1947–1949 Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland; Organisator der Berliner Luftbrücke; 1961/62 persönlicher Berater von Präsident Kennedy.

Clément, Alain, Korrespondent von „Le Monde", bis Anfang der sechziger Jahre in Bonn, dann in Washington.

Conant, James B. (1893–1978), amerikanischer Chemiker und Politiker; 1953–1955 Hoher Kommissar der USA in der BRD; 1955–1957 Botschafter in Bonn.

Couve de Murville, Maurice (1907), französischer Politiker; 1956–1958 Botschafter in Bonn; 1958–1968 franz. Außenminister; 1968/69 Ministerpräsident.

Cyrankiewicz, Jozef, (1911–1989), polnischer Politiker; bis 1971 Mitglied des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei; 1947–1952 und 1954–1970 Ministerpräsident; 1970–1972 Staatspräsident.

Dahlgrün, Rolf (1908–1969), 1949 FDP; 1957–1969 MdB; 1962–1966 Bundesminister der Finanzen.

Dehler, Klaus (1926), Internist; 1950–1957 Landesvorsitzender der bayerischen Jungdemokraten; 1956–1965 Bezirksvorsitzender in Mittelfranken; 1962 Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion in München; 1964–1967 Landesvorsitzender.

Dehler, Thomas (1897–1967), vor 1933 DDP; 1945 FDP; 1946–1956 Landesvorsitzender in Bayern; 1954–1957 Bundesvorsitzender; 1946–1949 MdL Bayern; 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates; 1949–1967 MdB; 1949–1953 Bundesjustizminister; 1953–1957 Vorsitzender der Bundestagsfraktion; 1960–1967 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Delaye, Raoul, bis 1967 1. Botschaftsrat der französischen Botschaft.

Dellinghausen, Ewert von, Ministerialrat im Gesamtdeutschen Ministerium.

Diemer-Nicolaus, Emmy (1910), Rechtsanwältin; FDP; 1949–1957 MdL in Baden-Württemberg; 1957–1972 MdB.

Dimitrijew, Albert, 3. Sekretär der sowjetischen Botschaft in Bonn.

Dobrynin, Anatol (1919), Botschafter der UdSSR in Washington.

Doehring, Johannes, Kirchenrat in Nordrhein-Westfalen.

Dollinger, Werner (1918), CSU; 1953–1987 MdB; 1961/62 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag; 1962–1966 Bundesfinanzminister; 1966–1969 Minister für Post- und Fernmeldewesen; 1982–1987 Bundesverkehrsminister.

Dönhoff, Marion Gräfin (1909), Journalistin und Publizistin; 1968–1972 Chefredakteurin der „Zeit", seit 1973 Herausgeberin.

Döring, Wolfgang (1919–1963), 1950–1956 Hauptgeschäftsführer der FDP in Nordrhein-Westfalen; 1956–1958 Fraktionsvorsitzender der FDP im Landtag von Nordrhein-Westfalen; 1957–1963 MdB; 1961–1963 stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Dörinkel, Wolfram (1907–1975), Rechtsanwalt; 1946 Mitbegründer der FDP in Hessen; 1957 Fraktionsvorsitzender der FDP im hessischen Landtag; 1961–1969 MdB.

Dorn, Wolfram (1924), Industriekaufmann; seit 1948 Mitglied der FDP; 1950–1952 stellvertretender Landesvorsitzender der DJD in Nordrhein-Westfalen; 1954–1961 und 1975–1980 und seit 1985 MdL in Nordrhein-Westfalen; 1961–1972 MdB; 1969–1972 Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium.

Dowling, Walter C. (1905–1977), 1959–1963 amerikanischer Botschafter in Bonn.

Douglas-Home, Sir Alec (1903), britischer Politiker; 1960–1963 Außenminister, 1963/64 Premierminister, 1970–1974 Außenminister.

Dübber, Ulrich, Leiter des Bonner Büros von RIAS Berlin.

Dürr, Hermann (1925), Rechtsanwalt; FDP; 1957–1965 MdB; 1961–1964 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion; 1966 Übertritt zur SPD; 1969–1980 MdB.

Dufhues, Josef Hermann (1908–1971), CDU; 1958–1962 Innenminister von Nordrhein-Westfalen; 1962–1969 stellvertretender Vorsitzender der CDU.

Eckardt, Felix von (1903–1979), 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung; 1955–1956 Botschafter bei den Vereinten Nationen; 1962–1965 Bevollmächtigter des Bundes für Berlin.

Eden, Anthony (1897–1977), britischer Politiker; 1935–1938, 1940–1945 und 1951–1955 Außenminister; 1955–1957 Premierminister.

Effertz, Josef (1907–1984), 1950 FDP; 1954–1961 MdL; 1956–1958 Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen; 1963–1966 stellvertretender FDP-Landesvorsitzender; 1961–1968 MdB; 1968–1972 Regierungspräsident in Aachen.

Eggers, Ernst (1939), Dipl.-Kaufmann; 1963–1967 wirtschaftspolitischer Referent in der FDP-Parteileitung; 1968 Leiter des Instituts für Politische Planung und Kybernetik (IPK) in Bad Godesberg.

Ehrenburg, Ilja (1891–1967), sowjetischer Schriftsteller.

Ehrlich, Günther (1918–1973), Journalist; in den 60er Jahren Redakteur von dpa.

Ehrich, Werner (1901), 1960–1968 Fraktionsvorsitzender der FDP in der Bremer Bürgerschaft.

Eich, Hermann (1913), Journalist; in den 60er Jahren Leitartikler des Bonner „General-Anzeigers".

Eisenhower, Dwight D. (1890–1969), 1943–1945 Oberkommandierender der US-Streitkräfte in Europa; 1950–1952 Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte; 1953–1961 US-Präsident.

Eisenmann, Otto (1913), 1957 MdB der Deutschen Partei, 1958 Übertritt zur FDP-Fraktion und MdB bis 1967; 1963–1969 FDP-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein; 1967–1970 Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene in Schleswig-Holstein.

Emde, Hans Georg (1919), FDP; 1961–1969 MdB; 1963–1965 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion; 1969–1972 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Emig, Gerd (1926), Rechtsanwalt; 1952–1956 politischer Häftling in der DDR; 1962–1964 wissenschaftl. Assistent der FDP-Bundestagsfraktion; 1964 Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Engelhard, Edgar (1917–1979), 1946 FDP; 1946–1974 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft; 1953–1966 2. Bürgermeister Hamburgs; 1958–1966 Landesvorsitzender der FDP.

Eppler, Erhard (1926), 1952–1955 Mitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1956 Beitritt zur SPD; 1961–1976 MdB; 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Erbe, Walter (1909–1967), Prof. Dr. jur.; FDP; 1952 Mitglied der verfassunggebenden Landesversammlung und 1953–1956 Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg.

Erhard, Ludwig (1897–1977), CDU; 1948/49 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft; 1949–1977 MdB; 1949–1963 Wirtschaftsminister; 1957–1963 Vizekanzler, 1963–1966 Bundeskanzler.

Erler, Fritz (1913–1967), SPD; 1949–1967 MdB; 1961–1964 stellvertretender Fraktionsvorsitzender; 1964–1967 Fraktionsvorsitzender.

Ertl, Josef (1925), Diplomlandwirt; FDP; 1961–1987 MdB; 1968 stellvertretender Fraktionsvorsitzender; 1971–1983 Landesvorsitzender der bayerischen FDP;

1971–1980 Mitglied des Präsidiums der FDP; 1969–1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Faix, Kvetoslav, Bonner Korrespondent des Prager Rundfunks.

Faure, Maurice (1922), französischer Politiker; 1961–1968 Präsident der Europäischen Bewegung; 1959–1967 und 1973 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Fechter, Peter (1944–1962), DDR-Flüchtling, am 17.8.1962 an der Mauer von der Volkspolizei erschossen.

Feddersen, Jens (1928), Journalist; seit 1961 Chefredakteur der NRZ.

Federer, Georg (1905–1984), 1951/52 Herausgeber der Wochenzeitung „Christ und Welt"; 1952–1958 Generalkonsul in New York; 1964/65 Botschafter in Kairo, 1966–1968 Botschafter in Brüssel.

Finck von Finckenstein, Hans Werner Graf (1926), Journalist; 1957 Leiter des Bonner Büros der „Welt", 1968 Auswärtiges Amt.

Flach, Karl-Hermann (1929–1973), 1947–1949 Redaktionsvolontär und Redakteur der Norddeutschen Zeitung (LDP) in Schwerin; 1949 Flucht nach Westberlin, Studium der Politologie; 1954–1956 Wirtschaftsredakteur in Frankfurt und Bonn; 1956 Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle der FDP (Pressereferent, Leiter der Politischen Abteilung); 1959–1961 Bundesgeschäftsführer der FDP; 1961–1964 innenpolitischer Ressortleiter, 1964–1971 stellvertretender Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau"; 1971 Generalsekretär der FDP; 1972/73 MdB.

Flügge, Horst (1922), in den 60er und 70er Jahren Bonner Korrespondent der „Basler Nationalzeitung".

Foertsch, Friedrich (1900–1976), General; 1961–1963 Generalinspekteur der Bundeswehr.

Friedensburg, Ferdinand (1886–1972), vor 1933 DDP; 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin; 1946–1951 stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin; 1945–1968 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsordnung; 1952–1965 MdB.

Friderichs, Hans (1931), FDP; 1964–1969 Bundesgeschäftsführer der FDP; 1965–1969 MdB; 1972–1977 Bundeswirtschaftsminister.

Frühwald, Konrad (1890–1970), Landwirt; FDP; 1949–1957 MdB.

Funcke, Liselotte (1918), 1946 FDP; 1947–1951 DJD-Vorstand von Nordrhein-Westfalen; 1947–1950 und ab 1953 Mitglied des Landesvorstandes der FDP; 1950–1961 MdL; 1961–1980 MdB; 1979–1980 Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen; 1981–1991 Ausländerbeauftragte der Bundesregierung.

Furler, Hans (1904–1975), CDU; 1955–1957 Mitglied des Montanparlamentes, ab 1956 dessen Präsident; 1953–1972 MdB.

Gaus, Günter (1929), Publizist und Politiker; 1965–1969 Programmdirektor beim SWF, 1969–1973 Chefredakteur des „Spiegel"; 1973 Staatssekretär im Bundeskanzleramt; 1974–1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR; 1981 Wissenschaftssenator in Berlin.

Genscher, Hans-Dietrich (1927), FDP; 1956–1959 Assistent, 1959–1965 Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1962–1964 Bundesgeschäftsführer der FDP; seit 1965 MdB; 1965–1969 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundes-

tagsfraktion; 1974–1985 Bundesvorsitzender der FDP; 1969–1974 Bundesinnenminister; 1974–1992 Bundesaußenminister.

Gentner, Hermann, 1958–1963 in der FDP-Parteileitung; 1958 Leiter des Sekretariats des Bundesvorsitzenden, 1960 Leiter der Verlagsgesellschaft „Das freie Wort".

Georgijewic, Milan, jugoslawischer Botschaftsrat in Bonn.

Gerstenmaier, Eugen (1906–1986), CDU; 1949–1969 MdB; 1954–1969 Bundestagspräsident; 1956–1969 stellvertretender Parteivorsitzender der CDU.

Glahn, Fritz (1899–1977), vor 1933 DVP; 1933–1945 Pressereferent im Reichsernährungsministerium; nach 1945 FDP; 1955–1957 MdL in Rheinland-Pfalz, Fraktionsvorsitzender; 1957–1959 MdB; 1958–1966 Landesvorsitzender der FDP in Rheinland-Pfalz, 1959–1966 Finanzminister in Rheinland-Pfalz.

Goldwater, Barry M. (1909), amerikanischer Politiker, Republikaner; 1952–1964 Senator für Arizona; 1964 erfolgloser Präsidentschaftskandidat.

Goodman, Benny (1909), amerikanischer Jazzmusiker.

Graaf, Carlo (1914–1975), FDP; 1957–1968 Landesvorsitzender der FDP in Niedersachsen; 1955–1959 und 1965–1975 MdB; 1959–1965 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Niedersachsen.

Gradl, Johann Baptist (1904–1988), vor 1933: Zentrum; nach 1945: CDU; 1957–1980 MdB; 1957–1965 stellvertretender und 1969–1972 Vorsitzender des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen; 1965/66 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte; 1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

Graf, Ulrich (1912), 1951 FDP; 1951 Mitglied der Bremer Bürgerschaft; 1951 Landesvorsitzender der FDP in Bremen; Senator für Justiz, Verfassung und kirchliche Angelegenheiten.

Grewe, Wilhelm G. (1911), 1951–1954 Delegationsleiter bei den Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts; 1953/54 Leiter der Rechtsabteilung, 1955–1958 der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes; 1958–1962 Botschafter in Washington, 1962–1971 bei der Nato und 1971–1976 in Tokio.

Gries, Ekkehard (1936), Jurist; 1953 FDP; 1964–1966 Landesvorsitzender der hessischen Jungdemokraten; 1971 stellvertretender Landesvorsitzender der FDP in Hessen; 1978–1982 Innenminister und seit 1981 auch stellvertretender Ministerpräsident in Hessen; seit 1987 MdB.

Gromyko, Andrej (1909–1989), seit 1956 Mitglied des ZK der KPdSU; 1957–1985 sowjetischer Außenminister.

Gröpper, Horst (1909), 1961 stellvertretender Abteilungsleiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt; 1962–1966 Botschafter in Moskau, 1966–1968 in Ankara und 1972/73 in Dublin.

Grotewohl, Otto (1894–1964), 1912; SPD; 1925–1933 MdR; 1946–1954 Vorsitzender der SED (neben Pieck), 1949–1964 Ministerpräsident der DDR.

Grüssen, Hugo, bis 1964 Bonner Korrespondent mehrerer Tageszeitungen.

Grund, Walter (1907–1986), 1963–1969 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu (1921–1972), CSU; 1957–1972 MdB; 1967–1972 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Haage, Hermann (1912–1970), SPD; 1957–1970 MdB, Verkehrsexperte der Fraktion.

Haas, Albrecht (1906–1970), 1946 Mitbegründer der bayerischen FDP; 1950–1965 MdL; 1956–1964 Vorsitzender der bayerischen FDP; 1954–1957 als Staatssekretär Leiter der Bayerischen Staatskanzlei; 1958–1962 bayerischer Justizminister, 1965–1970 MdB.

Hallstein, Walter (1901–1982), CDU; 1950 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1951–1958 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB.

Hamann, Karl (1903–1973), 1945 LDP; 1946–1950 MdL Thüringen; übernahm am 20. Oktober 1948 die Geschäftsführung der LDP bis zur Neuwahl des Vorstandes im Februar 1949; 1949–1952 Mitvorsitzender der LDP, Minister für Handel und Versorgung; 1952 Amtsenthebung, Ausschluß aus der LDP und Verhaftung; 1954 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt; im Oktober 1956 begnadigt; 1957 Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Hamm, Ludwig (1921), FDP; 1961–1966 MdB; 1966/67 Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium von Rheinland-Pfalz; 1969 Austritt aus der FDP, 1971 Eintritt in die CDU.

Hamm-Brücher, Hildegard (1921), Journalistin und Politikerin; 1948 FDP; 1948–1954 Stadträtin in München; 1950–1960 MdL im Bayerischen Landtag; 1963–1976 Mitglied des Bundesvorstandes der FDP; 1967 Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, 1969 im Bundeswissenschaftsministerium; 1977–1982 Staatsminister im AA; 1976–1990 MdB.

Hase, Karl-Günther von (1917), Diplomat und Journalist; seit 1951 im AA; 1962–1967 Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamtes, 1967–1969 Staatssekretär im Bundesverteidungsministerium; 1970–1977 Botschafter in London; 1972–1982 Intendant des ZDF.

Hassel, Kai Uwe von (1913), 1946 CDU; 1950–1965 MdL, 1954–1963 Ministerpräsident in Schleswig-Holstein; 1955–1964 CDU-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein; 1956–1969 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU; 1963–1966 Bundesverteidigungsminister; 1969–1972 Bundestagspräsident.

Haußmann, Wolfgang (1903–1989), vor 1933: DDP; 1945/46 stellvertretender Oberbürgermeister von Stuttgart; 1946–1964 Vorsitzender der DVP/FDP in Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg; 1946–1972 MdL; 1953–1966 Justizminister in Baden-Württemberg.

Heck, Bruno (1917–1989), 1946 CDU; 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU; 1957–1976 MdB; 1956–1971 Generalsekretär der CDU; 1963–1968 Bundesminister für Jugend und Familie; 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Heckmann, Hans Herrmann, 1964 Bonner Korrespondent von dpa.

Hedergott, Winfried (1919), 1946 FDP; 1951–1970 und 1974–1978 MdL in Niedersachsen, 1958–1970 und 1974–1978 Fraktionsvorsitzender; 1949–1957 Mitglied des Landes- und 1954–1970 Mitglied des Bundesvorstandes der FDP.

Heide, Johann Karl (1897–1974), SPD; 1953–1969 MdB.

Hellige, Walther (1910), 1949 FDP, 1967 CDU; 1961–1971 MdB.

Hemingway, Ernest (1899–1961), amerik. Schriftsteller; 1954 Nobelpreis für Literatur.

Hermann, Harald O., Bonner Korrespondent verschiedener Tageszeitungen; 1956–1961 Vorsitzender der Bundespressekonferenz.

Herter, Christian A. (1895–1967), 1957–1959 Unterstaatssekretär im US-Außenministerium; 1959–1961 US-Außenminister.

Heuss, Theodor (1884–1963), vor 1933: DDP; 1920–1933 Dozent an der Hochschule für Politik; während der NS-Zeit schriftstellerische Tätigkeit; 1945/46 Kultusminister von Württemberg-Baden; 1946–1949 Vorsitzender der Demokratischen Volkspartei; 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1948/49 Vorsitzender der FDP; 1949–1959 Bundespräsident.

Hindenburg, Paul von (1847–1934), 1914 Generalfeldmarschall, 1916 Chef des Generalstabes; 1925–1934 Reichspräsident.

Höcherl, Hermann (1912–1989), CSU; 1953–1969 MdB; 1957–1961 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion; 1961–1965 Bundesinnenminister; 1965–1969 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Höfer, Werner (1913), Journalist; 1953–1987 Leiter des „Internationalen Frühschoppens".

Hohler, August E., Bonner Korrespondent des „Tages-Anzeiger" in Zürich.

Holl, Karl (1931), Hochschullehrer in Bremen; in den 60er Jahren für die Deutschen Jungdemokraten im Bundesvorstand der FDP.

Hollweg, Eberhard, Redakteur des „Sonntagsblatt".

Holthusen, Hans Egon (1913), Schriftsteller, 1961–1964 Direktor des Goethe-Instituts in New York.

Holzamer, Karl (1906), CDU; 1962–1977 Intendant des ZDF.

Home, Alexander Frederick Douglas Earl of (1903), britischer Politiker, Konservativer; 1960–1963 Außenminister; 1964/64 Premierminister; 1970–1974 Außenminister.

Hoover, Herbert Clark (1874–1964), amerikanischer Politiker, Republikaner; 1929–1933 Präsident der USA.

Hopen, Peter, Journalist, Bonner Korrespondent verschiedener Tageszeitungen, seit 1962 auch des ZDF.

Hopf, Volkmar (1906), 1959–1964 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, 1962 im Zusammenhang mit der „Spiegel"-Affäre kurzfristig beurlaubt, 1964–1971 Präsident des Bundesrechnungshofes.

Hoppe, Hans-Günther (1922), 1946 LDP; 1949 Flucht nach Berlin; 1952–1958 und 1963–1973 Mitglied des Abgeordnetenhauses; 1961–1971 stellvertretender Landesvorsitzender der FDP in Berlin; 1963 Senator für Finanzen, 1967–1971 Senator für Justiz; 1972–1990 MdB; 1975–1987 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.

Horn, Klaus, Mitglied des Bundesvorstandes des LSD.

Horten, Helmut (1909–1987), Unternehmer.

Hucklenbroich, Volker (1925), 1946 LDP; 1948 Flucht nach Berlin; 1950 und 1974 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Hüttebräuker, Rudolf (1904), 1960–1968 FDP; 1962–1968 Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Hummel, Karl-Hermann (1914), Landesgeschäftsführer der FDP in Baden-Württemberg.

Hammerskjöld, Dag (1905–1961), 1953–1961 Generalsekretär der UNO.

Hange, Franz, Bonner dpa-Korrespondent.

Harpprecht, Klaus (1927), Verleger, Schriftsteller und Fernsehjournalist, Produzent von Dokumentarfilmen.

Harriman, William Averall (1891–1986), amerikan. Industrieller und Politiker; 1942–1946 Botschafter in Moskau; 1948–1950 Sonderbeauftragter für die Marshallplanhilfe; 1955–1959 Unterstaatssekretär für Fernostfragen.

Humphrey, Hubert H. (1911–1978), 1965–1969 Vizepräsident der USA.

Imle, Wolfgang (1909), FDP; 1960–1965 und 1967–1969 MdB.

Jacques, Yves, Sekretär der französischen Botschaft in den 60er Jahren.

Jaeger, Richard (1913), CSU; 1949–1980 MdB; 1953–1965 und 1969–1976 Bundestagsvizepräsident; 1953–1965 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verteidigung.

Jahn, Gerhard (1927), SPD; 1957–1991 MdB, seit 1961 Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion; 1967 Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt; 1969–1974 Bundesminister der Justiz.

Jahn, Hans Edgar (1914), 1947 CDU; 1951 Mitbegründer und bis zu ihrer Auflösung 1969 Präsident der Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise (AdK); 1965–1980 MdB.

Jansen, Josef (1909–1966), Diplomat; 1951 Gesandter in Luxemburg; 1955 Gesandter in Paris; 1963 Botschafter beim Heiligen Stuhl.

Jewtuschenko, Jewgeni (1933), regimekritischer sowjetischer Schriftsteller, 1971 Vorstandsmitglied des sowjetischen Schriftstellerverbandes.

John, Otto (1909), 1952 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, 1954 unter ungeklärten Umständen in die DDR, unterstützte dort die Propaganda gegen die Bundesrepublik, 1955 Rückkehr in die BRD und 1965 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, 1968 vorzeitig aus der Haft entlassen.

Johnson, Lyndon B. (1901–1973), 1961–1963 Vizepräsident, 1963–1969 Präsident der USA.

Johnson, Sekretär der US-Botschaft in Bonn.

Kaschke, Heinz (1916), 1945 LDP; 1963–1976 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin; 1967–1981 FDP-Landesgeschäftsführer.

Karry, Heinz (1920–1981), 1949 FDP; 1960–1977 MdL im Hessischen Landtag; 1970–1976 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Hessen und stellvertretender

Ministerpräsident; 1974–1981 Bundesschatzmeister der FDP; am 11.5.1981 in Frankfurt ermordet.

Kastenmeyer, Günther, Anfang der 60er Jahre djd-Vorsitzender.

Kayser, Christian (1938), Mitte der 60er Jahre LSD-Vorsitzender.

Kennedy, John F. (1917–1963), 1961–1963 Präsident der USA.

Kennedy, Robert F. (1925–1968), 1961–1964 Justizminister der USA.

Kienbaum, Gerhard (1919), Unternehmensberater; 1948 FDP; 1954–1969 MdL in Nordrhein-Westfalen; 1962 Wirtschaftsminister; 1969 MdB, legte 1972 sein Mandat nieder.

Kiep-Altenloh, Emilie (1888–1985), vor 1933: DDP, Stadtverordnete in Altona und MdR; nach 1945: FDP; 1949–1953 Vizepräsidentin der Hamburger Bürgerschaft; 1954 Senatorin für Soziales und Jugend; 1961–1965 MdB.

Kiesinger, Kurt Georg (1904–1988), 1933–1945 NSDAP-Mitglied; nach 1945 CDU; 1949–1959 und 1969–1980 MdB; 1954–1959 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten; 1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg; 1966–1969 Bundeskanzler.

King, Martin Luther (1929–1968), amerikan. Bürgerrechtler und Baptistenpfarrer, am 4.4.1968 in Memphis ermordet.

Kirsch, Wolfgang (1913), FDP; 1963–1967 Senator der Justiz in Berlin.

Kissinger, Henry A. (1923), Professor für politische Wissenschaften; Berater der Präsidenten Rockefeller, Eisenhower, Kennedy und Nixon; 1973–1977 amerikanischer Außenminister.

Klein, Günter (1900–1963), SPD; Senatsdirektor in Berlin; 1961–1963 MdB.

Klein, Julius (1901–1984), Generalmajor der US-Armee; Leiter des Public Relations Institute in Chicago.

Kliesing, Georg (1911), 1949 CDU; 1953–1976 MdB.

Kluthe, Hans Albert (1904–1970), vor 1933: DDP; Mitglied des Reichsbundes Demokratischer Studenten und des Reichsbundes der Jungdemokraten; journalistische Tätigkeiten; 1936–1947 Emigration nach England, Mitherausgeber der Zeitschrift „Das wahre Deutschland"; nach 1947 Verleger; Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger; 1947 Vizepräsident der Liberalen Internationalen; 1956 Präsident der Deutschen Gruppe der Liberalen Internationalen; Vizepräsident der Deutschen Europa-Union.

Knappstein, Karl Heinrich (1908–1980), 1945 CDU; Diplomat; 1956–1958 Botschafter in Madrid, 1960–1962 deutscher Beobachter bei den Vereinten Nationen; 1962–1968 Botschafter in Washington.

Kobayashi, Masafumi, Korrespondent einer japanischen Zeitung in Bonn.

Koegel, Gerd, Journalist; 1966–1968 Pressesprecher der FDP.

Kogon, Eugen (1903–1987), Professor für politische Wissenschaften; im Dritten Reich im Widerstand, von 1939–1945 im KZ Buchenwald; seit 1946 Herausgeber der „Frankfurter Hefte", 1963/64 Leiter von „Panorama".

Kohl, Heinrich (1912–1984), FDP-Politiker; 1950–1970 MdL in Hessen; 1962–1965 Fraktionsvorsitzender, 1966–1970 Vizepräsident des Hessischen Landtags; 1962–1967 Landesvorsitzender der FDP.

Kohl, Michael (1929–1981), seit 1965 Staatssekretär beim Ministerrat der DDR; 1973–1978 Ständiger Vertreter der DDR in Bonn.

Kohut, Oswald A. (1901–1977), Studium der Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaft; bis 1934 Journalist im Ullstein Verlag; 1946–1951 Vorsitzender der AG Ernährungsindustrie in Hessen; 1945 CDU; 1947 FDP; 1954–1957 MdL in Hessen; 1956–1961 Landesvorsitzender der FDP in Hessen; 1957–1965 MdB.

Kondich, Andreas, Chefredakteur der deutschsprachigen „Abendpost" in Chicago.

Kopf, Hermann (1909–1991), CDU; 1949–1969 MdB; 1960–1969 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

König, Dieter von, Bonner Korrespondent verschiedener Tageszeitungen.

Korber, Horst (1927–1981), 1945 SPD, dann SED; 1949 Flucht nach Westberlin; SPD; 1963–1967 Chef der Abteilung Grundsatzfragen in der Senatskanzlei und Unterhändler für die Passierscheinabkommen; 1967 Senatsdirektor; 1971 Justizsenator; 1975 Senator für Arbeit und Soziales; 1977 Senator für Bundesangelegenheiten; 1980 MdB.

Koslow, Frol R. (1908–1965), sowjetischer Politiker; 1958 Erster stellverstretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

Kossygin, Alexej N. (1904–1980), sowjetischer Politiker; 1964–1980 Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

Krajger, in den 60er Jahren Pressereferent der jugoslawischen Handelsmission in Bonn.

Kramer, Erwin (1902–1979), 1945 KPD, dann SED; 1954–1970 Minister für Verkehrswesen in der DDR.

Krause, Alfred (1922), Bundesbahnbeamter; 1959–1987 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.

Krautwig, Karl (1904–1981), 1953–1963 Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium; 1963–1968 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen; 1966–1969 Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.

Kreitmeyer, Reinhold (1908), Oberst a.D.; FDP; 1951–1956 MdL in Niedersachsen; 1954/55 Oberbürgermeister in Lüneburg; 1957–1965 MdB.

Krekeler, Heinz L. (1906), 1945 FDP; 1947–1950 MdL in Nordrhein-Westfalen; stellvertretender Landesvorsitzender der FDP; 1950–1955 Generalkonsul in New York; 1955–1959 Botschafter in Washington; 1958–1964 Mitglied der Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft.

Kriedemann, Herbert (1903–1977), 1915 SPD; 1946 MdL in Niedersachsen; 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates; 1949–1976 MdB.

Kroll, Hans (1898–1967), 1955–1958 Botschafter in Japan; 1958–1962 Botschafter in der UdSSR.

Krone, Heinrich (1895–1985), vor 1933: Zentrum; MdR; nach 1945: CDU; 1949–1969 MdB, 1955–1961 Fraktionsvorsitzender CDU/CSU; 1961–1964 Bundesminister für besondere Aufgaben; 1964/65 Vorsitzender des Bundesverteidigungs-

rates; 1965/66 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates.

Krueger, Werner (1915), 1956–1967 stellvertretender Leiter des Bundespresseamtes.

Krümmer, Ewald (1896–1968), FDP; 1963–1967 MdB.

Kruspi, Friedrich, SPD; Senator in Berlin.

Kubitza, Werner (1919), 1953 FDP; 1961–1969 MdB.

Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von (1916–1977), FDP; 1956–1958 Landesschatzmeister in Hessen; 1960–1972 MdB, 1963–1968 Fraktionsvorsitzender; 1972 Übertritt in die CDU, 1972–1976 MdB.

Kux, Dennis, Sekretär der US-Botschaft in Bonn.

Kux, Ernst, Schweizer Historiker.

Lahr, Rolf (1908–1985), seit 1953 Beamter im Auswärtigen Amt; 1957 Sonderbotschafter zu Verhandlungen über ein deutsch-sowjetisches Handelsabkommen; 1961 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, im selben Jahr Leiter der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften, 1969–1973 Botschafter in Rom.

Lawson, Collin, in den 60er Jahren Bonner Korrespondent des „Daily Express".

Leber, Georg (1920), 1947 SPD; Gewerkschaftsfunktionär; 1957–1983 MdB; 1966–1972 Bundesverkehrsminister, ab 1969 auch für Post- und Fernmeldewesen; 1972–1978 Bundesminister der Verteidigung.

Lemmer, Ernst (1898–1965), vor 1933: DDP, MdR; nach 1945: CDU; 1946–1947 stellvertretender Vorsitzender der CDU in Berlin und der SBZ; 1952–1970 MdB; 1956–1961 Landesvorsitzender der CDU in Berlin; 1956/57 Bundespostminister; 1957–1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

Lenin, Vladimir (1870–1924), Berufsrevolutionär; spaltete die russische Sozialdemokratie und gründete die bolschewistische Partei; nach dem von Trotzki vorbereiteten Aufstand der Bolschewiki im Oktober 1917 wurde Lenin Vorsitzender des Rates der Volkskommissariate und errichtete die Diktatur; Gründer der Sowjetunion.

Lenya, Lotte (1900–1981), österreichische Schauspielerin und Sängerin.

Lenz, Hans (1907–1968), FDP; 1953–1967 MdB; 1957–1961 stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion; 1960–1964 stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP; 1961/62 Bundesfinanzminister und 1962–1965 für wissenschaftliche Forschung.

Lenze, Franz (1910), CDU; 1953–1972 MdB.

Leonhard, Wolfgang (1921), 1943–1945 Redakteur und Rundfunksprecher beim „Nationalkomitee Freies Deutschland"; 1945 mit der Gruppe Ulbricht in die SBZ; Mitarbeiter der Abteilung Propaganda und Agitation, Dozent an der Parteihochschule; 1949 Flucht nach Jugoslawien; lebt seit 1950 in der Bundesrepublik als Schriftsteller und Professor; verschiedene Gastdozenturen an amerikanischen Universitäten.

Leopold, Kurt (1900), 1953–1965 Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel.

Leuschner, Bruno (1910–1965), 1931 KPD; 1946 SED; 1952–1961 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR; 1960–1963 Mitglied des Staatsrates der DDR.

Leuze, Eduard (1910–1973), Rechtsanwalt und Notar; FDP; 1952/53 MdB; 1950–1966 Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg.

Leverenz, Bernhard (1909), Jurist; nach 1945: FDP; 1951 stellvertretender, 1952/53 Vorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein; 1968–1974 stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP; 1954–1967 Justizminister von Schleswig-Holstein; 1958–1963 stellvertretender Ministerpräsident; 1967 Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Liberman, Jewsei G. (1897–1983), sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler; führte in die sozialistische Wirtschaftstheorie den Begriff „Profit" ein.

Lindner, Gerhard (1929), 1954–1958 Abteilungsleiter im Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD; ab 1954 Mitglied des Zentralvorstandes, ab 1959 auch des Politischen Ausschusses der LDPD; ab 1963 Mitglied der Volkskammer, ab 1980 Mitglied des Staatsrates der DDR.

Logemann, Fritz (1907), DP; 1957–1961 MdB; 1961 Übertritt zur FDP; 1961–1976 MdB; 1962–1978 stellvertretender Landesvorsitzender der FDP in Niedersachsen; 1969–1974 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Loch, Theo M. (1921–1987), Journalist; 1964/65 stellvertretender Chefredakteur des „Handelsblatt", 1965–1968 stellvertretender Chefredakteur des „Rheinischen Merkur"; 1969 WDR, 1975–1977 Leiter des Bonner Studios, 1977–1983 Chefredakteur des Programmbereichs „Politik und Zeitgeschehen".

Luchsinger, Fred, Bonner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung".

Lübke, Heinrich (1894–1972), CDU; 1946–1956 MdL in Nordrhein-Westfalen; 1949/50 und 1953–1959 MdB; 1947–1952 Ernährungs- und Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen; 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; 1959–1969 Bundespräsident.

Lücke, Paul (1914–1976), CDU; 1969–1972 MdB; 1957–1965 Bundeswohnungsbauminister; 1965–1968 Bundesinnenminister.

Lüders, Marie-Elisabeth (1878–1966), vor 1933: DDP, MdR; nach 1945: FDP; 1953–1961 MdB.

Lummer, Heinrich (1932), 1953 CDU; 1967–1987 Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin; 1981–1986 Bürgermeister und Innensenator; seit 1987 MdB.

Macmillan, Harold (1894–1986), 1957–1963 Britischer Premierminister.

Mälzig, Konrad (1900), 1948 FDP; 1955–1957 Minister für Aufbau in Niedersachsen; 1961–1965 MdB.

Maier, Reinhold (1889–1971), vor 1933: DDP, MdR; nach 1945: FDP; 1945–1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg; 1953–1956 und 1957–1959 MdB; 1957–1960 Bundesvorsitzender der FDP.

Majonica, Ernst (1920), CDU; 1950–1972 MdB; 1959–1969 Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Malinowski, Rodion J. (1898–1967), 1957 Verteidigungsminister der UdSSR.

Mann, Golo (1909), Historiker und Publizist; 1933 aus Deutschland emigriert; lehrte ab 1942 an verschiedenen Universitäten in den USA; 1960–1964 Professor für Politikwissenschaft in Stuttgart.

Mansfield, Michael J. (1903), 1961–1976 Führer der demokratischen Mehrheit im US-Senat.

Mansholt, Sicco L. (1908), 1958–1972 Vizepräsident der EWG-Kommission.

Mao Tse-tung (1893–1976), Mitbegründer der Kommunistischen Partei Chinas und 1945 zu deren Vorsitzendem gewählt.

Marcy, Carl, Staff Director des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senates.

Marder, Murray, diplomatischer Redakteur der „Washington Post".

Margulies, Robert (1908–1974), FDP; 1949–1964 MdB; 1961–1965 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Entwicklungshilfe; 1964–1966 Mitglied der Euratom-Kommission.

Markscheffel, Günter (1908–1990), SPD; 1957–1969 Chefredakteur von SPD-Pressedienst und PPP; 1969–1973 persönlicher Referent von Bundespräsident Heinemann.

Marmann, Hans, Diplomat; Anfang der 60er Jahre Generalkonsul in New Orleans.

Martin, Berthold (1913–1973), Mitbegründer der CDU in Gießen; 1957–1973 MdB.

Marshall, George C. (1880–1959), amerikanischer General und Politiker; 1947–1949 US-Außenminister; 1951/52 US-Verteidigungsminister; 1953 Friedensnobelpreis.

Marx, Hermann (1924), Rechtsanwalt, Mitglied der LDP-Hochschulgruppe in Jena; 1949 Vorsitzender des Ausschusses für Hochschul- und Studentenfragen bei der LDP-Parteileitung; 1951 verhaftet, nach seiner Entlassung Übersiedlung in die Bundesrepublik; 1960–1969 Justitiar bzw. zeitweise Bundesgeschäftsführer der FDP; 1970–1980 Ministerialrat bzw. -direktor im Bundesinnenministerium und im Bundeskanzleramt.

Marx, Werner (1925–1985), 1947 CDU; 1965–1985 MdB; 1980 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses; 1982 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Mason, James (1909), englischer Schauspieler.

Mattick, Kurt (1908–1986), 1926 SPD; 1946–1953 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung und des Abgeordnetenhauses; 1947–1952 und 1958–1963 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD; 1953–1980 MdB; 1963–1968 Landesvorsitzender der SPD.

Mauk, Adolf (1906), FDP; 1952–1969 MdB.

Maurer, Heinrich J. (1925), FDP; 1962–1970 in der Pressestelle der FDP tätig.

McCloy, John J. (1895–1989), 1949–1952 Hoher Kommissar der USA für Deutschland; 1953–1960 Vorsitzender des Chase Manhattan Bank; 1961/62 Sonderbeauftragter Kennedys für Abrüstungsfragen.

McGhee, George C. (1912), 1963–1968 US-Botschafter in Bonn.

McNamara, Robert S. (1916), 1961–1968 US-Verteidigungsminister; 1968–1981 Präsident der Weltbank.

Meir, Golda (1898–1978), israelische Politikerin; 1956–1965 Außenministerin, 1969–1974 Ministerpräsidentin.

Mende, Erich (1916) FDP; 1949–1980 MdB; 1957–1963 Fraktionsvorsitzender; 1960–1968 Bundesvorsitzender der FDP; 1963–1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler; 1970 Übertritt in die CDU.

Menne, Alexander W. (1904–1993), Industriekaufmann; FDP; 1946–1956 Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie; 1961–1969 und 1972 MdB; 1965–1969 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft.

Merchant, Livingston T. (1903–1976), stellvertretender Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten im State Department; 1963 Verhandlungsführer bei den Verhandlungen über eine multilaterale Atomstreitmacht.

Merkatz, Hans Joachim von (1905–1982), zunächst DP; ab 1949 MdL und 1953–1956 Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag; 1960 CDU; 1955–1962 Bundesratsminister.

Mertes, Werner (1919–1985), 1953 FDP; 1961–1976 MdB; 1964–1976 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion.

Meyer, Gerhard Moritz (1937), Jurist, 1959 FDP; 1964–1966 stellvertretender Bundesvorsitzender der djd; 1974 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft; 1977/78 Justizsenator in Hamburg; 1978–1981 Justizsenator von Berlin.

Meyers, Franz (1908), CDU; 1952–1956 MdL; 1958/58 MdB; 1958–1966 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Middelhauve, Friedrich (1896–1966), Studium von Literatur, Geschichte und Kunstgeschichte; 1932 Deutsche Staatspartei; 1946 FDP; 1. Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen; 1946–1958 MdL; 1949/50 und 1953/54 MdB; 1954 Wirtschafts- und Verkehrsminister in Nordrhein-Westfalen; seit 1950 Mitglied des Bundesvorstandes der FDP; 1958 Rückzug aus der parlamentarischen Arbeit.

Miessner, Herwart (1911), Jurist; 1949/50 MdB (Deutsche Reichspartei); 1950 FDP; 1959–1969 MdB.

Mischnick, Wolfgang (1921), 1945 Mitbegründer der LDP in Dresden, 1947 stellvertretender Landesvorsitzender der LDP in Sachsen; 1948 Flucht nach Frankfurt/M., Jugendsekretär der FDP in Hessen; 1954–1957 Bundesvorsitzender der djd; 1954–1957 MdL; seit 1957 MdB; 1959–1961 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1953–1968 stellvertretender, 1968–1991 Vorsitzender der Bundestagsfraktion; 1961–1963 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Mitterrand, François (1916), französischer Politiker; 1952/53 und 1956/57 Innen-, 1954/55 Justizminister; seit 1981 französischer Staatspräsident.

Moersch, Karl (1926), Journalist; 1961–1964 FDP-Pressesprecher; 1964–1976 MdB; 1970 Parlamentarischer Staatssekretär; 1974–1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt; 1971–1974 Vorsitzender des FDP-Landesverbandes Baden-Württemberg; 1982 Austritt aus der FDP.

Molter, Hermann (1914), FDP; in den 50er Jahren MdL in Hessen.

Mommer, Karl (1910–1990), 1930 KPD, 1937 SPD; 1947–1949 Referent im Deutschen Büro für Friedensfragen; 1949–1969 MdB; 1957–1969 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Morris, Brewster H., 1957–1961 Leiter der US-Mission in Berlin; anschließend Gesandter in Bonn.

Mouser, Grant Earl, Botschaftssekretär in der US-Botschaft.

Müggenburg, Günther (1925), Journalist; 1948 Westdeutsche Allgemeine Zeitung; 1955–1962 Bonner Korrespondent der WAZ; seit 1963 beim WDR als Bonner Korrespondent, Chefkorrespondent und Korrespondent im Ausland, seit 1984 Generalbevollmächtigter beim WAZ-Konzern.

Mühlen, Klaus Freiherr von (1909–1985), Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft; Journalist; FDP; 1959–1965 MdB.

Müller, Claus Christian (1926), Assistent in der FDP-Bundestagsfraktion in den späten 50er und 60er Jahren.

Müller, Gebhard (1900–1990), CDU; 1947–1952 Landesvorsitzender in Württemberg-Baden und 1948–1952 Staatspräsident; 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg; 1958–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichtes.

Müller-Link, Peter-Heinz (1921), FDP; in den 50er Jahren Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und stellvertretender Landesvorsitzender; 1961–1966 Bausenator.

Nannen, Henri (1913), Journalist und Verleger; Chefredakteur, ab 1981 Herausgeber des „Stern".

Nasser, Gamal Abd el (1918–1970), 1953 stellvertretender, 1954 Ministerpräsident von Ägypten; 1956 Staatspräsident.

Naupert, Heinz, 1964 Botschaftsrat der BRD in Moskau.

Nellen, Peter (1912), CDU; 1949–1969 MdB; 1960 Übertritt zur SPD.

Neven du Mont, Jürgen (1921–1979), Journalist; 1954–1956 Chefredakteur im Ullstein-Verlag; 1956–1962 Chefreporter beim Hessischen Rundfunk (Fernsehen) und NDR; 1967–1971 freier Journalist; 1971–1974 ZDF; seit 1972 Mitglied der FDP.

Niederalt, Alois (1911), CSU; 1953–1969 MdB; 1962–1966 Bundesratsminister.

Noe, Josef, Verlagsdirektor der in Chicago erscheinenden Tageszeitung „Abendpost".

Nölter, Wolfgang, Leiter des Washingtoner dpa-Büros.

Nölting, Erik (1892–1953), 1923 SPD; 1947–1950 Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen; 1949–1954 MdB.

Norden, Albert (1904–1982), Journalist und SED-Politiker.

Nottbeck, Arvid von (1903–1981), FDP; Mitglied des Landesvorstandes von Niedersachsen und des Bundesvorstandes der FDP; 1956/57 und 1959–1965 Niedersächsischer Justizminister.

Novotny, Antonin (1904–1975), tschechoslowakischer Politiker; 1951–1953 stellvertretender Ministerpräsident; 1957–1968 Staatspräsident der ČSSR.

Novotny, Vaclav, Bonner Korrespondent des Prager Rundfunks.

Nowikow, Ignati, in den 60er Jahren sowjetischer UNO-Botschafter.

Oellers, Fritz (1903–1977), 1945 LDPD; 1946 FDP; 1949–1951 MdB; ab 1951 im Auswärtigen Dienst; 1951–1956 Botschafter in Rio de Janeiro, 1956–1959 Botschafter in Ankara.

Ollenhauer, Erich (1901–1963), SPD; 1949–1963 MdB; 1952–1963 Fraktions- und Parteivorsitzender.

Ollesch, Alfred (1915), 1947 FDP; 1955–1961 MdL; 1961–1980 MdB.

Opitz, Rudolf (1920), 1950 FDP; 1961–1969 und 1972 MdB.

Osborn, Chase S., Leiterin des nordamerikanischen Sekretariats der 1958 gegründeten Internationalen Bewegung für eine atlantische Union.

Oxfort, Hermann (1928), 1949 LDPD, 1952 FDP; 1963–1975 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin; 1969–1971 und 1989–1990 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin; 1975/76 und 1983–1987 Justizsenator.

Paczensky, Gert von (1925), Journalist und Schriftsteller.

Parr, Grant, Berater für Pressearbeit im US-Außenministerium.

Pätsch, Werner, Sachbearbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz.

Peres, Shimon (1923), israelischer Politiker.

Peters, Walter (1912–1979), FDP; 1961–1972 und 1975–1980 MdB.

Pferdmenges, Robert (1880–1962), Bankier und Politiker; CDU; 1949–1962 MdB.

Pfleiderer, Karl Georg (1899–1957), FDP; Beamter im Auswärtigen Amt; 1949–1955 MdB; 1955–1957 Botschafter in Belgrad.

Pleven, René (1901), französischer Politiker; 1957 Außenminister, 1969–1973 Justizminister.

Podkowinski, Marian (1919), polnischer Journalist; 1961–1966 Korrespondent von Tribuna Ludu in Bonn.

Poljanow, Nikolai, sowjetischer Journalist der Iswestija.

Popovicz, Kotscha (1908), 1953–1965 jugoslawischer Außenminister.

Potthoff, Klaus, 1964 Bundesgeschäftsführer der djd.

Preiss, Ludwig (1910), FDP; 1949–1956 MdB; Übertritt zur DP; 1957–1961 MdB.

Proske, Rüdiger (1916), Publizist; 1961–1963 „Panorama", danach Produzent von Fernsehdokumentarfilmen.

Psomiades, Henry, Professor der School for International Affairs an der Columbia-Universität in New York.

Purwin, Hilde, in den 50er und 60er Jahren Bonner Korrespondentin mehrerer Tageszeitungen.

Rademacher, Willy Max (1897–1971), vor 1933: DDP; nach 1945: FDP; 1946–1958 und 1966–1969 Landesvorsitzender in Hamburg; 1949–1965 MdB.

Rahn, Rudolf (1900–1975), ab 1928 im Diplomatischen Dienst; mehrere Auslandsposten; 1943–1945 Botschafter in Rom; 1945–1947 interniert; danach: FDP; beratendes Mitglied des Außenpolitischen Arbeitskreises der FDP-Bundestagsfraktion.

Raiser, Ludwig (1904), 1952–1955 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft; 1961–1965 Vorsitzender des Deutschen Wissenschaftsrates; Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD und maßgeblich an der Denkschrift der EKD zur Oder-Neiße-Grenze beteiligt.

Rapacki, Adam (1909–1970), 1956–1968 polnischer Außenminister.

Rapp, Alfred (1903–1991), Journalist; 1949 Bonner Korrespondent und ab 1958 Leiter des Bonner Büros der FAZ; 1953–1965 Vorsitzender des Presse-Clubs Bonn.

Rasner, Will (1920–1971), Journalist; 1952 CDU; 1953–1971 MdB; ab 1955 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Rathke, Arthur (1920–1980), Arzt und Journalist; 1956 CDU; 1959–1963 Pressechef des Deutschen Beamtenbundes; 1963–1970 Pressesprecher der CDU, ab 1966 auch Leiter der CDU-Presseabteilung; ab 1970 Sprecher der CDU-Landesregierung in Schleswig-Holstein.

Rauch, Ruprecht (1928), 1954–1963 Auswärtiges Amt; 1963–1970 Protokollchef des Berliner Senats; 1970 Generalkonsul in Kalkutta; 1951–1971 Mitglied der FDP.

Reif, Hans (1899–1984), vor 1933: DDP; 1945 Mitbegründer der LDP in Leipzig; 1946 FDP; ab 1946 Professor für politische Wirtschaftslehre an der Hochschule für Politik in Berlin, später Otto-Suhr-Institut; 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates; 1949–1957 MdB; 1958/59 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP; 1963–1971 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin; 1971 Ehrenbürger.

Reiss, Jürgen (1924), Journalist; seit 1947 Ressortleiter und Chefredakteur verschiedener Berliner Tageszeitungen; 1965 Vorsitzender der Berliner Pressekonferenz.

Reston, James B. (1909), amerikanischer Journalist; seit 1939 „New York Times".

Reuss, Erwin, Journalist; 1963 stellv. Pressesprecher der Stadt Bonn; ab 1964 in der Pressestelle der FDP-Bundestagsfraktion; 1966 Leiter der Pressestelle; ab 1970 Leiter der Pressestelle im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Rieger, Alfred (1907–1990), 1956–1973 Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der FDP.

Rieger, Walter (1908–1989), Rechtsanwalt; 1952 FDP; 1957/58 Regierungspräsident von Köln; 1961–1965 MdB.

Risch, Benno (1930), Diplom-Volkswirt; Hauptverwaltungsrat in der Kommission der Europäischen Gemeinschaft.

Romine, Dean Stephen, Dekan der School of Education der Colorado University in Denver.

Rommerskirchen, Josef (1916), CDU; 1947–1952 Vorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend; 1960–1976 MdB.

Rosenfeld, Helmut (1901–1979), Journalist; 1954–1966 Hilfsreferent im Bundespresseamt, 1956 FDP; 1968–1971 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung.

Rostow, Walt W. (1916), amerikanischer Nationalökonom und Politiker; 1961–1966 außenpolitischer Berater und 1966–1969 Berater des amerikanischen Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit.

Rubin, Hans-Wolfgang (1912–1986), 1945 Mitbegründer der FDP in Nordrhein-Westfalen; 1950–1956 Landesschatzmeister in Nordrhein-Westfalen; 1952–1974 Bundesschatzmeister der FDP.

Rusk, Dean (1909), amerikanischer Politiker; 1952–1961 Präsident der Rockefeller Foundation; 1961–1969 Außenminister.

Rutschke, Wolfgang (1919), Verwaltungsjurist; 1951 FDP; 1957–1971 MdB; 1971–1973 Ministerialdirektor und dann Staatssekretär im Bundesinnenministerium; 1973–1984 Vorsitzender der Lastenausgleichsbank.

Saam, Hermann (1910), 1949–1955 sowie 1960–1974 Bürgermeister in Freudenstadt bzw. Wildbad; 1960–1964 MdL; 1964–1967 Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg der FDP; 1965–1969 MdB.

Sacharov, Valentin; sowjetischer Rundfunkjournalist und Kommentator von Radio Moskau.

Sänger, Fritz (1901–1984), Journalist; seit 1920 SPD; 1947–1955 Chefredakteur von DPD bzw. DPA; 1961–1969 MdB.

Salinger, Pierre (1925), 1961–1964 Pressechef des amerikanischen Präsidenten.

Sander, Heinrich (1910), FDP; 1957–1969 MdB.

Schäfer, Helmut (1933), 1964 FDP; 1966–1968 stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten; seit 1976 MdB; seit 1987 Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Schäfer, Hermann (1892–1966), vor 1933: DDP; 1945 Gründungsmitglied der FDP; 1946 stellvertretender Landesvorsitzender in Hamburg; 1948 Mitglied des Parlamentarischen Rates, ab 1949 MdB; 1953 Bundesminister für besondere Aufgaben; 1956 Austritt aus der FDP, Mitglied der FVP.

Scheel, Walter (1919), FDP; 1950–1953 MdL Nordhrein-Westfalen; 1953–1974 MdB; 1955–1959 Mitglied des Europäischen Parlaments; 1961–1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit; 1968–1974 Bundesvorsitzender der FDP; 1969–1974 Außenminister; 1975–1979 Bundespräsident.

Scheufelen, Klaus H. (1913), Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Nordwürttemberg und des CDU-Wirtschaftsrates.

Scheuren, Josef (1898), SPD; 1953–1969 MdB.

Schmidt, Hannsheinrich (1922), 1955 FDP; 1961–1983 MdB.

Schmücker, Kurt (1919), CDU; 1949–1972 MdB; 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft und 1966–1969 Bundesminister für Finanzen.

Schneider, Heinrich (1907–1974), 1930–1937 NSDAP; von 1955 bis zur Auflösung 1962 Vorsitzender der DPS; 1960/61 stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP; 1969 Austritt aus der FDP.

Schneider, Hans Roderich (1925), Journalist; 1961–1969 „Spiegel"-Korrespondent in Bonn; 1969/70 Pressesprecher der FDP; danach bei der „Welt".

Schnitzler, Karl Eduard von (1918), 1946 Mitbegründer des NWDR in Köln und bis 1947 Leiter der politischen Abteilung und stellvertretender Intendant, 1947 entlassen; Übersiedlung in die SBZ; ab 1948 Mitarbeiter des Berliner Rundfunks und Mitglied der Parteihochschule der SED; Chefkommentator des DDR-Fernsehens und Autor der Sendung „Der schwarze Kanal".

Schölmerich, Joseph, eigentlich: Joseph Scholmer; 1949 in der SBZ verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt; in den 60er Jahren Mitarbeiter des WDR.

Schorr, Daniel L., CBS-Korrespondent in Bonn.

Schoettle, Erwin (1899–1976), Verleger, 1919 SPD; 1947–1962 Landesvorsitzender in Baden-Württemberg; 1949–1972 MdB; 1961–1969 Vizepräsident des Bundestages.

Schouwenaar-Franssen, J. F., niederländischer Liberaler.

Schröder, Georg (1905), Bonner Korrespondent der „Welt".

Schröder, Gerhard (1910–1989), CDU; 1949–1980 MdB; 1953–1961 Bundesinnenminister, 1961–1966 Außenminister und 1966–1969 Verteidigungsminister.

Schtscherbakov, Ivan J., bis 1962 Botschaftssekretär in der sowjetischen Botschaft in Bonn; 1965 vom Bundesnachrichtendienst als Spion enttarnt.

Schumacher, Ernst-Wolfgang, stellvertretender Vorsitzender des Ortsverbandes Köln der LWU.

Schultz, Fritz Rudolf (1917), nach 1945 FDP; 1953–1957 MdL in Rheinland-Pfalz; 1957–1970 MdB; 1970–1975 Wehrbeauftragter.

Schulz, Klaus-Peter (1915), 1931 SPD; ab 1946 politischer Redakteur des „Tagesspiegel" und Chefredakteur der Zeitung „Der Sozialdemokrat"; Kommentator verschiedener Rundfunkanstalten der ARD; 1963–1965 MdA; 1965–1976 MdB; 1971 Übertritt zur CDU.

Schwakenberg, F. Paul, Journalist; ab 1962 Bonner Korrespondent verschiedener Tageszeitungen.

Schwarzkopf, Dietrich (1927), 1952–1962 Redakteur und ab 1955 Bonner Korrespondent des „Tagesspiegel"; 1962–1966 Bonner Korrespondent des Deutschlandfunks; 1966–1974 Programmdirektor des NDR und stellvertretender Intendant; 1976–1992 Programmdirektor der ARD.

Schwedler, Rolf (1914–1981), SPD; 1955–1972 Senator für Bau- und Wohnungswesen in Berlin; 1972–1976 MdB.

Schwennicke, Carl-Hubert (1906–1992), vor 1933: DVP; nach 1945: LDP bzw. FDP; 1945–1956 Landesvorsitzender von Berlin; 1956 Austritt aus der FDP.

Seebohm, Hans Christoph (1903–1967), bis 1960 DP, dann CDU; 1946–1948 Minister für Aufbau und Arbeit in Niedersachsen; 1946–1963 MdL; 1949–1967 MdB; 1949–1966 Bundesminister für Verkehr; seit 1959 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Seibt, Peter (1929–1990), Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bremen; FDP; Mitglied des Bundesfachausschusses Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik der FDP.

Selbmann, Eugen, wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion.

Sethe, Paul (1901–1967), Schriftsteller und Journalist.

Simonis, Paul (1912), seit 1950 2. bzw. 1. Vorsitzender der DPS bzw. der FDP des Landesverbandes Saar; 1961–1970 Minister für Arbeit und Sozialwesen im Saarland.

Slansky, Rudolf (1901–1952), tschechischer Politiker; seit 1921 Mitglied der KP; 1951 verhaftet und 1952 nach einem Schauprozeß hingerichtet.

Smirnow, Andrej (1905–1982), 1957–1962 sowjetischer Botschafter in der Bundesrepublik.

Sommer, Theo (1930), Journalist; 1958–1970 politischer Redakteur bei der „Zeit"; 1969/70 Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium; 1973 Chefredakteur und seit 1974 Mitherausgeber der „Zeit".

Sommerlatte, Berater des Außenpolitischen Arbeitskreises der FDP-Bundestagsfraktion.

Sonnenhol, Gustav Adolf (1912–1988), nach 1945: FDP; 1957 Vertreter der Bundesrepublik beim Europäischen Wirtschaftsrat in Paris; 1962 Leiter der Abteilung Entwicklungspolitik im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; 1968 Botschafter in Südafrika; 1971 Botschafter in der Türkei.

Sperber, Richard E., Präsident des 1957 gegründeten „Amerikanischen Rates für die Wiedervereinigung Deutschland"; Chefredakteur der deutschsprachigen „Abendpost" in Chicago; kehrte in den 60er Jahren nach Deutschland zurück und war einige Jahre Pressereferent in der Landesgeschäftsstelle Niedersachsen der FDP; trat Anfang der 70er Jahre aus der FDP aus und schloß sich der „Aktionsgemeinschaft 4. Partei" an, die er 1976 verließ.

Springer, Axel C. (1912–1985), Verleger und Journalist; baute ab 1946 den größten Pressekonzern Deutschlands auf.

Stalin, Josip W. (1879–1953), 1922–1953 Generalsekretär der KPdSU.

Stallberg, Fritz (1919), SPD; 1946–1966 politischer Ressortleiter der „Westfälischen Rundschau" bzw. des „Hamburger Echos"; 1963–1966 stellvertretender Chefredakteur des „Vorwärts"; 1966/67 Sprecher des SPD-Vorstandes.

Stammberger, Wolfgang (1920–1982), 1946 FDP; 1953–1969 MdB, seit 1964 SPD; 1961–1962 Bundesjustizminister.

Starke, Heinz (1911), Studium der Rechts- und Staatswissenschaften; nach 1945 FDP; 1953–1980 MdB, seit 1970 CDU; 1961–1962 Bundesfinanzminister.

Steel, Sir Christopher (1903–1973), 1956–1963 Botschafter Großbritanniens in der Bundesrepublik.

Steiner, Kurt, Professor der politischen Wissenschaft in Stanford.

Sternberger, Dolf (1907–1989), Professor der politischen Wissenschaften und Schriftsteller; ständiger Mitarbeiter in FAZ und Hessischem Rundfunk.

Stoltenberg, Gerhard (1928), 1947 CDU; seit 1957 MdB; 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein; 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung; 1982–1989 Bundesminister der Finanzen; 1989–1992 Bundesminister der Verteidigung.

Stoltz, Volker (1941), 1964–1967 Assistent des Bundesgeschäftsführers der FDP.

Stoph, Willi (1914), 1931 und 1945 KPD, dann SED; 1952–1955 Innenminister der DDR; 1956–1960 Minister für Nationale Verteidigung; 1964–1973 Vorsitzender des Ministerrates; 1973–1976 Vorsitzender des Staatsrates; 1976–1989 erneut Vorsitzender des Ministerrates; am 3.12.1989 aus der SED ausgeschlossen.

Straetling, Erich (1918), 1948 Protokollführer im Parlamentarischen Rat; seit 1955 im Auswärtigen Amt; 1958–1966 Botschaftsrat in Washington, danach Botschafter in Bukarest, Pretoria, Santiago de Chile und Ottawa.

Strauß, Franz Josef (1915–1988), CSU; 1949–1978 MdB; 1955–1956 Minister für Atomfragen; 1956–1962 Bundesverteidigungsminister, 1966–1969 Bundesfinanzminister; 1978–1988 Bayerischer Ministerpräsident.

Strauss, Walter (1900–1976), CDU; 1946/47 Staatssekretär im Hessischen Staatsministerium; 1948 Parlamentarischer Rat; 1949–1962 Staatssekretär im Bundesjustizministerium.

Stritzek, Helmut, LSD-Vorsitzender.

Stubbe, Walter, FDP; in den 60er Jahren Beamter in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes.

Sturm, Adolf, FDP; gründete 1963 den weit rechts stehenden „Freien Deutschen Studentenbund" (FDS) als Konkurrenzunternehmen zum LSD.

Suhrbier, Max (1902–1971), 1946 LDP; 1948–1952 Finanzminister des Landes Mecklenburg; 1947–1952 Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg der LDP; 1950–1958 Mitglied der Volkskammer; 1959–1961 stellvertretender Finanzminister der DDR, 1960–1971 1. Vorsitzender der LDPD; 1960–1965 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

Supf, Ernst (1895–1970), FDP; 1961–1965 MdB.

Sweet, Paul, 1. Botschaftssekretär in der US-Botschaft.

Teller, Edward (1908), amerikanischer Physiker; maßgeblich an der Entwicklung der Atom- und Wasserstoffbombe beteiligt.

Thalheim, Karl C. (1900), Professor der Volkswirtschaftslehre; Mitglied des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands.

Thedieck, Franz (1900), 1949–1964 Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen; 1966–1972 Intendant des ZDF.

Thomas, Stephan (1910–1987), 1948–1966 Leiter des Ostbüros der SPD; 1968–1975 stellvertretender Intendant des Deutschlandfunks.

Thompson, Llewellyn (1904–1972), 1957–1962 Botschafter der USA in Moskau.

Thorn, Gaston (1928), luxemburgischer liberaler Politiker; 1969–1974 Minister, 1974–1979 Ministerpräsident und Außenminister; 1970–1982 Präsident der Liberalen Internationale; 1976–1981 Präsident der Föderation der liberalen und demokratischen Parteien der EG; seit 1981 Präsident der EG-Kommission.

Tito, Josip Broz (1892–1980), 1945–1953 jugoslawischer Ministerpräsident.

Tobias, Sheila (1935), arbeitete 1957/58 als Journalistin in der Pressestelle der FDP-Bundesgeschäftsstelle.

Tönnies, Norbert, Journalist; Bonner Korrespondent des „General-Anzeigers"; ab 1964 freier Journalist.

Trampe, Gustav (1932), Journalist; 1963–1966 Bonner Korrespondent der „Welt"; seit 1966 beim ZDF.

Triska, Jan, Professor für politische Wissenschaften an der Stanford University.

Ulbricht, Walter (1893–1973), 1949–1960 1. stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der DDR; 1950–1953 Generalsekretär, 1953–1971 1. Sekretär der SED; 1960–1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrates.

Ungeheuer, Josef (1909–1959), Studium der Theologie und Philosophie; nach 1945: FDP; 1949 Leiter der Pressestelle der FDP, Chefredakteur der „Freien Demokratischen Korrespondenz".

Vialon, Friedrich Karl (1905), 1958–1962 im Bundeskanzleramt; 1962–1966 Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Voitel, Gottfried, FDP; Stadtverordneter in Frankfurt/M.; Mitglied des LDP-Bundesbeirates der FDP.

Wacher, Gerhard (1916), CSU; 1953–1963 MdB.

Wagner, Leo (1919), CSU; 1961–1976 MdB.

Wagner, Wolfgang (1925), Journalist; Bonner Korrespondent mehrerer deutscher Tageszeitungen.

Walper, Klaus (1924), Diplom-Volkswirt; 1957–1969 in verschiedenen Funktionen in der FDP-Bundesgeschäftsstelle tätig.

Weber, Fritz (1911), Landwirt; FDP; 1956–1965 MdB.

Weber, Karl (1898), CDU; 1949–1965 MdB; 1965 Bundesjustizminister.

Wehner, Herbert (1906–1990), vor 1933: KPD; 1935–1946 Emigration; nach 1945: SPD; 1949–1983 MdB; 1949–1967 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen; 1966–1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen; 1969–1983 Fraktionsvorsitzender.

Weirauch, Lothar (1908–1983), FDP; 1948–1950 Landesgeschäftsführer in Nordrhein-Westfalen; 1950–1955 Bundesgeschäftsführer der FDP; 1956–1964 im Bundesverteidigungsministerium, seit 1964 im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen.

Welck, Wolfgang Freiherr von (1901–1973), seit 1927 im auswärtigen Dienst; 1958 Botschafter in Madrid und 1963 Botschafter in Bern.

Wendt, Erich (1902–1973), SED; seit 1957 Staatssekretär im Ministerium für Kultur der DDR und stellvertretender Vorsitzender des Kulturbundes.

Wenger, Paul Wilhelm (1912–1983), Jurist und Journalist; 1948–1983 Bonner Redakteur des „Rheinischen Merkur".

Wessel, Helene (1889–1969), Zentrum; 1949–1952 Vorsitzende; 1949–1953 MdB; 1957–1969 MdB (SPD).

Wessel, Kurt (1908–1976), 1963–1973 Chefredakteur des „Münchener Merkurs".

Weyer, Willi (1917–1987), FDP; 1956–1972 Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen; 1963–1968 stellvertretender Bundesvorsitzender; 1953/54 MdB; 1956–1958 Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen; 1974–1986 Präsident des Deutschen Sportbundes.

Williams, Elwood, Berlin-Referent in der Deutschland-Abteilung des State Department.

Willner, Herbert Adolf (1926), 1944 Waffen-SS; NSDAP; nach 1945 Journalistik-Studium an der Universität Leipzig; SED; 1961 „Flucht" in die BRD; „Spiegel"-Redakteur; 1963 FDP-Mitglied; 1965–1973 Mitarbeiter der FDP-Pressestelle in Bonn; 1973–1979 Referent in der politischen Abteilung der Bundesgeschäftsstelle; 1979–1985 Referent der Friedrich-Naumann-Stiftung; 1985 nach Aufdekkung seiner Agententätigkeit Flucht in die DDR.

Wilson, Sir Harold (1916), britischer Politiker; 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister.

Witsinis, Igor, Moskauer dpa-Korrespondent.

Wladimirow, G. I., Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn.

Wörner, Manfred (1934), CDU; 1965–1988 MdB; 1982–1988 Bundesminister der Verteidigung; seit 1988 Nato-Generalsekretär.

Wolfson, Philip J., 1. Sekretär der US-Botschaft in Bonn.

Wünsche, Kurt (1929), LDPD; 1954–1966 stellvertretender Generalsekretär der LDPD; 1967–1972 und 1989–1990 Justizminister der DDR.

Würmeling, Franz-Joseph (1900–1986), CDU; 1949–1969 MdB; 1953–1962 Bundesminister für Familienfragen.

Zehrer, Hans (1899–1966), Journalist; 1953–1966 Chefredakteur der „Welt".

Zimmermann, Friedrich (1925), CSU; 1956–1963 Generalsekretär der CSU; 1957–1991 MdB; 1976–1982 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe; 1982–1991 Bundesinnenminister.

Zoeger, Heinz, Redakteur des WDR.

Zoglmann, Siegfried (1913), nach 1945: FDP; 1950 Pressereferent des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Landesvorstandes; 1954–1958 MdL; 1957–1976 MdB (ab 1970 als Gast und ab 1972 als Mitglied der CDU/CSU-Fraktion); 1961–1970 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion; 1963–1968 stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Zundel, Rolf (1928–1989), Journalist der Wochenzeitung DIE ZEIT.

Abkürzungen

AdL	= Archiv des Deutschen Liberalismus
ADG	= Keesing's Archiv der Gegenwart
ADN	= Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
ARD	= Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands
AP	= Associated Press (amerikanische Nachrichtenagentur)
BBC	= British Broadcasting Corporation
BHE	= Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BPA	= Bundespresseamt
BRD	= Bundesrepublik Deutschland
CDU	= Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CSU	= Christlich-Soziale Union
DDR	= Deutsche Demokratische Republik
DDP	= Deutsche Demokratische Partei
DFS	= Deutsches Fernsehen
DGB	= Deutscher Gewerkschaftsbund
DJD	= Deutsche Jungdemokraten
DP	= Deutsche Partei
DPA	= Deutsche Presseagentur
DPS	= Deutsche Partei Saar
DRK	= Deutsches Rotes Kreuz
DRP	= Deutsche Reichspartei
DStP	= Deutsche Staatspartei
DUD	= Deutschland Union Dienst
DVP	= Deutsche Volkspartei (vor 1933); Demokratische Volkspartei (nach 1945)
EVG	= Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	= Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDJ	= Freie Deutsche Jugend
fdk	= freie demokratische korrespondenz
FDP	= Freie Demokratische Partei
FDS	= Freier Demokratischer Studentenbund
GB	= Gesamtdeutscher Block
IOK	= Internationales Olympisches Komitee
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	= Kommunistische Partei der Sowjetunion
LDP(D)	= Liberaldemokratische Partei (Deutschlands)
LSD	= Liberaler Studentenbund Deutschlands
MdB	= Mitglied des Bundestages

MdL = Mitglied des Landtages
MdR = Mitglied des Reichstages
MLF = Multilateral Force
NBC = National Broadcasting Corporation
NATO = North Atlantic Treaty Organisation
NDPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRZ = Neue Rheinzeitung
NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NZZ = Neue Zürcher Zeitung
PPP = Politisch-Parlamentarischer Pressedienst
RS = Rundschreiben
SAP = Sozialistische Arbeiterpartei
SBZ = Sowjetisch besetzte Zone
SED = Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSD = Staatssicherheitsdienst
SWF = Südwestfunk
SZ = Süddeutsche Zeitung
TASS = Telegrafnoje Agenstwo Sowjetskowo Sojusa (staatliche sowjetische Nachrichtenagentur)
UdSSR = Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN(O) = United Nations (Organisation)
UPI = United Press International (amerikanische Nachrichtenagentur)
USA = United States of America
WAZ = Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WDR = Westdeutscher Rundfunk
WEU = Westeuropäische Union
ZK = Zentralkomitee

Personenregister

Abusch, Alexander 176, 187
Achenbach, Ernst 19, 23, 26, 33, 54, 55, 60, 62, 63, 69, 70, 73, 82, 87, 101, 104–106, 108, 109, 111, 112, 115, 150, 151, 155, 156, 158, 165, 174, 182, 187–191, 193, 201, 202, 205, 207–210, 225, 232f., 235f., 257, 284, 295, 304, 309, 310, 319, 329, 341
Acheson, Dean 116, 123, 143
Adelmann, Raban Graf 127
Adenauer, Konrad 7, 9–11, 15–26, 28–35, 38, 41, 44, 45, 52, 53, 55–58, 60–64, 66–72, 75–93, 97, 98, 100, 102–108, 110–112, 114, 116–119, 124, 130, 131, 133, 137, 138, 146, 149, 156, 159, 161, 163, 165–171, 188, 197, 199, 203, 212, 227, 228, 230, 232, 234, 235, 251, 275, 278, 281, 283, 286, 291, 303, 323, 333, 336
Adschubej, Alexej 32
Ahlers, Conrad 42, 77, 78
Albertz, Heinrich 215
Aldenhoven, Otmar 84
Altmann, Rüdiger 109
Amrehn, Franz 64, 102
Appel, Reinhard 187
Argoud, Antoine C. 180f.
Armstrong, Louis 128
Arndt, Adolf 250
Arnold, Hans 303f.
Aschoff, Albrecht 82, 96, 105f.
Atzenroth, Karl 55, 183
Augstein, Rudolf 28, 39, 69, 74, 77, 97, 275, 278, 291

Baare-Schmidt, Hans Georg 265
Bahr, Egon 229, 339f.
Ball, George 97f.
Barowski, Ella 201
Barsig, Franz 68, 156, 200, 258, 283
Barzel, Rainer 91, 167, 177, 178, 184, 191, 203, 204, 209, 227–229, 231, 264, 279, 286, 290, 294, 297f., 318–320, 325, 337
Baum, Gerhart Rudolf 297, 329
Bender, Peter 110, 192, 199, 229, 268, 308, 338, 339
Ben Gurion, David 245
Berghes, Ferry von 43
Berija, Lawrentij P. 114
Bezold, Otto 260, 271
Birrenbach, Kurt 251
Bismarck, Otto von 136
Bitzer, Eberhard 65
Blank, Theodor 100
Blessing, Otto 210
Blumberg, Warren Philip 233
Blumenfeld, Eric 18f., 54
Blumenthal, Irene 133
Boenisch, Peter 212
Bökel, Walter 84, 226, 335
Bolesch, Hermann O. 258
Bölling, Klaus 229
Bonde-Henriksen, Henrik 79, 190, 223
Borch, Herbert von 122
Borm, William 52, 64, 88, 185, 186, 188, 189, 200, 206, 235, 261, 295, 304, 313, 314
Bortscheller, Georg 24, 104, 240
Brandt, Willy 24, 71, 74, 87, 102, 103, 105, 110, 123, 137, 138, 167, 172, 173, 176, 178, 185, 190, 193, 194, 204, 215, 228, 242, 243, 254, 281, 339
Brecht, Bertolt 135
Brentano, Heinrich von 23, 26, 27, 37, 39, 40, 45, 54f., 66, 67, 98, 99, 108, 112, 116, 127, 149, 158–160, 177, 188, 215
Breschnew, Leonid 150, 223, 304
Brodesser, Karl-Friedrich 37, 169, 196, 230f., 264, 273, 289, 298, 309
Brüning, Heinrich 169
Brzezinski, Zbigniew 341
Bucher, Ewald 17, 24, 26f., 33, 47, 51, 52, 55, 58, 60, 70, 82, 86, 90, 91, 117, 161, 186, 187, 189, 206, 208, 211, 221, 230, 231, 237, 243, 249, 250, 252, 253, 261, 263, 270, 275, 288, 290, 291, 293, 295, 309, 315, 317, 338, 342
Buchheim, Friedrich 263
Bulganin, Nikolaj 144, 278
Bundy, McGeorge 72
Bursig, Hans 170, 211
Busse, Hermann 265, 266

Campbell 142
Carstens, Karl 64, 108, 180f., 191, 194, 225, 230, 247, 304, 341
Chruschtschow, Nikita S. 30–33, 44, 73, 74, 83f., 95, 99, 102, 103, 114, 118, 123, 139, 150, 155–157, 163, 166, 168, 172, 173, 197, 202, 221, 223, 224, 238
Churchill, Winston 239
Clay, Lucius D. 48
Clément, Alain 16, 127
Codding, George 135
Conant, James B. 141
Couve de Murville, Maurice 109, 110, 291
Craig, Gordon 133
Creel, Robert C. 124
Cykon, Dieter 186
Cyrankiewicz, Jozef 279

Dahlgrün, Rolf 26, 28, 57–59, 91, 92, 287, 308, 315, 338, 342
Dahrendorf, Ralf 229
Daub, Gerhard 21, 24
Davis, Paul C. 143f.
Davison, W. Phillipps 142
Dehler, Klaus 33, 38, 282
Dehler, Thomas 10, 18f., 21, 23, 24, 26, 27, 42–45, 47, 52, 59, 62f., 69–71, 79, 82, 84, 86, 87, 89, 96, 98–101, 104–106, 112, 117, 119, 141, 151–153, 155, 161, 165, 166, 168, 172, 173, 176f., 182, 184, 186–189, 191, 193, 194, 196, 197, 201–203, 207, 208, 210, 213, 220, 233, 243–246, 250, 252, 257, 260, 261, 264, 265, 267, 275, 283, 286, 289, 293, 294f., 302, 305, 309–311, 323, 329
Delaye, Raoul 184, 241, 300
Dellinghausen, Ewert von 180
Diebold jr., William P. 142, 143
Dieckmann, Johannes 172
Diemer-Nicolaus, Emmy 88, 232, 295
van Dijk, F. G. 153
Dimitrijew, Albert 70, 74, 83, 95f., 113, 148, 150, 158, 161, 166, 174f., 191, 216, 224, 236, 266, 315, 325
Dobrynin, Anatol 226
Doehring, Johannes 100
Dollinger, Werner 91
Dönhoff, Marion Gräfin 110
Döring, Wolfgang 15, 17, 19, 23–28, 43, 47, 48, 52, 53, 56, 58–63, 67, 71, 72, 75–79, 82–93, 95, 97, 99–102, 128, 152, 239
Dörinkel, Wolfram 58
Dorn, Wolfram 76, 89, 92, 291, 306f., 342
Dörrbecker, Klaus 152
Douglas-Home, Sir Alec 39, 65
Dowling, Walter C. 75
Dübber, Ulrich 210
Duck, Hywel 284f.
Dufhues, Josef Hermann 63, 81, 85, 87, 152, 260, 270, 287
Dulles, John Foster 140, 144, 242, 286
Dunningan, T. J. 214, 220, 233, 257
Dürr, Hermann 47, 70, 86, 169

Eckardt, Felix von 52, 65
Eden, Anthony 145
Effertz, Josef 33, 34, 167, 172, 189, 206, 232
Eggers, Ernst 177, 299
Ehrenburg, Ilja 150
Ehrich, Werner 24, 164
Ehrlich, Günther 28
Eich, Hermann 328f.
Eichelbaum, Ernst Theodor 209f.
Eisenhower, Dwight D. 128, 144f.
Eisenmann, Otto 76, 79, 230, 265
Emde, Hans-Georg 91, 172, 178, 196, 225, 237f., 240, 245, 283, 291–293, 340
Emig, Gerhard 112
Engelhard, Edgar 15, 25, 87, 172, 230, 240, 275, 312
Eppler, Erhard 34
Epstein, Julius 68
Erbe, Walter 261
Erhard, Ludwig 10, 12, 16–19, 28f., 31f., 34, 63, 68, 85, 88, 103, 107, 108, 110, 111, 113, 114, 117f., 118, 124, 130, 133, 137, 143, 146f., 147, 155, 156, 161–165, 167, 169, 171–174, 178, 180–183, 186, 189–191, 193–196, 199–209, 212, 213, 215, 221, 224–228, 230–232, 236, 237, 240, 241, 244, 246, 248, 250, 251, 253, 254, 259, 270, 271, 273, 275, 278, 280–282, 284–289, 291–294, 297, 300, 303, 308–310, 312, 313, 318–321, 323, 327, 329–343
Erler, Fritz 32, 84, 86–88, 98, 112, 119, 143, 160, 194, 228, 270
Ertl, Josef 76, 92, 165, 183, 195, 205, 207, 225, 232, 283, 288, 293f., 307, 311, 317, 329, 342

Faix, Kvetoslav 44, 117, 149f.
Faure, Maurice 112
Fechter, Peter 66
Feddersen, Jens 42
Federer, Georg 141
Finck von Finckenstein, Hans Werner Graf 152
Flach, Karl-Hermann 17, 20, 21, 25, 29, 31, 34, 36, 40–43, 47, 50, 52, 53, 78, 220, 221, 235, 237, 266
Flade, Hermann 324
Flügge, Horst 160f., 241, 260
Foertsch, Friedrich 83
Frankenfeld 164
Frey, Hans 261
Friderichs, Hans 163, 171, 172, 195, 196, 205, 210–213, 215, 220, 225, 228, 231–233, 240, 242, 245, 247, 249, 252, 256, 260, 263, 265, 266, 270–273, 282, 289, 292, 296, 298, 304–306, 315, 322, 323, 326, 330, 331, 342
Friedensburg, Ferdinand 49, 254
Frühwald, Konrad 283
Funcke, Liselotte 271
Furler, Hans 119

de Gaulle, Charles 37, 60, 66, 67, 98, 100, 102–104, 106–110, 112, 113, 117, 118, 121, 122, 125, 128, 129, 135, 144, 154, 155, 157, 163, 165, 181, 184, 191, 212, 215, 227, 229, 230, 236, 241, 244, 252, 257, 258, 267, 279, 292, 299, 308–310, 325
Gaus, Günter 339
Genscher, Hans-Dietrich 17, 20, 21, 26, 27, 33, 43, 47, 67, 79, 80, 84, 93, 99, 109, 113, 148, 163, 167–169, 172, 176, 178, 182, 184, 191, 194, 200, 201, 206, 208, 210–213, 220, 221, 224, 231, 233, 236, 240, 242, 244, 246, 257, 263, 270–272, 277, 284, 288, 289, 293–295, 305–310, 312–315, 317, 319, 329, 332, 338, 340, 342
Gentner, Hermann 34, 46, 47
Georgijewicz, Milan 97, 110, 148, 154, 178f., 197, 240, 247f.
Gerlach, Manfred 222, 315–317, 324, 325
Gerstenmaier, Eugen 18, 19, 28, 76, 77, 89, 100, 103, 119, 167, 173, 201, 215, 238, 272, 289
Glahn, Fritz 201, 260
Goldwater, Barry M. 213f., 214
Goodman, Benny 128
Graaf, Carlo 147
Gradl, Johann Baptist 54, 57f., 70, 212, 223, 254, 262, 278, 279, 296, 305, 316, 341
Graf, Ulrich 332
Grewe, Wilhelm G. 39
Gries, Ekkehard 313
Groepper, Horst 42, 70
Gromyko, Andrej 21, 35, 37, 41, 168, 172, 226, 253, 262
Grotewohl, Otto 222
Grund, Walter 232
Grüssen, Hugo 182
von und zu Guttenberg, Karl-Theodor 54, 165, 199, 209, 241, 260, 279, 288, 310, 327

Haage, Hermann 128, 130f.
Haas, Albrecht 127, 151, 206, 207, 295
Haddaway, George E. 129–131
Hallstein, Walter 8, 9, 65, 71, 175, 242, 243, 245–248, 251, 253, 256, 259, 260, 269, 271, 341
Hamann, Karl 186
Hamm, Ludwig 251, 295
Hamm-Brücher, Hildegard 164, 226, 230, 264, 265, 267, 275, 304–306
Hammerskjöld, Dag 16
Hange, Franz 75
Hangen, Welles 250
Harpprecht, Klaus 141f.
Harriman, William A. 139, 270, 271
Hartkopf, Günther 182, 309, 330
Hase, Karl-Günther von 52, 209, 210, 241, 243, 244, 248, 268, 309, 340
Hassel, Kai Uwe von 67, 91, 254, 308f., 336
Haußmann, Wolfgang 15, 19, 24, 25, 27, 43, 80, 172, 187, 203f., 277
Heck, Bruno 91
Heckmann, Hans Hermann 334, 335
Hedergott, Winfried 329
Heide, Johann Karl 146
Hellige, Walther 307, 342
Hemingway, Ernest 99
Hephenand, John 126
Hermann, Harald O. 308
Herter, Christian 122, 160, 219, 314
Herz, Hanns-Peter 262
Heuss, Theodor 24, 138, 147, 176f., 177, 185, 252
Heymann 132

Hindenburg, Paul von 92
Hirseland, Gerhard 140f.
Hitler, Adolf 23, 70, 129, 195, 328
Höcherl, Hermann 79, 296
Höfer, Werner 172, 246
Hohler, August E. 200
Hohmann, Karl 294
Holl, Karl 206, 225, 294, 261, 275, 282
Hollweg, Eberhard 252
Holthusen, Hans Egon 142
Holzamer, Karl 229
Hoover, Herbert 133
Hopen, Peter 67, 183
Hopf, Volkmar 75–78
Hoppe, Günther 33, 51, 56, 189, 196, 201, 208, 235, 240, 265, 332, 340
Horn, Klaus 172, 176, 313
Horten, Helmut 50
Hucklenbroich, Volker 51, 105, 220, 249
Hughes, Sarah T. 130
Hummel, Karl-Hermann 83, 317, 322, 324f.
Humphrey, Hubert H. 21
Hüttebräuker, Rudolf 232

Ilk, Herta 17
Imle, Wolfgang 15, 76

Jacobs, Herbert 132
Jacobsen, Mrs. 135
Jacques, Yves 36, 41, 109, 114
Jaeger, Richard 87, 127, 149, 254, 326
Jahn, Gerhard 169, 267
Jahn, Hans-Edgar 254
Jansen, Josef 110f.
Jewtuschenko, Jewgenij 150
John, Otto 169, 216
Johnson, Lyndon B. 16, 174, 175, 178, 181, 202, 228, 237, 259, 263, 303, 336, 337f., 341
Johnson 100, 102f.

Kaplan 136
Karry, Heinz 164
Kaschke, Heinz 40
Kastenmeyer, Günther 60, 151, 154, 188, 189, 261
Kayser, Christian 326f., 330
Kennedy, John F. 21, 32f., 39, 43, 45, 64, 72, 73, 93, 98, 102, 108, 118, 119, 124f., 126, 138, 140, 141, 143, 148f., 150, 159, 165, 166, 172–175, 228, 263, 333
Kennedy, Robert 164
Kienbaum, Gerhard 33
Kiep-Altenloh, Emilie 168, 183, 251
Kiesinger, Kurt Georg 19, 43, 45, 167, 327
King, Martin Luther 143
Kirsch, Wolfgang 247
Kissinger, Henry A. 242
Klein, Günter 64f.
Klein, Julius 135, 138
Kliesing, Georg 254
Kluthe, Hans Albert 168f.
Knappstein, Karl-Heinrich 141, 263
Kobayashi, Masafumi 103
Koegel, Gerd 323, 329
Kogon, Eugen 45
Kohl, Heinrich 204, 220, 221, 271, 277
Kohl, Helmut 327
Kohl, Michael 264
Kohut, Oswald 15, 17, 24, 71, 75, 77, 78, 89, 92, 96, 146, 187, 192, 265f., 266
Kondich, Andreas 136
König, Dieter von 214
Kopf, Hermann 119
Korber, Horst 176, 182, 183, 221, 264
Koslow, Frol 150
Kossygin, Alexej 223, 318
Krajger 337
Kramer, Erwin 187
Krause, Alfred 56
Krautwig, Karl 194f., 210, 273, 296
Kreitmeyer, Reinhold 52, 73, 76, 224
Krekeler, Heinz 170f.
Kriedemann, Herbert 146
Kroll, Hans 30f., 32, 35, 36, 41, 42, 114, 157f.
Krone, Heinrich 22, 23, 26, 27, 29, 30, 77, 87, 88, 110, 114, 118, 163, 164, 181, 214, 269, 273, 296, 326
Krüger, Werner 335
Krümmer, Ewald 183, 233, 235, 239, 243
Kruspi, Friedrich 65
Kubitza, Werner 149, 288
Kühlmann-Stumm, Knut von 26, 46f., 57, 63f., 70, 77, 86, 90, 104, 155, 162, 164, 165, 167–170, 172, 182, 183, 185, 187, 194, 196, 201, 204–207, 211, 235, 236, 240, 243, 263, 277, 287–290, 293–295, 305, 306, 316f., 327, 336, 337
Kuschnitzky, Friedrich 69

Kux, Dennis 343
Kux, Ernst 242

Lahr, Rolf 42
Lawson, Colin 35
Leber, Georg 87
Lemmer, Ernst 72, 238, 248, 273, 274, 297
Lenin, Vladimir I. 161
Lenya, Lotte 135
Lenz, Hans 17, 26–28, 47, 53, 58, 59, 162, 172, 291
Lenze, Franz 318
Leonhard, Wolfgang 110, 196, 298
Leopold, Kurt 64, 268
Leuschner, Bruno 189
Leuze, Eduard 43, 56, 80, 81, 261
Leverenz, Bernhard 17, 53, 56, 82, 172, 193, 198, 207, 274, 275
Liberman, Jewsey G. 83, 84, 212
Linde 176
Lindner, Gerhard 176, 325
Loch, Theo M. 268
Logemann, Fritz 232, 235
Lübke, Heinrich 17, 18, 34, 82, 89, 111, 166, 169, 173, 185, 188, 193, 194, 195, 201, 206, 208, 211, 253, 281, 283, 288, 289, 300, 302
Luchsinger, Fred 171
Lücke, Paul 84, 86, 91, 274f., 291, 292, 307, 327
Lüders, Marie-Elisabeth 24, 34, 52, 164, 311
Lummer, Heinrich 246

Macmillan, Harold 93, 98, 128
Maier, Reinhold 19, 24, 55, 76, 80f., 302
Majonica, Ernst 32, 65, 68, 97, 116, 119
Malinowski, Rodion 226
Mälzig, Konrad 165
Mann, Golo 110
Mansfield, Michael 121, 162, 163
Mansholt, Sicco 299
Mao Tse-tung 197
Marcy, Carl 121f.
Marder, Murray 125f.
Margulies, Robert 92, 96, 105, 193, 195, 215
Markscheffel, Günther 233, 335, 336
Marmann, Hans 128
Marshall, George C. 242
Martin, Berthold 32
Marx, Hermann 30, 107, 172, 218, 219, 224, 229, 298, 322–324
Marx, Karl 161
Marx, Werner 54, 307
Mason, James 122
Mattick, Kurt 254
Mauk, Adolf 193
Maurer, Heinrich J. 113, 163, 213, 224, 233
McCloy, John 141
McGee, George C. 155
McNamara, Robert 92, 309
Meir, Golda 124
Mende, Erich 7, 10–12, 15, 17–27, 29–31, 33–41, 43–48, 50–56, 58–65, 67, 69–93, 95–107, 109–115, 118–120, 124, 127, 128, 137, 138, 141, 146–149, 151–157, 159–165, 167–178, 180, 183–195, 198–208, 210–216, 218–222, 224–240, 243, 244, 246–254, 256–258, 260–264, 266–283, 285–296, 298, 300–305, 307–319, 321–336, 338–343
Menne, Alexander 78, 225, 288, 305, 327
Merchant, Livingston R. 121
Merkatz, Joachim von 254
Mertes, Werner 58, 77, 183
Meyer, Gerhard M. 252
Meyers, Franz 59, 332
Michailow 64f.
Middelhauve, Friedrich 331
Miessner, Herwart 55, 227, 342
Mikojan, Anastas 175
Mischnick, Wolfgang 17, 26, 28, 47, 59, 82, 91f., 92, 103, 162–164, 168, 170, 172, 182, 184, 185, 194, 198, 219, 220, 223, 227, 231, 232, 235, 237, 240, 242, 246, 247, 251, 260, 263, 266, 282, 286, 288, 289, 293, 299, 310f., 313, 317, 319, 329
Mitterand, François 299
Moersch, Karl 7, 35, 45, 68, 69, 75, 76, 81, 82, 84, 89, 92, 93, 110, 157, 163, 169, 175, 181, 191–193, 195, 202, 209, 210, 213–215, 217–220, 222, 231, 237, 244, 245, 249, 251, 284, 288, 289, 292, 295, 302, 308, 315, 317
Molter, Hermann 24
Mommer, Karl 86, 110, 238, 254, 272
Morris, Brewster H. 104, 112, 117–119, 124
Mouser, Grant Earl 36, 102f., 158f., 184, 214, 220, 257

Müggenburg, Günther 15
Mühlen, Klaus, Freiherr von 51, 52, 182, 236, 251
Mullahey 131
Müller, Claus Christian 317
Müller, Gebhard 194, 196
Müller-Link, Peter-Heinz 24, 88, 104, 265, 312
Munzel 101

Nannen, Henri 41
Nasser, Gamal Abd el 242, 247
Naupert, Heinz 197
Nellen, Peter 318
Neven-du-Mont, Jürgen 146
Niederalt, Alois 91
Noe, Josef 136f.
Nölter, Wolfgang 139f.
Nölting, Erik 100
Norden, Albert 328
Nottbeck, Arvid von 201
Novotny, Antonin 173
Novotny, Vaclav 173
Nowikow, Ignati 172

Oellers, Fritz 155, 273f., 274, 296, 297
Ollenhauer, Erich 37, 81, 84, 155, 177
Ollesch, Alfred 162, 251, 336
Opitz, Rudolf 89, 162, 310, 336
Osborn, Chase S. 126f.
Osterheld, Horst 11
Oswald, Lee Harvey 173
Oxfort, Hermann 195, 249

Paczensky, Gerhard von 30, 146
Parr, Grant 122–124
Peres, Schimon 245
Peters, Walter 265
Pferdmenges, Robert 18
Pfleiderer, Karl Georg 101, 109
Pleven, René 153
Podkowinski, Marian 171
Poljanow, Nikolaj 46
Popovicz, Kotscha 179
Potthoff, Klaus 219
Preiss, Ludwig 267
Proske, Rüdiger 30
Psomiades, Henry 143
Purwin, Hilde 242, 243

Rademacher, Willy Max 24, 149, 187, 189, 193, 330
Rahn, Rudolf 101, 107, 226
Raiser, Ludwig 229, 295
Rapacki, Adam 137, 156, 219
Rapp, Alfred 72, 113
Rasner, Will 22, 117, 118, 214, 238, 288, 308
Rathke, Arthur 233, 258, 314
Rauch, Ruprecht 20, 45, 53, 59, 62, 63, 101, 111
Reif, Hans 152, 252
Reiser, Hans 294
Reiss, Jürgen 42
Reston, James 144
Reuss, Erwin 192
Rieger, Alfred 31, 163
Rieger, Walter 25, 27, 51, 83
Risch, Benno 171
Romine, Dean Steven 135
Rommerskirchen, Josef 34
Rosenfeld, Helmut 252, 297
Ross 112
Rossini, Gioacchimo 140
Rostow, Walt 140
Rubin, Hans Wolfgang 12, 17, 34, 87, 172, 185f., 189, 199, 201, 204, 208, 221, 231, 232, 271, 306, 323f., 333–335
Rusk, Dean 50, 65, 122, 125, 140, 141, 145, 159, 160, 166, 235, 237–239, 242, 263
Rutschke, Wolfgang 57, 58, 82, 295

Saam, Hermann 237, 282, 302, 306f., 329
Sacharow, Valentin 95
Salinger, Pierre 124, 131
Sander, Heinrich 88, 342
Sänger, Fritz 57
Sasse, Gertrud 324
Schäfer, Helmut 330
Schäfer, Hermann 297
Scheel, Walter 12, 26, 28, 47, 51–54, 59, 71, 72, 83, 85, 86, 104–106, 108, 109, 117, 150–153, 162, 191, 193, 200, 235, 239, 243, 244, 246, 250, 293, 294, 305, 307, 317, 322, 340, 342
Schelkmann, Willi R. 334
Schenk, Fritz 196
Scheufelen, Karl E. 19
Scheuren, Josef 146
Schmidt, Hansheinrich 92
Schmücker, Kurt 232
Schneider, Heinrich 17, 21, 22, 24, 38, 50, 89, 225, 256f., 264

Schneider, Roderich 239
Schnitzler, Karl Eduard von 195
Schollwer, Ingeburg 134
Schölmerich, Joseph 192, 195
Schorr, Daniel 172, 313
Schöttle, Erwin 87
Schröder, Georg 155
Schröder, Gerhard 9, 19, 50, 54, 63–66, 68, 73, 78, 98, 100, 104, 106, 109, 110, 115–119, 155, 158–160, 163, 165f., 175, 181f., 182, 186, 191, 197, 203, 204, 207, 209, 212, 215, 227, 228, 238, 245, 246, 248, 251, 254, 259, 260, 263, 268–271, 275, 277, 278, 281, 284, 286–288, 290, 292, 295, 303–305, 310, 318, 323, 327, 332, 334
Schroers, Rolf 12
Schouvenaar-Franssen, J. F. 153
Schtscherbakow, Iwan J. 32, 36, 42, 43, 46, 58f., 66, 70
Schultz, Fritz-Rudolf 76, 112, 119, 170, 191, 225, 232, 239, 241, 245–247, 272, 291, 293, 307, 319, 329, 332
Schulz, K. P. 101
Schumacher, Ernst-Wolfgang 297
Schwakenberg, F. Paul 227
Schwarzkopf, Dietrich 229
Schwedler, Rolf 215
Schwennicke, Carl-Hubert 106f.
Seebohm, Hans Christoph 229
Seibt, Peter 317
Selbmann, Eugen 324
Sethe, Paul 237
Simonis, Paul 264
Slansky, Rudolf 150
Smirnow, Andrej 42, 56, 65, 166, 226, 257, 294
Sommer, Theo 269, 308
Sommerlatte 62
Sonnenhol, Gustav Adolf 33, 52–54, 71, 101, 112, 120, 128, 165
Sperber, Richard 137
Springer, Axel C. 212f., 217, 219, 226, 308
Stalin, Josef W. 96, 172
Stallberg, Fritz 324, 329f., 330
Stammberger, Wolfgang 26, 28, 47, 59, 74–77, 82, 90–92, 162, 184, 207f., 291
Starke, Heinz 17, 28, 37, 47, 52, 55, 56, 58–61, 76, 79, 80, 82, 84, 85, 87, 90–92, 106, 112, 155, 162, 168, 172, 189, 190, 193, 201, 206, 221, 226, 230, 232, 239–241, 251, 260, 271, 282–284, 291, 293, 305, 307, 309, 315, 329, 340–342
Steel, Christopher 104, 112
Steiner, Kurt 133, 134
Sternberger, Dolf 208
Stoltenberg, Gerhard 291
Stoltz, Volker 190, 304, 323
Stoph, Willi 339
Straetling, Erich 120, 128
Strauß, Franz Josef 11, 17–20, 27, 29, 38, 39, 58–60, 69, 74, 76–81, 83, 84, 86, 93, 100, 119, 127, 149, 152, 156, 159–161, 164, 204, 208, 209, 212, 213, 224, 231, 245, 251, 253, 254, 261, 267, 269, 272–274, 276, 278, 280–283, 285–291, 308, 314–316, 318, 321, 341
Strauss, Walter 75–77
Stritzek, Helmut 226, 230
Stubbe, Walter 201
Sturm, Adolf 151
Suhrbier, Max 222
Supf, Ernst 25, 52
Sweet, Paul 36, 57, 66, 93, 107, 113, 116f., 130, 236

Teller, Edward 127
Thalheim, Karl C. 212, 262
Thedieck, Franz 168–170, 195
Tito, Josip Broz 150, 240, 325
Thomas, Stephan 217
Thompson, Llewellyn 35, 37, 41
Thorn, Gaston 153
Tobias, Sheila 142
Tönnies, Norbert 68, 99, 113, 146, 166, 167
Tönshoff, Lothar 217
Trampe, Gustav 324
Triska, Jan 133

Ulbricht, Walter 9, 37, 44, 46, 49, 58, 62, 64, 66, 103, 105, 172, 174, 178, 181, 196, 203, 240, 242, 243, 245–247, 304, 312f., 322, 333, 339
Ungeheuer, Josef 101, 137

Vialon, Friedrich Karl 85
Voitel, Gottfried 313

Wacher, Gerhard 79
Wagner, Wolfgang 174, 181, 242, 243, 273, 281
Walper, Klaus 170, 229
Weber, Fritz 92

Weber, Karl 253, 254
Wehner, Herbert 17, 19, 24, 35, 69, 84, 86, 96, 97, 110, 128, 149, 155, 160, 172, 185, 188, 194, 197, 200, 211, 228, 273, 276, 277, 279, 296, 303, 339–341
Weirauch, Lothar 36, 37
Welck, Wolfgang Freiherr von 78
Wendt, Erich 176, 182, 183, 221
Wenger, Paul Wilhelm 298f., 299
Wessel, Helene 146
Wessel, Kurt 42, 69
Westrick, Ludger 247, 285, 286, 296, 331, 333, 336
Weyer, Willy 15, 19, 20, 75, 87, 91, 100, 152, 157, 159, 172, 185, 193, 194, 196, 201, 202, 207, 219–221, 225–227, 231, 235, 237, 243, 246, 263–265, 274, 277, 286–290, 323, 324, 329, 331, 333
Wiebach, Kurt 229
Wieland, Christoph M. 142
Williams, Elwood 122
Willner, Herbert 266, 299, 323
Wilson, Harold 126, 236
Witsinos, Igor 44
Wladimirow, G. I. 56
Wolfson, Philip Jay 308, 337
Wörner, Manfred 324, 325
Wünsche, Kurt 176, 188
Würmeling, Franz Josef 60, 194

Zehrer, Hans 212
Zeis, Christian 229, 233
Zimmermann, Friedrich 68, 159
Zöger, Heinz 192, 196
Zoglmann, Siegfried 15, 25–28, 47, 55, 76, 77, 79, 82, 86, 90, 91, 101, 118, 120, 155, 164, 167, 168, 170, 177f., 182, 184, 201, 207, 208, 216, 218, 220, 221, 224–228, 230–232, 235, 238, 240, 242, 247, 280, 282, 283, 288, 291, 293, 305, 312, 321, 329, 330, 338
Zundel, Rolf 182, 314f.